

**Bericht des Oberbürgermeisters
gemäß § 45 der Geschäftsordnung
des Rates und der Bezirksvertretungen**

- Halbjahresbericht -

Stand: 31.12.2007

Aus dem Bereich des Dezernates OB

Beschlüsse des Wirtschaftsausschusses

Gremium: Wirtschaftsausschuss
Sitzungsdatum: 09.05.2005
Vorlagenummer: 0586/005

Betreff: Handlungsoptionen zur Sicherung und Weiterentwicklung des Medienstandortes Köln

Beschluss:

Der Wirtschaftsausschuss bittet die Verwaltung, Handlungsoptionen zur Sicherung und Weiterentwicklung des Medienstandortes Köln auszuarbeiten. Diese Handlungsoptionen sollen einerseits die relevanten Teilbereiche neuer medienwirtschaftlicher Entwicklungen aufzeigen und andererseits Überlegungen zur operativen Umsetzung beinhalten. Des Weiteren ist zu prüfen, ob die kostenneutrale Einrichtung des „Medienbeauftragten“ innerhalb der Medienstabsstelle sinnvoll ist und dessen eventuelle Wirkungsmöglichkeiten und –voraussetzungen sind zu analysieren. Aufgabe eines Medienbeauftragten könnte beispielsweise die Rolle eines zentralen Ansprechpartners für die Medienwirtschaft sein.

Der Wirtschaftsausschuss regt an, dass die Verwaltung sich zur Erledigung des Auftrags unter anderem auch um die Mitwirkung aus dem Wissenschafts- und Hochschulbereich, (insbesondere der in Köln gegründeten Fresenius Hochschule für Wirtschaft und Medien und des dortigen Medien- und Entertainment Management Instituts) bemüht. Gerade auch durch die Einbeziehung studentischer Arbeiten erscheinen ergänzende neue Impulse möglich.

Sachstand:

Die Medienstabsstelle wurde im Mai 1996 als „Stabsstelle Medienwirtschaft“ eingerichtet. Ziel war die Straffung und Bündelung der städtischen Medienförderung im damaligen Büro des Oberstadtdirektors.

Damalige Aufgabenstruktur:

- Ansiedlung und Bestandspflege von Medienunternehmen
- Initiierung und Betreuung von Projekten und Institutionen der Aus- und Weiterbildung in Köln
- Initiierung und Unterstützung von standortprägenden Veranstaltungen
- Standortmarketing für den Medienstandort Köln

Im Jahr 1999 wurde die Medienstabsstelle um das „Servicebüro Film- und Fernsehen“ ergänzt. Hintergrund war die damalige Notwendigkeit bei stetig steigenden Drehgenehmigungen den Ausgleich zwischen Bürgerinteressen und Bedürfnissen der Produktionswirtschaft zu organisieren.

Zum 01.01.2007 wurde die Betreuung des Medien- und IT-Rates auf die Medienstabsstelle übertragen.

Die Erfolge des letzten Jahres legen nachhaltig dar, dass die derzeitige Struktur zur Sicherung und Weiterentwicklung des Medienstandortes Köln geeignet ist. Sie wird

durch die gute Zusammenarbeit mit der Stabstelle Events, dem Kultur- und Wirtschaftsdezernat abgerundet.

Aus dem Bereich des Dezernates I

Beschlüsse des Rates

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 29.07.2003
Vorlagennummer: 0962/003

Betreff: Kooperation im KDN Dachverband kommunaler IT-Dienstleister und ihre monetären Auswirkungen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Beitritt zu dem neu zu gründenden Zweckverband „KDN – Dachverband kommunaler IT-Dienstleister“ zu.

Sachstand:

Wie bereits mehrfach berichtet, hat das Amt für Informationsverarbeitung seit dem Beitritt der Stadt Köln zum Dachverband Kommunaler IT-Dienstleister eine Vielzahl von wichtigen Kooperationen realisiert, über die zuletzt im ersten Halbjahresbericht für das Jahr 2007 berichtet worden ist. Seit dieser Berichterstattung sind folgende Kooperationsprojekte hinzugekommen:

- a) Übernahme von IT-Betriebs- und Dienstleistungen in der Personaladministration und -abrechnung für die Stadt Remscheid.
- b) Übernahme von IT Betriebs- und Dienstleistungen für das SAP/Organisationsmanagement für den HABIT der Stadt Hagen
- c) Abschluss eines Rahmenvertrages mit der Firma Kommit für den KDN zur Nutzung des KFZ-Zulassungsverfahrens OK.-Vorfahrt (Erwerb von Lizenzen, Dienst- und Wartungsleistungen)
- d) Durchführung mehrerer gemeinsamer Ausschreibungen (Microsoft-Select-Handelspartner, Arbeitsplatzausstattung, Rahmenvertrag Leasing) für den KDN (gegen Verrechnung)
- e) Durchführung diverser Ausschreibungen im Auftrag des KDN (Aktive Netzkomponenten, Firewallkomponenten, Transportnetz)

Mit den zusätzlichen Kooperationsprojekten können die Einsparungen für die Stadt Köln – bezogen auf den 5-Jahres-Zeitraum von 2004 bis 2009 – **auf ca. 5,1 Mio. Euro erhöht werden**. Die ursprünglichen Erwartungen, die an die Kooperation im KDN gestellt worden sind, wurden damit auch weiterhin deutlich übertroffen und die Kooperation im KDN stellt sich unter wirtschaftlichen Aspekten äußerst positiv dar.

Die Zusammenarbeit im KDN bietet darüber hinaus noch weitere Potentiale. Im Rahmen der intensiven Diskussionen über die Ausweitung des Leistungsaustausches wurde in den vergangenen Monaten vereinbart, ein virtuelles KDN-Rechenzentrum aufzubauen. Hierbei sollen im Rückgriff auf die Standorte der jeweiligen Partner mit eigenen Netzverbindungen der gemeinsame Betrieb von Fachanwendungen und sonstige RZ-Leistungen realisiert werden. Insbesondere die erstmalige Ausschreibung der Leistungen für ein NRW-weites Transportnetz, die von der Stadt Köln für den KDN durchge-

führt wurde, hat hierbei eine besondere Herausforderung dargestellt und verspricht für die Stadt Köln hohe Einsparpotentiale, da derzeit angemietete Leitungen voraussichtlich kostengünstig ersetzt werden können.

Darüber hinaus wurde auch das Kooperationsprojekt „Aufbau einer gemeinsamen SAP-Betriebs- und Speicherplattform und die Migration von SAP-Anwendungen der Stadt Köln“ fortgeführt. Die diesbezüglichen Wirtschaftlichkeitsberechnungen zeigen hohe Synergiepotentiale und befinden sich ebenso wie die notwendigen Leistungsvereinbarungen im stadtinternen Abstimmungsprozess. Eine Umsetzung ist kurzfristig zu erwarten. Ein weiteres geplantes Projekt ist die Verlagerung der Hochleistungsdrucker in den KDN-Verbund. Die diesbezüglichen Überlegungen müssen jedoch noch konkretisiert und zu gegebener Zeit in den politischen Gremien vorgestellt werden.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 24.05.2005
Vorlagenummer: 0690/005 u. 0752/005

Betreff: Mehr Ausbildungsplätze bei der Stadt und ihren Beteiligungsgesellschaften

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung vor dem Hintergrund des bestehenden Ausbildungspakts, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Dabei soll verstärkt in gewerblich-technischen und kaufmännischen Berufen über den eigenen Bedarf hinaus ausgebildet werden und es sollen zusätzliche Praktikumsplätze für schwer vermittelbare Jugendliche bereitgestellt werden.
2. Die Stadt Köln wird auf ihre Beteiligungsgesellschaften einwirken, dass nach den genannten Kriterien und Zielen zusätzliche Ausbildungs- und Praktikumsplätze bereitgestellt werden. Über die Ergebnisse soll der Rat vor der Sommerpause unterrichtet werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, unter Beteiligung von Verwaltung, Wirtschaft, Verbänden und Politik jährlich eine „Ausbildungsplatzkonferenz“ einzuberufen.
Ziele der Konferenz sind:
 - In Industrie, Handel und Handwerk für die Bereitstellung weiterer betrieblicher Ausbildungsplätze zu werben,
 - eine Ausbildungsplatzbilanz für Köln zu erstellen,
 - den Bedarf für Berufsvorbereitungsmaßnahme, Maßnahmen zur Berufsförderung, vollzeitschulischer Berufsausbildung und außerbetrieblicher Ausbildung zu ermitteln und
 - je nach Bedarfslage weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes vorzubereiten.

Sachstand:

Die Erhöhung der Ausbildungsplätze wurde am 01.09.2006 vorgenommen. Aufgrund der Ratsbeschlüsse vom 03.11.2005 DS-Nr.: 1464/005, 04.04.2006 DS-Nr.: 0450/006+0495/006+0500/006+0516/006 und 22.06.2006 DS-Nr.: 0874/006 wurden die Ausbildungszahlen angehoben.

Aufbauend auf die konstituierende Sitzung vom 10.10.2006 unter der Federführung des Personalamtes haben bereits mehrere Sitzungen mit Vertreterinnen und Vertretern von stadteigenen Gesellschaften und Beteiligungsunternehmen auf „Arbeitsebene“ stattgefunden.

Im Jahr 2007 haben einige gemeinsame Aktionen und Aktivitäten mit den stadteigenen Gesellschaften und Beteiligungsunternehmen stattgefunden. Hierbei ist die gemeinsame Ausbildungsmesse am 12.06.2007 im Rheinpark besonders hervor zu heben.

Darüber hinaus fanden regelmäßige Arbeitstreffen statt. Die Ausbildungsplatzangebote der stadtnahen Gesellschaften wurden zwischenzeitlich mit der Internetseite der Stadt Köln verlinkt. Für das Jahr 2008 ist eine zweite gemeinsame Ausbildungsmesse im September geplant.

Die in das kommunale Bündnis für Arbeit integrierte Ausbildungsplatzkonferenz hat den ersten Kölner Ausbildungsbericht vorgelegt. Die beim Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Köln angesiedelte Geschäftsstelle des Bündnisses für Arbeit hat das Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Abteilung Statistik und Informationsmanagement mit der inhaltlichen Federführung beauftragt. Die Fortschreibung erfolgt jährlich.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 24.05.2005
Vorlagennummer: 0654/005, 0713/005 und 0722/005

Betreff: Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Sperrstunde bzw. Reinigungsstunde durch Gastronomen

Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die Sperrzeitregelung für Gaststättenbetriebe in Köln flexibilisiert werden können, damit bei Bedarf auch ein anderer Zeitraum der Sperrstunde als zwischen 5.00 Uhr und 6.00 Uhr von den Betrieben in Köln gewählt werden kann.

Dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen ist eine entsprechende Konzeption zur Entscheidung vorzulegen“.

Sachstand:

Nachdem die Verwaltung einen entsprechenden Regelungsentwurf erstellt hatte, teilte der Deutsche Städtetag im Juni 2005 mit, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie gemeinsam mit den zuständigen Länderministerien eine grundlegende Neukonzeption des Gaststättenrechts vorbereitet.

Um die Auswirkungen der geänderten Gesetzeslage bei der Neuregelung der Sperrzeit berücksichtigen zu können, wird die Verwaltung das in Kraft treten des neuen Gaststättenrechts abwarten. Um den Gaststättenbetrieben in Köln dadurch keine Nachteile entstehen zu lassen, wird die Verwaltung nur noch bei gewichtigen Beschwerden die Einhaltung der bisherigen Sperrzeitregelung überwachen.

Diesen Sachstand hat die Verwaltung dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen in seiner Sitzung am 05.12.2005 zur Kenntnis gebracht.

Im Rahmen der Föderalismusreform wurde die Zuständigkeit in Angelegenheiten des Gaststättenrechtes Mitte 2006 auf die Länder übertragen, ohne das bis dahin die angekündigte Rechtsänderung umgesetzt worden ist. Aus dem Nordrhein-Westfälischen Wirtschaftsministerium ist bekannt, dass nach wie vor an einer Änderung des Gaststättengesetzes für das Land NRW gearbeitet wird. Wann jedoch mit einem entscheidungsreifen Gesetzesentwurf gerechnet werden kann, steht zurzeit nicht fest.

Da sich die bisherige Verfahrensweise der Ordnungsverwaltung im Umgang mit der Sperrzeit bewährt hat, es liegen keine Beschwerden vor, die eine Überwachung der noch vorgeschriebenen Sperrzeit notwendig gemacht hätten, wird die Verwaltung die weitere Entwicklung bei der Änderung des Gaststättenrechts abwarten. Es ist damit zu rechnen, dass die Änderung noch in diesem Jahr in das Landesparlament eingebracht wird.

Gremium: Rat, Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
Sitzungsdatum: 05.07.2005, 24.10.2005
Vorlagennummer: 0798/2005, 1004/005

Betreff: Optimierter Bürgerservice in den Stadtbezirken / Auslagerung aller Unterhaltsvorschusskassen aus den bürgernahen Bezirkssozialämtern nach Porz zum 01.09.2005

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln hat am 05.07.2005 einen Prüfauftrag an die Verwaltung beschlossen, der die Optimierung des Bürgerservices in den Stadtbezirken zum Inhalt hat. Der AVR hat in der Sitzung vom 24.10.05 beschlossen, die Anregungen des Kölner Bürger Bündnisses zur Zentralisierung der Unterhaltsvorschusskassen im Zusammenhang mit dem o.g. Ratsbeschluss zu prüfen.

Sachstand:

Das Konzept zur Optimierung des Bürgerservices in den Stadtbezirken befindet sich zur Zeit in der verwaltungsinternen Abstimmung. Wesentlicher Inhalt dieses Konzeptes ist die Erweiterung des Spektrums der in den Stadtbezirken angebotenen bürgerbezogenen Leistungen. Außerdem werden Folgeschritte zur weiteren Optimierung des Bürgerservice unter Einbeziehung des deutschlandweiten Behördenrufs 115 und der Einführung eines einheitlichen Ansprechpartners nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie aufgezeigt.

Die Verwaltung wird das Konzept zur Optimierung des Bürgerservices nach Abschluss der verwaltungsinternen Abstimmung dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen und anschließend dem Rat zur Beschlussfassung vorlegen.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 04.04.2006
Vorlagennummer: 0450/006, 0495/006, 0500/006 und 0516/006

Betreff: 100 Ausbildungsplätze bei der Stadt Köln und Einführung einer Ausbildungsquote

Beschluss:

1. Die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze mit dem Ziel in 2007 eine Ausbildungsquote von 6 % zu erreichen und somit ggf. über Bedarf auszubilden, wird aus arbeitsmarktpolitischen Gründen grundsätzlich befürwortet, auch wenn mit der Einstellung keine Übernahmegarantie gegeben werden kann.
Die Verwaltung wird daher beauftragt, dem Rat darzustellen, welche finanziellen Aufwendungen in diesem und in den folgenden Haushaltsjahren notwendig sind, um zum 1.9.2006 vorwiegend im gewerblich-technischen Bereich der Stadtverwaltung, der Eigenbetriebe oder eigenbetriebsähnlicher Einrichtungen zusätzlich insgesamt 100 Ausbildungsplätze mit Auszubildenden zu besetzen sowie in 2007 eine Ausbildungsquote von 6 % erzielen zu können.
Die Verwaltung soll darüber hinaus dafür Sorge tragen, dass Jugendliche mit Behinderung bei der Auswahl verstärkt in die Ausbildungsgänge der Stadtverwaltung, der Eigenbetriebe oder eigenbetriebsähnlicher Einrichtungen berücksichtigt und besonders gefördert werden. Ebenso sollen junge Menschen mit Migrationshintergrund besonders berücksichtigt und besonders gefördert werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie kurzfristig die städtischen Beteiligungsunternehmen ihre Ausbildungszahlen deutlich erhöhen können. Dazu sollen von ihr Vorschläge erarbeitet werden, wie eine Verbundausbildung zwischen Stadt Köln und Beteiligungsunternehmen zu einer Steigerung der Ausbildungsplätze führen kann.
In diesem Rahmen nimmt die Verwaltung und der städtische Gesellschaftsvertreter mit den relevanten städtischen Beteiligungsunternehmen – vorwiegend dem Stadtwerke-Konzern, der GAG AG und der KoelnMesse GmbH, Stadtentwässerungsbetriebe AöR und Flughafen Köln/Bonn GmbH - Gespräche auf, um weitere signifikante, aber auch wirtschaftlich vertretbare Steigerungen der Ausbildungsplatzzahlen in den nächsten Jahren zu erreichen und Zielquoten verbindlich zu vereinbaren.
Die von der Stadt Köln entsandten Aufsichtsratsmitglieder werden aufgefordert, diese Bemühungen in geeigneter Weise zu unterstützen.
3. Umgehend wird eine Ausbildungsbilanz erstellt, so wie sie der Rat auf seiner Sitzung am 24.5.2005 beschlossen hat. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob nicht auch Einsatzmöglichkeiten für Auszubildende bestehen, die z.B. aufgrund von Insolvenzen ihre Ausbildung nicht abschließen konnten, da in diesem Fall ein Teil der Kosten von der Agentur für Arbeit refinanziert werden kann.

Dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss wird über den Fortgang und die Ergebnisse der o. a. Bemühungen berichtet.

Sachstand:

Die finanziellen Auswirkungen durch die Anhebung der Ausbildungszahlen sind dem Rat durch die Vorlage Ds-Nr.: 0874/006 in der Ratssitzung vom 22.06.2006 dargestellt worden.

Der Ratsbeschluss über die Einführung einer 6%-Quote im Ausbildungsbereich führt dazu, dass die Stadt Köln für das Ausbildungsjahr 2007 247 Ausbildungsplätze angeboten hat. Diese wurden wie folgt umgesetzt:

Gewerblich-technische und marktgängige Berufe	76
Servicefachkräfte	4
Bürokaufleute	12
Nachwuchs mittlerer Verwaltungsdienst	28
Verwaltungsfachangestellte	25
Nachwuchs gehobener Dienst	34
Diplomwirtschaftsinformatiker	5
Fachinformatiker	7
Betriebssekretärin	25
 Summe Einstellungen	 216

Somit sind noch 31 Ausbildungsstellen zu besetzen, um die Zielvorgabe zu erreichen. Diese werden jedoch im Laufe des Ausbildungsjahres durch folgende Maßnahmen geschaffen:

Am 15.02.2008 beginnt das Projekt „Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ in Ausbildungsangebote der Stadt Köln mit 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Am 01.04.2008 ist der Start des Projektes „Teilzeitprojekt für Alleinerziehende“ mit 15 bis 20 Teilnehmerinnen vorgesehen.

Die Projektbeschreibungen wurden dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen mit Vorlagennummer 4112/2007 vorgelegt.

Ausbildungsvielfalt

Die Vielfalt der Ausbildungsmöglichkeiten bei der Stadt Köln lässt sich daran ablesen, dass die Stadt Köln in 2007 Auszubildende in 30 verschiedenen Berufsbildern eingestellt hat. Diese sind:

- Diplom Verwaltungswirt/in
- Diplom Verwaltungsbetriebswirt/in
- Verwaltungswirt/in
- Verwaltungsfachangestellte/r
- Fachinformatiker/in Fachrichtung Anwendungsentwicklung
- Fachinformatiker/in Fachrichtung Systemintegration
- Wirtschaftsinformatiker/in
- Bauzeichner/in
- Buchbinder/in
- Elektroniker/in
- Forstwirt/in
- Fotograf/in

- Gärtner/in
- Koch/Köchin
- Mechaniker/in für Land- und Baumaschinentechnik
- Metallbauer/in
- Straßenwärter/in
- Tischler/in
- Vermessungstechniker/in
- Fachangestellte/r für Medien und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv
- Fachangestellte/r für Medien und Informationsdienste, Fachrichtung Bibliothek
- Fachangestellte/r für Medien und Informationsdienste, Fachrichtung Information und Dokumentation
- Servicefachkraft für Dialogmarketing
- Sport- und Fitnesskaufmann/kauffrau
- Bürokaufmann/kauffrau
- Fachkraft für Straßen- und Verkehrstechnik
- Kaufmann/Kauffrau im Gesundheitswesen
- Rechtsanwaltsfachangestellte/r
- Kfz-Mechatroniker/in
- Med. Fachangestellte/r

Insgesamt befinden sich im Dezember 2007 683 Nachwuchskräfte in der Ausbildung.
Migration und Schwerbehinderung

Es wurden 36 Nachwuchskräfte mit Migrationshintergrund eingestellt. Dies entspricht einer Quote von 16,66 %. Durch die Projekte wird dieser Anteil noch steigen.

Vier Auszubildende mit Schwerbehinderung wurden eingestellt. Dies entspricht einer Quote von 1,9 %.

Bewerbungen für das Ausbildungsjahr 2007

Die Anzahl der Bewerbungen betrug für das Ausbildungsjahr 2007 5548. Die Verteilung nach Geschlechtern ist nahezu 50/50; 2750 weiblich = 49,6% und 2800 männlich = 50,4%. Eingestellt wurden 105 Frauen = 55% und 86 Männer = 45%. Der Anteil der schwerbehinderten Bewerber/innen betrug 55 = 1,5%. Der Anteil der Bewerber/innen mit Migrationshintergrund betrug 959 = 17,3%.

Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund:

Die Testverfahren für die Projekte werden in mehreren Sprachen durchgeführt, um dem speziellen Personenkreis Rechnung zu tragen.

Ausbildungsbilanz:

Neben dem durch das Kommunale Bündnis für Arbeit erstellten Ausbildungsbericht wird die Personalverwaltung einen Ausbildungsbericht 2007 erstellen und diesen dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen vorstellen.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 14.12.2006
Vorlagennummer: 1876/006, 1895/006 und 1911/006

Betreff: Bleiberechte für geduldete Menschen in Köln

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln fordert den Deutschen Bundestag auf, zügig eine wirksame Bleiberechtsregelung mit erfüllbaren Kriterien zu beschließen.

1. Insbesondere sollte hierbei die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zunächst auch ohne Beschäftigungsnachweis ermöglicht und eine zweijährige Frist zur Arbeitsaufnahme eingeräumt werden.

2. Außerdem sollte der Bundesgesetzgeber die Ausnahmeregelung im Beschluss der Innenministerkonferenz vom 17. Dezember 2006 in Nürnberg übernehmen. Danach können Ausnahmen zugelassen werden: - bei Auszubildenden in anerkannten Lehrberufen, - bei Familien mit Kindern, die nur vorübergehend auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sind, - bei Alleinerziehenden mit Kindern, die vorübergehend auf Sozialleistungen angewiesen sind und denen eine Arbeitsaufnahme nach § 10 Abs. 1 Nr. 3 SGB II nicht zumutbar ist, - bei erwerbsunfähigen Personen, deren Lebensunterhalt einschließlich Betreuung und Pflege in sonstiger Weise ohne Leistungen der öffentlichen Hand dauerhaft gesichert ist, es sei denn, die Leistungen beruhen auf Beitragszahlungen, - bei Personen, die an einem vom Bundesgesetzgeber festgelegten Stichtag das 65. Lebensjahr vollendet haben, wenn sie in ihrem Herkunftsland keine Familie, dafür aber im Bundesgebiet Angehörige (Kinder oder Enkel) mit dauerhaftem Aufenthalt bzw. deutscher Staatsbürgerschaft haben und soweit sichergestellt ist, dass für diesen Personenkreis keine Sozialleistungen in Anspruch genommen werden. Der Gesetzgeber wird aufgefordert, zusätzlich die Personengruppen in die Ausnahmeregelungen aufzunehmen, denen ein posttraumatisches Belastungssyndrom (PTBS) gutachterlich diagnostiziert wurde.

3. Der Rat der Stadt Köln fordert den Deutschen Bundestag auf, durch Klarstellungen im Aufenthaltsgesetz die so genannten Kettenduldungen künftig zu vermeiden.

4. Gut integrierten und in Deutschland aufgewachsenen ausländischen Jugendlichen sollte, auch wenn sie nur über einen geduldeten Voraufenthalt verfügen, eine eigenständige Aufenthaltsperspektive gegeben werden, wenn die Eltern nach der neuen Bleiberechtsregelung keine Aufenthaltserlaubnis erhalten können. Für diese Jugendlichen sollte deshalb ein Wiederkehrrecht im § 37 AufenthG und ein Bleiberecht in § 25a Abs. 5 AufenthG in Anlehnung an die Regelung für Jugendliche mit einem rechtmäßigen Voraufenthalt gesetzlich verankert werden. Diese Regelung sollte auch für unbegleitete minderjährige Eingereiste Anwendung finden.

II. Der Rat der Stadt Köln begrüßt die im Koalitionskompromiss vom 14.11.2006 vereinbarte Änderung der Beschäftigungsverfahrensverordnung und bittet den Bundesminister für Arbeit um entsprechende Rechtsverordnung, die Personen nach vier Jahren geduldeten Aufenthalts einen Arbeitsmarktzugang ohne Vorrangprüfung ermöglicht.

III. Im Übrigen fordert der Rat die Verwaltung bzw. die städtischen Vertretungen in der ARGE auf,

1. alle Möglichkeiten zu nutzen, um den langjährig Geduldeten den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern und

2. die Regelung der Innenministerkonferenz im Sinne der Geduldeten auszulegen und

möglichst von Abschiebungen abzuwenden. Dabei gilt auch für das Kölner Verwaltungshandeln der Grundsatz, dass Personen, die in erheblichem Maße straffällig geworden sind (Geldstrafen von bis zu 50 Tagessätzen [kumulativ] bleiben grundsätzlich außer Betracht bzw. bei Geldstrafen bis zu 90 Tagessätzen wegen Straftaten, die nach dem Aufenthaltsgesetz oder dem Asylverfahrensgesetz nur von Ausländern begangen werden können) oder die Ausländerbehörde vorsätzlich getäuscht oder deren behördlichen Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung vorsätzlich hinausgezögert und behindert haben, von diesem Abschiebestopp auszunehmen sind. Dies gilt auch für Personen, die terroristische Vereinigungen aktiv unterstützen.

Sachstand:

Am 17.11.2006 hat die Innenministerkonferenz auf Länderebene eine Bleiberechtsregelung beschlossen, die den Anregungen der Resolution des Rates vom 15.12.2005 folgt. Langjährig aufhältigen Ausländern, die keine Verstöße gegen Mitwirkungspflichten begangen haben und die keine umfangreichen Straftaten begangen haben, können Aufenthaltsrechte gewährt werden. Entscheidende Voraussetzung für die Erteilung eines Bleiberechts ist die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bis zum 30.09.2007 und das Erlernen der deutschen Sprache. Um den Betroffenen das Erlernen der deutschen Sprache und auch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu erleichtern, hat die Verwaltung, speziell auf Duldungsinhaber ausgerichtete Sprachkurse bzw. Qualifizierungsmaßnahmen angeboten.

Am 28.08.2007 trat dann mit dem Gesetz zur Umsetzung aufenthalts – und asylrechtlicher Richtlinien der EU die gesetzliche Altfallregelung in Kraft. In dieser wird die Intention der o.g. Erlassregelung aufgegriffen und fortgesetzt. Menschen, die die allgemeinen Voraussetzungen dieser Regelung erfüllen, haben nun bis zum 31.12.2009 die Möglichkeit, durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und damit der selbständigen Sicherung des Lebensunterhalts ihren weiteren Aufenthalt in der Bundesrepublik zu sichern.

Die Gesetzesänderung enthält außerdem die Regelung des Zugangs langjährig Geduldeter zum Arbeitsmarkt ohne Vorrangprüfung.

Die bisherige Umsetzung der Erlassregelung bzw. der gesetzliche Altfallregelung durch die Verwaltung stellt sich wie folgt dar (Stand 11/2007):

Berichtswesen Bleiberecht 323

	11.12.2006bis 30.09.2007	insgesamt seit 11.12.2006
Für wieviel Personen wurde ein Bleiberecht beantragt?	1923	1980
Wieviele Anträge wurden zurückgenommen?	61	63
Wieviele Aufenthaltserlaubnisse wurden nach Erlass vom 11.12.2006 erteilt?	143	144
Wieviele Aufenthaltserlaubnisse wurden nach Erlass vom 11.12.2006 zunächst für sechs Monate "zur Probe" erteilt?	438	438

Wieviele Aufenthaltserlaubnisse wurden nach der gesetzlichen Altfallregelung des § 104 a/b AufenthG erteilt an Personen, die ihren Lebensunterhalt vollständig sicherstellen? (gem. § 23 Abs.1 i.V.m.§ 104 a Abs. 1 Satz 2 AufenthG)	0	35
Wieviele Aufenthaltserlaubnisse wurden nach der gesetzlichen Altfallregelung des § 104 a/b AufenthG erteilt an Personen, die ihren Lebensunterhalt <u>noch nicht</u> vollständig sicherstellen? (gem. § 104)	2	107
Wieviele Aufenthaltserlaubnisse nach § 104 a Abs.1 AufenthG (s. oben) wurden in eine Aufenthaltserlaubnis gem. § 23 Abs.1 i.V.m. § 104 a Abs.1 Satz 2 umgewandelt, weil der LU gesichert wird?	0	0
Wieviele Aufenthaltserlaubnisse nach § 23 Abs. 1 i.V.m. § 104 a Abs.2 AufenthG wurden erteilt an volljährige Kinder, die als minderjährige eingereist sind, sowie an als "unbegleitete Minderjährige" eingereiste Personen?	0	1
Wieviele Aufenthaltserlaubnisse nach § 104 b AufenthG wurden erteilt an 14 - 17-jährige Kinder, deren Eltern ihre Ausreisepflicht erfüllt haben?	0	0
In wievielen Fällen scheitert die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis allein an der Passlosigkeit ?	149	153
Wieviel Anträge auf ein Bleiberecht mussten abgelehnt werden?	61	77
davon:		0
wegen Nichterfüllung der zeitlichen Voraussetzung	17	22
wegen Straftaten	20	31
wegen bestehender Ausweisungen	1	1

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 14.12.2006
Vorlagennummer: 1873/006

Betreff: Wiedereinführung von Bezirksbeigeordneten

Beschluss:

Beschluss gemäß modifiziertem Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat nach Vorberatung durch den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen kurzfristig geeignete Vorschläge vorzulegen, wie die Information und Kommunikation zwischen Oberbürgermeister bzw. Dezernaten und den neun Bezirksvertretungen deutlich verbessert werden kann.

Zum einen soll dadurch zukünftig eine in Hinsicht auf Anfragen der BVs zeitnahe und qualitativ bessere Information gewährleistet werden, andererseits sollen Möglichkeiten gefunden werden, zu relevanten Vorgängen zielgerichtet eine unmittelbare Information durch die Fachdezernate, z.B. bezogen auf einen TOP in der BV-Sitzung oder in anderweitigem Rahmen, zu ermöglichen.

Ferner werden die Bezirksvorsteher gebeten, gemeinsam Vorschläge zu entwickeln und vorzuschlagen, wie Informationen und Kommunikation der Bezirksvertretungen durch den Stadtvorstand verbessert werden kann.

Sachstand:

Der Stadtvorstand hat am 06.03.2007 einem Konzeptentwurf zugestimmt, der anschließend vereinbarungsgemäß den Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeistern zur Verfügung gestellt wurde. Mit Schreiben vom 15.10.2007 und 19.10.2007 teilten die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister unterschiedliche Änderungs- und Ergänzungswünsche mit. Nach verschiedenen internen Abstimmungsgesprächen kam es am 13.12.2007 zu einer abschließenden Besprechung der drei beauftragten Bezirksbürgermeister mit dem Stadtdirektor und dem Bürgeramtsleiter Innenstadt, worauf die endgültigen Änderungs- und Ergänzungswünsche zusammen mit redaktionellen Änderungen in den Konzeptentwurf der Verwaltung eingearbeitet wurden. Dieser Text wird im neuen Jahr dem Stadtvorstand vorgelegt und anschließend über den AVR dem Rat zur Kenntnis gegeben.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 14.12.2006
Vorlagennummer: 1917/006

Betreff: Resolution gegen die Auflösung des Versorgungsamtes Köln

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Landesregierung und den Landtag auf, Pläne zur Auflösung des Versorgungsamtes Köln und die Verlagerung der Aufgaben auf die Kreise und kreisfreien Städte nicht weiter zu verfolgen. Angesichts der speziellen Aufgaben der Behörde und der gewachsenen Strukturen kann eine Verlagerung insgesamt nur unwirtschaftlich und zu Lasten der Kommunen und der betroffenen Bürgerinnen und Bürger erfolgen.

Sachstand:

Die Resolution ist der Landesregierung zugeleitet worden. Die Präsidentin des Landtages hat eine Kopie des Schreibens an den Herrn Ministerpräsidenten erhalten. Köln bewegt sich hier im Konsens mit der Mehrzahl aller Kommunen.

Dennoch hat am 24.10.2007 der Landtag die Gesetzesvorlage zum Zweiten Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in NRW verabschiedet. Ab dem 01.01.2008 geht die Zuständigkeit für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Schwerbehindertenrecht (SchwebR) und des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) auf die Kreise und kreisfreien Städte über.

Die Resolution hat demnach nicht die gewünschte Wirkung erzielt.

Ungeachtet der kritischen Haltung der Verwaltung gegenüber dem Vorhaben der Landesregierung, die vor allem mit der Konnexität zusammenhängt, hat die Verwaltung alle Vorbereitungen getroffen, um nach der Kommunalisierung die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger mit dem Aufgabenübergang zum 01.01.2008 in gewohnter Qualität anbieten zu können.

Eine laufende Sachstandsberichterstattung erhalten die politischen Gremien in Form von Verwaltungsmitteilungen.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 06.02.2007
Vorlagennummer: A/0007/007 und A/0045/007

Betreff: Initiative "Chancengleichheit"

Beschluss:

1. Initiative „Fairer Betrieb“

Die Stadt soll in Zusammenarbeit mit dem Bündnis für Arbeit nach bestimmten Kriterien den Preis „Fairer Betrieb“ ausloben. Dieses Prädikat wird an Unternehmen vergeben, die ihren Betrieb besonders sozial und diskriminierungsfrei führen und die Chancen der Vielfalt erkennen und nutzen. Kriterien für die Preisverleihung sollen beispielsweise sein:

- Schaffung neuer Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze auch über Bedarf
- Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen
- Beschäftigung und Ausbildung von benachteiligten Menschen (mit Behinderungen oder bildungsfernen Schichten, Zuwanderungshintergrund) auch über Bedarf
- Umsetzung von betrieblichen Richtlinien zur Antidiskriminierung
- Barrierefreier Betrieb/Betriebsgelände
- Handeln im Sinne der „Charta der Vielfalt“

Der Rat der Stadt wird diesen Preis jährlich verleihen. Betriebe mit dieser Auszeichnung sollen, soweit die entsprechende EU-Richtlinie umgesetzt wird, auch bei städtischen Vergaben eher Berücksichtigung finden.

2. Maßnahmen der Verwaltung

- a) Es ist eine stadtinterne Richtlinie zum neuen „Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz“ zu entwickeln. Insbesondere sollen dort Handlungsempfehlungen und Fortbildungsangebote für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erarbeitet und das Beschwerdemanagement entsprechend ergänzt werden.
- b) Die Veröffentlichung der jüngsten Pisastudie weist ausdrücklich auf eine Benachteiligung Jugendlicher aus sozial schwächeren Gesellschaftsschichten im deutschen Schulsystem hin. Daher finden sich diese jungen Menschen häufig in Gelegenheitsjobs oder „auf der Straße“ wieder. Oftmals drohen der soziale Abstieg und ein Platz in den Randgruppen unserer Gesellschaft. Langjähriger Bezug von ALG II ist die zu erwartende Konsequenz. Aus eigener Kraft sind diese Jugendlichen oft nur schwer in der Lage, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Um dem daraus resultierenden gesellschaftspolitischen Auftrag gerecht zu werden, sind verstärkt im Vorgriff auf die Vergabe von Ausbildungsplätzen Qualifizierungen anzubieten. Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, ob durch halb- oder einjährige Praktika mit schulischer Weiterbildung (insbesondere in den allgemeinbildenden Fächern) Ausbildungschancen für diesen Personenkreis eröffnet werden können. Im Vordergrund stehen sollten dabei Praktika im gewerblich-technischen Bereich und den marktgängigen Berufen.

- c) Die demografische Entwicklung innerhalb der Verwaltung führt dazu, dass ein immer größerer Anteil der Beschäftigten über 45 Jahre alt ist. Ziel der Personalstrategie muss es sein, das reiche Erfahrungspotential dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszuschöpfen und zu erhalten. Daher sind Konzepte zur Gesundheitsprävention und -fürsorge fortzuschreiben. Insbesondere ist ein qualifiziertes Eingliederungsmanagement zu entwickeln, dass dieser Entwicklung und deren Folgen Rechnung trägt.

3. Die Charta der Vielfalt - Diversity als Chance

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Unterzeichnung der „Charta der Vielfalt“, die von vier führenden Unternehmen in der Bundesrepublik initiiert wurde und mit der Bundeskanzlerin als Schirmherrin und der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung im März diesen Jahres unterzeichnet wird. Damit erklärt die Stadt Köln die Umsetzung des „Diversity Managements“. Sie informiert ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und bezieht sie ein.

Über Aktivitäten und Fortschritte berichtet sie öffentlich.

Die städtischen Beteiligungsunternehmen werden aufgefordert, diese Charta ebenfalls zu unterzeichnen und sich - wie die Stadtverwaltung - an dem Best-Practice-Austausch der Unterzeichner zu beteiligen.

Mit dieser Initiative stärken wir die Ratsbeschlüsse zu Barrierefreiheit vom 11.04.2002, zu Ausweitung der Einstellung von Auszubildenden vom 30.03.2006 und dem Beschluss zur Entwicklung neuer Führungsgrundsätze vom 29.11.2005, mit dem Ziel, diese Initiativen zu einer Rahmenstrategie zusammenzuführen und ein modernes Leitbild für die Stadtverwaltung zu entwickeln.

Sachstand:

1. Initiative „Fairer Betrieb“

Nach Beschluss des Rates zur „Initiative Chancengleichheit“ soll die Stadt Köln in Zusammenarbeit mit dem Bündnis für Arbeit einen Preis „Fairer Betrieb“ ausloben. Die Federführung zur Auslobung des Preises liegt bei III/80. Eine Abstimmung zwischen der Stadt Köln und dem Bündnis für Arbeit wurde von 80 bereits herbeigeführt. In Abstimmung mit 80/804 am 28.12.2007 wird für den Teil „Fairer Betrieb“ von dort eine Stellungnahme für den Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gefertigt.

2. Maßnahmen der Verwaltung

- a) Entwicklung einer Richtlinie zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
I/11 bereitet derzeit gemeinsam mit V/2 – Interkulturelles Referat – eine Richtlinie zum AGG vor. In Kürze wird I/11 ein mit V/2 abgestimmtes Gesamtkonzept zur Umsetzung des AGG bei der Stadt Köln dem Stadtvorstand zur Beschlussfassung vorlegen. Dieses Konzept wird insbesondere Details zu Art und Umfang der Schulungen zum AGG (E-Learning) und zur Einrichtung einer Beschwerdestelle umfassen.
- b) Ausbildungsvorbereitung benachteiligter Gruppen
I/11 hat folgende zwei Maßnahmen entwickelt und diese dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen vorgelegt (4112/2007):

- Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund (Beginn 15.02.2008)
- Teilzeitprojekt für Alleinerziehende (Beginn 01.04.2008)

Zur pädagogischen Betreuung der Projekte wird zum Stellenplan 2008 eine Stelle „Sozialpädagogin“ eingerichtet und bei 110/20 angebunden. 10 wird im Vorgriff auf den Stellenplan 2008 ab dem 01.01.2008 eine Stelle aus dem Personalreserveplan zur Verfügung stellen.

c) Begegnung der demographischen Entwicklung

Das Konzept zum Aufbau eines Betrieblichen Gesundheitsmanagements, das sich u.a. mit der demographischen Entwicklung bzw. der Beschäftigtenstruktur befasst, wurde zwischenzeitlich im Stadtvorstand beschlossen. Zur weiteren Umsetzung wird eine Lenkungsgruppe in Kürze die Arbeit aufnehmen. Für den 09.01.2008 ist eine entsprechende Auftaktveranstaltung vorgesehen.

Darüber hinaus wird in einer (weiteren) Arbeitsanweisung eine intensive Betreuung erkrankter Beschäftigter geregelt. Die Arbeitsanweisung beinhaltet einen arbeitsmedizinischen Ansatz sowie Maßnahmen im Rahmen des betrieblichen Eingliederungsmanagements und richtet sich insbesondere an den im Beschluss genannten Mitarbeiterkreis (ab 45 Jahre). Die Arbeitsanweisung wurde zwischenzeitlich verwaltungsintern abgestimmt und den zentralen sowie dezentralen Personalsachbearbeiterinnen und -sachbearbeitern vorgestellt.

Der Aufbau eines Wissensmanagements bei 11 zur Nutzung, Vermittlung und Bewahrung von Wissen und Erfahrungspotenzial der Mitarbeitergeneration über 45 Jahre, wird fortgesetzt.

3. Beitritt zur Charta der Vielfalt

Nach dem Beitritt der Stadt Köln werden derzeit Ideen gesammelt und Gespräche zur inhaltlichen Gestaltung möglicher Maßnahmen, zur Öffentlichkeitsarbeit und ggf. zur Verknüpfung bzw. Abstimmung des Charta-Gedankens mit dem Leitbildprozess Köln 2020 geführt. Gleichzeitig wurde bei den städtischen Beteiligungsgesellschaften für einen Beitritt zur Charta geworben.

Wegen der gesamtstädtischen Bedeutung ist zur weiteren Ausarbeitung beabsichtigt, einen Arbeitskreis aus Vertreterinnen und Vertreter der in diesem Prozess tangierten Bereiche zu bilden.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 19.06.2007
Vorlagennummer: A/0263/007, A/0294/2007

Betreff: Haus des Jugendrechts – aus dem Stuttgarter wird ein Kölner Modell

Beschluss:

Sanktionsorientierte und erzieherische Maßnahmen

Die Verwaltung wird gebeten, in Abstimmung mit den Kooperationspartnern Polizei und Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe ein Pilotprojekt zu entwickeln, welches analog zum Stuttgarter Modell eines „Haus des Jugendrechts“ eine konzentrierte Zusammenarbeit ermöglicht, um strafrechtliche Verfahren zu verkürzen und damit zeitnahe Reaktionen auf jugendkriminelle Aktivitäten zu ermöglichen.

Das Projekt sollte ähnlich dem Stuttgarter Modell eine wissenschaftliche Begleitung (Evaluation) erfahren. Hierbei sind Ressourcen vor Ort zu nutzen. Zudem fordern wir die Verwaltung auf, dem Rat nach einem halben Jahr einen Erfahrungsbericht vorzulegen. Ziel muss ein vernetztes und verzahntes Konzept sein („Netz des Jugendrechts“).

Sachstand:

Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 19.06.2007 hat die Verwaltung mit den Institutionen, die auch im Stuttgarter Haus des Jugendrechts beteiligt sind, Vorgespräche geführt. Alle einzubindenden Institutionen konnten für das Projekt gewonnen werden:

- Stadt Köln
- Polizei Köln
- Jugendgericht
- Staatsanwaltschaft
- Bewährungshilfe

In einem ersten Termin im Kölner Rathaus am 29.08.2007 beschlossen die beteiligten Behördenleiter den Schwerpunkt für das neue Netz oder Haus des Jugendrechts zunächst auf das **bundesweit bekannte Kölner Intensivtäterkonzept** zu legen.

Für den Begriff Intensivtäter gibt es keine bundeseinheitliche Definition. In Köln gilt ein straffälliger Jugendlicher als Intensivtäter, wenn mindestens fünf Straftaten innerhalb eines Jahres begangen worden sind und es sich dabei um schwerwiegende Straftaten, wie Raub, Körperverletzung oder Einbruchsdelikte handelt. Die Erfahrung hat gezeigt, dass insbesondere bei sehr jungen Tätern gute Chancen bestehen, auf die weitere Entwicklung des Jugendlichen Einfluss zu nehmen. Dadurch wird vielfach ein Umdenken sowie eine nachhaltige Verhaltensänderung des Jugendlichen erreicht. Auf diesen Erkenntnissen basiert das Kölner Intensivtäterkonzept:

- Das Kölner Intensivtäterkonzept wird derzeit bereits erfolgreich umgesetzt.
- Die jugendlichen Intensivtäter sind für einen großen Teil der Delikte verantwortlich. Dies gilt insbesondere auch für Gewaltdelikte.
- Das laufende Konzept beschränkt sich nicht nur auf einzelne Stadtteile, sondern

gilt für den gesamten Gerichtsbezirk Köln.

- Die Ergebnisse und Erkenntnisse der Analysen des Intensivtäterkonzepts können voraussichtlich auf zahlreiche Arbeitsabläufe bei den übrigen Jugendsachen übertragen werden.

Aufgrund dieser Entscheidung wurde für den 25.09.2007 ein Workshop vorbereitet. Ein wichtiges Ziel war dabei, die Projektpartner über verschiedene Vorgehensmodelle zur Prozessanalyse und zur Prozessoptimierung zu informieren und für ein einheitliches Vorgehen zu gewinnen. Die Projektpartner haben in dem gemeinsamen Workshoptermin, für das weitere Vorgehen vereinbart,

- die internen Arbeitsabläufe in und die Kommunikationsschnittstellen zwischen den einzelnen Institutionen mit einem einheitlichen Analysetool aufzunehmen und zu dokumentieren,
- Verbesserungspotenziale in den internen Abläufen zu identifizieren,
- Kommunikationswege zu hinterfragen und
- gemeinsam ein Sollkonzept für einen beschleunigten und besseren Ablauf zu erarbeiten.

Die detaillierte Ist-Aufnahme der Arbeitsabläufe aller beteiligten Institutionen wurde durch die intensive Unterstützung der Organisations-Abteilung der Polizei bereits vollständig abgeschlossen:

- In den Monaten Oktober und November wurde die Ist-Aufnahme der Geschäftsabläufe realisiert. Bei der Aufnahme der einzelnen Prozessschritte in den jeweiligen Behörden waren stets mehrere Mitarbeiter der einzelnen Institutionen eingebunden, um eine objektive und reale Abbildung der zum Teil sehr komplexen Abläufe ermitteln zu können. Die Erhebung und die Ablaufdarstellung erfolgten nach sachlich-logischen und chronologischen Kriterien mit Hilfe eines modernen Grafiktools.
- Im Dezember wurden die einzelnen Abläufe analysiert und Schwachstellen sowie Verbesserungspotenziale (Wegezeiten, Ablaufprobleme, Kommunikationsschnittstellen, Informationsfluss) identifiziert und dokumentiert. Damit liegt jetzt eine professionelle, einheitliche und praxisbezogene Dokumentation aller Prozessschritte, der Kommunikationsschnittstellen und verschiedener Schwachstellen als Basis für die Erarbeitung des Lösungskonzeptes vor.

Im nächsten Schritt werden jetzt Verbesserungsmöglichkeiten und Optimierungsmaßnahmen erarbeitet und abgestimmt.

Das Projekt „Netz des Jugendrechts“ soll, entsprechend dem Ratsbeschluss, in Anlehnung an bundesweit bereits erprobte Modelle, vor allem an das Modell „Haus des Jugendrechts“ in Stuttgart Bad Cannstatt, durchgeführt werden. Daher haben die Projektpartner, d.h. Vertreter der Clearingstelle Jugendkriminalität, der Jugendgerichtshilfe, der Polizei und der Staatsanwaltschaft das Stuttgarter Haus des Jugendrechts am 19.12.2007 gemeinsam besucht. Bei dem Besuch wurde das Stuttgarter Vorgehen, Hintergründe und aktuelle Erfahrungen erläutert, die Räumlichkeiten kurz präsentiert, Detailfragen beantwortet und Wissenswertes ausgetauscht.

Die Erkenntnisse des Besuches über ablauforganisatorische und rechtliche Themen,

über Erfolge aber auch Probleme, wie Vertretungsfragen bei der zentralen Staatsanwaltschaft oder Kosten für doppelte Arbeitsplätze, werden in die Erarbeitung des „Kölner Wegs“ einfließen.

Dazu zählt beispielsweise auch die Bestätigung, dass die Stuttgarter Ideen nicht eins zu eins übernommen werden können. Vielmehr ist und bleibt es richtig und wichtig, einen gemeinsamen „**Kölner Weg**“ zu erarbeiten, der für das gesamte Kölner Stadtgebiet praktiziert werden kann und nicht - wie in Stuttgart - auf einzelne Stadtteile beschränkt bleibt.

Dazu zählt aber auch die Stuttgarter Erfahrung, dass sich die Vorteile der gemeinsamen Unterbringung eben nicht nur auf die viel zitierten Synergieeffekte beschränken, sondern bestimmte Verfahrensschritte, tatsächlich wesentlich vereinfacht oder reduziert werden können. Der Besuch in Stuttgart hat auch noch einmal verdeutlicht, dass sofortige, persönliche Gespräche mit der Staatsanwaltschaft auf die Jugendliche oft eine sehr positive Wirkung haben.

Bei der Prozessoptimierung, die gemeinsam mit den Projektpartnern im Februar und März dieses Jahres erfolgt, wird dann im Einzelnen entschieden, inwieweit Module aus dem Stuttgarter Modell zu dem „Kölner Weg“ passen. Dies kann die **verbesserte Kommunikation** und Vernetzung sein bis hin zur Planung räumlicher Zusammenkünfte und anderer Möglichkeiten.

Die neuen Arbeitsansätze sollen dann – soweit sinnvoll – in die Bearbeitung der übrigen Jugendsachen einfließen. Zusätzlich wird auch geprüft, ob eine **Ausweitung des Intensivtäterprogramms** auf jugendliche und heranwachsende **Schwellentäter** möglich ist, die derzeit noch unterhalb der Grenze zum Intensivtäter liegen.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 30.08.2007
Vorlagennummer: A/0353/007, A/0382/007

Betreff: Problematik von „Flatrate-Partys“ sowie der Ausgabe von Alkohol zu Dumpingpreisen an Jugendliche

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Verwaltung mit der Aufnahme von Gesprächen mit dem Gaststättenverband in Köln zu beauftragen, um eine Vereinbarung über den freiwilligen Verzicht auf „Flatrate-Partys“ abzuschließen.

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einhaltung der geltenden Rechtslage des Gaststättengesetzes und des Jugendschutzgesetzes in den Kölner Gaststätten und Diskotheken stärker als bisher zu überprüfen und gegen Verstöße bez. Ordnungswidrigkeiten mit Bußgeldern und Konzessionsentzug vorzugehen. Die Verwaltung wird gebeten, dem AVR und dem JHA hierzu einen Erfahrungs- und Ergebnisbericht vorzulegen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit sich die Stadt Köln am Bundesmodellprojekt „Hart am Limit (HaLt)“ beteiligen kann. Sie wird beauftragt, Fördermittel für dieses Projekt zu beantragen.

Sachstand:

Die Verwaltung und der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband Nordrhein (DEHOGA) haben gemeinsam die nachfolgende Vereinbarung erarbeitet, mit der sich die Gastronomiebetriebe freiwillig verpflichten, auf die Durchführung von Flatrate- und Billig-Partys zu verzichten und den Jugendschutz besonders zu beachten.

Stadt Köln

DEHOGA Nordrhein

**Vereinbarung gegen den Alkoholmissbrauch in
Kölner Gastronomiebetrieben**

**Der Gastronomiebetrieb.....schließt sich verbindlich folgenden
Vereinbarungen an:**

1. Der Gastronomiebetrieb verzichtet auf die Durchführung von sogenannten „Flatrate“- oder „Koma“- Partys. Darunter sind alle Geschäftskonzepte zu verstehen, die auf die vergünstigte Abgabe von alkoholischen Getränken abzielen. Hierunter fallen insbesondere:

- a) Veranstaltungen, bei denen alkoholische Getränke ohne Mengenbegrenzung zu einem einmal zu entrichtenden Preis ausgeschenkt werden

- b) Veranstaltungen, bei denen außer einem Begrüßungsgetränk alkoholische Freigetränke ausgegeben werden (z.B. Abgabe an bestimmten Tagen für eine bestimmte Gruppe)
 - c) Veranstaltungen, bei denen alkoholische Getränke mit der Gewährung von Mengenrabatt ausgegeben werden
 - d) Veranstaltungen, bei denen die Abgabe von alkoholischen Getränken zu einem nicht kostendeckenden Preis abgegeben werden (sogenannte Billig-Partys)
2. Der Gastronomiebetrieb verpflichtet sich, geeignete Eigenkontrollsysteme zur Einhaltung der gaststätten- und jugendschutzrechtlichen Vorschriften einzurichten, dies insbesondere für folgende Vorschriften:
- a) keine alkoholhaltigen Getränke an erkennbar Betrunkene auszuschenken
 - b) keinen Ausschank von harten alkoholhaltigen Getränken an Minderjährige
 - c) Angebot mindestens eines alkoholfreien Getränkes zum selben Preis wie das billigste alkoholhaltige Getränk gleicher Menge
3. Der Gastronomiebetrieb verpflichtet sich, erkennbar Betrunkene bereits beim Einlass in den Betrieb abzuweisen

Köln, den

.....
(Stadt Köln)

.....
(DEHOGA Nordrhein e.V.)

.....
(Gaststättenbetrieb)

Diese Vereinbarung wurde der Öffentlichkeit im Rahmen einer Pressekonferenz am 27.09.2007 vorgestellt. Elf Gastronomiebetriebe haben bisher freiwillig diese Vereinbarung unterzeichnet. Sechs weitere Betriebe wurden zwischenzeitlich aufgefordert, sich der Vereinbarung anzuschließen. Der städtische Ordnungsdienst achtet besonders auf die Einhaltung der Absprachen. Sofern die Verwaltung von beabsichtigten Flatrate-Partys erfährt, werden die Veranstalter auf die Vereinbarung und auf mögliche ordnungsrechtliche Maßnahmen hingewiesen. Bisher hat sich die Kölner Gastronomie nach den Erkenntnissen der Verwaltung an die Absprachen gehalten. Weitergehende ordnungsrechtliche Maßnahmen, wie z.B. eine Betriebsschließung, waren bisher nicht erforderlich. Ungeachtet dessen, wird die Verwaltung auch zukünftig versuchen, weitere Gastronomiebetriebe für die Unterzeichnung der Vereinbarung zu gewinnen und darauf achten, dass diese Geschäftspraktik in Köln nicht mehr durchgeführt wird. Auch die Einhaltung des Jugendschutzes wird durch den städtischen Ordnungsdienst verstärkt überwacht. Bei regelmäßigen Kontrollen, die im Rahmen der Ordnungspartnerschaft Ringe gemeinsam mit der Polizei durchgeführt werden, ist die oberste Priorität die Einhaltung der Jugendschutzvorschriften.

Bezüglich der Beteiligung am Bundesmodellprojekt „Hart am Limit (HaLt)“ hat die Verwaltung Verhandlungen mit der zuständigen Referentin im BMG aufgenommen. Nach deren Aussage gehen die Anfragen auf eine Teilnahme an dem Modell bereits weit über die zur Verfügung stehenden Fördermittel hinaus. Das BMG steht einer Teilnahme von Köln an dem Modell sehr positiv gegenüber, kann jedoch keine Aussage treffen, welche Teilnehmer von der federführenden oder Projekt tragenden Universität ausgewählt werden. Die Verwaltung wird auf dieser Grundlage einen Antrag an die Universität Dresden stellen. Inwieweit dabei allerdings eine Zusage erfolgt, erscheint nach dem geschilderten Sachverhalt fraglich. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass die mögliche Förderung keine Personalkosten mehr für die Durchführung bereit hält, sondern ausschließlich eine Schulung und wissenschaftliche Begleitung für die kommunal finanzierten Kräfte sowie die wissenschaftliche Begleitung.

Beschlüsse des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen

Gremium: Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
Sitzungsdatum: 16.09.2002
Vorlagennummer: 1326/002

Betreff: Einführung der elektronischen Signatur bei der Stadt Köln

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Einsatzmöglichkeiten es für elektronische Signaturen innerhalb der Stadt Köln gibt. Der derzeitige Sachstand zur Nutzung der elektronischen Signatur bei der Stadt Köln ist in rechtlicher und organisatorischer Hinsicht zu erläutern.

Dabei sind insbesondere Ausführungen zur elektronischen Aktenführung und Archivierung, die Frage von Zeitstempel, Ablauf von Zertifikaten bei archivierten Dokumenten und zur bestehenden Verschlüsselungsproblematik zu machen.
2. Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept, aus dem die notwendigen organisatorischen Maßnahmen hervorgehen, um sicherzustellen, dass sowohl die mit einer elektronischen Signatur eingehenden Dateien als auch die mit einer elektronischen Signatur versehenen städtischen Schriftstücke verarbeitet werden können.

Sachstand:

Mit Halbjahresbericht I/2007 wurde im Hinblick auf eine stadtweit aufzubauende Signaturinfrastruktur über zwei Projekte berichtet, die sich in der Testphase befanden. Zwischenzeitlich wurde in beiden Projekten der Testbetrieb vorläufig abgeschlossen und die gesammelten Erfahrungen werden in den Projekten umgesetzt. Es handelt es sich im Einzelnen um folgende Projekte:

KES – Kassenanordnung mit elektronischer Signatur

Projektziel ist die Optimierung des Anordnungswesens hinsichtlich des bisher per Papier und Dienstpost abgewickelten Schriftverkehrs zwischen anordnender Dienststelle und Stadtkasse. Dieser Prozess wird durch elektronische Übermittlung der Anordnungen abgelöst. Der Nachweis der Anordnungsbefugnis, der bisher durch handschriftliche Unterschrift erbracht wurde, erfolgt zukünftig über eine digitale Signatur. Die Pilotierung des Einsatzes von digitalen Signaturen in diesem Projekt geschieht auch mit dem Ziel, Erfahrungen zum Aufbau einer verwaltungsweit zu nutzenden Signatur-Infrastruktur zu gewinnen.

Im Oktober 2006 wurde der Testbetrieb bei der Kämmerei und der Stadtkasse aufgenommen. Diese Testphase hat in Bezug auf die eingesetzte Hard- und Software wichtige Erkenntnisse ergeben. Von der Kämmerei wurden Kassenanordnungen mit einer qualifizierten digitalen Signatur auf elektronischem Weg an die Stadtkasse übermittelt und dort verifiziert. Der Testbetrieb konnte in Hinblick auf den Einsatz der elektronischen Signatur als erfolgreich bewertet werden, in Bezug auf die Fachaufgabe wurde der Testbetrieb Anfang 2007 vorläufig eingestellt, da sich die Übermittlung der Kassenanordnungen per Mail in der Praxis nicht bewährt hat. In Abstimmung mit den Pilotämtern Kämmerei und Stadtkasse wurde ein neues Konzept für die elektronische Übermittlung erarbeitet. Die signierten Kassenanordnungen werden zukünftig in ein elektronisches Archiv übergeben und dort von der Stadtkasse weiterbearbeitet. Hin-

sichtlich Revision- und Datensicherheit wurde bereits die Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes eingeholt. Von einer erneuten Testphase in den Pilotämtern mit der Archivlösung wurde abgesehen, da die Archivlösung, die seit Jahren in der Verwaltung eingesetzt wird, lediglich um die Signaturkomponente erweitert wird. Aufgrund technischer Weiterentwicklungen (Soft- und Hardware) bzw. Änderungen (Signaturkarten) war eine erneute Marktsichtung erforderlich. Nachdem diese abgeschlossen wurde, sind die entsprechenden Vergabeprozesse eingeleitet worden, sodass mit einer Produktivsetzung im 1. Quartal 2008 zu rechnen ist.

EGVP – Elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach

Für das Rechts- und Versicherungsamt wird der Zugang zum "Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfach" (EGVP) eingerichtet. Mit dem EGVP können Schriftsätze und andere Dokumente in elektronischer Form rechtswirksam an alle teilnehmenden Gerichte / Behörden schnell und sicher übermittelt werden. Das EGVP wurde vom Bundesverwaltungsgericht und dem Bundesfinanzhof zusammen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, dem Oberverwaltungsgericht Münster (federführend für das Pilotprojekt in Nordrhein-Westfalen) und in Abstimmung mit den Ländern Bremen und Hessen konzipiert. Das EGVP ist für die Stadtverwaltung ein Pilotprojekt zur Evaluierung der Nutzenpotenziale ebenübergreifender, rechtsverbindlicher Behördenkommunikation mit elektronischen Signaturen.

Anfang Dezember 2006 wurde beim Rechts- und Versicherungsamt die Soft- und Hardware zur Nutzung des "Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfach" (EGVP) installiert. Nach der vollständigen Integration in die städtische DV-Landschaft konnte Anfang 2007 der Testbetrieb starten. Vor der Übermittlung von Datensätzen waren jedoch mit dem OVG Münster umfangreiche organisatorische Regelungen zu treffen. Die Kommunikation mit dem OVG Münster über das EGVP verlief im Testbetrieb erfolgreich.

Durch die kontinuierlich steigende Zahl der am EGVP teilnehmenden Rechtsinstanzen wächst auch das Interesse weiterer Dienststellen an der Nutzung des EGVP. Nach Abschluss des Testbetriebs und einer stadtweiten Bedarfsprüfung kann weiteren Dienststellen die Nutzung des EGVP angeboten werden.

Gremium: Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
Sitzungsdatum: 24.10.2005
Vorlagennummer: 1406/005

**Betreff: Bereitstellung und Nutzung von Daten des Liegenschaftskatasters
über Internet-Anwendungen auf stadt-koeln.de**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob Katasterdaten über eine Internet-Anwendung für Fachanwender (z. B. öffentlich bestellte Vermessungsingenieure und Architekten) bereitgestellt werden können. Bei der Prüfung sind die organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Es sind Stufenmodelle zu entwickeln, die Zugriffsmöglichkeiten der einzelnen Nutzergruppen und die Art und Weise, Aktualität und Tiefe des Datenzugriffs umfassen. Die einzelnen Modelle sollen zudem rechtlich sowie mit Blick auf die Wirtschaftlichkeit bewertet werden. Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, die durch die Onlineanbindung möglichen Einsparungen und Mehrwerte eines solchen 24-Stunden-Dienstes besonders mit dem Blick auf geeignete Bezahlmöglichkeiten – auch online – aufzuzeigen. Das Ergebnis dieser Prüfungen soll Modellcharakter für die Veröffentlichung aller Daten im Netz haben. Das Stufenmodell soll im zuständigen IuK-Unterausschuss vorgestellt werden.

Sachstand:

Seit Anfang 2006 können ausgewählten Vermessungsbüros (öffentlich bestellte Vermessungsingenieure) online, mittels T-Desk-Technologie, auf die Katasterinformationen (Katasterkarte und Liegenschaftsbuch) zugreifen. Diese Lösung entlastet die Büros von zeitaufwändigen Behördengängen und macht sie unabhängig von den Öffnungszeiten des Liegenschaftsamtes.

Seit Ende 2006 ist der Download verschlüsselter Daten möglich.

Darüber hinaus werden zurzeit seitens des Amtes für Informationsverarbeitung weitere Optimierungsmöglichkeiten der Infrastruktur geprüft.

Geplant ist den Nutzerkreis systematisch auszuweiten, so dass alle ÖbVI online auf die Katasterinformationen zugreifen können.

Im Laufe des Jahres 2007 hat sich der Service etabliert und wird mit positivem Ergebnis genutzt. Darüber hinaus wurde der Zugriff auf weitere ÖbVI ausgedehnt.

Gremium: Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
Sitzungsdatum: 29.10.2007
Vorlagennummer: AN/0936/2007

Betreff: Rahmen für die Straßenkunst

Beschluss:

§ 10 der Kölner Straßenordnung wird wie folgt neu gefasst:

„Musiker und Schauspieler müssen die Dauer ihrer Darbietungen auf Straßen und Plätzen auf regelmäßig 30 Minuten beschränken und den Ort ihrer Darbietung im Anschluss so verändern, dass ihre Darbietungen am ursprünglichen Standort nicht mehr hörbar sind.“

Die Verwaltung wird aufgefordert, über geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass Straßenkunst in Köln die Unterstützung und den Raum erhält, der dem Geist einer weltoffenen Metropole wie Köln gerecht wird ohne dabei die Interessen der Anwohner, Geschäftsleute, Gastwirte und auch Passanten unberücksichtigt zu lassen. Hierzu gehört insbesondere:

Für von Straßenkünstlern besonders beliebte und damit stark bespielte Plätze soll es die Möglichkeit geben, angemessene Ruhezeiten vorzusehen, um eine unzumutbare Belastung an einem Ort im Interesse aller Beteiligten zu verhindern.

Künstlerische Betätigung mit Geräuscentwicklung soll auf die Zeit zwischen morgens 10.00 Uhr und abends 22.00 Uhr beschränkt bleiben. Der Einsatz von elektronischen Geräten zur Unterstützung einer Darbietung soll die Lautstärke einer Stimme oder eines akustischen Instrumentes nicht überschreiten, damit der Geräuschpegel angemessen eingegrenzt bleibt.

Straßenkunst ist insbesondere auch in von Passanten und Touristen besonders belebten Straßen und Plätzen (wie z.B. Schildergasse, Hohe Straße, Wallrafplatz, Domplatte, Breite Straße, Rheinpromenade,...) erwünscht. Eine nachhaltige Beeinträchtigung des Geschäftsverkehrs, der Anwohner und des Passantenstroms muss jedoch unterbleiben.

Straßenkunst muss die Interessen der Anwohner berücksichtigen. Zu prüfen ist, ob in besonders bewohnten Bereichen (wie z.B. Altstadt, Martinsviertel...) eine zeitliche Beschränkung deutlich unter 30 Minuten oder eine gänzliche Versagung von straßenkünstlerischen Darbietungen sinnvoll sein kann.

Straßenkunst muss die Interessen der Gastwirte und Gäste von außergastronomischen Betrieben berücksichtigen. Zu prüfen ist, ob eine zeitliche Beschränkung deutlich unter 30 Minuten hier sinnvoll sein kann.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen mehrsprachigen Informationsflyer zu gestalten, der die Straßenkünstlerinnen und Straßenkünstler aber auch die Anwohner, Geschäftsleute und Gastwirte über die Rahmenbedingungen für Straßenkunst in Köln

informiert. Bestandteil dieser adressatengerechten Information sollte ein Serviceteil über z.B. Ansprechpartner, Unterkunfts- und Duschmöglichkeiten, etc. für Straßenkünstlerinnen und -künstler sein. Eine Zusammenarbeit mit dem aufzubauenden Kulturbüro ist anzustreben, Darüber hinaus wird das Bezirksamt Innenstadt eingebunden.

Sachstand:

Die Änderung des § 10 der Kölner Straßenordnung ist in Vorbereitung.
Erste Abstimmungsgespräche zu Ziffer 2 und 3 des Beschlusses sind im Dezember 2007 zwischen 41 und 32 erfolgt.

Beschlüsse des Finanzausschusses

Gremium: Finanzausschuss
Sitzungsdatum: 13.02.2007
Vorlagenummer: Ergänzung zu 0129/007 (Änderungsantrag aus der Politik)

**Betreff: Zusätzliches Budget i. H. v. 500.000,- € für eine verstärkte
Mitarbeiterqualifizierung**

Beschluss:

Die Verwaltung bekommt ein zusätzliches Budget in Höhe von 500.000,- € für die Qualifizierung der städtischen Beschäftigten zur Verfügung gestellt.
Mit Hilfe dieser zusätzlichen Mittel soll die Verwaltung den Beschäftigten gezielte Maßnahmen und ein umfangreiches Angebot an Seminaren zur Verfügung stellen, damit allen Beschäftigten der Anspruch auf Fortbildungen erfüllt und die Motivation und Belastbarkeit gesteigert werden.

Sachstand:

In der Sitzung am 13.02.2007 wurde beschlossen, ein zusätzliches Budget in Höhe von 500.000 € für die Qualifizierung der städtischen Beschäftigten zur Verfügung zu stellen. Vor dem Hintergrund der steigenden Arbeitsverdichtung soll allen Beschäftigten der Anspruch auf Fortbildungen erfüllt werden. Ziel ist es, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Erfüllung ihrer Aufgaben zu befähigen und ihre Motivation und Belastbarkeit zu steigern.

So soll eine verstärkte Mitarbeiterqualifizierung, vor allem durch die Erweiterung des Angebotes an mitarbeiter- sowie fachbezogenen Seminaren, erreicht werden. In 2007 wurden 50 Zusatzveranstaltungen für besonders nachgefragte Themen aus dem jährlichen Fortbildungskatalog durchgeführt.

Außerdem wurden neue Themen, die nicht in dem bereits vorhandenen Angebot enthalten waren, zusätzlich angeboten und durchgeführt. Für zusätzliche mitarbeiter- und fachbezogene Seminare wurden insgesamt Mittel in Höhe von 95.000 € aufgewendet.

Im Rahmen der Einführung des Leistungsentgeltes nach § 18 TVöD wurden der Amtsleitertag zur Thematik „stadtweite Schulungen der Führungskräfte“ sowie Informationsveranstaltungen und Workshops durchgeführt. Schwerpunkte sind die Entwicklung von Zielvereinbarungen sowie das Führen von Zielvereinbarungs- und Bewertungsgesprächen. Die Schulungen begannen im September 2007 und werden voraussichtlich im Februar 2008 abgeschlossen sein. Für die bisher durchgeführten Maßnahmen wurden Mittel in Höhe von 100.000 € verausgabt.

Des Weiteren konnten Schulungen speziell für neue Führungskräfte angeboten und der Lehrgang „Vorbereitung auf Führungsaufgaben“ für besonders förderungswürdige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neu aufgelegt werden.

Die Förderung von Masterstudiengängen sowie Qualifizierungen zur Umsetzung des Schulungskonzepts Gender Mainstreaming konnten ebenfalls realisiert werden. Insgesamt wurde für die Führungskräftequalifizierung ein Teilbudget in Höhe von 40.000 € zur Verfügung gestellt.

Seminare für neue Ausbilderinnen und Ausbilder wurden ebenfalls mit den zusätzlichen Mitteln realisiert werden. Hierfür wurden 15.000 EUR ausgegeben.

Schließlich wurden die durch die Dienststellen signalisierten konkreten Bedarfe an dienststellenspezifischen und besonderen fachlichen Qualifizierungsmaßnahmen finanziert. Das Personalamt hat zunächst in Abstimmung mit den Dienststellen und unter Berücksichtigung derer finanziellen Mittel die Notwendigkeit der Maßnahmen geprüft und Prioritäten festgelegt. Das Thema Bürgerbeteiligung wurde in diesem Zusammenhang mit aufgenommen.

Ziel war es, die Mittel so an der notwendigen Stelle einzusetzen und möglichst gerecht unter den Dienststellen zu verteilen. Insgesamt sind den Dienststellen 250.000 € zur Verfügung gestellt worden.

Beschlüsse des Hauptausschusses

Gremium: Hauptausschuss
Sitzungsdatum: 14.06.2004
Vorlagennummer: 0661/004 und 826/004

**Betreff: Umsetzung des Gender Mainstreaming – Ansatzes
in der Kölner Stadtverwaltung**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept vorzulegen, das die Vorgaben des Gender Mainstreaming bezogen auf die Stadt Köln umsetzt. Bestandteil des Konzeptes ist die Darstellung der benötigten personellen und finanziellen Ressourcen, die gezielte Schulung über Methoden und Instrumente zur Durchführung sowie zur Evaluation.

Sachstand:

Das durch das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern erstellte Rahmenkonzept zur Umsetzung des Gender Mainstreaming-Ansatzes in der Kölner Stadtverwaltung wurde am 18.10.2005 vom Stadtvorstand zur Kenntnis genommen. Am 24.10.2005 wurde der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen und am 16.01.2006 der Hauptausschuss informiert.

Umsetzungsstand:

1. Geschlechterdifferenziertes Datenmaterial

Die Dezernate wurden aufgefordert ab dem 01.01.2006 alle personenbezogenen Daten geschlechterdifferenziert zu erheben, aufzubereiten, auszuwerten und zu veröffentlichen, soweit es die Datenbasis erlaubt und die technischen Auswertungsmöglichkeiten vorhanden sind. Die Praxis zeigt, dass hier noch Handlungsbedarf in Bezug auf die konsequente Veröffentlichung personenbezogener Daten besteht.

2. Vermittlung von Gender Kompetenz

Unter der Federführung des Personalamtes wurde ein Schulungskonzept zum Thema Gender Mainstreaming erstellt.

Basierend auf diesem Konzept wurde zunächst ein Pilotprojekt mit dem Amt für öffentliche Ordnung gestartet, das am 30.09.2007 abgeschlossen wurde.

Im Anschluss an dieses Projekt folgte ein Pilotseminar für ausgewählte Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter, das die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für dieses Thema sensibilisiert und ihnen die Inhalte näher gebracht hat.

Darüber hinaus sind weitere Maßnahmen geplant, die in 2008 durchgeführt werden.

So werden zwei weitere Seminare für Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter durchgeführt. Außerdem ist ein Amtsleitertag zum Thema Führungskräftequalifizierung geplant. Ein Bestandteil des Amtsleitertages wird Gender Mainstreaming sein.

3. Pilotprojekt beim Ordnungs- und Verkehrsdienst

Teilprojekt 1: Schriftliche Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungs- und Verkehrsdienstes

Die Fragebogenaktion zum Thema Arbeitszufriedenheit unter Gendergesichtspunkten wurde vom Ordnungs- und Verkehrsdienst nach umfangreicher Abstimmung mit ver-

schiedenen Dienststellen bis Ende Juni in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Stadtentwicklung und Statistik und dem Amt für die Gleichstellung von Frauen und Männern durchgeführt. Ziel ist es, Maßnahmen zu entwickeln, die Arbeitsbedingungen geschlechterspezifisch zu optimieren.

Von den ca. 450 Mitarbeitenden des Ordnungs- und Verkehrsdienstes nahmen 169 Personen an der Befragung teil. Die Erfassung der Fragebögen erfolgte im Juli und die Auswertung der Daten kommen zum Abschluss. Bereits jetzt können schon über einige Ergebnisse berichtet werden:

Für die Analyse wurde die schwedische 3-R-Methode mit folgenden Grundannahmen favorisiert:

- Wie groß ist der Anteil von Männern und Frauen? – Repräsentation
- Wie werden die verschiedenen Ressourcen zwischen Frauen und Männern verteilt?
- Warum ist die Situation so wie sie ist; Analyse und Konsequenzen für zukünftiges Handeln. – Realisierung

Die Rücklaufquote der Fragebögen betrug über 35 %. Die Analysen zeigen, dass es geschlechterspezifische Unterschiede gibt und sich die Quoten durch die Differenzierung der einzelnen Thesen verändern und zu unterschiedlichen Erkenntnissen führen. Zum Beispiel wirken sich die Dauer der Betriebszugehörigkeit, Arbeiten im Außen- und Innendienst, die Position, der Familienstand, die Kinderzahl, die Position, die Einkommensgruppe und das Sachgebiet auf die Ergebnisse unterschiedlich aus. Die Quintessenz einer solchen Befragung wären weiterführende tiefer gehende Untersuchungen. Die Ergebnisse und Vorschläge für Maßnahmen werden detailliert mit dem Abschlussbericht vorgelegt.

Teilprojekt 2 – Jugendschutz: „Mädchen und Jungen wirksam schützen“

Im Teilprojekt „Jugendschutz unter Gender Gesichtspunkten“ sind vom Ordnungsdienst bisher folgende Ergebnisse zu verzeichnen. An 4 Wochenenden wurden bis Ende Juli 2007 in Kölner Diskotheken und Gaststätten in ganz Köln mit Schwerpunkt an den Ringen umfangreiche Kontrollen durchgeführt. Andere Dienststellen wie das Jugendamt, Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern, Feuerwehr (Brandschutz), Bauaufsicht und Polizei wurden beteiligt. Das Ziel, geschlechterdifferenzierte Zahlen über die Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz zu erhalten, lässt sich nur bedingt einhalten. Die sogenannte Szene wird von permanent wechselndem Publikum, Stimmungen und Mentalitäten geprägt. Differenzierte Daten und Vorschläge für Maßnahmen werden im Abschlussbericht veröffentlicht.

Teilprojekt 3 – Geschwindigkeitsüberschreitung

Für die Auswertung der Fallzahlen aus dem „Fließenden Verkehr“ mit dem Teilprojekt „Geschwindigkeitsüberschreitung“ – Ermittlung des Fahrergeschlechts bei Tempoverstößen konnten empirische Fallzahlen aus 2006 zugrunde gelegt werden. So konnte ein Fallaufkommen von etwa 350.000 Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer ermittelt werden. Davon waren etwa zwei Drittel der Personen männlich, ein Drittel weiblich. Die weiteren Analysen erstrecken sich auf saisonale Schwankungen, die im Abschlussbericht ausführlich erörtert werden. Wünschenswert wäre eine detailliertere Betrachtung nach dem Alter der Befragten, der Berufstätigkeit, dem Familienstand, der Kinderzahl, der Position und Einkommensgruppe und Vergleichszahlen zu anderen Jahren, um genauere Aussagen machen zu können. Hier wären aufgrund des hohen

Fallaufkommens größere Kapazitäten notwendig.

Der Abschlußbericht wird voraussichtlich zum Ende des 1. Quartals 2008 vorgelegt.

Beschlüsse des Ausschusses Kunst und Kultur

Gremium: Ausschuss Kunst und Kultur / Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 30.08.2005
Vorlagennummer: 1143/005

Betreff: Einrichtung von Integrationsjobs in Kultureinrichtungen der Stadt Köln

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten zur Einrichtung von Integrationsjobs gemäß dem Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) mit dem Ziel zu prüfen, möglichst viele kulturelle Einrichtungen der Stadt Köln für die Schaffung solcher Arbeitsgelegenheiten zu gewinnen.

Insbesondere wird die Verwaltung gebeten, die organisatorischen Aufgaben insoweit zu bündeln und zu koordinieren, dass in Zusammenarbeit mit dem Organisationsamt und der ARGE ein geeigneter Träger für die zu schaffenden Arbeitsgelegenheiten ausgewählt und den Institutionen eine ausreichende Beratung und Hilfestellung zur Verfügung gestellt wird.

Die Verwaltung soll dem Ausschuss in angemessenem Abstand, spätestens nach einem halben Jahr, über den Erfolg ihrer Bemühungen berichten.

Sachstand:

Im Zuge der Umsetzung der sog. „Hartz IV“-Gesetzgebung stellen auch kulturelle Einrichtungen der Stadt Köln ein vielfältiges Angebot an Arbeitsgelegenheiten (Integrationsjobs) gem. § 16 Abs. 3 Satz 1 Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) zur Besetzung zur Verfügung. Ziel ist die Entwicklung einer Perspektive zur Arbeitsmarktintegration Hilfebedürftiger.

Hilfebedürftige sind nach einer bedarfsgerechten Qualifizierung tätig in wissenschaftlicher Projektarbeit (Kölnisches Stadtmuseum), im Rahmen des Archiv- und Bibliotheksdienstes des Rautenstrauch-Joest-Museum sowie in der Wahrnehmung dv-technisch unterstützter, bibliothekarischer Sonderaufgaben (Kunst- und Museumsbibliothek); Einsatzbereiche finden sich auch im Rheinischen Bildarchiv in Hilfstätigkeiten im dortigen Fotolabor. Vorgenannte Kultureinrichtungen berichten von einer überdurchschnittlichen Leistungsbereitschaft, dem Anforderungsprofil der Arbeitsgelegenheiten entsprechenden Qualifizierungsgraden und herausragenden Arbeitsergebnissen der vermittelten Hilfebedürftigen.

In der Stadtbibliothek wurden 13 Arbeitsgelegenheiten für Bibliothekshelfer/innen zur Reinigung und Instandsetzung von Medien einschl. Umräum- und Sortierarbeiten eingerichtet; weitere Arbeitsgelegenheiten bietet das Historische Archiv (Restaurierungshelfer/innen).

Der durch diese Arbeitsgelegenheiten geschaffene Mehrwert kommt unmittelbar oder zumindest mittelbar der Allgemeinheit zugute. Die Einhaltung der rechtlichen Voraussetzungen wird durch ein Antrags- und Anerkennungsverfahren über die Arbeitsgemeinschaft Köln (ARGE Köln) gewährleistet.

Da die diesbezüglichen personalwirtschaftlichen Maßnahmen erfolgreich in die laufende Verwaltungsarbeit implementiert wurden, erübrigt sich eine weitergehende Berichterstattung.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur / Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 27.11.2007
Vorlagenummer: ohne

Betreff: Umzug der Dienststellen aus dem Gebäude Richartzstr. 2-4

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur/ Museumsneubauten spricht sich gegen einen Umzug der Kulturverwaltung aus der Richartzstraße in das Stadthaus Deutz und für einen Verbleib in zentraler Lage aus. Dieser Beschluss ist dem Stadtvorstand vorzulegen.

Sachstand:

Nach verwaltungsinterner Abstimmung ist eine Verlagerung der Kulturverwaltung in das Stadthaus vorgesehen, da es insbesondere mit Blick auf das Kienbaumgutachten keine wirtschaftlichen Alternativen gibt.

Der Beschluss des Ausschusses für Kunst und Kultur/ Museumsneubauten vom 27.11.07 wurde dem Stadtvorstand am 11.12.07 zur Kenntnis gegeben.

Beschlüsse des Sportausschusses

Gremium: Sportausschuss
Sitzungsdatum: 24.04.2007
Vorlagenummer: A 0125/007

Betreff: Betreuung von Mehrfachsporthallen durch Hallenwarte

Beschluss:

Nach Beratung beauftragt der Sportausschuss einstimmig die Verwaltung, kurzfristig ein Konzept für die Betreuung von Mehrfachsporthallen durch Hallenwarte zu entwickeln und dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen und den Ausschüssen Schule und Sport zur Entscheidung vorzulegen.

Sachstand:

Das Konzept zur Betreuung von Großsporthallen wurde verwaltungsintern abgestimmt und den Ausschüssen zur Entscheidung vorgelegt. Der Beschluss ist umgesetzt. Die erforderliche Berichterstattung zum Halbjahresbericht ist damit abschließend erfolgt.

Beschlüsse des Wirtschaftsausschusses

Gremium: Wirtschaftsausschuss
Sitzungsdatum: 24.03.2003
Vorlagenummer: 0266/003

Betreff: Konsensrunde zur Regelung von Sonderöffnungszeiten

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig eine „Konsensrunde zur Regelung der Sonderöffnungszeiten für das Stadtgebiet Köln“ einzuberufen, zu der neben den zuständigen Verwaltungsvertretern und Vertretern der Ratsfraktionen die betroffenen Akteure eingeladen werden. Dazu gehören insbesondere Vertreter des Kölner Einzelhandelsverbandes, City-Marketing und der Interessensgemeinschaften in den Stadtbezirken, des DGB Region Köln mit den Einzelgewerkschaften ver.di und NGG, der Industrie- und Handelskammer zu Köln, des Katholikenausschusses, des Katholischen Stadtdekanates Köln und des Evangelischen Stadtkirchenverbandes.

Aufgabe der Konsensrunde ist es, über die Gesamtanforderungen des örtlichen Einzelhandels an Sonderöffnungszeiten – insbesondere an Samstagen und Sonntagen – bezogen auf das 2. Halbjahr 2003 und das gesamte Kalenderjahr 2004 einen tragfähigen Kompromiss zwischen den spezifischen ökonomischen Interessen des Einzelhandels in Köln, dem Schutzinteresse der Arbeitnehmer/innen und weiterer gesellschaftlicher Interessen zu erzielen. Darüber hinaus ist auf eine dauerhafte Einigung hinzuwirken.

Sachstand:

Die Konsensrunde wurde zur 1. Sitzung am 13. Mai 2003 eingeladen. Es wurde Einigkeit darüber erzielt, dass der nach dem Ladenschlussgesetz vorgegebene Rahmen von vier Verkaufsstellenöffnungen jährlich je Stadtteil ausgeschöpft werden kann, wenn die nach dem Ladenschlussgesetz für Sonderöffnungszeiten vorgegebene Veranstaltung geeignet ist, das soziale Gefüge im Stadtteil zu fördern, die Attraktivität der Vororte zu steigern und die Leistungsfähigkeit der Einzelhandelsgeschäfte in den Stadtteilen unter Beweis zu stellen.

In der 2. Sitzung der Konsensrunde am 26. Juni 2003 wurden die besonderen Anforderungen an die jeweiligen Veranstaltungen genauer definiert. Danach können die Einzelhandelsgeschäfte an Sonn- und Feiertagen zum Verkauf ihrer Waren offen halten, wenn bei dem Ortsteilfest eine Vielzahl von Ausstellern und Anbietern aus dem jeweiligen Stadtteil mitmachen und die Veranstaltung auf regelmäßige Wiederkehr ausgelegt ist. Dabei sind die örtlichen Vereine und Kirchen mit einzubeziehen. Zur Steigerung der Attraktivität der Veranstaltung soll den Besuchern durch musikalische Darbietungen, Gaukler und Schaustellerbuden viel Abwechslung geboten werden. Zur Förderung des sozialen Zusammenhalts sind auch Angebote vorzusehen, wo sich die Bewohner des jeweiligen Ortsteils zum geselligen Beisammensein treffen können, zum Beispiel im Festzelt, bei Kaffee-Treffs oder ähnlichem. Zum Schutz der im Einzelhandel Beschäftigten müssen die Arbeitszeiten während dieser Veranstaltungen im Einklang mit den geltenden gesetzlichen und tarifvertraglichen Bestimmungen festgelegt werden.

Auf der Basis der Vorgaben der Konsensrunde wurden in 2004 insgesamt 40 Sonn-

tagsöffnungen für verschiedene Ortsteile und Veranstaltungen durch den Rat der Stadt Köln genehmigt.

Da der gefundene Konsens zur Regelung der Sonderöffnungszeiten nach dem Ladenschlussgesetz Ende 2004 ausgelaufen ist, hat die Konsensrunde am 09.12.2004 erneut getagt, um die Regelungen für die Sonntagsöffnungen in 2005 und 2006 zu regeln.

Unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation des gesamten Einzelhandels stimmte die Konsensrunde in ihrer Sitzung am 09.12.2004 darin überein, dass sowohl die Innenstadt, die bisher auf Sonderöffnungszeiten verzichtet hat, als auch die Stadtteile mit überwiegend gewerblicher Nutzung von der Möglichkeit der Sonntagsöffnung nicht ausgeschlossen werden dürfen. Um jedoch eine Zunahme an Sonntagsöffnungen zu vermeiden, wurde die Anzahl von jährlich vier auf drei Sonntage je Stadtteil reduziert.

Der in 2003 beschlossene Kriterienkatalog über die Anforderungen an die jeweiligen Veranstaltungen, die zu Sonntagsöffnungen herangezogen werden können, wurde der neuen Vereinbarung angepasst. Das Ergebnis der Konsensrunde wurde im Januar 2005 dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, dem Wirtschaftsausschuss und allen Bezirksvertretungen zur Kenntnis gebracht.

Im Rahmen der Föderalismusreform wurde die Zuständigkeit beim Ladenschluss den Ländern übertragen. Der Nordrhein-Westfälische Landtag hat am 16.11.2006 das Ladenöffnungsgesetz NRW (LÖG NRW) beschlossen, das am 21.11.2006 in Kraft getreten ist. Das LÖG NRW sieht neben der Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen auch wie bisher die Möglichkeit vor, an bis zu vier Sonn- und Feiertagen die Verkaufsstellen zu öffnen. Diese Sonderöffnungszeiten sind nicht mehr an besondere Veranstaltungen gebunden. Weiterhin ist die bisher notwendige Anhörung der Kirchen, der Gewerkschaften und des Einzelhandelsverbandes weggefallen.

In der Sitzung der Konsensrunde vom 19.10.2006 beschlossen die Teilnehmer/innen einstimmig, von den gesetzlich möglichen vier Sonntagsöffnungen je Stadtteil nur bis zu drei Sonderöffnungszeiten in Anspruch zu nehmen. Es bestand ferner Einigkeit, dass die Konsensrunde, als erfolgreiches Instrumentarium für die Regelung von Sonderöffnungszeiten, fortbestehen soll. Ferner wurde vereinbart, dass die Kirchen, die Gewerkschaften und der Einzelhandelsverband, trotz weggefallener Rechtsgrundlage, weiterhin im Rahmen der Anhörung in das Genehmigungsverfahren eingebunden werden. Das ausführliche Ergebnis der Konsensrunde vom 19.10.2006 wurde dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, dem Wirtschaftsausschuss und allen Bezirksvertretungen in den Novembersitzungen zur Kenntnis gebracht.

Auf dieser Basis hat der Rat für 2007 insgesamt 64 Sonntagsöffnungen in 29 verschiedenen Stadtteilen genehmigt.

Die am 19.10.2006 von der Konsensrunde beschlossene Regelung, drei Sonntagsöffnungen je Stadtteil, läuft Ende 2007 aus. In der Konsensrundsitzung am 05.11.2007 konnte keine Einigung erzielt werden. Die Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft und des Handels fordern die Ausschöpfung der nach § 6 Ladenöffnungsgesetz NRW möglichen 4 Sonntagsöffnungen pro Jahr. Die Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaft und der Kirchen fordern dagegen eine Reduzierung der bisherigen zulässi-

gen Sonntagsöffnungen. Die konträren Positionen konnten auch nicht in einem weiteren Konsensgespräch am 07.11.2007 angenähert werden. Weitere Gespräche sind zu Beginn des neuen Jahres vorgesehen.

In seiner Sitzung am 13.12.2007 hat der Rat beschlossen, die von der Konsensrunde zur Regelung von Sonderöffnungszeiten nach dem Ladenöffnungsgesetz NRW am 19.10.2006 getroffene Vereinbarung für 2007, drei verkaufsoffene Sonntage je Stadtteil freizugeben, zunächst für das Jahr 2008 zu übernehmen. Sollte die Konsensrunde in weiteren Gesprächen zu einem anderen Ergebnis finden, wird die Verwaltung den Rat entsprechend informieren.

Aus dem Bereich des Dezernates II

Beschlüsse des Rates

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 18.12.1997
Vorlagennummer: 1968/097

Betreff: Geschäftsanteile an der Flughafen Köln/Bonn GmbH

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln stellt fest, dass es im Interesse der Stadt Köln ist, wenn die Stadt Köln eine Mehrheit der Anteile an der Flughafen Köln/Bonn GmbH erwirbt.
2. Der Rat beauftragt den Oberstadtdirektor mit den jeweils zuständigen Ministerien der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Nordrhein-Westfalen, die die Absicht erklärt haben, sich von ihren Geschäftsanteilen zu trennen, in Verhandlungen über Modalitäten der vorgesehenen Veräußerung einzutreten.
3. Ferner beauftragt der Rat den Oberstadtdirektor, Vorschläge mit dem Ziel zu erarbeiten, einen möglichen Erwerb von Geschäftsanteilen seitens der Stadt Köln finanziell darzustellen.

Sachstand:

Die Verwaltung hat das Land NW schriftlich über den Beschluss des Rates vom 18.12.97 unterrichtet.

Mit Schreiben vom 20.01.98 teilte das Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr NW (MWMTV) mit, dass es verständlich wäre, wenn sich alle Gesellschafter der FKB und insbesondere auch die Stadt Köln mit der Frage des Erwerbs von Landesanteilen frühzeitig befassen würden. Allerdings befänden sich die Planungen zur Umsetzung der Veräußerungsabsichten des Landes derzeit noch im Stadium erster Vorüberlegungen. Aus diesem Grund könne z. Zt. lediglich bestätigt werden, dass das Land den Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 18.12.97 zur Kenntnis genommen habe.

Im Rahmen des Ratsbeschlusses vom 23.04.98, der sich mit der Übertragung des vom Land NW gehaltenen FKB-Anteils auf die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes NW mbH (BVG) und der entsprechenden Wahrung städtischer Interessen befasste, hat der Rat an die Adresse des Landes NW folgende Erklärung abgegeben: „Die Stadt Köln erwartet, dass im Falle einer Veräußerung der Landesanteile an Dritte dieser zunächst der Stadt Köln oder einer von ihr benannten städt. oder stadtnahen Gesellschaft zu einem angemessenen Preis angeboten wird. Dabei soll auch die Möglichkeit eröffnet werden, nur in dem zur Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 18.12.1997 erforderlichen Umfang Teile des zu veräußernden Anteils zu erwerben.“

Nachdem die Verwaltung das Land auch über diesen Ratsbeschluss unterrichtet hatte, wiederholte das Land in seinem Antwortschreiben vom 10.06.98 die bereits im Januar erteilte Auskunft und wies nochmals darauf hin, dass aufgrund des derzeit noch frühen Stadiums der Privatisierungsüberlegungen des Landes, deren Abstimmung zunächst mit den Privatisierungsüberlegungen des Bundes vorgesehen ist, der Wunsch der Stadt Köln nach einer mehrheitlichen Beteiligung der FKB lediglich zur Kenntnis genommen werden könne.

Wie aus Medienberichten der letzten Jahre wiederholt zu entnehmen war, bestehen seitens des Bundes seit geraumer Zeit Überlegungen, zur dortigen Haushaltskonsolidierung Bundesvermögen zu veräußern und sich in diesem Zusammenhang u. a. von Flughafenbeteiligungen trennen zu wollen.

Aufgrund der jüngst wieder verstärkt geführten Privatisierungsdiskussion hat der Finanzausschuss des Rates am 14.05.2007 die Verwaltung zur Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 18.12.1997 beauftragt,

1. kurzfristig mit den Miteigentümern Bundesrepublik Deutschland und Land Nordrhein-Westfalen unter Einbeziehung der Stadtwerke Köln GmbH Gespräche über den Erwerb der von diesen gehaltenen Geschäftsanteile an der Flughafen Köln/Bonn GmbH in dem zur Umsetzung der Ziffer 1 des Ratsbeschlusses vom 18.12.97 erforderlichen Umfang zu führen,
2. sofern diese bereit sind, Anteile an städtische Beteiligungsunternehmen zu veräußern, mit den Mitgesellschaftern das zur Bewertung der Geschäftsanteile anzuwendende Verfahren einvernehmlich festzulegen,
3. sofern möglich, im Rahmen der Verhandlungen mit dem Bund eine einvernehmliche Lösung über strittige Grundstücksfragen herbeizuführen.

Die Verwaltung hat sich diesbezüglich zunächst mit dem Bund in Verbindung gesetzt. Über die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit wird die Verwaltung zu gegebener Zeit berichten.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 14.11.2002
Vorlagennummer: 1610/002

Betreff: Neubau Freizeitbad „Am Pistorhof“

Beschluss:

Der städtische Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Köln GmbH wird vom Rat beauftragt, in der Gesellschafterversammlung gegenüber der Geschäftsführung die Durchführung folgender Maßnahmen zu veranlassen:

Für den Neubau des sportgerechten Freizeitbades „Am Pistorhof“ in Köln-Ossendorf, der von der KölnBäder GmbH finanziert und durchgeführt wird, wird ein begrenzt offener Wettbewerb nach RAW 2001 vorbereitet und durchgeführt. In die Auswahljury sind neben den Vertretern des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der KölnBäder GmbH auch Mitglieder des Rates zu berufen.

Die Aufsichtsräte der Stadtwerke Köln GmbH und KölnBäder GmbH sind fortlaufend über das Vorhaben zu unterrichten.

Sachstand:

Der für das Neubauvorhaben ausgelobte Architektenwettbewerb - als reiner Gebäude- und Technik-Wettbewerb - wurde am 04.11.2005 durch eine mit Architekturfachleuten, Ratsvertretern sowie Betreibervertretern besetzte Jury bewertet.

Die Jury vergab folgende 5 Preise; es wurden zwei 1. Preise verliehen:

1. Preis : Thomas van den Valentyn, Architekten BDA, Köln (Arbeit 1.024)
1. Preis : Neugebauer + Rösch, Architekten BDA, Stuttgart (Arbeit 1.037)
3. Preis : Lehmann Architekten GmbH, Offenburg (Arbeit 1.023)
4. Preis : Judith Haas, Freie Architektin, Karlsruhe (Arbeit 1.007)
5. Preis : Halfmann Architekten, Köln (Arbeit 1.018)

Entsprechend der Auslobung wurden die Arbeiten unter besonderer Berücksichtigung der zu erwartenden Herstellungs- und späteren Betriebskosten, der städtebaulichen Einordnung und Wirkung, der funktionellen Zuordnungen und Abläufe bewertet.

Als Zwischenergebnis der letzten Prüfung ist festzustellen, dass eine Arbeit wegen erheblicher Kostenüberschreitungen ausscheidet (Arbeit 1.037), ein anderer Entwurf kann wegen sich abzeichnender gravierender Probleme bei den betrieblichen Funktionsabläufen in der Praxis keine Berücksichtigung finden (Arbeit 1.018).

Mit den verbliebenen drei Entwurfsverfassern (Arbeiten 1.024, 1.023 und 1.007) hatte die KölnBäder GmbH Kontakt aufgenommen mit der Zielsetzung, die entsprechenden Entwürfe zu überarbeiten; insbesondere gibt es Änderungserfordernisse bezüglich der Anordnung des Saunabereichs, der räumlichen Aufteilung und Lage der Fitnesszone sowie der Positionierung der Beckenbereiche der Badelandschaft.

Das Projekt befindet sich nach wie vor im Terminplan.
Die Baugenehmigung wurde zwischenzeitlich erteilt.

Die EU-weite Vorveröffentlichung für die Vergabe der Bauleistung (Generalunternehmer – Beauftragung) ist am 23.11.2006 erfolgt.

Am 26. März 2007 fand die Submission für die Generalunternehmerleistungen für das Ossendorfbad statt. Es liegen insgesamt vier Angebote vor. Die Prüfung der Angebote ergab, dass keines der Angebote wirtschaftlich umsetzbar ist, da eine deutliche Überschreitung der Kostenberechnung der für diese Leistungen kalkulierten Kosten festzustellen ist. Beim Mindestbieter kam es zu einer Überschreitung von ca. 30%. Der wesentliche Grund für die geringe Anzahl von Angeboten und die Kostenüberschreitung liegt offenbar in der deutlich angezogenen Baukonjunktur.

Aus diesem Grund wurde am 7. Mai 2007 die Ausschreibung aufgehoben und ein förmliches Verhandlungsverfahren eingeleitet. Zielrichtung der Verhandlung ist eine weitgehende Umsetzung des geplanten Leistungsspektrums.

Nachdem von der Gesellschafterversammlung das Budget auf 16,8 Mio. € angepasst wurde, konnte am 27.09.07 der Generalunternehmervertrag für die Bauleistungen für das Ossendorfbad geschlossen werden. Mit den Aushubarbeiten haben am 29. Oktober 2007 die Bauarbeiten auf dem Grundstück am Pistorhof begonnen.

In Anwesenheit des Oberbürgermeisters Fritz Schramma, von Mitgliedern des Aufsichtsrates und ca. 100 geladenen Gästen wurde am 14.11.07 die Baustelle bei einem Pressetermin offiziell eröffnet.

Der Finanzausschuss wurde in seiner Sitzung am 05.11.2007 über die Kostenerhöhung unterrichtet.

Damit ist der Beschluss des Rates umgesetzt.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 20.07.2004
Vorlagennummer: 0942/04

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 15.12.2005
Vorlagennummer: 1815/005, 1888/005, 1903/005

Gremium: Finanzausschuss
Sitzungsdatum: 13.02.2006
Vorlagennummer: 0184/006

Betreff: Kommunalen Bürgerhaushalt in Köln

Beschluss: 20.07.2004

Die Verwaltung wird beauftragt, ein öffentliches Symposium „Kommunaler Bürgerhaushalt für Köln“ vorzubereiten und zum Jahresende durchzuführen. Vor dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen von Kommunen, u. a. mit dem „Projekt Bürgerhaushalt“ in NRW, sollen die praktischen Erfordernisse und Möglichkeiten zur Aufstellung eines kommunalen Bürgerhaushalts in Köln beraten werden. Das Symposium hat zum Ziel, die Voraussetzungen und Anforderungen zu klären, wie das Verfahren für einen kommunalen Bürgerhaushalt in der Großstadt Köln bei einem Haushaltsvolumen von 3,2 Mrd. Euro unter Berücksichtigung der Bezirksstrukturen und des Haushaltssicherungskonzeptes umgesetzt werden kann. Am Symposium sollen Experten des Deutschen Städtetages, der Bertelsmann-Stiftung, des Innenministeriums NRW sowie aus deutschen Modellkommunen und europäischen Großstädten teilnehmen. Der Haupt- und Finanzausschuss ist an der Vorbereitung des Symposiums zu beteiligen.

Sachstand:

Mit einem weiteren Beschluss des Rates vom 15.12.2005 wurde die Verwaltung beauftragt, eine Konzeption für die Verabschiedung zukünftiger Haushalte in Form eines Bürgerhaushaltes auszuarbeiten. Das Aufstellungsverfahren zum Bürgerhaushalt soll sich an bestimmten Eckpunkten orientieren, aber so gestaltungsoffen sein, dass es die Vorschläge des in 2006 durchzuführenden Symposiums ebenso aufgreift, wie die Ergebnisse einer gemeinsamen Arbeitsgruppe interessierter politischer und gesellschaftlicher Gruppierungen und Mitgliedern der Verwaltung.

Dieser Eckpunktebeschluss wurde mit Beschluss des Finanzausschuss vom 13.02.2006 (Ds. Nr. 0184/006) konkretisiert und mit folgenden Umsetzungsschritten belegt:

1. Die Etablierung eines Bürgerhaushaltes soll sich auf die Haushaltsaufstellung gemäß dem „neuen kommunalen Finanzmanagement“ (NKF) beziehen, das entsprechend den Bestimmungen des Landesgesetzgebers in Köln im Jahr 2008 eingeführt werden soll.
2. Das vom Rat am 20.07.2004 beschlossene öffentliche Symposium „Kommunaler Bürgerhaushalt für Köln“ wird bis zu Beginn der Sommerpause 2006 in angemessener Form durchgeführt und damit das öffentliche Verfahren zur Entwicklung eines Bürgerhaushaltes eröffnet.
3. Das weitere Verfahren für die Entwicklung eines Bürgerhaushalts wird vom Fi-

- nanzausschuss begleitet, der die jeweils notwendigen Entscheidungen trifft. Die Verwaltung berichtet kontinuierlich über den Umsetzungsstand.
4. Zum Bürgerhaushalt/Bürgerbeteiligung wird auf Empfehlung des Finanzausschusses eine Lenkungsgruppe mit Vertretern der Politik, der Verwaltung, der lokalen Agenda und evtl. weiterer für den Bürgerhaushalt engagierter Bürgergruppen gebildet, die in Vorbereitung des Symposiums ihre Arbeit aufnimmt und den Aufbau des Bürgerhaushaltsverfahrens begleitet.

Im diesem Zusammenhang hat der Finanzausschuss am 15.05.2006 die Bildung einer Lenkungsgruppe und eines Beirates beschlossen. Beide Gremien haben sich auf einer gemeinsamen Sitzung am 29.05.2006 konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen.

Am 07.09.2006 fand das Symposium statt. Bei der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung wurde die Verwaltung durch die Fa. Rambøll Management GmbH, Hamburg, unterstützt. In der Sitzung am 25.09.2006 wurde der Finanzausschuss wie folgt über die Durchführung des Symposiums unterrichtet.

„Nach einer Einführung in das Thema Bürgerhaushalt folgten Erfahrungsberichte aus Berlin-Lichtenberg und Hamburg über die Vorbereitung und Umsetzung des Bürgerhaushaltes in den jeweiligen Städten. Anschließend diskutierten Vertreter des Innenministeriums NRW, des Städtetages, der Wissenschaft sowie der beiden vorgenannten Städte über die Voraussetzungen und Anforderungen für die Einführung eines Bürgerhaushaltes in Köln. Dabei wurde auch auf Fragen und Problemstellungen aus dem Plenum eingegangen. In der abschließenden Zusammenfassung wurden erste Denkansätze für die Umsetzung in Köln formuliert. Bezüglich der Einzelheiten wird auf die Dokumentation des Symposiums verwiesen.“

Nachdem sich der Beirat Bürgerhaushalt mehrfach mit den aus dem Symposium gewonnen Erkenntnissen und der Erarbeitung entsprechender Vorschläge für Köln befasst hatte, konnten in den weiteren Beiratssitzungen konkrete Ausgestaltungsvorschläge insbesondere zum Thema „Bürgerhaushalt im Internet“ und Öffentlichkeitsarbeit erarbeitet werden.

In seiner Sitzung am 18.06.2007 wurde dem Finanzausschuss ein entsprechender Sachstandsbericht vorgelegt. Nach Vorlage dieses Berichtes wurde in Anlehnung an die Ergebnisse der Vorabumfrage in Abstimmung mit den stimmberechtigten Fraktionen des Finanzausschusses festgelegt, dass die Bereiche Straßen, Wege (inkl. Fahrradwege), Plätze und Grünflächen, sowie der Bereich Sport der Öffentlichkeit im Rahmen eines ersten Bürgerhaushaltsverfahrens zur Diskussion gestellt werden sollen.

Der Rat hat in seiner Sitzung am 19.06.2007 dem Vergabevorschlag der Verwaltung zur Beauftragung des Fraunhofer Instituts mit der Implementierung einer Internet-Plattform für das Bürgerhaushaltsverfahren zugestimmt.

In seiner Sitzung am 17.09.2007 beschloss der Finanzausschuss das Auswertungsverfahren für den Bürgerhaushalt und beauftragte die Verwaltung, nach Abschluss der Haushaltsplanberatungen einen Rechenschaftsbericht über die im Rahmen des Verfahrens zum Bürgerhaushalt gemachten Anregungen zu erstellen. Als wesentliche Voraussetzung hierfür wird der Finanzausschuss seine Entscheidungen so begründen, dass diese im Rahmen des Berichtes für alle Interessierten nachvollziehbar sind. Darüber hinaus nahm der Finanzausschuss zur Kenntnis, dass die Verwaltung bestrebt ist, grundsätzlich alle im Rahmen des Verfahrens zum Bürgerhaushalt gemach-

ten Anregungen und Vorschläge zu prüfen und dem Finanzausschuss/Rat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Sofern dies auf Grund der Vielzahl der eingereichten Anregungen und Vorschläge nicht möglich ist, erklärte er sich damit einverstanden, dass nur die im Rahmen des Verfahrens von den Teilnehmern am höchsten bewerteten 100 Vorschläge je Themenbereich mit einer Stellungnahme der Verwaltung versehen werden und in das weitere Beratungsverfahren einfließen. Die darüber hinausgehenden Vorschläge sollen den Fraktionen und Einzelmandatsträgern nachrichtlich zur Verfügung gestellt werden.

Am 09.10.2007 begann dann eine umfassende Informationskampagne unter dem Motto "Kölner Bürgerhaushalt - Deine Stadt, Dein Geld. Beteiligen Sie sich an der Haushaltsplanung der Stadt"

Dieser Aufruf an die Kölnerinnen und Kölner, sich ab dem 22. Oktober am ersten Kölner Bürgerhaushalt zu beteiligen, war auf großflächigen Plakaten an 90 Standorten im gesamten Kölner Stadtgebiet bis zum 22. Oktober zusehen, darüber hinaus waren vom 16. Oktober bis zum 29. Oktober zusätzlich die kleineren Stadtfokästen, die sogenannten "Citylights", an 230 Standorten in Köln mit Plakaten zum Bürgerhaushalt bestückt. Ab Mitte Oktober wurde ein Faltblatt mit den wichtigsten Informationen zum Bürgerhaushalt an alle Kölner Haushalte verteilt. Ab dem 22. Oktober wurde dann eine ausführliche Haushaltsbroschüre in den städtischen Meldehallen und dem Kundenzentrum Innenstadt ausgelegt.

An der großen Auftaktveranstaltung am 22.10.2007 im Gürzenich nahmen mehr als 400 interessierte Personen teil und informierten sich über das Verfahren und die einzelnen Beteiligungswege.

Die Bürgerinnen und Bürger konnten vom 22. Oktober bis 19. November 2007 online auf der Internet-Plattform über den Haushalt 2008 diskutieren. Sie konnten dort ihre Vorschläge einstellen und andere Vorschläge kommentieren und bewerten. Die Vorschläge konnten auch telefonisch über das städtische Call-Center eingereicht werden. Eine schriftliche Abgabe von Vorschlägen war ebenfalls möglich.

Am 19. November, um 24 Uhr endete die sehr erfolgreiche Beteiligungsphase des ersten Kölner Bürgerhaushaltes. Bis dahin konnten 10.234 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf der Internet-Plattform registriert werden. Zu den abgegebenen 4.973 Vorschlägen wurden 9.184 Kommentare eingestellt und insgesamt 52.746 Bewertungen (Pro- oder Kontra-Stimme) abgegeben. Die Vorschläge wurden insgesamt rund 464.000 mal aufgerufen. Rund 120.000 identifizierbare Zugriffe (unique visitors) wurden gezählt. Mit diesen Beteiligungszahlen übertrifft der Kölner Bürgerhaushalt deutlich vergleichbare Online-Verfahren in Deutschland und europaweit.

Auch in den Medien ist intensiv über das Projekt berichtet worden. Der Bürgerhaushalt ist innerhalb der vier Wochen zum "Stadtgespräch" geworden - durch die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt einerseits, aber auch durch die sehr konstruktive und intensive Berichterstattung der Medien über das Verfahren.

Die überwiegende Anzahl der Vorschläge wurde online über das Internet abgegeben (85%). Damit wird die große Akzeptanz deutlich, die dieses Medium im Beteiligungsverfahren erfahren hat. Die 448 schriftlichen sowie 184 über das Call-Center eingegangenen Vorschläge zeigen aber auch, dass es richtig war, Zugänge auch für Bürgerinnen und Bürger bereit zu stellen, die über keinen Internetzugang verfügen oder lieber in anderer Form kommunizieren möchten.

63% der eingereichten Vorschläge bezogen sich auf den Bereich "Straßen, Wege und

Plätze", 16 % auf "Grünflächen" und 11% auf "Sport". 9% der Vorschläge konnten keinem der drei Themen zugeordnet werden. Insgesamt waren davon aus Sicht der Vorschlagenden 71% Ausgabenvorschläge und 16% Sparvorschläge. 13% waren ohne entsprechende Angabe.

Derzeit werden die TOP 100-Vorschläge jedes Bereichs eingehend auf ihre rechtliche und sachliche Machbarkeit und die haushaltsmäßigen Auswirkungen geprüft und für das politische Beratungsverfahren aufbereitet.

Im Anschluss an die Beschlussfassung im Rat wird die Verwaltung den Rechenschaftsbericht erstellen.

Nach Auffassung der Verwaltung sollte das Verfahren zum Bürgerhaushalt als dauerhafte Beteiligungsform implementiert werden. Die Erfahrungen haben aber auch gezeigt, dass gegenüber dem Status quo Modifizierungen vorgenommen werden müssen. Beispielhaft wird auf die Behandlung schriftlich eingereicherter Voten verwiesen.

Die Verwaltung wird dem Rat in Kürze eine Vorlage über die Fortführung und Modifizierung des Bürgerhaushaltsverfahrens zur Entscheidung vorlegen.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: a) 15.12.2005
b) 29.08.2006

Vorlagennummer: a) 1820/005, 1905/005
b) 1190/006, 1285/006, 1298/006

Betreff: Eis- und Schwimmstadion Lentstraße

Beschluss:

Beschluss zu a)

Die Verwaltung wird in Zusammenarbeit mit der Kölner Sportstätten GmbH beauftragt, den Rat bis zur letzten Ratssitzung vor der Sommerpause 2006 einen Beschlussvorschlag zur Entscheidungsfindung über die Zukunft des Eis- und Schwimmstadions an der Lentstraße vorzulegen.

Es gelten folgende Maßgaben:

Das Freibad an der Lentstraße ist an diesem Standort zu erhalten und soweit nötig zu sanieren. Das Schwimmstadion wird in die KölnBäder GmbH überführt. Der jährliche Zuschussbedarf an die Kölner Sportstätten GmbH reduziert sich damit um den Betrag, der derzeit zur Defizitdeckung des Freibades Verwendung findet. Bei den zu prüfenden Varianten für das Eislaufen im Stadtgebiet soll der Erhalt am Standort Lentstraße vorrangig geprüft werden. Für jede Standortvariante ist eine Kostenschätzung vorzulegen.

Beschluss zu b)

Der Rat der Stadt Köln beschließt zur Realisierung eines „Eislauf-, Spiel- und Naturbadesees-Angebotes mit Saunalandschaft“, das Eis- und Schwimmstadion Lentstraße mit den dazugehörigen Liegenschaften zum 01.01.2007 in die KölnBäder GmbH einzubringen und den Betriebsführungsvertrag mit der Kölner Sportstätten GmbH zum 31.12.2006 zu kündigen. Das bestehende Verhältnis der Kapitalanteile der Gesellschafter (Stadt Köln 26%, SWK 74%) soll beibehalten werden, in dem die SWK ihren Anteil aufstockt.

Die Verwaltung wird beauftragt, zusätzlich zu den unter Punkt 1. genannten Liegenschaften das bereits als Parkplatz genutzte, westlich gelegene Grundstück mit zu übertragen, um der KölnBäder GmbH eine kundenfreundliche Anbindung und den erforderlichen Stellplatznachweis zu ermöglichen.

Die Kölner Sportstätten GmbH wird aufgefordert, in Abstimmung mit der KölnBäder GmbH existierende vertragliche Bindungen rechtzeitig zu kündigen, damit im Rahmen der Neuplanung und Realisierung keine Verzögerungen auftreten. Die beteiligten Geschäftsführungen werden gebeten, gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretungen unverzüglich Gespräche zur Personalüberleitung zu führen.

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Kölner Sportstätten GmbH, dem Sportamt und der KölnBäder GmbH für den Zeitraum eines möglichen Nutzungsausfalles durch Umbaumaßnahmen alternative Trainingsmöglichkeiten für die Vereine sicherzustellen, die zurzeit das Eis- und Schwimmstadion für Trainingszwecke nutzen. Die Verwaltung wird zusätzlich beauftragt, kurzfristig ein Konzept für eine direkte Anbindung des Eisstadions an die Innere Kanalstraße im Norden zu entwickeln. Zur Realisierung eines Eislauf-, Spiel- und Schwimmangebotes an dem Standort Lentstraße ist

ein Nutzungskonzept zu erstellen und ein Architektenwettbewerb durchzuführen. Das Nutzungskonzept ist den zuständigen Fachausschüssen und Aufsichtsräten vorzulegen. Dabei sind folgende Maßnahmen zu berücksichtigen:

- Die Überführung des Eis- und Schwimmstadions in die Bäder GmbH darf nicht zur Beeinträchtigung des Breitensports im Bereich Eishockey und Eislaufen führen. Um Eishockey und Eislaufen an diesem Standort zu sichern, soll die Halle eine Eislauffläche von 1.800 qm aufweisen, da eine Reduzierung der Eisfläche auf 1.200 qm Trainingsbedingungen für Turnier- und Ligabetrieb sowie Meisterschaften ausschließt. Eine vergleichende Darstellung der Investitions- und Betriebskosten für 1.200 qm und 1.800 qm soll als Entscheidungshilfe dienen, welche Eisfläche umgesetzt werden kann.
- Ein Naturbadensee sollte nur dann realisiert werden, wenn die Nutzung im Sommer auch bei lang anhaltenden hohen Temperaturen unter Aufrechterhaltung des Badebetriebes ohne Gesundheitsgefährdung für die Schwimmer, z.B. durch Algen und Keime, gewährleistet werden kann. Erfahrungen aus dem Betrieb bereits bestehender Naturbadeseen sind einzubeziehen.
- Um den Erhalt des Boxsportvereins SC Colonia 06, der in diesen Tagen sein 100-jähriges Jubiläum feierte, zu sichern, müssen kurzfristig andere Räumlichkeiten angeboten werden, die den Anforderungen des Vereins entsprechen und gut mit dem öffentlichen Personennahverkehr zu erreichen sind.

Sachstand:

In der Ratssitzung am 14.12.2006 wurde mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.01.2007 der Grundbesitz Lentstraße 30 von der Stadt Köln an die KölnBäder GmbH übertragen. Auf diesem Grundbesitz befindet sich das bis dahin in Besitz der Stadt Köln befindliche Eis- und Schwimmstadion Lentstraße, das damit ebenfalls an die KölnBäder GmbH übertragen wurde und nunmehr von der KölnBäder GmbH betrieben wird. Die dazu notwendigen Verträge zwischen der Stadt Köln und der Stadtwerke Köln GmbH als Gesellschafter sowie der KölnBäder GmbH wurden in der Gesellschafterversammlung am 15.12.2006 rechtskräftig unterschrieben und notariell beurkundet. In diesem Zuge erfolgte auch die Erhöhung des Anteils der SWK an der KölnBäder GmbH, um die bestehenden Beteiligungsverhältnisse beizubehalten. Die KölnBäder GmbH ist somit rechtmäßige Eigentümerin und Betreiberin des Grundstücks und des Eis- und Schwimmstadions Lentstraße.

Die Übertragung des bereits als Parkplatz genutzte, westlich gelegene Grundstücks zur Ermöglichung einer kundenfreundlichen Anbindung und des erforderlichen Stellplatznachweises ist jedoch bisher nicht erfolgt, da alle weiteren Flächen durch bestehendes Planungsrecht bzw. Widmung derzeit nicht verfügbar sind.

Dies soll in einem zweiten Schritt erfolgen. Nach Abschluss des Verfahrens zur Änderung des Bebauungsplanes und Einziehung des öffentlichen Parkplatzes kann diese Fläche dann übertragen werden. Vorgesehen ist ebenfalls die Übertragung zweier kleinerer Flächen, die derzeit als Rollschuhbahn und Parkplatz genutzt werden und vor dem Eingang des Eis- und Schwimmstadions liegen.

Die KölnBäder GmbH hat ein umfassendes Nutzungskonzept für den Standort Lentstraße entwickelt und dem Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 27.10.2006 vorgestellt. Der Sportausschuss wurde in seiner Sitzung am 21.11.2006 und der Finanzaus-

schuss in seiner Sitzung am 11.12.2006 unterrichtet

Dieses Nutzungskonzept sieht für den Bereich Eishockey und Eislaufen eine Halle mit einer Eisfläche von 1.800 qm vor. Diese Fläche wird erweitert durch eine Außeneisfläche von 900 qm, die bei Bedarf mit der Hallenfläche zusammengeschaltet werden kann.

Des Weiteren erfolgt ein Neubau einer Schwimmhalle mit einer 25m-Bahn, einem Lehrbad und einem Kinderbereich im Innenbereich. Bezüglich der Anlage eines Naturbadesees unter Einbindung des derzeit bestehenden Badebeckens haben Untersuchungen und Recherchen ergeben, dass das Verfahren zur Betreibung eines Naturbadesees technisch heute ausgereift ist. Eine vollbiologische Wasseraufbereitung, die durch ausgereifte Technik unterstützt wird, garantiert einen sicheren Betrieb. Die Machbarkeit eines Naturbadesees an diesem Standort wurde durch einen Fachplaner ausdrücklich bestätigt.

Der Naturbadensee wird dem Schwimmbereich Lentstraße ein Alleinstellungsmerkmal verschaffen, welches insbesondere gegenüber dem Agrippabad eine Abgrenzung ermöglicht, ohne mittelbar im Innenverhältnis KölnBäder zu konkurrieren.

Abgerundet wird das Angebot durch eine Saunalandschaft, die den Gegenpol zu den aktiveren Nutzungen der Anlage bildet. In den geplanten Saunagarten wird ein kleiner Schwimm- und Badeteich integriert.

Die Kölner Sportstätten GmbH hat in Abstimmung mit der KölnBäder GmbH alle vertraglichen Bindungen rechtzeitig gekündigt.

In Abstimmung mit den Arbeitnehmervertretungen wurde das Personal auf die KölnBäder GmbH übergeleitet.

Derzeit finden intensive Gespräche der KölnBäder GmbH und des Sportamtes als Ansprechpartner mit den betroffenen Vereinen KEC u. KEK statt, um eine Ausgleichsfläche für die Wintersaison 200/2008 u. 2008/2009 zu finden.

Das Sportamt führt derzeit Gespräche mit dem Boxsportverein SC Colonia 05, damit kurzfristig andere Räumlichkeiten angeboten werden können.

Die direkte Anbindung des Eisstadions an die Innere Kanalstr. im Norden wird derzeit verwaltungsintern geprüft.

Nachdem Mitte Februar die Bewerbungsfrist für den europaweit ausgelobten Generalplanerwettbewerb abgelaufen ist, sind zwischenzeitlich nach vorgegebenen Kriterien 10 Planer ausgewählt worden, die zur Teilnahme am Wettbewerb aufgefordert werden.

Nachdem das Raumprogramm für den Wettbewerb festgelegt und mit den Vereinen abgestimmt wurde, sind die Kosten des geplanten Leistungsspektrums überprüft worden.

Aus dem Kreis der nutzenden Vereine wurde angeregt, eine Variante zu prüfen, bei der statt der 900m² großen Außeneisfläche eine über der Inneneisfläche befindliche Hochbahn mit ca. 1800m² Eisfläche errichtet wird.

Die Prüfung ergab, dass der Einbau der Hochbahn in die bestehende Halle unwirtschaftlich ist. Ein Neubau würde ca. 950.000 € (netto) Mehrkosten gegenüber der eigentlich geplanten Variante mit Außeneisfläche bedeuten. Eine wirtschaftliche Überprüfung der beiden Optionen ergab, dass die Hochbahnvariante aufgrund der prognostizierten höheren Einnahmen letztlich die wirtschaftlichere Variante ist.

In diesem Zusammenhang ist von Interesse, dass mit Abschluss dieser Wintersaison die Eissporthalle in Leverkusen auf Dauer geschlossen worden ist.

Nachdem von der Gesellschafterversammlung das Budget auf 20,4 Mio. € angepasst wurde, konnte das Bauprogramm auf die wirtschaftlich sinnvollere Variante mit der Eishochbahn geändert werden.

Der Finanzausschuss wurde in seiner Sitzung am 05.11.2007 über die Kostenerhöhung unterrichtet.

Mit dem Versand der Auslobungsunterlagen am 25.09.07 und dem Kolloquium am 02.10.07 läuft der Generalplanerwettbewerb für den Neubau des Eis- und Schwimmstadions. Mittlerweile sind die Wettbewerbsarbeiten der 10 aufgeforderten Planungsbüros eingegangen. Nach Abschluss der Vorprüfung wird am 14.12.07 die Wettbewerbsjury tagen und aus den Wettbewerbsarbeiten diejenigen auswählen, die den vorgegebenen Beurteilungskriterien Freiflächenqualität, architektonische und freiräumliche Qualitäten, Funktionalität und räumliche Erschließung sowie Wirtschaftlichkeit am besten entsprechen.

Parallel zum Wettbewerb beginnt ein separates Ingenieurbüro Anfang Dezember mit der Planung des Abrisses des alten Eis- und Schwimmstadions, der im März/April 2008 beginnen soll.

Die Nutzer des Eis- und Schwimmstadions wurden darüber in Kenntnis gesetzt, dass sie ihre Räume in jedem Fall bis 31.03.2008 belegen können.

Damit ist der Beschluss des Rates umgesetzt.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 22.06.2006
Vorlagenummer: 0934/006

Betreff: Klage gegen die Änderung des GFG 2006

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Erfolgsaussichten einer Verfassungsbeschwerde gegen die Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes NRW (Wegfall des Solidarbeitraggesetzes) zu prüfen und ggf. Klage zu erheben bzw., sofern andere Kommunen den gleichen Weg gehen wollen, sich einer Gemeinschaftsklage anzuschließen.

Sachstand:

Da das von der Stadt Düsseldorf und weiteren Kommunen in Auftrag gegebene externe Gutachten zu dem Ergebnis gekommen war, dass eine Verfassungsbeschwerde gegen das Land NRW durchaus erfolgversprechend erscheine, hat sich die Stadt Köln einer von 20 weiteren Kommunen betriebenen Verfassungsbeschwerde angeschlossen.

Einzelheiten zur Klage und zu dem am 11.12.2007 vom Verfassungsgerichtshof NRW verkündeten Urteil wurden den Fraktionen mit Schreiben vom 13.12.2007 und 27.12.2007 mitgeteilt.

Der Vorgang ist damit abgeschlossen.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 24.10.2006
Vorlagennummer: 1590/006

Betreff: EU-Stellungnahme zu „Neue Messehallen“

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- dafür Sorge zu tragen, dass mit Unterstützung der vom Rat beauftragten Rechtsbeistände das weitere Vorgehen zwischen der Stadt Köln und den beteiligten staatlichen Ebenen kontinuierlich abgestimmt wird. Maßgeblich für das städtische Handeln ist, Schaden von der Stadt Köln und ihren Bürgerinnen und Bürgern abzuhalten.
- dass der Rat der Stadt Köln und der für Beteiligungsfragen zuständige Finanzausschuss zeitnah und umfassend über Verfahrensverlauf, Vorgehen und rechtliche Bewertung kontinuierlich unterrichtet wird und eine angemessene und transparente Information der Öffentlichkeit erfolgt.
- das von der Kommunalaufsicht angeforderte und inzwischen von der Stadt Köln der Bezirksregierung zugeleitete Wirtschaftlichkeitsgutachten über die Erstellung und Vermietung der Messehallen durch den Esch-Oppenheim- Fonds dem Rat kurzfristig zur Verfügung zu stellen.

Sachstand:

Die Europäische Kommission hat am 27.06.2007 beschlossen, die Bundesrepublik Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof zu verklagen, da es sich nach ihrer Auffassung bei den abgeschlossenen Verträgen um Bauaufträge gehandelt hat, die im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung hätten vergeben werden müssen. Die Stadt Köln, das Land NRW und die Bundesrepublik Deutschland sind dagegen der Auffassung, dass es sich um ausschreibungsfreie Mietverträge handelt. Die Klageschrift liegt bisher nicht vor. Eine abschließende Stellungnahme kann daher zurzeit nicht erfolgen. Die Verwaltung wird den Finanzausschuss zeitnah über den Fortgang des Verfahrens unterrichten.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 14.11.2006
Vorlagennummer: 1671/006

Betreff: Wiederherstellung des Daches der Flora in den Vorkriegszustand

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit KölnKongress den Wiederaufbau des im Zweiten Weltkrieg zerstörten Kupperdaches der Kölner Flora in gleicher oder ähnlicher Anmutung im Rahmen der Generalsanierung zu prüfen. In diesem Zusammenhang soll neben den Kosten- und Finanzierungsoptionen die Möglichkeit ermittelt werden, unter dem Dach vermarktbar Fläche zu schaffen, um diese zusätzliche Investition möglichst rentierbar zu machen. Die Ergebnisse der Prüfung sollen den zuständigen Gremien des Rates und von KölnKongress zur weiteren Beschlussfassung möglichst kurzfristig vorgelegt werden.

Sachstand:

Der Rat hat mit Beschluss vom 15.05.2007 die Verwaltung mit der weiteren Planung zur Generalinstandsetzung der Flora-Gaststätte im Botanischen Garten sowie der Wiederherstellung des Daches in der vor seiner Zerstörung im zweiten Weltkrieg bestehenden äußeren Form beauftragt. Er hat sich vorbehalten, auf der Basis der noch zu erstellenden Kostenberechnung, vor Auftragsvergabe einen endgültigen Baubeschluss zu fassen. Zurzeit werden die notwendigen Planungen usw. erstellt. Sobald alle notwendigen Unterlagen vorliegen, wird die Verwaltung den Baubeschluss herbeiführen.

Gremium: Rat / Finanzausschuss
Sitzungsdatum: 22.06.2006 / 11.12.2006
Vorlagennummer: 0946/006, 1004/006 und 1910/006

Betreff: Durchführung einer Haushaltsstrukturanalyse

Beschluss: Rat

Die Verwaltung wird beauftragt, die in anderen Städten NRWs durchgeführten Haushaltsstrukturanalysen mit der Zielsetzung auszuwerten, auch für die Stadtverwaltung Köln relevante Vorschläge für bisher nicht identifizierte Konsolidierungspotenziale – insbesondere auch bei Pflichtaufgaben – zu ermitteln, die zu signifikanten Einsparungen oder Mehreinnahmen führen könnten und so das strukturelle Defizit nachhaltig abbauen.

Die für die Stadt Köln relevanten Konsolidierungsmöglichkeiten werden in einem Zielkatalog zusammengefasst und bis zum Jahresende auf ihre Umsetzbarkeit konkret überprüft, so dass dem Rat Handlungsvorschläge unterbreitet werden können.

Diese gezielten Untersuchungen beziehen sich auf alle Dezernate einschließlich eigenbetriebsähnlicher Einrichtungen, wie z. B. die Gebäudewirtschaft, und auf Schnittstellen zwischen Dezernaten/Dienststellen.

Zur Unterstützung dieser Untersuchungen und einer eigenen Haushaltsstrukturanalyse – mit der Zielsetzung der nachhaltigen Verringerung des strukturellen Defizits – bedient sich die Verwaltung eines in kommunaler Finanzwirtschaft erfahrenen externen Beraters.

Die Verwaltung wird daher ermächtigt, eine beschränkte Ausschreibung nach VOF mit einem Auftragsvolumen von max. 180.000 Euro durchzuführen. Das Ausschreibungsergebnis ist dem Finanzausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

Vor diesem Hintergrund beschließt der Rat eine außerplanmäßige Ausgabe von 180.000 Euro im Hpl.-UA 0300, Kämmerei, bei neuer Hst. 655.0700.3 Haushaltsstrukturanalyse, Hj. 2006. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Mehreinnahmen bei Hst. 9000.003.0000.5 Gewerbesteuer, Hj. 2006

Beschluss: Finanzausschuss

Die Verwaltung wird beauftragt:

- dem Finanzausschuss in einer Sondersitzung Anfang Januar 2007 sämtliche Ergebnisse des im Rahmen der Haushaltsstrukturanalyse durch ein externes Beratungsunternehmen erstellten Gutachtens zur Verfügung zu stellen
- die Einsparvorschläge des Gutachtens dezidiert zu bewerten und dahingehend zu kommentieren, inwieweit die Verwaltung eine Umsetzung befürwortet, ablehnt oder unter Prüfvorbehalt stellt
- die Einsparvorschläge hinsichtlich ihrer zeitlichen Realisierbarkeit und ihrer Auswirkungen auf die folgenden Haushalte zu gewichten

- soweit Einsparvorschläge der bestehenden politischen Beschlusslage widersprechen, auf die Abweichung ausdrücklich hinzuweisen

die Vertreterinnen und Vertreter des externen Beratungsunternehmens (Fa. Kienbaum Consultants) zur Sondersitzung einzuladen, damit sie zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehen.

Sachstand:

Am 26.07.2007 und 14.08.2007 befasste der Stadtvorstand sich mit dem Umsetzungsstand derjenigen Vorschläge aus dem Kienbaum-Gutachten, deren Umsetzung vom Stadtvorstand am 09.01.2007 beschlossen wurde und deren haushaltsmäßige Auswirkungen der Rat am 13.02.2007 im Rahmen der Verabschiedung der Haushaltssatzung 2007 beschlossen hat.

Der Stadtvorstand beschloss verbindlich folgende Regelungen:

1. Die beschlossenen Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung sind – sofern noch nicht geschehen – unverzüglich umzusetzen.
2. Ein zusätzlicher Ressourcenverbrauch zur Umsetzung der Maßnahmen, soweit dieser nicht Bestandteil der Beschlüsse des Stadtvorstandes vom 09.01.2007 ist, ist aus den Mitteln des jeweils federführenden Dezernates zu decken.
3. Soweit durch die Umsetzung eines Vorschlages nicht oder nicht rechtzeitig die geplanten positiven Effekte für den Haushalt eintreten, muss aus den Mitteln des jeweiligen Dezernatsbudgets Ersatz geleistet werden. Dies gilt nicht für diejenigen Vorschläge, deren Umsetzung der Rat oder seine Gremien in Abänderung der bisher getroffenen Entscheidungen nunmehr ablehnt.
4. I/10 und I/11 werden die erforderlichen Maßnahmen zur Unterstützung der Umsetzungsbemühungen innerhalb der eigenen Aufgabenerledigung mit absoluter Priorität versehen.

Die Notwendigkeit, die o. a. Beschlüsse zu fassen, ergibt sich aus der Systematik und den damit verbundenen rechtlichen Rahmenbedingungen. Da die in die Haushaltssatzung aufgenommenen Umsetzungsergebnisse letztlich auf dem Ratsbeschluss vom 13.02.2007 fußen, dem das Votum des Stadtvorstandes und des Finanzausschusses zu Grunde liegt, ergibt sich daraus zwangsläufig, dass Unterschreitungen der Einsparvorgaben entweder kompensiert werden müssen oder jeweils ein politischer Beschluss des zuständigen Fach- und Finanzausschusses herbeigeführt werden muss, der insofern diese Ergebnisse politisch legitimiert.

Die getroffenen Regelungen und die Prozessüberwachung durch ein Zentrales Controlling haben dazu geführt, dass das Ergebnis für 2007 sogar mit einem leichten Überschuss (94.140 €) abschließt, nachdem noch Mitte 2007 nur 33% der vorgesehenen Konsolidierung erkennbar durchsetzbar war. Dieses gute Ergebnis konnte dadurch erreicht werden, dass einige Vorschläge so engagiert angegangen wurden, dass bereits früher als geplant strukturelle Verbesserungen eingetreten sind.

Für Vorschläge, die nicht rechtzeitig den gewünschten monetären Erfolg zeigten, kann-

ten in jedem Fall Ersatzkonsolidierungen aus den Dezernatsbudgets für das Jahr 2007 angeboten werden.

Es konnten von insgesamt 62 Vorschlägen in 2007 bisher 22 abschließend bearbeitet werden. Durch die abschließende Bearbeitung konnten tatsächliche Einsparsummen ermittelt werden. Daraus ergeben sich ggf. Veränderungen gegenüber den von der Firma Kienbaum ermittelten Gesamtsummen der Einsparvorgaben ab dem Jahr 2008. Dies hat insbesondere den Grund, dass das Unternehmen Personaleinsparungen mit einem Durchschnittswert von 50.000 € je Vollzeit verrechneter Stelle angesetzt hatte. Im konkreten Einzelfall wird dieser Wert über- oder unterschritten. Derartige Abweichungen sind somit systembedingt. Soweit Ergebnisse vorliegen, wurden die monetär erreichbaren Personaleinsparungen eingearbeitet. In einem Fall hat der Fachausschuss sich gegen die Umsetzung des Kienbaumvorschlages ausgesprochen, so dass insgesamt eine Verminderung der strukturellen Verbesserung von 500.000 € jährlich hingenommen werden muss.

Anfang 2008 wird der Stadtvorstand sich erneut mit der Thematik befassen, da ein Abschlussbericht für das Jahr 2007 sowie eine Prognose ab 2008 vorgelegt wurde.

Die aus der so genannten „Positivliste“ resultierenden Einsparungen sind Bestandteil des Haushalts 2008 bzw. der Finanzplanung und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Erzielung des jahresbezogenen Ausgleichs. Auch unabhängig von den mit der Einführung von NKF verbundenen Umstellungen muss zum Abbau des bestehenden strukturellen Defizits und damit zur Sicherung des finanziellen Handlungsspielraums der Stadt Köln an den Regeln zum Umgang mit den Kienbaumvorschlägen und der daraus zu erzielenden strukturellen Haushaltskonsolidierung festgehalten werden. Die Umsetzung der Konsolidierungsvorschläge muss nach wie vor oberste Priorität haben. Ersatzvorschläge, die nicht auf Dauer angelegt sind, stellen nur ein „Hilfsmittel“ dar, das bezogen auf das aktuelle Haushaltsjahr zwar akzeptabel ist, jedoch keinen Ersatz für Folgejahre darstellt. Änderungen gegenüber dem beschlossenen Konsolidierungsprogramm müssen dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden. Sofern es sich um Angelegenheiten der laufenden Verwaltung handelt, sind der Fach- und der Finanzausschuss zu unterrichten.

Prognostizierten Ergebnisse für die Jahre 2008 bis 2010

Die prognostische Situation ab 2008 ist in der folgenden Tabelle abgebildet.

	2008		2009		2010
Veranschlagung *)	13.976.500,00 EUR		13.771.600,00 EUR		17.305.400,00 EUR
z. Zt. nicht prüfbar (gelb)	10.521.050,00 EUR	75%	13.061.250,00 EUR	95%	16.495.050,00 EUR
voraussichtlich gesichert (grün)	3.455.450,00 EUR	25%	710.350,00 EUR	5%	810.350,00 EUR

*) Diese Veranschlagungen beziehen sich auf die noch nicht abschließend bearbeiteten 40 Vorschläge. Bereits 2007 vollständig umgesetzte Maßnahmen werden ab 2008 nicht weiter vom Zentralen Umsetzungscontrolling erfasst.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 15.05.2007
Vorlagennummer: A/0226/007

Betreff: Zweckverband Sparkasse KölnBonn - Weisung an die städtischen Vertreter in der Zweckverbandsversammlung

Beschluss:

1. Für den Fall, dass zum 01.07.2007 eine Nachbesetzung von Positionen in der Zweckverbandsversammlung der Sparkasse KölnBonn erforderlich werden sollte, weist der Rat die von ihm in die Zweckverbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes „Zweckverband Sparkasse KölnBonn“ entsandten Mitglieder an, Herrn Martin Börschel mit Wirkung ab dem 01.07.2007 zum vorsitzenden Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn gem. § 10 Abs. 1 Sparkassengesetz NRW aus dem Kreis der sachkundigen Mitglieder des Verwaltungsrates nach § 9 Abs. 2 lit b) SpkG NRW zu wählen.
_____ mit Wirkung ab dem 01.07.2007 zur zweiten Stellvertreterin / zum zweiten Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds des Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn gem. § 10 Abs. 2 SpkG NRW aus dem Kreis der sachkundigen Mitglieder des Verwaltungsrates nach § 9 Abs. a lit b) SpkG NRW zu wählen.
2. Für den Fall, dass ab dem 01. Juli 2007 eine Neuwahl der Positionen der ersten Stellvertreterin/des ersten Stellvertreters des vorsitzenden Mitgliedes des Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn nach § 10 Absatz 2 SpkG NW erforderlich werden sollte, weist der Rat der Stadt Köln die von ihm in die Zweckverbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes „Zweckverband Sparkasse KölnBonn“ entsandten Mitglieder an, dem Wahlvorschlag der von der Bundesstadt Bonn in die Zweckverbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes „Zweckverband Sparkasse KölnBonn“ entsandten Mitglieder zuzustimmen.
3. Sofern für den Zeitraum ab dem 1. Juli 2007 eine Nachwahl eines stellvertretenden sachkundigen Mitgliedes des Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn nach § 9 Absatz 2 Buchstabe b und § 11 Absätze 1 und 4 SpkG NW erforderlich werden sollte, weist der Rat der Stadt Köln die von ihm in die Zweckverbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes „Zweckverband Sparkasse KölnBonn“ entsandten Mitglieder gemäß an, dem entsprechenden Wahlvorschlag der von der Bundesstadt Bonn die Zweckverbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes „Zweckverband Sparkasse KölnBonn“ entsandten Mitglieder zuzustimmen.
4. Der Rat der Stadt Köln weist die von ihm in die Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes der Sparkasse KölnBonn“ entsandten Mitglieder an, dem Wahlvorschlag der von der Bundesstadt Bonn entsandten Mitglieder in die Zweckverbandsversammlung für die Nachwahl des ausgeschiedenen stellvertretenden Mitgliedes des Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn, Frau Jutta Giering, gemäß § 9 Absatz 2 Buchstabe c SpkG NW (Dienstkraft im Verwaltungsrat) und § 11 Absatz 4 SpkG NW zuzustimmen.

Sachstand:
Der Weisungsbeschluss wurde in der Zweckverbandsversammlung am 18.06.2007 entsprechend umgesetzt.
Die Angelegenheit ist damit erledigt.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 18.09.2007
Vorlagennummer: A/0402/007, A/0438/2007

Betreff: Prüfauftrag zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Zweitwohnungssteuer in der Stadt Köln

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Übersicht über Ausnahmeregelungen von der Zweitwohnungssteuer in anderen NRW-Kommunen zu erstellen und dem Rat umgehend zur Verfügung zu stellen.
2. Die Verwaltung prüft, ob es juristisch möglich ist, in der Satzung über die Erhebung der Zweitwohnungssteuer in der Stadt Köln weitere Ausnahmen aufzunehmen, insbesondere für Wohnungen, die aus Gründen der Ableistung eines sozialen oder ökologischen Jahres oder des Zivildienstes gehalten werden. Gegebenenfalls wird dem Rat ein entsprechender Vorschlag zur Änderung der Satzung vorgelegt.
3. Sollte eine steuerrechtliche Befreiung der genannten Personengruppen nicht möglich sein, wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen und darzustellen, inwieweit und mit welchen finanziellen Folgen, über eine direkte oder indirekte Zuschussgewährung durch den städtischen Haushalt, die Belastung der genannten Personengruppe (freiwilliges soziales/ökologisches Jahr, Zivildienstleistende) mit der Zweitwohnungssteuer gänzlich oder teilweise aufgefangen werden kann.

Dem Rat ist ein sachgerechter Vorschlag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Sachstand:

Der Prüfauftrag befindet sich zurzeit noch in der verwaltungsinternen Abstimmung. Sobald diese abgeschlossen ist, erfolgt die Einbringung der Ratsvorlage.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 13.12.2007
Antrags-Nr.: 1625/2007

Betreff: Sozialtarife für Strom und Gasbezug

Beschluss:

Aufgrund eines gemeinsamen Antrags von drei Fraktionen hat der Rat in seiner Sitzung am 13.12.2007 folgenden Beschluss gefasst:

„Laut Bund der Energieverbraucher werden in Deutschland jährlich 840.000 Strom- und Gassperren verhängt. Die EU-Richtlinie zum Elektrizitätsbinnenmarkt (2003/54/EG) verfügt dazu, dass die Mitgliedstaaten ‚erforderliche Maßnahmen zum Schutz benachteiligter Kunden auf dem Elektrizitätsbinnenmarkt treffen. Die Maßnahmen können.....spezifische Maßnahmen für die Begleichung von Stromrechnungen oder allgemeinere Maßnahmen innerhalb des Sozialsicherungssystems beinhalten.‘ (Ebd., Abs. 24.)

Der Rat der Stadt Köln beauftragt daher die Verwaltung

- dem Rat einen Bericht über die Situation in Köln vorzulegen. Darin soll auch dargelegt werden, wie diese EU-Richtlinie in Deutschland bzw. in Köln umgesetzt wird oder welche anderen Maßnahmen die Stadtverwaltung ergreift, um Zählersperrungen bzw. Überschuldung von Menschen durch hohe Energierechnungen zu vermeiden.
- mit der RheinEnergie AG zu verhandeln, in welcher Form und unter welchen Bedingungen ein Sozialtarif auch in Köln machbar ist. Dabei soll der Anreiz zum sinnvollen Umgang mit Energie nicht geschmälert werden.
- auf Bundesebene initiativ zu werden, um bundesweit einen gesetzlich vorgeschriebenen Sozialtarif zu etablieren, damit kommunale Energieversorger mit Sozialtarif-Angebot nicht in der Konkurrenz gegenüber anderen Wettbewerbern benachteiligt sind. Dieser Tarif könnte sich an dem belgischen Modell oder dem des Bundes der Energieverbraucher orientieren.“

Sachstand:

Aufgrund des og. Beschlusses ist zunächst ein innerstädtischer Klärungsprozess zu dieser Thematik eingeleitet worden. Des Weiteren wurde in der Sache Kontakt mit der RheinEnergie AG aufgenommen.

Erste Resultate oder Teilerfolge sowie der gewünschte Sachstandsbericht können derzeit noch nicht präsentiert werden.

Erwähnenswert sind jedoch Presseberichte, denen zufolge die Bundesregierung und verschiedene Bundestagsabgeordnete den Handlungsbedarf, der durch die drastisch gestiegenen Energiekosten entstanden ist, erkannt haben und nun nach Modellen zur Unterstützung sozial schwacher Haushalte suchen.

Aus dem Bereich des Dezernates III

Beschlüsse des Rates

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 24.06.2004
Vorlagennummer: 0831/004

Betreff: Frische-Logistikzentrum Köln

Beschluss:

Die Notwendigkeit der Verlagerung des Großmarktes vom jetzigen Standort wird bekräftigt.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine vergleichende Untersuchung der Vor- und Nachteile für einen zukünftigen Standort eines Frische-Logistikzentrums zu erstellen und dem Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsausschuss, den betroffenen Bezirksvertretungen sowie dem Rat zur weiteren Beratung und Entscheidung vorzulegen. Dabei sollen die Standorte „nördlich Lindweiler“ in Köln-Volkhoven/Weiler und „westlich Wahn“ in Köln-Porz-Wahn unter Berücksichtigung folgender Maßgaben auf Basis der bisherigen Beratungsergebnisse vergleichend untersucht und dargestellt werden.

Es wird von einer mittelfristigen Verlagerung des Großmarktes an einen neuen Standort ausgegangen, der die Entwicklungsmöglichkeit für ein Frische-Logistik-Zentrum sowohl für die mittelständisch strukturierten Großmarkt-Nutzer als auch für Anbieter der „Convenience“-Branche bietet und somit ein Flächenpotential von 30 – 35 ha ausweisen soll. Zudem wird davon ausgegangen, dass ein solches Frische-Logistikzentrum auf Basis eines privatwirtschaftlich strukturierten Betreibermodells agiert.

Bei der vergleichenden Darstellung sind vor dem Hintergrund der bisherigen Beratungsergebnisse insbesondere folgende Aspekte vergleichend zu betrachten:

- Planungsrechtliche Voraussetzungen
- Umweltverträglichkeitsprüfung einschließlich Wasserschutz
- Verkehrliche Anbindung und mögliche Belastungen (Wohnnähe etc.)
- Liegenschaftliche Voraussetzungen und Grundstückskosten
- Erschließungsvoraussetzungen und -kosten
- Standortpräferenzierung seitens der zukünftigen Nutzer, möglicher Investoren und Betreiber
- Abschätzung des Investitionsvolumens zur Errichtung des Frische-Logistikzentrums

Sachstand:

Der Rat hat am 19. Juni 2007 einer Beschlussvorlage der Verwaltung (DS-Nr.: 0396/007) einstimmig zugestimmt, dass der Großmarkt bis zum Jahr 2020 auf dem jetzigen Großmarktgelände in Rodenkirchen bleibt und erst dann auf den neuen Standort umzieht.

Der Rat hat am 13.12.2007 einer Beschlussvorlage der Verwaltung zugestimmt, dass

der Großmarkt im Jahr 2020 nach Marsdorf umgesiedelt werden soll (DS-Nr.: 3898/2007)

Der Ratsbeschluss vom 24.06.2004, Grundlage dieser Sachstandsmeldung, ist somit entfallen und die Berichterstattung dazu hiermit abgeschlossen.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 15.12.2005
Vorlagennummer: 1817/005

Betreff: Öffentliche Spielbank für Köln

Beschluss:

I. Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich alle notwendigen Schritte zur Erlangung einer Zulassung für eine öffentliche Spielbank im Bereich der Stadt Köln gegenüber dem Land NRW einzuleiten und dem Finanzausschuss über den Fortgang des Verfahrens kontinuierlich zu berichten.

II. Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung beauftragt, geeignete Standorte für eine Spielbank im Stadtgebiet zu prüfen. In diese Prüfung sollen unter anderem folgende Standorte einbezogen werden: Flora, Staatenhaus (Messe), Flughafen, Theater am Tanzbrunnen und altes Rautenstrauch-Joest-Museum.

Maßgebliche Prüfungskriterien sind die verkehrliche Anbindung, liegenschaftliche Voraussetzungen, Umwelt- und Sozialverträglichkeit, schützenswerte Belange von Anwohnern, Aufrechterhaltung zusätzlicher öffentlicher Nutzungen (Botanischer Garten, Rheinterrassen), Investitionsvolumen und Zeitraum der Realisierbarkeit.

III. Die möglichen Betreiberformen für die Spielbank sind zu prüfen und darzustellen.

Sachstand:

Es liegt im Berichtszeitraum kein neuer Sachstand gegenüber der Berichterstattung im Halbjahresbericht II/2006 vor.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 04.04.2006
Vorlagennummer: 0501/006, 0528/006

Betreff: Kongresszentrum für Köln

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Errichtung eines bedarfsgerechten und wettbewerbsfähigen Kongresszentrums im unmittelbaren Umfeld der Koelnmesse zu prüfen und darzustellen, unter welchen Voraussetzungen ein Kongresszentrum in Köln wirtschaftlich zu betreiben ist. Dabei sind sowohl die beiden geplanten Kongresszentren in Bonn und Düsseldorf als auch die in Köln bereits vorhandene Kongressinfrastruktur in die Prüfung mit einzubeziehen. Die Prüfergebnisse sind in einer Beschlussvorlage dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Sachstand:

Basierend auf einer Bestandsanalyse von Angeboten von Tagungs- und Kongressräumlichkeiten wurde im Sommer 2007 die Notwendigkeit erkannt, für Köln eine professionelle Vermarktung der Kongressstadt Köln einzurichten. Ein entsprechender Ratsbeschluss wurde im Juni 2007 gefasst. Ende August 2007 wurde ergänzend dazu und unter besonderer Berücksichtigung des in Bonn im Bau befindlichen Kongresszentrums im Rat beantragt, Formen der kooperativen Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn zur Vermarktung der Kongressstädte Köln und Bonn zu entwickeln. In der Sitzung am 8.11.2007 hat der Rat eine Vorlage mit den konkreten Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit des Kölner Kongressbüros mit der in Bonn noch einzurichtenden Stelle, z.B. beim Aufbau von Datenbanken, gemeinsame Messeauftritte, enger und regelmäßiger Austausch auf Arbeitsebene, regelmäßige Information der Politik etc. beschlossen. Daraufhin konnte die Ausschreibung für die Besetzung der Stelle des Leiters des Kölner Kongressbüros gestartet werden. Im Dezember wurde vom Rat die Änderung des Gesellschaftsvertrages von KölnTourismus geschlossen, in den jetzt die Aufgabe Kongresswesen ausdrücklich aufgenommen wird. Damit sind in 2007 die Voraussetzungen für die professionelle Vermarktung Kölns als bedeutende Kongress- und Tagungsstadt in Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn geschaffen worden.

Die Erarbeitung eines Handlungskonzeptes für die Einbeziehung der Kongressstadt Bonn in die Arbeiten des Kölner Kongressbüros musste in 2007 vorrangig betrieben werden, um die Aufnahme der Arbeiten des Kongressbüros Anfang 2008 zu ermöglichen. Die Ratsvorlage zum o. g. Beschluss auf Basis der schon vorliegenden Analyse der Nachfragesituation nach Kongressräumlichkeiten in Deutschland wird Anfang 2008 erstellt. Zurzeit werden ergänzende Expertengespräche geführt und die neuen Entwicklungen/Diskussionen zum Musicalstandort in die Betrachtungen einbezogen. Außerdem ist die vorzeitige Rücknahme der Rheinparkhallen durch die Stadt von der Koelnmesse zu berücksichtigen. Eine höherwertige Nutzung dieser Immobilie würde die Umwandlung von einer Kongressimmobilie in ein Bürogebäude zur Folge haben. Auch diese mögliche Entwicklung ist in der Ratsvorlage zu bewerten.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 06.02.2007
Vorlagennummer: A/0045/007

Betreff: Initiative „Chancengleichheit“ – „Fairer Betrieb“

Beschluss:

Die Stadt soll in Zusammenarbeit mit dem Bündnis für Arbeit nach bestimmten Kriterien den Preis „Fairer Betrieb“ ausloben. Dieses Prädikat wird an Unternehmen vergeben, die ihren Betrieb besonders sozial und diskriminierungsfrei führen und die Chancen der Vielfalt erkennen und nutzen. Kriterien für die Preisverleihung sollen beispielsweise sein:

- Schaffung neuer Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze auch über Bedarf
- Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen
- Beschäftigung und Ausbildung von benachteiligten Menschen (mit Behinderungen oder bildungsferne Schichten, Zuwanderungshintergrund) auch über Bedarf
- Umsetzung von betrieblichen Richtlinien zur Antidiskriminierung
- Barrierefreier Betrieb/Betriebsgelände
- Handeln im Sinne der „Charta der Vielfalt“

Der Rat der Stadt wird diesen Preis jährlich verleihen.

Betriebe mit dieser Auszeichnung sollen, soweit die entsprechende EU-Richtlinie umgesetzt wird, auch bei städtischen Vergaben eher Berücksichtigung finden.

Sachstand:

Mit Schreiben vom 04.06.2007, bei 80 eingegangen am 04.07.2007, teilte Dezernat I Dezernat III/80 mit, dass nach Beschluss des Rates vom 06.02.07 zur „Initiative Chancengleichheit“ die Stadt Köln in Zusammenarbeit mit dem „Bündnis für Arbeit“ einen Preis „Fairer Betrieb“ ausloben soll. 80 wird aufgrund der Nähe zur Zielgruppe, der Kölner Wirtschaft, um Konkretisierung und Umsetzung der Aktion „Fairer Betrieb“ gebeten.

Der Ratsbeschluss trifft weder eine Aussage zu den konzeptionellen Rahmenbedingungen des Wettbewerbs noch zu einer finanziellen Ausstattung. Auch zur Umsetzung des Wettbewerbs wird keine Aussage getroffen.

In der Sitzung des „Kommunalen Bündnis für Arbeit“ am 07.12.2007 - der ersten Sitzung nach Beschlussfassung des Rates - wurde der Ratsbeschluss sowie ein Grobkonzept zu dessen Umsetzung den Mitgliedern vorgestellt. Danach ist für eine adäquate Realisierung u.a. vorgesehen, die konkrete inhaltliche Vorbereitung und Begleitung / Durchführung auszuschreiben. Außerdem soll eine wissenschaftliche Begleitung erfolgen.

Die Mitglieder wurden gebeten, eventuelle Änderungswünsche zum Konzept bis zum 07.01.2008 bei der Projektstelle „Kommunales Bündnis für Arbeit“ einzureichen.

Das Kommunale Bündnis für Arbeit hat sich für die Vergabe eines Auftrages ausge-

prochen und darum gebeten, dass in der nächsten Sitzung des Bündnisses das Feinkonzept durch den extern Beauftragten vorgestellt wird.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 30.08.2007
Vorlagennummer: 0374/007

Betreff: Neuausrichtung der Kongresswirtschaft – Konkrete Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Stadt Bonn zu prüfen, inwieweit die regionale Zusammenarbeit zwischen beiden Städten im Bereich des Kongresswesens optimiert werden kann. Dabei sollen konkrete Möglichkeiten für eine institutionelle Zusammenarbeit aufgezeigt werden, die auch qualitative Aussagen zur Umsetzung enthalten.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Beschlussvorlage kurzfristig vorzubereiten.

Sachstand:

Die im Dringlichkeitsantrag am 30.08.2007 vom Rat geforderte Beschlussvorlage zur Neuausrichtung der Kongresswirtschaft unter Berücksichtigung der Ausgestaltung der regionalen Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn wurde am 8.11.2007 dem Rat vorgelegt und beschlossen (4275/2007). In die anschließend notwendige Änderung des Gesellschaftsvertrags der KölnTourismus GmbH ist die regionale Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn bei der Einrichtung des Kölner Kongressbüros ausdrücklich eingearbeitet worden und so vom Rat am 13.12.2007 beschlossen worden. Bei dem dann durch KölnTourismus eingeleitetem Auswahlverfahren ist die regionale Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn in der Stellenausschreibung berücksichtigt worden und damit Bestandteil der zu erfüllenden Aufgaben für die Kongressstadt Köln. Das Auswahlverfahren läuft.

Beschlüsse des Liegenschaftsausschusses

Gremium: Liegenschaftsausschuss
Sitzungsdatum: 10.05.2007
Vorlagenummer: A/0210/007

Betreff: Kleingärten östlich der Vitalisstr in Köln-Vogelsang

Beschluss:

1. Der Liegenschaftsausschuss fordert die Verwaltung auf, nach Beendigung eines Pachtvertrages in dem betroffenen Gebiet einer weiteren, jeweils auf ein Jahr befristeten Vermietung zuzustimmen. Der Pachtvertrag verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn bis zu einem Stichtag keine Kündigung des Vertrages durch die Stadt Köln erfolgt.
2. Mit dem Vorstand des Kleingärtnervereins Vogelsang e.V. ist Kontakt aufzunehmen, damit dieser Pachtinteressenten über den zeitlich begrenzten Weiterbestand der Kleingartenanlage informiert.

Sachstand:

Wie im Liegenschaftsausschuss (Sitzung am 06.12.2007) dargestellt, wird in Abstimmung mit dem Vorstand des Kleingartenvereins Köln-Vogelsang seitens 23 wie folgt verfahren:

1. Bei Kündigungen durch den Pächter bzw. dessen Tod kann auf Wunsch des hinterbliebenen Ehepartners der Pachtvertrag übernommen werden.
2. Kommt eine solche Vertragsübernahme nicht zustande, erfolgt ein Angebot an einen interessierten Dritten.
3. Findet sich kein Nachpächter, so wird der betroffene Garten freigestellt und mit Rasen eingesät.

Damit ist dem Beschluss vom 10.05.07 in vollem Umfang Rechnung getragen und die Angelegenheit erledigt.

Beschlüsse des Wirtschaftsausschusses

Gremium: Wirtschaftsausschuss
Sitzungsdatum: 18.02.2002
Vorlagennummer: 0172/002

Betreff: Ausschreibung der Organisation der Kölner Wochenmärkte

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Organisation der Kölner Wochenmärkte in einem Pilotprojekt in private Hände zu legen. Zu diesem Zweck soll zunächst die Organisation einiger Wochenmärkte in einem von der Verwaltung dem Wirtschaftsausschuss vorzuschlagenden Auswahlverfahren (Mischung aus großen und kleinen, erfolgreichen und weniger erfolgreichen Märkten) für einen Zeitraum von einem Jahr beginnend mit dem 01.01.2003 vergeben werden. Die Ausschreibungsbedingungen sollen u. a. folgendes zum Inhalt haben:

- Die Marktplätze werden für die Markttage für ein angemessenes Nutzungsentgelt verpachtet.
- Die Zahl der Wochenmärkte und Markttage ist über den gesamten Zeitraum mindestens konstant zu halten.
- Die Standgebühren der Marktbesicker sind über den gesamten Zeitraum konstant 10 % oder mehr unter den heutigen Gebühren zu halten.
- Der heutige Standard in Sachen, Verkaufszeiten, Ordnung, Sauberkeit, Müllentsorgung, Warenvelfalt, Produktqualität usw. muss mindestens gehalten werden.

Zum Ende des genannten Zeitraumes ist dem Ausschuss ein Bericht über den Erfolg dieser Maßnahme vorzulegen, der als Grundlage für eine mögliche Verlängerung oder Ausweitung dienen soll.

Sachstand:

Das Pilotprojekt, die Organisation von Wochenmärkten in private Hände zu legen, kann nicht durchgeführt werden, da die privaten Bewerber nicht bereit sind, die vom Rat der Stadt Köln beschlossenen Kriterien zu erfüllen. Der Versuch ist damit gescheitert.

Verwaltungsintern sollte daher geprüft werden, ob durch eine Änderung der bisherigen Organisationsform des Marktwesens bzw. der Wochenmärkte ggf. Verbesserungen erreicht werden können.

Die Neuorganisation des Marktwesens bzw. der Marktverwaltung ist mit der Zuordnung in das Dezernat für Wirtschaft und Liegenschaften (strategisches Marktwesen) und mit der Angliederung in das Amt 23, Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster, als Abteilung 236, Marktverwaltung, nunmehr vollzogen.

Parallel dazu ist die Marktverwaltung der Stadt Köln als Wochenmarktveranstalter einer der Gründungsteilnehmer der seit 2007 bestehenden Arbeitsgemeinschaft Wochenmärkte, der mittlerweile rd. 20 Städte in Nordrhein-Westfalen angehören.

Unter der AG Wochenmärkte ist ein sog. Zwei-Säulen-Modell zu verstehen. Die eine Säule besteht aus dem freiwilligen Zusammenschluss der kommunalen Wochenmarktveranstalter und auf der anderen Seite aus den Wochenmarktbeschickern, die sich überregional in einem Verein "Gemeinsam Handeln e. V." zusammengefunden haben.

Mit der städtischen Neuorganisation sowie der Mitarbeit in der AG Wochenmärkte, soll die Attraktivität der Wochenmärkte regional und überregional verbessert und die Wochenmärkte insgesamt gestärkt werden.

Der Beschluss ist damit erledigt.

Gremium: Wirtschaftsausschuss
Sitzungsdatum: 14.07.2003
Vorlagenummer: 0813/003

Betreff: Neue Marketingstrategien für Köln

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Marketingkonzept zu entwickeln mit dem Ziel, das positive Image Kölns deutlich zu profilieren und professionell nach außen zu tragen. Neben zielgruppenscharfen bzw. themenorientierten Einzelmaßnahmen ist für ein schlüssiges Stadtmarketing ein stimmiges Gesamtbild Kölns zu entwerfen und auszuarbeiten.

Für ein solches Konzept aus einem Guss müssen die Ansätze von KölnTourismus, aus der Standortwerbung der Wirtschaftsförderung, die Aktivitäten des Informations- und Presseamts und auch der Kulturinstitutionen abgestimmt und gebündelt werden. Die Ergebnisse des Leitbildprozesses Köln 2020 sollen dabei Berücksichtigung finden.

1.1 Dieses Gesamtbild (Image) Kölns muss unter der bestehenden Dachmarke verdichtet werden, damit dieses Markenzeichen hohen Wiedererkennungswert und hohe Durchschlagskraft entwickelt. Zielgruppen in diesem übergreifenden Marketingkonzept sollen nicht nur Touristen, Messe- und Geschäftsreisende, Firmengründer und Investoren sein, sondern mit Blick auf die demografische Entwicklung auch potentielle Zuziehende aus allen Beschäftigungszweigen auf nationaler und internationaler Ebene. Ziel ist es, Unternehmen und Bürger möglichst eng an Köln zu binden und Auswärtige zu animieren, sich in Köln niederzulassen. Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept zu erarbeiten, wie bei Planung und Umsetzung eines solchen Marketingkonzepts die Kräfte gebündelt werden können. Es müssen Strukturen und Verfahrensweisen geschaffen werden, die zu einer Koordination und Kooperation der an der Außendarstellung Kölns beteiligten Verwaltungseinheiten und Akteure in Köln beitragen. Für die Kommunikation dieser „Köln-Marke“ ist eine Multi-Channel-Strategie erforderlich, in deren Mittelpunkt das Internet stehen muss.

Sachstand:

Das Dezernat für Wirtschaft und Liegenschaften hat im Jahr 2007 die Federführung für die "Marke Köln" übernommen. In enger Abstimmung mit 13 und KölnTourismus wurde zu dem ersten "Markenboard" eingeladen, welches am 19.12.2007 stattgefunden hat. Das Markenboard ist ein Gremium von ca. 20 hochkarätigen Vertreterinnen und Vertreter der Kölner Wirtschaft unter der Leitung des Wirtschaftsdezernenten.

Dieser Termin war der erfolgreiche Startschuss für eine breitere Markendiskussion. Dabei wurde mit diesem Markenboard eine Grundlage geschaffen, auf der die Stadt gemeinsam mit der Kölner Wirtschaft und weiteren hochrangigen gesellschaftlichen Vertretern über die Weiterentwicklung der Marke sprechen kann - auf dieser Grundlage werden ab 2008 gemeinsame Aktionen und Kampagnen möglich sein.

In den kommenden Monaten werden Arbeitsgruppen einzelne Marken-Themen aufbe-

reiten. Auf dem nächsten Treffen des Markenboards sollen dann die weiterführenden Projekte und Kampagnen vorgestellt und beschlossen werden.

Da die Markendiskussion nicht erfolgreich in Eigenregie der Stadt geführt werden kann, ist der Ansatz, die Markendiskussion auf einer breiten Basis zu führen zielführend. Ein positiver Nebeneffekt ist, dass alle beteiligten Persönlichkeiten ihre Bereitschaft signalisiert haben, den Markenprozess personell und / oder finanziell zu unterstützen.

Gremium: Wirtschaftsausschuss
Sitzungsdatum: 08.03.2004
Vorlagenummer: 0231/004

Betreff: Anpassung der Öffnungszeiten von Wochenmärkten

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bei den Markthändlern der Wochenmärkte zu erfragen, bei welchen Märkten ein Bedarf nach verlängerten bzw. veränderten Öffnungszeiten besteht. Darüber hinaus ist auch der Einzelhandelsverband zu einer möglichen Änderung der Marktöffnungszeiten zu hören.
2. Entsprechend dem jeweiligen Ergebnis der Befragung ist für die Marktveranstaltungen, die vor Ort einen Bedarf nach anderen Öffnungszeiten aufweisen, eine entsprechende Beschlussfassung zur Verlängerung bzw. Änderung der Öffnungszeiten vorzubereiten.

Sachstand:

zu1.:

Die Berichterstattung zu diesem Punkt des Beschlusses wurde mit Halbjahresbericht I/04 erledigt.

zu 2.:

Es ist vorgesehen für die Wochenmärkte in Nippes und Chorweiler eine Verlängerung der Verkaufszeiten an Samstagen bis 14:30 Uhr und in Porz an Samstagen bis 14:00 Uhr in der derzeit seitens der Verwaltung in Vorbereitung befindlichen Verlängerung der Wochenmarktfestsetzung für weitere 3 Jahre (ab 01.04.2008) vorzunehmen. Ein darüber hinausgehender Bedarf ist derzeit nicht erkennbar

Gremium: Wirtschaftsausschuss
Sitzungsdatum: 22.01.2007
Vorlagenummer: A/0007/007

Betreff: Kulturwirtschaft Köln

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. darauf hinzuwirken, dass neben dem Kulturdezernat, die Medienstabsstelle und federführend das Dezernat für Wirtschaft und Liegenschaften die Berichterstellung begleiten und den zuständigen Ausschüssen berichten. Dafür sind im Dezernat Wirtschaft und Liegenschaften die entsprechenden Ressourcen einzurichten.
2. den Bericht und seine handlungsorientierten Empfehlungen dem Wirtschaftsausschuss sowie dem Ausschuss Kunst und Kultur vorzustellen
3. das folgende Anforderungen und Fragestellungen bei der Erstellung des Berichts berücksichtigt werden:
 - Über den kulturwirtschaftlichen Branchenmix aus Film- Rundfunk- Musik- und Designwirtschaft, visueller und darstellender Kunst, Journalistenbüros, Kunstaussstellungen, Einzelhandel mit Kulturgütern hinaus auch die Sektoren Architektur, Werbung und Games in der Untersuchung näher zu betrachten
 - Neben den Kennziffern wirtschaftlicher Entwicklung (Umsatz, Arbeitsplätze, Besucherzahlen von Kultureinrichtungen etc.) sowie indirekter Effekte des öffentlichen Kultursektors auch qualitative Aspekte der Wertschöpfungsketten zu betrachten,
 - Darzustellen, welche Sektoren die kulturwirtschaftlichen Kernbranchen in den Kölner Region sind
 - Die Verflechtungen zwischen öffentlich geförderter und privater Kulturproduktion zu untersuchen
 - Die Bedeutung der kommunikationstechnischen Infrastruktur in der Region für die „Kreativwirtschaft“ näher zu bewerten
 - Die Bewertung des gegenwärtigen Image bzw. der Außenansicht auf die Medien und Kulturstadt vorzunehmen
 - Handlungsansätze für Rat und Verwaltung zur zielgerichteten Förderung der Kreativwirtschaft

Sachstand:

Zu 1) und 2)

Ende Oktober 2007 wurde Dezernat III ein Entwurf des Kulturwirtschaftsberichts vorgelegt, der in einem intensiven Arbeitsprozess und einer gemeinsamen Redaktionssitzung mit Dez. III und VII, 01-6 und der RheinEnergieStiftung Kultur als Auftraggeber am 16.01.2008 überarbeitet wurde. Die textliche Schlussfassung liegt jetzt vor und geht in Kürze zum Layout und in Druck und wird anschließend durch die beiden De-

zernenten im Wirtschaftsausschuss und im Ausschuss Kunst und Kultur vorgestellt.

Zu 3)

Zu den einzelnen Punkten kann erst nach der Veröffentlichung des Kulturwirtschaftsberichtes Stellung genommen werden. Die angesprochenen Aspekte zum Inhalt des Berichtes sollten aber schon bei der Vorstellung des Berichtes im Wirtschaftsausschuss dargestellt werden bzw. dem Bericht selber zu entnehmen sein.

Gremium: Wirtschaftsausschuss
Sitzungsdatum: 07.05.2007
Vorlagenummer: A/01175/0007

Betreff: Verlagerungsabsichten von nkt cables

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Der konkrete Flächenbedarf für die neue nkt-Produktionsstätte, die Dimensionierung der geplanten Aufbauten, die logistischen Voraussetzungen und die konkrete Anzahl anzusiedelnder Arbeits- und Ausbildungsplätze sind darzustellen.
2. Die bislang erfolgten Überlegungen für die Verlagerung von nkt-cables-GmbH auf die Industriebrache an der Deutz-Mülheimer-Str. / Auenweg sind darzulegen. Dieses soll die Eigentumsverhältnisse der benötigten Flächen, die notwendigen Grundstückserwerbs-, Sanierungs- und Erschließungskosten, die Kosten zur Verlagerung technischer und verkehrlicher Infrastruktur und das dafür notwendige Finanzkonzept einschließlich in Rede stehender „Finanzierungshilfen“ beinhalten. Es soll dargestellt werden, welche Voraussetzungen von Seiten der Stadt Köln sowie von Dritten geschaffen werden müssen, um eine Verlagerung zu ermöglichen.
3. Die Flächen am Auenweg sind Bestandteil des rechtsrheinischen Entwicklungskonzeptes, um durch eine integrierte Stadterneuerung und Sicherung des Strukturwandels die Inwertsetzung und Wiedernutzung industrieller Brachflächen für Mischnutzungen zu ermöglichen. Die Verwaltung soll darstellen, welche Folgen eine industrielle Ansiedlung für die Umsetzung dieses Konzeptes hätte.
4. Die Verwaltung soll darstellen, welche Pläne nkt-cables für die bisherige Produktionsstätte an der Schanzenstr. verfolgt und welche Nutzungsperspektiven aus Sicht der Verwaltung vor dem Hintergrund des dortigen Strukturwandels sinnvoll sind

Sachstand:

Auf die ausführliche schriftliche Beantwortung zur Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 11.06.07 wird Bezug genommen.

Mit einer Presseerklärung hat das Unternehmen nkt cables am 26.11.2007 mitgeteilt, dass die Fertigungsanlagen, Verwaltung und 500 Arbeitsplätze auf ein neues Industriegelände in Köln-Flittard verlagert werden, das Teil des Chemie Parks Leverkusen ist. nkt cables plant den Neubau einer neuen Fabrik im Zeitraum von 2008 bis 2010 auf einem 84.000m² großen Grundstück, das von Currenta (ehemals Bayer Industry Services) verwaltet wird. Die Fabrik wird voraussichtlich im zweiten Quartal 2009 die erste Produktion aufnehmen können.

Die Berichterstattung zu diesem Beschluss des Wirtschaftsausschusses ist damit abgeschlossen.

Gremium: Wirtschaftsausschuss
Sitzungsdatum: 15.05.2007
Vorlagenummer: 0807/005

Betreff: Initiative für den Finanzplatz Köln

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen einer Initiative für den Finanzplatz Köln, verstärkt weitere Unternehmen der Banken-, Versicherungs- und Finanzwirtschaft in Köln zu etablieren. Daran sollen insbesondere die wesentlichen Finanzdienstleister und Institutionen der Versicherungswirtschaft mitwirken. Um das Erscheinungsbild und die Attraktivität des Finanzplatzes Köln zu stärken, ist die Kommunikation der wissenschaftlichen Einrichtungen mit dem Finanzdienstleistungssektor zu intensivieren.

Weiterhin sind Maßnahmen zur Stärkung des Erscheinungsbildes des Finanzplatzes in Angriff zu nehmen. Dazu gehört die Veröffentlichung eines Kalenders, in dem einschlägige Veranstaltungen in Köln, aber auch Veranstaltungen im westeuropäischen Einzugsbereich, eingestellt sind.

In Köln soll die Weiterentwicklung der wirtschafts- und finanzwissenschaftlichen Infrastruktur durch Vernetzung vorhandener Einrichtungen sowie die Förderung des Austausches zwischen Wissenschaft und Praxis in besonderem Maße stattfinden. Zudem sollen in Köln ein Finance Research Center sowie eine Business School etabliert werden.

Die Steigerung der Attraktivität des Finanzplatzes Köln als Tor zum Westen soll für die Gewinnung von Spitzenkräften im Wettbewerb mit anderen Standorten und Branchen dienen. Hierzu gehört auch die Schaffung einer mehrsprachigen Community in Köln, um Finanzexperten aus aller Welt nach Köln zu bringen und hier zu integrieren.

Weiterhin soll die Verwaltung den Ausbau und die Verstärkung der Kommunikation für den Venture-Capital-Markt und die Mittelstandsfinanzierung zur Verbesserung der Markttransparenz und Zusammenführung von Kapitalgebern und jungen Wachstumsunternehmen bzw. mittelständischen Unternehmen organisieren.

Der Antrag wurde vom Ausschuss **nicht** beschlossen. Stattdessen wurde vereinbart, die Ergebnisse aus dem Standortkonzept Wirtschaft abzuwarten. Weiterhin wurde die Verwaltung aufgefordert, den Finanzplatzdialog für Köln zu gewinnen.

Sachstand:

Der Verwaltung liegen keinerlei neuen Informationen über Aktivitäten der Landesregierung zum Thema „Finanzplatz NRW“ vor.

Unabhängig davon plant das Amt für Wirtschaftsförderung im Rahmen der vom Wirtschaftsausschuss beschlossenen Jahresplanung Köln-Promotion im ersten Halbjahr 2008 die Durchführung eines Versicherungs-Symposiums. Köln zählt nach wie vor zu den führenden Versicherungsstandorten Deutschlands und ist zunehmend auch für ausländische Unternehmen interessant. Dies belegen Ansiedlungen von Firmen

wie Mapfre, Admiral oder Mitsui Sumitomo Insurance. Im Rahmen des Symposiums sollen die aktuellen Entwicklungen, Chancen und Herausforderungen für die Versicherungswirtschaft erörtert und Köln als Standort weiter profiliert werden. Ein grundsätzlich zur lokalen Branchenbewertung erforderliches "Standortprofil Versicherungswirtschaft" wird derzeit durch das Standortmarketing der Wirtschaftsförderung erarbeitet.

Aus dem Bereich des Dezernates IV

Beschlüsse des Rates

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 14.12.2006
Vorlagennummer: 1779/006

Betreff: Ausweitung des Projektes „Rucksack“ auf weitere Grundschulen

Beschluss:

Der Rat beschließt, das Rucksack-Projekt zur Elternarbeit ab 01.02. 2007 von zwei auf zehn Grundschulen auszuweiten und die erforderlichen Honorarmittel auf der Basis von 3.000,- € pro Schule und Jahr sowie Sachmittel in Höhe von 500,- € pro Schule und Jahr, d. h. 35.000,- € p. a., für die Zeit von Februar 2007 bis Juli 2010 bereitzustellen. Die Mittel in Höhe von 35.000,- € p. a. stehen ab 2007 bei Haushaltsstelle 2950.632.0000.6, Sonstige Projekte und Veröffentlichungen, zur Verfügung.

Sachstand:

Die Vorbereitungsarbeiten für Rucksack wurden unmittelbar nach dem Ratsbeschluss aufgenommen. Die ersten drei Grundschulen haben Rucksack nach den Osterferien 2007 gestartet; die weiteren sieben haben nach den Sommerferien 2007 begonnen. Das Projekt wird im Schuljahr 2007/2008 ff. an allen 10 Schulen wie in der Ratsvorlage beschrieben durchgeführt.

Gremium:	Rat
Sitzungsdatum:	27.3.2007
Vorlagennummer:	A/0145/007, A0147/007

Betreff: Bekämpfung der Jugendkriminalität in Köln

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Fachtagung zum Thema Jugendkriminalität zu initiieren. Zu diesem Hearing sollen neben anerkannten Experten zum Thema Jugendgewalt und lokalen Akteuren aus den Bereichen der Jugend- und Sozialarbeit (z.B. Wissenschaft, städtische Ämter, Vertreter des Landesjugendamtes), der Polizei und der Justiz (Staatsanwälte, Richter, Bewährungshelfer, Vertreter der Jugendgerichtshilfe) auch die Ratsausschüsse Jugendhilfe, Schule und Weiterbildung, Soziales sowie der Integrationsrat eingeladen werden. Ziel ist es, über notwendige Initiativen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität in Köln zu beraten und im Weiteren zu beschließen.

Zur Vorbereitung des Hearings ist von der Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Polizei eine detaillierte Bestandsaufnahme vorzunehmen, die eine gemeinsame Datenbasis zur Diskussion enthält und nachfolgende Sachverhalte klärt:

Wir bitten, die Entwicklung zu Tatverdächtigen und Anzeigeverhalten seit dem Jahr 2000, die tatsächliche Kriminalitätsentwicklung und der Gewaltdelikte generell sowie speziell im Bereich der Jugendkriminalität zusammenzustellen. Zudem sind Informationen zu Strukturen und Entwicklung der sog. Jugendgangs darzustellen und zu erläutern. Außerdem ist eine Definition von Intensivstraftätern vorzunehmen und die Praxis der Behandlung dieser Täter aufzuzeigen. Darüber hinaus soll die Verwaltung darlegen, welche Konzepte von Polizei, Ämtern und sozialen Trägern bislang verfolgt wurden und welche Erfahrungen sie bisher gemacht haben.

Auf Basis dieser ermittelten Daten und Fakten soll sich die Expertenrunde zum einen mit möglichen Ursachen und dem aktuellen Stand von Jugendkriminalität in Köln und insbesondere der Gewaltdelikte befassen. Zum anderen sollen die vorhandenen Lösungsansätze und Handlungsinstrumentarien danach beurteilt werden, inwieweit diese ausreichen oder zielgerichteter eingesetzt bzw. weitere Maßnahmen getroffen werden müssen. Das Hearing „Jugendkriminalität in Köln“ dient der Vorbereitung späterer, möglicher Beschlussfassungen in den Fachausschüssen.

Beraten werden sollten:

Individuelle und gesellschaftliche Ursachen

wie z.B. Erziehungsprobleme in den Familien, strukturelle Probleme unseres Bildungs- und Hilfesystems, soziale Ausgrenzung durch Armut, Berufs- oder Arbeitslosigkeit, unzureichende Schulabschlüsse, Wohnumfeld und Zunahme von Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft insgesamt.

Bisherige Konzepte zur Prävention

Hier sollten z.B. Erfahrungen des „Netzwerk Erziehung“ oder zum Stufenkonzept „Kinder und Jugendliche aus dem Bereich der unerlaubt eingereisten Flüchtlinge“ ein-

fließen. Die Einbindung von Kindertagesstätten, Schulen und Jugendeinrichtungen, ASD sowie Ordnungspartnerschaften und mögliche kriminalpräventive Räte soll besonders betrachtet und auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Es ist wichtig, sowohl positive Erfahrungen als auch Lücken in der Präventionsarbeit in Köln darzustellen. Dabei sind die Erfahrungen aus den Schwerpunktgebieten Bickendorf, Porz-Finkenbergring und Bocklemünd besonders zu berücksichtigen. Zudem ist zu klären, welche Möglichkeiten bestehen, die Kölner ARGE, die Beschäftigungsträger im Kölner Hilfesystem als auch Unternehmen etwa in eine Job-Initiative für Jugendliche aus Brennpunkten einzubeziehen. Ähnliches gilt für die Wohnungspolitik dieser Stadt.

Bisherige Konzepte zur Strafverfolgung und zum Strafverfahren

Es ist zu klären, welche repressiven Maßnahmen von Behörden umgehend angewendet werden, wenn Vorbeugungs- und Hilfemaßnahmen bei Serientätern nicht erfolgreich waren. Im Rahmen der Jugendkriminalität haben sowohl Strafverfolgung als auch Bestrafung (z.B. „Strafe folgt auf dem Fuße“) eine besondere, weil auch pädagogische Bedeutung. Der Anspruch auf eine positive Entwicklung der Kinder und Jugendlichen stellt besondere Anforderungen an die Maßnahmen inklusive ihrer fachlichen Begleitung. Resozialisierung von Kindern und Jugendlichen muss grundsätzlich andere Kriterien erfüllen als die von Erwachsenen. Vor dem aktuellen Hintergrund erscheint es erforderlich, die Zusammenarbeit von Jugendamt, Polizei und Justiz kritisch zu überprüfen und zu verbessern. Konzepte und Erfahrungen aus der Praxis sollen mit Vor- und Nachteilen erläutert werden. Darüber hinaus ist die Frage zu stellen, ob die derzeitige Gesetzeslage als angemessen und ausreichend beurteilt wird.

Gemäß Antrag von Ratsmitglied Herr Helling beschließt der Rat folgende Unterlagen an die Fachtagung zum Thema Jugendkriminalität weiterzuleiten:

- Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 27. März 2007 zum TOP 2.1.19 der heutigen Ratssitzung
Ds-Nr.: A/0147/007
- Beschluss des Rates vom 07. Oktober 2003 betreffend Kölns Initiative zum Abbau der Jugendkriminalität sowie zu wirksameren Maßnahmen gegenüber minderjährigen Intensivstraftätern
Beschlussbuch-Nr.: 3192
- Wortprotokoll zu TOP 3.1 der Sitzung des Rates vom 07. Oktober 2007
- Mitteilung aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 23.01.2007 betreffend Weiterführung des Projekts „Sozialpädagogische und schulische Hilfen für Roma-Flüchtlingsfamilien in Köln“
- Die, von der Gleichstellungsbeauftragten Frau Kronenberg formulierten Anmerkungen:
 - Geschlechterdifferenzierte Betrachtung der Jugendkriminalität,
 - in diesem Zusammenhang auch der Bezug zwischen Jugendkriminalität und häuslicher Gewalt bzw. Gewalt im öffentlichen Raum.

Sachstand:

Die Fachtagung hat am 21.05.2007 stattgefunden. Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung am 29.1.2008 einen Beschluss zu Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität in Köln gefasst. (Ds-Nr. 3470/2007) Weitere Sachstandsmitteilungen werden auf der Grundlage dieses Beschlusses erfolgen.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 15.05.2007
Vorlagennummer: A/0187/007

Betreff: Prüfauftrag zur Einrichtung eines Ausbildungsbüros Schule-Beruf

Beschluss:

Die Verwaltung prüft in enger Zusammenarbeit mit der U 25-Konferenz die Übertragung folgender Aufgaben im Bereich Übergang Schule - Beruf an das Regionale Bildungsbüro:

1. Das Büro sorgt für die Erhebung aller Daten, die sich auf den Übergang Schule-Beruf beziehen, es begleitet diese Erhebung und wertet sie aus.
2. Das Büro ist außerdem zuständig für die Koordination und Umsetzung aller Maßnahmen, die den Übergang Schule - Beruf betreffen. Dazu zählen u. a.:
 - Die Erfassung aller Schülerinnen und Schüler, die von einer weiterführenden Schule nach der 9. oder 10. Klasse abgehen, und ihres weiteren Bildungs- bzw. Berufsweges.
 - Die Bereitstellung eines überschaubaren Informations- und Beratungssystems für Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderungen und deren Eltern noch während der Schulzeit. Dies schließt eine entsprechende Plattform im Internet auf bildung.koeln.de mit ein.
 - Die Bündelung und Koordination aller Aktivitäten, die den Übergang Schule - Beruf betreffen und an denen zahlreiche Institutionen beteiligt sind. Dazu gehören auch frühzeitige und gezielte, an der genauen Kenntnis der individuellen Leistungseinschränkungen orientierte Beratung und Information von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen und in diesem Zusammenhang eine enge Zusammenarbeit mit dem Integrationsfachdienst beim LVR und der Agentur für Arbeit.
 - Durchführung von Maßnahmen, die die Benachteiligung vor allem der Migrantinnen und Migranten, aber auch der Haupt- und Förderschülerinnen und -schüler reduzieren und langfristig aufheben.
 - Die verbindliche und flächendeckende Einführung des Berufswahl-Passes und seine Anerkennung in der Wirtschaft.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2007:

Die Steuergruppe der Arbeitskonferenz zur Verbesserung der Beschäftigungssituation arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter junger Menschen unter 25 Jahren hat in der Sitzung am 16.08.2007 das Thema Einrichtung eines Ausbildungsbüros Schule-

Beruf im Regionalen Bildungsbüro behandelt.

Eines der Aufgabenfelder des Ausbildungsbüros soll darin liegen, dort alle Daten zu erheben, die sich auf den Übergang Schule - Beruf ergeben, und diese auszuwerten und zu begleiten. Diese Erhebung erfolgte bereits durch die Schulverwaltung. Das Jugendamt verwies auf die historischen Wurzeln des Ausbildungsbüros. Unter damaliger Federführung des DGB war im Rahmen des Projektes „Jugend und Beruf“ die Idee entstanden, für alle Schüler ein den Übergangsbereich Schule - Beruf betreffendes transparentes und effizientes Beratungssystem zu entwickeln, über das alle diesen Bereich betreffenden Grundinformationen abrufbar sein sollten. Dieses Projekt ist dann auch auf der konzeptionellen Seite zu einem Abschluss gebracht worden, ist dann aber an der Finanzierung gescheitert.

Hinsichtlich der Frage der Funktion und der Aufgabenbereiche eines Ausbildungsbüros ergaben sich aus der Diskussion unterschiedliche Ansätze, so sieht der DGB die Aufgabe des Ausbildungsbüros alle Kompetenzen und Akteure zu bündeln. Ebenso denkbar ist der Einsatz auf strategischer Ebene als Dienstleister z.B. der U 25 Konferenz oder als konkreter Dienstleister für Jugendliche oder mit der Kompetenz eines Abstimmungsgremiums.

Eine Anbindung an das Regionale Bildungsbüro wurde verworfen, weil das Regionale Bildungsbüro eher die Funktion hat, Ideen für bestimmte Standards zu entwickeln.

Die Idee eines „realen“ Ausbildungsbüros mit einer originären Zuständigkeit für alle auch im operativen Bereich den Übergang Schule- Beruf bzw. Ausbildung anfallenden Aufgaben („Ausbildungshaus“) wurde als derzeit unrealistisch angesehen. Favorisiert wurde letztendlich die Idee von einem Ausbildungsbüro in der Struktur einer Art „Denkfabrik“, die im Hinblick auf den Aufbau und die Weiterentwicklung eines Koordinierungsnetzes auf einer entsprechend definierten Steuerungsebene positioniert sein müsste. Es wurde die Bildung eines Arbeitskreises aus Vertretern der Agentur für Arbeit, des Amtes für Wirtschaftsförderung, des Amtes für Kinder, Jugend und Familie, des Schulverwaltungsamtes und des Amtes für Soziales und Senioren beschlossen, in welchem die unterschiedlichen Erwartungen an ein Ausbildungsbüro (Inhalte, Aufgaben, Schnittstellen) beschrieben werden sollen.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 19.06.2007
Vorlagennummer: A/0263/007 + A/0294/007

Betreff: „Haus des Jugendrechts – aus dem Stuttgarter wird ein Kölner Modell“

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, zur Bekämpfung der Jugendkriminalität ein erstes Maßnahmenpaket zu schnüren, das folgende Bausteine berücksichtigt und eine ausgewogene wie effektive Balance zwischen präventiven und repressiven Maßnahmen gewährleistet.

Präventive und unterstützende Maßnahmen

Die Verwaltung wird beauftragt:

Ein Baustein im Bereich der unterstützenden Maßnahmen für Jugendliche ist die Ausweitung der Schulsozialarbeit. Schulsozialarbeit muss in Kooperation mit Lehrerinnen und Lehrern als auch außerschulischen Partnern wie ASD, Polizei u. a. der Tendenz entgegenwirken, Gewalt als Konfliktlösung einzusetzen. Die Schule sollte ihren Standortvorteil und ihre Interventionsmöglichkeit nutzen, auf Geschehnisse in und an Schulen zeitnah zu reagieren. Bereits bestehende gewaltpräventive Ansätze in der Schulsozialarbeit sind weiterzuentwickeln.

Weiterhin bittet der Rat die Verwaltung, die aufsuchende Arbeit der mobilen Streetworker zu stärken. Besonders in Stadtteilen mit hoher sozialer Belastung bildet ihre Arbeit eine Brücke zwischen Cliquen der Jugendlichen wie den örtlichen Jugendeinrichtungen.

Erforderlich ist eine kritische Bestandsaufnahme, welche der präventiven Maßnahmen sich bewährt haben und welche Maßnahmen optimiert werden können. Voraussetzung ist eine intensive Kommunikation mit den Jugendhilfeträgern und Sozialraumkoordinatoren. Die Verwaltung wird daher beauftragt, die erforderlichen Schritte mit den freien Trägern abzustimmen.

Sanktionsorientierte und erzieherische Maßnahmen

Die Verwaltung wird gebeten, in Abstimmung mit den Kooperationspartnern Polizei und Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe ein Pilotprojekt zu entwickeln, welches analog zum Stuttgarter Modell eines „Haus des Jugendrechts“ eine konzentrierte Zusammenarbeit ermöglicht, um strafrechtliche Verfahren zu verkürzen und damit zeitnahe Reaktionen auf jugendkriminelle Aktivitäten zu ermöglichen.

Das Projekt sollte ähnlich dem Stuttgarter Modell eine wissenschaftliche Begleitung (Evaluation) erfahren. Hierbei sind die Ressourcen vor Ort zu nutzen. Zudem fordern wir die Verwaltung auf dem Rat nach einem halben Jahr dem Rat einen Erfahrungsbe-

richt vorzulegen.

Ziel muss ein vernetztes und verzahntes Konzept sein („Netz des Jugendrechts“).

Des Weiteren bitten wir um Prüfung, inwieweit sich für Fälle leichter Kriminalität sogenannte „Teen – Courts“ eignen. Das kriminalpädagogische Jugendprojekt, in dem ein Schülergremium erzieherische Maßnahmen gegen jugendliche Straftäter ausspricht und damit versucht die Einsichtsfähigkeit junger Täterinnen und Täter im gerichtlichen Verfahren zu steigern, wird in mehreren Bundesländern – in NRW etwa in Siegen – erfolgreich praktiziert.

Die bereits existierende Intensivtäterbetreuung in Köln ist über das bestehende Programm hinaus auszubauen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, ein integratives Gesamtkonzept zu entwickeln. Dabei sind die Anregungen, die im Ratsbeschluss vom 27. März 2007 benannt wurden, zu prüfen und das Ergebnis den beteiligten Ausschüssen zur weiteren Beratung vorzulegen.

Maßnahmenkonzept der frühen Prävention: Entwicklung von Handlungsfeldern

Das zu entwickelnde Gesamtkonzept sollte sich auf folgende Handlungsfelder konzentrieren und bereits bestehende Lösungsansätze weiterentwickeln:

- Einrichtung und Vernetzung von integrierten Frühwarnsystemen für Köln
- Verbesserung des Wohnumfeldes
- Kindertagesstätten
- Schulen (insbesondere Schulsozialarbeit)
- Sozialraumorientierung
- Familien (u. a. häusliche Gewalt)
- Jugendarbeitslosigkeit
- Weiterentwicklung der Arbeit in Jugendzentren
- Weiterentwicklung und Stärkung des Allgemeinen Sozialen Dienstes
- Weiterentwicklung des Netzwerkes „Erziehung in Schule“ nach dem Porzer Modell

Aufnehmendes „Suchtclearing“ im öffentlichen Bereich; durch unmittelbare Kooperation mit den Ordnungskräften soll die direkte Zuführung von auffälligen, jungen Drogenabhängigen bei der Haftentlassung in ein Hilfesystem optimiert werden (Bindeglied zwischen Ordnungs- und Hilfsmaßnahmen)

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2007:

Ende 2007 wurde eine Beschlussvorlage, die ein Maßnahmenpaket zum Abbau von Jugendkriminalität beinhaltete, in die politische Beratung eingebracht und am 29.01.2008 vom Rat beschlossen. Zum nächsten Stichtag des Halbjahresberichtes am 30.06.2008 wird die Verwaltung darlegen, welcher Stand der Umsetzung inzwischen erreicht werden konnte.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 19.06.2007
Vorlagennummer: A/0259/007, A/0282/007

Betreff: Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)

Beschluss:

Auf Basis des vom Kabinett der Landesregierung am 22.05.2007 verabschiedeten Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz) wird die Verwaltung mit der Prüfung und Darstellung beauftragt, wie sich die folgend aufgeführten, neuen Rahmenbedingungen der gesetzlichen Regelungen des KiBiz auf die derzeitige Angebotsstruktur sowie auf den städtischen Haushalt auswirken:

- Absenkung des Trägeranteils der Kirchen von 20% auf nunmehr 12 % (Kosten landesweit 89 Mio. €)
- Festschreibung des Elternbeitragsanteils auf 19% der Betriebskosten
- fehlende finanzielle Beteiligung des Landes an der in § 11 KiBiz festgeschriebenen Fort- und Weiterbildung des Personals sowie einer Qualitätssicherung
- Gewährung von lediglich 340 € pro Kind und Kindergartenjahr für Sprachförderbedarf
- Abgeltung aller bisherigen Sonderfördertatbestände durch nun geltende Kindpauschalen
- Anforderungen wie die Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund, die Sprachstandsfeststellung und –förderung, eine gezielte Förderung von Einrichtungen in sozialen Brennpunkten sowie der Ausbau der Kindertagesstätten zu Familienzentren (Bündelung von Hilfsangeboten und Beratung von Eltern, Vermittlung von Tagespflege, Betreuung von Unter-Dreijährigen und Kindergartenkindern außerhalb der üblichen Öffnungszeiten, Sprachfördermaßnahmen, die über die in § 13 Abs. 5 hinausgehen) werden nur zum Teil gesondert und dann auch nur im Rahmen eines gedeckelten Budgets gefördert. Sie sind nicht Bestandteil der Regelförderung.
- Berücksichtigung der Einsparungen bei den Kindergärten durch die Landesregierung im Jahr 2006 (z.B.: Zuschussreduzierung bei den Betriebskosten)
- Abbau von Qualitätsstandards bzw. fehlende Vorgabe von Mindeststandards, da in Kita-Gruppen nunmehr auch 2-jährige mitbetreut werden
- Rücknahme der Mietpauschalierung bei Kindertagesstätten
- finanzielle Planungsgrundlage unter Haushaltsvorbehalt („Bildungsoffensive nur nach Kassenlage“)
- höheres betriebswirtschaftliches Risiko für alle Träger durch die Einführung von kindbezogenen Pauschalen, da die Refinanzierung von Schwankungen in der Belegung abhängig ist.
- Absenkung des Personalstandards bei Fachkräften in U3-Gruppen
- Verrechnung der vorhandenen Rücklagen mit der ersten Zahlung der Zuschüsse nach dem KiBiz.

Sachstand:
Die Verwaltung hat dem JHA zu seiner Sitzung am 07.08.2007 den Regierungsentwurf und eine Darstellung der finanziellen Auswirkungen vorgelegt.
Sachstand zum 31.12.2007: Auftrag ist erledigt bzw. wird unter neuem Beschluss A/0368/007 weiter verfolgt.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 30.08.2007
Vorlagennummer: A/0359/007, A/0380/007

Betreff: Mehr Plätze im gemeinsamen Unterricht

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, ein Konzept zu entwickeln, welches die Plätze im so genannten Gemeinsamen Unterricht (GU) von behinderten und nicht-behinderten Kindern bis zum Jahr 2010 verdoppelt.

Das Konzept soll außerdem Möglichkeiten aufzeigen, wie sichergestellt werden kann, dass in Zukunft alle Kinder mit Behinderungen, die am GU in der 4. Klasse der Grundschulen teilnehmen, im GU einer weiterführenden Schule einen Platz finden können. Die Antragsteller bitten um Prüfung, welche organisatorischen, personellen und räumlichen Voraussetzungen für dieses ehrgeizige Ziel geschaffen werden müssen. Darüber hinaus sind Chancen und Risiken einer verstärkten Förderung von Kindern mit körperlichen, kognitiven, emotionalen und sozialen Schwächen sowie Sinnesschäden an Grundschulen sowie an weiterführenden Schulen darzustellen.

Ziel muss die Intensivierung des Gemeinsamen Unterrichts in Köln sein.

Um dieses Ziel erfolgreich umsetzen zu können, ist jedoch auch das Land in der Pflicht. Die kommunalen Maßnahmen sollen aufbauen auf den Bemühungen des Landes, durch ein Kompetenzzentrum NRW mehr Integration im Schulsystem zu schaffen. Wir appellieren an das Land, für das gemeinsame Ziel auch die notwendigen personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit die Bedingungen für die gemeinsame Förderung aller Kinder in den Klassen entscheidend verbessert werden.

Sachstand:

Die Überarbeitung des "Schulentwicklungsplans Förderschulen" zu einem Konzept zur "Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung in Köln" befindet sich in der dezernatsinternen Endabstimmung. Parallel wurde beim Land die Teilnahme mit zwei Regionen am Pilotprojekt Kompetenzzentren Sonderpädagogische Förderung fristgerecht zum 29.02.2008 beantragt. Die Umstellung der sonderpädagogischen Förderung auf Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung mit einer Verlagerung der Förderung in die allgemeinen Schulen (Prävention und Gemeinsamer Unterricht) ist Grundgedanke der zukünftigen sonderpädagogischen Arbeit in Köln und dementsprechend im Konzept zur "Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung in Köln" gewürdigt.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 18.09.2007
Vorlagennummer: A/0404/2007

Betreff: Auswirkungen des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz)

Beschluss:

Resolution

Der Rat der Stadt Köln fordert den Landtag auf, den Entwurf zum „Kinderbildungsgesetz“ (KiBiz-NRW) in seiner bisherigen Form nicht anzunehmen. Wir begrüßen zwar, dass einzelne Kritikpunkte bereits aufgenommen wurden, sehen aber ebenso wie der Städtetag NRW und sein Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister Fritz Schramma, gravierende Mängel, die im weiteren Gesetzgebungsverfahren einer dringenden Nachbesserung bedürfen:

Die künftigen Finanzierungsgrundlagen müssen von realen Zahlen ausgehen. Die Annahme, die Eltern finanzierten 19 Prozent der Kosten, ist unrealistisch. Derzeit werden landesweit lediglich etwa 13 %, in Köln gar nur 11,5 % der Betriebskosten für Kindertageseinrichtungen durch Elternbeiträge abgedeckt. Auf dieser Basis muss die Gesamtfinanzierung gestaltet werden.

Das Land darf seine finanzielle Beteiligung an Ganztagsangeboten nicht deckeln. Sollte das Land sich – wie geplant – nur an einer Finanzierung beteiligen, wenn ein Anteil von 25% Ganztagsplätzen an der Gesamtplatzzahl unterschritten wird, ist eine bedarfsgerechte Entwicklung nicht gewährleistet. Das Land muss sich auch an Betreuungsangeboten finanziell beteiligen, die über die vorgesehenen max. 45 Stunden hinausgehen. Bereits heute bieten einige Einrichtungen 50 Wochenstunden und mehr an.

Um Benachteiligungen von Kindern, die in finanzschwachen Kommunen leben, zu vermeiden, bedarf es landeseinheitlicher Standards bei der Betreuungsqualität. Deswegen ist vor allem eine Festlegung von maximalen Gruppengrößen und einer definierten Relation von Kinderzahl zu Erzieher/Erzieherin notwendig.

Der Rat fordert den Landtag auf, zum Konsens zurückzukehren, die im Gesetzentwurf vorgesehene Kopfpauschale abzulehnen und den Betreuungsstandard bei der U 3-Betreuung („kleine altersgemischte Gruppe“) zu halten. Die Kommunalen Spitzenverbände haben 2006 gemeinsam das Modell einer Gruppenpauschale entwickelt, die auch Gegenstand einer Konsensvereinbarung zwischen Land, Trägern und Kommunen vom Februar 2007 war. Die Gruppenpauschale war mit definierten Standards hinterlegt, die allerdings gegenüber dem Ist-Zustand bereits eine Verschlechterung darstellen, gerade in der U 3-Betreuung.

Der im Gesetzentwurf vorgesehene Angebotsausbau für unter Dreijährige richtet sich nach dem alten Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) und be-

schränkt sich somit auf lediglich 20 % der Altersgruppe. Bundesweit wird jedoch eine Quote von ca. 35 % angestrebt. Bei einer entsprechenden Ausbaupflichtung muss mit dem Land neu verhandelt werden.

Das Land wird aufgefordert, mit den Kirchen verbindliche Regelungen zu treffen, damit die kirchlichen Träger angesichts ihres künftig geringeren Finanzierungsbeitrags keine finanziellen Sonderregeln vor Ort einfordern. Die Kirchen werden aufgefordert, das bestehende Betreuungsangebot aufrecht zu erhalten.

Die Förderung der Familienzentren ist nach wie vor völlig unzureichend. Familienzentren müssen eine angemessene personelle und sachliche Ausstattung erhalten. Dies ist mit 1.000 € im Monat nicht zu machen. Perspektivisch müssen alle Kindertageseinrichtungen in die Lage versetzt werden, bedarfsgerecht und sozialraumorientiert, die Aufgaben von Familienzentren zu übernehmen. Um auch den Anforderungen der frühkindlichen Betreuung gewachsen zu sein, sind sie als fester Bestandteil in das Netzwerk der sozialen städtischen Einrichtungen einzubinden.

Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Bemühungen von Unternehmen, für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Betriebskindergärten einzurichten und zu unterhalten. Die Familien können sich auch tagsüber am Arbeitsplatz sehen und Pausen miteinander verbringen. Dies fördert den Familienzusammenhalt, das Engagement im Betrieb und kann nicht zuletzt auch zu einem verbesserten Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren führen. Deswegen ist der Landtag aufgefordert, Betriebe wie bisher (§ 20 des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder) als Empfänger öffentlicher Zuschüsse für Betriebskindergärten vorzusehen.

Elternräte sind ein wichtiges Gestaltungselement bei der institutionalisierten Kinderbetreuung. Elternräten müssen auch zukünftig die bisherigen Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte eingeräumt werden, wie dies im Kinder- und Jugendhilfegesetz (§ 22a, Absatz 2, letzter Satz) auch vorgesehen ist.

Die im Gesetz vorgesehene Berichtspflicht der Landesregierung muss mit konkreten Schlussfolgerungen verbunden werden, wenn das Gesetz nicht die erwarteten positiven Auswirkungen hat.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, diesen Beschluss dem Landtag Nordrhein-Westfalen zu übermitteln und über die Gremien der Kommunalen Spitzenverbände auf die notwendigen Änderungen hinzuwirken.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2007

Der Landtag hat am 30.10.2007 das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern – Kinderbildungsgesetz – (KiBiz) beschlossen (GV. NRW. S. 462). Die Resolution ist damit erledigt.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 08.11.2007
Vorlagennummer: AN/1298/2007, AN/1361/2007 und AN/1391/2007

**Betreff: "2007 - Europäisches Jahr der Chancengleichheit" -
Handlungskonzept gegen die Folgen von Kinderarmut**

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung,

1. einen Bericht zu erstellen und zu veröffentlichen, der jährlich fortgeschrieben wird, der die Zahlen der Kinder und Jugendlichen mit Armutsrisiko in Köln auf-führt,
2. ein Handlungskonzept zu entwickeln, das allen Kindern und Jugendlichen in Köln unabhängig vom sozialen Status der Familie einen gleichberechtigten Zu-gang zu Bildung, Sport, Kultur und sonstigen gesellschaftlichen und fördernden Bereichen unter Berücksichtigung kommunaler Schulentwicklungs- und Ju-gendhilfeplanung, sowie der Wohnraumversorgung ermöglicht,
3. im Rahmen der zukünftigen Halbjahresberichte des Oberbürgermeisters die Maßnahmen zur Verbesserung der Chancen auf Teilhabe kontinuierlich aufzu-führen und ihre Effizienz darzustellen und jährlich eine Sozialberichterstattung zu veröffentlichen.

Zu den Haushaltsplanberatungen 2008 sind die für die Umsetzung eines solchen Handlungskonzepts notwendigen Zielvorgaben und Aufwendungen im Jugendhilfe- und Sozialausschuss zur Beratung darzustellen.

Sachstand:

Sachstand zum 15.03.2008:

Ein Grobkonzept ist erstellt. Ergänzungen und Abstimmungen sind dezernats-übergreifend mit zu beteiligenden Ämtern noch erforderlich.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 08.11.2007
Vorlagenummer: AN/1291/2007

Betreff: Rücknahme von beschlossenen Kürzungen bei den Schulbibliotheken

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Rücknahme der durch das Kienbaum - Gutachten beschlossenen Kürzung von zwei Stellen bei den Schulbibliotheken.

Sachstand:

Mit Ratsbeschluss vom 08.11.2007 wurde die im Rahmen der Umsetzung der Haushaltsstrukturanalyse beschlossene Kürzung im Bereich der Schulbibliotheken der Gesamtschulen zurückgenommen. Die Maßnahme sah die Stärkung der eigenverantwortlichen Betreuung der Schulbibliotheken und einen damit einhergehenden sukzessiven Abbau von insgesamt 2 Stellen in den Schulbibliotheken vor.

Unabhängig hiervon werden die Schulbibliotheken weiter untersucht. Ziele sind dabei insbesondere die Optimierung der Abläufe, eine bedarfsgerechte Stellenverteilung sowie eine Kooperation mit der Stadtbibliothek. Hierdurch soll letztlich das Angebot für die Schülerinnen und Schüler der Gesamtschulen und Schulzentren verbessert werden.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 13.12.2007
Vorlagennummer: AN/1566/2007, AN/1672/2007, AN/1698/2007, AN/1671/2007,
AN/1710/2007, AN/1353/2007

Betreff: Weiterentwicklung des Bäderkonzeptes / Planungen der KölnBäder GmbH

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, aufgrund der neuen Erkenntnisse aus der von der Verwaltung vorgelegten Mitteilung eine Beschlussvorlage zu fertigen und dem Rat zur Beschlussfassung in der Sitzung am 29.01.2008 vorzulegen.

Dabei sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- das Konzept „Schwimmen macht Schule“ gemäß Ratsbeschluss vom 18.05.2006 zur Optimierung des Schulschwimmens ist in der Variante A (Optimale Unterstützung durch die Bäder GmbH) umzusetzen.
- die Sportstättenzielplanung für den Bäderbereich (Bäderzielplan) ist fortzuschreiben und in 2011 erneut den zuständigen Fachausschüssen und dem Rat vorzulegen. Neben dem Bedarf für „Schwimmen macht Schule“ ist weiterhin der Entwicklung der Offenen Ganztagschule und der Nachfrage nach Schwimmangeboten aus gesundheitlichen Gründen aus der Bevölkerung besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Im Übrigen sollen weiterhin die im Ratsbeschluss vom 15.05.2007 genannten Faktoren betrachtet werden. Über die Umsetzung des Bäderzielplans ist jährlich dem Sportausschuss zu berichten.
- die Bäder in Nippes, Rodenkirchen und Weiden werden betriebsfähig offen gehalten. Über Zeitpunkt und Umfang von Sanierungsmaßnahmen wird nach Vorlage des Bäderzielplans in 2011 entschieden, wobei auch die Erkenntnisse aus dem Parallelbetrieb vorhandener, dann modernisierter Bäder sowie neu errichteter Bäder zu berücksichtigen sind.
Durch Bestand erhaltende Maßnahmen sollen die drei Bäder bis 2011 in einen Zustand versetzt werden, dass sie mit einer Generalsanierung langfristig weitergeführt werden können. Es sollen keine Fakten geschaffen werden, die zu einer Schließung der bestehenden Bäder führen.
- bei den KölnBädern erhalten engagierte Bürger die Möglichkeit, sich in Beiräte einzubringen. Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Vorlage/Konzept bzgl. Mitsprache-, Beteiligungsrechte der Beiräte zu entwickeln. Die Vorlage/das Konzept soll sicherstellen, dass die Beiräte sinnvoll Einfluss auf den Betrieb der Bäder nehmen können. Hierbei ist in erster Linie an die Abstimmung zwischen Schulen, Vereinen und Öffentlichkeit, Zugang verschiedener Nutzergruppen, Öffnungszeiten und kleineren Attraktivierungsmaßnahmen zu denken. Hierzu gehören aber auch kleinere Attraktivierungsmaßnahmen, die, unter Einbezug der mit Beschluss vom 18.05.2007 gesperrten Mittel, möglich sein müssen. Die Vorlage / das Konzept ist den jeweiligen BV's und dem Sportausschuss vorzulegen.

- der Erweiterungsbau im Zollstockbad wird nicht realisiert.
- der Neubau des Hallenbades am Stadion-Freibad und der Neubau Lentstraße werden gemäß des mittelfristigen Bäderkonzeptes der KölnBäder GmbH realisiert.
- auf Grundlage des aktuell vorgelegten Bäderzielplans ist das mittelfristige Bäderkonzept entsprechend den neuen Erkenntnissen anzupassen und zur Beschlussfassung vorzulegen.
- die mittelfristige Finanzplanung der KölnBäder GmbH ist den geänderten Bedingungen anzupassen und zur Beschlussfassung vorzulegen.

Weiterhin beschließt der Rat, die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen, ob die Gruppenbäder in Nippes und Rodenkirchen an Samstagen und Sonntagen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden können.

Sachstand:

Der Beschluss ersetzt die Beschlussfassung des Rates vom 15.05.2007
Eine darauf aufbauende Verwaltungsvorlage wird für die Januar-Sitzung des Rates vorbereitet.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 13.12.2007
Vorlagenummer: AN/1620/2007

Betreff: Gemeinsames Zusammenkommen von Schülerinnen und Schülern aus den Partnerstädten Tel Aviv und Bethlehem in Köln

Beschluss:

Im Haushalt 2007 sind die Mittel für die Beteiligung der Kölner Schulen im Rahmen von Städtepartnerschaften auf insgesamt 10.000 € aufgestockt worden. Die Haushaltsmittel sollen den Schülerinnen- und Schüleraustausch fördern. Köln ist die einzige Stadt in Europa, die gleichzeitig sowohl einen Städtepartnerschaftsvertrag mit einer israelischen Stadt (Tel Aviv) als auch einen Städtepartnerschaftsvertrag mit einer Stadt in Palästina (Bethlehem) besitzt und pflegt. Darum beauftragt der Rat die Verwaltung mit den in 2007 noch zur Verfügung stehenden Mitteln in der genannten Haushaltsposition ein gemeinsames Zusammentreffen von Schülerinnen und Schülern aus Tel Aviv und Bethlehem mit Kölner Schülerinnen und Schülern in Köln zu planen und durchzuführen. In diese Initiative sind die Städtepartnerschaftsvereine von Tel Aviv und Bethlehem mit einzubinden.

Sachstand:

Ein erstes Treffen hat mit den Partnervereinen von Bethlehem und Tel Aviv stattgefunden. Bei einem Besuch vor Ort ab 08.03.2008 wird die Schulverwaltung das weitere Procedere insbesondere die Bereitschaft der Schulen zur Kontaktaufnahme klären.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 13.12.2007
Vorlagennummer: AN/1618/2007 + AN/1707/2007

Betreff: Hochbegabtenförderung für die gymnasiale Sekundarstufe in Köln

Beschluss:

1. Die Verwaltung der Stadt Köln wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung Köln, den Mitarbeitern der Familienberatung und des schulpsychologischen Dienstes der Stadt Köln zur Kanalisierung, Strukturierung und Intensivierung der bereits bestehenden Maßnahmen weitere zur Förderung von Hochbegabten geeignete Instrumentarien zu entwickeln.
2. Für hochbegabte Kinder an weiterführenden Schulen sollen außerschulische Bildungs-Angebote in Zusammenarbeit mit freien Trägern oder örtlichen Hochschulen verstärkt bereitgestellt werden, welche die Stadt Köln mit einem Betrag i.H. von 100.000,-- € im Jahr fördert. Ebenso soll die Unterstützung des Ausbaus der inner-schulischen Fördermaßnahmen Berücksichtigung finden.
3. Die Ergebnisse sollten spätestens zum Schuljahr 2009/2010 greifen.

Sachstand:

Die Maßnahmen zur Förderung Hochbegabter im Sekundarbereich stellen auch aktuell einen Baustein der "Fachstelle für Hochbegabung Köln", ehemals "Projekt Hochbegabung Köln" dar. Eine Vorbereitung und Implementierung zusätzlicher Maßnahmen erfolgt bei entsprechender Finanzausstattung mit der Verabschiedung des Haushalts 2008.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 13.12.2007
Vorlagennummer: AN/1535/2007, AN/1704/2007

**Betreff: Auswirkungen des Kinderbildungsgesetzes auf die Elternbeiträge zu
Tageseinrichtungen für Kinder**

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die notwendige Neuordnung der Elternbeiträge im Rahmen des neuen Kinderbildungsgesetzes des Landes (KiBiz) mit folgenden Maßgaben vorzunehmen,

1. eine Erhöhung der Beiträge in allen Einkommensgruppen zu vermeiden.
2. dass die Kinder von KölnPass-Inhabern vom Elternbeitrag befreit werden.
3. einen Vorschlag zu entwickeln, der sicherstellt, dass allen Kindern ein kostengünstiges und gesundes Mittagessen zur Verfügung steht.
4. das Ziel zu verfolgen, unter Förder- wie Bedarfsgesichtspunkten in allen Gruppenformen ein ausreichendes Betreuungsangebot vorzuhalten.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2007

Der Rat hat in der Sitzung am 29.01.2008 die neue Elternbeitragssatzung und gleichzeitig Zuschüsse zum Mittagessen beschlossen. Die Ziffern 1 bis 3 des o. g. Beschlusses sind damit erledigt.

Zu Ziffer 4 wird die Verwaltung nach Abschluss der Regionalkonferenzen und Rückmeldung des Landes über die anerkannten Kindpauschalen einen Bericht über das neue Betreuungsangebot vorlegen.

Beschlüsse des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft

Gremium: BA GW
Sitzungsdatum: 29.10.2007
Vorlagenummer: AN/0938/2007

Betreff: Bildungslandschaft Höhenberg/Vingst

Beschluss:

Die Schul- und Jugendverwaltung wird gebeten, im Sinne einer regionalen Bildungslandschaft Gespräche mit den örtlichen Akteuren wie z.B. den Schulen, der GAG, der Gebäudewirtschaft der Stadt und den Wohnversorgungsbetrieben zu führen, um gemeinsam Vorschläge einer besseren Koordination vor Ort zu entwickeln.

Ziel des vorliegenden Antrages ist die Prüfung der Schaffung eines Kooperationsverbunds, der das Veedel zwischen Olpenerstr, Burgstr., Schulstr. und Nürnberger Str. so fördert, dass die Kindertagesstätte, die Montessori Grundschule, die Ganztagshauptschule, das Projekt Mehrgenerationen Wohnen der GAG und der normale Wohnungsbestand der GAG und die Sozialhäuser in diesem Stadtquartier als Ganzes betrachtet und gedacht wird. Dabei ist eine enge Abstimmung mit den wesentlichen Akteuren des vorhandenen Sozialraumprojektes zu suchen.

Zu prüfen ist weiterhin, inwieweit dieses Projekt als Modell für die Ausbreitung von regionaler Bildungslandschaft in andere Sozialräume geeignet ist.

Sachstand:

Die Initiatoren des Prüfauftrags hatten die möglichen Beteiligten aus den betroffenen Wohngebieten zu einem Treffen am Samstag, den 09.02.2008 eingeladen. Bei der Veranstaltung wurden Ideen und Wünsche der Beteiligten gesammelt. Derzeit wird eine Befragung der Akteure vor Ort vorbereitet. Die Ergebnisse der Veranstaltung und der Fragebogenerhebung bilden die Grundlage der Prüfung.

Beschlüsse des Hauptausschusses

Gremium: Hauptausschuss
Sitzungsdatum: 10.11.2003
Vorlagenummer: 1492/003

**Betreff: Unterstützung der Stadt Köln für die Bewerbung um die
 Gay Games 2010**

Beschluss:

Der SC Janus e.V. will sich mit Unterstützung anderer Kölner Institutionen um die Aus-
tragung der Gay Games 2010 in Köln anlässlich seines 30-jährigen Bestehens bewer-
ben. Die Stadt Köln sieht in den Bestrebungen des Vereins, eine der größten Sport-
veranstaltungen der Welt nach Köln zu holen, einen sportlichen, wirtschaftlichen und
Imagegewinn für Köln, aber auch die große Herausforderung einer Bewerbung und
Durchführung der Spiele. Die Stadt Köln will dem Projekt zum Erfolg verhelfen und be-
auftragt darum die Verwaltung, den SC Janus e.V. fachlich und personell bei der Be-
werbung sowie bei einem Zuschlag für die Gay Games bei der Vorbereitung zu unter-
stützen.

Sachstand:

Die im letzten Sachstandsbericht avisierte Inaugenscheinnahme der für die Gay Ga-
mes voraussichtlich in Anspruch genommenen städtischen Sportstätten wurde zwi-
schenzeitlich abgeschlossen. Momentan wird der aus der Sicht des Veranstalters er-
forderliche Sanierungs- und Instandsetzungsbedarf konkretisiert, um danach mit der
städtischen Gebäudewirtschaft einen Zeit-Maßnahmenkatalog inklusive der Bereitstel-
lung der erforderlichen Finanzmittel für die Umsetzung der Einzelmaßnah-men zu ent-
wickeln. Zur Unterstützung der Maßnahmen und zur Koordination sämtlicher städti-
scher Aufgaben im Zusammenhang mit den Gay Games 2010 erfolgt bei der Sport-
verwaltung ab 01.01.2008, befristet bis zum 31.12.2010, die Stellenzusetzung von ei-
ner Stelle plus die Bereitstellung eines befristeten Personalkredites vom 01.07.2008
bis zum 31.08.2010.

Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 24.8.1993
Vorlagenummer: 1140/093

Betreff: Programm für benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene ohne berufliche Perspektiven

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung:

1. zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, für benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene im Übergang von der Schule in den Beruf zusätzliche Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramme zu entwickeln, die den spezifischen Bedürfnissen der Betroffenen gerecht werden;
2. zu prüfen, ob Ausbildungsbetriebe aus dem Bereich Handel, Handwerk oder Industrie bereit sind, gegebenenfalls in Kooperation mit erfahrenen Qualifikationsträgern, Ausbildungsplätze für die Zielgruppe anzubieten;
3. zu prüfen, inwieweit Jugendberufshilfe und Schulverwaltung bei der Entwicklung entsprechender Programme ihre Kooperation noch verstärken können und welche Stellen darüber hinaus ggf. in zu treffende Vereinbarungen mit einbezogen werden müssen;
4. darstellen, welche teilnehmerbezogenen Rahmenbedingungen zu schaffen sind und welche Träger zu entwickelnde ergänzende Maßnahmen umgesetzt werden können;
5. mögliche Finanzierung durch Dritte (europäischer Sozialfonds usw.) darzustellen.

Sachstand:

In den vergangenen Berichtsjahren sind unter Nutzung der verschiedenen Projektförderungen auf Bundes- und Landesebene in Köln stabile Arbeitsstrukturen und Maßnahmepakete entstanden, die in ihrer Gesamtheit das Übergangsmanagement Schule – Beruf ausmachen. Im Verlaufe des Jahres 2007 sind die Arbeitsstrukturen gefestigt und auch die Maßnahmen in den Regelbereich integriert worden, die bislang noch Pilotcharakter hatten. Ende 2007 sind alle bisher genutzten Förderprogramme ausgelaufen.

In Bezug auf die beiden Zielbereiche

1. Die Hebung der Qualität der Schulabgänger durch präventive Arbeit im Übergangsbereich der Sekundarstufe I mit dem Ziel der Ausbildungsreife für alle Jugendliche.
2. Die Reduktion der Anzahl der Jugendlichen in Warteschleifen durch passgenaues Schnittstellenmanagement nach der Sekundarstufe I

stellt sich die Situation wie folgt dar:

Die präventive Arbeit in Kooperation mit den Schulen der Sekundarstufe I nimmt den

Hauptteil der Arbeit im Übergangsmanagement ein. Sie konzentriert sich auf die folgenden Maßnahmen, die bisher im Rahmen des Projektes „Übergangsmanagement Schule – Beruf in Köln“ der Gemeinschaftsinitiative EQUAL gefördert worden sind und nun weiter laufen:

1. Interkulturelle Elternarbeit mit den Standorten DTVK, Vingster Treff und Coach e.V.

Dabei geht es um eine enge Kooperation der interkulturellen Zentren mit Schulen. Die angebotenen Elterninformationen sind immer gekoppelt an konkrete Unterstützungsangebote für Jugendliche. Die Unterstützungsangebote richten sich aus den an den konkreten Bedarfen, sie beinhalten meistens Sprachförderung und fachliche Hilfen und erstrecken sich auf die Sekundarstufe I aber auch auf die Sekundarstufe II.

2. Kompetenzcheck Klasse 8 – KompAss für die Klassen 8 der Hauptschulen

Hinter diesem Begriff verbirgt sich eine Potentialerhebung in der Klasse 8 mit anschließendem Beratungsgespräch mit den Jugendlichen und ihren Eltern. Als Ergebnis wird eine gemeinsame Berufswegeplanung angestrebt, die anschließend in Form individueller Förderung in den Schulen und in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern, z. B. den Jugendwerkstätten umgesetzt wird. In 2008 werden auf diese Weise alle Jugendliche der Klassen 8 der Hauptschulen begleitet.

3. Schulung der Berufswahlkoordinatoren in allen Schulformen

Für die verschiedenen Schulformen sind Konzepte erarbeitet worden, die nun in Zusammenarbeit mit der VHS und der Lernenden Region umgesetzt werden. Es ist davon auszugehen, dass Ende 2008 alle Schulen entsprechend ausgebildetes Personal haben.

4. Durchführung der Schulabgängerbefragung

Die Schulabgängerbefragung wird ab 2008 in Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik durchgeführt und ist fester Bestandteil des Kölner Ausbildungsberichtes.

5. Neue Formen handlungsorientierten Mathematikunterrichts in Berufskollegs und Schulungen zu Beratungslehrern

Diese Aktivitäten werden über die Bezirksregierung koordiniert. Zusätzlich dazu ist durch das Schulamt für die Stadt Köln beim MAGS eine Projektförderung beantragt worden, die auf eine Optimierung des Übergangssystems in den Berufskollegs zielt.

Die Mittel für die Fortführung dieser Projekte entstammen aus Fördertöpfen der Agentur für Arbeit Köln, die mit Lehrerstellenteilen kofinanziert werden. Die Mittel zur Schulung von Koordinierungspersonal zum Thema Berufsorientierung werden über die Stiftung Partner für Schule zur Verfügung gestellt. Lediglich die Schulabgängerbefragung erfolgt unter Inanspruchnahme städtischen Personals.

Die in EQUAL erarbeitete Kooperationsform im Bereich Sprachförderung mit der Uni-

versität zu Köln und der Bezirksregierung Köln wird in anderem Kontext unter Geschäftsführung der Stadt Köln weitergeführt.

In Zusammenarbeit von Stadt Köln, Schulamt für die Stadt Köln und Bezirksregierung Köln wird eine Beteiligung an der Förderlinie „Übergangsmanagement Schule – Beruf“ des BMBF angestrebt, um die bisher entwickelten Arbeitsstrukturen zu festigen, zu optimieren und in den sozialräumlichen Ansatz der Stadt zu integrieren.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 21.06.1996
Ds-Nr.: 0922/096

Betreff: Neue Förderstrukturen und Steuerungsmodelle im Jugendbereich

Beschluss:

1. Die Verwaltung tritt mit den entsprechenden Verbänden im Jugendbereich in Gespräche ein, mit dem Ziel spezielle Förderstrukturen, Erstattungsformen, sowie neue Steuerungsmodelle für Köln zu erarbeiten.
2. Dabei soll neben den finanziellen Gesichtspunkten insbesondere die Frage der Qualitätserhaltung bzw. der Qualitätsverbesserung im Vordergrund stehen.
3. Über die Ergebnisse ist der JHA zu informieren.

Sachstand:

Sachstand zum 30.06.2007:

Die Richtlinie zur Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wurde unter dem Titel „Leistungsbeschreibung, Zielsetzung und Förderverfahren in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ fortgeschrieben und trat nach Beschluss durch den JHA zum 01.01.2006 in Kraft.

Im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplanes der Stadt Köln wurde festgelegt, dass die Richtlinie fortgeschrieben wird.

Sachstand zum 31.12.2007

Kein neuer Sachstand.

Es ist zu erwarten, dass in den verschiedenen Leistungs- und Förderbereichen regelmäßig Anpassungen im Sinne des o. g. Beschlusses vorgenommen werden müssen. Hierüber entscheidet jeweils der JHA. Um Doppelarbeit zu vermeiden wird auf eine regelmäßige Berichterstattung im Rahmen des Halbjahresberichtes in Zukunft verzichtet.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 27.03.2000
Vorlagenummer: 0336/000 und 0538/000

Betreff: Förderung der Mädchenarbeit in Jugendeinrichtungen

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung:

1. die Konzeption zur „Mädchenarbeit in den offenen Jugendeinrichtungen“ aus dem Jahr 1988 zu überprüfen und den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen, sowie den Erfordernissen gem. § 9 Abs. 3 KJHG anzupassen.
2. in der Fortschreibung die Ergebnisse der genannten Umfrage und die daraus resultierenden Konsequenzen zu berücksichtigen. Folgende Punkte sind insbesondere aufzugreifen:
 - Konzeptionelle Verankerung von Mädchenarbeit mit einer verbindlichen wöchentlichen Angebotsstruktur in allen Jugendeinrichtungen;
 - Inhaltliche Schwerpunktlegung auch auf Angebote zur Berufswahl und Lebensplanung;
 - Adäquate Weiterbildung der Mitarbeiterinnen auch unter dem Aspekt der interkulturellen Mädchenarbeit sowie für den koedukativen Bereich;
 - Quantitative und qualitative Ausgestaltung von Räumlichkeiten für spezifische Mädchenarbeit bei Festlegung eines internen Budgets für diesen Angebotsbereich;
 - Weiterentwicklung sozialräumlicher, überregionaler und leistungsbereichsübergreifender Kooperationsformen.
3. dem JHA die fortgeschriebene Konzeption vorzulegen und kontinuierlich über den Verlauf der Entwicklung zu berichten.

und

Beschluss des JHA am 05.12.2000

Ds-Nr.: 2031/000

Hearing zur Mädchenarbeit in offenen Jugendeinrichtungen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Hearing zu Kinder- und Jugendarbeit mit dem Schwerpunkt Mädchenarbeit zu veranstalten. Ein Vorbereitungsgremium, bestehend aus Verwaltung, Fraktionen und freien Trägern, wird beauftragt, eine Tagesordnung zu erarbeiten und zur Entscheidung dem Jugendhilfeausschuss vorlegen.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2007

Der geschlechtsspezifische Arbeitsansatz wird als Querschnittsaufgabe im Rahmen der Jugendförderung umgesetzt. Eine spezielle fachliche Ressource hierzu ist weder

auf der Einrichtungs-/ bzw. Trägerebene noch verwaltungsseitig institutionalisiert. Es ist daher nur punktuell möglich, beispielsweise mittels Durchführung einer Fachtagung, größere konzeptionelle Tiefenschärfe zu vermitteln. Die Verwaltung wird unaufgefordert im JHA berichten, wenn eine solche Veranstaltung geplant ist. Eine regelmäßige Berichterstattung im Halbjahresbericht entfällt in Zukunft.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 13.06.2000
Vorlagenummer: 0847/000

Betreff: Förderung der Sprachkompetenz ausländischer Kinder in Kindertagesstätten

Beschluss:

Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt:

1. die Konzeption der „Interkulturellen Erziehung“ in den Tageseinrichtungen für Kinder im Hinblick auf die Sprachförderung weiterzuentwickeln. Dabei sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:
 - Weiterentwicklung des didaktischen Materials (u. a. muss der Bedeutung der Muttersprache im Hinblick auf die Identitätsentwicklung der Kinder sowie auf den Erwerb der deutschen Sprache Rechnung getragen werden)
 - Einbeziehung der Eltern in die Förderung der sprachlichen Fähigkeiten ihrer Kinder
 - Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern
 - Durchführung zusätzlicher Multiplikatorenschulungen
2. zu prüfen und dem JHA kurzfristig mitzuteilen, wie das Zahlenverhältnis zwischen deutschen und ausländischen Kindern in allen Kindergartengruppen im Hinblick auf eine verbesserte Sprachkompetenz – Förderung optimiert werden kann.
3. zu prüfen, wie die bisher noch unterrepräsentierten ausländischen Kinder (z.B. Italiener) zum Besuch des Kindergartens veranlasst werden können
4. festzustellen, wie viele Angebote zum Erwerb der deutschen Sprache in Köln bzw. in den Stadtteilen existieren und wie sie ggf. in Verbindung mit der VHS, den Familienbildungsstätten, den Ausländerzentren sowie sonstigen Trägern, bürgernah ausgebaut werden können.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2007:

Die für das Kita-Jahr beantragten Sprachfördermaßnahmen wurden zu 100 % bewilligt. D. h. in 150 städt. Kitas und in 65 Kitas in freier Trägerschaft werden Sprachfördermaßnahmen durchgeführt.
Erstmalig in diesem Kita-Jahr ist die Förderung der 4jährigen Kinder hinzugekommen, denen im Rahmen des Sprachstandsfeststellungsverfahrens Sprachförderbedarf bescheinigt wurde.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 09.03.2001
Vorlagenummer: 2171/000

**Betreff: Schaffung von neuen Jugendhilfeeinrichtungen und
altersübergreifenden Begegnungsstätten**

Beschluss:

In der Stadt Köln ist in den letzten 10 Jahren Wohnraum vor allem in zusammenhängenden Neubaugebieten entstanden. Die Versorgung dieser Gebiete mit der notwendigen Infrastruktur muss fortgesetzt werden.

Der Jugendhilfeausschuss fordert die Verwaltung deshalb auf zu prüfen, in welchen Stadtteilen Kölns weiterer Bedarf an Jugendeinrichtungen und altersübergreifenden Begegnungsstätten besteht und welche Realisierungschancen für die Zukunft gesehen werden. Dazu gehören selbstverständlich auch die Finanzierungsmodalitäten sowie die Frage der Trägerschaft. Übergangslösungen bzw. Vorläufer-Begegnungsstätten sind ebenfalls zu berücksichtigen.

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, im Laufe des Jahres eine entsprechende Vorlage zur Beratung vorzulegen.

Sachstand:

Sachstand zum 30.06.2007:

Für den Betrieb der neuen Jugendeinrichtung in Volkhoven- Weiler, „Die Villa“ wurden für das Haushaltsjahr 2007 29.000,00 € zugesetzt. Sie ist damit jedoch noch immer nicht ausreichend finanziert.

Für eine Jugendeinrichtung in Köln-Buchheim wurden 145.000,00 € zugesetzt. Vertragsverhandlungen für ein Mietobjekt stehen vor dem Abschluss.
Geplante Inbetriebnahme der Einrichtung ist August 2007.

Sachstand zum 31.12.2007

Die Jugendeinrichtung in Köln-Buchheim wurde inzwischen in Betrieb genommen und wird im Mai 2008 offiziell eröffnet.
Über die Inbetriebnahme neuer Jugendeinrichtungen entscheidet der JHA. Um Doppelarbeit zu vermeiden, wird in Zukunft auf eine Berichterstattung im Rahmen des Halbjahresberichtes verzichtet.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 05.06.2001
Vorlagennummer: 0845/000, 1050/000, 1082/000

**Betreff: Umwandlung der Städtischen Kinderheime in eine
eigenbetriebsähnliche Einrichtung**

Beschluss:

Nach eingehender Diskussion, an der sich Herr Kluth, Herr Beigeordneter Dr. Schulte, Frau Radermacher, Frau Necks, Frau Schlitt und Herr Peil beteiligen, beschließt der JHA einstimmig bei Enthaltung der SPD- Fraktion, die Verwaltung zu beauftragen, auf Basis der bisherigen Verwaltungsmitteilungen eine Vorlage zur Umwandlung der Kinderheime in eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung zu fertigen.

Sachstand:

In seinen Beschlüssen vom **14.02.2006** und **22.06.2006** hat **der Rat** die entsprechenden Entscheidungen zur Grundstücksentwicklung des Geländes Sülz der Städtischen Kinderheime getroffen. Entsprechend des Ratsbeschlusses wurde ein Plangutachten durchgeführt. Am 20.10.2006 wurden die vorgestellten Arbeiten im Rahmen einer Jursitzung bewertet; der beste Entwurf wird nunmehr in die entsprechenden politischen Gremien eingebracht. Außerdem wurde ein Verfahren gem. VOF für den Teilnehmerwettbewerb zur Gewinnung eines Projektentwicklers durchgeführt. In der Zwischenzeit wurde mit dem Projektentwickler, der nach einem Auswahlverfahren gewonnen werden konnte, ein Vertrag abgeschlossen.

Ziel ist, die Vermarktung des Geländes und die Suche nach dezentralen Ersatzstandorten für die stationären Angebote der Städtischen Kinderheime sowie eines zentralen Koordinationszentrums zu parallelen Ergebnissen zu führen. Die zukünftige Rechtsform ist nach Abschluss und Umsetzung dieser Entscheidungen ggf. nachrangig zu betrachten.

Die Entscheidung zum Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 05.06.2001 wurde zunächst zurück gestellt.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 7.5.2002
Vorlagenummer: 0295/002

Betreff: Planungsgrundlagen für den Ausbau von Nachmittagsbetreuungs- und Ganztagsschulplätzen in Köln schaffen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Nachmittagsbetreuung von Kindern und Jugendlichen bis 17.00 Uhr und den Ausbau weiterer Ganztagsschulplätze zu erarbeiten. Dies hat unter Mitwirkung der Bereiche Schule, Jugend und Sport zu geschehen und hat zum Ziel, eine systematische Kooperation in Köln sicherzustellen.

Es soll zunächst festgestellt werden:

1. welche Möglichkeiten/Ressourcen der Schule, der Jugendhilfe und dem Sport zur Betreuung/Bildung zur Verfügung stehen,
2. in welchen Bereichen eine systematische und koordinierte Zusammenarbeit möglich ist,
3. ob die Einrichtung oder der Ausbau einer Koordinierungsstelle erforderlich ist,
4. durch eine repräsentative Umfrage, welche konkreten Bedürfnisse Eltern und Kinder in bezug auf Nachmittagbetreuung haben.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2007:

Der Rat hat im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2007 Mittel für die Finanzierung der „Ganztagsangebote für 10 – 14jährige Schülerinnen und Schüler“ bis zum Ende des Jahres zur Verfügung gestellt.

Im laufenden Schuljahr 2007/2008 gibt es aktuell 67 große (15 – 20 Kinder) und 13 kleine (7 – 14 Kinder) Gruppen. Dies entspricht bis zu 1522 Betreuungsplätzen. Damit sind alle 80 Gruppen belegt; da mehr Anträge auf Förderung von Ganztagsangeboten gestellt wurden, mussten die übrigen abgelehnt werden. Aktuell liegen Anfragen für ca. 10 weitere Gruppen vor, der Bedarf insbesondere auch in Realschulen und Gymnasien ist weiterhin deutlich steigend.

Die Ganztagsangebote werden auch weiterhin z.T. über Landesmittel komplementär finanziert. Im Rahmen der Projektförderung aus Mitteln des Landesjugendplanes erhalten die Träger Zuschüsse für z.zt. insgesamt 29 Gruppen.

In Folge des neu erstellten Kinder- und Jugendförderplanes wurden neue Arbeitsgruppen eingerichtet, die verschiedene Themen inhaltlich weiter bearbeiten sollen. Die Arbeitsgruppe mit dem Thema „Durchführung von Angeboten der Kinder- und Ju-

gendarbeit in bzw. in Kooperation mit weiterführenden Schulen“ hat sich seit September regelmäßig getroffen und wird dem Jugendhilfeausschuss voraussichtlich im Januar einen ersten Zwischenbericht vorlegen.

Zu den übrigen genannten Punkten gibt es z.zt. keinen neuen Sachstand.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 09.07.2002
Vorlagennummer: 1003/002, 1005/002, 1008/002

Betreff: Modellprojekt „Patenschaften für arbeitslose Jugendliche“

Beschluss:

Die Anträge der Fraktionen wurden der Verwaltung gesammelt durch einstimmigen Beschluss des JHA als Prüfauftrag mit dem Ziel, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln und dem JHA vorzustellen, übergeben.

Sachstand:

Das Rahmenkonzept „Patenschaften für arbeitslose Jugendliche“ des Amtes für Kinder, Jugend und Familie wurde im September 2003 dem JHA und dem Ausschuss für Soziales und Senioren vorgestellt. Das Konzept stellt eine Grundlage für die Entwicklung von Patenschaftsmodellen für arbeitslose Jugendliche in Köln dar. Seit dieser Zeit wurden auf der Ebene unterschiedlicher Projekt- und Finanzierungsansätze die Umsetzungsmöglichkeiten des Patenschaftsgedankens durch die Träger SKF, Jugendhilfe Köln e.V., Jugendcafe Chorweiler, „Ceno & Die Paten e.V. und der Kath. Fachstelle für Jugendpastoral und Jugendhilfe“ erprobt.

Am 18.12.2007 fand ein Erfahrungsaustausch mit den projekterfahrenen Trägern statt. Darüber hinaus wurde den Anwesenden der Ansatz der U-25-Konferenz vorgestellt.

Die im Rahmenkonzept genannten notwendigen Umsetzungsprämissen, wie

- die Einbettung der Projekte in bestehende Angebots- Verbundsysteme
- die professionelle Begleitung und Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit (Grundsatz: „Hauptamt muss Ehrenamt begleiten“)
- die Eingrenzung der Zielgruppe auf bereits geförderte Jugendliche

wurden durch die Erfahrungen in der Praxis bestätigt und sind für eine Zielerreichung unabdingbare Voraussetzung.

Für die weitere Verstärkung und Etablierung des Patenschaftsgedankens ist es aus der Sicht der Akteure wünschenswert und notwendig,

- Unterstützungs- und Begleitstrukturen für Mentoren (Paten) kontinuierlich vorzuhalten
- Fortbildungsangebote für Ehrenamtler zu sichern
- Innungen und Kammern stärker einzubinden
- das Instrument „Kompetenzagenturen“ in Zukunft zu nutzen
- eine verstärkte Zusammenarbeit zu Schulen - insbesondere Hauptschulen zu suchen
- im Rahmen des U-25-Konferenzkonzepts den Patenansatz für Köln Chorweiler verstärkt in den Blick zu nehmen und Bündnispartner zu gewinnen

In der 2. Jahreshälfte 2008 wird erneut ein Treffen hinsichtlich einer weiteren Auswertung der Projekterfahrungen der zurzeit. laufenden Projekte („Mentoren-Projekt“ der

Träger Ceno & Die Paten e.V./Jugendhilfe Köln e.V. und die Initiative gegen Jugend-
arbeitslosigkeit – das Patenprojekt der Kath. Fachstelle für Jugendpastoral und Ju-
gendhilfe“) erfolgen.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 05.11.2002
Vorlagenummer: 1452/002

**Betreff: Errichtung eines Spielplatzes in Köln-Bilderstöckchen,
Reutlinger Straße/Uracher Straße**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob in Köln-Bilderstöckchen im Bereich Reutlinger Straße / Uracher Straße der Bedarf für die Einrichtung eines neuen Kinderspielplatzes gegeben ist. Gleichzeitig soll geprüft werden, ob zu diesem Zweck vom Bundesvermögensamt ein unbebautes Grundstück erworben werden kann.

Im Hinblick auf die finanzielle Situation sollte mit den vor Ort Tätigen sowie dem Vorsitzenden der „Bilderstöckchen-Konferenz“ über ein Sponsoring zur Errichtung und Ausstattung des Spielplatzes verhandelt werden.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2007

Nach dem Beschluss des Jugendhilfeausschuss vom 04.12.2007 zur Gestaltung des Spielplatzes haben der Finanzausschuss am 10.12.2007 und die Bezirksvertretung Nippes am 06.12.2007 der von der Verwaltung vorgelegten Planung zugestimmt. Die Bezirksvertretung Nippes hat darüber hinaus die Spende vom „Amigo Treff – Kapuziner Terziarinnen e.V.“ in Höhe von 35.000 € dankend angenommen. Zurzeit wird von der Verwaltung die Ausschreibung vorbereitet.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 11.11.2003
Vorlagenummer: 1510/003

Betreff: Bestandsaufnahme von Jugendeinrichtungen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. eine Bestandsaufnahme zu den vorhandenen Jugendeinrichtungen zu erarbeiten, die u. a. die Anzahl der Mitarbeiter und die Dauer der (miet)vertraglichen Verpflichtungen sowie die Anzahl der Einrichtungen in einem Sozialraum beschreibt und
2. Konsequenzen für freie Träger bei Umsetzung möglicher Kürzungen des Landes aufzuzeigen
Diese sollten sich nicht ausschließlich an dem bisherigen Kriterienkatalog zur Umsetzung der Schließung von Jugendeinrichtungen orientieren, sondern auch eine Bewertung der Notwendigkeit des jeweiligen Angebotes an seinem Standort für die Jugendarbeit in der Stadt Köln (Prioritätenliste) aufweisen.

Sachstand:

Die Bestandsaufnahme zu 1. wurde dem JHA vorgelegt.
Die ausfallenden Landesmittelkürzungen wurden durch Aufstockung der kommunalen Mittel kompensiert.

Der Beschluss ist damit aus Sicht der Verwaltung erledigt.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 16.3.2004
Vorlagennummer: 0288/004, 0393/004, 0295/002

Betreff: Förder- und Betreuungsangebote für 10 – bis 14jährige Schulkinder

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, ein bedarfsgerechtes Förder- und Betreuungsangebot für 10 bis 14 jährige Schülerinnen und Schüler anzubieten.

Bei dem Finanzierungskonzept sind vorrangig Landesmittel zu berücksichtigen. Der Landtag hat mit dem Entschließungsantrag DS 13/4970 am 28.01.2004 die Erhöhung der Landesförderung für die Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule beschlossen. Insbesondere sollen gerade für Kinder und Jugendliche in der Sekundarstufe I attraktive Angebote der Freizeit, außerunterrichtliche Bildung sowie spezifische Förderangebote entwickelt werden.

Außerdem ist die Möglichkeit von Elternbeiträgen oder sonstiger finanzieller Mittel (z.B. von Stiftungen oder Initiativen) zu prüfen und die Höhe eventuell verbleibender notwendiger kommunaler Zuschüsse zu ermitteln. Insbesondere ist darzustellen, welche inhaltlichen, konzeptionellen Möglichkeiten bestehen, welche vorhandenen Ressourcen genutzt werden können, welche Kosten damit verbunden und wie die einzelnen Betreuungsformen finanziell auszugestalten sind.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2007:

Der Rat hat im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2007 Mittel für die Finanzierung der „Ganztagsangebote für 10 – 14jährige Schülerinnen und Schüler“ bis zum Ende des Jahres zur Verfügung gestellt.

Im laufenden Schuljahr 2007/2008 gibt es aktuell 67 große (15 – 20 Kinder) und 13 kleine (7 – 14 Kinder) Gruppen. Dies entspricht bis zu 1522 Betreuungsplätzen. Damit sind alle 80 Gruppen belegt; da mehr Anträge auf Förderung von Ganztagsangeboten gestellt wurden, mussten die übrigen abgelehnt werden. Aktuell liegen Anfragen für ca. 10 weitere Gruppen vor, der Bedarf insbesondere auch in Realschulen und Gymnasien ist weiterhin deutlich steigend.

Die Ganztagsangebote werden auch weiterhin z.T. über Landesmittel komplementär finanziert. Im Rahmen der Projektförderung aus Mitteln des Landesjugendplanes erhalten die Träger Zuschüsse für z.zt. insgesamt 29 Gruppen.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 16.03.2004
Vorlagennummer: 0394/004

Betreff: Resolution

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss -Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- der Stadt Köln begrüßt den Erfolg der Volksinitiative „Jugend braucht Zukunft“ der Arbeitsgemeinschaft „Haus der Offenen Tür“ NRW und erwartet jetzt vom Landtag eine Debatte über die gesetzliche Sicherung und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen gesetzlich zu garantieren.

Die Anzahl der Unterschriften im Rahmen der Volksinitiative landesweit dokumentiert eindrucksvoll, dass die Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung besitzt.

Da der Anteil des Landesjugendplans am Gesamthaushalt des Landes lediglich ca. 0,2 % ausmacht, erwartet der Jugendhilfeausschuss der Stadt Köln von der Landespolitik, dass dieser Bereich des Landeshaushaltes vor dem Hintergrund seiner großen Bedeutung für die Kinder, Jugendlichen und jungen Menschen in unserem Land von jeglichen Kürzungen ausgenommen wird.

Die Fraktionen der Regierungskoalition erklärten, der verabschiedete Landeshaushalt solle keine Infrastruktur zerschlagen. Die vom Landtag beschlossenen Kürzungen führen bereits zu Schließungen von Einrichtungen der Jugendarbeit und zur Entlassung von sozialpädagogischen Fachkräften. Weitere unverantwortliche Strukturzusammenbrüche sind für weite Teile der Kinder- und Jugendarbeit zu erwarten.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen wird aufgefordert, im Landesjugendplan zusätzlich notwendige Finanzmittel ggf. durch Umschichtungen im Landeshaushalt oder im Rahmen eines Nachtrag-Haushaltes zur Verfügung zu stellen, damit die erfolgreich arbeitenden Strukturen der Jugendarbeit nicht zusammenbrechen.

Sachstand:

Sachstand zum 30.06.2007:

Die im Halbjahresbericht II/06 genannten Defizite wurden für das Haushaltsjahr 2007 kommunal kompensiert, daher sind keine Schließungen und keine linearen Kürzungen erforderlich. Es ist vielmehr gelungen für konkrete Projekte und Jugendeinrichtungen zusätzliche Mittel im Haushalt einzustellen. (s. Vorlage Ds-Nr. 2171/000) Allerdings können die im Rahmen der letzten Haushaltskonsolidierung geschlossenen Einrichtungen aufgrund mangelnder finanzieller Mittel nicht wieder in die Förderung aufgenommen werden. Auch zur Realisierung der bereits 2001 im Rahmen der Bedarfsplanung benannten neue Jugendeinrichtungsstandorte bedarf es zum Teil erheblicher Mittel, die bisher nicht zur Verfügung gestellt werden konnten. (s. Vorlage Ds-Nr. A/0170/007)

Sachstand zum 31.12.2007

Kein neuer Sachstand.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 15.06.2004
Vorlagennummer: 0602/004, 0853/004

Betreff: Kindergartenöffnungszeiten

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die unterschiedlichen Bedarfe hinsichtlich Schließzeiten und Tagesöffnungszeiten von Kindertagesstätten zu überprüfen und ein Konzept zur Optimierung entsprechend der Bedarfslage bei Wahrung der Kostenneutralität vorzulegen. Das Konzept soll dabei folgende Aspekte prüfen und berücksichtigen:

- Welche Kindertagesstätten bieten sich hinsichtlich ihrer Bedarfslage an, die Schließzeiten in den Ferien aufzugeben?
- Welche veränderten Bedarfslagen ergeben sich hinsichtlich der Änderungen im SGB II und im Tagesbetreuungsausbaugesetz auf die täglichen Öffnungszeiten der Kindertagesstätten?

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2007

Im Rahmen des Modellprojektes zu den erweiterten Öffnungszeiten in städtischen Tageseinrichtungen für Kinder, erfolgt in jeweils einer ausgewählten Einrichtung je Stadtbezirk eine umfassende Erhebung des Betreuungsbedarfes für das Kindergartenjahr 2007/08.

Diesbezüglich wird auf die Ds-Nr.: 1384/006 und 1456/006 verwiesen. Der Jugendhilfeausschuss wird zukünftig im Rahmen dieses Beschlusses informiert.

Der Beschluss unter Ds-Nr.: 0602/004 und 0853/004 wird daher als erledigt angesehen.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 19.05.2005
Vorlagenummer: 0748/005

Betreff: Weiterentwicklung des Förder- und Betreuungssystems für Kinder und Jugendliche

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem JHA bald möglichst einen Masterplan zur Beschlussfassung vorzulegen, auf dessen Grundlage die Weiterentwicklung des Förder- und Betreuungssystems für Kinder und Jugendliche in Köln organisiert werden kann. Dabei sind folgende Vorgaben zu berücksichtigen:

1. Vorrangig in Stadtteilen mit besonderem Hilfebedarf ist eine verlässliche Betreuungskette zu organisieren, beginnend bei den unter Dreijährigen bis zu den Vierzehnjährigen.
2. Für Kinder unter drei Jahren sollen zusätzliche Betreuungsplätze eingerichtet werden. Diese auf Grundlage des Gesetzes zum Ausbau der Tagesbetreuung einzurichtenden Plätze sollen die Unterstützung von bürgerschaftlichen Eigeninitiativen und den Trägern der freien Wohlfahrtspflege, die Umwandlung von Kindergarten- und Hortplätzen, betriebliche Angebote und die Tagespflege umfassen.
3. Zusätzlich sollen mit dem 50 Millionen Euro Sonderprogramm der NRW-Landesregierung „Kinderbetreuung U3 als arbeitspolitisches Instrument“ weitere Kinderbetreuungsangebote für langzeitarbeitslose Väter und Mütter eingerichtet werden, damit diese in die Lage versetzt werden eine Beschäftigung aufnehmen zu können. Im Rahmen eines mit der ARGE zu vereinbarenden Kooperationsvertrages ist das Jugendamt der Stadt Köln mit der Organisation und Durchführung zu beauftragen.
4. Die inhaltliche Gesamtkonzeption der Betreuung für unter Dreijährige soll auf den vom AK „Frühförderung und Betreuung unter 3jähriger“ der Leitbildgruppe Moderne Stadtgesellschaft erarbeitenden Leitgedanken basieren.
5. Die Anzahl der Betreuungsangebote im Rahmen der Offenen Ganztagsschule ist bis 2007 auf 10.000 Plätze auszubauen. Die Umstellung im Betreuungssystem von Hort auf Offene Ganztagsschule ist so zu gestalten, dass kein Kind seinen Betreuungsplatz verliert. Dieser Beschluss gilt vorbehaltlich einer abweichenden Regelung durch die Landesregierung.
6. Die Landesregierung NRW wird in Köln über das Jahr 2007 hinaus rund 1.700 Hortplätze in altersgemischten Gruppen weiter finanzieren. Diese Hortplätze sind in Stadtteilen mit entsprechendem Bedarf zu erhalten.
7. Das bestehende Betreuungsangebot für Schulkinder in altersgemischten Gruppen sowie für das zukünftige Angebot der Offenen Ganztagsschule richten sich

an Schülerinnen und Schüler im Alter von 6 – 10 Jahren und sind somit kein Ersatz für die erzieherischen und sozialen Hilfen für 10 bis 14 jährige Kinder und Jugendliche. Aus diesem Grund soll das Angebot von derzeit 1.600 Plätzen für die 10 – 14 jährigen in vollem Umfang erhalten bleiben.

8. Die Finanzierung der Weiterentwicklung des Betreuungssystems soll weitestgehend auf Grundlage von Bundes- und Landeszuschüssen sowie Trägeranteilen und Elternbeiträgen gesichert werden. Notwendige städtische Mittel sind im Haushalt 2005/2006 bereit zu stellen. Entsprechende Deckungsvorschläge sind zu machen.

Sachstand:

Sachstand zum 30.06.2007:

Der Bericht zum 31.12.2006 ist weiterhin aktueller Sachstand.

Darüber hinaus hat der Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung vom 08.05.2007 einstimmig die Auswahl von 43 Kindertageseinrichtungen, die ab dem Kindergartenjahr 2007/08 zu Familienzentren weiterentwickelt werden sollen, beschlossen. Diese Auswahl wurde entsprechend des Auftrages des JHA durch die Verwaltung dem Ministerium für Generationen, Familien, Frauen und Integration (MGFFI) des Landes Nordrhein-Westfalen hinsichtlich der Förderung und Zulassung zur Zertifizierung des Gütesiegels benannt.

Sachstand zum 31.12.2007

Der Bericht zum 30.06.2007 ist weiterhin aktueller Sachstand.

Darüber hinaus wurde dem JHA zur Sitzung am 07.08.2007 eine Mitteilung über den Ausbau der Betreuung für unter dreijährige Kinder entsprechend des Ratsbeschlusses vom 14.11.2006 zur Kenntnis gebracht.

Demnach können ab dem Kindergartenjahr 2007/08 weitere 1.135 Kinder unter drei Jahren institutionell in einer Tageseinrichtung betreut werden. Gemessen an der Gesamtzahl der Kölner Kinder im Alter von 4 Monaten bis 3 Jahren entspricht dies insgesamt einer Betreuungsquote von 11,7 %. Neue Plätze entstanden durch die Einrichtung von neuen Gruppen, insbesondere in Raumprogrammen der Hortgruppen, die bis zum 01.08.2007 in die Offene Ganztagschule überführt wurden und durch die bedarfsentsprechende Umwandlung von bestehenden Gruppen. Hinsichtlich der Weiterentwicklung und Umstrukturierung des Betreuungsangebotes durch die Einführung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) zum 01.08.2008 wird auch auf die Beschlussfassung des JHA vom 11.09.2007, Vorlagennummer: A/0368/007, Betreff: „Aufarbeitung der Auswirkungen des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern“ verwiesen

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 06.09.2005
Vorlagenummer: 1317/005

Betreff: Vorstellung der Ergebnisse der Aufgabenanalyse des Jugendamtes

Beschluss:

Der JHA beschließt *einstimmig*, dass die Verwaltung beauftragt wird, zur Sitzung des JHA am 25.10.2005 die Ergebnisse der Aufgabenanalyse des Jugendamtes vorzustellen.

Sachstand:

Sachstand zum 30.06.2006:

In der Sitzung des JHA am 13.06.2006 wurde die Verwaltung aufgefordert, zur Sitzung des Ausschusses am 26.09.2006 eine aktualisierte Übersicht der Umsetzung der Aufgabenanalyse vorzulegen.

Sachstand zum 31.12.2006:

Die Übersicht der Umsetzung der Aufgabenanalyse wurde dem JHA in der Sitzung am 26.09.2006 vorgelegt. Der Ausschuss wurde davon in Kenntnis gesetzt, dass weitere Einsparmöglichkeiten von der weiteren Entwicklung und sich ändernden Rahmenbedingungen abhängig sind.

Sachstand zum 30.06.2007:

Kein neuer Sachstand

Sachstand zum 31.12.2007:

Mit der Präsentation der Übersicht in der JHA-Sitzung am 26.09.2006 ist die Umsetzung der zentralen Aufgabenanalyse im Amt für Kinder, Jugend und Familie abgeschlossen. Es werden keine weiteren Sachstandsmitteilungen erfolgen.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 06.12.2005
Vorlagenummer: 1702/005

Betreff: Modellprojekt Eltern-Kind-Zentren in Köln

Beschluss:

Der JHA fordert die Verwaltung *einstimmig* auf, Initiativen zu entwickeln, die für Kinder und Eltern Betreuung, Bildung und Beratung an einem Ort anbieten. Gemeinsam mit Kirchen, Familienverbänden und anderen Trägern sollen Pläne zur Weiterentwicklung von Kindertagesstätten erarbeitet werden.

Vor diesem Hintergrund fordert der JHA die Verwaltung auf zu prüfen, inwieweit entsprechende Modellprojekte in Köln mit folgenden Schwerpunkten eingerichtet werden können:

1. Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder von 0 – 6 Jahren und Förderung von Familien
 - Geburtsvorbereitungskurse mit Betreuung nach der Geburt (z. B. Einsatz „sozialpädagogischer Hebammen“)
 - Aufnahme von Kindern unter 3 Jahren in Kindertagesstätten
2. Ausbau präventiver Angebote für Kinder und Familien in Tageseinrichtungen
3. Familienbildung und –beratung z.B. in den Bereichen Gesundheitserziehung, Sprachförderung und Erziehungsfragen und –problemen.
4. Koordination und Vernetzung von bereits existierenden Angeboten in Einrichtungen, wie z. B. in Jugendzentren, Bürgerzentren, Familienbildungsstätten im Stadtteil
5. Angebote zur Weiterqualifizierung des Personals in den Kindertagesstätten

Der nordrhein-westfälische Landtag hat angekündigt, entsprechende Modellprojekte noch in diesem Jahr mit 500.000 € und 2006 mit 2 Mio. € finanziell zu fördern. Der JHA fordert die Verwaltung auf, insgesamt sechs geeignete Standorte in den ausgewählten Quartieren für sozialraumorientierte Hilfsangebote zu benennen, an denen diese Projekte realisiert werden können.

Zudem soll das Jugendamt feststellen, ob es vorhandene Einrichtungen gibt, die für ein Modellprojekt ggfs. jetzt schon zur Verfügung stehen. Hierbei sind Ressourcen zu bündeln und Synergien zu nutzen.

Die Verwaltung soll sich des Weiteren des Sachverstandes des Landesjugendamtes versichern sowie Vorschläge erarbeiten, wie die Absicht der Landesregierung, sogenannten Familienzentren zu schaffen, umgesetzt werden kann.

Das Ergebnis inklusive des Kostenrahmens ist dem JHA bis Februar 2006 vorzustellen.

Sachstand:

Das MGFFI hat im Schreiben vom 28.11.2007 den aktuellen Sachstand bezüglich des Gütesiegels, der Zertifizierungsstelle und der Förderung der Familienzentren mitgeteilt. Die Kriterien für den Erhalt des Gütesiegels sind im Rahmen der Pilotphase erarbeitet worden und der Kriterienkatalog liegt seit Sommer 2007 vor. Alle Familienzentren in Nordrhein-Westfalen wurde die vom MGFFI erstellte Broschüre „Das Gütesiegel Familienzentrum NRW. Zertifizierung der Piloteinrichtungen (Broschüren-Nummer 1041 des MGFFI) zur Verfügung gestellt.

In der Pilotphase erfolgte die Zertifizierung der Einrichtungen von Päd-QUIS – Pädagogische Qualitätsinformationssysteme gGmbH. Für die Zertifizierung der im Sommer 2007 neu hinzugekommenen Einrichtungen, die Familienzentren werden wollen, wird das Land NRW im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung diese Aufgabe neu vergeben. Die unabhängige externe Zertifizierungsstelle sollte noch im Jahr 2007 eingerichtet werden. Diese wird dann Kontakt zu den Familienzentren aufnehmen und die Zertifizierung einleiten. Die Zertifizierungsstelle wird entscheiden, ob die Voraussetzungen für das Gütesiegel „Familienzentrum NRW“ erfüllt sind.

Das Land NRW hält diverse Unterstützungsangebote für Kindertageseinrichtungen vor, die sich zu Familienzentren weiterentwickeln. Dazu gehören u.a. vielfältige Informationen auf der Website des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW (www.mgffi.nrw.de). Für inhaltlich-pädagogische Fragen zu Familienzentren steht das Landesjugendamt Westfalen-Lippe und das Landesjugendamt Rheinland zur Verfügung. Die Landesjugendämter sind ebenfalls als Bewilligungsbehörde zuständig und daher auch Ansprechpartner für bewilligungsrelevante Fragen. PädQUIS ist bis Ende 2008 für die wissenschaftliche Begleitung des Landesprojektes zuständig. Das Institut für soziale Arbeit in Münster (ISA Planung und Entwicklung GmbH) war bis zum 31.12.2007 für die Projektbegleitung verantwortlich.

Die Auszahlung der Landesmittel für die Familienzentren ist leider verspätet erfolgt. Die Einrichtungen haben Ende Oktober 2007 die Bewilligungsbescheide und Ende November 2007 die Fördergelder erhalten. Die Haushaltsmittel sind sowohl für die Leitung, Koordinierung und das Management des Familienzentrums wie auch dafür vorgesehen, dass das Familienzentrum die für die Aufgabenstellung notwendigen Angebote bereitstellt oder sie für externe Leistungen Dritter einsetzt. Die Mittel können in gleicher Weise für die Bereitstellung zusätzlicher Personalressourcen für das Familienzentrum oder für Beratungsleistungen eingesetzt werden. Auf eine detailliertere Aufteilung der Mittel ist verzichtet worden, um den Trägern eine größtmögliche Entscheidungsfreiheit einzuräumen.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 26.09.2006
Vorlagenummer: 1384/006 und 1456/006

Betreff: Prüfung über die Einrichtung eines Notfallkindergartens / Qualität Kindertageseinrichtungen

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die Notwendigkeit der Einrichtung sog. Notfallkindergärten zu prüfen, die Möglichkeiten mit ihren finanziellen Auswirkungen darzustellen und ein Konzept vorzulegen, in dem mindestens 2 Kindertagesstätten (rrh. Und lrh.) zu Notfall-Kindertageseinrichtungen ausgebaut werden können, die temporär in der Lage sind, in Notfällen ggf. eine ganztägige und ggf. auch eine Übernachtungsbetreuung sicherzustellen oder bereits bestehende Angebote differenziert darzustellen.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, eine Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung in die Wege zu leiten. Sie wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit trotz Kürzung der Landeszuschüsse eine Qualitätsverbesserung der Kinderbetreuung in Köln weiter vorangetrieben werden kann. Dabei sollten folgende Punkte Berücksichtigung finden:

- Flexibilisierung der Öffnungszeiten in Kindertagesstätten bei gleich bleibendem pädagogischen Standard
Dabei ist zu prüfen, inwieweit pro Stadtbezirk eine Kindertagesstätte als Modelleinrichtung eine Ausweitung der Öffnungszeiten anbieten kann.
Gleichzeitig ist das Elternverhalten etwa durch eine Befragung zu evaluieren.
- Die Prüfung, ob die Stadt ein Betreuungsangebot für Kinder vorhalten kann, für die in besonderen Problemlagen –etwa bei Krankheit des / der Erziehungsberechtigten- keine Betreuung mehr möglich ist. Dabei sind auch die Leistungen zu berücksichtigen, die ggf. über die gesetzlichen Krankenkassen bereits abgedeckt sind.
- einen zentralen Ansprechpartner/in bei der Stadt Köln, der für Elternfragen zu Beiträgen und Plätzen in Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagsschulen zur Verfügung steht,
- einen städtischen Internetauftritt, in dem der aktuelle Stand der Umwandlung Horte in OGTS, sowie die verfügbaren Kita-Plätze in Köln abgerufen werden kann,
- eine zuverlässige und rechtzeitige Platzzusage (spätestens sechs Monate vor Schuljahres- bzw. Kindergartenjahresbeginn).

Die für diese aufgeführten Maßnahmen und Angebote zu veranschlagenden Kosten und möglichen Deckungsvorschläge im Hpl 2007 sind rechtzeitig vor Beginn der anstehenden Haushaltsplanberatungen Anfang November vorzulegen.

Sachstand:

Sachstand zum 31.12.2007:

Vor dem Hintergrund einer, in den neun ausgewählten Einrichtungen durchgeführten Elternabfrage zum Betreuungsbedarf im Rahmen der erweiterten Öffnungszeiten und einem in diesem Zusammenhang festgestellten erhöhten Personalbedarf, hat die Verwaltung eine Dringlichkeitsentscheidung (DE) herbeigeführt. Mit dieser DE (Schlusszeichnung 25.07.2007) wurde dem erhöhten Personalbedarf Rechnung getragen.

Mit Beginn des Kindergartenjahres 2007/08 werden die erweiterten Öffnungszeiten in den ausgewählten Modelleinrichtungen angeboten. Es erfolgt eine lückenlose Erhebung der Daten. Ein entsprechender Zwischenbericht wird dem Jugendhilfeausschuss voraussichtlich zum Ende des 1. Quartals 2008 zur Verfügung gestellt.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 07.11.2006
Vorlagenummer: 1644/006

Betreff: Stärkung der Prävention im Jugendhilfebereich

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, welche präventiven und frühzeitigen Maßnahmen im Jugendhilfebereich existieren und wie sie gestärkt werden können. Darüber hinaus soll auch dargestellt werden, ob es ein Frühwarnsystem und frühzeitige Hilfen für Familien bereits gibt. Ziel sollte ein Konzept sein, welches den Fokus weg von der sektoralen Betrachtung auf die nachhaltige Stärkung präventiver Maßnahmen legt, die dazu beitragen, Folgekosten zu minimieren. Die Verwaltung soll darlegen, wo Prävention von Nöten ist und wo sie gestärkt werden kann. Dazu ist ein aktueller Sachstandsbericht vorzulegen, der die derzeitigen Instrumente der Hilfestellung kritisch überprüft, vorhandene Defizite im Jugendhilfebereich und Verbesserungen benennt.
2. Wir fordern die Verwaltung des Weiteren auf, die Ausgaben für präventive Maßnahmen z. B. in OGTS, Familienberatung und Frühförderung in Sozialräumen detailliert aufzuschlüsseln und Wege aufzuzeigen, wie im Haushalt zur Stärkung der Prävention finanzielle Mittel umgeschichtet werden können.
3. Gleichzeitig bitten wir die Verwaltung, im Rahmen des sog. Sozialberichts auch einen regelmäßigen Report zur Kinderarmut in Köln vorzulegen.
4. Die Verwaltung soll bitte prüfen, wie ein Besuchskontakt zu jeder Familie, in der ein erstes Kind geboren wurde, realisiert werden könnte und die möglichen personellen und finanziellen Auswirkungen darstellen.

Sachstand:

Zum 31.12.2007

Ein Zwischenbericht mit einer umfangreichen Darstellung der schon bestehenden Hilfsangebote ist in der Januar-Sitzung des JHA in 2007 erfolgt.

Am 08.11.2007 hat der Rat ein entsprechendes Konzept zur Stärkung der Prävention im Jugendbereich beschlossen (sh. DS-Nr. 2928/2007). Der Auftrag ist damit erledigt.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 07.11.2006
Vorlagenummer: 1645/006

Betreff: Regelmäßige ärztliche Untersuchung für alle Kinder sicherstellen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

- darzulegen, welche konkrete Maßnahmen im Rahmen der Früherkennungsuntersuchungen, die zur Stärkung des Rechts des Kindes auf gesundheitliche Förderung beitragen, sie für erforderlich und umsetzbar hält,
- über den deutschen Städtetag die laufenden Initiativen mit dem Ziel zu unterstützen, wonach die Vorsorgeuntersuchungen zuverlässiger umgesetzt und gesetzlich verankert werden können,
- zu prüfen, welche konkreten Maßnahmen zur Qualifizierung und Sensibilisierung der Fachkräfte auch in Kindertagesstätten und Schulen ergriffen werden können,
- die Erfahrungen aus dem Modellprogramm „Soziale Frühwarnsysteme“ so zu verstetigen, dass ein koordiniertes und wirksames Vorgehen aller mit der Gesundheitsvorsorge und dem Gesundheitsschutz betrauten Stellen zum Wohl der Kinder sichergestellt wird,
- auf eine verbesserte Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure hinzuwirken, um Synergieeffekte zu nutzen und Lösungsvorschläge, unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften, insbesondere Vertreterinnen des Kinderschutzes, der Ärzteschaft, der Jugend- und Gesundheitshilfe und den Wohlfahrtsverbänden zu erarbeiten, wie ein effektiver und umfassender Schutz der körperlichen Unversehrtheit von Kindern im Elternhaus möglichst weitgehend gewährleistet werden kann,
- neue Ansätze der Kooperation und Früherkennung insbesondere stadtteilbezogen zu erproben (z. B. im Rahmen der Entwicklung von Familienzentren),
- darzustellen, welche kommunale Rahmenbedingungen für eine integrative Frühförderung von Kindern notwendig sind.

Darüber hinaus ist bei der konkreten Umsetzung von Maßnahmen das Gesundheitsamt zu beteiligen.

Sachstand:

Sachstand zum 30.06.07:

Erforderliche, umsetzbare und bereits laufende Maßnahmen im Rahmen der Früherkennungsuntersuchungen sind:

- Erhöhung der Motivation zur Teilnahme an den Krankheitsfrüherkennungsuntersu-

chungen (wird umgesetzt)

- Bedarfsgerechter Ausbau der Gruppenprophylaxe (wird umgesetzt)
- Ausbau der aufsuchenden bzw. nachgehenden Gesundheitshilfen (Umsetzung steht aus, wäre im Kontext der Weiterentwicklung des sozialen Frühwarnsystems sinnvoll und möglich)
- Einrichtung eines kinder- und jugendpsychiatrischen Beratungsangebotes
- Intensivierung und Koordination der gesundheitlichen Aufklärung und Gesundheitsförderung (wurde durch Einrichtung der AG Gesundheitsförderung in Kindertagesstätten und Schulen der KGK sowie der Geschäftsstelle des Kölner OPUS- Netzwerkes gesundheitsfördernder Kindertagesstätten beim Gesundheitsamt in Angriff genommen)
- Weiterentwicklung der Schuleingangsuntersuchung und- beratung (umgesetzt)

Durch das bereits stark gestiegene und weiterhin wachsende Platzangebot in Kindertagesstätten zur Betreuung und Förderung unter 3-jähriger Kinder, kann auch der Kindergarten als durchweg anerkanntes Frühwarnsystem in vielen Fällen schon zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt auf mögliche Fehlentwicklungen hinweisen und auch selbst entsprechend reagieren. Diese sehr bedeutsame Entwicklung wird durch andere Maßnahmen, wie z. B. einer flächendeckenden Einführung der Bildungsdokumentation unterstützt.

Und durch den flächendeckenden Ausbau von Kindergärten zu Familienzentren bietet sich zukünftig die Möglichkeit, Beratung und Maßnahmen der Gesundheitsförderung niederschwellig in vertrauter Umgebung vorzuhalten.

Als weitere Module einer städtischen Gesamtstrategie zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung der in Köln lebender Kinder- und Jugendlicher sind zu nennen:

- Maßnahme zur Erreichung der Vierjährigen, die (noch) keinen Kindergarten besuchen. Hierzu wird die Schulverwaltung gemeinsam mit dem Amt für Statistik und Stadtentwicklung sowie der Jugend- und Gesundheitsverwaltung ein Konzept entwickeln, wie
 - in Analogie zur landesweiten Sprachstandserhebung diejenigen Vierjährigen erreicht werden können und
 - wie die von Landesseite initiierte, bisher ausschließlich auf pädagogische Gesichtspunkte abzielende Sprachstandserhebung mit der umfassenden, auch gesundheitliche Aspekte einschließenden, Entwicklungsbeurteilung durch den KJGD abgestimmt werden kann. Dabei ist besonders auch auf die Umsetzung der sich aus den erhobenen Befunden ergebenden Maßnahmen zur Förderung der Kinder zu achten.
- Sicherstellung einer fachlich fundierten ernährungsmedizinischen Beratung für Mitarbeiterinnen von Kindertagesstätten und Schulen.

Im Rahmen einer solchen Gesamtstrategie soll die Förderung (sprach-) entwicklungsauffälliger Kinder wesentlich früher und zielgerichteter beginnen, und im Sozialraum die Rahmenbedingungen für ein gesundes Aufwachsen der Kinder sowie deren Aussichten auf eine erfolgreiche Schullaufbahn verbessert werden.

Der Auftrag an die Verwaltung ist damit erledigt.

Sachstand zum 31.12.2007:

Wie von Herrn Mendorf in der Sitzung des JHA vom 30.10.2007 gewünscht, wird die Verwaltung unaufgefordert nach Abschluss des Schuljahres 2007 / 2008 entsprechend Bericht erstatten.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 20.03.2007
Vorlagenummer: A/0053/007

Betreff: Kinder- und Jugendforen

Beschluss:

Der JHA beschließt, die Anzahl der Kinder- und Jugendforen von sechs auf elf zu erhöhen. Dabei soll in jedem Stadtbezirk zumindest ein Kinder- und Jugendforum bestehen.

Die Trägerschaft der Kinder- und Jugendforen sollte an freie Träger der Jugendhilfe vergeben werden. Die Kinder- und Jugendforen sollten ein regelmäßiges und offenes Forum (wöchentliche Treffen) für Kinder und Jugendliche im Stadtteil und Stadtbezirk sein.

Sachstand:

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 04.12.2007 beschlossen, die Zahl der Kölner Kinder- und Jugendforen von bisher sechs auf elf Foren zu erhöhen.

Die Trägerschaft wurde an freie Träger der Jugendhilfe vergeben.

Es entstanden neue Kinder- und Jugendforen in:

- Köln-Kalk (Träger: Evangelische Kirchengemeinde Kalk)
- Köln-Chorweiler (Träger: Soziales Zentrum Lino-Club e.V.)
- Köln-Bilderstöckchen (Träger: Jugendzentren Köln gGmbH)
- Köln-Porz (Träger: Jugendzentren Köln gGmbH)
- Köln-Neustadt-Nord (Träger: Deutscher Pfadfinderbund Mosaik)
- Köln-Altstadt-Süd (Träger: Bund der Deutschen Katholischen Jugend)

Jedes neue Forum erhielt eine finanzielle Förderung von 6.493 Euro. In der Haushaltsstelle 4510.600.0100.0 stehen für alle Kinder- und Jugendforen jährlich 85.700 Euro zur Verfügung.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 08.05.2007
Vorlagennummer: A/0106/007, A/0205/007

Betreff: Jugendeinrichtungen und -angebote

Beschluss:

Die Verwaltung wurde gebeten zu prüfen (Antrag von Ratsmitglied Frau May, Sitzung des Rates vom 27.03.2007, TOP 2.1.10), ob in der Vergangenheit geschlossene Jugendeinrichtungen und -angebote in den Stadtteilen für die Jugendarbeit – auch mit Hilfe von Sponsoren wieder geöffnet werden könnten. Die Prüfung soll auch eine Aussage darüber treffen, wie die Auswirkungen der vor Jahren getroffenen Schließungsbeschlüsse aus Sicht der Bezirksjugendpfleger beurteilt werden und welche Maßnahmen aus ihrer Sicht hier vordringlich sind.

Dieser Antrag wurde in den Jugendhilfeausschuss verwiesen, wo auf der Grundlage des von Ratsmitglied Frau May am 11.03.2007 gestellten Antrages zu Jugendeinrichtungen und –angeboten die Verwaltung außerdem beauftragt wurde, die im Amt für Kinder, Jugend und Familie erstellte Prioritätenliste vorzulegen, in welcher die Stadtteile aufgeführt werden, in denen eine zusätzliche Einrichtung von Jugendeinrichtungen erforderlich ist.

Ergänzend soll über den Bearbeitungs- und Planungsstand der benannten Maßnahmen berichtet werden sowie ein Abgleich mit den Entwicklungen (z.B. Jugendkriminalität) in den Stadtteilen erfolgen, in denen Jugendeinrichtungen geschlossen wurden bzw. entsprechende Angebote entfallen sind.

In die Prüfung sind auch die Jugendprojekte und die mobile Jugendarbeit einzubeziehen.

Sachstand:

Die Jugendverwaltung hat bereits **2001 im Auftrag des Rates** Standorte benannt, in denen dringend Jugendeinrichtungen ihren Betrieb aufnehmen sollten (DS. Nr.: 2204/001). Grundlage war die sozialräumliche Analyse der Jugendhilfeplanung.

Demnach wurden benannt:

Stadtteil	Ausführungstand	Träger
Blumenberg Ostheim/ Gernsheimerstr.	realisiert kleine Einrichtung (Pavillon/ 1 Mitarbeiter) besteht seit Jahren; bisher erfolgte der nötige Ausbau nicht	Kath. Jugendwerke Köln e.V. Veedel e.V.
Volkhoven-Weiler	realisiert, aber noch nicht vollständig ausfinanziert	Sozialdienst Katholischer Männer (SKM) e.V. Köln
Buchheim	Inbetriebnahme zum 01.08.07, auskömmlich finanziert	Diakonisches Werk
Zündorf- Nord Buchforst	nicht realisiert nicht realisiert	

Ossendorf- Park

nicht realisiert

Sondierungsphase
bezügl. Räumlichkeiten

Aus Sicht der Jugendverwaltung sind die in 2001 an Hand von Planungsdaten benannten Standorte im Ranking richtig gewählt worden.

Die handelnden Akteure vor Ort beschreiben den Bedarf an Jugendarbeit ebenso dringend wie er in 2001 auf der Basis der Jugendhilfeplanungsdaten für die nahe Zukunft prognostiziert wurde. Einzige Ausnahme hierzu ist Zündorf- Nord. Hier ist nicht erkennbar, dass der Bedarf für eine Jugendeinrichtung massiv reklamiert wird.

Zur Realisierung der Jugendeinrichtungen an o. g. Standorten bedarf es z. T. erheblicher Mittel, die bisher nicht zur Verfügung gestellt werden konnten. Zudem waren in den noch offenen Stadtbezirken bislang keine Immobilien vorhanden, in denen Jugendarbeit hätte angesiedelt werden können. Grundstücke zum Bau von Jugendeinrichtungen sind i. d. R. planungsrechtlich gesichert. In den benannten Stadtteilen böte sich jeweils konzeptionell die Errichtung eines Jugend- und Nachbarschaftshauses an, welches schwerpunktmäßig Familien unterstützende Arbeit leistet.

Im Ossendorf- Park werden zurzeit Gespräche mit einem potentiellen Vermieter eines Ladenlokales geführt, um aktuelle Bedarfe kurzfristig aufzufangen. Es handelt sich hierbei aus Sicht der Verwaltung um ein räumliches Provisorium.

Zusätzlich zum Bedarf an „stationären“ Jugendeinrichtungen entstehen immer wieder kleinräumige Bedarfe, die z. T. mit Projekten, z. T. mit dauerhaften und/ oder mobilen Angeboten der Jugendarbeit aufgegriffenen werden. Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgt aus dem laufenden Haushalt, aus z. T. erheblichen Eigenmitteln der Träger oder auch aus Spenden.

Vielfach ist eine „neue“ Förderung daran gekoppelt, dass ein „altes“ Projekt wieder beendet wird. Insgesamt wäre in diesem Bereich mehr „flexibles Geld“ nötig, um auf die Bedarfe, die sich zum Teil kurzfristig, aber sehr massiv zeigen, angemessen reagieren zu können.

Sachstand zum 31.12.2007

Im Rahmen der regulär im Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel ist es gelungen in der Jugendeinrichtung Gernsheimerstrasse eine 2. Fachkraftstelle zu installieren.

Nach wie vor besteht aber hier Bedarf an zusätzlichen Räumlichkeiten.

Aus Sicht der Verwaltung wird es nötig, im Stadtbezirk Nippes die auf Grund von Konsolidierungsmaßnahmen entfallenen Angebote (Grünes Haus/ OT St. Bernhard) zumindest teilweise zu kompensieren. Hierzu werden jedoch zusätzliche Mittel benötigt, die bislang nicht zur Verfügung stehen.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 07.08.2007
Vorlagenummer: A/0304/007

Betreff: Rauchverbot auf Spielplätzen

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Änderung der Spielplatzsatzung der Stadt Köln dahin gehend dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen, dass neben dem bereits geltenden Alkoholverbot ebenfalls ein Rauchverbot auf den städtischen Spielplätzen eingeführt wird.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, dementsprechend Hinweisschilder sukzessiv an allen Kölner Spielplätzen deutlich sichtbar anzubringen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einhaltung des Alkohol- und Rauchverbotes auf städtischen Spielplätzen zu kontrollieren und Verstöße entsprechend zu ahnden.

Sachstand:

Zu 1.

Die Verwaltung plant neben der Aufnahme des Rauchverbotes in die Spielplatzsatzung, diese insgesamt zu aktualisieren.

Ein aktualisierter Entwurf wird zurzeit durch verschiedene Fachämter geprüft.

Zu 2.

Die Erstellung von Pikogrammen ist in Vorbereitung. Diese werden nach Beschluss der Spielplatzsatzung auf den schon vorhandenen Spielplatzschildern angebracht.

Zu 3.

Kontrollen finden im Rahmen der personellen Kapazitäten des Ordnungsdienstes statt.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 11.09.2007
Vorlagenummer: A/0368/007

Betreff: Aufarbeitung der Auswirkungen des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)

Beschluss:

Der JHA beauftragt die Verwaltung, die Aufarbeitung der Auswirkungen des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz), dem Arbeitskreis nach § 80 SGB VIII zu übergeben. In einem zweiten Arbeitsschritt werden die jugendpolitischen Sprecher der Fraktionen eingebunden. Anschließend werden die für Köln erarbeiteten Auswirkungen dem JHA zur Endberatung nochmals vorgelegt.

Sachstand:

Der Ablauf zur Umsetzung des KiBiz wurde im AK 80 vereinbart.
In einem ersten Schritt werden zunächst in Regionalkonferenzen die neuen Bedarfe der Einrichtungen abgefragt, welche Plätze im Sinne des KiBiz sie anbieten werden. Aus den Einzelanmeldungen wird dann die zum 15.03.2008 an das Land abzugebende Meldung für die Landeszuschüsse zusammengefasst und der JHA dann sowohl über den Antrag als auch die Bewilligung des Landes informiert.

Eine Zusammenfassung der finanziellen Auswirkungen kann frühestens zum Jahresende 2008 erfolgen.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 11.09.2007
Vorlagenummer: A/0367/007

Betreff: Einrichtung einer Stelle zur Koordinierung von Gewaltprävention sowie zusätzlicher Einsatz von Streetworkern

Beschluss:
Der JHA beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob die Einrichtung einer Vollzeitstelle zwecks Koordination von Gewaltprävention bei 51 zum Stellenplan 2008 notwendig ist. Zudem soll die Verwaltung prüfen, ob es geboten ist, mindestens 4 der für das Jahr 2008 neu einzurichtenden Stellen (zwei Teams mit jeweils männlicher und weiblicher Besetzung) für Streetworker beim Amt für Kinder, Jugend und Familie anzubinden.
Sachstand:
Der Rat der Stadt Köln hat in der Sitzung am 29.1.2008 ein Konzept über Maßnahmen zur Beseitigung von Jugendkriminalität beschlossen (DS-Nr. 3470/2007). Der Auftrag ist damit erledigt.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 11.09.2007
Vorlagennummer: A/0350/007, A/0383/007

Betreff: „Koordinierungsstelle Jugendkriminalität“ im Jugendamt

Beschluss:

Der JHA beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Jugendkriminalität bei 51 notwendig ist. Diese „Kopfstelle“ soll dabei helfen, dass die bei einem Fall von Jugendkriminalität zuständigen städtischen Verwaltungsstellen innerhalb der Jugendverwaltung aber auch außerhalb (z. B. Schulamt) besser und abgestimmter zusammenzuarbeiten, damit Hilfsmaßnahmen, Kontrollen und gegebenenfalls Sanktionen ineinander greifen können und der Wissensstand über den Fall bei allen zuständigen Stellen schneller und effizienter abgeglichen werden kann.

Sachstand:

Der Rat der Stadt Köln hat in der Sitzung am 29.1.2008 ein Konzept über Maßnahmen zur Beseitigung von Jugendkriminalität beschlossen (DS-Nr. 3470/2007). Der Auftrag ist damit erledigt.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 30.10.2007
Vorlagennummer: A/0939/007

Betreff: Bildungslandschaft Höhenberg / Vingst

Beschluss:

Die Schul- und Jugendverwaltung wird gebeten, im Sinne einer regionalen Bildungslandschaft Gespräche mit den örtlichen Akteuren wie z. B. den Schulen, der GAG, der Gebäudewirtschaft der Stadt und den Wohnungsversorgungsbetrieben zu führen, um gemeinsam Vorschläge einer besseren Koordination vor Ort zu entwickeln.

Ziel des vorliegenden Antrages ist die Prüfung der Schaffung eines Kooperationsverbunds, der das Veedel zwischen Olpenerstr., Burgstr., Schulstr., und Nürnberger Str. so fördert, dass die Kindertagesstätte, die Montessori Grundschule, die Ganztags-hauptschule, das Projekt Mehrgenerationen Wohnen der GAG und der normale Wohnungsbestand der GAG und die Sozialhäuser in diesem Stadtquartier als Ganzes betrachtet und gedacht wird.

Dabei ist eine enge Abstimmung mit den wesentlichen Akteuren des vorhandenen Sozialraumprojektes zu suchen.

Zu prüfen ist weiterhin, inwieweit dieses Projekt als Model für die Ausbreitung von regionaler Bildungslandschaft in andere Sozialräume geeignet ist.

Zusatz:

Über die Ergebnisse der laufenden Abstimmungen des Kooperationsverbundes werden die zuständigen Ausschüsse (Schule und Weiterbildung und JHA) regelmäßig informiert.

Sachstand:

(siehe auch Ausschuss für Schule und Weiterbildung vom 22.10.2007)

Die Initiatoren des Prüfauftrags haben die möglichen Beteiligten aus den betroffenen Wohngebieten zu einem Treffen am Samstag, den 09.02.2008 eingeladen. Hier sollen Ideen und Wünsche der Beteiligten geäußert werden. Auf Wunsch der Initiatoren soll das Ergebnis dieses Arbeitstreffens die Ausgangslage für den Beginn der Überprüfung durch die Verwaltung (Ff bei IV/2) darstellen. In diesem Sinne ruht der Prüfauftrag bis zum Frühjahr 2008.

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 04.12.2007
Vorlagenummer: AN/1498/2007

Betreff: Attraktivierung sowie Einrichtung von Spiel- und Freizeitflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung. Ein Konzept mit folgenden Zielsetzungen zu erarbeiten:

- Realisierung attraktiver Spielflächen in neu erschlossenen Wohngebieten
- Schaffung innovativer Spielmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche
- Ersatzbeschaffung von defekten Spielgeräten auf Kinderspielplätzen
- Unterstützung von niedrigschwelligen Angeboten auf öffentlichen Flächen wie z.B. „Köln kickt“, „Kidsmiling“ sowie die Initiierung weiterer Angebote in Abstimmung mit den Sozialraumkoordinatoren
- Ausbau der Unterstützung für ehrenamtliche Spielplatzpaten
- Erstellung einer Liste neu erschlossener Wohngebiete, in denen bisher noch keine Spielflächen realisiert wurden.

Die Antragsteller bitten um Prüfung, welche organisatorischen, personellen, räumlichen wie finanziellen Voraussetzungen zur Erreichung dieser Ziele notwendig sind, um auf Basis dieser Fakten eine Umsetzung ab 2008 entscheiden zu können.

Sachstand:

In der Sitzung am 22.01.2008 hat die Verwaltung Stellung zum o. g. Beschluss des JHA genommen. Die Verwaltung hat die Erstellung eines Masterplans für alle Maßnahmen im öffentlichen Raum empfohlen und darauf hingewiesen, dass dieser nur unter der Prämisse erfolgen kann, dass dafür Personal zugesetzt würde.

Der JHA hat daraufhin beschlossen, die Umsetzung des Auftrages in die Haushaltsplanberatungen zu vertagen.

Beschlüsse des Ausschusses Schule und Weiterbildung

Gremium: Ausschuss Schule und Weiterbildung
Sitzungsdatum: 27.11.2000
Vorlagenummer: 1854/000

Betreff: Förderung hochbegabter und leistungsstarker Schülerinnen und Schülern

Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen für die Teilnahme geeigneter Kölner Schülerinnen und Schüler am Projekt „Teilnahme an Vorlesungen der Universität zu Köln“ zu schaffen und die Finanzierung durch Einbindung der GEW-Stiftung, Beteiligung möglicher Sponsoren oder durch Bereitstellung von Haushaltsmitteln sicher zu stellen.“

Sachstand:

Zwischen dem PHK und den für die Maßnahme Zuständigen an der Universität und im Schulbereich, vor allem mit der Bezirksregierung, besteht weiterhin regelmäßiger Kontakt, so dass auf aktuelle Fragestellungen reagiert werden kann.

Gremium: Ausschuss Schule und Weiterbildung
Sitzungsdatum: 18.06.2001
Vorlagennummer: 1054/001, 1125/001

Betreff: 10-Punkte-Programm zur Hochbegabtenförderung für Köln im Grundschulbereich

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Maßnahmenpaket zur Förderung hochbegabter Schülerinnen und Schüler in Köln zu entwickeln und umzusetzen. Der Schwerpunkt dieser Maßnahmen liegt dabei auf der Förderung der hoch begabten Kinder im Grundschulalter. Für diese Förderung stehen für dieses Jahr Haushaltsmittel zur Verfügung und werden zukünftig bereitgestellt werden.

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Aufruf an alle Kölner Schulen zu starten. Die Grundschulen werden gebeten, sich zu melden, sofern sie ein Interesse an einer zusätzlichen Unterstützung und Hilfestellung bei der besonderen Förderung von hoch begabten Schülerinnen und Schülern haben.
2. Die Verwaltung soll interessierten Lehrerinnen und Lehrern regelmäßige Veranstaltungen anbieten, die sowohl eine Schulung als auch einen Erfahrungsaustausch ermöglichen. Dabei sollten Fragen des Erkennens und der Förderung hoch begabter Schülerinnen und Schüler behandelt werden. Dieses Angebot steht allen Lehrerinnen und Lehrern sowie auch interessierten Erzieherinnen und Erziehern offen. Die Möglichkeit, Experten hinzuzuziehen, sollte gegeben sein.
3. Für hoch begabte Schülerinnen und Schüler sollen Fördergruppen angeboten werden, die über den normalen Unterrichtsstoff hinaus Angebote an die Kinder machen. Dabei ist ein Angebot für die Fördergruppen im Bereich der Sprachen, Mathematik und der Naturwissenschaften zu schaffen. Diese Gruppen können außerschulisch nach dem Unterricht, oder wenn eine Genehmigung des Landes vorliegt, auch an ein oder zwei Tagen in der Woche vormittags anstatt des normalen Unterrichts stattfinden. Die Verwaltung wird mit der Organisation und Durchführung der Fördergruppen beauftragt.
4. Mittelfristiges Ziel ist es, bereits im Grundschulbereich eine spezielle Hochbegabtenförderung in einem eigenen Klassenverband mindestens einmal im rechts- und einmal im linksrheinischen Köln anzubieten. Voraussetzung für die Realisierung dieses mittelfristigen Vorhabens ist, außer der Genehmigung der Landesregierung, die Aufhebung des Wohnortprinzips (z. B. 2 Angebotsschulen oder im Sinne der Einrichtung von Angebotsschulen).
5. Die Verwaltung wird beauftragt, in Kontakt mit Stiftungen und Initiativen, die das Ziel der Hochbegabtenförderung verfolgen (z. B. Kargstiftung, Mensa, Gesellschaft für das hoch begabte Kind etc.) zu treten und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu suchen. Dabei ist insbesondere dafür zu werben, dass sich Köln als Standort für die Gründung einer privaten Schule für Hochbegabte zur Verfügung stellt. Die Stadt Köln und das bevölkerungsreiche Umland bieten für eine solche Schulgründung

besonders gute Voraussetzungen.

6. Für Eltern, Kinder und Lehrerinnen und Lehrer wird eine fachliche Anlaufstelle geschaffen. Sie dient z. B. der Information, Beratung (u. a. der Differenzialdiagnostik) und dem Erfahrungsaustausch untereinander. Die Verwaltung wird mit der Einrichtung einer solchen Anlaufstelle beauftragt.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welche Schulen Interesse an einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen einem Gymnasium und umliegenden Grundschulen zur Förderung hoch begabter Schüler haben. So könnten Grundschüler in bestimmten Fächern am Unterricht des Gymnasiums teilnehmen und ansonsten am normalen Unterricht der Grundschule.
8. Es soll überprüft werden, welche Institutionen und Strukturen der Stadt in eine solche Hochbegabtenförderung mit einbezogen werden können.
9. Die Verwaltung als Träger dieser Maßnahme stellt die Kooperation mit den Schulen und der Schulaufsicht sicher und berichtet regelmäßig über den Stand der Arbeit.“
10. Die Verwaltung als Träger dieser Maßnahme stellt die Kooperation mit den Schulen und der Schulaufsicht sicher und berichtet regelmäßig über den Stand der Arbeit.“

Sachstand:

Die Umsetzung des auf der Basis des 10-Punkte-Programms erarbeiteten Konzeptes erfolgte auch in II/2007 in Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht im Rahmen des „Projekt Hochbegabung Köln“ (PHK) angegliedert an die Punktdienststelle „Familienberatung und Schulpsychologischer Dienst Stadt Köln“. Konkretes Ziel der Arbeit ist die Konsolidierung, die Koordinierung und die Qualitätssicherung von Aktivitäten, die der Hochbegabtenförderung in Köln dienlich sind. Der Fokus liegt im Grundschulbereich, wobei auch der Elementar- und der Sekundarbereich in den Blick genommen werden.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2007 konnte die Arbeit im PHK erfolgreich fortgeführt werden. Die Aktivitäten zur Hochbegabtenförderung sollten ab Januar 2008 als reguläre Leistung des Schulpsychologischen Dienstes mit einer Dipl.-Psych.-Planstelle weitergeführt werden. Die Entscheidung über die Einrichtung der oben genannten Planstelle ist in die Etatberatungen 2008 verschoben worden.

Primarbereich

Schwerpunktschulen im PHK – Hospitationen und Planungstreffen

Im Juni erfolgten weitere Hospitationen zur Evaluation der Förderkurse am Schuljahresende.

Am 6.6.2007 und am 14.6.2007 fanden Planungstreffen für das Schuljahr 2007/8 mit den Leiterinnen der Schwerpunktgrundschulen statt.

Elementarbereich

Fortbildung Erzieherinnen

Die für den 6.6.2007 in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und dem Institut zur Förderung hoch begabter Vorschulkinder, Bonn, geplante Fortbildung „Hoch begabte Kinder im Kindergarten – erkennen, verstehen fördern“ musste wegen Erkrankung der Haupt-Referentin ausfallen und wird am 5.9.2007 nachgeholt.

Vorschulisches Förderprogramm für Kölsche Pfiffikusse – Mathe oder SPUERE (Soziale Perspektiven uebernehmen, Emotionen regulieren und erkennen)

Im Juni erfolgten die Nachuntersuchungen. Erste Ergebnisse deuten darauf hin, dass die mathematische Förderung tatsächlich zur weiteren Verbesserung der mathematischen Kompetenz der Kinder beiträgt.

Öffentlichkeitsarbeit

Präsentation der CD-ROM „Und was glaubst Du? Die Religionen der Welt“ auf dem Evangelischen Kirchentag in Köln

Am 7.6.2007 und am 9.6.2007 präsentierten Grundschulkinder aus PHK-Förderkursen von zwei Schwerpunktschulen die interaktive CD-ROM „Und was glaubst du?“ auf dem Markt der Möglichkeiten beim Evangelischen Kirchentag in Köln. Die CD-ROM stellt das Ergebnis einer einjährigen intensiven Projektarbeit zum Thema „Religionen der Welt“ dar.

Abschlussveranstaltung der Förderkurse des Hochbegabtenzentrums (HBZ) Brühl für besonders begabte/hochbegabte Vorschul- und- und Grundschulkinder

Am 15.6.2007 besuchte die Projektleitung in Vertretung von OB Schramma o.g. Veranstaltung des HBZ Brühl.

Vortrag in einer Seminarveranstaltung für Lehramtsstudierende an der Universität Siegen

Am 27.6.2007 referierte die Projektleitung in der Seminarveranstaltung "Begabung und Hochbegabung" vor Lehramtsstudierenden (Grundschulen, Realschulen und Gymnasien) über die Hochbegabtenförderung in der Grundschule im Rahmen des PHK.

Gespräch mit der Schulaufsicht

Am 27.6.2007 fand ein Gespräch mit der Schulaufsicht (Generalie Hochbegabung) und den Leiterinnen der GGS Freiligrathstr. und der GGS Poller Hauptstraße bzgl. Perspektive zum Fortgang des Projektes und zur weiteren Kooperation statt.

Anfrage eines Kölner Gymnasiums bzgl. finanzieller Unterstützung

Das PHK erhielt die Anfrage eines Kölner Gymnasiums mit der Bitte um finanzielle Unterstützung bei der Durchführung von Förderkursen für hoch begabte Schülerinnen und Schüler. Die Entscheidung wird nach den Sommerferien in Absprache mit der Bezirksregierung (Generalie Hochbegabung) erfolgen.

Fortbildung für Erzieherinnen

Am 5.9.07 fand in Kooperation mit dem Jugendamt der Stadt Köln und dem Institut zur Förderung hochbegabter Vorschulkinder e.V., Bonn, das auch von der Imhoff Stiftung gefördert wird, eine ganztägige Fortbildung für Erzieherinnen und Erzieher statt zum Thema: „Hoch begabte Kinder im Kindergarten – erkennen – verstehen – fördern“, an der 17 Erzieherinnen städtischer Kindertagesstätten teilnahmen.

Abschlussveranstaltungen im Pfiffikus-Projekt (vgl. vorhergehende Berichte)

Am 12.9.07 fand eine vierstündige Fachtagung statt, zu der vorrangig Erzieherinnen aus den beteiligten Institutionen eingeladen waren (14 Teilnehmerinnen). Zunächst wurde seitens des PHK praxisorientiert über Konzepte wie Intelligenz und Hochbegabung und deren Bedeutung im Elementarbereich und über die Aufgabenbereiche des PHK informiert. Anschließend wurden die beiden alternativen anspruchsvollen Förder-

programme (Mathematik und sozio-emotionale Kompetenz) und die Ergebnisse der Vor- und Nachuntersuchungen vorgestellt. Diese zeigen, dass die Kinder in beiden Gruppen von dem angebotenen Förderprogramm profitierten. Durch das Mathematik-Förderprogramm konnten sie sich in ihrer mathematischen Kompetenz und in der räumlichen Wahrnehmung weiter verbessern, während die sozio-emotional geförderten Kinder z.B. eine bessere Emotionswahrnehmung und -regulation zeigten. Fazit für die Erzieherinnen war, dass sich diese schulrelevanten Entwicklungsbereiche auch sehr gut im Kindergartenalltag fördern lassen.

Am 20.9.07 fand, an die Impulse des Pfiffikusprojektes anknüpfend, eine zweistündige Informationsveranstaltung für Lehrkräfte statt zum Thema „Anfangsunterricht für hoch begabte Kinder“. Darin wurden v.a. Lehrkräfte angesprochen, die Kinder unterrichten, die am Vorschulprojekt teilgenommen haben. Ziel war neben der Sensibilisierung der Lehrkräfte für die Thematik die Vermittlung konkreter didaktischer Möglichkeiten durch zwei Fachlehrerinnen der GGS Poller Hauptstraße.

Kooperation mit den Schwerpunktgrundschulen

Drehtür-Förderkurse

Da die Förderkurse an den Schwerpunktgrundschulen bereits zum Ende des letzten Schuljahres geplant wurden, konnten sie nun nach Auswahl der Kinder meist zügig anlaufen.

Runder Tisch

Am 13.9.07 fand ein Runder Tisch der Leiterinnen der Schwerpunktgrundlagen statt, an dem auch eine Vertreterin des Schulamtes (Generalie Hochbegabung) teilnahm. Als Gast informierte Prof. Dr. Siegbert Schmidt über den aktuellen Stand der Mathematikförderung im Rahmen des Projektes „Kinder und Mathe in der Uni“. Es wurde erneut die Notwendigkeit einer stärkeren Vernetzung mit dem Sekundarbereich deutlich.

Elternabende und Konferenzen

Am 30.8.07 fand ein Elternabend an der Schwerpunktschule GGS Freiligrathstraße statt, in der betroffenen Eltern über das spezielle Förderkonzept und das PHK informiert wurden.

Am 17.9.07 wurden im Kollegium der Schwerpunktschule GGS Breslauerstraße (Albert-Schweitzer-Schule) im Rahmen einer Konferenz die Erfahrungen im PHK reflektiert und die Planung für das laufende Schuljahr entsprechend aktualisiert.

Weitere Konferenzen und Elternabenden werden in den nächsten Wochen stattfinden.

Akquise von Förderkräften

Es fanden Bewerbungsgespräche mit neuen Förderkräften (Chemie, Philosophie) statt.

CD-ROM „Und was glaubst Du – Die Religionen der Welt“

Es kommen weiterhin Anfragen von Schulen und Privatpersonen mit der Bitte um Übersendung der CD-ROM, die von Dritt- und Viertklässlern in PHK-Kursen erarbeitet und auf dem Evangelischen Kirchentag präsentiert wurde. Von den insgesamt 200 Exemplaren sind inzwischen ca. 175 abgegeben worden.

Außerschulische Förderangebote

Herbstferienakademie

Vom 25. bis 27.9.07 fand die diesjährige Herbstferienakademie statt zum Thema „Physikalischen Phänomenen auf der Spur“. Teilnehmer waren insgesamt 13 unter Berück-

sichtigung ihres individuellen Förderbedarfs ausgewählte hoch begabte Kinder der zweiten bis fünften Klasse (8 Jungen, 5 Mädchen). Am ersten Tag wurden sie von geschulten Förderkräften des PHK mit den Prinzipien des naturwissenschaftlichen Arbeitens vertraut gemacht und erarbeiteten sich grundlegende Informationen zur Physik. Am zweiten Tag erfolgte eine Exkursion zur interaktiven Ausstellung „Phänomena“ in Lüdenscheid. Am dritten Tag wurden die dort gemachten Beobachtungen zu physikalischen Phänomenen theoretisch aufgearbeitet und vertieft.

Öffentlichkeitsarbeit

Gespräch mit dem Prorektor der Universität bzgl. Konzept Hochbegabtenförderung

Am 11.9.07 fand auf Initiative der zentralen Studienberatung ein Gespräch mit Prorektor Prof. Dr. Holger Burkhart der Universität und einer Projektmitarbeiterin statt. Es ging es um einen initialen Austausch von Erfahrungen und Ideen als Basis für die Entwicklung eines Konzepts zur Hochbegabtenförderung seitens der Universität zu Köln.

Terminierung Treffen mit dem Kompetenzteam für die Stadt Köln in NRW

Das Treffen wurde auf den 21.11.07 terminiert. Es wird um Abklärung der Bedarfslage bzgl. Lehrerfortbildungen zu Hochbegabung im Sekundarbereich gehen und um Möglichkeiten der diesbezüglichen Kooperation.

Kooperation mit den Schwerpunktgrundschulen

In diesem Schuljahr werden die Drehtürkurse von insgesamt 13 Förderkräften (darunter 4 neuen) durchgeführt. Zurzeit finden 28 einstündige und 10 zweistündige Kurse statt (38 Förderkurse in 48 Förderstunden à 45 Minuten), an denen insgesamt ca. 170 Kinder teilnehmen. Neben sprachlichen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Angeboten haben die Kinder auch Gelegenheit sich intensiv mit Philosophie, Ethnologie, Kunstgeschichte und neuen Medien auseinanderzusetzen.

Am 25.10.07 fand ein Runder Tisch der Förderkräfte statt. Der aktuelle Sachstand bzgl. Förderkursen an den Schwerpunktgrundschulen wurde ausgetauscht; weiterhin wurde die Diskussion um Möglichkeiten der Kursevaluation erneut aufgegriffen.

Am 11. und 30.10.07 wurde in Kollegiumskonferenzen an den GGS Kirchweg und GGS Leuchterstraße der aktuelle Sachstand mit Projektmitarbeiterinnen an den Schulen behandelt.

Am 11.10.07 fand zudem an der GGS Breslauerstraße ein Elternabend statt, an dem über Ziele und Inhalte der an der Schule und im PHK angebotenen Fördermaßnahmen informiert wurde.

Diagnostisches Austauschforum

Am 10.10.07 fand ein weiteres Diagnostisches Austauschforum mit den externen Diagnostik-Fachkräften statt. Besprechungspunkte waren u.a. die Eignung neu erschiener Testverfahren für die Zwecke des PHK, die weitere Optimierung der Zusammenstellung von Gruppentestbatterien, die Diktion in den Kurzberichten, vor allem für den Zweck der Weitergabe durch die Eltern an die Schulen.

Akquirierung neuer Förderkräfte

Am 18.10.07 fand ein Gespräch mit zwei Diplompsychologinnen statt, die ein spezielles außerschulisches Gruppentraining anbieten möchten, damit hoch begabte Kinder ihr kognitives Potential optimal entfalten können.

Beteiligung an der Veranstaltung „Koordinierung der Hochbegabtenangebote im Rheinland“ im Rahmen der Regionale 2010

Am 24.10.07 nahm das Projekt an der zweiten Veranstaltung dieser Art teil, zu dem die Hochbegabtenstiftung der Kreisparkasse und der Landrat des Rhein-Erft-Kreises Akteure der Begabungsförderung aus der Region geladen hatten. Es wurden Möglichkeiten eines Antrags zur Projektförderung im Rahmen der Regionale 2010 diskutiert, der zum Ziel hat, die Angebote für Inanspruchnehmende und Anbieter transparent zu machen und voranzutreiben.

Hospitationen an den Schwerpunktgrundschulen

Im November und Dezember fanden wieder die turnusmäßigen Hospitationen an den Schwerpunktgrundschulen statt. Die Kurse wurden von den Projektmitarbeiterinnen besucht und anschließend erfolgten eingehende Besprechungen mit den Förderkräften mit dem Ziel einer weiteren Optimierung.

Treffen mit dem Kompetenzteam für die Stadt Köln in NRW

Am 21.11.2007 fand ein Treffen mit dem Kompetenzteam für die Stadt Köln in NRW statt, um vor allem Kooperationsmöglichkeiten für den Sekundarbereich zu besprechen.

Das Kompetenzteam hält z.Zt. in Köln knapp 150 Moderatorinnen und Moderatoren mit verschiedenen Themenschwerpunkte (u.a. auch Begabten- und Hochbegabtenförderung) vor, die auf Anfrage von Schulen aller Schulformen Fortbildungen durchführen. Es wurde deutlich, dass sich die bedarfsorientierten Fortbildungsangebote des Kompetenzteams und PHK-Fortbildungen im Primar- und im Sekundarbereich gut ergänzen. Eine konkrete Kooperation wurde in folgenden Punkten vereinbart:

1. Das Kompetenzteam weist auf seiner Homepage auf das schulpsychologische Fortbildungsangebot des PHK im Bereich Hochbegabtenförderung hin
2. Das PHK entwickelt in Kooperation mit Schulen und Moderatoren weiterhin bedarfsorientiert Angebote.
3. Es erfolgt eine gegenseitige Informierung bzgl. hochbegabungsthematisch relevanter Aspekte.

Nachbesprechung zum vorschulischen Förderprogramm für Kölsche Piffikusse

Am 23.11.2007 fand eine Nachbesprechung mit den Kooperationspartnerinnen der Universität Siegen zu o.g. Projekt statt. Das Fazit fiel positiv aus, da alle Beteiligten von dem Projekt profitieren konnten: Für die Kinder ließ sich der Nutzen des Förderprogramms statistisch nachweisen, die Eltern erhielten individuelle Kurzberichte über das Abschneiden ihrer Kinder vor während und nach dem Förderprogramm, die Erzieherinnen bekamen konkrete Anregungen zur mathematischen Förderung im Kindergartenalltag, mit den Lehrkräften wurden konkrete Hinweise zur Gestaltung des Mathematikunterrichts in der Schuleingangsstufe erarbeitet. Das im Fokus stehende mathematische Förderprogramm kann somit als evaluiert betrachtet werden. Das mathematische Förderprogramm soll den Erzieherinnen und weiteren Interessierten in Form einer Handreichung zugänglich gemacht werden.

Gespräch mit der Schulaufsicht

Am 4.12.2007 fand ein Gespräch mit der Schulaufsicht (Generalie Hochbegabung) über den aktuellen Sachstand im PHK statt.

Besprechung bei der RheinEnergieStiftung

Am 18.12.2007 fand eine Besprechung mit der RheinEnergieStiftung statt mit dem

Ziel, Möglichkeiten der Kooperation zu eruieren. Bisher können laut Satzung nur gemeinnützige Vereine und Dachverbände sowie Hochschulen Anträge auf finanzielle Förderung stellen, so dass städtische Einrichtungen nicht unmittelbar davon profitieren können.

Textentwurf für den Abschlussbericht

Da das Projekt zum 31.12.2007 endet, wurde ein Textentwurf für den Abschlussbericht erstellt. Er wird mit den maßgeblichen Stellen abgestimmt, um dann im Neuen Jahr in Druck zu gehen.

Gremium: Ausschuss Schule und Weiterbildung
Sitzungsdatum: 02.12.2002
Vorlagennummer: 1704/002, 1866/002

Betreff: Erhalt des Thurner Hofes in Köln-Dellbrück als VHS-Standort

Beschluss:

„Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung betrachtet den Thurner Hof als interessante und erhaltenswerte Veranstaltungsstätte der Volkshochschule in Köln-Dellbrück. Auch für sonstige gesellschaftliche Anlässe bietet der Thurner Hof einen geeigneten Rahmen.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung befürwortet einen Erhalt des Thurner Hofes in öffentlicher und halböffentlicher Nutzung. Dies könnte bspw. über einen Public-Private-Partnership erreicht werden.

Die Verwaltung wird gebeten, entsprechende Prüfungen zum kostenneutralen Erhalt des Thurner Hofes durchzuführen.

Die Prüfungsergebnisse sind dem Liegenschaftsausschuss und dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung vorzulegen.“

Sachstand:

Sachstand 30.06.2006:

Der Sachstand ist zu realisieren:

Die KG UHU als potentieller Hauptpächter des Thurner Hofes hat bislang noch keinen Vertrag mit der Stadt abgeschlossen. Somit konnte der Verein Biogarten e.V. auch noch keinen Unterpachtvertrag für die Außenanlagen abschließen.

Der Vertrag zwischen 42 und dem Biogarten e.V. ruht daher.

Sachstand 31.12.2006:

Es gibt keinen neuen Sachstand. Aktuell finden Veranstaltungen der Volkshochschule gemäß einem noch gültigen Nutzungsvertrag von 42 mit 23 in den Außenanlagen des Thurner Hofes statt.

Sachstand 27.06.2007:

Kein neuer Sachstand

Sachstand 31.12.2007

Zur Zeit werden entsprechende Prüfungen vorgenommen. Über die Ergebnisse wird kurzfristig berichtet – spätestens zum nächsten Halbjahresbericht wird ein Konzept vorliegen.

Gremium: Ausschuss für Schule und Weiterbildung
Sitzungsdatum: 08.03.2004
Vorlagennummer: 0124/004

Betreff: Zahlungsmodus Unterrichtsgebühren an der Rheinischen Musikschule

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob eine Änderung des Zahlungsmodus für die Unterrichtsgebühren der Rheinischen Musikschule in der Weise möglich ist, dass die Schülerinnen und Schüler die anfallenden Gebühren für den Musikunterricht monatlich am Monatsende entrichten können. Die bisherige halbjährliche Vorauszahlungsweise soll dann entfallen.

Das Prüfungsergebnis ist dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung zur Entscheidung vorzulegen.

Sachstand:

Durch die Softwarefirma des Musikschulverwaltungsprogramms wurde der Rheinischen Musikschule ein Bearbeitungstool zur Verfügung gestellt, mit dem es möglich war, 255 vorliegende Ratenzahlungsanträge mit dem am 09.12.2005 erfolgten ersten Gebührenlauf für 2006 umzusetzen.

Die Rheinische Musikschule wird den Zahlungsmodus sukzessive bei einer entsprechenden Antragstellung der Zahlungspflichtigen umstellen.

Der beschriebene Umstellungsprozess wurde mit dem am 08.12.2006 erfolgten ersten Gebührenlauf für das Kalenderjahr 2007 fortgesetzt.

Durch die Vielzahl der in 2007 eingegangenen Anträge auf monatliche Zahlung der Gebühren hat sich die Rheinische Musikschule kurzfristig entschieden, die verbliebenen Zahlungspflichtigen ebenfalls auf eine monatliche Zahlung umzustellen.

Damit ist eine Umstellung der Zahlungsmodalitäten im Sinne des Prüfauftrages des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 08.03.2004 erfolgt.

Der Antrag ist damit erledigt.

Gremium: Ausschuss Schule und Weiterbildung
Sitzungsdatum: 08.03.2004
Vorlagennummer: 0217/004

Betreff: Kölner Hochbegabten-Förderung im Grundschulbereich

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Thema Hochbegabtenförderung als ständigen Tagesordnungspunkt in die Sitzungen des Ausschusses für Schule und Weiterbildung aufzunehmen. Es soll über die Umsetzung der Konzepte zur Förderung von Hochbegabten berichtet werden.

Sachstand:

Im Ausschuss für Schule und Weiterbildung wurde durchgängig über den Stand der Projektarbeit berichtet.

Gremium: Ausschuss Schule und Weiterbildung
Sitzungsdatum: 26.04.2004
Vorlagennummer: 0287/004

Betreff: Förder- und Betreuungsangebote für 10- bis 14-jährige Schulkinder

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, ein bedarfsgerechtes Förderangebot für 10- bis 14-Jährige zu entwickeln.

Sachstand:

Der Rat hat im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2007 Mittel für die Finanzierung der „Ganztagsangebote für 10 – 14jährige Schülerinnen und Schüler“ bis zum Ende des Jahres zur Verfügung gestellt.

Im laufenden Schuljahr 2007/2008 gibt es aktuell 67 große (15 – 20 Kinder) und 13 kleine (7 – 14 Kinder) Gruppen. Dies entspricht bis zu 1522 Betreuungsplätzen. Damit sind alle 80 Gruppen belegt. Da mehr Anträge auf Förderung von Ganztagsangeboten gestellt wurden, mussten die übrigen abgelehnt werden. Aktuell liegen Anfragen für ca. 10 weitere Gruppen vor, der Bedarf insbesondere auch in Realschulen und Gymnasien ist weiterhin deutlich steigend.

Die Ganztagsangebote werden auch weiterhin z.T. über Landesmittel komplementär finanziert.

Im Rahmen der Projektförderung aus Mitteln des Landesjugendplanes erhalten die Träger Zuschüsse für z.zt. insgesamt 29 Gruppen.

In Folge des neu erstellten Kinder- und Jugendförderplanes wurden neue Arbeitsgruppen eingerichtet, die verschiedene Themen inhaltlich weiter bearbeiten sollen. Die Arbeitsgruppe mit dem Thema „Durchführung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit in bzw. in Kooperation mit weiterführenden Schulen“ hat sich seit September regelmäßig getroffen und wird dem Jugendhilfeausschuss voraussichtlich im Januar einen ersten Zwischenbericht vorlegen.

Gremium: Ausschuss Schule und Weiterbildung
Sitzungsdatum: 26.04.2004
Vorlagennummer: 0321/004

Betreff: Selbstständige Schule

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung auf Basis eines Erfahrungsberichtes über die Selbstständige Schule in Köln, der am 07.06.2004 dem Ausschuss vorzulegen ist, zu benennen, welche Kompetenzen den Selbstständigen Schulen ab dem nächsten Schuljahr eingeräumt werden können.

Sachstand:

Modellvorhaben Selbstständige Schule – Modellregion Köln
- Entwicklung und aktueller Sachstand, Stand 20.12.2007 –

Vorbemerkung

Konzept, Profil und die von den Projektträgern formulierten Intentionen und Zielsetzungen des Projektes Selbstständige Schule werden als bekannt vorausgesetzt und sind - bis auf einige Ausführungen im konkreten Zusammenhang mit der Umsetzung des Projektes in Köln - nicht Gegenstand der nachfolgenden Darstellung.

Beschlüsse des Rates zur Teilnahme am Modellvorhaben

Der Rat beschließt die Teilnahme am Modellvorhaben Selbstständige Schule am 16.07.2002 vorbehaltlich der 100%-igen Refinanzierung des städtischen Finanzierungsanteils aus Werbeeinnahmen, zweckgebundenen Spenden und Sponsorengeldern.

Am 29.08.2006 beschließt der Rat über die Weiterentwicklung der kommunalen Schul- und Bildungsverantwortung im Kontext des Modellvorhabens „Selbstständige Schule/Eigenverantwortliche Schule“ u. a., dass die Verwaltung beauftragt wird, ein Konzept auszuarbeiten, welches Vorschläge zur Weiterentwicklung einer regionalen Bildungsträgerschaft in Köln enthält. Die Stadt Köln soll sich damit als Modellregion bewerben.

Am 14.11.2006 beschließt der Rat die Aufnahme von 51 Korrespondenzschulen und stellt in Abänderung des Ratsbeschlusses von 2002 Haushaltsmittel in Höhe von 120.000 € für Qualifizierungsmaßnahmen der schulischen Steuergruppen und der Schulleitungen Korrespondenzschulen zur Verfügung.

Der Rat beschließt am 15.05.2007 zur Abwicklung der neuen zusätzlichen Aufgaben die Zusetzung von zwei Vollzeitstellen zunächst befristet bis zum 31.12.2008 für das Regionale Bildungsbüro.

Daten und Fakten zur Modellregion Köln

In der Modellregion Köln fiel der Startschuss für das Projekt mit der Unterzeichnung der Kooperationsverträge am 16.09.2002. Das Projekt hat eine Laufzeit von 6 Jahren - die ersten 2 Jahre sind als Vorlaufphase zu sehen. Der Kreis der ursprünglich 31 Modellschulen erweiterte sich zu Beginn des Schuljahres 2003/04 um eine weitere Schule auf nunmehr 32:

- 5 Grundschulen
- 2 Schulen für Lernbehinderte
- 2 Hauptschulen
- 8 Gymnasien
- 1 Gesamtschule
- 1 Weiterbildungskolleg
- 13 Berufskollegs

Am 29.11.2006 wurden 51 Korrespondenzschulen in die Modellregion Köln aufgenommen – im Februar 2007 kam noch eine weitere Schule hinzu:

- 15 Grundschulen
- 3 Förderschulen
- 9 Hauptschulen
- 13 Realschulen
- 8 Gymnasien
- 3 Gesamtschulen
- 1 Berufskolleg

Zukünftig sind alle Schulformen im Modellprojekt Selbstständige Schule vertreten – die Hälfte oder z. T. auch mehr der Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen sind Modell- und Korrespondenzschulen. Der Anteil in den Schulformen Hauptschule, Förderschule und Grundschule wurde ebenfalls beträchtlich gesteigert.

Insgesamt werden ca. 70.000 Schüler/-innen vom Modellvorhaben erreicht.

Gremien zur Steuerung des Modellvorhabens

Mit dem Start des Modellvorhabens haben sich die wesentlichen Gremien zur Steuerung und Kommunikation im Projekt konstituiert:

- regionale Steuergruppe mit insgesamt 6 schulischen Vertreterinnen und Vertretern – davon 3 ordentliche und 3 stellvertretende Mitglieder; 2 Vertreter des Schulträgers; 2 Vertreter/-innen der Schulaufsicht sowie in beratender Funktion nach Absprache 2 Vertreterinnen der Projektleitung Bertelsmann Stiftung. In Folge der Aufnahme der 52 Korrespondenzschulen im November 2006 wurden für die in der regionalen Steuergruppe bisher nicht vertretenen Schulformen Realschule und Gesamtschule je ein kooptiertes Mitglied aufgenommen. Die regionale Steuergruppe tagt in der Regel monatlich.
- Regionale Steuergruppen organisieren, koordinieren und steuern im Sinne einer staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft den Entwicklungsprozess in der Modellregion. Am Anfang steht die Entwicklung einer regionalen Schullandschaft, in der die gemeinsamen Entwicklungsansätze der einzelnen Schulen aufgegriffen, unterstützt und bearbeitet werden. Durch systematische Einbindung weiterer Akteure aus den Bereichen Bildung und Erziehung soll sukzessive eine regionale Bildungslandschaft entstehen. Die in einer regionalen Bildungslandschaft

aufgebauten Beratungs- und Unterstützungsstrukturen sollen für die Zeit nach Ende des Projekts dauerhaft gesichert werden.

- schulische Steuergruppen in allen 32 Modellschulen
Schulische Steuergruppen steuern und moderieren den Entwicklungsprozess an der eigenen Schule.
- Vollversammlung aller Modellschulen

Regionales Bildungsbüro

Das Schulverwaltungsamt hat entsprechend § 8 der Kooperationsvereinbarung zum 01.10.2002 ein Regionales Bildungsbüro eingerichtet und mit Personalressourcen des Schulverwaltungsamtes im Umfang einer ganzen Stelle ausgestattet. Die Sachkosten werden ebenfalls vereinbarungsgemäß vom Schulverwaltungsamt getragen.

Das Land hat im August 2004 den Trägern der regionalen Projektbüros eine Erhöhung des Stellenanteils des Landes auf bis zu 0,5 Stellen und den Kommunen optional die Möglichkeit der Kapitalisierung angeboten. Die Option der Kapitalisierung der halben Lehrerstelle wird von der Verwaltung wahrgenommen. Mit dem vom Land zufließendem Pauschalbetrag in Höhe von 20.000 € jährlich wird seit Anfang Mai 2005 haushaltsneutral eine halbe Stelle Verwaltungsfachkraft zur Unterstützung der Aufgaben des Regionalen Bildungsbüros finanziert. Die Verwendung der kapitalisierten Personalressource zur Unterstützung des Regionalen Bildungsbüros ist vertraglich in der Ergänzung der Kooperationsvereinbarung fixiert.

Entsprechend dem Beschluss des Rates v. 15.05.2007 zur Zusetzung von zwei Stellen für das Regionale Bildungsbüro wurde Anfang Juni 2007 eine Stelle besetzt – die Besetzung der zweiten Stelle erfolgte im September 2007.

Das Regionale Bildungsbüro übernimmt im Wesentlichen die Funktion einer

- Geschäftsstelle für die regionale Steuergruppe
- Serviceagentur für die Modellschulen und alle Projektpartner und im weiteren Projektverlauf perspektivisch die einer
- Entwicklungsagentur zum Aufbau einer regionalen Schullandschaft Köln mit Blick auf die Weiterentwicklung zu einer regionalen Bildungslandschaft.

Perspektivisch wird hierbei der Blick auf die Verfestigung der im Modellvorhaben entwickelten regionalen Strukturen für den Zeitraum nach Auslaufen des Modellvorhabens gerichtet - die geschaffenen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen sollen dauerhaft gesichert und weiterentwickelt werden.

Hinzu kommt als Querschnittsfunktion die Organisation des Informations- und Kommunikationsflusses zwischen allen Projektbeteiligten und sukzessive zu den nicht am Projekt beteiligten Schulen des Schulträgers, sowie zu anderen Akteuren im Bereich Bildung, Jugend und Wirtschaft.

Regionaler Entwicklungsfonds

Gemäß der Kooperationsvereinbarung wurde 2002 ein regionaler Entwicklungsfonds eingerichtet. In den regionalen Entwicklungsfonds zahlen Land und Kommune jährlich 2.500 € pro teilnehmender Schule ein. Im Sinne der Ressourcensteuerung wird der regionale Entwicklungsfonds von der regionalen Steuergruppe verwaltet und zur gezielten Unterstützung der Modellschulen bei der Erreichung der Projektziele eingesetzt. Die Mittel werden vorrangig zur Finanzierung von Qualifizierungsmaßnahmen und zur Unterstützung der Schulen bei der Verfolgung ihrer Entwicklungsvorhaben verwandt – s. a. Ausführungen unter „Qualifizierung der Akteure für die Anforderungen des Projektes“.

Nach Vorgabe des Beschlusses des Rates der Stadt Köln vom 16.07.2002 muss der kommunale Eigenanteil am regionalen Entwicklungsfonds in Höhe von 80.000 €/Jahr durch Einnahmen aus Werbung, Sponsoring und Spenden erzielt werden – Haushaltsmittel stehen nicht bereit. Das ursprünglich geplante Projekt zur Mittelerwirtschaftung durch „Werbung an Schulen“ konnte nicht realisiert werden. Nach einem ergänzenden Beschluss des Rates vom 29.07.2003 sollen daher die benötigten Mittel durch kommerzielle Nutzung der Werbeflächen der Mega-Lights erwirtschaftet werden. Nach dem Ergänzungsvertrag zum Werbenutzungsvertrag fließen der Stadt Köln von der Kölner Aussenwerbung und der Firma JC Decaux zukünftig je 75.000 € p.a. zu. Davon werden 2/3 der Beträge dem Projekt Selbstständige Schule zur Verfügung gestellt. Die Zahlungen erfolgen in 3 Raten/Jahr. Mit dem letzten Quartal 2003 fließen die Werbeeinnahmen dem Projekt Selbstständige Schule zur Deckung des Eigenanteils der Kommune am regionalen Entwicklungsfonds zu. Bis Ende 2007 sind Mittel in Höhe von 391.700 € eingegangen.

Neue Akzentuierung durch die Projektträger für die zweite Projekthälfte

In einer Anlage zum Kooperationsvertrag vom 22.08.2001 haben die Projektträger Bertelsmann Stiftung und das Ministerium für Schule und Weiterbildung am 13.12.2005 vereinbart, die Zusammenarbeit auf der Grundlage der Kooperationsvereinbarung vom 22.08.2001 mit neuen Akzenten für die zweite Projekthälfte fort zu führen. Die bisherigen Steuerungs- und Kommunikationsstrukturen für das Gesamtprojekt bleiben unverändert bestehen. Ebenso die bisherigen finanziellen und personellen Unterstützungen für die Modellschulen und Modellregionen. Die Qualifizierungsprogramme für Modell- und Korrespondenzschulen werden ebenfalls weiter geführt.

Die Modellschulen arbeiten weiter im Rahmen erweiterter Gestaltungsfreiräume der VOSS - Verordnung „Selbstständige Schule“, mit der Novellierung des Schulgesetzes sollen wesentliche Bestandteile der VOSS zum 01.08.2006 auf alle Schulen im Sinne einer eigenverantwortlichen Schule übertragen werden.

Das im Projekt erarbeitete und erprobte Konzept „Lehren und Lernen für die Zukunft“ hat sich bewährt und wird in einem vom Land zu erstellenden Qualitätsrahmen Eingang finden. Die aus diesem Konzept abgeleitete Fortbildung geht ebenso in die Verantwortung des Ministeriums über, wie die Qualifizierung schulischer Steuerungseinheiten zum Erwerb von Managementkompetenzen.

Die Kultur der Selbstevaluation soll weiter fortgeführt und gestärkt werden. Modellregionen können die Anwendung mit dem von der Bertelsmann Stiftung entwickelten Instrument SEIS – Selbstevaluation in Schulen - im regionalen Kontext erproben. Die Modellregion Köln hat sich für die Erprobung von SEIS im regionalen Kontext entschieden. Die erste Datenerhebung wurde mit 19 Schulen im Frühjahr 2007 durchgeführt.

Im Sinne einer staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft sollen in den Regionen neue Formen einer regionalen Steuerung entwickelt, neue Aufgaben einer erweiterten Schulträgerschaft zwischen Land und Kommune vereinbart, gemeinsame Budgets von Land und Kommune, die Schaffung von Schulverbünden zur Verbesserung der Leitungs- und Verwaltungsstrukturen an kleinen Schulen und ein Qualitätsrahmen für die regionale Schulentwicklungsarbeit unter Anwendung von SEIS erprobt werden. Ressourcen des Landes und der Kommune müssen gebündelt und mittels neu entwickelter und gemeinsam getragener Steuerungsmodelle in die Region verbracht werden - Ziel ist der Aufbau nachhaltiger und wirksamer Beratungs- und Unterstützungsstrukturen.

Anfang Dezember 2006 hat die Stadt Köln bei dem Ministerium für Schule und Weiterbildung die Teilnahme an der Erprobung neuer Formen der regionalen Steuerung beantragt. Insgesamt haben landesweit 9 Modellregionen Interesse an der Erprobung neuer Modelle einer regionalen Steuerung bekundet.

Der regionenspezifische Antrag zur Umsetzung der Anlage zum Kooperationsvertrag – betreffend staatlich-kommunale Verantwortungsgemeinschaft/erweiterte Schulträgerschaft - wurde am 01.03.2007 beim Ministerium für Schule und Weiterbildung gestellt. Im Mai 2007 wurde ein erster Diskussionsentwurf des Ministeriums für Schule und Weiterbildung für eine Rahmenvereinbarung zwischen Land und Kommune zur Weiterentwicklung der Bildungsregionen von allen antragstellenden Schulträgern abgelehnt. Der vom Land vorgelegte Diskussionsentwurf bedarf aus Sicht aller Schulträger dringend einer Überarbeitung - seitens der Stadt Köln wurden dem Ministerium für Schule und Weiterbildung Anfang Juni 2007 die Änderungswünsche übermittelt. Angestoßen durch ein von der regionalen Steuergruppe Köln initiiertes Treffen Ende Oktober 2007 mit Vertreterinnen und Vertretern der anderen Modellregionen zur Frage der Perspektiven für die Zeit nach Ende des Modellprojekts wurden alle 19 Modellregionen im November 2007 für ein klärendes Gespräch zu dieser Frage vom Ministerium für Schule und Weiterbildung eingeladen. Ein Ergebnis des Gesprächs war, eine aus Vertreterinnen und Vertretern des Ministeriums, der Bezirksregierungen, des Städtetags NRW und der regionalen Steuergruppen bestehende Redaktionsgruppe mit der Überarbeitung des im Mai 2007 vom Ministerium vorgelegten Entwurfs einer Kooperationsvereinbarung zu beauftragen. Hierbei sollen auch die Vorschläge der Schulträger und regionalen Steuergruppen gewürdigt werden. Der neue Entwurf einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land NRW und den Städten bzw. den Kreisen soll im Frühjahr 2008 vorliegen.

Neue Akzente für die Modellregion Köln

Die regionale Steuergruppe hat mit Blick auf den Transfer der Erfahrungen aus dem Modellprojekt auf möglichst viele Schulen in der Region Köln und auch auf die landesweite Entwicklung zur eigenverantwortlichen Schule 52 Korrespondenzschulen aufgenommen. Die Aufnahme der Korrespondenzschulen erfolgte auf der Basis einer Kooperationsvereinbarung. Die Kosten für die Qualifizierungsprogramme der Korrespondenzschulen können für 25 Schulen aus Mitteln des regionalen Entwicklungsfonds bestritten werden. Für die darüber gehende Anzahl der Korrespondenzschulen hat der Rat mit Beschluss vom 14.11.2006 zusätzliche Mittel in Höhe von 120.000 € bereitgestellt.

Durch die große Beteiligung von Schulen aller Schulformen am Modellprojekt Selbstständige Schule wachsen die Chancen zur Entwicklung einer regionalen Schulland-

schaft in gemeinsamer Verantwortung von Stadt und Land mit der Zielsetzung,

- ein abgestimmtes Schulangebot aller Schulen in der Region vorzuhalten
- die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler weiter zu verbessern
- Schülerinnen und Schülern eine Bildungsbiographie ohne Brüche zu ermöglichen
- die Übergänge zwischen den Schulformen passgenau aufeinander abzustimmen

Ausblick für die weitere Entwicklung in der Modellregion Köln

Für das letzte Drittel des Projekts sollen in der Modellregion Köln die Weichen für die weitere Entwicklung zu einer regionalen Schullandschaft und einer darauf aufbauenden Fortentwicklung zu einer regionalen Bildungslandschaft gestellt werden - mit der Option im nächsten Schritt oder auch parallel die Kooperation mit den Nachbarregionen Bonn, Rhein-Sieg etc auszubauen und einen Verbund, bzw. einen Zweckverband anzustreben.

Mit Beschluss des Rates vom 29.08.2006 wurde die Verwaltung mit der Ausarbeitung eines Konzepts, welches Vorschläge zur Weiterentwicklung einer regionalen Bildungsträgerschaft enthält, beauftragt. Entsprechend dem Beschluss des Rates vom 29.08.2006 hat sich die Stadt Köln am 27.10.2006 beim Ministerium für Schule und Weiterbildung als Modellregion zur Erprobung neuer Modelle einer regionalen Steuerung beworben.

Auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 29.08.2006 beschließt der Rat am 14.11.2006 die Verwaltung mit der Gründung einer „Arbeitsgruppe Regionale Schullandschaft“ zur Entwicklung eines Gesamtkonzepts zu beauftragen.

Zur Entwicklung einer regionalen Schullandschaft und den weiteren Schritten in Richtung einer regionalen Bildungslandschaft bedarf es eines Gesamtkonzepts. Das Gesamtkonzept soll auf dem Grundgedanken einer gemeinsamen Bildungsverantwortung im Sinne einer staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft von Akteuren der Kommune und des Landes gemeinsam entwickelt werden. Die „Arbeitsgruppe Regionale Schullandschaft“ wurde auftragsgemäß von der Verwaltung einberufen - als gleichberechtigte Mitglieder gehören der Arbeitsgruppe an: Vertreterinnen und Vertreter der Bezirksregierung Köln und der Unteren Schulaufsicht für das Land, des Schulträgers, der regionalen Steuergruppe für die Schulen und des Regionalen Bildungsbüros.

Die „Arbeitsgruppe Regionale Schullandschaft“ hat sich am 02.03.2007 konstituiert und ihre Arbeit unter Hinzuziehung eines externen Moderators für den weiteren Arbeitsprozess aufgenommen. Ein erstes Arbeitsergebnis wurde dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung in seiner Sitzung am 26.11.2007 zur Information vorgelegt. Das Gesamtkonzept „Strategische Planung der regionalen Schullandschaft Köln“ wird dem Rat zur Beschlussfassung am 29.01.2008 vorgelegt.

Ausgehend von den Erfahrungen aus dem laufenden Projekt Selbstständige Schule sollen auch die Weichen für den nachhaltigen Aufbau einer gemeinsam von Land und Stadt getragenen Unterstützungsstruktur in der Region Köln für die Zeit nach Ende des Projekts gestellt werden.

Im Gesamtkonzept sollen auch Vorschläge für die künftige Steuerungsstruktur z. B. in Form einer gleichberechtigt besetzten Lenkungsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern des Schulträger- und Jugendhilfeträgers, des Landes, der Schulen und zur Zeitschiene für die stufenweise Realisierung erarbeitet werden.

Qualifizierung der Akteure für die Anforderungen des Projektes

Alle Akteure müssen für die neuen Aufgaben im Rahmen des Projektes ausreichend qualifiziert werden. In den ersten zwei Jahren des Projektes lag daher der Schwerpunkt auf einer umfassenden Qualifizierung der verschiedenen Zielgruppen und Funktionsträger/-innen für die erweiterten und zusätzlichen Aufgaben im Projekt.

Die Qualifizierungsmaßnahmen sind auf die Anforderungen der wesentlichen Arbeitsfelder des Projektes abgestellt:

- Unterrichtsentwicklung
- Personalbewirtschaftung und Personalentwicklung
- Ressourcenbewirtschaftung
- Unterrichtsorganisation
- Mitwirkung und Partizipation
- Qualitätssicherung und Rechenschaftslegung

Die Qualifizierung wird in der Modellregion Köln umgesetzt durch

Qualifizierung der schulischen Steuergruppen

In 11 Lerngruppen mit insgesamt ca. 215 Teilnehmern erhielten die Mitglieder der 32 schulischen Steuergruppen seit Anfang 2003 in 8 Modulen an insgesamt 12 Seminartagen ein professionelles Training in Fragen des Schulentwicklungsmanagement. Das Qualifizierungsprogramm wurde gegen Ende des Schuljahres 2004/2005 abgeschlossen. Mit der Durchführung der Qualifizierung wurde eine Unternehmensberatung beauftragt.

Nach ca. der Hälfte der Laufzeit der Qualifizierung kam es zu folgenden wesentlichen Veränderungen: Eine Schule führt die Qualifizierung in eigener Regie und Schwerpunktsetzung mit eigenem Mitteleinsatz zu Ende; eine weitere Schule ist aus ihrer Lerngruppe ausgeschieden und wird von einer externen Trainerin qualifiziert.

Die Finanzierung der gesamten Qualifizierung der schulischen Steuergruppen erfolgte aus dem Anteil des Landes am regionalen Entwicklungsfonds für die Jahre 2002 – 2004.

Die Qualifizierung der schulischen Steuergruppen der 52 Korrespondenzschulen ist für den Zeitraum von Februar 2007 – März 2008 vorgesehen – mit der Durchführung wurde eine Unternehmensberatung beauftragt. Die Qualifizierung wurde im Februar 2007 mit 15 Lerngruppen und ca. 275 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gestartet - insgesamt werden 6 Module an 7 ganztägigen Veranstaltungen bearbeitet.

Ergänzend zur Qualifizierung in Lerngruppen wird 2008 den Schulen ein schulindividuelles Coaching angeboten. Hiermit sollen weitere Impulse für die zukünftige Entwicklung gegeben werden.

Die Finanzierung der Qualifizierungsmaßnahmen erfolgt aus Mitteln des regionalen Entwicklungsfonds und den zusätzlich lt. Beschluss des Rates v. 14.11.2006 bereitgestellten Mitteln aus dem städtischen Haushalt.

Dienstrechtsfortbildung für Schulleiter/-innen und Mitglieder der Lehrerräte

Für die Übernahme der Dienstvorgesetzeneigenschaften nach § 4 (1) VOSS besteht für die Schulleiter die Verpflichtung zur Teilnahme an den in der Regel 3-tägigen Dienstrechtsfortbildungen des Landes. Der Zeitpunkt der Übernahme der Dienstvorgesetzeneigenschaften wird in der jeweiligen Kooperationsvereinbarung festgelegt, muss aber spätestens zum Beginn des Schuljahres 2005/06 erfolgen. Zu

diesem Termin muss auch die Übernahme der fakultativ zu übernehmenden Dienst-vorgesetzteneigenschaften nach § 4 (2) VOSS erfolgen.

In der Frage der verwaltungsmäßigen Umsetzung wurde im März 2005 zwischen Land und Bezirksregierungen die Vereinbarung getroffen, die Unterstützungsleistungen für die Modellschulen zu § 4 VOSS künftig landeseinheitlich zu erbringen. Die komplette verwaltungsmäßige Umsetzung erfolgt in Köln durch das Dezernat 47 der Bezirksregierung und dem Schulamt für die Stadt Köln.

Fortbildungsveranstaltungen und Fachtagungen für die Mitglieder der regionalen Steuergruppe, in der Regel zusammen mit regionalen Steuergruppen anderer Regionen

Schulbezogene Fortbildungen

Den Modellschulen wurden vom Land Ende 2002 Mittel für Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen insbesondere im Bereich „Unterrichtsorganisation und Unterrichtsgestaltung“ in Höhe von insgesamt 122.000 € zugewiesen - auf die einzelnen Schulen entfielen Beträge zwischen 3.000 – 6.500 €. Die Mittel waren zur Verwendung für die Schuljahre 2002/03 und 2003/04 bestimmt. Über die Verwendung der Mittel entscheiden die Schulen in eigener Verantwortung.

Der kommunale Anteil am regionalen Entwicklungsfonds für die Jahre 2002 und 2003 – 157.500 € - wurde den Schulen für schulbezogene Fortbildungen zur Verfügung gestellt. Die Anweisung erfolgte bedingt durch den verzögerten Vertragsabschluss zur Erzielung der Werbeeinnahmen in 2 Raten – November 2003 und Mai 2004. Den einzelnen Schulen flossen nach einem vorher vereinbarten Verteilungsmodell jeweils Mittel in Höhe von 3.850 – 6.350 € zu. Über den Einsatz der Mittel im Rahmen der Verfolgung der Projektziele und der Vorgaben der regionalen Steuergruppe entscheiden die Schulen selber und berichten der regionalen Steuergruppe.

Der kommunale Anteil am regionalen Entwicklungsfonds wurde für ein weiteres Jahr den Modellschulen nach dem für die Jahre 2002/2003 angewandten Verteilungsmodell für schulindividuelle Fortbildungsmaßnahmen bereitgestellt. Der Abfluss der Mittel erfolgt antragsgesteuert. Bisher sind ca. 75.000 € von den Modellschulen im Antragsverfahren abgerufen worden.

Erhebung des schulbezogenen Fortbildungsbedarfs

Im März 2003 wurde von der Projektleitung Bertelsmann Stiftung eine landesweite Abfrage zum Fortbildungsbedarf zur Unterrichtsentwicklung gestartet – abgefragt wurde das Interesse an in der Regel vorhandenen, bzw. geplanten Angebotsschwerpunkten. Die regionale Steuergruppe Köln hat zeitgleich eine ergänzende Erhebung zu gewünschten Fortbildungsangeboten zur Unterrichtsentwicklung in der Modellregion Köln durchgeführt.

Die Erhebung der regionalen Steuergruppe ging in den abgefragten Kategorien stärker auf die spezifischen Belange der Sekundarstufen I und II ein: Umsetzung Lernfeldkonzept, Umsetzung von Sprachförderkonzepten, Förderung der Lernkompetenz, Trainings zum Projektmanagement, Trainings zur Beratungskompetenz für Unterrichtsprozesse und Lernberatung, Dokumentation und Evaluation.

Die Ergebnisse aus beiden Abfragen flossen in die Entwicklung und Planung von be-

bedarfsgerechten Fortbildungsangeboten in der Region ein. In Abstimmung mit der Bezirksregierung und der Projektleitung wurden für die Schulen Ansprechpartner für die verschiedenen Fortbildungsschwerpunkte benannt und Absprachen für die weitere Umsetzung von Angeboten getroffen.

In einigen Bereichen, wie z. B. „Trainings zur Unterrichtsentwicklung auf der Basis von Schule & Co.“ übersteigt die Nachfrage je nach Schulform bei weitem die vorhandenen Trainerkapazitäten. Bedarfsdeckende Angebote konnten erst zeitversetzt nach Ausbildung der benötigten Trainer/-innen installiert werden; beispielsweise für die Berufskollegs erst im Laufe des 2. Schulhalbjahres 2004/2005.

Im Juni 2004 wurde das zwischen dem Ministerium für Schule, Jugend und Kinder, den Koordinatoren der Bezirksregierungen, Vertretern der Bertelsmann Stiftung sowie der Projektleitung abgestimmte Konzept zur Qualifizierung von Lehrerinnen und Lehrern – „Lehren und Lernen für die Zukunft“ – auf der Vollversammlung der Kölner Modellschulen vorgestellt. Dieses Konzept knüpft u. a. an die Erfahrungen aus dem Projekt „Schule & Co“ an und soll landesweit umgesetzt werden.

Die flächenmäßige Übertragung und Anwendung des Konzepts „Lehren und Lernen für die Zukunft“ durch alle Schulen wurde 2006 - wie in der Anlage zum Kooperationsvertrag im Dezember 2005 vereinbart – seitens der Projektleitung und der Bertelsmann Stiftung in die Verantwortung des Landes übergeben.

Im Rahmen der Aufnahme von 52 Korrespondenzschulen stellt die Bezirksregierung Köln für Maßnahmen zur Unterrichtsentwicklung zukünftig 180.000 € zur Verfügung. 2007 ist das System der Lehrerfortbildung seitens des Landes auf neue Füße gestellt worden. Zukünftig bieten in NRW 54 Kompetenzteams - angebunden bei den Schulämtern - Unterstützung für alle Schulformen und ihre Kollegien vor Ort an. Hauptarbeitsfelder der Kompetenzteams sind neben der Beratung in Fragen der Konzeptarbeit und der bedarfsorientierten Fortbildung in den Kernfächern, die Bereiche Unterrichtsentwicklung und individuelle Förderung. Die Kompetenzteams befinden sich noch im Aufbau. Die regionale Steuergruppe wird zukünftig die Bereitstellung von Fortbildungsangeboten für die Modell- und Korrespondenzschulen, insbesondere zur Unterrichtsentwicklung, mit dem Kompetenzteam beim Schulamt für die Stadt Köln klären.

Fortbildung der Schulleiter/-innen

Nach der Dienstrechtsfortbildung für Schulleiter/-innen wird z. Zt. ein umfassendes Qualifizierungsprogramm für die Schulleiter/-innen auf Landesebene aufgelegt. Die Umsetzung erfolgt auf regionaler Ebene durch die regionalen Steuergruppen. Ziel ist die umfassende Qualifizierung für die erweiterten Aufgaben im Bereich von Führung und Management, Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie Personal- und Qualitätsmanagement. Von der Projektleitung wurde im Juli 2004 ein modularisiertes „Konzept zur Fortbildung von Leiterinnen und Leitern selbstständiger Schulen“ als Referenzrahmen für die regionale Organisation der Fortbildung vorgelegt. Die regionale Steuergruppe Köln hat den konkreten Fortbildungsbedarf im September 2004 erhoben und auf dieser Basis im April 2005 mit dem Fortbildungsprogramm im Umfang von 11 Seminartagen pro Modellschule gestartet. Der Kreis der stellvertretenden und erweiterten Schulleitungen, bzw. die Abteilungsleitungen der großen Systeme werden für ausgewählte Module ebenfalls in die Fortbildung einbezogen. Die Qualifizierung der Schulleiterinnen und Schulleiter der Modellschulen wurde Anfang Dezember 2006 im Rahmen einer gemeinsamen Fortbildungsveranstaltung mit den 51 Schulleiterinnen und Schulleitern der Korrespondenzschulen abgeschlossen. Die Abschlussveranstaltung für die Schulleitungen der Modellschulen war gleichzeitig der Auftakt für Fortbildung der 51

Schulleiterinnen und Schulleiter der Korrespondenzschulen. Die Qualifizierung der Schulleitungen der Korrespondenzschulen wurde 2007 fortgesetzt. Mit der Qualifizierung der Schulleiterinnen und Schulleiter ist ein externes Beratungsunternehmen beauftragt worden. Die Qualifizierung soll im 1. Quartal 2008 abgeschlossen werden. Die Finanzierung der Qualifizierungsmaßnahme erfolgt aus Mitteln des regionalen Entwicklungsfonds und den zusätzlich lt. Beschluss des Rates v. 14.11.2006 bereitgestellten Mitteln aus dem städtischen Haushalt.

Als herausragendes Ergebnis der gemeinsamen Fortbildungsveranstaltung der Schulleiterinnen der Modell- und Korrespondenzschulen wurde sich auf eine schulformübergreifende, kooperative Zusammenarbeit der 84 Kölner Modell- und Korrespondenzschulen in 8 Unterregionalgruppen verständigt. In allen acht Unterregionalgruppen werden die Themen „individuelle Förderung“, „Übergänge zwischen Schulen und Schulformen“ und „fächerübergreifende Kompetenzen“ gemeinsam bearbeitet. Interessierte Nichtmodellschulen werden für die Mitarbeit in den Unterregionalgruppen angesprochen. Zukünftig soll die Ausweitung der unterregionalen Absprachen und Konzeptentwicklungen durch einen stadtweiten Transfer verfolgt werden. Für März 2008 ist eine weitere gemeinsame Fortbildungsveranstaltung aller 84 Schulleitungen geplant – der Erfahrungsaustausch zur Arbeit in den Unterregionen und weitere Absprachen zum Ausbau der schul- und schulformübergreifenden Kooperation werden im Mittelpunkt stehen.

Ausbildung von schulischen Beraterinnen und Berater für Evaluation

Qualitätssicherung und Evaluation stellen ein wesentliches Element der Projektarbeit dar. Im Oktober 2004 wurde mit der Umsetzung eines Programms zur Ausbildung schulischer Beraterinnen und Berater für Evaluation begonnen. Die von der Bezirksregierung zu diesem Zweck für die Modellregion benannten Expertinnen und Experten haben im Februar 2005 allen Modellschulen das Konzept vorgestellt. Die erste Ausbildungsgruppe wurde von März bis Juni 2005 in 3 ganztägigen Modulen qualifiziert. Eine weitere Gruppe startete im Dezember 2005 mit der Basisqualifizierung und hat diese im Mai 2006 abgeschlossen. Insgesamt stehen 46 schulische Beraterinnen und Berater für die methodische Umsetzung in den Modellschulen zur Verfügung. Die regionalen Expertinnen und Experten für Evaluation begleiten und beraten die ausgebildeten schulischen Beraterinnen und Beratern in Form von Austauschworkshops: Am 21.12.2005 fand ein ganztägiger Workshop mit den bisher ausgebildeten schulischen Beraterinnen und Beratern statt. Ende Januar 2008 startet die Qualifizierung für den Kreis der Korrespondenzschulen. Es sind weitere Austauschworkshops mit den bisher ausgebildeten schulischen Beraterinnen und Beratern für Evaluation geplant.

Projektstand bei der Umsetzung der unterrichtsbezogenen schulischen Entwicklungsvorhaben

Die regionale Steuergruppe hatte im Februar/März 2004 eine Abfrage bei allen Modellschulen zum aktuellen Entwicklungsstand der schulischen Entwicklungsvorhaben im Vergleich zum Projektstart 2002 durchgeführt. Weitere Inhalte der Abfrage bezogen sich auf Unterstützungs- und Beratungsbedarf durch die regionale Steuergruppe, auf Unterstützung in Fragen unterrichtsbezogener Fortbildung und Unterstützung bei der Umsetzung von Vorhaben nach § 2 VOSS.

Mit aktuellen Informationen zum Planungs- und Entwicklungsstand kann die regionale Steuergruppe

- die Modellschulen bei der Realisierung der Entwicklungsvorhaben gezielt unterstützen
- schulübergreifend für die Schulen in der Modellregion eine bedarfsorientierte Fortbildungsplanung initiieren, z. B. gleich gelagerte kollegiumsinterne Fortbildungen bündeln
- Impulse für die Kooperation mit schulischen und außerschulischen Partnern in der Region geben
- den Austausch von Schulen mit gleichgelagerten Entwicklungsvorhaben anstoßen.

Aus Sicht der Schulen wurden als wesentliche gemeinsame Fragestellungen und Anliegen genannt:

- Schulzeitverkürzung – Unsicherheiten, weil keine konkreten Informationen vorliegen
- Unterrichtsorganisation: jahrgangsübergreifend, Aufhebung des 45' Rasters, Aufhebung Stundenplanraster
- Selbstständiges Lernen – Selbstlernzentren
- Methodenlernen: Klippert, u. a.
- alternative Prüfungssysteme und Versetzungsordnungen entwickeln
- Evaluation und Qualitätssicherung: hier besonders Synergieeffekte nutzen – Parallelentwicklungen an Schulen vermeiden
- professionelle Förderungsempfehlungen – Diagnostik
- Dienstvorgesetztenfunktion: Frage der fehlenden Verwaltungskapazitäten, nicht ausreichender Grad der Professionalisierung im Verwaltungsbereich
- Partizipation: Beteiligung der Eltern
- Austausch über die Entwicklungsvorhaben der Schulen untereinander
- Evaluation – hier besteht konkreter Schulungs- und Beratungsbedarf
- Unterstützung durch den Schulträger.

Als erstes schulformübergreifendes Projekt von regionaler Bedeutung wurde das Entwicklungsvorhaben „Selbstständiges Lernen – Selbstlernzentren“ bearbeitet.

Die regionale Steuergruppe verfolgt als weiteres Entwicklungsvorhaben zukünftig das Themenfeld „Neues Lernen – Neue Formen der Leistungsbewertung“ und hat zu diesem Thema am 25.03.2006 einen Fachkongress ausgerichtet. Die regionale Steuergruppe Köln will einen Impuls in der Modellregion Köln setzen und Schulen für die Umsetzung neuer Formen der Leistungsbewertung motivieren und auf diesem Weg unterstützen. Über 220 Teilnehmerinnen und Teilnehmer setzten sich im Rahmen des Fachkongresses mit neuen Formen der Leistungsbewertung auseinander. Der Fachkongress am 25.03.2006 fand über die Modellregion Köln hinaus ein landesweites Echo. Neben Mitgliedern der schulischen Steuergruppen nahmen Vertreterinnen und Vertreter regionaler Steuergruppen und Schulen anderer Modellregionen, des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, der oberen und unteren Schulaufsicht, Entscheidungsträger der Kommune und weiterer Institutionen teil.

Projektcontrolling

Die Projektleitung wurde im Frühjahr 2004 vom Projektvorstand beauftragt, ein regelmäßiges Projektcontrolling mit 2 Erhebungen pro Jahr aufzubauen. Im Controlling sollen unterschiedliche Schwerpunkte vertiefend untersucht werden. Vorstand und Projektleitung sollen dadurch in der Steuerung des Projektes unterstützt werden. Das Projektcontrolling ist mit dem Ministerium für Schule, Jugend und Kinder und der wissenschaftlichen Begleitforschung abgestimmt.

Die erste Erhebung im Rahmen des Projektcontrolling wurde Ende November 2004, das zweite Projektcontrolling im Mai 2005, das dritte im Mai 2006 für die Modellregion Köln abgeschlossen – seinen Abschluss fand das Projektcontrolling mit der vierten Erhebung im dritten Quartal 2007.

Die Projektleitung stellt in Auswertungsgesprächen mit der regionalen Steuergruppe neben der landesweiten Auswertung insbesondere die Ergebnisse bezogen auf die Modellregion Köln dar. Im Rahmen der Auswertungsgespräche werden Vereinbarungen zum weiteren Vorgehen bei der Verfolgung der Ziele des Modellprojekts getroffen.

SEIS – Selbstevaluation in Schulen

SEIS - Selbstevaluation in Schulen - ist ein Instrument zur internen Datenerhebung an Schulen, das die Bertelsmann Stiftung allen Schulen zur Verfügung stellt.

Die regionale Steuergruppe Köln hat gegenüber der Projektleitung NRW die Absichtserklärung zur regionalen Einführung des SEIS-Instrumentariums abgegeben. Mit den interessierten Kölner Modellschulen wurde eine Vereinbarung zur Einführung von SEIS in der Modellregion Köln abgeschlossen. Diese Vereinbarung regelt die einzelschulische Nutzung von SEIS im Kontext der Bildungsregion Köln im Rahmen des Projektes Selbstständige Schule. Ziel der Anwendung von SEIS ist es, einzelschulisch Steuerungswissen zu erlangen, welches zur weiteren Qualitätsentwicklung beiträgt. Die Ziele des Modellprojekts bleiben dabei handlungsleitend. SEIS soll die Schulen dabei unterstützen, ihren Schul- und Unterrichtsentwicklungsprozess systematischer und nachhaltiger zu gestalten. Die Schulen werden bei der Nutzung von SEIS durch das Regionale Bildungsbüro und eine regionale SEIS-Koordinatorin unterstützt. Die Unterstützung umfasst: Durchführung mehrerer Workshops für schulische Vertreter/-innen, Übernahme der Registrierung in der Software sowie Unterstützung bei der Datenerhebung, Unterstützung bei der Maßnahmenplanung, Druck der schulischen Berichte, Sicherstellung des Erfahrungsaustausches im Anschluss an die Berichterstattung. Die Kosten für die Teilnahme an der regionalen Verbundbefragung werden für die Dauer des Modellprojekts für die teilnehmenden Modellschulen aus dem regionalen Entwicklungsfonds bestritten.

Im Mai 2007 wurden den Vertreterinnen und Vertretern von 18 Modellschulen nach der ersten Datenerhebung die SEIS-Berichte ausgehändigt.

Die regionale Steuergruppe hat den so genannten Regionenbericht – eine anonymisierte Version der Schulberichte - mit Blick auf eine Bestandsaufnahme der aktuellen Arbeitsschwerpunkte – Übergang zwischen Schulen und Schulformen, individuelle Förderung, fächerübergreifende Kompetenzen - in den acht Unterregionalgruppen und den durchgeführten Qualifizierungsmaßnahmen ausgewertet und im ersten Schritt im Rahmen eines Workshops im Dezember 2007 den teilnehmenden Schulen präsentiert. Aktuell wurde den Kölner Modell- und Korrespondenzschulen das Angebot unterbreitet, auch 2008 an einer SEIS Erhebung im regionalen Verbund teilzunehmen.

Stand bei der Umsetzung der Verpflichtungen aus den Kooperationsvereinbarungen durch den Schulträger

Der Schulträger ist in den von allen Projektpartnern unterzeichneten Kooperationsvereinbarungen eine Reihe von Verpflichtungen eingegangen:

So wird in § 5 Abs. 3 ausgeführt:

„Der Schulträger verpflichtet sich, die Schulen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel bei der Erfüllung der Verwaltungsaufgaben in den Bereichen, für die er bislang zuständig war (insbesondere Personalverwaltung für das nicht pädagogische Personal und Budgetverwaltung), zu unterstützen, soweit entsprechende Aufgaben von den Schulen übernommen werden.“

Weiter heißt es u.a. in § 6:

„Im Rahmen des Modellvorhabens verfolgen die Partner in der Stadt Köln auf dieser Basis folgende Vorhaben:

Modernisierung der Schulverwaltung: Budgetierung und weitere Übertragung von Sachmittelbewirtschaftung, Übertragung der erweiterten Vorgesetztenfunktion gegenüber nicht pädagogischem Personal.“

Zum Zeithorizont wird in § 7 ausgeführt:

„Die in § 6 beschriebenen Schwerpunkte beziehen sich auf die ersten beiden Jahre 2003 – 2004 des Modellprojektes.“

In § 8 findet sich zusätzliche folgende Konkretisierung:

„Den Schulen werden mehr und zusätzliche Kompetenzen im Hinblick auf die Beschaffung und Mittelbewirtschaftung eingeräumt.

Zielperspektive ist bei der Sachmittelbewirtschaftung die Erweiterung der Schulgirokonto auf folgende Budgetbereiche:

- EDV-Ersatzbeschaffung und Wartung
- Schulmöbel und –tafeln
- Innenrenovierung der Gebäude
- Reinigungsmaßnahmen“

Weiterhin wird in § 8 ausgeführt:

„Im Rahmen des Modellprojektes sollen Entscheidungswege so kurz wie möglich gehalten werden.“

Der Schulträger hat sich in § 8 der Kooperationsvereinbarung verpflichtet, „...bei nachweisbarem, durch das Modellprojekt entstehenden Mehrbedarf zusätzliche Stundenkontingente für die Schulsekretariate zur Verfügung zu stellen.“

In der Frage der Realisierbarkeit der Wünsche der Modellschulen ist ausdrücklich auf eine einvernehmlich abgestimmte Protokollnotiz in der Modellschulkonferenz hinzuweisen:

„Die Schulen sind sich darüber im Klaren, dass Wünschen, Anregungen und Forderungen, die sich an den Schulträger richten, nur dann entsprochen werden kann, wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen, die organisatorische Struktur und die Finanzsituation des Schulträgers dies zulassen.“

Der aktuelle Stand bei der Umsetzung stellt sich wie folgt dar

Übertragung der erweiterten Vorgesetztenfunktion gegenüber nicht pädagogischem Personal auf die Schulleitungen

Unter Beachtung und Nutzung der rechtlichen Rahmenbedingungen sollen einige klar definierte Weisungsfunktionen auf die Schulleitungen übertragen werden: Regelung des Urlaubs, Dienst- und Arbeitsbefreiungen, die Verteilung der täglichen Arbeitszeit sowie die Anordnung von Mehrarbeit bei schulischen Veranstaltungen. Ein Problem könnte in der Praxis die Akzeptanz des Schulleiters als Weisungsgeber gegenüber städtischen Bediensteten darstellen – der Schulleiter gehört als Landesbediensteter nicht der Stadt Köln an, der städtische Bedienstete muss aber gemäß dem TVöD Weisungen seines Vorgesetzten befolgen. Die Verwaltung strebt einen Konsens an und beabsichtigt, vorab das Einverständnis der betroffenen städtischen Beschäftigten einzuholen. In Verhandlungen zur Umsetzung des Vorhabens mit der Personalvertretung wurde vereinbart, den Personenkreis zunächst auf die Schulhausmeister zu beschränken und das Vorhaben an zwei Modellschulen zu erproben. Nach der Erprobungsphase wird das Vorhaben im Frühjahr 2008 ausgewertet und danach über eine Ausweitung entschieden. In der Frage der Umsetzung für den Kreis der Schulhausmeister liegt die Zustimmung des Gesamtpersonalrates vor.

Übertragung von Budgets – Sachmittelbewirtschaftung

Ziel ist die Übertragung der Entscheidungskompetenz zur Verwendung der vom Schulträger schrittweise zu übertragenden Budgets. Die Richtlinien der Stadt Köln zur Vergabe und Bedarfsprüfung sind hierbei von den Schulleitungen zu beachten und einzuhalten. Die verwaltungsfachliche Unterstützung und Beratung erfolgt im Sinne einer Dienstleistung in der Regel durch die bisher mit diesen Aufgaben betrauten Verwaltungsdienststellen des Schulträgers; die Entscheidungskompetenz liegt in den Händen der Schulleitungen.

Im ersten Schritt bietet die Verwaltung grundsätzlich die Möglichkeit der Übertragung der Entscheidungskompetenz zur Verwendung von Finanzmitteln des Verwaltungshaushaltes aus den Bereichen

- 529, Ausstattung und Geräte
 - 506, Schönheitsreparaturen
- an.

Der Verteilungsmodus der zu übertragenden Mittel des Verwaltungshaushaltes wurde verwaltungsintern und mit der regionalen Steuergruppe abgestimmt und vereinbart. Die Details zur verwaltungsgemäßen Bearbeitung, der Unterstützung und der Beratung der Schulen wurden verwaltungsintern abgestimmt und sind in eine mit den Schulleitungen abzuschließende Zielvereinbarung eingeflossen. Die Entscheidungskompetenz zur Verwendung der Mittel wird mit Wirkung zum 01.01.2007 übertragen - die Mittel werden in einer Rate auf den Schulgirokonten bereitgestellt. Die Mittel aus beiden übertragenden Verwaltungshaushaltstellen sind gegenseitig deckungsfähig. Das Verfahren zur Übertragung der Entscheidungskompetenz wird zunächst bis Ende 2008 erprobt und ausgewertet. Eine weitere Übertragung von Entscheidungszuständigkeiten bei der Verwendung von Budgets des Schulträgers ist für 2008 geplant.

Im August 2007 wurde für den Kreis der interessierten Modellschulen eine verpflichtende Informationsveranstaltung in Fragen der künftigen Arbeitsabläufe, der Vergaberichtlinien und der Richtlinien der Bedarfsprüfung durchgeführt.

Eine erste Veranstaltung zu Fragen des Vergaberechts und der Bedarfsprüfung wurde von der Verwaltung im November 2003 durchgeführt.

Einrichtung von Anlagekonten für die Modellschulen

Aus der Kapitalisierung von Stellen/-anteilen sind den Schulen der Modellregion Köln vom Land umfangreiche Mittel zur eigenständigen Bewirtschaftung zugeflossen – bisher ca. 5,3 Mio. €. Diese Mittel können in vielen Fällen von den Schulen nicht zeitnah zur Verfolgung ihrer schulischen Entwicklungsvorhaben eingesetzt werden. Daher wurde von der Verwaltung die Anregung der Modellschulen aufgegriffen, diese Gelder bis zur Verwendung zinsbringend zu Gunsten der Schulen anzulegen. Für die Modellschulen wurden zu diesem Zweck Anlagekonten eingerichtet. Das bestehende Schulgirokonto dient dabei als Referenzkonto. Die Einrichtung der Konten ist abgeschlossen. Die Schulen können seit Juni 2004 die entsprechenden Beträge vom Schulgirokonto auf das Anlagekonto transferieren.

Auf diese Anlagekonten fließen zukünftig ebenfalls die vom Land und aus dem regionalen Entwicklungsfonds zugewiesenen Mittel zur schulbezogenen Fortbildung und andere Mittel zur Unterstützung der Entwicklungsvorhaben.

Bei der Verausgabung der Mittel müssen sich die Schulen an die Richtlinien zur Vergabe und Bedarfsprüfung der Stadt Köln halten. Die Verausgabung/ Begleichung von Rechnungen erfolgt nach zeitnaher Umbuchung vom Anlage- auf das Schulgirokonto. Die Schulen können die Umbuchungen zum Schulgirokonto mittels Telefonbanking vornehmen.

Übertragung der Reinigungsverantwortlichkeit

Die Verwaltung erprobt die Übertragung der Reinigungsverantwortlichkeit im Rahmen eines Pilotversuchs mit einer Modellschule seit April 2005. Der Pilotversuch beinhaltet, dass in enger Abstimmung und Beratung mit der Verwaltung die Schule einen Teil des ihr zur Verfügung stehenden Reinigungsetats bewirtschaftet. Hierbei soll insbesondere die Möglichkeit der Beauftragung einer Schülerfirma oder die Beauftragung von Eltern über den Förderverein der Schule erprobt werden. Die Schule will auf diesem Wege die Kosten bei der Reinigung reduzieren und die Qualität gleichzeitig steigern. Aus Sicht der Schule ist dies durch die stärkere persönliche Bindung der mit der Reinigung Beauftragten gegenüber der Schule gegeben; die Reinigung kann außerdem besser den individuellen Gegebenheiten und Bedürfnissen der Schule angepasst werden. Die Beauftragung einer gewerblichen Reinigungsfirma durch die Schule oder den Förderverein ist aus vergaberechtlichen Problemen nicht anzustreben. Im Rahmen des Pilotversuchs wird der Förderverein der Schule mit einer ergänzenden Unterhaltsreinigung beauftragt. Die Grundreinigung, die Reinigung des Sanitärbereichs und der Turnhalle wird weiterhin von der damit beauftragten Fachfirma durchgeführt. Der Leistungsumfang der Unterhaltsreinigung wird auf Seiten der Fachfirma reduziert – dieser Anteil wird zukünftig vom Förderverein der Schule übernommen. Der Pilotversuch soll Aussagen zur generellen Machbarkeit und Anhaltswerte für ein mögliches Realisierungsmodell für andere interessierte Schulen liefern. Als Ergebnis der Zwischenauswertung des Pilotversuchs zur Übernahme der ergänzenden Unterhaltsreinigung wurde das Vertragsverhältnis mit dem Förderverein über die bis zum 24.12.2005 vereinbarte Probezeit hinaus verlängert.

Aus Sicht der Schule ist der Pilotversuch ein voller Erfolg - vor allem in den Klassenräumen konnte die Qualität der Reinigung gesteigert und den besonderen Bedürfnissen flexibel angepasst werden. Entscheidend ist hierbei u.a., dass die Schüler/-innen sich eigenverantwortlich für ihren Lebensraum Schule fühlen und entsprechend engagiert das Pilotprojekt unterstützen.

Übernahme der Pflege von Grünflächen

An zwei Modellschulen wurde 2007 ein Pilotversuch zur Übernahme der Pflege der

Grünflächen gestartet. Den Modellschulen wurden hierbei die seitens der Stadt bisher aufgewandten jährlichen Mittel für die Pflege der Grünflächen zur Verfügung gestellt werden. Mit der Pflege der Grünflächen wurden die Fördervereine der beiden Modellschulen beauftragt. Aus Sicht der Modellschulen würde durch die eigenverantwortliche Übernahme der Grünpflege bei gleichen Kosten die Qualität erheblich gesteigert – statt der bisher nur sporadisch erfolgenden Pflegemaßnahmen würde dann eine kontinuierliche Pflege erfolgen. Schäden an Bepflanzungen und Einbauten werden vermieden, wie beispielsweise durch das Eindringen von Pflanzen in Drainagen oder in die Fassadenstruktur. Die Auswertung des Pilotversuchs erfolgt Januar/Februar 2008.

Mehrbedarf zusätzlicher Stundenkontingente für die Schulsekretariate

Durch die Teilnahme am Modellvorhaben ist davon auszugehen, dass der Umfang der Sekretariatsarbeiten zunimmt. Neben dem Nachweis der zusätzlich benötigten Stundenkontingente durch die Schulen besteht auch in der Frage einer möglicherweise veränderten Aufgabensituation in den Schulsekretariaten Klärungs- und Handlungsbedarf. In dem Bericht über die Organisationsuntersuchung in den Schulsekretariaten – Juli 2002 – ist diese Frage noch ausgeklammert.

Die Finanzierung des Mehrbedarfs ist z. Z. noch nicht gesichert. Mittel für die Finanzierung sollten ursprünglich aus den Einnahmen der geplanten Maßnahme „Schulvertragliche Werbung“ erwirtschaftet werden, der der Ausschuss für Schule und Weiterbildung vom 07.06.2004 zugestimmt hat.

Die Maßnahme „Schulvertragliche Werbung – Leuchtwerbessäulen auf dem Schulgelände“ konnte nicht wie geplant realisiert werden. Der mit der Aufstellung der Werbesäulen beauftragte Unternehmer konnte weder ausreichend Werbung akquirieren, noch die vertraglich vereinbarte Anzahl von Werbeleuchtsäulen aufstellen. Der Vertrag wurde seitens der Verwaltung aufgelöst und ein neuer Partner für die Realisierung des Projekts gesucht. 78 Schulen hatten ihr Interesse an der Aufstellung einer Leuchtwerbessäule bekundet.

Ein weiterer Anlauf mit einer anderen Werbeagentur konnte seitens der Agentur letztendlich nicht realisiert werden. Auch die seit Oktober 2006 laufenden Verhandlungen mit zwei weiteren Unternehmen zur möglichen Realisierung des Projekts schulvertragliche Werbung scheiterten letztendlich aus Sicht der Unternehmen an den einschränkenden Vorgaben des Ministeriums für Schule und Weiterbildung und einem zu hohem Aufwand im Verhältnis zur Größe der beworbenen Zielgruppe und dem Grad der regionalen Verbreitung.

Das Vorhaben zur schulvertraglichen Werbung wird vorerst nicht weiter verfolgt.

Gremium: Ausschuss Schule und Weiterbildung
Sitzungsdatum: 20.06.2005
Vorlagennummer: 0834/005

**Betreff: Neue Organisations- und Rechtsform der städtischen Weiterbildung
und Gründung einer Weiterbildungsgesellschaft**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, in welcher Organisations- und Rechtsform die städtische Weiterbildung in Zukunft betrieben werden kann. Gegenüber zu stellen sind insbesondere die Formen des städtischen Regiebetriebes und der gemeinnützigen GmbH.

Zu beginnen ist dabei mit dem Amt für Weiterbildung/VHS; einzubeziehen sind darüber hinaus die innerstädtische Fortbildung und die Weiterbildungsaktivitäten in einer Reihe einzelner Ämter.

Dabei muss die Anteilsmehrheit der Stadt Köln gesichert werden, um die kommunale Verantwortung zu wahren.

Ziel der Rechtsformänderung ist:

1. Eine Optimierung der verschiedenen Weiterbildungsaktivitäten durch klare Strukturen und Verantwortlichkeiten und durch Ressourcenbündelung;
2. Die Erhöhung des Fortbildungsgrades der Bevölkerung bei gleichzeitiger Verbesserung der Effizienz;
3. Die Beibehaltung eines wohnortnahen Angebots;
4. Die Verbesserung der Einnahmesituation durch bedarfs- und marktgerechte Weiterbildungsangebote auch unter dem Gesichtspunkt der Kooperation mit Bildungsangeboten nicht staatlicher Institutionen;
5. Die Erschließung neuer Geschäftsfelder und dadurch die Schaffung neuer Finanzierungsmöglichkeiten von Weiterbildungsmaßnahmen.

Sachstand:

Wie im Beschluss vorgesehen, hat das Amt für Weiterbildung/VHS mit einer Organisations- und Rechtsformprüfung begonnen. Es werden z.Z. Grundlagen erarbeitet, damit die unter Punkt 1 bis 4 genannten Ziele der Rechtsformänderung auf das Amt für Weiterbildung hin beleuchtet und bewertet werden können.

Sachstand 31.12.2007

Es gibt keinen neuen Sachstand.

Gremium: Ausschuss Schule und Weiterbildung
Sitzungsdatum: 26.09.2005
Vorlagenummer: 1386/005

Betreff: Carl-Stamitz-Musikschule in Köln-Porz

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung begrüßt grundsätzlich die kritische Analyse der Rheinischen Musikschule.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung bewertet die Carl-Stamitz-Musikschule und ihren Förderverein als wichtige Säulen im musikpädagogischen Angebot des Stadtbezirks Porz und spricht sich für die Aufrechterhaltung eines breiten Angebots von bezahlbarem Musikunterricht aus.

Berücksichtigt werden muss dabei auch ein Mindeststandard für die Beschäftigten des Fördervereins der Carl-Stamitz-Musikschule.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, ein Gesamtkonzept zur Sicherstellung des musikpädagogischen Angebotes der Carl-Stamitz-Musikschule und ihres Fördervereins zu erarbeiten und der Bezirksvertretung Porz sowie dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung zur Entscheidung vorzulegen. Hierbei sollen sowohl die Ergebnisse der Prüfungen im Rahmen der methodischen zentralen Aufgabenanalyse der Rheinischen Musikschule als auch die Petition des ‚Vereins der Freunde und Förderer der Carl-Stamitz-Musikschule Köln-Porz e.V.‘ berücksichtigt werden.

Sachstand:

Das Gesamtkonzept und eine entsprechende Beschlussvorlage wurden erarbeitet und mit Fachverwaltung und Förderverein erörtert. Derzeit findet der Abstimmungsprozess mit dem Förderverein statt. Die Umsetzung der von dem Beschluss betroffenen Ergebnisse der methodischen zentralen Aufgabenanalyse wird nach wie vor zurückgestellt.

Es liegt kein neuer Sachstand vor.

Gremium: Ausschuss Schule und Weiterbildung
Sitzungsdatum: 26.09.2005
Vorlagennummer: 1339/005

Betreff: Sponsoringkonzept für den Verein Neue Kölner Medien

Beschluss:

1. Auf Grundlage der Initiative des Unterausschusses Medien und Kommunikation wird die Verwaltung gebeten, ein Sponsoring- und Marketingkonzept zur Unterstützung des Vereins ‚Neue Kölner Medien‘ zu entwerfen, mit dem alle Ratsmitglieder und die Akteure auf dem Arbeitsmarkt bzw. insbesondere die Vertreter der Kölner Wirtschaft um nachhaltige Unterstützung gebeten werden, mit dem Ziel, dem Verein zur erfolgreichen Arbeit mit Geld- und Sachmitteln zu helfen. Nur so kann ein Ausstattungs- und Wartungsstandard gewährleistet werden, der an der Wirtschaftsentwicklung orientiert ist.
2. Die Verwaltung wird ferner gebeten, mit der Landesregierung Kontakt aufzunehmen, mit dem Ziel zu prüfen, inwieweit eine Neuauflage der Initiative gestartet werden kann, um die Kommunen von hohen Investitionen zu entlasten.

Sachstand:

1. Der Beschluss ist erledigt. Vom Media Center des Schulverwaltungsamtes wurde in Abstimmung mit dem Verein Neue Medien für Kölner Schulen e.V. ein Entwurf eines Sponsoringkonzeptes erstellt. Dieser Entwurf (DS 0583/006) wurde vom Rat in der Sitzung vom 22.06.06 beschlossen.

2. Der Beschluss ist erledigt. Die Ziele der e-initiative.nrw werden in anderer Form mit finanzieller Unterstützung des Landes weitergeführt.

Zur Fortführung der mit der e-initiative.nrw verfolgten Ziele ist eine gemeinsame Erklärung des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder NRW, des Landkreistages NRW, des Städte- und Gemeindebundes NRW und des Städtetages NRW in Düsseldorf am 26. November 2004 abgegeben worden. Diese Erklärung ist zur Information unten dokumentiert.

Bei der e-initiative – Netzwerk für Bildung handelte sich es um eine auf fünf Jahre (2000 – 2004) angelegte Initiative der Landesregierung und der kommunalen Spitzenverbände in NRW. Ziel war es, das Lernen mit neuen Medien intensiv zu fördern und in den Schulen des Landes zu einem sinnvollen Bestandteil des Alltags werden zu lassen.

Das Land NRW hatte in den Jahren 2000 – 2001 im Rahmen dieser Initiative u.a. zweckgebundene Investitions-Zuweisungen für die Ausstattung von Schulen mit Medientechnik und Software bereitgestellt. Darüber hinaus stellte es Fortbildungsmittel bereit, die die Kommunen verwenden konnten, um Fortbildungsangebote im Bereich neue Medien für Lehrkräfte bereitzustellen.

Ab 2002 wurden diese zweckgebundenen Investitions-Zuweisungen in voller Höhe von seinerzeit 33 Mio. Euro durch das Land in die neugeschaffene Schulpauschale einge-

bracht. Bereits im ersten Jahr der Schulpauschale sind über 420 Mio. € in die Kassen der kommunalen Schulträger für den Bau sowie die Modernisierung und Ausstattung von Schulen geflossen. Das Land NRW hatte damit die für die Schulbauförderung alter Art und die Förderung der technischen Ausstattung mit neuen Medien (e-initiative.nrw) zuletzt zusammen zur Verfügung stehenden rd. 265 Mio. € erheblich aufgestockt. Die Mittel der Schulpauschale dürfen ausdrücklich auch für Investitionen in die Ausstattung mit neuen Medien und die Systembetreuung und Wartung von schulischer Informationstechnik verwendet werden.

Die zunächst den Schulen über die Kommunen zur Verfügung gestellten Fortbildungsmittel sind hingegen ab 2002 durch das Land in Form von Fortbildungsetats den Schulen unmittelbar zugewiesen worden. Damit sollten die Schulen die Fortbildung selbständig nach den Bedürfnissen ihres jeweiligen Profils organisieren können. Auch die Fortbildungsmittel wurden durch das Land inzwischen erheblich erhöht.

Im vergangenen Jahr ist die gesamte Struktur der Lehrerfortbildung nach dem Muster der im Rahmen der e-initiative.nrw entstandenen e-teams im sogenannten Kompetenzteam zusammengefasst worden. Die Medienberater des eTeams Köln wurden in das Kompetenzteam Köln integriert.

Es bleibt deshalb festzuhalten, dass das Projekt „e-initiative“ zwar 2004 planmäßig ausgelaufen ist. Die Finanzierung durch das Land ist allerdings nicht ausgelaufen, sondern in Form der Schulpauschale, die auch heute noch an die Kommunen gezahlt wird, auf deutlich höherem Niveau als vorher verstetigt worden.

Dokumentation der Gemeinsamen Erklärung:

Gemeinsame Erklärung

des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder NRW, des Landkreistages NRW, des Städte- und Gemeindebundes NRW und des Städtetages NRW über Bilanz und Perspektiven der Zusammenarbeit in der **e-initiative.nrw - Netzwerk für Bildung 2000 – 2004**

Düsseldorf, den 26. November 2004

Die Zusammenarbeit in der e-initiative.nrw – Netzwerk für Bildung hat sich bewährt. Land und Kommunen haben in den vergangenen 5 Jahren trotz eingeschränkter Ressourcen ihre Anstrengungen zur Förderung des Lernens mit Neuen Medien in den Schulen deutlich verstärkt. Durch das gemeinsame Wirken haben sich die Rahmenbedingungen für das Lernen der Kinder und Jugendlichen mit Neuen Medien spürbar verbessert. Auf der Grundlage des Erreichten hat das Lernen mit Neuen Medien einen Beitrag zur Verbesserung der Lernkultur in den Schulen und damit auch zur Qualitätsentwicklung von Schule und Unterricht insgesamt geleistet. Damit wurde auch ein wichtiger Beitrag zur Chancengleichheit geleistet.

Bilanz und Perspektiven

In fünf Themenbereichen sind Erfolge sichtbar, es besteht auch weiterhin dauerhafter Handlungsbedarf:

1. Unterrichtsentwicklung mit Medien

Die Schulen in NRW haben in ihrer systematischen Arbeit für die Qualitätsentwicklung

von Unterricht Medienkonzepte als Teil ihrer Schulprogramme entwickelt und sind zum Teil bereits bei der Fortschreibung. Damit finden die Neuen Medien zunehmend ihren Platz im alltäglichen Unterricht als Werkzeuge in der Hand von Lehrerinnen und Lehrern und Schülerinnen und Schülern.

Von einer selbstverständlichen Verankerung Neuer Medien im Unterricht in allen Schulformen kann zurzeit noch nicht die Rede sein. Hier bedarf es noch einer verstärkten Verzahnung von Unterrichtsentwicklung und Medienkonzeptarbeit in den Schulen.

2. Infrastruktur und Ausstattung durch die Schulträger

Die IT-Infrastruktur in den Schulen in NRW ist trotz der prekären finanziellen Lage der kommunalen Schulträger in den vergangenen Jahren spürbar verbessert worden. Alle Schulen sind am Netz, eine große Zahl inzwischen breitbandig. Es ist durch Veranstaltungen, Fachtagungen, Publikationen und konkrete Unterstützung – gemeinsam mit zahlreichen Schulträgern – gelungen, das Instrument der Medienentwicklungsplanung zu implementieren und flächendeckend für Schulträger nutzbar zu machen. Dies war Voraussetzung für den kontinuierlichen und dauerhaften Prozess der Ausstattung. Hierzu hat auch die seit 2002 bestehende Schulpauschale beigetragen. Von den Beteiligten wird der Grad der Ausstattung als zufriedenstellend bezeichnet.

Mit dem flächendeckenden Ausbau der elektronischen Distribution von Bildungsmedien EDMOND leisten die Kommunen in NRW einen wichtigen Beitrag zur besseren Verfügbarkeit von Medien im Unterricht.

Im Hinblick auf Ausstattung und Vernetzung besteht auch in den nächsten Jahren weiterhin ein kontinuierlicher Handlungsbedarf insbesondere in den Bereichen Standardisierung, Vernetzung der Unterrichtsräume, Schaffung einer regionalen Infrastruktur, Ausstattung der Klassenräume, Erprobung neuer Ausstattungskonzepte und Bereitstellung von Medien.

3. Wartung und Support der Infrastruktur

Das Problem eines geregelten technischen Supports an allen Schulen konnte in den vergangenen 5 Jahren noch nicht flächendeckend gelöst werden. Allerdings wurde im Rahmen der e-initiative.nrw durch die Medienberatung NRW das Konzept eines gestuften IT-Supports (First-/Second-Level-Support) sowie eine entsprechende Aufgabenteilung zwischen Land und Kommunen entwickelt. Diese ist im Grundsatz akzeptiert.

Für die Zukunft besteht die Notwendigkeit, die vereinbarte Arbeitsteilung umzusetzen. Eine Moderation dieses Prozesses durch die Medienberatung NRW ist weiterhin sinnvoll und notwendig.

4. Lehrerfortbildung und Beratung

Die Ergebnisse der Evaluation zeigen, dass bereits über 70% der Lehrerinnen und Lehrer an Maßnahmen zur Fortbildung im Bereich der Neuen Medien teilgenommen haben. Zwei zentrale Ziele konnten so erreicht werden:

- Die Einstellung der Lehrerinnen und Lehrer zur Rolle und Bedeutung der Neuen Medien hat sich zum Positiven gewandelt;
- Lehrerinnen und Lehrer gehen bei der Unterrichtsvorbereitung selbstverständlich mit den Neuen Medien um. Sie berichten mehrheitlich über eine positive Veränderung der Lehrerrolle durch den Einsatz der Neuen Medien im Unterricht, über interessanteren Unterricht, steigende Schülermotivation und Förderung selbstständigen Lernens.

Es besteht aber noch erheblicher Handlungsbedarf. Um die Nutzung der Neuen Medien im Unterricht zu intensivieren, bedarf es einer dauerhaften Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer durch das Land NRW - jetzt müssen die Angebote verstärkt die Unterrichtsentwicklung in den Schulen unterstützen. Dies gilt nach wie vor auch für die

Lehrerbildung. Im Bereich der Unterstützung von Schulen und Schulträgern haben die Partner in der e-initiative.nrw eine Reihe von Empfehlungen und Handreichungen entwickelt und Fachveranstaltungen durchgeführt, die wichtige Impulse für die systematische Implementierung Neuer Medien im Unterricht gegeben haben. Ebenfalls bewährt haben sich die e-teams.nrw in den 54 Städten und Kreisen mit ihrem Beratungsangebot für Schulen und Schulträger.

Diese flächendeckenden Unterstützungsangebote müssen weitergeführt werden.

5. Zusammenarbeit mit der Wirtschaft

In der Laufzeit konnten zahlreiche Unternehmen für die Zusammenarbeit gewonnen werden. Wichtige Projekte wurden realisiert, die dazu beigetragen haben, das Lernen mit Neuen Medien in den Unterrichtsalltag zu integrieren. Gemeinsam mit Siemens Business Service gelang es z.B. die Grundlagen für die Medienentwicklungsplanung und die Medienkonzeptarbeit der Schulen zu erarbeiten; gemeinsam mit der Deutschen Telekom AG und kommunalen Telekommunikationsunternehmen konnten alle Schulen in NRW einen Internetanschluss erhalten; zahlreiche Unternehmen haben die Schulen mit Sonderkonditionen für Produkte und Dienstleistungen unterstützt.

Beispiele, die zeigen: Unternehmen sind bereit, dauerhaft für die schulische Entwicklung als Partner Verantwortung zu übernehmen. Diese erfolgreiche Zusammenarbeit war Grundlage für die Gründung der Stiftung Partner für Schule NRW. In einem erfolgreichen Dialog mit den Verlagen ist ein Innovationsprozess auf dem Markt der Lernmittel angestoßen worden. Die Anbieter von Lernmitteln werden kontinuierlich mit den Entwicklungen in NRW (Kernlehrpläne, Neue Schuleingangsphase, EDMOND, Zulassungsverfahren, u.a.) befasst und dabei unterstützt, neue Bildungsmedien für veränderte Anwendungen in den Schulen in NRW zu entwickeln.

Dieser wichtige Prozess muss dauerhaft weitergeführt werden, damit auf dem Markt geeignete multimediale Lernumgebungen zur Verfügung stehen.

Unterstützungsstrukturen für die Weiterarbeit

Als zentrale Ergebnissicherung der Erfahrungen aus der e-initiative.nrw sind zwei aufeinander bezogene schlanke „Unterstützungsstrukturen“ über das Ende 2004 hinaus vereinbart und arbeiten ab 2005 weiter:

Stiftung Partner für Schule NRW

Die Stiftung Partner für Schule NRW wurde im Juni 2003 mit dem Ziel gegründet, die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft in NRW zu systematisieren und auszubauen. Inzwischen sind 20 Unternehmen Stifter und realisieren Projekte mit Schulen. Die Unterstützung und Weiterentwicklung des Lernens mit Neuen Medien stellt dabei einen Aufgabenschwerpunkt der Stiftung dar.

Medienberatung NRW

In Trägerschaft der beiden Landschaftsverbände wird die Medienberatung NRW in Verantwortung des Medienzentrums Rheinland und dem Westfälischen Landesmedienzentrum die bisherigen Unterstützungsleistungen für die Schulen und Schulträger in NRW weiterführen und weiterentwickeln.

Als lokale Beratungsagenturen stehen die e-teams.nrw auch in Zukunft zur Verfügung.

Künftige Zusammenarbeit

Neue Medien verändern langsam, aber kontinuierlich die Unterrichtspraxis. Sie sind damit unerlässlich für die Entwicklung einer neuen Lernkultur als zentraler Bestandteil

der Qualitätsentwicklung der Schule insgesamt. Es ist daher unverzichtbar, den angestoßenen Prozess der Veränderung weiterhin zu unterstützen, ihn zu begleiten und systematisch zu fördern. Die Weiterentwicklung des Lernens mit Medien in den Schulen in NRW bleibt damit auch in den kommenden Jahren gemeinsame Aufgabe von Land und Kommunen. Auf der Grundlage der erfolgreichen Zusammenarbeit der vergangenen 5 Jahre verabreden das Land und die Kommunen in NRW auch für die Zukunft eine enge Abstimmung der gemeinsamen Bemühungen bei der Weiterentwicklung des Lernens mit Medien in den Schulen. Insbesondere im Bereich der Medienberatung NRW werden die zentralen Schwerpunkte der Angebote für Schulen und Schulträger auch in Zukunft eng zwischen dem Ministerium für Schule, Jugend und Kinder, dem Medienzentrum Rheinland, dem Westfälischen Landesmedienzentrum und den Kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt. Hierzu arbeitet der Arbeitskreis „Medien an Schulen“ im Medienzentrum Rheinland in der bewährten Form weiter.

Gremium: Ausschuss Schule und Weiterbildung
Sitzungsdatum: 20.03.2006
Vorlagennummer: 1144/005

Betreff: Schulgrundstück Palmstraße/Alte Wallgasse

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den zuständigen Ausschüssen Vorschläge vorzulegen, die es der Gebäudewirtschaft ermöglichen, das in der vorhandenen, geschlossenen Bebauung eine Lücke darstellende Schulgrundstück Palmstraße neu zu fassen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Schule an dem vorhandenen Ort oder in unmittelbarer Nähe erhalten bleibt. Dies darf nicht grundsätzlich zu zusätzlichen Belastungen für den Schulträger führen.

Sachstand:

Dem v. g. Beschluss liegt folgender Beschlussvorschlag der FDP-Fraktion vom 12.08.2005 zu Grunde:

Die Verwaltung wird beauftragt, den zuständigen Ausschüssen Vorschläge vorzulegen, die es der Gebäudewirtschaft ermöglichen, das in der vorhandenen geschlossenen Bebauung eine Lücke darstellende Schulgrundstück Palmstraße städtebaulich neu zu fassen. Dabei sind auch Überlegungen im Hinblick auf eine mögliche Zusammenfassung von Schulstandorten anzustellen, beispielsweise mit dem Objekt Antwerpener Straße/Genter Straße.

Am 16.01.2006 wurde der Ausschuss für Schule und Weiterbildung zu dieser Angelegenheit wie folgt informiert:

„Zu dem Ursprungsantrag der FDP-Fraktion nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

1. Prognose und Bedarfsdarstellung

Zum Schuljahr 2004/05 wurden insgesamt 114 Schüler in 5 Klassen unterrichtet. Die langfristige Prognose geht von einer 1 – 1,5 Zügigkeit mit insgesamt 4-6 Klassen aus. Um den Raumbedarf auf Basis des vorliegenden Raumprogramms zu decken, müssen 7 Unterrichtsräume, 180 m² für den Offenen Ganztag, sowie 1 Sportübungseinheit vorhanden sein.

2. Erläuterung

Die KGS Palmstraße ist die einzige Grundschule innerhalb der Ringe zwischen Hahnenstraße/Neumarkt/Cäcilienstraße und Kyotostraße/Viktoriastraße. Als KGS reicht der Schulbezirk nördlich bis nahe an die innerstädtische Bahntrasse und südlich über den Neumarkt hinweg. Der Großteil der Schüler kommt aus dem Kerneinzugsgebiet zwischen Ringen, Neumarkt und Christophstraße.

Die KGS Palmstraße ist die Nachfolgeschule der ehemaligen Grundschule im Friesenviertel, die aufgrund der Gerlingerweiterung Mitte der 70er Jahre dort weichen musste. Der Baukörper der KGS Palmstraße wurde damals durch Gerling finanziert und ist daher in einfacher Ausführung für 8 Regelklassen als Fertigbau nach damaligem Stan-

dard errichtet worden. Die Grundstücksgröße, einschließlich der Spielplatzfläche umfasst rd. 2.400 m² und liegt damit unter der Flächenanforderung für eine 1-zügige Grundschule (2.500 m²). Die Sporthalle des unmittelbar benachbarten Gymnasiums Alte Wallgasse wird mitgenutzt.

Z.Zt. werden große Teilbereiche des Spielplatzes als Baustelleneinrichtung für die benachbarte Baustelle Ecke Ehrenstraße/Alte Wallgasse genutzt. Hier wird bereits ein Teil der Baulücke geschlossen. 40 hat dieser befristeten nichtschulischen Nutzung im gesamtstädtischen Interesse zugestimmt.

Überlegungen eines Investors, die Schule im Rahmen einer Baulückenschließung in Wohnbebauung zu integrieren hat die Schulverwaltung in einem Gespräch widersprochen. Eine solche Variante wird auch zukünftig für die Schulverwaltung nicht tragbar sein.

Mitte Juni 2005 wurde auf Anfrage von der Schulverwaltung im Zuge der OGTS-Planungen durch die Gebäudewirtschaft bestätigt, dass keine aktuellen Überlegungen oder Pläne zur Überplanung des Grundschulgrundstückes vorliegen. Daraufhin wurde der Planungsauftrag für die erforderlichen Umbauten erteilt.

An der im Ratsantrag der FDP genannten Standortalternative Antwerpener Straße 19-29 ist die GGS Antwerpener Straße untergebracht. Gemäß der mittel- und langfristigen Prognose für die GGS Antwerpener Straße wäre es möglich, dort anstelle einer 2-zügigen eine 3-zügige Grundschule unterzubringen. Für die Verlegung der KGS Palmstraße als eigenständige, 2. Grundschule am Standort Antwerpener Straße stehen nicht genügend Verwaltungsräume (Lehrerzimmer, Sekretariat, Schulleiterzimmer, etc.) zur Verfügung. Eine Zusammenlegung von 2 bisher selbstständigen Grundschulen zu einer Grundschule erfordert neben der Mitwirkung der einzelnen Schulkonferenzen zu Zusammenlegung und räumlicher Veränderung, eine aufwändiges Bestimmungsverfahren zur Schulart (GGS, Bekenntnisschule oder Weltanschauungsschule) der neuen Grundschule. Die Mindestgrößen beider Grundschulen für einen geordneten Schulbetrieb gem. § 82 Schulgesetz NRW werden jedoch erreicht, so dass ein Handlungsbedarf des Schulträgers hier nicht gegeben ist.

Der Schulträger beabsichtigt derzeit hier keine Standortverlagerungen von Grundschulen. Durch die von der neuen Landesregierung beabsichtigte schrittweise Reduzierung des Schuleingangsalters von 6 auf 5 Jahre wird für eine Übergangszeit mit höheren Schülerzahlen in den Eingangsklassen zu rechnen sein. Das Schulverwaltungsamt hält es für sehr problematisch, gerade im hochgradig verkehrsbelasteten Innenstadtbereich die Schulwege für die zukünftig 5 jährigen Schulneulinge zu erhöhen. Mit einer Aufgabe des Grundschulstandortes Palmstraße würde die Attraktivität der Innenstadt für Familien mit Kindern weiter sinken.

Der Schulverwaltung liegen keine Informationen vor, dass das Gebäude Palmstraße mittel- und langfristig nicht mehr zu nutzen ist.

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen führt zu keiner veränderten Beurteilung des dargestellten Sachverhaltes. Schulreserveflächen sind im Innenstadtbereich nicht vorhanden. Die Findung eines alternativen Standortes in unmittelbarer Nähe erscheint aufgrund der Innenstadtlage unwahrscheinlich.

Wie in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 20.03.2006 durch 26, Herrn Rummel dargestellt wurde, ist die Umsetzung des Beschlusses nur durch den Neubau der Schule in Block-Randbebauung möglich.

Die Schulverwaltung ist verpflichtet, die ihr zur Verfügung stehenden Finanzmittel zielgerichtet dort einzusetzen, wo ein akuter Bedarf besteht. Dies ist hier nicht der Fall. Die Schulverwaltung hat für einen Neubau der KGS Palmstraße keine Planungsgrundlage, weil einerseits das Raumprogramm für die Grundschule erfüllt wird und andererseits der Bauzustand des Gebäudes eine mittel- und langfristige Grundschulnutzung, einschließlich dem Offenen Ganztagsbetrieb, zulässt.

Sachstand zum 27.06.2007:

Kein neuer Sachstand

Sachstand zum 31.12.2007:

Kein neuer Sachstand

Gremium: Ausschuss Schule und Weiterbildung
Sitzungsdatum: 24.04.2006
Vorlagenummer: 0560/006

Betreff: Infoportal zu verfügbaren Plätzen in der Offenen Ganztagsschule

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Angebot an Betreuungsplätzen in den Offenen Ganztagsschulen stadtbezirksbezogen in den Internetauftritt der Stadt Köln einzubinden.

Wir bitten des Weiteren um Prüfung, inwieweit sich eine solche Darstellung in Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Schulverwaltung in das bereits existierende Bildungsportal www.bildung.koeln.de integrieren lässt.

Sachstand:

Die 161 Grund- und Förderschulen mit Angeboten der Offenen Ganztagsschule ab dem Schuljahr 2007/2008 werden im Internet eingestellt. Die verfügbaren Plätze sind dabei nicht eingestellt. Das Anmeldeverfahren für das kommende Schuljahr ist abgeschlossen. Es hat die Übernahme der Kinder mit bisherigem Ganztagsplatz und die Vergabe der übrigen Plätze nach bestimmten Kriterien (z. B. Berufstätigkeit der Eltern) berücksichtigt. Unterjährig wird es keine verfügbaren Plätze geben. Sie werden erst wieder ab Schuljahresbeginn 2008/2009 und in erster Linie fluktuationsbedingt zur Verfügung stehen. Die konkrete Anzahl kann derzeit nicht ermittelt werden.

Sachstand zum 31.12.2007:

Die fluktuationsbedingt zur Verfügung stehenden Plätze wurden im Rahmen einer Bedarfsabfrage im Dezember 2007 ermittelt. Nach Auswertung der Bedarfe sowie der zur Verfügung stehenden Kapazitäten ist eine Aussage zum Angebot bzw. zu evtl. bestehendem Mehrbedarf zu treffen.

Gremium: Ausschuss Schule und Weiterbildung
Sitzungsdatum: 11.09.2006
Vorlagenummer: 1233/006

Betreff: Fortschreibung des Maßnahmenprogramms zur Integration

Beschluss:

„Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die vorgelegten Anträge und den darauf basierenden Beschluss des Integrationsrates zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, dem Schulausschuss zu den jeweiligen Punkten entsprechende Berichte zu liefern, was dort tatsächlich im einzelnen umgesetzt wurde bzw. zukünftig umgesetzt wird.“

Sachstand:

Die Federführung für die Fortschreibung des Interkulturellen Maßnahmenprogramms liegt beim Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt / Interkulturelles Referat. Um die Fortschreibung und Weiterentwicklung des Interkulturellen Maßnahmenprogramms dauerhaft sicherstellen zu können, wurde bei V/2, Interkulturelles Referat, eine Stelle zugesetzt.

Das bisherige Maßnahmenprogramm wird derzeit - entsprechend der im Beschluss formulierten Schwerpunktsetzung - unter Beteiligung aller relevanten Fachressorts fortgeschrieben. Eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe zur Fortschreibung des Programms wurde einberufen und hat ihre Arbeit aufgenommen. Sie hat den Zeitrahmen, die Verfahrenswege, die Arbeitsformen und die inhaltliche Struktur festgelegt. Diese bilden die Grundlage für eine standardisierte, fortschreibungsfähige und zukunftsweisende Darstellung der Maßnahmen unter Berücksichtigung der Faktoren

- Sozialraumbezug,
- Ziele,
- Zielgruppen,
- Ressourcen,
- Beteiligten/Kooperationspartnern sowie
- Perspektiven/notwendige Folgemaßnahmen.

Das Maßnahmenprogramm ist wesentlicher Bestandteil des Kölner Integrationsgesamtkonzeptes. Fachliche Standards, Bedarfe und Ressourceneinsatz werden begleitend von der Kölner Integrationskonferenz und dem Kölner Integrationsrat formuliert. Das Maßnahmenprogramm wird den zu beteiligenden Gremien nach Fertigstellung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Gremium: Ausschuss Schule und Weiterbildung
Sitzungsdatum: 12.03.2007
Vorlagenummer: ohne

Betreff: Konzept für den Ganztag an weiterführenden Schulen(Sekundarstufe I)

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, ein Konzept zu erarbeiten, welches mittelfristig den Ganztagsbetrieb auch für weiterführende Schulen (Sekundarstufe I) ermöglicht. Dabei sind insbesondere die Schaffung von ausreichenden und gesunden Verpflegungsmöglichkeiten (Stichwort: Gesunde Ernährung) vorzusehen. Die finanziellen Konsequenzen sind darzustellen.

Bei den geplanten Neu- und Erweiterungsbauten an weiterführenden Schulen sollen die räumlichen Voraussetzungen für einen Ganztagsbetrieb Berücksichtigung finden.

Über die bisherigen Maßnahmen in der Sekundarstufe I hinaus sind mit dem Land Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, eine Ganztagsperspektive besonders für die weiterführenden Schulen zu finden, in denen durch die stark anwachsenden Unterrichtsstunden („Verkürzung der Schulzeit“) die Notwendigkeit von Ganztagesplätzen besonders hoch ist.

Die Verwaltung wird gebeten, ein Stufenmodell zu entwickeln, dass die Schulen nach der Dringlichkeit einer Umwandlung ordnet und in dem folgende Punkte zu berücksichtigen sind.

1. Es ist eine Gewichtung der Schulen nach der gestiegenen Unterrichtsstundenzahl vorzunehmen. Das betrifft in erster Linie die Gymnasien.
2. Für andere weiterführende Schulformen sind Konzepte darzustellen, die Möglichkeiten zum Ganztagsunterricht aufzeigen. Dabei sind insbesondere schulübergreifende Kooperationen zu fördern.

Dem Ausschuss Schule und Weiterbildung ist zeitnah ein Bericht vorzulegen.

Mit der Schulaufsicht ist abzustimmen, wie ein möglichst flächendeckender Ganztagsbetrieb in Köln realisiert werden kann.

Sachstand:

Die Verwaltung hat den Schulleitungen der Realschulen und Gymnasien einen Fragebogen zur Mittagsverpflegung in der Sek I übersandt. Nach Auswertung der Fragebögen ist geplant mit den einzelnen Schulleitungen auf der Basis bestehender Ganztagskonzepte im Gebäudebestand Individuallösungen zu erarbeiten, die unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden städtischen Investitionsmittel im Rahmen des Zeit-/Maßnahmeplanes realisiert werden können. Seitens des Landes NRW werden für den Ganztag in Sek I – Schulen keine gesonderten Fördermittel bereitgestellt. Bei den Planungen für Neu- und Erweiterungsbauten werden die räumlichen Erfordernisse für den Ganztag bereits umfänglich berücksichtigt.

Sachstand Dezember 2007:

Der Rat hat in seiner Sitzung vom 13.12.2007 einen Grundsatzbeschluss zur Mittagsversorgung im Sekundarbereich I gefasst. Mit dem Beschluss wurde auch das Raumprogramm festgelegt und entschieden, dass in erster Priorität die Gymnasien entsprechend umgerüstet werden. Im Anschluss folgen die Realschulen.

Nach einer Begehung der Schulen inkl. Festschreibung der erforderlichen Baumaßnahmen mit Kosten wird dem Rat eine jährliche Zeit-/Maßnahmeplanung zur Entscheidung vorgelegt. Die Finanzierung soll auch aus Mitteln der Schulpauschale erfolgen.

Der Auftrag ist damit erledigt.

Gremium: Ausschuss Schule und Weiterbildung
Sitzungsdatum: 23.04.2007
Vorlagenummer: 0160/007

Betreff: Stadt Köln beteiligt sich am Landeswettbewerb für die besten kommunalen Konzepte zur kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen

Beschluss:
Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt, dass sich die Stadt Köln an dem von der Landesregierung ausgeschriebenen Wettbewerb für die besten kommunalen Konzepte zur kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen beteiligt. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenhang mit geeigneten Initiativen und Objekten einen Antrag im Sinne der Ausschreibung zu erstellen.
Sachstand:
Das Gesamtkonzept zur kulturellen Bildung im Sinne des Landeswettbewerbs wurde federführend im Amt für Weiterbildung unter Einbeziehung aller wesentlichen Akteure vorbereitet und fristgerecht am 31.08.2007 bei der Bezirksregierung Köln eingereicht.

Gremium: Ausschuss Schule und Weiterbildung
Sitzungsdatum: 04.06.2007
Vorlagenummer: ohne

Betreff: Expertenhearing zur Bildungsberichterstattung

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung fordert die Verwaltung auf, zeitnah ein Expertenhearing zum Thema zur Bildungsberichterstattung zu organisieren.

Ziel ist es, möglichen Handlungsbedarf für Köln aufzuzeigen und Schwerpunktsetzungen in Bildungsfragen vorzunehmen. Neben dem Bildungsbericht, der vom AK Bildung der Leitbildgruppe bereits initiiert wurde, sind auch landes- und bundesweite Überlegungen, Initiativen und Materialien zum Thema Bildungsmonitoring in die Fachtagung mit einzubeziehen. Da die Federführung für die Bildungsberichterstattung dem Amt für Weiterbildung obliegt, wird dieses Amt mit der Organisation des Hearings beauftragt.

Sachstand:

In Absprache mit dem Leitbildarbeitskreis Bildung wird das Expertenhearing am 06. März 2008 stattfinden. Organisation und Finanzierung erfolgt durch das Amt für Weiterbildung innerhalb des Projektes „Lernende Region – 2. Erweiterungsphase“.

Gremium: Ausschuss Schule und Weiterbildung
Sitzungsdatum: 13.08.2007
Vorlagenummer: A/0339/007

Betreff: Grundreinigung an Schulen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Grundreinigung an Kölner Schulen - wie in den Beschlüssen zum Haushalt 2007 festgelegt - wieder einmal pro Jahr durchzuführen. Darüber hinaus bitten wir die Verwaltung um Prüfung und ggfs. Erhöhung der bisherigen Qualitätsstandard für die Reinigung sowie um eine entsprechende Kontrolle. Notwendig ist zudem eine bessere Abstimmung der Reinigungsintervalle zwischen den beteiligten Ämtern.

Sachstand:

Für 2007 und Folgejahre wurden dem Servicebetrieb Reinigung die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt, um die Grundreinigungen in den Kölner Schulen wieder einmal jährlich durchzuführen. Die Grundreinigungen können nur in den Ferienzeiträumen erfolgen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in den ca. 150 Schulen, die als Offene Ganztagschulen genutzt werden, auf Grund der durchgehenden Nutzung nur ein Zeitraum von drei Wochen während der Sommerferien für die Leistung zur Verfügung steht.

Bereits für 2007 wurden die Grundreinigungsintervalle entsprechend geändert. Lediglich in den Schulen, in denen während des geplanten Durchführungszeitraumes Baumaßnahmen etc. durchgeführt wurden, konnte die Grundreinigung nicht im Jahresrhythmus realisiert werden. In diesen Schulen wird in Abstimmung mit den Schulleitungen die Grundreinigung in der Regel in der folgenden Ferienperiode erfolgen.

Die vertrags- und ordnungsgemäße Durchführung der Arbeiten wird durch die Außendienstmitarbeiter/innen des Servicebetriebs Reinigung und die Schulhausmeister überprüft.

Hinsichtlich der Intervalle gilt grundsätzlich, dass die Reinigungsleistung für die einzelne Schule in der Regel jeweils für den gleichen Ferienzeitraum beauftragt wird, es sei denn, dass seitens der Schulleitung ein anderer Ferienzeitraum gewünscht wird. Der Servicebetrieb Reinigung stimmt Anfang eines jeweiligen Jahres mit dem Schulverwaltungsamt ab, ob der vorgesehene Ferienzeitraum von Baumaßnahmen etc. tangiert ist, so dass ggf. eine Verlegung erforderlich wird.

Darüber hinaus läuft mittlerweile ein Pilotprojekt „Ergebnisorientierte Reinigung“ in einigen Schulen auf freiwilliger Basis. Hier soll der Qualitätsstandard der Reinigung verbessert werden. Das Reinigungsergebnis bei den Pilotschulen ist zufriedenstellend bis gut.

Gremium: Ausschuss Schule und Weiterbildung
Sitzungsdatum: 13.08.2007
Vorlagenummer: A/0340/007

Betreff: Hochbegabtenförderung an Kölner Schulen

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, das Angebot von Lehrerfortbildungen für Lehrkräfte zum Erkennen, Verstehen und Fördern von hoch begabten Schülerinnen und Schülern auszubauen und damit Lehrkräfte zu befähigen, einen offenen und differenzierten Unterricht zu erteilen, von der Hochbegabte profitieren. Ebenso sollen die Lehrkräfte damit in die Lage versetzt werden, eine fundierte Elternberatung zu leisten. Damit können die Ziele einer individuellen Förderung jedes Kindes weiterverfolgt werden.

Wir bitten die Verwaltung, als Schulträger ein Konzept für alle weiterführenden Schulen zu entwickeln, das abfragt, welche konkreten Unterstützungsmaßnahmen sie etwa in der Beratung benötigen. Ziel sollte eine Hilfestellung zum bereits existierenden Angebot für Hochbegabte sein, was auch eine „Scharnierfunktion“ zu anderen Lehrinstitutionen wie etwa der Universität besitzt.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, für eine Förderung hochbegabter Schülerinnen und Schüler die geeignete Infrastruktur, wie z.B. in Form von Schulbibliotheken mit längeren Öffnungszeiten, vorzuhalten.

Erforderliche Haushaltsmittel für diese Maßnahmen wurden in ausreichendem Umfang bereits zusätzlich eingestellt.

Sachstand:

Das Projekt Hochbegabung Köln (PHK) hat sich bemüht, in Abstimmung mit der Bezirksregierung (Generalie Hochbegabung) sowie dem Kompetenzteam in NRW für die Stadt Köln eine Grundlage für die Kooperation zu schaffen. Der Einstieg in die Konzeptgestaltung ist erfolgt.

Gremium: Ausschuss Schule und Weiterbildung
Sitzungsdatum: 13.08.2007
Ds-Nr.: A/0310/007

Betreff: Einführung von Schul-SMS gegen Schulabstinenz

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung verweist den Antrag der FPD-Fraktion

„Die Verwaltung wird beauftragt, an geeigneten Kölner Schulen ein System der Schul-SMS einzuführen, um die Erziehungsberechtigten der Schülerinnen und Schüler über das Nichterscheinen der Tochter/des Sohns am Unterricht in Kenntnis zu setzen“

mit der Bitte um Beratung in das Netzwerk Erziehung und bittet das Netzwerk darum, den Ausschuss über das Ergebnis zu unterrichten. Zudem wird das Netzwerk gebeten, im Ausschuss für Schule und Weiterbildung über die Arbeit des Netzwerks zu berichten.“

Sachstand:

Eine Stellungnahme wurde dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung in der Sitzung am 26.11.2007 vorgelegt.

Der Beschluss ist somit erledigt.

Gremium: Ausschuss Schule und Weiterbildung
Sitzungsdatum: 22.10.2007
Ds-Nr.: AN/0888/2007

Betreff: Bildungslandschaft Höhenberg / Vingst

Beschluss:

Die Schul- und Jugendverwaltung wird gebeten, im Sinne einer regionalen Bildungslandschaft Gespräche mit den örtlichen Akteuren wie z.B. den Schulen, der GAG, der Gebäudewirtschaft der Stadt und den Wohnversorgungsbetrieben zu führen, um gemeinsam Vorschläge einer besseren Koordination vor Ort zu entwickeln.

Ziel des vorliegenden Antrages ist die Prüfung der Schaffung eines Kooperationsverbunds, der das Veedel zwischen Olpenerstr, Burgstr, Schulstr und Nürnberger Str. so fördert, dass die Kindertagesstätte, die Montessori Grundschule, die Ganztagshauptschule, das Projekt Mehrgenerationen Wohnen der GAG und der normale Wohnungsbestand der GAG und die Sozialhäuser in diesem Stadtquartier als Ganzes betrachtet und gedacht wird.

Dabei ist eine enge Abstimmung mit den wesentlichen Akteuren des vorhandenen Sozialraumprojektes zu suchen.

Zu prüfen ist weiterhin, inwieweit dieses Projekt als Modell für die Ausbreitung von regionaler Bildungslandschaft in andere Sozialräume geeignet ist.

Sachstand:

s. JHA vom 30.10.2007; AN/0939/2007

Die Initiatoren des Prüfauftrags haben die möglichen Beteiligten aus den betroffenen Wohngebieten zu einem Treffen am Samstag, den 09.02.2008 eingeladen. Hier sollen Ideen und Wünsche der Beteiligten geäußert werden. Auf Wunsch der Initiatoren soll das Ergebnis dieses Arbeitstreffens die Ausgangslage für den Beginn der Überprüfung durch die Verwaltung (Ff bei IV/2) darstellen. In diesem Sinne ruht der Prüfauftrag bis zum Frühjahr 2008.

Gremium: Ausschuss Schule und Weiterbildung
Sitzungsdatum: 22.10.2007
Vorlagennummer: AN/1060/2007

Betreff: Aktionsprogramm "Unsere Schule soll schöner werden - Wir packen´s an!"

Beschluss:
Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Aktionsprogramm „Unsere Schule soll schöner werden - Wir packen´s an!“ zu entwickeln. In einem ersten Schritt sollen kurzfristig für Verschönerungsmaßnahmen 20.000 Euro bereitgestellt werden, die von den Schulen eigenverantwortlich verwendet werden können. Das Aktionsprogramm soll durch eine intensive Öffentlichkeitskampagne begleitet werden. Die Verwaltung soll dem Rat für den Haushaltsplan 2008 einen Finanzierungsvorschlag zur Fortschreibung des Aktionsprogramms unterbreiten.
Sachstand:
Ein Finanzierungsvorschlag des Aktionsprogramms wird im I. Quartal 2008 unterbreitet.

Beschlüsse des Sportausschusses

Gremium: Sportausschuss
Sitzungsdatum: 22.05.2001
Vorlagenummer: 0343/001

Betreff: Erhalt der Turnhalle Berliner Straße

Beschluss:

Der Sportausschuss beauftragt die Verwaltung, dauerhaft sicherzustellen, dass am bisherigen Standort Berliner Straße oder in unmittelbarer Nähe eine Turnhalle den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Sportvereinen zur Verfügung steht. Dabei ist eine übergangslose Lösung anzustreben.

Sachstand:

Der Sachstand aus der 2. Berichtshälfte 2004 ist nach wie vor gültig und nachfolgend auszugsweise nochmals dargestellt:

Nach Auskunft der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln betragen die Kosten für die Errichtung der erwünschten Halle mindestens 2,3 Mio. €.

Die Bereitstellung der Halle für den Vereinssport erfordert nach derzeitigem Stand eine monatliche Miete, ohne Betriebskosten, in Höhe von ca. 10.000,-- €.

Nach heutigem Kenntnisstand über die haushaltsplantechnischen Entwicklungen der nächsten Jahre kann eine solche Finanzierung aus dem Sportetat nicht gesichert werden.

Die Bedarfsnotwendigkeit für den Hallenstandort besteht nach wie vor.

Gremium: Sportausschuss
Sitzungsdatum: 30.10.2001
Vorlagennummer: 1847/001, 1929/001

Betreff: Einrichtung von beleuchteten Sport- und Freizeitstrecken

Beschluss:

Der Sportausschuss beauftragt die Verwaltung, zu prüfen, inwiefern die Einrichtung je einer beleuchteten Sport- und Freizeitstrecke sowohl im rechts- wie im linksrheinischen Köln realisiert werden kann und ob die Finanzierung durch Sponsoringgelder, z.B. von der GEW, gesichert werden kann. Dem Ausschuss ist bis Ende Januar 2002 ein Ergebnis vorzulegen. Dabei sind die Erfahrungen der beleuchteten Joggingstrecken am Fühlinger See zu berücksichtigen.

Sachstand:

Der Wunsch nach Errichtung von beleuchteten Laufstrecken wurde unter anderem auch im Rahmen des Bürgerhaushaltes mehrfach geäußert und unterstreicht Kölns besonderen Stellenwert im Laufsport und die hohe Akzeptanz des Lauf- und Jogging-sports quer durch alle Bevölkerungskreise und Altersklassen. Aus der Sicht der Sportfachverwaltung ist es erforderlich, unter Beteiligung der Sport- und Grünverwaltung und der Stadtplanung sowie potenzieller Wirtschaftspartner ein ökologisch und unter Berücksichtigung neuester energiewirtschaftlicher Gesichtspunkte gesamtstädtisches Konzept für eine links- und rechtsrheinisch beleuchtete Laufstrecke zu entwickeln. Dafür sollten als erster Schritt Planungsmittel in Höhe von zunächst 25.000,-- Euro pro Strecke bereitgestellt werden, um die grundsätzliche Machbarkeit und Umsetzbarkeit prüfen zu können.

Gremium: Sportausschuss
Sitzungsdatum: 28.05.2002
Vorlagennummer: 0782/002

Betreff: Gesamtkonzept Schülerbetreuung und Sportförderung

Beschluss:

Der Sportausschuss beauftragt die Verwaltung, das vom StadtSportBund entwickelte Gesamtkonzept zur Schülerbetreuung und Sportförderung in Grundschulen hinsichtlich einer zügigen Umsetzung (zum Beginn des neuen Schuljahres) zu prüfen.

Die Ansätze des „Paderborner Modells“ sollten Berücksichtigung finden. Das Sportamt, die Sportvereine, der StadtSportBund Köln, das Amt für Kinder, Jugend und Familien, das Schulamt, das Schulverwaltungsamt, das Gesundheitsamt etc. sind zu beteiligen.

Hinsichtlich der Finanzierung sollten auch Krankenkassen und Sponsoren aus dem Sportbereich in die Beratung über die Konzeption eingebunden werden.

Sachstand:

Folgender Sachstand aus der 1. Berichtshälfte 2006 wird nachfolgend dargestellt:

Zur Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 06.02.2003 zum Thema „Offene Ganztagsgrundschule“ (OGTS) wurde im Frühjahr 2003 ein Unterausschuss „Ganztagsbetreuung“ gegründet, bestehend aus Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses, des Ausschusses Schule und Weiterbildung und der Verwaltung.

Sein Hauptaugenmerk liegt auf der Realisierung der „OGTS“ in Köln.

Eine entsprechende Pilotphase wurde im Schuljahr 2003/2004 mit fünf Grundschulen gestartet. Festgelegtes Ziel ist, dass mit Beginn des Schuljahres 2007/2008 jedem interessierten Grundschulkind ein entsprechendes Angebot zur Verfügung steht.

Im Schuljahr 2005/2006 bestehen 76 „OGTS“ mit 4.353 Plätzen (der Bedarf liegt mittlerweile bei 15.600). Ursprünglich war ein Bedarf von 10.000 Plätzen ermittelt worden, der zum Schuljahr 2007/2008 realisiert werden muss. Mittlerweile wurde seitens des Ausschusses für Schule und Weiterbildung eine Erhöhung auf 17.400 Plätze beschlossen.

Die Einbeziehung von Sportangeboten in das Gesamtkonzept ist avisiertes und gefordertes Ziel. Hilfe und Beratung hinsichtlich möglicher Sportangebote werden sowohl vom Schulverwaltungsamt, Projektorganisation, als auch vom StadtSportBund Köln e.V. über seine Sportjugend, „Koordinationsstelle Ganztags“ des LandesSportBundes NRW, zunächst mit einer halben Stelle angeboten, ab 10/2007 mit einer ganzen Stelle. An der „OGTS“ sind mittlerweile auch angestellte Sportlehrer tätig und es werden zum Schuljahr 2007/2008 auch für Sportgruppenleitungen Qualitätsstandards (z.B. mind. Übungsleiter-C-Lizenz) gefordert. Im Schuljahr 2006/2007 machten 110 Schulen Angebote im „Offenen Ganztags“, am 01.08.2007 bereits 161.

Nach Aussage der oben genannten Koordinationsstelle befinden sich bereits ca. 90 %

aller Ganztagschulen in Kooperation bzw. Kooperationsgesprächen mit mind. einem Sportverein. Eine aktuelle Liste dazu wird derzeit erstellt.

Gremium: Sportausschuss
Sitzungsdatum: 22.02.2005
Vorlagenummer: 0150/005

Betreff: Optimierung der Schwimmzeiten

Beschluss:

Der Sportausschuss beauftragt die Verwaltung:

- Über die Deutsche Sporthochschule Köln unter Kooperation mit der KölnBäder GmbH eine fachliche Einschätzung der Wirtschaftlichkeit des Betriebes des Schwimmleistungszentrums einzuholen.
- Über die Deutsche Sporthochschule Köln und die KölnBäder GmbH prüfen zu lassen, ob eine Betriebsführung durch die KölnBäder GmbH möglich wäre, deutliche Ökonomisierungsvorteile brächte und für diesen Fall ein Betriebsführungskonzept inklusive Betriebsführungsvertrag zu erarbeiten.
- Den jeweiligen zuständigen Gremien die Ergebnisse zur Entscheidung vorzulegen. Die Prüfungen und Maßnahmen sind so anzusetzen, dass eine Realisierung zum Beginn des Wintersemesters 2005/2006 umgesetzt werden kann.
- Unabhängig von o.g. Überlegungen bereits umgehend Belegungsoptimierungen vorzunehmen (z.B. Aufgabe der Frühtrainingsstunden im Schwimmleistungszentrum, Verlegung des Frühtrainings).

Alternative Finanzierungen für einen Erhalt der Schwimmstunden auf den Stand 2004 zu erarbeiten und dem Ausschuss vorzulegen.

Sachstand:

In der Beiratssitzung zum Thema Schwimmzentrum(SZ) vom 19.12.2007 wies der zuständige Baudezernent der Deutschen Sporthochschule (DSHS) darauf hin, dass über das Gutachten keine besonderen Betriebsoptimierungen ermittelt worden sind. Der Personalkostenanteil (als maßgeblicher Inhalt der gutachterlichen Prüfung) ist erforderlich, ggfls. sogar noch zu erweitern. Die Frage der „Frühstundenwertigkeit“ im Vergleich zu den sonstigen Betriebsstunden wird in Kürze von der DSHS schriftlich beantwortet. Die KölnBäder GmbH stellte anheim, die Reinigungsfirma des SZ hinsichtlich des Preis-Leistungs-Verhältnisses mit Blick auf andere Firmenangebote zu überprüfen. Möglicherweise könnte eine Kooperation mit der Reinigungsfirma der KölnBäder GmbH erfolgen und sich als Großauftrag preiswerter entwickeln.

Im Einvernehmen mit der KölnBäder GmbH wurde festgestellt, dass in den letzten Jahren die steigenden Energie- und Wasserkosten einen wesentlichen Teil der Kostenentwicklung ausmachen. Die Belegung des Schwimmzentrums wird mit Einführung der DSHS-Bachelor-Studiengänge umfangreicher, ein Tausch von Nutzungsstunden wurde notwendig.

Mit ca. 170.000 Nutzern (Schulen + Vereine) stellt die Stadt Köln bei 1/3 Betriebsstundenanteil ca. 40 % der Besucher. Derzeit kann auf das Schwimmzentrum seitens

der Stadt nicht verzichtet werden, insbesondere, da auf Seiten der KölnBäder GmbH Bäderschließungen zwecks Neubau bzw. Sanierung noch mehrfach anstehen und das SZ auch als Kompensationsbad eingesetzt wird.

Aus dem Bereich des Dezernates V

Beschlüsse des Rates

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 15.12.2005
Vorlagennummer: 1774/005

Betreff: Internationale Städte-Koalition gegen Rassismus

Beschluss:

1. Die Stadt Köln beteiligt sich an der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, einen Vorschlag zu unterbreiten, wie der Zehn-Punkte-Aktionsplan der Städte-Koalition gegen Rassismus in Köln zusammen mit den bereits beschlossenen Integrationsmaßnahmen umgesetzt werden kann

Sachstand:

Die Verwaltung erarbeitet derzeit ein gesamtstädtisches Konzept zur Umsetzung des Zehn-Punkte-Aktionsplans gegen Rassismus in Köln. In dem Konzept werden die Anregungen aus dem Erfahrungsaustausch im Rahmen der Jahreskonferenz der „Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus“ 2007 Berücksichtigung finden. Das Konzept wird dem Rat nach Fertigstellung im 1. Quartal 2008 zur Beschlussfassung vorgelegt und wird nach der Beschlussfassung mit der Beitrittserklärung zur Städtekoalition an die Geschäftsstelle der Städtekoalition übermittelt.

Eine Abstimmung mit den Städten zu notwendigen Änderungen im Statutentwurf ist von der Geschäftsstelle der Koalition noch nicht eingeleitet worden. Diese Änderung ist für die vom Lenkungsausschuss der Städte-Koalition angestrebte Gründung eines Vereins als Rechtsform der Koalition erforderlich.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 15.12.2005
Vorlagennummer: 1696/005, 1884/004

Betreff: Prüfung über die Einrichtung eines Biomassekraftwerkes

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Errichtung eines Biomassekraftwerks in Köln zu prüfen. Die Prüfung soll unter Beteiligung der betroffenen Unternehmen erfolgen, die unmittelbar oder mittelbar im städtischen Eigentum stehen. Dabei sollen insbesondere technische, ökonomische und ökologische Aspekte, einschließlich Förderungsmöglichkeiten sowie eine mögliche regionale Kooperation berücksichtigt werden.

- Der Anfall von tierischen Cofermenten in Köln und Region soll von der Verwaltung vor dem Hintergrund der neuen EU-Hygieneverordnung abgeschätzt und die Nutzung von tierischen Cofermenten sowie tierischen und pflanzlichen Altölen und – fetten soll je nach Ergebnis berücksichtigt werden.
- Wenn die Prüfung keine landwirtschaftliche Nutzbarkeit des Gär-Rückstandes auf Basis kommunaler Biotonnen ergeben sollte, sollte die Mitvergärung von Abfällen („wast-to-energy“) geprüft werden.
- Die Prüfung sollte auch die Verlagerung in Nachbarkreise oder Aufgaben der Kompostierung zugunsten der energetischen Nutzung der Biomasse umfassen.

Über Zwischenergebnisse und das Ergebnis der Prüfung ist der Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Grün zu unterrichten.

Sachstand:

1. Hintergrund

Die RheinEnergie AG hat in einem Beschluss vom Dezember 2004, die verstärkte Erzeugung von Strom und Wärme aus Biomasse, insbesondere durch deren Nutzung in Biogasanlagen als Ziel formuliert und plant, zur zukünftigen Bündelung entsprechender Geschäftsaktivitäten, die Gründung der RheinEnergie Biokraft GmbH.

2. Aktuelle Projektentwicklung

Derzeit befinden sich verschiedene Standorte in der Kölner Region im Hinblick auf die Umsetzung von Biogasanlagen in der Vorplanungsphase. Die RheinEnergie AG plant konkret am Standort „Randkanal-Nord“ am Rande des Kölner Stadtteils Roggen-dorf/Thenhofen, an der Grenze zu Dormagen, eine Biogasanlage mit einer elektrischen Leistung von einem Megawatt. Für den Standort werden derzeit nach den Vorgaben des Vorhaben- und Erschließungsplanes (VEP) die baurechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Die Anlage soll auf der Basis nachwachsender Rohstoffe (z. B. Mais) betrieben werden. Die ökologische Vorzüglichkeit des Projektes wird durch eine vollständige Wärmenutzung durch den Anschluss der Siedlung in Hackenbroich unterstrichen. Weiterhin sind auch sogenannte Kofermentationsanlagen geplant, in denen u. a. Lebensmittelabfälle eingesetzt werden können. Als zweiter wichtiger Inputstoff ist der Einsatz von landwirtschaftlichen Wirtschaftsdünger (Gülle, Mist) in diesen Anlagen erfor-

derlich. Entsprechende Planungen für eine solche Anlage laufen in Lohmar (Scheiderhöhe).

3. Technik, Wirtschaftlichkeit und regionale Kooperation

Für die Erzeugung von Biogas werden individuelle technische Lösungen angestrebt. Der dynamische Markt führt derzeit zu einer Reihe von innovativen Neu- und Weiterentwicklungen im Hinblick auf die Gaserzeugung, Gasaufbereitung und Verstromung. Die Wirtschaftlichkeit von Biogasanlagen ist von zahlreichen Randbedingungen abhängig. Zu nennen ist hier die räumliche Nähe zur Landwirtschaft und zu Wärmeabnehmern. Ideale, genehmigungsfähige Standorte, die den Kriterien voll entsprechen sind sehr selten, weshalb Kompromisse den typischen Fall darstellen. Die wichtigste wirtschaftliche Einflussgröße neben der Höhe der gesetzlichen Stromeinspeisevergütung (nach Erneuerbare Energien Gesetz, EEG), ist die Preisgestaltung für die Gärsubstrate (Energierohstoffe). Es wird eine enge Kooperation mit den betroffenen Landwirten angestrebt. Kommunale Kooperationen ergeben sich überall dort, wo sich die Abwärme der Biogasanlage zur Versorgung öffentlicher Objekte anbietet.

4. Weitere Aspekte der Bioabfallnutzung

Aus Sicht der RheinEnergie AG bestehen verschiedene technische Lösungen zur Energiegewinnung aus Bioabfällen („Biotonne“). Bereits praktiziert wird die Vergärung entsprechender Substrate (Biogaserzeugung) in Anlagen, die der Kompostierung vorgeschaltet sind (Beispiel: Vergärungsanlage der AVEA in Lindlar). Die Nutzung hochkalorischer Bioabfälle zur Biogaserzeugung z. B. in den Faulbehältern der Kläranlagen (Mitvergärung) befindet sich in der politischen Diskussion. Bezüglich der energetischen Nutzung von Altholz befinden sich RheinEnergie AG, AVG und das städtische Amt für Landschaftspflege und Grünflächen im Gespräch.

5. Biomethan-Einkauf

Aufgrund der – im Vergleich mit anderen Regionen Deutschlands – geringen landwirtschaftlichen Dichte im Raum Köln, stellt der Einkauf von Biogas aus deutschlandweit betriebenen Biogasanlagen eine Option für die RheinEnergie AG dar. Aus dem Biogas, das über die Erdgasnetze transportiert wird, kann im Versorgungsgebiet der RheinEnergie AG Strom und Wärme aus regenerativen Energien bereitgestellt werden.

Hierzu wurde eine entsprechende Absichtserklärung im November 2007 zwischen der RheinEnergie AG und E.on Ruhrgas über die jährliche Lieferung von 10.000 MWh Biogas unterzeichnet.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 22.06.2006
Vorlagennummer: 0932/006

Betreff: Stärkung der Mitwirkung von Lesben, Schwulen und Transgender auf kommunaler Ebene

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. eine Stadt-Arbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender zu gründen.
2. Die Stadt-Arbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender soll relevante Themen auf kommunaler Ebene beraten und Stellungnahmen bzw. Empfehlungen für Ratsausschüsse und Verwaltung fertigen.
 - Relevante Themen sind insbesondere:
 - Gewaltprävention und Opferschutz
 - Gleichstellung in der Arbeitswelt
 - Aufklärung im Bereich Jugend und Schule
 - Vorbeugender Gesundheitsschutz
 - Zielgruppenspezifische Arbeit in den Bereichen Senior/innen, Jugend, Soziales, Gesundheit, Regenbogenfamilien und Migration
 - Förderung in den Bereichen Sport und Kultur
 - Fortbildungs- und Weiterbildungsangebote für städtische Mitarbeiter/innen und Mitarbeiter/innen stadtnaher Gesellschaften
 - Öffnung und Sensibilisierung der Stadtverwaltung für die Belange von Lesben, Schwulen und Transgender
 - Zielgruppenspezifisches Marketing der Stadt Köln
 - Veranstaltungen wie z. B. CSD, Gay-Games oder Come-Together-Cup
3. Mitglieder in der Stadt-Arbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender sollen sein:
 - je ein Vertreter der Ratsfraktionen, die im Ausschuss für Soziales und Senioren mit Stimmrecht vertreten sind
 - je ein Vertreter des KLUST, des LSVD, der AIDS-Hilfe Köln, des RUBICON, des SC Janus Köln und des Jugendzentrums anyway
 - je ein Mitglied der betroffenen Verwaltungseinheiten (z.B. die Ämter für Gesundheit, Ordnung, Soziales, Jugend, Schule, Wirtschaftsförderung, Personal

und Gleichstellung sowie KölnTourismus GmbH).

- je ein Vertreter von den Institutionen außerhalb der Stadtverwaltung, die von den stimmberechtigten lesbisch/schwulen Organisationen zur Mitberatung vorgeschlagen werden
- die Geschäftsführung

Stimmberechtigt sind die Vertreter/innen der schwul/lesbischen und transgender Organisationen (6). Sachkundige Personen und Institutionen können hinzugezogen werden. Ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis ist bei der Zusammensetzung erstrebenswert.

4. Die Stadt-Arbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender tagt mindestens zwei Mal jährlich.
5. Die Geschäftsführung der Stadt-Arbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender wird kostenneutral von der Stadtverwaltung eingesetzt. Diese übernimmt die Koordination der Zusammenarbeit der zu ständigen Verwaltungseinheiten, arbeitet der Stadt-Arbeitsgemeinschaft zu und fertigt die entsprechenden Bericht und Stellungnahmen auf Anforderung der Arbeitsgemeinschaft.
6. Die Stadt-Arbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender legt jährlich den relevanten Ratsausschüssen einen Bericht über ihre Arbeit vor.
7. Die Bildung eines innerstädtischen Arbeitskreises zwecks kontinuierlicher Arbeit zwischen den Sitzungen der Stadt-Arbeitsgemeinschaft ist anzustreben.
8. Nach Ablauf von zwei Jahren wird dem Rat ein Erfahrungsbericht vorgelegt. Dieser überprüft, ob sich die Arbeit gewährt hat und in dieser Weise weiter fortgeführt werden soll.

Sachstand:

Die Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (LST) wurde auch im 2. Halbjahr 2007 sehr erfolgreich fortgeführt.

Die Zusammenarbeit und der fachliche Austausch zwischen den Trägern der Gemeinschaft von Lesben, Schwulen und Transgender sowie Politik und Verwaltung gestaltete sich sehr positiv und konnte in die praktische Arbeit umgesetzt werden.

Am 19.06.2007 fasste der Rat einen Beschluss von grundlegender Bedeutung für die Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaft LST. Durch die Ergänzung des § 23 b in der Hauptsatzung wurde die Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaft LST im Stadtrecht verankert. Hierdurch erhält die Stadtarbeitsgemeinschaft LST auch das Recht, Vertreterinnen und Vertreter als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in zehn Ausschüsse des Rates zu entsenden. Damit haben sich die Bedingungen verbessert, die Anliegen der Lesben, Schwulen und Transgender auch direkt in die verschiedenen Politikfelder einzubringen und gestaltend mitzuwirken.

Nachfolgend werden die wichtigsten Themen der beiden Sitzungen des 2. Halbjahres

kurz erläutert. Da es sich um komplexere Themen handelt, ist die Beratung noch nicht abgeschlossen und wird in den nächsten Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft LST fortgeführt.

- Hauptthema der Sitzung am 07.08.2007 war **Gewalterfahrung von Lesben und Schwulen in Köln**. Die Stadtarbeitsgemeinschaft LST beabsichtigt, mittel- bis langfristig einen eigenen Arbeitskreis zum Thema „Prävention“ ins Leben zu rufen, an dem z.B. Vertreter der Verwaltung, der Polizei, des Schwulen-Überfall-Telefons (SÜT) und div. anderer Einrichtungen teilnehmen sollen.
- Das **reduzierte Sicherheitsempfinden von Lesben und Schwulen auf den Ringen** wurde innerhalb der Stadtarbeitsgemeinschaft LST zum Teil kontrovers diskutiert und wird in dem zu bildenden Arbeitskreis „Prävention“ noch weiter erörtert.
- Um auch dem Titel der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender gerecht zu werden, war das Hauptthema in der Sitzung am 13.11.2008 die Situation der **Transgender in Köln**. Die Diskussion wird in der nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender im Februar 2008 fortgeführt.
- Als wichtiges Anliegen brachten die stimmberechtigten Mitglieder das Thema „**Ordnungsrecht und lesbisch/schwule Gastronomien**“ in die November-Sitzung ein. Die Erörterung mit allen betroffenen Verwaltungseinheiten wird nach Benennung konkreter Kritikpunkte der lesbisch/schwulen Gastronomien in der nächsten Sitzung fortgeführt.

Außerdem fasste die Stadtarbeitsgemeinschaft LST im 2. Halbjahr 2007 folgende Beschlüsse:

- Benennung von zwei Vertretern zur Vorstellung des Themas **Migration und Lesben, Schwule und Transgender** im Integrationsrat. Die Einladung in den Integrationsrat erfolgt voraussichtlich Anfang 2008.
- Beschluss zur **Ergänzung der Leitlinien für ein soziales Köln** um die Merkmale „sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität“. Der Ergänzungswunsch wird in die politischen Gremien eingebracht.
- Beschluss einer neuen **Geschäftsordnung**. Die abschließende Entscheidung obliegt dem Ausschuss für Soziales und Senioren.
- Beschluss zur Entsendung einer **sachkundigen Einwohnerin** und einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin in den **Sportausschuss**. Dieser Beschlussempfehlung folgte der Rat in seiner Sitzung am 13.12.2007.
- Prüfauftrag an die Verwaltung und die im Rat vertretenen Fraktionen bezüglich der Möglichkeiten einer **institutionellen Förderung des CSG - Centrum Schwule Geschichte**.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 28.09.2006
Vorlagennummer: 1370/006, 1437/006, 1469/006

Betreff: Wiedereinführung des Köln-Passes

Beschluss:

1. Köln führt zum 1. Januar 2007 wieder einen Köln-Pass ein. Der Köln-Pass soll es Menschen mit geringem Einkommen ermöglichen, Rabatte auf verschiedene Entgelte zu erhalten. Dies sind vorwiegend Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe nach SGB XII und Kölnerinnen und Kölnern, deren laufendes monatliches Einkommen maximal 10 % über diesen Bedarfssätzen liegen. Berechtigt sind ferner Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz, von wirtschaftlicher Jugendhilfe nach SGB VIII, Wohngeldempfängerinnen und – empfänger sowie Bezieherinnen und Bezieher von Kindergeldzuschlag. Der derzeitige Mobilitätspass geht in den Köln-Pass auf.
2. Zum 1. Januar 2007 sollen Inhabern eines Köln-Passes geeignete Tickets mit einer Ermäßigung von bis zu 50 % angeboten werden. Der städtische Gesellschaftsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke GmbH und die vom Rat entsandten Vertreterinnen und Vertreter im Aufsichtsrat der Stadtwerke GmbH sowie der KVB AG werden beauftragt, auf die Umsetzung hinzuwirken.
3. Die städtischen und stadtnahen Einrichtungen sollen darstellen, wie sie für Inhaber eines Köln-Passes ein möglichst breites Spektrum an Leistungen mit Ermäßigungen oder Sondertarifen anbieten können. Insbesondere
 - die KölnBäder GmbH
 - die Volkshochschule (VHS)
 - die Rheinische Musikschule
 - die Philharmonie
 - die städtischen Bühnen
 - die städtischen Museen
 - die Bürgerzentren
 - die Stadtbibliothek
 - der Zoosollen kurzfristig entsprechende Modelle entwickeln und dem Rat zur Beschlussfassung vorlegen. Dabei ist die jeweils zu erwartende Steigerung der Nutzer- und Besucherzahlen zu berücksichtigen.
4. Darüber hinaus wird der OB gebeten, bei privaten Sport-, Freizeit- und Kultureinrichtungen zu werben, dass diese ebenfalls Eintrittspreis-Vergünstigungen für Köln-Pass-Besitzer einführen.
5. Der Köln-Pass soll den Berechtigten mit einer Gültigkeit von jeweils maximal einem Jahr ausgestellt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Ausstellung des Köln-Passes ein kundenfreundliches Verfahren zu entwickeln und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

6. Nach einem Jahr ist dem Rat ein Erfahrungsbericht vorzulegen. Auf der Grundlage des Erfahrungsberichtes ist zu prüfen, inwieweit insbesondere Familien mit geringem Einkommen ausreichend Berücksichtigung finden, oder ob eine Erweiterung des Berechtigtenkreises erforderlich und möglich ist.

Sachstand:

Nach Ablauf eines Jahres wurden inzwischen mehr als 150.000 Köln-Pässe ausgestellt.

Das Köln-Pass Team verzeichnet im Jahr 2007

- mehr als 61.000 Posteingänge rund um den Köln-Pass
- fast 11.000 Anrufe am Service Telefon und
- über 500 Anfragen per Mail.

Für die Bearbeitung von Köln-Pass Anträgen für Berechtigte nach dem SGB II wurden durch den Internationalen Bund im Rahmen von Integrationsjobs über die ArGe Köln insgesamt 9 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befristet zur Verfügung gestellt. Diese Maßnahme wurde zwischenzeitlich bis zum 31.12.2008 verlängert.

Ein Erfahrungsbericht wird derzeit erarbeitet.

Im folgenden werden die hier bekannten Vergünstigungen dargestellt:

Übersicht der Vergünstigungen der städtischen Dienststellen und stadtnahen Einrichtungen für Köln-Pass-Inhaber

Stand 31.08..2007

Amt / Dienststelle / Einrichtung	Normaltarif	Köln-Pass-Tarif (Ermäßigung / Sondertarif)
4004 Rheinische Musikschule		50 % Ermäßigung auf alle Unterrichts- und Instrumentengebühren
4101 Puppenspiele	7,50 €; 10,00 €; 12,00 €; 16,50 €; 22,50 €	50% Ermäßigung auf alle Eintrittspreise
4102 NS-Dokumentationszentrum	3,60 € Eintritt Besichtigung Dauerausstellung, Gedenkstätte (inkl. Sonderausstellungen)	1,50 €
4103 Historisches Archiv	Sonderveranstaltungen (Ausstellungen, Lesungen, Konzerte etc.) sind grds. kostenlos	Lesesaal 50% Ermäßigung auf Eintrittspreis, alle anderen Leistungen nach Entgeltordnung
42 Amt für Weiterbildung		45 % Ermäßigung auf Teilnehmerentgelte für Kurse (gilt nicht für Führungen, Exkursionen etc.). Sachkosten (z.B. Seminarunterlagen) können nicht ermäßigt werden.
43 Stadtbibliothek	23,50 €	11,50 €

Amt / Dienststelle / Einrichtung	Normaltarif	Köln-Pass-Tarif (Ermäßigung / Sondertarif)
450 Museumsreferat		Ermäßigte Tarife für den Zugang zu Schausammlungen und Sonderausstellungen in den Museen der Stadt Köln. Die einzelnen ermäßigten Tarife können aus den Kassenanweisungen der jeweiligen Museen entnommen werden.
4510 *1 Wallraf-Richartz-Museum	Eintritt ständige Sammlung = 5,80 €	Eintritt ständige Sammlung = 3,30 €
4511 Museum Ludwig	Tagesticket = 7,50 €	Tagesticket = 5,50 €
4512 *1 Römisch-Germanisches Museum	Eintritt ständige Sammlung = 4,30 €	Eintritt ständige Sammlung = 2,70 €
4513 *1 Rautenstrauch-Joest-Museum	Eintritt ständige Sammlung = 3,20 €	Eintritt ständige Sammlung = 1,90 €
4514 *1 Museum für angewandte Kunst	Eintritt ständige Sammlung = 4,20 €	Eintritt ständige Sammlung = 2,60 €
4515 *1 Museum für Ostasiatische Kunst	Eintritt ständige Sammlung = 4,20 €	Eintritt ständige Sammlung = 2,60 €
4516 *1 Museum Schnütgen	Eintritt ständige Sammlung = 3,20 €	Eintritt ständige Sammlung = 1,90 €
4518 *1 Kölnisches Stadtmuseum	Eintritt ständige Sammlung = 4,20 €	Eintritt ständige Sammlung = 2,60 €
4510 – 4518	Jahreskarte inkl. Sonderausstellungen = 68,00 €; Jahreskarte ohne Sonderausstellungen = 34,00 €	Jahreskarte inkl. Sonderausstellungen = 51,00 €; Jahreskarte ohne Sonderausstellungen = 25,00 €
4522 Museumsdienst	Führungen für Erwachsene pro Person = 3,50 €; Kurse für Erwachsene pro Person = 4,50 €	Führungen für Erwachsene pro Person = 1,50 €; Kurse für Erwachsene pro Person = 2,50 €
46 Bühnen der Stadt Köln Schauspiel		Schauspielhaus: 50% Erm. in Platzgruppen 1-3; 6,00 € Festpreis in Platzgruppen 4-5 Schlosserei: Festpreis 6,00 € Erfrischungsraum: Festpreis 5,00 € Alle Angebote gelten nicht für Premieren, Gastspiele und Sonderveranstaltungen
46 Bühnen der Stadt Köln Oper		50% Erm. in Platzgruppen 1-4, 10,00 € Festpreis in Platzgruppen 5-7 Alle Angebote gelten nicht für Premieren, Gastspiele und Sonderveranstaltungen
47 Gürzenich-Orchester	8,00 € – 29,00 €	50 % (nur auf Montags- und Dienstagskonzerte einer Abo-Serie)

Amt / Dienststelle / Einrichtung	Normaltarif	Köln-Pass-Tarif (Ermäßigung / Sondertarif)
51 Amt für Kinder, Jugend und Familie	freie Träger der Jugendhilfe - Kulturpädagogische Fachein- richtung - Stadtranderholung und Fe- rienfahrten - Familienbildungsstätten	- i.d.R. 30% - Ermäßigung zwischen 20% und 30% - 30%
VII/3 Stabsstelle Archäologische Zone		Prätorium 50% Ermäßigung
KölnBäder	Hallenbad Erw. 3,60 €, Jugendl. 3,00 € Kombibäder Erw. 4,00 €, Jugendl. 3,00 € Stadionbad/Eis- und Schwimmstadion Erw. 3,60 €, Jugendl. 3,00 € Naturfreibad Vingst Erw. 3,40 €, Jugendl. 2,50 € Agrippabad Erw. 5,00 €, Jugendl. 3,20 €	Hallenbad Erw. 2,70 €, Jugendl. 1,50 € Kombibäder Erw. 3,00 €, Jugendl. 1,50 € Stadionbad/Eis- und Schwimmstadi- on Erw. 2,70 €, Jugendl. 1,50 € Naturfreibad Vingst Erw. 2,55 €, Jugendl. 1,25 € Agrippabad Erw. 3,75 €, Jugendl. 1,60 €
KVB Kölner Verkehrsbetriebe	59,30 € 7,80 €	25,00 € für eine Monatskarte 4,40 € für ein 4erTicket
Kölner Seilbahn GmbH	Hin- und Rückfahrt: Erw. 6,00-€, Kinder 3,50 €	Hin- und Rückfahrt: Erw. 4,20 €, Kinder: 2,10 €
Kölner Zoo		50% Rabatt auf die regulären Ein- trittspreise (außer Sonderveranstal- tungen)

*1.)

In den Häusern 4510 und 4512 bis 4518 werden neben den Eintritt in die ständige Sammlung auch Einzeltickets für Sonderausstellungen und Kombitickets für ständige Sammlung inkl. Sonderausstellungen zum normalen und ermäßigten Tarif angeboten. Die Höhe der Tarife wird individuell von den Museen festgesetzt und ist abhängig von der Größe und der Laufzeit der Sonderausstellungen. Die aktuellen Sonderausstellungen und deren Tarife ergeben sich aus den jeweiligen Kassenanweisungen der Häuser. Führungen und Kurse für Kinder und Jugendliche mit Köln-Pass sind bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres kostenfrei (Ausnahme Materialkosten).

Nachrichtlich

Übersicht der Vergünstigungen bei externen Anbietern (Unternehmen, Vereine, Kulturelle Einrichtungen etc.), soweit sie der Verwaltung bekannt sind

Unternehmen / Verein	Normaltarif	Köln-Tarif (Ermäßigung / Sondertarif)
1. FC Köln	19,60 €	je Heimspiel 500 Tickets der Preiskategorie VIII für 9,80 € (50%)
Kölner Haie		Ermäßigungsstufe 1 auf allen Plätzen (ca. 20 % je Preiskategorie)
Dünnwalder Waldbad -Freies Ortskartell-	Erw. 3,50 € Jugendl. Ab 14 J. 2,50 € Kinder bis 14 J. 2,00 € Kinder unter 4 J. frei	Erw. 3,20 € Jugendl. Ab 14 J. 2,20 € Kinder bis 14 J. 1,50 € Kinder unter 4 J. frei
Schokoladenmuseum	6,50 €	4,00 €
Olympia Museum	für Erw. 5,00 €	für Erw. 2,50 €
Lernstudio Barbarossa Megakids Computerschule		Nachhilfe-, Sprach- und PC-Kurse für Erwachsene 10% Rabatt Sprach- und PC-Kurse für Kinder 5% Rabatt

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 14.11.2006
Vorlagennummer: 1398/006

Betreff: Erstellung einer Studie zur Bestandsaufnahme über die Situation von Menschen ohne Papiere in Köln

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt eine Studie zur Bestandsaufnahme über die Situation von „Menschen ohne Papiere“ („Illegale“) in Köln bei einem externen wissenschaftlichen Institut in Auftrag zu geben und beauftragt die Verwaltung, das formelle Vergabeverfahren nach Maßgabe des Beschlusses des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 10.08.2006 durchzuführen.

Zur Finanzierung der Studie beschließt der Rat eine außerplanmäßige Mehrausgabe in Höhe von 25.000 € zur Finanzierung dieser Studie bei Hst. 4370.655.0000.5 – Gutachterkosten –.

Die Deckung der Mehrausgabe erfolgt durch:

- a) außerplanmäßige Mehreinnahme in Höhe von 10.000 € je zur Hälfte über den Diözesan-Caritasverband und den Deutschen Caritasverband bei (neuer) Einnahme-Hst. 4370.178.0000._
- b) Wenigerausgabe in Höhe von 15.000 € bei Hst. 4370.602.0000.7 – Betreuung von Asylbewerbern

Sachstand:

Der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen hat in seiner Sitzung am 30.11.2007, die vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 14.11.2006 beauftragte Studie zur Thematik "Menschen ohne Papiere in Köln" zur Kenntnis genommen. Die Studie wird im Januar 2008 dem Ausschuss für Soziales und Senioren, dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, dem Ausschuss Schule und Weiterbildung, dem Jugendhilfeausschuss sowie dem Integrationsrat als Mitteilung vorgelegt.

In einer neuen Arbeitsgruppe des Runden Tisches werden die in der Studie aufgezeigten Handlungsempfehlungen kurzfristig überarbeitet, konkretisiert und anschließend dem Runden Tisch zur Entscheidung über das weitere Vorgehen vorgelegt.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 14.12.2006
Vorlagennummer: 1936/006

Betreff: Wiedereinführung des Köln-Passes

Beschluss:

- I.
 1. Der Rat hat in seiner Sitzung am 28.09.2006 beschlossen, dass der Mobilitätspass in den Köln-Pass aufgeht. Der bestehende Mobilitätspass als Teil des Köln-Passes wird unverzüglich, das heißt noch in 2006, um den Kreis der Anspruchsberechtigten gemäß dem Ratsbeschluss vom 28.09.2006 erweitert. Hierzu beschließt der Rat eine überplanmäßige Ausgabe auf Hst. 4900.780.0800.3, Mobilitätspass in Höhe von 150.000 Euro. Eine Deckung erfolgt durch eine entsprechende Wenigerausgabe bei Hst. 9110.807.0200.2, Zinsen Kreditmarkt, Hj. 2006. Die für 2007 erforderlichen Mittel sind im Hpl. 2007 zu veranschlagen. Die KVB AG ist entsprechend zu beauftragen.
 2. Der städtische Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Köln GmbH wird beauftragt, gegenüber der SWK - Geschäftsleitung darauf hinzuwirken, die Umsetzung dieses Ratsbeschlusses zur Wiedereinführung des Köln-Passes anzuweisen.
 3. Der städtische Gesellschaftsvertreter in den unter Ziffer 3 des Ratsbeschlusses vom 28.09.2006 aufgeführten städtischen Beteiligungsgesellschaften wird beauftragt, kurzfristig gegenüber den Geschäftsführungen darauf hinzuwirken, dass die Anerkennung von Vergünstigungen für Leistungen der Gesellschaften für Köln-Pass-Inhaber/innen ab 2007 sichergestellt wird. Die Verwaltung wird beauftragt, dies für die unter Ziffer 3 dieses Ratsbeschlusses aufgeführten städtischen Einrichtungen unmittelbar sicherzustellen und die dafür notwendigen Richtlinien bzw. Satzungsänderungen zu veranlassen.
- II. Tarife, die ausschließlich das Gebiet der Stadt Köln betreffen und die somit den bestehenden VRS-Gemeinschaftstarif in den übrigen Kommunen in seiner Struktur nicht in Frage stellen, soll zukünftig die Stadt Köln in Abstimmung mit dem städtischen Verkehrsunternehmen Kölner Verkehrs-Betriebe AG selbst entscheiden. Die Vertreter der Stadt Köln und die Vertreter des städtischen Verkehrsunternehmens Kölner Verkehrs-Betriebe AG sollen in den Gremien des VRS bzw. der VRS GmbH darauf hinwirken, dass die bestehenden vertraglichen Vereinbarungen zeitnah entsprechend angepasst werden; dies ist gegebenenfalls durch eine (Änderungs-) Kündigung des Verbundvertrages zu untermauern.
- III. Der Rat weist die von ihm in die Gremien des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS) entsandten Vertreter nochmals ausdrücklich an, im Sinne der vom Rat der Stadt Köln gefassten Beschlüsse zu votieren, z.B. durch Zustimmung zum Beschluss des VRS-Unternehmensbeirates in der Fassung vom 31.10.2006.

- IV. Die vom Kölner Rat entsandten Mitglieder, die der CDU-Ratsfraktion angehören, haben in der VRS-Zweckverbandsversammlung am 24.11.2006 trotz anders lautenden Ratsbeschlusses vom 28.09.2006, gegen die Einführung eines Sondertarifes und damit zu Lasten der Stadt Köln gegen den erklärten Willen des Rates der Stadt Köln gestimmt. Das Rechtsamt der Stadtverwaltung wird beauftragt unverzüglich zu prüfen, ob dieses Verhalten einen Verstoß gegen die Bestimmung des § 113 Abs. 1 Satz 2 GO NRW darstellt, nach der die vom Rat bestellten Vertreter an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden sind, was ihre Abberufung aus dem VRS-Gremium rechtfertigen würde.

Sachstand:

Bis einschließlich Oktober 2007 hat die KVB AG dem Amt für Soziales und Senioren insgesamt 101.372 4er-Tickets und 97.079 Monats-Tickets für Köln-Pass Inhaber mit einem Gesamtbetrag von 3.674.474,50 € in Rechnung gestellt.

Zu den Beschlusspunkten I.3.; II. und IV liegen der Sozialverwaltung die nachfolgenden Stellungnahmen aus den einzelnen Fachverwaltungen vor:

zu I.3. und II.

Die städtischen Beteiligungsgesellschaften KVB, KölnBäder GmbH, KölnMusik und AG Zoologischer Garten Köln haben Nachlässe und Ermäßigungen für Köln-Pass-Inhaber in die Tarifstrukturen der Unternehmen für 2007 eingeführt. Dies gilt ebenfalls für die unter Ziffer 3 des Ratsbeschlusses vom 28.09.2006 genannten städtischen Einrichtungen. Die Übersicht der bestehenden Vergünstigungen ist als Anlage beigefügt.

zu IV.

Das Rechtsamt wurde mit der Prüfung beauftragt, ob das Abstimmungsverhalten der vom Rat in die Zweckverbandsversammlung VRS entsandten Mitglieder die Möglichkeit der Abberufung eröffnet. Hierzu hat das Rechtsamt ein Rechtsgutachten erstellt, welches mit Schreiben vom 19.04.2007 vom Stadtdirektor allen Fraktionen sowie Frau May und Herrn Dr. Müser zur Verfügung gestellt wurde. Die rechtliche Prüfung ist zu dem Ergebnis gelangt, dass die Möglichkeit einer Abberufung gegeben ist.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 13.12.2007
Vorlagennummer: AN/1617/2007

Betreff: Resolution zum Änderungsbedarf im Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II)

Beschluss:

Nach nunmehr fast drei Jahren praktischer Erfahrungen mit dem SGB II in der gemeinsam von Stadt Köln und der Agentur für Arbeit Köln betriebenen Arbeitsgemeinschaft hat sich ein erheblicher Änderungsbedarf bei einer Vielzahl von gesetzlichen Regelungen herausgestellt.

Das SGB II selbst ist zwar seit seinem Inkrafttreten zum 01.01.2005 wiederholt geändert worden. Diese Änderungen betrafen jedoch nur verhältnismäßig geringfügige leistungsrechtliche Fragen. Aus kommunaler Sicht ist folgender vordringlicher Reformbedarf festzustellen:

- **Aktivierung statt Transferleistungen**

Durch die Bildung eines Gesamtbudgets von Transferleistungen, Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten muss die Finanzierung von Eingliederungsinstrumenten aus passiven Leistungen ermöglicht werden.

- **Beauftragung gemeinnütziger Träger statt formalisierter Vergaben**

Die Planung und Anwendung von bedarfsgerechten Fördermaßnahmen mit besonderem lokalem Bezug darf durch die Anwendung von Vergaberecht nicht verhindert werden.

- **Herstellung von gleicher Augenhöhe der Träger in der Arbeitsgemeinschaft**

Die unmittelbaren Einwirkungsrechte der Träger auf die Arbeitsgemeinschaft müssen sich außerhalb der Lenkungsgruppe konsequenterweise auf eine Rechtsaufsicht beschränken.

- **Neugestaltung der Leistungen für Erwerbstätige**

Die sog. Aufstockerproblematik (Leistungsbezug im SGB II trotz Erwerbseinkommen) ist zu überprüfen und zu ändern. Lösungsmöglichkeiten sind vor allem der Ausbau von Leistungen außerhalb des SGB II wie ein bedarfsdeckendes Wohngeld, ein armutsfestes Kindergeld oder ein Erwerbstätigengeld.

- **Leistungsrechtlicher Änderungsbedarf**

Aufgrund der Erfahrungen aus der Praxis vor Ort ist eine sinnvolle Anpassung von bestimmten leistungsrechtlichen Vorschriften wie z.B. die Kostenerstattung in Frauenhausfällen oder flexiblere Modalitäten der Leistungserbringung anstelle eines Verwaltungsakts mit Dauerwirkung notwendig.

- **Nachhaltige und dauerhafte finanzielle Entlastung der Kommunen statt Reduzierung der Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung im SGB II**

Die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II darf sich nicht wie zur Zeit geplant an der Zahl der Bedarfsgemeinschaften orientieren, sondern muss vielmehr die Höhe der tatsächlich erforderlichen Aufwendungen in den kommunalen Haushalten berücksichtigen.

Zusammenfassend schafft das Gesetz nach wie vor keine Gleichberechtigung der kommunalen Träger gegenüber der Agentur für Arbeit als Partner im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft. Das Gesetz bedarf somit dringend einer Anpassung an den ursprünglichen Willen des Gesetzgebers, nach dem die Arbeitsgemeinschaft der einheitlichen Wahrnehmung der Aufgaben der Leistungsträger dienen soll. Statt bedarfsgerechte Zielgruppenansprechbarkeit zu ermöglichen, bewegt es sich von den ursprünglichen Zielen der Grundsicherung für Arbeitssuchende weiter weg.

Auch muss eine weitere Belastung der kommunalen Haushalte verhindert und letztlich das gesetzliche Ziel einer dauerhaften Entlastung der Kommunen um jährlich bundesweit 2,5 Mrd. € realisiert werden.

Der Rat der Stadt Köln fordert deshalb den Bundesgesetzgeber auf, die in der Zusammenstellung "Änderungsbedarfe zum SGB II" im Einzelnen vorgeschlagenen Änderungen aufzugreifen.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Resolution mit den gesetzlichen Änderungsbedarfen zum Sozialgesetzbuch Zweites Buch aus der Mitteilung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 29.10.2007 (DS-Nr. 4364/2007) an die Fraktionen des Bundestages sowie die Bundesregierung zu senden.

Sachstand:

Der Beschluss vom 13.12.2007 konnte mit Stand 2. Halbjahr 2007 noch nicht umgesetzt werden. Das Anschreiben an die Bundesregierung und die Fraktionen des Deutschen Bundestages wird Anfang 2008 erfolgen.

Beschlüsse des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen

Gremium: Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Sitzungsdatum: 18.09.2006
11.09.2006

Vorlagennummer: 1233/006

**Betreff: Fortschreibung des Maßnahmenprogramms zur Integration -
„Interkulturelles Maßnahmenprogramm“**

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, kurzfristig die Fortschreibung des interkulturellen Maßnahmenprogramms vorzulegen. In dieser Fortschreibung sind neben der Sachstandsdarstellung auch eine Schwerpunktsetzung und Perspektiven im Sinne einer Integrationsoffensive zu erarbeiten.

Dabei muss vor allem die noch immer vorherrschende Auffassung der MigrantInnen als „Problemgruppe“ aufgegeben werden. MigrantInnen sind mit ihren Fähigkeiten, Qualifikationen und ihrer interkulturellen Kompetenz wichtiger Baustein eines Köln 2020.

In diesem Zusammenhang gilt es Ungleichbehandlungen und Diskriminierungen abzubauen.

Die Ziele und Schwerpunkte der Fortschreibung des interkulturellen Maßnahmenprogramms sollen insbesondere sein:

- Die interkulturellen Zentren als wichtiger Türöffner für die Integration von Migrantinnen und Migranten sind fortzuentwickeln. Im Rahmen der sozialräumlichen Orientierung in der Sozial- und Jugendpolitik, sollen sie Teil eines Hilfesystems sein, das den Menschen Hilfe zur Selbsthilfe bietet. Es soll zusätzlich auch weiterhin möglich sein, dass in einem Sozialraum unterschiedliche Zentren mit verschiedener Ausprägung nebeneinander arbeiten.
- Sowohl die neu strukturierte offene Seniorenarbeit (vor allem die Seniorennetzwerke) als auch der Pflegebereich müssen stärker für die Interessen und Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten geöffnet werden. Gleichzeitig sollen mit Hilfe der interkulturellen Zentren die Migrantinnen und Migranten besser an die Seniorenarbeit herangeführt werden, damit auch eine gemeinsame Seniorenarbeit stattfinden kann.
- Dem Beitrag der Migrantinnen und Migranten zur Entwicklung der Alltags- und Spitzenkultur sowie zur Intensivierung des interreligiösen Dialogs muss mehr Raum gegeben werden. Hier ist der vom Oberbürgermeister initiierte Rat der Religionen besonders zu beteiligen.
- Die städtische und freie Antidiskriminierungsarbeit hat hohen Stellenwert und muss optimiert werden.
- Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung muss verbessert werden. Dazu wollen wir auch die besonderen interkulturellen Qualifikationen der MigrantInnen selbst

nutzen. Dies soll sich zeigen – soweit im Rahmen des HSK möglich – bei der vermehrten Einstellung von MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund. Hier ist eine Bestandsaufnahme der bereits Beschäftigten vorzunehmen und eine Fortschreibung der weiteren Entwicklung. Im Übrigen sind die Fortbildung der Beschäftigten im Bereich interkulturelle Kompetenz und die sonstigen Maßnahmen der Verwaltung im Bereich der Selbstdarstellung und der laufenden Verwaltung (Vordruckwesen, Beschilderung...) aufzuführen.

- Die Verbesserung der Schulerfolge von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund durch gezielte und altersgerechte Sprachförderung ab dem Kindergarten. Erziehungs- und Lehrpersonal muss durch entsprechende Weiterbildung interkulturelle Kompetenz erwerben. Die zweisprachige Erziehung sollte dabei eine wichtige Rolle spielen. Die vom Land bereitgestellten zusätzlichen Fördermittel sind durch die Stadt Köln schnellstmöglich abzurufen. Auch die Eltern sind in die gezielte Sprachförderung mit einzubeziehen.
- Sprachförderung und sonstige Bildungsangebote für erwachsene Migrantinnen und Migranten. Hier sind die VHS und die interkulturellen Zentren als wichtige Instrumente zu nutzen.
- Die Chancen auf Ausbildung und Arbeit müssen für Migrantinnen und Migranten erhöht werden. Notwendige fordernde und fördernde Maßnahmen für die Integration in den Arbeitsmarkt, den Weg in die Selbständigkeit sowie den sozialen Ausgleich sind darzustellen.

In allen Bereichen kommunaler Politik (Kindergarten, Schulen usw.), insbesondere in den Sozialräumen, muss der Gedanke der Partizipation und Bürgerbeteiligung der MigrantInnen zentralen Stellenwert haben. Nur so lassen sich auch völlig unbeachtete Reserven bürgerschaftlichen Engagements mobilisieren.

In der Darstellung der Verwaltung soll zwischen kurzfristigen sowie mittel- und langfristigen Maßnahmen unterschieden werden, damit die benötigten Finanzmittel besser eingeschätzt werden können. Wo immer es möglich ist, sollen besondere Integrationsmaßnahmen mit Regelangeboten verzahnt werden, um möglichst effizient Kosten sparend handeln zu können.

In der Beratungsfolge wird dieser Antrag von den Ausschüssen Soziales, AVR, Jugend und Schule/Weiterbildung behandelt.

Sachstand:

Die Federführung für die Fortschreibung des Interkulturellen Maßnahmenprogramms liegt beim Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt / Interkulturelles Referat. Um die Fortschreibung und Weiterentwicklung des Interkulturellen Maßnahmenprogramms dauerhaft sicherstellen zu können, wurde bei V/2, Interkulturelles Referat, eine Stelle zugesetzt.

Das bisherige Maßnahmenprogramm wird derzeit - entsprechend der im Beschluss formulierten Schwerpunktsetzung - unter Beteiligung aller relevanten Fachressorts fortgeschrieben. Eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe zur Fortschreibung des Programms wurde einberufen und hat ihre Arbeit aufgenommen. Sie hat den Zeitrahmen, die Verfahrenswege, die Arbeitsformen und die inhaltliche Struktur festgelegt. Diese bilden die Grundlage für eine standardisierte, fortschreibungsfähige und zukunftsweisende Darstellung der Maßnahmen unter Berücksichtigung der Faktoren

- Sozialraumbezug,
- Ziele,
- Zielgruppen,
- Ressourcen,
- Beteiligten/Kooperationspartnern sowie
- Perspektiven/notwendige Folgemaßnahmen.

Das Maßnahmenprogramm ist wesentlicher Bestandteil des Kölner Integrationsgesamtkonzeptes. Fachliche Standards, Bedarfe und Ressourceneinsatz werden begleitend von der Kölner Integrationskonferenz und dem Kölner Integrationsrat formuliert. Das Maßnahmenprogramm wird den zu beteiligenden Gremien nach Fertigstellung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Beschlüsse des Ausschusses für Soziales und Senioren

Gremium: Ausschuss für Soziales und Senioren
Sitzungsdatum: 11.04.2002, 27.04.2007
Vorlagennummer: 0296/002, 0388/002, 0389/002, 0669/006

Betreff: Barrierefreies Köln

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. alle baulichen und sonstigen Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Internetverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen konsequent barrierefrei zu gestalten, das gleiche gilt bei Umbauten und/oder Sanierungsmaßnahmen.
2. je nach Bedeutung bestehender Einrichtungen für den alltäglichen allgemeinen Gebrauch barrierefreie Anpassungen von älteren Gebäuden, Verkehrsanlagen, Einrichtungen und Angeboten durchzuführen. Dazu ist für die Stadtbezirke 1 und 5 bis Herbst 2002 ein Kriterienkatalog und eine entsprechende Prioritätenliste zu erarbeiten. Für die Stadtbezirke 2 bis 4 und 6 bis 9 soll dies spätestens bis Ende 2004 geschehen.
3. bei allen Planungen und Gestaltungen, die sich auf das öffentliche Leben auswirken, sicherzustellen, dass vorausschauend über das Maß des unbedingt Erforderlichen hinaus die Möglichkeit der Nutzung durch Menschen mit unterschiedlichen Mobilitätseinschränkungen zu berücksichtigen,
4. bei der Entwicklung des Leitbildes für Köln, die „Barrierefreiheit“ ausdrücklich mit zu berücksichtigen,
5. unter Beteiligung Externer, z.B. KVB, KölnBäder, GEW, Wohlfahrtsverbände, Behindertenverbände, Handwerkskammer u.a., zunächst für den Stadtbezirk 1 und 5 bis Herbst 2002 zu erarbeiten, wie erreicht werden kann, dass mehr Barrierefrei-Maßnahmen in anstehende Planungen aufgenommen und realisiert werden können.
6. geeignete Instrumente zu erarbeiten, wie die barrierefreie Gestaltung der Gebäude, Verkehrsanlagen, Einrichtungen und Angebote durch die im Einzelfall tangierten Gremien nachvollzogen bzw. kontrolliert werden kann. Die Verwaltung soll prüfen, inwieweit bei öffentlichen Gebäuden die Barrierefreiheit gem. DIN 18024/25 in die Ausschreibungen übernommen werden kann.
7. einen Vorschlag zu erarbeiten, wie und welche Vertreterinnen und Vertreter von tangierten Personengruppen in Zusammenarbeit mit der Verwaltung und der Politik in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden können. In diesem Zusammenhang ist Kontakt zum Projekt „Barrierefreies Köln“ aufzunehmen. Ziel ist die Beratung der Ratsgremien und Bezirksvertretungen in allen Fragen, die die Belange und Interessen von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen betreffen, zum Beispiel durch Abgabe von Stellungnahmen und Empfehlungen vor der Beratung und Beschlussfassung in den Fachausschüssen.

8. in Zusammenarbeit mit den Vertreterinnen und Vertretern der Interessengruppen einen Stufenplan zur Integration mobilitätseingeschränkter Bürgerinnen und Bürger in das öffentliche Leben zu erarbeiten,
9. einen Vorschlag zu erarbeiten, wie frühzeitig und wirksam auf Architekten und private Investoren, die öffentlichen Raum schaffen, eingewirkt werden kann, diesen barrierefrei zu gestalten,
10. den Internetauftritt der Stadt Köln barrierefrei zu gestalten. Die offiziellen Richtlinien des Word Wide Web Consortium (W3C) resp. der Web Accessibility Initiative (WAI) sehen entsprechende Vorgaben vor. Die Weiterentwicklung des städtischen Internet-Auftritts und des Ratsportals sollen gemäß diesen Richtlinien erfolgen.

Sachstand:

Am 29.10.2007 hat der Ausschuss für Soziales und Senioren die Stellungnahme der Verwaltung incl. eines aktuellen Sachstandberichts zu den einzelnen Projekten und eine Liste der bereits erledigten und von der Verwaltung zurückgezogenen Projekte erhalten. Der Ausschuss Soziales und Senioren hat diese Vorlage ohne Änderungen beschlossen.

Da eine jährliche Berichtspflicht vorgesehen ist, erhält der Ausschuss Soziales und Senioren den nächsten Bericht im Herbst 2008.

Gremium: Ausschuss für Soziales und Senioren
Sitzungsdatum: 16.10.2003
Ds-Nr.: 1314/003

Betreff: Entwicklung Bürgerhäuser/ Bürgerzentren

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Doppelhaushaltes 2003/2004 keine Schließungen von Bürgerhäusern/Bürgerzentren vorzunehmen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Jahresende 2003 zu prüfen, in welcher Betriebsform die städtischen Bürgerzentren ihre durch die Rahmenkonzeption vorgegebenen Aufgaben zukünftig in fachlicher und wirtschaftlicher Hinsicht am effektivsten erfüllen können. Dabei sind die Formen, Einzeleinrichtungen, GmbH, Eigenbetrieb zu berücksichtigen.
3. Die von der Verwaltung beabsichtigten trägerschaftlichen Veränderungen bei den Bürgerhäusern/Bürgerzentren Engelshof, Altenberger Hof und Bürgerzentrum Deutz sind nach Vorlage der Konzepte der Träger im Fachausschuss zu forcieren und kurzfristig umzusetzen.
4. Die kommunal-bürgerschaftlichen Trägerschaften bei den Bürgerhäusern Bocklemünd-Mengenich und Ehrenfeld sind zu überprüfen.
5. Die Verwaltung entwickelt messbare Zielvereinbarungen, die mit den einzelnen Bürgerhäusern/Bürgerzentren abzuschließen sind. Die zukünftige Zuschussgewährung an Bürgerhäuser/Bürgerzentren hat sich am Zielerreichungsrad zu orientieren. In diesem Rahmen ist die Planungssicherheit für die Träger über mehrere Jahre zu gewährleisten.

Sachstand:

zu 1. bis 4.:

Diese Teilbeschlüsse sind erledigt.

zu 5:

Die als Grundlage der Zielvereinbarungen dienende Rahmenkonzeption für Bürgerhäuser ist überarbeitet und wird dem Ausschuss für Soziales und Senioren zur Januarsitzung 2008 vorgelegt. Die Zielvereinbarungen für das Jahr 2008 mit den Bürgerhäusern / Bürgerzentren werden vorbereitet.

Gremium: Ausschusses für Soziales und Senioren
Sitzungsdatum: 26.10.2006
Vorlagennummer: 1517/006

Betreff: Sanierung und Umbau von Sozialhäusern (Obdachloseneinrichtungen)

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Wiederaufnahme des Sanierungs- und Umbauprogramms der Sozialhäuser des Wohnungsversorgungsbetriebes der Stadt Köln in Angriff nehmen.
2. Noch in 2006 soll mit der Umsetzung für die Objekte mit höchster Priorität begonnen werden. Dazu soll die Verwaltung kurzfristig einen Umsetzungs- und Finanzierungsvorschlag für den Zeitraum 2006/2007 vorlegen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, zu den Hpl-Beratungen 2007 die weitere Finanzierung zur Fortführung des Sanierungs- und Umbauprogramms im Rahmen der mittelfristigen Investitionsplanung darzustellen.
4. Im 1. Halbjahr 2007 soll die Verwaltung - ausgehend von den Ratsbeschlüssen zum Haushaltsplan 2007 und der mittelfristigen Finanzplanung sowie vorbehaltlich der weiteren Genehmigung des Haushaltssicherungskonzepts - eine Zeit-/Maßnahmenplanung zur weiteren Umsetzung des Sanierungs- und Umbauprogramms vorlegen.
5. Parallel zur Wiederaufnahme des Sanierungs- und Umbauprogramms wird die Verwaltung aufgefordert, einen Sachstandsbericht zum Zustand der Sozialhäuser vorzulegen. Dieser Bericht soll auch die Angaben über die Belegung der Häuser, den geplanten Standards für eine Renovierung bzw. Sanierung und zur alternativen Unterbringungsmöglichkeiten während der Bauphase enthalten. In diesem Bericht soll auch die Unterbringungssituation der Spätaussiedler dargestellt werden.
6. Dem Ausschuss Soziales und Senioren ist eine Prioritätenliste für die notwendigen Baumaßnahmen zur Kenntnis zu geben.
7. Die Verwaltung wird darüber hinaus um Prüfung gebeten, ob nicht verausgabte Mittel des Amtes für Stadtentwicklung zur Finanzierung der Sanierung bzw. des Umbaus der in Rede stehenden Sozialhäuser an die Wohnungsversorgungsbetriebe übertragen werden können.
8. Die Standorte der Sozialhäuser sollen grundsätzlich beibehalten bleiben.

Sachstand:

Die Verwaltung hat die Wiederaufnahme des Sanierungs- und Umbauprogramms der Sozialhäuser des Wohnungsversorgungsbetriebes in Angriff genommen.

Für die Umsetzung der Neubauvorhaben Bonner Str. 413, 50968 Köln, Buchholzstr. 14, 51061 Köln und Wikingerweg 10/12, 51061 Köln im öffentlich geförderten Wohnungsbau liegen der Stadt zwischenzeitlich von Seiten der Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Förderzusagen für die Gewährung zinsgünstiger Darlehen in Höhe von ca. 7,9 Millionen € vor. Die Ausschreibungen der Projekte sind in Vorbereitung und können voraussichtlich bereits im Januar 2008 veröffentlicht werden.

Für die Errichtung öffentlicher geförderter Wohnungen auf den städtischen Grundstücken Kulmbacher Str. 1 -3, 51103 Köln; Berliner Str. 221, 51063 Köln; Buchholzstr. 20, 51061 Köln; Kyllburger Str. 1 -3, 50937 Köln; Wikingerweg 6, 51061 Köln; Flemingstr. 5, 50735 Köln hat der Rat der Stadt Köln in seinen Sitzungen am 18.09.2007 bzw. 08.11.07 Planungsbeschlüsse gefasst. Die Planung für die Bebauung des Grundstückes Kulmbacher Str. 1 – 3 liegt bereits vor und kann nach erfolgter Prüfung durch die Verwaltung zur Erlangung eines Baubeschlusses voraussichtlich im Januar 2008 dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die Planungen zur Umsetzung der übrigen Baumaßnahmen können voraussichtlich bis März/April 2008 zur Beschlussfassung vorgestellt werden.

Die Verwaltung wird die Umsetzung des Sanierungs- und Umbauprogramms kontinuierlich und mit Nachdruck weiterverfolgen. So ist vorgesehen, dem Rat noch in der ersten Jahreshälfte 2008 weitere Projekte zur Umsetzung des Neubau- Sanierungs- und Umbauprogramms vorzustellen.

Gremium: Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren
und des Wirtschaftsausschusses
Sitzungsdatum: 27.11.2006
Vorlagennummer: 1817/006, 1834/006, 1823/006

Betreff: Beschäftigungsoffensive für Köln

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren und der Wirtschaftsausschuss beauftragen die städtische Vertretung in der Trägergemeinschaft der ARGE, darauf hinzuwirken, folgende Anregungen in die Planung für das Integrationsprogramm 2007 einzubeziehen. Ziele des Programms sind:

1. Integration in den ersten Arbeitsmarkt
2. Der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit
3. Die soziale Integration

Dabei steht der individuelle Beratungs- und Unterstützungsbedarf im Vordergrund.

I. Integration in den ersten Arbeitsmarkt

- Zur Vermeidung von Hilfebedürftigkeit müssen passgenaue Sofortangebote für alle Neuantragstellerinnen und –antragsteller angeboten werden.
- Deutlicher Ausbau des Angebots an Eingliederungszuschüssen und Einstiegsgeld. Eingliederungszuschüsse (an Arbeitgeber) und Einstiegsgeld (an Arbeitnehmer) sind geeignete Anreize, um ein möglichst dauerhaftes Arbeitsverhältnis zu begründen.
- Es soll das vorhandene JobBörsen-Netzwerk im Sinne des Sozialraumkonzeptes zielgerichtet ausgebaut werden.

II. Schaffung neuer, dauerhaft öffentlich geförderter Arbeitsplätze

Es sollen dauerhaft öffentlich geförderte Arbeitsplätze ermöglicht werden, dabei sind tarifliche Entgelte anzustreben. An den Kosten für diese Arbeitsverhältnisse müssen die Arbeitgeber beteiligt werden. Die dauerhafte Mitfinanzierung durch den Arbeitgeber ist somit Voraussetzung für eine solche Förderung, die sich unter anderem auf folgende Arbeitsfelder erstrecken soll:

- im gemeinwohlorientierten Sektor
Beispielhaft seien hier Kindertagesstätten, Sauberkeit, Sicherheit genannt
- in Privathaushalten für sozial benachteiligte Familien und Personen und ältere Menschen sowie als Konkurrenz zur Schwarzarbeit, z.B. haushaltsnahe Dienstleistungen wie z.B. Putzhilfen, Einkaufsservice, Behördengänge und dort, wo ein Lohnzuschuss vertretbar ist, weil sonst kein Arbeitsplatz entstehen würde. Hier sind besondere Anforderungen an die Zusätzlichkeit zu stellen.
- in Verbindung mit kommunaler Auftragsvergabe
Die Vergabe öffentlicher Aufträge, wie z.B. Renovierungsarbeiten in Kindergärten, Jugendzentren, Wohnungen, Bauarbeiten, z.B. Tiefbauaufträge der NetCologne

GmbH für den Netzausbau, soll möglichst an die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen gebunden werden.

III. Weiterentwicklung von Integrationsjobs

In Köln werden Integrationsangebote mit dem Ziel der beruflichen und sozialen Integration mit einem angemessenen Teil an Qualifizierung und Weiterbildung, flankierenden Maßnahmen – wie z.B. Schuldner- und Suchtberatung und sozialer Betreuung – kombiniert.

Bei der Vermittlung in Integrationsjobs

- soll die Entgeltvariante besonders berücksichtigt und dies in der Mittelbewirtschaftung entsprechend berücksichtigt werden.
- der Zeitraum des Beschäftigungsverhältnisses abhängig vom Förderbedarf des Einzelnen sein.

Die Zuweisung setzt einen Integrationsplan / eine Eingliederungsvereinbarung voraus. Arbeitsgelegenheiten dienen nicht der Überprüfung der Arbeitsbereitschaft.

IV. Integrationsangebote für Arbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen

Arbeitslose Menschen mit psychischen oder physischen Beeinträchtigungen brauchen in der Regel sowohl längerfristige Unterstützung und Vorbereitung zur Aufnahme von Beschäftigung als auch eine intensive Begleitung während des Beschäftigungsverhältnisses (z.B. weitere Angebote im Sozialraum oder die „Fachberatung“ für U 25). Die Subventionierung dieser Arbeitsplätze muss bei festgestellter dauerhaft geminderter Leistungsfähigkeit auch dauerhaft möglich sein.

Folgende Angebote sind möglichst bedarfsgerecht auszubauen:

- JobPromote
Bezieherinnen von Arbeitslosengeld 2 mit gesundheitlichen Einschränkungen bzw. Behinderungen erhalten intensive Förderungen der Beschäftigungsfähigkeit und Angebote an geeigneten geförderten Beschäftigungsverhältnissen.
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
Ein Übergang in andere Maßnahmen oder in den ersten Arbeitsmarkt muss möglich sein.
- Firmen in Anlehnung an Integrationsfirmen
Besondere Firmen, aber auch geeignete private Arbeitgeber sollen dauerhaft Subventionen für sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose erhalten können. An die Ausgestaltung dieser Arbeitsplätze sind besondere und auf den Beschäftigten individuell zugeschnittene Anforderungen zu stellen.

V. Flankierende ARGE-Maßnahmen

- Die Sollstärke bei der Personalkapazität (aus durch Einstellung von Externen) muss kurzfristig erreicht werden.

- Weiterhin ist die Kooperation zwischen (Haupt- und Förder-)Schulen mit der Arbeitsagentur und der ARGE zu verbessern. In diesem Zusammenhang soll das Bielefelder Modell für junge Menschen unter 25 – JiB & Job dahingehend geprüft werden, ob es teilweise oder in Gänze auf die Kölner Situation übertragen werden kann.
- Es sollte geprüft werden, wie das geplante Weiterbildungsangebot ausgeweitet und wieder u.a. durch den Baustein „Arbeit und Lernen“ ergänzt werden kann. Alle Arbeitsgelegenheiten sollen beruflich verwendbare Qualifizierungsmodule enthalten.
- Schließlich sollten Ideenwettbewerbe, Erfahrungsaustausche und Benchmarking mit vergleichbaren Städten als Methode der Weiterentwicklung der Beschäftigungsförderung geplant und umgesetzt werden, die Träger von Integrationsangeboten sollen evaluiert werden.

VI. Flankierende Maßnahmen gegenüber der Agentur für Arbeit

Der Ausschuss für Soziales und Senioren und der Wirtschaftsausschuss fordern die städtischen Vertreter/innen im Verwaltungsrat und den übrigen Gremien der Kölner Agentur für Arbeit auf, im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinzuwirken, dass die Maßnahmen der Bundesagentur nach Optimierungsmöglichkeiten überprüft werden, um das angestrebte Ziel, so genannten „Betreuungskunden“ (SGB III) optimaler in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

VII. Flankierende Maßnahmen bei der Stadt Köln

Zukünftige ARGE-Integrationsprogramme sollen durch geeignete städtische Maßnahmen ergänzt werden, um so auch städtische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik besser miteinander zu verzahnen. Die Verwaltung wird daher gebeten, eine dafür geeignete Leitungs- und Koordinationsstruktur zu entwickeln, die eine optimale Koordination und Integration aller Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung ermöglicht.

Die bei der Stadtverwaltung vielfach angesiedelten Beschäftigungsprogramme sind dahingehend zu überprüfen, ob sie in einem gesamtstädtischen Beschäftigungsprogramm gebündelt werden können, um Reibungsverluste zu vermeiden und Synergieeffekte zu erzielen.

Die im Dezernat III wahrgenommene Aufgabe der Förderung der Beschäftigung bei Firmenansiedlungen bzw. Auftragsvergaben soll durch die Benennung eines konkreten Ansprechpartners optimiert werden.

Das von der Verwaltung initiierte Maßnahmenprogramm zu Beschäftigungsförderung wird vom Sozial- und Wirtschaftsausschuss in einer gemeinsamen Sitzung, in die auch die Akteure aus dem „Bündnis für Arbeit“, des Gesamtpersonalrates der Stadt Köln, der Personalräte der ARGE und der Agentur für Arbeit einbezogen werden, beraten und entschieden.

VIII. Resolution an den Bund

Derzeit sind passive Leistungen (zur Sicherung des Lebensunterhalts) und aktive Leistungen (aus dem sog. „Integrationstitel“) nicht gegenseitig deckungsfähig. Das bedeu-

tet, dass in vielen Einzelfällen sinnvolle, aber im Vergleich zur Grundsicherung teure Integrationsangebote nicht umgesetzt werden, weil sie nicht in die Budgetstrukturen des ALG II bzw. der ARGE passen.

Der Ausschuss für Soziales und Senioren und der Wirtschaftsausschuss fordern die Bundesregierung auf, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, die Deckungsfähigkeit von passiven und aktiven Leistungen zu ermöglichen mit dem Ziel, individuelle, das heißt passgenaue, Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Sachstand:

Zu den Punkten I – VI und VIII

Die Beschlüsse zu diesen Punkten sind umgesetzt (s. hierzu Halbjahresbericht, Stand: 30.06.2007).

Zu Punkt VII

Die Arbeiten an einem städtischen Maßnahmenprogramm sind weitestgehend abgeschlossen. Eine entsprechende Vorlage wird in Kürze in das Beratungsverfahren gehen.

Gremium: Ausschuss für Soziales und Senioren
Sitzungsdatum: 24.05.2007
Vorlagenummer: ohne

Betreff: Antirassismus-Training

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für ein möglichst vernetztes Antirassismus-Training in Köln zu erstellen und die Verteilung der in den Haushalt 2007 hierfür eingestellten Mittel in Höhe von 50.000 € festzulegen.

Ziel sollte die Unterstützung von bereits laufenden Projekten sein, die einen interkulturellen Ansatz unterstützen und einen sozialräumlichen Bezug haben. Träger können städtische wie nicht-städtische Einrichtungen, Schulen etc. sein. Besonders zu berücksichtigen sind solche Projekte der interkulturellen und antirassistischen Arbeit, die über die konkrete Schulung hinaus, eine nachhaltige Wirkung haben etwa durch Erstellung von Arbeitsmaterialien oder die Ausbildung insbesondere von jugendlichen Multiplikatoren.

Die Projekte sollen in enger Zusammenarbeit mit der neu eingerichteten Stelle für Informations- und Bildungsarbeit beim NS-Dokumentationszentrum betreut werden.

Sachstand:

Unter Beachtung der im Beschluss formulierten Vorgaben wurde in Abstimmung zwischen dem Interkulturellen Referat und dem NS-Dokumentationszentrum ein Konzept für ein vernetztes Antirassismus-Training erarbeitet und die Verteilung der kommunalen Fördermittel für das Jahr 2007 festgelegt.

Am 06.09.2007 wurde die Vergabe der Mittel an

- NS-Dokumentationszentrum für die Erstellung didaktischer Materialien und
- RAA für die Ausbildung von Lehrkräften und Jugendlichen in der Mediation und Methoden der Deeskalation und kreativen Konfliktlösung in der Schule

beschlossen.

Am 29.10..2007 folgte der Beschluss über die Vergabe der Mittel an:

- „sportjugend köln“ für Antirassismus-Trainings für Jugendbetreuer/innen und Jugendsprecher/innen im Rahmen der Durchführung von integrationsfördernden Sportangeboten in Sportvereinen,
- Projekt „ProRespekt“ (Träger: Zurück in die Zukunft e.V.) für Durchführung von ProRespekt-Trainings für Multiplikatoren/Multiplikatorinnen und pädagogische Kräfte sowie Jugendliche aus Einrichtungen und Schulen und
- „Drei-Säulen-Modell“ der Antidiskriminierungsarbeit in Köln für die Durchführung eines Workshops zur Förderung der Vernetzung und des Erfahrungsaustauschs unter den Akteuren der Antirassismus und der Antidiskriminierungsarbeit sowie zur Förderung der Weiterentwicklung der Arbeit auf diesem Gebiet.

Die Fördermittel wurden an die Projektträger ausgezahlt. Der Beschluss ist damit erledigt.

Gremium: Ausschuss für Soziales und Senioren
Sitzungsdatum: 24.05.2007
Vorlagenummer: A/0213/007

Betreff: Zuschüsse für Kölner Bürgerhäuser

Beschluss:

Zur Durchführung zusätzlicher projektbezogener Angebote erhalten die auf der Grundlage

des Rahmenkonzepts der Kölner Bürgerhäuser arbeitenden Einrichtungen

- Bürgerschaftshaus Bocklemünd
- Bürgerzentrum Chorweiler
- Bürgerzentrum Deutz
- Bürgerzentrum Ehrenfeld
- Bürgerzentrum Engelshof
- Bürgerhaus Kalk
- Bürgerzentrum Nippes
- Quäker-Nachbarschaftsheim
- Bürgerhaus Stollwerck
- Mülheimer Selbsthilfe Teestube (Mütze)

jeweils einen zweckgebundenen einmaligen Zuschussbetrag in Höhe von 9.000 €.

Die von allen Bürgerhäusern und Bürgerzentren getragene Aktion „Kölner Elf“ erhält einen

Zuschuss in Höhe von 4.000 €.

Die Bürgerbegegnungsstätten im Vereinshaus Worringen und die Begegnungsstätte in Finkenberg erhalten zur Realisierung von zusätzlichen Angeboten erhalten einen zweckgebundenen einmaligen Zuschussbetrag in Höhe von je 1.500 €.

Für die Förderung von im Entstehen begriffenen ehrenamtlich betriebenen Begegnungsstätten werden einmalig 3.000 € bereitgestellt.

Sachstand:

Die zweckgebundenen Zuschüsse für die auf der Grundlage des Rahmenkonzepts der Kölner Bürgerhäuser arbeitenden Einrichtungen in Höhe von je 9.000 € wurden an die freien Träger auf der Grundlage eines Zuwendungsbescheids ausgezahlt. Verwendungsnachweise sind bis zum 31.03.2008 bei der Verwaltung einzureichen. Für die städtischen Einrichtungen wurde das Sachkostenbudget um je 9.000 € erhöht.

Der „Kölner Elf“ wurde per Zuwendungsbescheid der Zuschuss in Höhe von 4.000 € ausgezahlt.

Der Zuschuss von je 1.500 € für das Vereinshaus Worringen und die Begegnungsstätte Finkenberg wurden per Zuwendungsbescheid ausgezahlt. Verwendungsnachweise sind bis zum 31.03.2008 bei der Verwaltung einzureichen.

Anträge zur Förderung von im Entstehen begriffenen ehrenamtlich betriebenen Begegnungsstätten wurden nicht gestellt.

Der Beschluss ist umgesetzt.

Gremium: Ausschuss für Soziales und Senioren
Sitzungsdatum: 24.05.2007
Vorlagennummer: A/0235/007

**Betreff: Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der
Gemeinwesenarbeit**

Beschluss:

Zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements und der bürgerschaftlichen Gemeinwesenarbeit können einmalige Sachkostenzuschüsse zur Initiierung neuer Projekte bis zu einem Betrag von 5000,00 € pro Antragsteller bezuschusst werden.

Das Ziel ist die Förderung der Identifikation der Bewohner/innen mit ihrem Stadtteil.

Hierzu zählen

- Verschönerung des Wohnumfeldes
- Straßen- und Nachbarschaftsfeste
- Nachbarschafts-Hilfe-Projekte
- Maßnahmen zur Verbesserung des Miteinanders verschiedener Altersgruppen und Kulturen

Die Mittel können von anerkannten gemeinnützigen Vereinen/Organisationen beim Sozialamt beantragt werden. Bei einem Antrag aus einem der zehn Sozialräume ist die/der jeweilige Koordinator/in einzubeziehen.

Dem Ausschuss für Soziales und Senioren sind alle eingereichten Zuschussanträge zur Entscheidung vorzulegen.

Sachstand:

Die Verwaltung hatte durch Presseveröffentlichungen auf diese Fördermöglichkeit hingewiesen. Insgesamt gingen 73 Anträge von Vereinen und Organisationen bei der Verwaltung ein, 5 davon verfristet. 68 Anträge wurden dem Ausschuss für Soziales und Senioren in seinen Sitzungen am 09.08.2007, 06.09.2007 und 29.10.2007 zur Entscheidung vorgelegt.

Der Ausschuss beschloss die Förderung von insgesamt 38 Antragstellern mit einer Fördersumme von insgesamt 75.000,00 €. Die Freigabe der Mittel erfolgte durch den Finanzausschuss. Die Zuschüsse wurden durch die Verwaltung unverzüglich ausgezahlt.

Die Zahlungsempfänger wurden gebeten, bis zum 15.03.2008 einen Verwendungsnachweis vorzulegen, der aus einem Projektbericht sowie Belegen über die zweckgemäße Verwendung der Zuschüsse besteht.

Damit ist der Beschluss des Ausschusses umgesetzt worden.

Gremium: Ausschuss für Soziales und Senioren
Sitzungsdatum: 24.05.2007, 09.08.2007
Vorlagennummer: A/0127/007, A/0176/007

Betreff: Erstellung eines Tourismus- und Kulturkonzeptes für behinderte und ältere Menschen

neu: Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur Kölner Behindertenarbeit

Beschluss:

Das Gesamtkonzept der Kölner Behindertenarbeit muss das Leben in der Stadt in all seinen Facetten erfassen. Zu vielen einzelnen Aspekten gibt es bereits Arbeitsgruppen und Arbeitsergebnisse, die zusammengeführt und weiterentwickelt werden müssen und damit weitere Synergieeffekte auslösen.

Die Erklärung von Barcelona, auf der letzten Sitzung des Sozialausschusses beschlossen, kann als Orientierung für das Themenspektrum gelten, das auf dem Weg zu einer behindertenfreundlichen Stadt zu bearbeiten ist.

Dabei wird es jeweils darum gehen,

- neben einer Bestandsaufnahme und deren Bewertung,
- unter Einbeziehung der Arbeitsergebnisse bereits bestehender Arbeitsgruppen in der Stadtverwaltung bzw. der Stadt,
- unter Berücksichtigung von bewährten und geeigneten Praxismodellen anderer Kommunen,
- unter Einbeziehung von wissenschaftlichen Erkenntnissen,
- und unter Beteiligung der Behindertenorganisationen und der Akteure in dem jeweiligen Themenfeld

Perspektiven behindertenfreundlicher Weiterentwicklungen aufzuzeigen und Vorschläge zu deren Umsetzung zu unterbreiten.

Das Konzept muss Aussagen zu folgenden Themen enthalten:

1. Mobilität und Verkehr, d.h. die Nutzbarkeit der Verkehrsmittel und die Gestaltung des Stadtraumes für Menschen mit unterschiedlichen Handicaps sowie die Bereitstellung von alternativen Dienstleistungen für die Fälle, in denen die Mobilität anders nicht gesichert werden kann,
2. Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude sowie weiterer zentraler Gebäude der Stadt,
3. Barrierefreiheit der Freizeit- und Kulturangebote in der Stadt,
4. Steigerung der touristischen Attraktivität für auswärtige Gäste und Kölner mit Handicaps und Behinderungen,
5. Versorgung mit barrierefreiem Wohnraum,
6. Informations- Beratungs- und Hilfesysteme für Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige im Sozial und Gesundheitsbereich,
7. Integration, individuelle Förderung, gesundheitliche Versorgung und Zukunfts-

- chancen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen,
8. Berufliche Ausbildung und Integration behinderter Menschen in den Arbeitsmarkt,
 9. barrierefreie Gestaltung von Verwaltungsinformationen und von Informationen über die Stadt,
 10. Beeinflussung des öffentlichen Bildes behinderter Menschen durch städtische Veröffentlichungen und die örtliche Presse,
 11. Sensibilisierung der Mitarbeiter/-innen der städtischen Verwaltung für die Belange behinderter Menschen,
 12. Gewinnung nicht-städtischer Unternehmen für den Gedanken und die Umsetzung von Barrierefreiheit und Behindertenfreundlichkeit,
 13. Förderung der Akzeptanz von Vielfalt und Abbau von Vorurteilen bei den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt.
 14. *Förderung des Gemeinsamen Unterrichtes (GU)*

Die Verwaltung wird beauftragt, ein solches Gesamtkonzept mit einem entsprechenden Handlungsplan zu erarbeiten.

Im Rahmen einer erforderlichen Schwerpunktsetzung ist ein Maßnahmenplan für zwei bis drei Themen kurzfristig dem Ausschuss für Soziales und Senioren zur Entscheidung vorzulegen.

Sachstand:

Der Ausschuss Soziales und Senioren hat in seiner Sitzung am 09.08.2007 die Änderungsvorschläge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschlossen, so dass das Konzept nun den Titel „Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur Kölner Behindertenarbeit“ hat. Der Aufgabenkatalog wurde um den Punkt 14. „Förderung des Gemeinsamen Unterrichtes (GU)“ ergänzt.

Die Behindertenbeauftragte hat inzwischen eine Grobgliederung für das Konzept sowie eine Planung für dessen Erstellung vorgelegt und dem Ausschuss Soziales und Senioren auf seiner Sitzung am 22.11.2007 zur Kenntnis gegeben. Bereits am 13.11. hatte der Stadtvorstand beschlossen, dass alle Dezernate und Ämter die Erstellung und Umsetzung des Handlungskonzeptes für die Kölner Behindertenpolitik unterstützen.

Die Ämter wurden inzwischen über die bevorstehende Aufgabe und die Fragestellungen schriftlich informiert und die erste Sitzung der den Prozess begleitenden Arbeitsgruppe wurde für Mitte Januar 2008 einberufen. Ebenso wurden die Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen mit einem ersten Fragebogen in den Erstellungsprozess eingebunden.

Gremium: Ausschuss für Soziales und Senioren
Sitzungsdatum: 06.09.2007
Vorlagenummer: A/0369/007

Betreff: Weiterentwicklung der ARGE Köln

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, in der Lenkungsgruppe der ARGE dafür einzutreten, dass die ARGE Köln sich am bereits bestehenden Benchmark – Prozess der anderen Großstadt – Argen beteiligt.
2. Darüber hinaus ist anzustreben, eine externe praxisbegleitende Untersuchung der Kölner Instrumente von Beschäftigungsförderung für Kölner Langzeitarbeitslose (z.B. Integrationsjobs, Neue Arbeit Köln, Einstiegsgeld) zu installieren, um Empfehlungen für Veränderungen zu ermöglichen. Die Teilnahme am Benchmark - Prozess ist um diesen Baustein zu ergänzen.

Sachstand:

1. Die ARGE Köln nimmt ab 01.01.2008 an dem gesonderten Benchmarking einiger deutscher Großstädte („Benchmarking von Geschäftsprozessen in ARGE n zur Umsetzung des SGB II“) teil. Die Kosten von ca. 10.000,00 € jährlich werden von der ARGE Köln hierfür bereitgestellt.
2. Der Auftrag für die Installierung einer externen praxisbegleitenden Untersuchung der Kölner Instrumente von Beschäftigungsförderung für Kölner Langzeitarbeitslose wurde von der Lenkungsgruppe an die ARGE Köln erteilt. Zwischenzeitlich wurde bereits bei den Vergaben der Projekte „Sprungbrett“, „JobPerspektive“, „Wege in Arbeit“, „Brücke zur Arbeit“ und dem „JobBörsen Programm“ eine begleitende Evaluation durch die Träger selbst in der Leistungsbeschreibung verankert. Dies soll in allen weiteren Ausschreibungen zukünftig standardmäßig erfolgen. Für die Maßnahme „JobPromote“ erfolgt bereits seit Beginn eine Evaluation durch einen externen Dritten. Zusätzlich zu den Evaluationen der Träger selbst, soll bei den großen Maßnahmen wie z. B. das „JobBörsen Programm“, „Sprungbrett“, „Wege in Arbeit“, „Jobperspektive“ und den „Arbeitsgelegenheiten“ eine Evaluation durch einen Dritten vorgenommen werden. Ziel hierbei ist die Aufstellung des Integrationsprogramms 2009 anhand von validen Zahlen über die Wirkung der Maßnahmen auf dem Kölner Arbeitsmarkt.
Die ARGE Köln erstellt derzeit ein Konzept über Art und Umfang des Evaluationsauftrages, damit eine Leistungsbeschreibung für eine öffentliche Ausschreibung erfolgen kann und Angebote eingeholt werden können.

Beschlüsse des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün

Gremium: Ausschuss Umweltschutz und Abfallwirtschaft
Sitzungsdatum: 16.11.1995
Vorlagenummer: 1848/095

Betreff: Fortschreibung des Umweltschutz-Programms 1984

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis der in der Ausschusssitzung vom 27.06.1995 vorgelegten Beschreibung der Schwerpunkte „Energie und Umwelt“ und „Verkehr und Umwelt“ konkrete Maßnahmenvorschläge auszuarbeiten:

Energie und Umwelt

- energiesparender Wohnungsneubau
- Energieeinsparungen im privaten und städtischen Gebäudebestand
- Stromeinsparungen bei den Verbrauchern

Verkehr und Umwelt

- Ermittlung und Beschreibung der kleinräumigen Belastungsfaktoren für Mensch und Umwelt aus dem Straßenverkehr durch Abgase und Lärm.
- Entwicklung von Lösungsvorschlägen zur Reduzierung der Luft- und Lärmbelastung im Rahmen des Gesamtverkehrskonzeptes, Güterverkehrskonzeptes, P&R und B&R Konzeptes, sowie des ÖPNV-Konzeptes.

Die im Hoch- und Wohnungsbauausschuss gefassten Beschlüsse zur Ausarbeitung eines „CO₂-Minderungskonzeptes für die Stadt Köln“ sind einzubeziehen.

Die erforderlichen Ressourcen sollen organisatorisch für die Zeit der Umsetzung gebündelt werden.

Sachstand:

- Aktivitäten im Handlungsschwerpunkt ‘**Energie und Umwelt**’

Als Schwerpunkt der Aktivitäten im Aufgabenbereich “Energiesparender Wohnungsneubau” wurde das NRW-Förderprojekt “(Städtebaulich) Planen mit der Sonne” weiter umgesetzt. Ziel des bis Ende 2008 laufenden und zu über 95 % vom Land finanzierten Projektes ist es, die Städte und Gemeinden des Landes NRW in die Lage zu versetzen, ihre städtebaulichen Planungen von Anfang an solar+energetisch zu optimieren und die daraus resultierenden Vorteile (gute Besonnung / Belichtung und die daraus resultierende Energieeinsparung) für die Bewohner nutzbar zu machen. Die praktische Umsetzung der solar+energetischen Analyse und Optimierung der Stadtplanung erfolgt mit Hilfe des städtebaulichen Energiesimulationsprogramm GOSOL-NRW. Das hierfür über eine NRW-Landeslizenz angebotene Nutzungsrecht wurde bisher bereits von über vierzig Städten, Gemeinden und Hochschulen in NRW erworben.

Projektschwerpunkt des zurückliegenden Halbjahres war die Entwicklung einer Marketingkampagne zu den positiven Effekten von “(Städtebaulich) Planen mit der Sonne” für die Zielgruppe der Investoren, Projektentwickler und Bauträger. Damit soll der Er-

kenntnis Rechnung getragen werden, dass diese Zielgruppe durch die größere Nähe zu den Käufern / Mietern von Wohnraum als den eigentlichen "Nutznießern" eines solarenergetisch optimierten Städtebaus stärker von den positiven Effekten profitieren kann als die Kommunen und damit ein entsprechendes Interesse am Thema zu erwarten ist. Hauptkomponenten der Marketingkampagne, die im ersten Quartal 2008 beispielsweise die gesamte Wohnungswirtschaft in NRW erreichen soll, sind ein Videokurzfilm, eine Website und verschiedene Printprodukte. Darüber hinaus wurde eine Aktualisierung und Überarbeitung der Grundlagenbroschüre "Planen mit der Sonne – Arbeitshilfen für den Städtebau" von 1998 in Auftrag gegeben.

Im Aufgabenbereich "Energieeinsparung im privaten Gebäudebestand" wurde weiterhin die Broschüre "Gebäudesanierung mit Gewinn – Energieeffiziente Modernisierung schafft viele Vorteile" über die Bürgerämter an Kölner Hausbesitzer und Vermieter verteilt. Mit ihr wird dafür geworben, ohnehin anstehende Sanierungs- bzw. Modernisierungsmaßnahmen besonders energiesparend auszuführen und so mit wirtschaftlichen Maßnahmen den Heizwärmebedarf bzw. die CO₂-Emissionen in Köln zu senken. Bei dem NRW-Projekt "50 Solarsiedlungen in NRW" gab es keine neuen Bestandsprojekte.

- Aktivitäten im Bereich '**Verkehr und Umwelt**'

Zum 01.01.2008 wurde eine Umweltzone für die Innenstadt sowie Teile von Deutz und Mülheim eingerichtet. Durch den Ausschluss besonders schadstoffintensiver Fahrzeuge soll eine bessere Luftqualität in diesen Bereichen erzielt werden. Im Einvernehmen mit der Bezirksregierung Köln wurde ein umfangreicher Ausnahmekatalog beschlossen. Um eine möglichst hohe Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen, wurde die Öffentlichkeit umfassend durch Nutzung aller Massenmedien und des städtischen Internets informiert. Zusätzlich wurden Informationsbroschüren an alle Haushalte verteilt; Autofahrer, deren Fahrzeug noch nicht über eine Plakette verfügte, wurden mit Hilfe eines Flyers auf die Einführung der Umweltzone hingewiesen. Durch die Information bundesweiter und ausländischer Presse wurden auch die Belange der Tourismusbranche berücksichtigt.

Um Autofahrern den Erwerb von Feinstaubplaketten zu erleichtern, richtete die Stadtverwaltung flächendeckend Verkaufsstellen ein. Die zusätzlich eingerichteten Verkaufsstellen im Weihnachtsverkehr werden sehr gut angenommen. Da auch in Autowerkstätten und bei TÜV und Dekra sowie in anderen berechtigten Betrieben Plaketten verkauft werden, diese jedoch nicht über die Stadtverwaltung bezogen werden, kann die genaue Zahl der bisher vergebenen Feinstaubplaketten nicht ermittelt werden.

Von den bisher etwa 1100 gestellten „Ausnahmeanträgen“ erwiesen sich 75 Prozent als überflüssig, weil die Fahrzeuge plakettenfähig sind. Ab 1.1.2008 werden nicht bußgeldpflichtige Mahnzettel verteilt. Ab 1.4.2008 werden die unzulässig einfahrenden Fahrzeuge mit einem Bußgeld von 40 € und 1 Punkt in der Verkehrssünder Datei belegt.

Der erste Teilabschnitt „Umweltmonitoring“ im Projekt „umweltbasierte Lichtsignalanlagensteuerung“ für den rechtsrheinischen Teil der Umweltzone ist im Vergabeverfahren und wird so rasch wie möglich eingerichtet.

Gremium: Ausschuss Umweltschutz und Abfallwirtschaft
Sitzungsdatum: 17.04.1997
Vorlagennummer: 0336/097

**Betreff: Umsetzung der Agenda 21 von Rio de Janeiro auf Kölner Ebene
„Global denken - Lokal handeln“**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Umsetzung der bei der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen 1992 in Rio de Janeiro verabschiedeten „Agenda 21“ den Entwurf einer „Kommunalen Kölner Agenda 21“ vorzulegen. Die Entwicklung der „Kölner Agenda“ ist unter Beachtung der Grundsätze des Artikels 28 der Agenda 21 von Rio de Janeiro voranzutreiben, wonach in der Aufstellung der kommunalen Agenda die Bürger, örtlichen Organisationen und die Privatwirtschaft zu beteiligen sind.

Sachstand:

In Zusammenarbeit von Verwaltung, Rat und Koordinierungsgruppe entstand die Initiative zur Gründung des Vereins „KölnAgenda – Lokale Agenda 21 für Köln e.V.“ Ziel des Vereins ist die Förderung des Agenda- Prozesses in Köln, insbesondere die Einrichtung und Betreibung eines Agenda- Büros mit Dienstleistungsfunktion für die Agenda- Gruppen. Am 01.09.1999 wurde der Verein gegründet. Die Stadt Köln ist dem Verein als Mitglied beigetreten.

Die Projekte und Aktivitäten sowie ein ständig aktueller Newsletter zur Arbeit des Vereins KölnAgenda sind im Internet unter > <http://www.koelnagenda.de> < zu verfolgen.

Bürgerstiftung Köln

Eine wichtige Agenda-Initiative wurde mit der Gründung der Bürgerstiftung Köln am 17.06.2005 erfolgreich auf den Weg gebracht. Im Dezember wurde die Gründung mit der Überreichung der Stiftungsurkunde durch den RP abgeschlossen. Herausragende Bürgeraktivitäten wurden in einem Projektwettbewerb am 08. 03. 2006 prämiert. Ein neuer Projektwettbewerb wird für 2008 vorbereitet.

Internationale Gärten

Ein weiteres Agenda-Projekt beschäftigt sich mit der Schaffung von Internationalen Gärten. Nach dem Göttinger Vorbild, wo inzwischen 80 Familien aus 19 Ländern fünf internationale Gärten bewirtschaften, sollen auch in Köln solche Gärten etabliert werden und zugleich die Nutzung der Kleingärten durch Zugewanderte verbessert werden. Der von Köln Agenda unterstützte Verein „Internationale Gärten“ hat mit der Stadt Köln eine vertragliche Vereinbarung über die Nutzung eines entsprechenden Gartengeländes in der Niehler Mulde getroffen und seine Arbeit aufgenommen. Für die gärtnerische Nutzung dieser Fläche, das im Landschaftsschutzgebiet liegt, wurde mittlerweile eine Ausnahmegenehmigung erteilt.

Bürgerhaushalt

Mit dem Bürgerhaushalt wird ein zentrales Agenda- Vorhaben von der Verwaltung aufgegriffen. Das vom Rat beschlossene Symposium zum Bürgerhaushalt wurde im

Herbst 2006 mit der Vorstellung von Beispielen aus anderen Kommunen durchgeführt. Der Finanzausschuss hat am 15.05.2006 die Besetzung einer Lenkungsgruppe beschlossen, welche die Einführung des Bürgerhaushalts vorbereiten soll. Dort werden auch die Ergebnisse des Symposiums einfließen. Die Bürgerbeteiligung wurde vom 22.10.- 19.11. 2007 im Internet zu den Bereichen Verkehr, Sport und Grün durchgeführt. Mit großem Erfolg: 4.973 Vorschläge wurden eingereicht und 9184 Kommentare abgegeben.

Jecke Fairsuchung und Köln Global

Das Ziel der Kampagne „Jecke Fairsuchung“ ist, zehn Prozent des Wurfmaterials im Karneval aus fair gehandelten Produkten zu stellen. Diese Idee hat mittlerweile Wirkung gezeigt: Im Rosenmontagszug 2007 (Rote Funken mit 35 Prozent ihres Budgets), beim Schull- und Veedelszoch und beim Porzer Dreigestirn wurde faires Wurfmaterial eingesetzt. Aber auch über Köln hinaus hat Jecke Fairsuchung e.V. gute Partner, wie die Stadt Brühl gewinnen können.

Der Agenda Themenkreis „Köln in globaler Partnerschaft“ hat sich Anfang Februar 2007 neu konstituiert. Unter dem Namen „Köln Global“ hat sich im Februar 2007 ein neues Netzwerk gebildet. Von städtischer Seite ist das Büro für internationale Angelegenheiten dort vertreten. Weitere wichtige Partner sind Köln Agenda e.V. und das Al-lerweltshaus.

Erstes Ergebnis dieses Netzwerkes ist der vom Rat am 15.11.2007 beschlossene Bürgerantrag zur lokalen Unterstützung der Millenniumsentwicklungsziele der UN (MEZ).

Der Beschluss von 1997 wurde zwischenzeitlich umgesetzt und ist als erledigt zu betrachten.

Gremium: Gesundheitsausschuss
Sitzungsdatum: 03.12.2002
Vorlagenummer: 1076/002

Betreff: Konzept zur Auflösung der städt. Desinfektionsstelle und der staatlich anerkannten Lehranstalt für Desinfektoren / Desinfektorinnen

Beschluss:

1. Die Desinfektionsstelle wird nicht aufgelöst.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, neue bedarfsgerechte Räumlichkeiten für die Desinfektionsstelle und die Desinfektionsschule zu suchen, die kostengünstiger sind.
3. Mit den umliegenden Kommunen über eine Vereinbarung zwecks gemeinsamer Leistungserbringung zu verhandeln.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, ein laufendes Kosten-Controlling mit vierteljährigem Zwischenbericht sicherzustellen.
5. Die freien Stellen erst bei entsprechender Nachfrage nach Leistungen wiederzubesetzen.

Sachstand:

zu 2.:

Der Bereich des Betriebes wurde zum 01.11.2006 in die von 53 angemieteten Räume in der „Lungengasse“ verlagert. Da zwischenzeitlich aus wirtschaftlichen Gründen die Methadonambulanz und die Heroinvergabe in der Lungengasse zusammengelegt wurden, befinden sich seit dem 01.07.2007 die Büros der Desinfektionsstelle im Haupthaus des Gesundheitsamtes.

Trotz der verlagerungsbedingt entstehenden „Mehrumbaukosten“ wird - bei mittelfristiger Betrachtung – der städtische Haushalt entlastet.

zu 3.:

Das am 06.06.2006 verabschiedete Konzept zur Eindämmung drohender Gesundheitsgefahren (Schadnagerkonzept) für die Kölner Bevölkerung durch Schadnager greift.

Durch dieses Konzept wird u.a. die Desinfektionsstelle ermächtigt, selbständig – ohne Beauftragung durch andere Dienststellen – vorbeugende Schadnagerbekämpfungsmaßnahmen in öffentlichen Grünflächen und Straßenbegleitgrünflächen durchzuführen.

zu 4.:

Darstellung Gesamtbereich

	Plan	Ist	Abwei- chung
Kosten, davon	316.400 €	267.300 €	- 48.900 €
Personalkosten	165.700 €	156.200 €	-9.500 €
Sachkosten	104.700 €	67.300 €	- 37.400 €
Innerstädtische Kosten	41.100 €	41.100 €	
Kalk. Kosten	4.900 €	2.700 €	- 2.200 €
Erlöse, davon	163.300 €	106.400 €	-56.900 €
Innerstädtische Erlöse	57.500 €	42.700 €	- 14.800 €
Ergebnis	- 153.000 €	- 161.000 €	-8.000 €
Kostendeckungsgrad	52 %	40 %	

Bewertung Gesamtbereich:

Die Kosten liegen mit 48.900 € unter der Planung. Der Grund liegt in der Unterschreitung der Mietkosten durch die Verlagerung

- a) vom Eifelwall in die Lungengasse und
- b) von der Lungengasse in das Haupthaus des Gesundheitsamtes.

Hierzu ist allerdings anzumerken, dass für das Objekt „Lungengasse“ noch kein Mietvertrag durch 26 vorliegt. Es wurde hier bei der Kosteneingliederung auf ein Angebot aus dem Jahr 2006 zurückgegriffen. Inwieweit die tatsächlich zu zahlende Miete abweicht, hängt von den Umbaukosten ab. Auch hier ist 26 mit der Lieferung der Schlussrechnung im Verzug.

Die Abweichung der Personalkosten begründet sich durch geringere Honorarleistungen für Dozenten an der Lehranstalt.

Die Einnahmesituation ist problematisch. Weiteres hierzu ist der Einzeldarstellung zur Lehranstalt zu entnehmen.

Darstellung Betrieb:

	Plan	Ist	Abwei- chung
Kosten	229.800 €	190.200 €	- 39.600 €
Erlöse	75.000 €	58.800 €	- 16.200 €
Ergebnis	- 154.800 €	- 131.400 €	- 23.400 €
Kostendeckungsgrad	33 %	31 %	
Produktivstunden	2.541	2.134	- 406

Bewertung Betrieb:

Durch die erneute Verlagerung sowie übergreifend strukturierender Maßnahmen, konnten in den Bereichen private Desinfektionen und Entwesungen sowie städtische Desinfektionen ca. 400 geplante Stunden nicht realisiert werden. Entsprechend geringer sind die Erlöse. Die in den ersten drei Quartalen für das Schadnagerkonzept geplanten Produktivstunden wurden zu 100 % umgesetzt. In der Tendenz befindet sich der Bereich im Rahmen der konzeptionell festgesetzten Zielvorgaben.

Darstellung Lehranstalt:

	Plan	Ist	Abwei- chung
Kosten	86.600 €	77.100 €	- 9.500 €
Erlöse	88.300 €	47.800 €	- 40.500 €
Ergebnis	1.700 €	- 29.300 €	- 31.000 €
Kostendeckungsgrad	98 %	62 %	

Bewertung Lehranstalt:

Wie es sich bereits Ende 2006 abzeichnet hat, wirkte sich der Aufschwung nicht unmittelbar auf die Unternehmen und kommunalen Verbände aus, welche ihr Personal in der Lehranstalt ausbilden lassen. Das in den ersten drei Quartalen entstandene Defizit steht jedoch nicht für einen dauerhaften Trend. Bereits im IV. Quartal 2007 wird aller Voraussicht nach ein positives Betriebsergebnis erzielt.

Da die Fortbildungskurse unabhängig vom Trend sehr gut besucht werden, wurde die Anzahl der angebotenen Kurse von bislang sieben auf nunmehr neun im Jahr 2008 ausgeweitet. Die sich jetzt wieder abzeichnende positive Entwicklung der Ausbildungs-

kurse wird sich im Jahr 2008 fortsetzen.

Darüber hinaus führt der Leiter der Lehranstalt, zusätzliche speziell auf das Infektionsschutzgesetz abgestimmte, Schulungen bei Unternehmen durch. Die hier erzielten Erlöse in Höhe von ca. 7.000 € werden ab dem kommenden Jahr bei der Lehranstalt abgebildet, so dass ein weiterer Beitrag zur Kostendeckung geleistet wird.

Gremium: Gesundheitsausschuss
Sitzungsdatum: 25.03.2003
Vorlagennummer: 0278/003 und 0327/003

Betreff: Nachhaltige Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Kindern und Jugendlichen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche der in der Mitteilung zur Sondersitzung des Gesundheitsausschusses, des Jugendhilfeausschusses – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie, des Ausschusses für Soziales und Senioren sowie des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 23.01.03 vorgeschlagenen Maßnahmen kostenneutral umgesetzt werden können sowie Vorschläge vorzulegen, zu welchen Lasten Kosten verursachende Maßnahmen gehen können.

Dabei ist besonderer Wert zu legen auf:

Möglichkeiten der Verbesserung der Vernetzung, einen Schwerpunkt bei der früh einsetzenden Gesundheitserziehung bereits im Kindergarten zu setzen, der in der Schule fortgeführt werden sollte und der auf Fragen der Ernährung und Bewegung besonders eingeht. geschlechtsspezifische Gesundheitsfragen von Mädchen und Jungen.

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung in diesem Zusammenhang:

Gespräche mit den Krankenkassen zu führen, um eine weitergehende Bewilligung von Präventivangeboten für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen, den Kindergärten und den Schulen nahe zu legen, Gesundheitserziehung als Bestandteil ihres Fortbildungsprogramms für Erzieher/innen und Lehrer/innen aufzunehmen. Darüber hinaus soll die Verwaltung prüfen, inwiefern sie Kindergärten und Schulen bei der Konzipierung und Durchführung solcher Fortbildungen Hilfestellungen geben kann.

Das Ergebnis ist neben dem Gesundheitsausschuss auch den weiteren an der o.g. Sondersitzung beteiligten Fachausschüssen zur Kenntnis zu geben.

Sachstand:

Der am 23.01.2003 vorgelegte Bericht zur nachhaltigen Verbesserung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendgesundheitsbericht Köln 2002) wurde im November 2003 in der Kommunalen Gesundheitskonferenz (KGK) vorgestellt. Die KGK hat das im Bericht vorgeschlagene Maßnahmenpaket ausdrücklich begrüßt und darauf hingewiesen, dass die mit der Umsetzung der im Auftrag der o.g. Ausschüsse von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen verbundenen Finanzierungsfragen einer Lösung bedürfen. Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 14.05.2007, in allen Kölner Kindergärten Untersuchungen und Beratungen durch den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst durchzuführen, kann eine der im Kölner Kinder- und Jugendgesundheitsbericht 2002 vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung der Kölner Kinder umgesetzt werden.

Die weiteren in diesem Bericht vorgeschlagenen und von der Kommunalen Gesundheitskonferenz ausdrücklich begrüßten Maßnahmen sind:

- -Erhöhung der Motivation zur Teilnahme an den Krankheitsfrüherkennungsuntersuchungen (wird in Zusammenarbeit mit 51 umgesetzt)
- Bedarfsgerechter Ausbau der Gruppenprophylaxe der Karies (wird umgesetzt)
- Ausbau der aufsuchenden bzw. nachgehenden Gesundheitshilfen (Umsetzung steht noch aus, wird aber im Kontext der Weiterentwicklung des sozialen Frühwarnsystems berücksichtigt)
- Ausbau von Schülersprechstunden, insbesondere in weiterführenden Schulen und Berufskollegs
- Einrichtung eines kinder- und jugendpsychiatrischen Beratungsangebotes
- Intensivierung und Koordination der gesundheitlichen Aufklärung und Gesundheitsförderung (wurde durch Einrichtung der AG Gesundheitsförderung in Kindertagesstätten und Schulen der KGK sowie der Geschäftsstelle des Kölner OPUS-Netzwerkes gesundheitsfördernder Kindertagesstätten beim Gesundheitsamt in Angriff genommen)
- Weiterentwicklung der Schuleingangsuntersuchung und -beratung (umgesetzt)

Die in der KGK vertretenen Akteure haben sich verpflichtet, an der Realisierung einer verstärkten Kooperation und Vernetzung mitzuwirken bzw. ihren Einfluss dahin geltend zu machen.

Dem Kölner OPUS-Netzwerk gesundheitsfördernder Kindergärten, dessen Träger das Gesundheitsamt der Stadt Köln ist, gehören mittlerweile über 30 Einrichtungen unterschiedlicher Träger an.

Gremium: Ausschuss Umweltschutz und Grün
Sitzungsdatum: 11.03.2004
Vorlagenummer: 0185/004

Betreff: Naturschutzgebiet Mutzbach

Beschluss:

Der Ausschuss Umweltschutz und Grün beschließt:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, zum Schutz des oberen Mutzbaches das vorhandene Naturschutzgebiet parallel zu den beschlossenen Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung in beide Richtungen zu verbreitern.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie die beiden Naturschutzgebiete Mutzbach und Thielenbruch zu einem Biotopverbund in einem einzigen vergrößerten Naturschutzgebiet entwickelt werden können.

Sachstand:

Die Verwaltung beabsichtigt, im Bereich der bestehenden Naturschutzgebiet Mutzbach und Thielenbruch weitere Flächen unter Naturschutz zu stellen. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen hat auf die Bedeutung dieser Verbindungs- und Pufferflächen im Rahmen des Biotopverbundes hingewiesen.

Über Details der Naturschutzfestsetzung wird im förmlichen Verfahren zur Änderung des Landschaftsplans entschieden. Der Auftrag ist damit erledigt.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 23.06.2005
Vorlagenummer: 0841/005

Betreff: Verbund gemeinnütziger Möbellager

Beschluss:

Der Umweltausschuss beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob der Verbund gemeinnütziger Möbellager e.V. nach §§ 16 bis 18 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz im Wege der Beauftragung in das Kölner System der Abfallvermeidung, Abfallmengenreduzierung und der stofflichen Verwertung eingebunden werden kann.

In diese Aufgabenstellung, die ganz besonders die Sperrmüllmengenvermeidung und -reduzierung sowie das Restmüllsperrmüllrecycling betrifft, sollen damit auch die ebenfalls gemeinnützigen Mitgliedsvereine des Verbundes mit ihren dezentral im Kölner Stadtgebiet gelegenen Standorten einbezogen werden.

Sachstand:

Es wurde von der Stadt Köln und der AWB GmbH & Co.KG geprüft, ob das Gemeinnützige Möbellager ohne Ausschreibung beauftragt werden kann.

Hierzu hat die AWB Köln ein internes Rechtsgutachten erstellt und ein externes eingeholt. Beide Gutachten kommen zu dem Ergebnis, dass die Gemeinnützigkeit des Möbelverbundes bzw. der ihm angeschlossene Verein keine vergaberechtliche Privilegierung zur Folge hat. Vielmehr handelt es sich um eine marktgängige Leistung, die im Wettbewerb auszuschreiben ist.

Von der AWB wird in der 3. Kalenderwoche das erforderliche Leistungsverzeichnis erstellt. Die Ausschreibung wird dann sehr kurzfristig durch die Stadt erfolgen.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 01.09.2005
Vorlagennummer: 1027/005

Betreff: Nutzung von Fahrzeugen mit alternativen Antriebsformen bei der Stadt Köln

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Neuanschaffung von Kraftfahrzeugen durch alternative Angebotseinholung bzw. Ausschreibung, zu prüfen, ob Neufahrzeuge (PKW und LKW) – unter Berücksichtigung von möglichen Förderungen - wirtschaftlich auch mit Gasantrieb bzw. bivalentem Antrieb (Gas/Benzin-Antrieb) oder Biotreibstoffen beschafft werden können.
Falls die Prüfung sich als wirtschaftlich erweist, soll eine entsprechende Anschaffung erfolgen. Im Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün ist darüber zu berichten.
2. Die Verwaltung soll weiterhin Verhandlungen mit den stadtbeteiligten Gesellschaften aufnehmen, um zu erreichen, dass auch dortige Kraftfahrzeuge zukünftig als erdgasbetriebene oder mit Biotreibstoffen betriebene Fahrzeuge beschafft werden.
3. Weiterhin soll geprüft werden, ob eine Umrüstung im Einsatz befindlicher Fahrzeuge auf alternative Antriebsformen technisch und – auch unter Berücksichtigung von möglichen Förderungen - betriebswirtschaftlich lohnenswert ist.

Sachstand:

Seitens der KVB gibt es einen Umrüstungsplan, die Busflotte bis Ende 2009 auf emissionsärmere Technik mit Ad-Blue-Technologie zur Vermeidung von Stickoxiden und mit CRT-Filtern zur Vermeidung von Feinstaub umzustellen. Der Einsatz alternativer Kraftstoffe ist derzeit nicht vorgesehen. Es ist geplant ein Fahrzeug mit Hybridantrieb zu testen.

Die Diskussion mit den stadtnahen Gesellschaften ist noch nicht abgeschlossen.

Durch die aktuellen Diskussionen um die Nachhaltigkeit und Sinnhaftigkeit für den Einsatz nachwachsender Rohstoffe als Treibstoff müssen mögliche alternative Konzepte neu überdacht werden. Nur wenn sichergestellt ist, dass nur heimische Pflanzen, die keine unmittelbare Konkurrenz zu Agrarprodukten haben, die im Bereich der Nahrungsmittelproduktion zum Einsatz kommen, ist zu vertreten, dass diese als alternative Treibstoffe oder auch als Energieträger zur Wärme und Stromversorgung verwendet werden. Besonders wichtig ist, dass keine tropischen Primärwälder eingeschlagen werden um Pflanzen zu Pflanzenöl, Biodiesel oder Bioäthanolproduktion anzubauen.

Die Verwaltung legt Wert darauf, dass diese ganzheitlichen Gesichtspunkte in der Diskussion und Entscheidung berücksichtigt werden, auch wenn dies eine weitere Verzögerung zur Folge hat.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 01.06.2006
Vorlagenummer: 0771/006

Betreff: Aufbau eines Altstandortkatasters

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für das gesamte Stadtgebiet eine systematische Erfassung aller ehemals gewerblichen oder militärisch genutzte Flächen (Altstandorte) durchzuführen. Im Sinne einer strategischen Flächenplanung sollen hierbei auch Flächen berücksichtigt werden, die derzeit minder genutzt sind.

In einem nächsten Schritt sollen diese Flächendaten mit relevanten Daten aus den Bereichen Artenschutz und Immissionsschutz angereichert werden mit dem Ziel, die gesamten Informationen für Investoren und Bauherren zugänglich zu machen.

Ziel eines solchen Katasters ist auch, Flächen zu identifizieren, die für eine Vervollständigung oder Vernetzung bestehender Grünflächen genutzt werden können.

Daneben ist auch den Wert der jeweiligen Fläche nach Köln-Code (Berechnungsmethode nach Sporbeck/Ludwig) zu ermitteln und im Kataster zu erfassen, um so dem Investor eine Möglichkeit zu geben, abzuschätzen, was an Ausgleich vorgenommen werden müsse.

Die Verwaltung wird aufgefordert, spätestens nach der Sommerpause ein entsprechendes Konzept ggf. mit Zeit-/ Maßnahmeplan zum Aufbau dieses Altstandortkatasters vorzulegen.

Sachstand:

Die Konzeption zur systematischen Erfassung von ehemals gewerblich oder militärisch genutzten Flächen wurde dem Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Grün am 13.09.2007 vorgelegt und dort zur Kenntnis genommen.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 02.11.2006
Vorlagenummer: 1919/006

Betreff: Verantwortliche Drogenpolitik in Humboldt-Gremberg

Beschluss:

Es ist eine gesicherte Erfahrung aus 15 Jahren Kölner Drogenpolitik, dass niederschwellige Einrichtungen wie Kontaktcafes mit ärztlicher Beratung, offenen Gesprächsangeboten und Spritzentausch notwendig sind. Diese Einrichtungen müssen dort angesiedelt sein, wo die Drogenabhängigen erreichbar sind. Sie sind gleichzeitig ein Instrument dafür, die Nutzerinnen und Nutzer zu stabilisieren und in die Gesellschaft zu reintegrieren. Nicht gesellschaftskonformes Verhalten wird dadurch oftmals minimiert.

Vor diesem Hintergrund beschließt der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu untersuchen, wie sich die Arbeit der Kontaktstelle des Junkie-Bundes in den letzten Jahren angesichts der beschriebenen Aufgabenstellung entwickelt hat.
Dabei ist auch zu prüfen, inwieweit der Ausbau der Öffnungszeiten, verbesserte Zusammenarbeit mit der Nachbarschaft und noch stärkere Aktivierung des Klientels für öffentliche Belange erreicht werden kann. Die finanziellen Konsequenzen erweiterter Aufgabenstellung sind darzustellen.
2. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, für die Einrichtung eines niederschweligen Drogenhilfe- und Beratungsangebotes einen besser geeigneten Standort zu suchen, der für die Drogenabhängigen des Stadtteils erreichbar ist, um die bisherige Einrichtung in der Taunusstraße bald möglichst dorthin zu verlagern. Die Einrichtung sollte finanziell so ausgestattet werden, dass die bisherigen Öffnungszeiten und Angebote deutlich ausgeweitet werden können.
3. Die Arbeit der bereits tätigen Arbeitsgruppen in Humboldt-Gremberg, wie der kriminalpräventive Rat und die Dialogrunde in Form einer Ordnungspartnerschaft ist zu intensivieren. Die dort bereits erzielten und die künftigen Ergebnisse sowohl im jugend- als auch im sozialpolitischen und im ordnungsrechtlichen Bereich sind weiterhin umzusetzen, insbesondere auch mit dem Ziel:
 - der Verzahnung und Intensivierung lokaler Präventionsarbeit (z.B. Schulsozialarbeit, unterrichtlichen Aufklärung, der Möglichkeit des flexiblen Einsatzes eines Ambulanzbusses
 - durch die erhöhte Anwesenheit von Ordnungskräften im Viertel Straftaten im öffentlichen Raum vorzubeugen und den Bürgern damit auch das Gefühl von Sicherheit wiederzugeben
 - den öffentlichen Drogenhandel und -konsum unter anderem durch die Verhängung von Platzverboten etc. zu verhindern
 - eventuellen Sichtschutz durch Rückschnitt von Gehölzen und ähnlichen Maß-

nahmen zu entfernen, um den Drogenkonsum im öffentlichen Raum zu erschweren

- Eindämmung der Prostitution
- Bekämpfung von Eigentumsdelikten, insbesondere Einbruch und Diebstahl
- Bekämpfung der Belästigung und Bedrohung von Anwohnern
- Abbau von Gefährdungssituationen insbesondere von Kindern, wobei es vor allem um die Verhinderung und Vermeidung des Herumliegens von Spritzen geht
- verstärkte Beobachtung von und ggf. Intervention gegen Kultur- und Freizeitvereine, Kneipen, Internet-Cafes, die Raum für Kriminalität bieten
- stärkere Ausübung des Hausrechts durch KVB und DB und Schwerpunktkontrollen, um den Raum für Drogenhandel und Drogentourismus einzudämmen
- Verbesserung der Ausleuchtung des Kinderspielplatzes Taunusstraße

Die Bevölkerung ist in geeigneter Form von den Maßnahmen und über städtische und polizeiliche AnsprechpartnerInnen zu unterrichten.

4. Analyse und Verbesserung der Wohn- und Wohnumfeldsituation

Eine weitere Konzentration von Problemgruppen muss auch durch eine veränderte Zuweisungspraxis in städtische Wohnungen verhindert werden, um mittelfristig eine ausgewogene Bevölkerungsmischung zu erreichen.

Dazu muss die Wohnsubstanz in öffentlichen Wohnungen und das Wohnumfeld verbessert werden, damit nicht die stabilisierenden Mitbürger aus Humboldt-Gremberg abwandern.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend die Einrichtung eines rechtsrheinischen Gesundheitsraumes/Drogenkonsumraumes an einem geeigneten Standort zu prüfen. Der Gesundheitsraum/Drogenkonsumraum soll in eine niederschwellige Einrichtung zur Drogenhilfe mit Beratung zum Ausstieg und der Möglichkeit zur medizinischen Versorgung eingebettet werden. Die Erfahrungen mit dem Betrieb des ersten Kölner Gesundheitsraumes/Drogenkonsumraumes am Hauptbahnhof sind in die Planungen einzubeziehen. Die haushaltsmäßigen Auswirkungen sind angesichts der Haushaltsplanberatungen kurzfristig darzustellen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss über das bestehende gestadtstädtische Konzept zur Drogenhilfe und -prävention zu berichten und darzulegen, ob sich angesichts der aktuellen Problemlage in Humboldt/Gremberg Handlungsbedarf ergibt.

Sachstand:

Zu1:

Das im letzten Berichtszeitraum dargestellte Betriebskonzept der Kontaktstelle wird weiterhin wie dort beschrieben umgesetzt.

Der Spritzensammeldienst des Junkie-Bundes ist täglich im Stadtteil unterwegs. Durch die immer engere Verzahnung mit Kooperationspartnern wie Kindergärten, Schulen ect. ist der Dienst mittlerweile sehr bekannt und wird ggf. mobil in Anspruch genommen, wenn Fragen oder etwa Fundstellen von Spritzen angezeigt werden. Grundsätzlich ist immer eine telefonische Erreichbarkeit unmittelbar gegeben.

Zu 2:

Für den Junkie-Bund Köln e.V. konnte in Kalk im hinteren Teil der Neuerburgstraße gegenüber der „Halle Kalk“ auf einem städtischen Grundstück ein neuer Standort gefunden werden. Derzeit finden dort Abraumarbeiten statt. Mit einem Neubau in der Größenordnung um 200 qm² in Containerbauweise wird Anfang des Jahres 2008 begonnen. Ein Bezug soll zum 01.05.2008 möglich sein.

An diesem Standort kann die Arbeit nach dem überplanten Neukonzept wie bisher weitergeführt werden.

Auf Grund des großen Areals rund um den Neubau (ca. 1000 qm²) wäre es allerdings möglich, in Absprache mit der ArGe weitere cofinanzierte Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

Zu 3:

Der Ambulanzbus, der seit dem 15.12.2006 für Sprechstunden vor Ort am Kalk-Karree eingesetzt wurde, wurde von Abhängigen dort nicht angenommen, weshalb der Dienst derzeit dort eingestellt wurde.

Mit der Positionierung des neuen Standortes ist zu überlegen, ob hier noch einmal eine Fläche im Stadtteil gesucht wird, die weniger präsent ist als der Standort am Kalk-Karree.

Als Ersatz für diese Sprechstunde „auf der Straße“ wurde in den Räumen des Junkie-Bundes eine zusätzliche Sprechstunde des Mobilen Medizinischen Dienstes eingeführt, derzeit zweimal wöchentlich jeweils 2 Stunden.

Die ansonsten im Vorberichtszeitraum genannten Aktivitäten sowohl der Adlerwache als auch der Informationsgespräche auf Dezernatsebene mit der Bevölkerung finden weiterhin statt. Im Rahmen der Neuansiedlung wurde eine Informationsveranstaltung im Bürgeramt Kalk am 29.11.2007 durchgeführt. Eingeladen dazu hatten die Dezernentin Frau Bredehorst und Herr Becker, Leiter des Bürgeramtes Kalk. An dieser Veranstaltung haben ca. 60 Interessierte teilgenommen. Darüber hinaus wurde seitens der Drogenkoordination in Kooperation mit der Geschäftsführung des Junkie-Bundes alle im Umfeld liegenden Kindertagesstätten und das Gymnasium Kantstraße angesprochen um die Planungen vorzustellen und sich als Ansprechpartner bekannt zu machen.

Zu 4:

Die im letzten Berichtszeitraum angesprochene Konzentration von Problemgruppen bedarf für Veränderungen einer langfristig angelegten Planung. Eine aktuelle Information kann zurzeit nicht gegeben werden.

Zu 5:

Für die Einrichtung eines rechtsrheinischen Gesundheitsraumes/Drogenkonsumraumes konnte in 2007 trotz intensiven Bemühens sowohl des vorgesehenen Trägers Drogenhilfe gGmbH als auch der Verwaltung kein Standort gefunden werden.

Zu 6:

Keine Ergänzungen zum Vorjahresbericht.

Die Verwaltung hat das städtische Versorgungskonzept der Drogenhilfe und -prävention in Aufbau, Organisation und Kooperation wiederholt den drogenpolitischen Sprechern der stimmberechtigten Fraktionen im Gesundheitsausschuss der Stadt Köln vorgetragen. Dabei wurden vor allem der Hilfeverbund und die abgestufte Zieleskala als fachliche Grundsätze dargestellt. Der besondere Focus lag auf der Entwicklung im rechtsrheinischen Köln.

Es wurde weiter vereinbart, dass über die Situation in Humboldt-Gremberg im Ausschuss vorläufig regelmäßig berichtet wird.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 30.11.2006
Vorlagennummer: 1748/006, 1864/006

Betreff: Prüfung des Kostensenkungspotenzials bei der Biomüllsammlung und -verwertung

Beschluss:

Um die Abfallgebühren langfristig stabil zu halten, wird die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, inwieweit im Abfallbereich Kostensenkungspotentiale bestehen und genutzt werden können. Schwerpunkt der Prüfungen soll sein, alle Möglichkeiten zur Senkung der zu verbrennenden Müllmengen zu nutzen.

Die Verwaltung soll im Rahmen ihrer Prüfungen insbesondere nachfolgende Fragen in ihre Überlegungen einbeziehen:

1. Wie erhalten alle Kölner Einwohner die Möglichkeit zur Mülltrennung, auch diejenigen, deren Vermieter nicht die hierfür vorgesehenen blauen und gelben Tonnen aufstellen? Besteht die Möglichkeit zu ergänzenden Sammlungen in zentralen Behältern an den Sammelstellen der AWB?
2. Wie kann die getrennte Erfassung von Altglas wieder erhöht werden (z.B. hinreichende Nähe zu den Glascontainern)?
3. Welche Möglichkeiten gibt es, den Anstieg der Kosten bei der gebührenfreien Biotonne zu begrenzen?
4. Inwieweit besteht im Bereich der Stadt Köln, ebenso wie dies aus anderen Städten (z. B. Bonn, Leverkusen) bereits bekannt ist, die Möglichkeit, Straßenkehricht abfalltechnisch so zu verwerten, dass auch über diesen Weg Verbrennungskapazitäten eingespart werden können, um den Gebührenhaushalt zu entlasten?

Sachstand:

Zu 1.:

Die Stadt Köln hat sich zur Einführung des Holsystems auf freiwilliger Basis, ohne Einführung eines Anschluss- und Benutzungszwanges, entschlossen. Die Erfahrungen zeigen, dass eine hohe Akzeptanz besteht. Obwohl noch nicht alle Stadtbezirke angeschlossen sind, bewiesen die Abfalldaten 2006, dass die Sammelmengen von Papier/Pappe/Karton um rund 5,2 Prozent und von Leichtverpackungen, LVP um rund 6,5 Prozent gestiegen waren.

Seit dem 01.01.2007 besteht weiterhin die Möglichkeit, die Papierabfälle an den Abfallcentern in der Butzweiler Straße und der Rolshover Straße abzugeben.

Daneben wird zurzeit geprüft, ob im Rahmen eines Pilotprojektes in Nippes zwei weitere Annahmestellen eingerichtet werden können.

Sollten vor Abschluss der Umstellung zum Jahresende weitere Sammelstellen geschaffen werden, könnte das die Bereitschaft zum Aufstellen von Wertstofftonnen schmälern. Deshalb ist beabsichtigt, nach Umstellung des Holsystems in 2008 ge-

meinsam mit der AWB zu prüfen, ob und inwieweit noch Verbesserungen möglich bzw. erforderlich sind. Hierzu werden kurzfristig Gespräche mit der AWB stattfinden.

Zu 2.:

Die Reduzierung der Glascontainer hat keine negativen Auswirkungen auf die Erfassungsmengen. Die Reduzierung der Standorte für Wertstoff-Container um durchschnittlich 30 Prozent hat zu deutlich weniger „Schmutzecken“ in der Stadt geführt. Es liegen keine Bürgerbeschwerden hinsichtlich der reduzierten Standorte vor. Die Verwaltung sieht daher keinen aktuellen Handlungsbedarf und empfiehlt, die Erfahrungen mit der vollständigen Umstellung auf das Holsystem abzuwarten.

Sobald die Daten für 2007 vollständig vorliegen, wird im Rahmen des Sachstandsberichtes über die Entwicklung der Glasmengen berichtet.

Zu 3.:

Die Entsorgungskosten beim Bioabfall sind sehr hoch. Denkbare Überlegungen, die vorhandene Kompostierungsanlage außer Betrieb zu nehmen um Kosten einzusparen, werden von der AVG wie folgt beurteilt. Eine Stilllegung und anderweitige Entsorgung des Bioabfalls würde dazu führen, dass eine Sonderabschreibung in Rechnung gestellt werden müsste. Die Stadt Köln hätte die verbleibenden Fixkosten der Kompostierungsanlage bis zum Ende der Vertragslaufzeit (2025) zu zahlen. Die AVG müsste durch Ausschreibung eine anderweitige Entsorgung der Kölner Bioabfälle ermitteln. Aufgrund der Auslastung der umliegenden Kompostierungsanlagen wäre jedoch nach derzeitigem Kenntnisstand eine ortsnahe Entsorgung nicht möglich. Sollte gleichwohl anderweitig entsorgt werden können, benötigte man neben einer neuen Müllumladestation entsprechende Transportfahrzeuge. Beides würde erhebliche Kosten verursachen. Die AVG empfiehlt daher diesen Ansatz nicht weiter zu verfolgen. Sofern die Verwaltung hierzu dennoch weitere Überlegungen anstehen soll, wäre die Erstellung einer externen Wirtschaftlichkeitsstudie zur genaueren Ermittlung der finanziellen Auswirkungen erforderlich. Die Kosten einer derartigen Studie sind derzeit nicht bekannt.

Ein anderer Ansatz zur Reduzierung der Entsorgungskosten könnte in der Reduzierung des Abfuhrhythmus (insbesondere in der vegetationsarmen Zeit) bestehen. Um dies festzustellen, wird im Rahmen der in diesem Jahr beginnenden (ein Jahr andauernden) Haus- und Geschäftsmüllanalyse auch der Befüllungsgrad der Biotonne zu den unterschiedlichen Jahreszeiten überprüft. Weitere Möglichkeiten, den Anstieg der Kosten der Biotonne zu begrenzen, sind derzeit nicht erkennbar.

Zu 4.:

Die AVG hat mitgeteilt, dass eine Marktüberprüfung zwar bestätigt hat, dass die Entsorgung von Straßenkehricht zu Preisen um 20 Euro pro Tonne angeboten wird. Jedoch besteht hier seitens der AVG und weiteren Mitgliedern der Interessensgemeinschaft nordrhein-westfälischer Deponiebetreiber (INWesD) die Einschätzung, dass dieser Preis nur durch nicht legale Entsorgungsformen (z.B. Deponierung ohne Vorbehandlung) erzielbar sei.

Zwischenzeitlich liegt der Verwaltung ein konkretes Angebot für die Entsorgung von Straßenkehricht vor. Da die AVG dies für rechtlich unzulässig hält, wird die Bezirksregierung Köln gebeten, diesen Entsorgungsweg zu prüfen.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 03.05.2007
Vorlagenummer: A/0160/007

Betreff: CO₂ – Bilanz für Köln

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. eine CO₂-Bilanz für Köln zu erstellen,
2. unter Berücksichtigung der aktuellen Klimaschutzstrategien anderer Großstädte erste grundlegende Überlegungen für ein Kölner CO₂-Minderungskonzept zu entwickeln.

Sachstand:

Für die CO₂ – Bilanz beteiligt sich die Stadt Köln als Mitgliedstadt im Klima-Bündnis an der Einrichtung eines CO₂-Bilanzierungsprogramms im Internet, mit dem vergleichbare Bilanzen der Städte erstellt werden sollen. Eine Beschreibung des Programms ECO₂-Regio der Firma Ecospeed SA steht auf der Webseite: <http://www.ecospeed.ch>.

Das Projekt mit den Klima-Bündnisstädten ist angelaufen. Es gibt jedoch Abstimmungsprobleme über die Differenzierung der Eingangsdaten um eine sinnvolle und als Steuerungsinstrument aussagekräftige CO₂ – Bilanz zu erstellen.

Die Verwaltung wird sich um die erforderlichen zusätzlichen Ressourcen zur Erstellung eines Kölner CO₂- Minderungs- bzw. Klimaschutzkonzeptes bemühen.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 03.05.2007
Vorlagennummer: A/0119/007

Betreff: Modernisierung der Restmüllverbrennungsanlage

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün unterstützt die Modernisierung der Restmüllverbrennungsanlage Köln (RMVA), soweit dadurch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherer notwendige Arbeiten durchführen können und die Zuverlässigkeit der Abgasreinigung verbessert wird. Durch die damit verbundene Verbesserung der Verfügbarkeit der Müllverbrennungsanlage wird die Verwaltung beauftragt:

1. bei der AWB GmbH & Co KG darauf hinzuwirken, dass die derzeit genehmigten Umladekapazitäten der beiden Müllumladestationen sowohl an der Wikinger Straße als auch am Maarweg für eine umweltgerechtere Verlagerung des gesammelten Abfalls von der Straße zum Weitertransport zur RMVA auf der Schiene umfassende ausgenutzt werden. Insoweit ist die Verwaltung aufgefordert, zusammen mit den betroffenen Unternehmen (AWB GmbH & Co KG, HGK AG und AVG mbH), eine Lösung zu finden, die die umfassende Nutzung der genehmigten Kapazitäten der Müllumladestationen durch die AWB GmbH & Co KG ohne negative Auswirkung für die Abfallgebühren und damit den Gebührenzahler zulässt.
2. zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, durch eine Erweiterung der genehmigten Kapazitäten, insbesondere bei der Müllumladestation an der Wikinger Straße und im Zusammenwirken mit der AWB GmbH & Co KG, der HGK AG und der AVG mbH, die technischen Potenziale der Anlage derart umfassend zu nutzen, dass zusätzliche Verlagerungen – auch des gewerblichen- Anlieferverkehrs zur RMVA von der Straße auf die Schiene erreicht werden können.
3. bei der AVG mbH darauf hinzuwirken, dass diese gegenüber ihren gewerblichen Kunden erreicht, die Anlieferungen so weit wie möglich über die Schiene zu vollziehen. Die Belastung aus dem verbleibenden Anlieferverkehr über die Straße soll durch geeignete Maßnahmen und Vorgaben (z.B. Vorgabe eines technischen Mindeststandards für die Anlieferfahrzeuge, Vorgabe eines bestimmten Anlieferweges etc.) auf ein Minimum beschränkt werden.
4. zu prüfen, inwieweit Möglichkeiten bestehen, neben dem Verkehr zur RMVA auch anderen Anlieferverkehr im Kölner Norden, beispielsweise zu anderen Abfallverwertungsunternehmen, durch geeignete Maßnahmen, wie insbesondere auch die Verlagerung auf die Schiene, so zu optimieren, dass die Belastungen hieraus für die Bevölkerung im Kölner Norden nachhaltig reduziert werden können.
5. das vom Rat der Stadt Köln im Jahr 1997 beschlossene Anlieferkonzept zu überarbeiten und auf die aktuellen Rahmenbedingungen zu übertragen. Gegenüber 1997 waren Lkw-Transporte aus Gründen der Sicherheit (z.B. aufgrund von Lö-

sungsmittel-Fehleinwürfen im Sperrmüll) notwendig. Das Anlieferkonzept ist in diesem Hinblick zu aktualisieren. Die Sicherheit von Anwohnerinnen und Anwohnern steht dabei im Vordergrund

Sachstand:

Dem Ausschuss wurde in der Novembersitzung die geplante Vorgehensweise der AWB hinsichtlich der Anlieferungen dargestellt.

Müllumladestation (MUL) Wikingerstr.

Die MUL im Rechtsrheinischen ist für eine Jahresumschlagsmenge von insgesamt 165.000 t genehmigt und auch ausgelastet (114.000 t Restmüll, 50.000 t Kontingent BAV, Rest Marktabfälle). Der Genehmigungsumfang setzt sich wie folgt zusammen:

Basisgenehmigung: 3 Pressen á 50.000 t/a =	150.000 t
Erweiterungsgenehmigung i. H. v. 10 % der Basisgenehmigung =	<u>15.000 t</u>
Jahresumschlagsmenge gesamt:	165.000 t

Eine Erweiterung der Kapazität ist hier nicht möglich, denn die Anlage mit den drei Pressen ist technisch ausgeschöpft. Technische Erweiterungen (z. B. eine vierte Presse) entfallen auf Grund des Umstandes, dass größere Mengen wegen fehlender Gleis- und damit Rangierlängen auf der Wikinger Str. und dem angrenzenden DB-Netz nicht zum Abtransport bereitgestellt werden können.

Im Übrigen würde eine vierte Presse die Straßenanlieferquote deutlich erhöhen und schon bei Errichtung der Anlage hatte es im Rahmen des Genehmigungsverfahrens erhebliche Widerstände durch Anwohner gegeben.

Müllumladestation Vitalisstr. – Erhöhung Jahresumschlag

Die linksrheinische MUL ist für 100.000 Jahrestonnen genehmigt. Davon wurden zuletzt ca. 70.000 t jährlich ausgeschöpft.

Die AWB wird zukünftig diese MUL voll auslasten. Bereits 2007 wird durch sukzessive Revierumplanung eine Mehranlieferung über Schiene von ca. 8 – 10.000 t möglich gemacht.

In 2008 strebt die AWB eine zusätzliche Menge von 20.000 Jahrestonnen an. Die restlichen 10.000 t müssen im Rahmen des Risikomanagements für firmeninterne Notfälle wie z. B. Anlagenstillstände und Revisionen vorgehalten werden.

Darüber hinaus wird die AWB für die MUL Vitalisstr. mittels einer Änderungsanzeige gegenüber der Bezirksregierung die Umschlagkapazität um 10 % erhöhen. Vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksregierung können so ab nächstem Jahr statt 90.000 t 100.000 t über die Anlage umgeschlagen werden und es besteht trotzdem der notwendige zusätzliche Puffer von 10.000 t für Notfälle, so dass insgesamt grds. 110.000 t umgeschlagen werden können.

Müllumladestation Vitalisstr. – Erweiterung um eine Presse

Die Erweiterung der MUL Vitalisstr. scheidet aus Sicht der AWB aus. Im Wesentlichen sprechen folgende Punkte dagegen:

- Das Platzangebot auf dem Betriebsgelände ist begrenzt. Durch Aufgabenzuwachs wie z. B. zusätzlicher Bedarf für Fahrzeuge der Entsorgung der Blauen Tonnen und Einsammlung von Littering. Für die Lagerung von Blauen und Gelben Tonnen wurden sogar Fremdflächen angemietet.
- Wäre ausreichend Platz vorhanden, so kämen auf die AWB und damit auf die Stadt Köln enorme Kosten von mindestens 2,5 Mio € zu. Darüber hinaus wäre die durch eine zusätzliche Presse geschaffene Kapazität nur dadurch auszuerschöpfen, dass in Kauf genommen würde, dass noch mehr Touren unwirtschaftlich werden.
- Das Schienennetz ist nicht uneingeschränkt nutzbar (Zeitfenster im öffentlichen Netz der DB, der HGK und bei Ford werden tangiert, Rangiertvorgänge auf privatem Fordgleis sind limitiert).

Auf dieser Grundlage wird die AWB ihr Anlieferkonzept überarbeiten. Es soll Anfang 2008 dem Rat der Stadt Köln zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Weiterhin besteht seitens der Verwaltung keine Einflussmöglichkeit auf die Anlieferungskonzepte anderer Entsorgungsanlagen im Kölner Norden. Private Entsorger werden hier den kostengünstigsten Weg wählen.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 03.05.2007
Vorlagenummer: A/0146/007

Betreff: Einrichtung von zwei rechtsrheinischen Kontakt- und Beratungsstellen für Alkohol- und Medikamentenabhängige

Beschluss:

Die Gesundheitsverwaltung wird beauftragt, durch geeignete Maßnahmen sicher zu stellen, dass kurzfristig auch im rechtsrheinischen Bereich der Stadt Köln durch kompetente Träger zwei Kontakt- und Beratungsstellen für Alkohol- und Medikamentenabhängige eingerichtet und betrieben werden. Die Beratungsstellen sollen so angesiedelt werden, dass sie ein geeignetes Angebot für alle Betroffenen aus dem rechtsrheinischen Bereich der Stadt Köln darstellen.

Sachstand:

Die beiden Kontakt- und Beratungsstellen für Alkohol- und Medikamentenabhängige im rechtsrheinischen Köln wurden in Absprache mit der Gesundheitsverwaltung planungsgemäß zum 01.07.2007 in den Stadtbezirken Mülheim und Porz eröffnet. Träger der Beratungsstelle in Mülheim ist das Diakonische Werk Köln und Regionen. Die Beratungsstelle in Porz befindet sich in Trägerschaft des Sozialdienstes Katholischer Männer e.V.. Beide Beratungsstellen bieten Hilfe und Unterstützung für Betroffene und deren Angehörige in Form von Einzel- und Gruppengesprächen an. Das Angebot wird sehr gut angenommen und konnte sich inzwischen in den jeweiligen Stadtbezirken etablieren.

Aufgrund der geschilderten Situation hat sich der Auftrag des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün hiermit erledigt.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 03.05.2007
Vorlagennummer: A/0133/007

Betreff: Zuwendungscontrolling

Beschluss:

Die Verwaltung wird um detaillierte Darstellung gebeten, wie sicher gestellt wird, dass die jährlichen städtischen Zuschüsse, die im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün an Kölner Institutionen gewährt werden, bestimmungsgemäß verwandt werden.

Sachstand:

Umwelt- und Verbraucherschutzamt – Untere Landschaftsbehörde:

Die Untere Landschaftsbehörde gewährt keine festen jährlichen Zuschüsse an andere, sondern lediglich nur für den Fall, dass Landesmittel zur Förderung von Naturschutzmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Diese Fördermittel werden an Organisationen oder Umweltverbände maßnahmenbezogen weitergegeben.

Die Untere Landschaftsbehörde (ULB) beantragt jährlich bei der Bezirksregierung Köln entsprechende Fördermittel, die jedoch nach Finanzlage des Landeshaushaltes in unterschiedlicher Höhe bewilligt werden.

Auf Grundlage der Förderrichtlinie Naturschutz des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW vom 16.03.2001 beantragt die Untere Landschaftsbehörde pauschale Mittel.

Nach der Mittelbewilligung entscheidet die ULB über die vorliegenden, von den Verbänden beantragten Einzelmaßnahmen und bestätigt den Antragstellern die Bereitstellung der Mittel. Nach Abschluss der Arbeiten und der entsprechend nachgewiesenen Kosten (Verwendungsnachweis) erfolgt die Auszahlung der Mittel.

Die Erhebung und Verwendung der Mittel wird von der Unteren Landschaftsbehörde, der Höheren Landschaftsbehörde bei der Bezirksregierung Köln und dem Staatlichen Rechnungsprüfungsamt kontrolliert.

Gesundheitsamt:

Die Prüfung des Gesundheitsamtes hinsichtlich des zweckbestimmten Mitteleinsatzes erfolgt über vorgelegte Verwendungsnachweise. Hier wird anhand von Belegen geprüft, ob die ausgezahlten Mittel entsprechend der in den Zuwendungsbescheiden enthaltenen Auflagen verausgabt wurden.

Hinsichtlich der Wirksamkeit und Zielerreichung befindet sich die Verwaltung derzeit im Dialog mit den Zuschussnehmern, inwieweit die für städtische Gesundheitshilfen festgelegten Erfolgsparameter und –indikatoren auch von den freien Trägern der Gesundheitshilfen bedient werden können.

Die Gesundheitsverwaltung hat das Ziel, für die jeweiligen Zuschussbereiche folgende Erfolgsparameter zu installieren:

I. Zuschussbereich „Schwangerschaftskonfliktberatung“

- Anzahl Beratungen
- Anzahl Kontakte

II. Zuschussbereich „Hilfen für psychisch Kranke“

- Anzahl Patienten/Klienten
- Anzahl Kontakte

III. Zuschussbereich „Hilfen für Abhängigkeitserkrankte“

- Anzahl Patienten
- Anzahl Kontakte

IV. Zuschussbereich „Hilfen im Zusammenhang mit STD/AIDS“

- Anzahl Patienten
- Anzahl Kontakte

Der Dialog mit den Zuschussnehmern ist noch nicht abgeschlossen und benötigt noch einige Zeit.

Zur Förderung von Selbsthilfegruppen existieren entsprechende Richtlinien. Die Entscheidung über die Zuschusshöhe liegt beim Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nachdem die Förderanträge im Unterausschuss Selbsthilfegruppen vorberaten wurden.

Entsprechend der Beschlusslage zum Haushalts sicherungskonzept (HSK) werden die Zuschüsse des Gesundheitsamtes im Rahmen der HSK-Maßnahmen „Steuerung von Zuschüssen an Dritte – Aufbau eines Zuschussmanagements“ (vergleiche Liste 1, Kienbaum VN, Maßnahme 50.1) ab 2008 einem zusätzlichen Controlling, unter der Federführung des Amtes für Sozialen und Senioren, unterzogen.

Amt für Landschaftspflege und Grünflächen:

Das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen zahlt keine Zuschüsse an Institutionen aus.

Berufsfeuerwehr, Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz

Die Berufsfeuerwehr, das Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz zahlt keine Zuschüsse an Institutionen aus.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 13.09.2007
Vorlagennummer: A/0056/007, A/0122/007, AN/0163/2007

Betreff: Städtische Altdeponien an AVG übertragen

Beschluss:
Die Verwaltung wird beauftragt, statt der geforderten Betriebsüberlassung städtischer Altdeponien an die AVG, gemeinsam mit der AVG Möglichkeiten einer Kooperation soweit rechtlich möglich auf diesem Gebiet zwischen der Stadt Köln und der AVG zu prüfen.
Sachstand:
Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.

Aus dem Bereich des Dezernates VI

Beschlüsse des Rates

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 14.05.1992
Vorlagennummer: 0696/092

Betreff: Fortschreibung der Konzeption für das Schienennetz des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Köln

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Fortschreibung des vom Rat am 27.10.1983 beschlossenen "Konzeptes für das zukünftige Schienennetz des öffentlichen Personennahverkehrs in Köln als langfristige Zielplanung und Grundlage für alle Planungen und Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in Köln" mit folgender Maßgabe:

1. Für die nachstehend genannten - im Entwurf des Gesamtverkehrskonzeptes vorgesehenen bzw. neu aufzunehmenden - oberirdischen Verlängerungen bestehender oder beschlossener Schienenstrecken sind die Planungen für mögliche Trassenführungen einzuleiten:
 - 1.1 Stadtbahnlinie Mülheim/Höhenhaus/Dünnwald über die Endhaltestelle Schlebusch hinaus, wie im Entwurf des Gesamtverkehrskonzeptes vorgesehen;
 - 1.2 ab U-Bahn-Station Mülheim/Bahnhof über die Frankfurter Straße bis Ostheim entsprechend dem Entwurf des Gesamtverkehrskonzeptes sowie Sicherung einer Trasse von Ostheim bis Gremberghoven; soweit dies noch möglich ist, sind Vorkehrungen für einen Abzweig in Höhe des Bahnhofs Mülheim bereits jetzt zu treffen;
 - 1.3 Stadtbahnlinie Porz über die heutige Endstelle Zündorf bis Zündorf-Süd mit einer Park-and-Ride-Anlage entsprechend dem vorliegenden Ratsbeschluss sowie Weiterführung über Köln-Porz-Langel in den Bereich von Niederkassel;
 - 1.4 Sicherung einer Trasse für eine Verlängerung der geplanten Nord-Süd-Stadtbahn über die Bonner Straße im Verteilerkreis Köln über Hochkirchen und Rondorf nach Meschenich;
 - 1.5 Sicherung einer Trasse zur Erschließung des geplanten Wohnbaugebietes Sürther Feld in Rodenkirchen mit Abzweig aus der Rheinuferstrecke;
 - 1.6 Sicherung einer Trasse von Bocklemünd und/oder Weiden nach Widdersdorf mit der Möglichkeit, die Trasse im Vorlauf für einen Bus zu nutzen;
 - 1.7 Schließung der Lücke Stadtbahn Amsterdamer Straße von der Endstelle Niehl/Sebastianstraße zur "Ford-Strecke";

- 1.8 Verlängerung der im Gesamtkonzept vorgesehenen Strecke zwischen Merkenich und Rheinkassel über Föhlingen bis in den Bereich Blumenberg;
- 1.9 Die Trassenvorschläge sind dem Stadtentwicklungsausschuss mit dem Ziel einer rechtzeitigen planungsrechtlichen Sicherung der Trassen zur Entscheidung vorzulegen. Soweit die Planungen Trassenführungen außerhalb des Kölner Stadtgebietes vorsehen, sind diesbezügliche Verhandlungen mit den betroffenen Gemeinden und Kreisen aufzunehmen.
2. Bei folgenden Schienenstrecken ist die Möglichkeit einer Verlängerung der KVB-Stadtbahnstrecken über die DB-Nahverkehrsstrecken zu prüfen:
 - 2.1 Von Königsforst über die DB-Nahverkehrsstrecke bis Rösrath;
 - 2.2 von der vorläufigen Endstelle Bocklemünd und weiter über die DB-Nahverkehrsstrecke bis nach Pulheim.

Diesbezüglich sind Verhandlungen mit der Bundesbahn zu führen. Dem Stadtentwicklungsausschuss sind Vorschläge zur Stadtbahntrassenführung und noch fehlenden Verbindung zwischen den Stadtbahnstrecken und den DB-Nahverkehrsstrecken mit dem Ziel der planungsrechtlichen Sicherung zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Im Einzugsbereich der Endhaltestellen der unter 1 und 2 genannten Strecken sind an geeigneter Stelle außerhalb der bebauten Ortslagen Park-and-Ride-Anlagen in ausreichender Größe bei den Planungen vorzusehen.

Sachstand:

Dem Sachstand zum 30.06.2007 ist inhaltlich nichts hinzuzufügen. Die Punkte 1.2 und 1.3 werden von der Verwaltung langfristig weiterverfolgt.

alter Sachstand:

Alle Punkte sind erledigt oder liegen so weit in der Zukunft, dass eine Berichterstattung zu diesem Zeitpunkt nicht zweckdienlich ist. Die noch offenen Maßnahmen werden im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans berücksichtigt. Der Gesamtbeschluss ist aus der Sicht der Verwaltung erledigt.

Zu 1.1:

Die Berichterstattung zu diesem Punkt wurde bereits abgeschlossen.

Zu 1.2:

Bei der Planung der U-Bahn Mülheim wurde die Möglichkeit baulicher Vorleistungen für eine künftige Ausfädelung einer Stadtbahnstrecke in Richtung Frankfurter Straße (Ostheim) geprüft mit dem Ergebnis, dass auch ohne bauliche Vorleistungen eine Ausfädelung in der Zukunft realisiert werden kann.

Daher wurde auf bauliche Vorleistungen verzichtet.

In Anbetracht der überaus langfristigen Realisierungsperspektive (2020 oder später) aufgrund mehrerer vorrangiger Stadtbahnprojekte erscheint eine halbjährige Bericht-

erstattung nicht sinnvoll, da Planungsfortschritte in den nächsten Jahren nicht zu erwarten sind.

Daher ist der Punkt aus der Sicht der Verwaltung erledigt.

zu 1.3:

Eine Verlängerung der Linie 7 bis Zündorf, Ranzeler Straße ist nach den Beschlüssen des Landtags zur integrierten Verkehrsplanung NRW in Stufe 2 nach 2015 eingeordnet.

In Anbetracht der überaus langfristigen Realisierungsperspektive (2015 oder später) aufgrund mehrerer vorrangiger Stadtbahnprojekte erscheint eine halbjährige Berichterstattung nicht sinnvoll, da Planungsfortschritte in den nächsten Jahren nicht zu erwarten sind.

Daher ist der Punkt aus der Sicht der Verwaltung erledigt.

Zu 1.4:

Die Berichterstattung zu diesem Punkt wurde mit dem Halbjahresbericht für das 2. Halbjahr 1998 abgeschlossen.

Zu 1.5:

Die Berichterstattung zu diesem Punkt wurde mit dem Halbjahresbericht für das 1. Halbjahr 1996 abgeschlossen.

Zu 1.6:

Die Berichterstattung zu diesem Punkt wurde mit dem Halbjahresbericht für das 1. Halbjahr 2001 abgeschlossen.

Zu 1.7:

Die Trasse wurde in der integrierten Gesamtverkehrsplanung NRW nicht berücksichtigt.

Daher ist der Punkt aus Sicht der Verwaltung erledigt.

zu 1.8:

Die Trasse wurde in der integrierten Gesamtverkehrsplanung NRW nicht berücksichtigt.

Daher ist der Punkt aus Sicht der Verwaltung erledigt.

Zu 2.1:

Die Berichterstattung zu diesem Punkt wurde mit dem Halbjahresbericht für das 1. Halbjahr 1996 abgeschlossen.

Zu 2.2:

Die Berichterstattung zu diesem Punkt wurde mit dem Halbjahresbericht für das 2. Halbjahr 1997 abgeschlossen.

Zu 3.:

Die Berichterstattung zu diesem Punkt wurde mit dem Halbjahresbericht für das 1. Halbjahr 1996 abgeschlossen.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 03.02.2000
Vorlagenummer: 0078/000

Betreff: Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Planung einer Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt zwischen Schildergasse und dem WDR/Komödienstraße einen Workshop vorzubereiten und zu veranstalten, in dem die Ergebnisse des seinerzeitigen städtebaulichen Wettbewerbes mit den Mitgliedern der Ausschüsse Stadtentwicklung sowie Bau und Verkehr, externen Fachleuten sowie Vertretern der Verwaltung erörtert werden. Die Ergebnisse des Workshops sind anschließend in Form eines konkreten Planungsauftrages dem Stadtentwicklungsausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Sachstand:

Die Untersuchung der Rahmenbedingungen für eine Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt ist abgeschlossen.

Die Ergebnisse sind in den Bericht zur „Zukunft der Bühnen“ eingeflossen. Gemäß dem Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 15.02.2005 ist der Bericht den Gremien des Rates noch nicht zur Entscheidungsfindung, sondern lediglich als Diskussionspapier zur Verfügung gestellt worden.

Die Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt wurde nach dem Abschluss der Rahmenbedingungen im Jahre 2000 nicht weiter verfolgt. Mit dem Auftrag des Realisierungswettbewerbes der Bühnen der Stadt Köln wurde die Möglichkeit der Tieferlegung wieder aufgegriffen und sichergestellt, dass sie Berücksichtigung in der Auslobung findet.

In der Sitzung am 08.11.2007 hat der Rat die Durchführung des städtebaulichen und architektonischen Realisierungswettbewerbes der Bühnen der Stadt Köln incl. Auslobungstext beschlossen (Vorlage Nr. 3250/2007).

Der Auslobungstext enthält zur Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt folgende Passage: „Eine spätere Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt kann nicht ausgeschlossen werden und sollte durch die Neubauten nicht behindert werden. Da es vorstellbar ist, dass hiermit zusammenhängend eine Tiefgarage unterhalb des Offenbachplatzes entstehen kann, sollten für eine spätere Anbindung mögliche Anschlusspunkte vorgesehen werden.“

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 27.06.2000
Vorlagenummer: 1013/000

**Betreff: Satzungsbeschluss über das Sanierungsgebiet Finkenberg
in Köln-Porz**

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 142 Baugesetzbuch (BauGB) die Satzung zur förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes Finkenberg in Köln-Porz in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Der Bezirksvertretung Porz ist im ½ jährlichen Rhythmus Bericht zu erstatten (Juni- und Dezember Sitzung).

In Anlage 3, Punkt 2.1 ist folgender Punkt zu ergänzen:

Das Bewegungsbad Finkenberg ist unter Berücksichtigung der bereits im Haushalt eingestellten Mittel zu renovieren, wenn ein geeigneter Betreiber für das Bad gefunden wurde.

Ein Sanierungsbeirat ist einzurichten.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob im Rahmen der Sanierungsmaßnahme zur sozialen Vernetzung die Gründung eines Trägervereins ermöglicht und gefördert werden kann.

Sachstand:

Grundsätzlich ist beabsichtigt, neben den unten genannten und denen im Halbjahresbericht zur Sanierung Finkenberg mit DS-Nr.: 0902/003 und 1025/003 (Nahbereichszentrum) genannten Projekten keine weiteren investiven Maßnahmen aufzulegen, so dass bis spätestens 2012 die Sanierung Finkenberg beendet wird.

Sanierungsbeirat

Der neue Beirat dient den Bürgerdiensten als Forum. Er bietet den vor Ort tätigen Bürgerdiensten eine Plattform für die Darstellung, Umsetzung und Stärkung ihrer Angebote und Projekte. Dazu sind folgende Arbeitskreise tätig:

- Runder Tisch Eigentümer / Verwaltung
- Jugend und Qualifizierung
- Arbeitsgemeinschaft Finkenberg
- LOS Programm

Der Sanierungsbeirat verschafft dem Anliegen der Arbeitskreise Öffentlichkeit, er berät über neue Projekte auch außerhalb der Städtebauförderung und versucht sie, nach erfolgter positiver Abstimmung, im politischen Raum durchzusetzen.

Weiterhin begleitet der Sanierungsbeirat die Umsetzung der bereits beschlossenen

und bewilligten Sanierungsmaßnahmen; er berät und beschließt neue Maßnahmen, für die sich ggf. Städtebaufördermittel einwerben lassen. Der Sanierungsbeirat ermöglicht Abstimmungsprozesse zwischen Bürgern, Verwaltung und Politik. Der Sanierungsbeirat hat 22 Mitglieder: 7 Vertreter der BV (einschl. Bezirksvorsteher), weitere 6 Mitglieder aus den 6 Arbeitskreisen und 9 Vertreter der Kirchen, Schulen und der Polizei. Die letzte Sitzung des Sanierungsbeirates fand im November 2007 statt.

Aufbau einer dezentralen Vermittlungsstelle im Hartz IV Programm

Die Erweiterung im Job-Börsen-Programm sieht die Einrichtung einer Job-Börse in Porz-Finkenbergr vor. Derzeit wird nach geeigneten Räumlichkeiten gesucht, um noch in der ersten Jahreshälfte 2008 das Projekt verwirklichen zu können.

Initiierung von Qualifizierungsprojekten

Zusammenführen und Begleiten von Trägern, Entwicklung eines Nutzungskonzeptes vorhandener Raumressourcen, Ermittlung von Fördervarianten

Unter Koordination des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik wurden zwei Qualifizierungsprojekte entwickelt, in denen pro Halbjahr 20 arbeitslose Frauen aus Finkenbergr in einer ungenutzten Großküche im Begegnungszentrum der PariSozial GmbH im Bereich Cateringservice / Hauswirtschaft ausgebildet werden und 20 arbeitslose junge Männer im Garten- und Landschaftsbau. Die Finanzierung erfolgt in einer Kombination aus Städtebaufördermitteln und Mitteln der ARGE aus dem Hartz IV Programm. Träger des Frauenprojektes ist die Diakonie Michaelshoven in Kooperation mit der Jugendwerkstatt Porz. Träger des Männerprojektes ist die Jugendwerkstatt Porz in Kooperation mit dem Kolping-Bildungswerk. Der Projektstart hat am 01.06.2006 stattgefunden. Nach einem Jahr Projektarbeit konnten bereits 10 Teilnehmer in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse bzw. weitere Bildungsmaßnahmen vermittelt werden. Eine gesonderte Mitteilung hierzu erfolgte im Herbst 2007.

Mit Bescheid vom Dezember 2007 konnte zu den beiden bestehenden ein drittes Qualifizierungsprojekt im Bereich Büro, Handel und Dienstleistung für das Sanierungsgebiet Finkenbergr bewilligt werden. Träger der Maßnahme, der zum 01.03.2008 seine Arbeit aufnehmen soll, ist das bfw – Unternehmen für Bildung. Die notwendigen Räumlichkeiten für das Projekt, die von der Eigentümerin eines großen Wohnungsbestandes im Sanierungsgebiet Finkenbergr angeboten werden, liegen allerdings außerhalb des Sanierungsgebietes in der Wilhelmstraße in Porz-Mitte, direkt neben der Jobbörse und in unmittelbarer Nähe zur ArGe. Auf Grund der unmittelbaren Nähe zu diesen Einrichtungen hat der Fördermittelgeber der Verortung der Maßnahme, in der pro Halbjahr ca. 15 arbeitslose Menschen aus Finkenbergr für den ersten Arbeitsmarkt qualifiziert werden sollen, außerhalb des Gebietes zugestimmt.

Entwicklung eines verantwortungsvollen Mietmanagements

In einem wesentlich höheren Maße als allgemein angenommen sind unzulängliches Mietmanagement und mangelhafte Substanzerhaltung ursächlich für die voranschreitende Destabilisierung des Gebietes. Deshalb wurde im Februar 2005 die erste Sitzung des "Runden Tisches" einberufen, der nun vierteljährlich zusammentrifft, um gemeinsam mit der freien Wohnungswirtschaft gezielte Maßnahmen zur Stabilisierung der Bewohnerstruktur zu entwickeln. Das in dem letzten Bericht angekündigte Projekt zur Wohnraumsicherung hat im August 2005 seine Arbeit in Finkenbergr aufgenommen. Es arbeitet eng mit der städtischen Fachdienststelle Wohnen zusammen und

bietet neben seiner aufsuchenden Hilfe auch ein Beratungsangebot im Stadtteilbüro in der Konrad-Adenauer-Straße an. Z.Zt. werden von den Eigentümern schriftliche „Ehrenerklärungen“ eingeholt, die der Umsetzung eines verantwortungsvolleren Mietmanagements dienen sollen.

Ausbau des Nahbereichszentrums

Es wird auf den Halbjahresbericht zum Ratsbeschluss vom 29.07.2003 „Sanierung Finkenbergr“ mit der DS-Nr.: 0902/ 003 und 1025/003 verwiesen.

Wohnumfeldmaßnahme nördlich der Theodor-Heuss-Straße

Mit einem Zuschuss von 282.940 EUR hat die Bezirksregierung die Neugestaltung des Fußwegesystems und der Freiflächen nördlich der Theodor-Heuss-Straße bewilligt. Nach erfolgter Bürgeranhörung wurde die Maßnahme im August 2006 in der Bezirksvertretung Porz beschlossen. Bei der Auftragsvergabe wurde für den gesamten Anteil des Garten- und Landschaftsbaus der 2. Arbeitsmarkt berücksichtigt. Die Maßnahme ist in der Durchführung und wird voraussichtlich im März 2008 abgeschlossen.

Rückbau Übergangswohnheim

Das Übergangswohnheim in der Theodor-Heuss-Straße 9a im Sanierungsgebiet Porz-Finkenbergr wird z.Zt. abgebrochen. Die Abbruchmaßnahme wurde notwendig, weil sich das Gebäude laut einem TÜV-Gutachten auf Grund seines baulichen Zustandes für Wohnzwecke nicht mehr nutzen lässt. Darüber hinaus haben der Zuwanderungsrückgang von Flüchtlingsfamilien und deren teilweise Zuordnung in Normalwohnungen zu einer Reduzierung der Belegung geführt. Das Übergangswohnhaus Theodor-Heuss-Straße 9a konnte aus diesem Grund vollständig geräumt werden. Die Bezirksregierung stimmte einer Verkürzung der Zweckbindungsfrist und damit einer vorzeitigen Nutzungsaufgabe zu. Die Wiederherstellung der Fläche soll über das vor Ort tätige Qualifizierungsprojekt im Garten- und Landschaftsbau im Frühjahr 2008 ausgeführt werden.

Der Abriss des leerstehenden Übergangswohnheimes symbolisiert das Bemühen der Stadt gegenüber den Anwohnern, einen Beitrag zur Verbesserung der Belegungsstruktur zu leisten. Dieser Beitrag motiviert auch Eigentümer, die sich in einer Arbeitsgemeinschaft mit der Stadtverwaltung - „Runder Tisch Finkenbergr“ - für eine ausgewogene Belegung einsetzen, zu nachhaltigerem Engagement.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 22.11.2001
Vorlagennummer: 1778/001

Betreff: Regionale 2010

Beschluss:

Als Mitglied des REGIO KÖLN/BONN und NACHBARN e. V. begrüßt die Stadt Köln die Bewerbung der REGIO RHEINLAND um die Ausrichtung der REGIONALE 2008/2010.

Bei einem Zuschlag besteht grundsätzlich die Bereitschaft, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten und unter Zugrundelegung der in Aussicht gestellten Förderungen, geeignete Projekte in den Prozess der REGIONALE 2008/2010 einzubringen.

Sachstand:

Von den städtischen Projekten sind „RegioGrün“, „Wohnen am Strom“ und „Mobil im Rheinland“ als A-Projekte anerkannt und befinden sich in unterschiedlichen Phasen der Realisierung bzw. deren Vorbereitung. Die Projekte „Stadtentwicklung beiderseits des Rheins“ (mit den Modulen „Archäologische Zone“, „Rheinboulevard“ und „Rechtsrheinische Perspektiven/Ottoplatz/Auenweg“) und „Rad-Region-Rheinland“ sind als B-Projekte kategorisiert und befinden sich in der Phase der Qualifizierung zum A-Projekt. Das Projekt „Interkommunale Integrierte Raumanalyse“ (Kategorie C) befindet sich noch in der regionalen Abstimmung.

Von den Kooperationsprojekten mit Beteiligung der Stadt Köln befinden sich das Projekt „Standortmitte“ in Kategorie A, der „Erlebnisraum Römerstraße“ und das „HochwasserKompetenzCentrum“ in Kategorie B.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 20.12.2001
Vorlagenummer: 2139/001

Betreff: Umstellung des Stadtbahnsystems Köln/Bonn auf Niederflur

Beschluss:

Der Rat beschließt unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Gutachtens die Erweiterung des Kölner Niederflur-Stadtbahnnetzes in der Variante C „modifiziert“. Die Variante C „modifiziert“ gilt als Bestandteil der Fortschreibung des Nahverkehrsplans Köln.

Der Rat bittet die KVB AG, die anstehende Fahrzeugbeschaffung in Übereinstimmung mit der Variante C „modifiziert“ durchzuführen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die infrastrukturellen Anpassungen, die für die Umsetzung der Variante C „modifiziert“ erforderlich sind, vorzubereiten, mit dem Zuschussgeber abzustimmen und alle weiteren Schritte unter Berücksichtigung der jeweiligen Fahrzeugbeschaffungen zeitgerecht einzuleiten. Die konkrete Ausgestaltung, Finanzierung und verfahrensmäßige Abwicklung der Einzelmaßnahmen der Variante C „modifiziert“ sind zu gegebener Zeit den jeweils zuständigen Gremien gesondert zur Beratung und Entscheidung vorzulegen. Sie sind vorbehaltlich der Finanzierbarkeit umzusetzen und ggf. zur Förderung anzumelden.

Dem Stadtentwicklungsausschuss und dem Ausschuss Bau und Verkehr ist kontinuierlich über die Umsetzung des Konzeptes zu berichten.

Folgende Maßnahmen sind zu berücksichtigen:

1. Die Haltestelle Ebertplatz ist so zu optimieren, dass ein niveaugleiches Umsteigen von Hochflur- in Niederflurbahnen am gleichen Bahnsteig ermöglicht wird.
2. Es sind Möglichkeiten zu prüfen, die Umsteigebeziehungen am Barbarossaplatz so zu optimieren, dass eine Fahrbahnüberquerung beim Fahrzeugwechsel vermieden wird.
3. Es soll ein Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben werden, das feststellt, welche Linienkonfiguration in Richtung Bocklemünd-Mengenich und Ossendorf die meisten Direktfahrer und somit den optimalen Nutzen für die Fahrgäste bringt.

Hier soll u.a. die Frage geklärt werden, ob die Linie 5 künftig nach Bocklemünd und die Linie 4 nach Ossendorf fahren soll.

4. Für die Haltestellen Takuplatz, Lenauplatz und Liebigstraße in Neuehrenfeld ist ein begrenzter Wettbewerb auszuloben, der unterschiedliche verkehrliche und architektonische Lösungen von Mittel- und Seitenbahnsteigen vorschlagen soll.

Im Anschluss daran soll entschieden werden, ob dem niveaugleichen Einstieg oder dem geringeren Eingriff in das Stadtbild der Vorzug gegeben werden soll.

5. Die Verwaltung wird gebeten, in Zusammenarbeit mit dem VRS darauf hinzuwirken, dass der Takt der S 11 vorrangig auf dem Teilstück Köln-Hbf – Dormagen zu einem 10 Minuten-Takt verdichtet wird.
6. Die Busnetze im Kölner Norden und in Köln-Zollstock sind auf die veränderten Stadtbahnlinienführungen zu optimieren.
7. In einer Kosten-Nutzen-Analyse ist zu prüfen, ob die Verbindungen der Endhaltestelle der Linie 19 (Sebastianstraße) mit der Haltestelle der Linie 12 in Niehl, durch die Merkenich und die Fordwerke an den Hauptbahnhof angeschlossen würden, sinnvoll ist.
8. Die Entscheidung, ob, wann und wie in der Zeit nach 2010 die Vereinheitlichung des Stadtbahnnetzes auf der Basis Niederflur realisiert wird, soll offengehalten werden. Deshalb müssen alle noch zu errichtenden Hochbahnsteige so gebaut werden, dass sie mit vertretbarem Aufwand für das Niederflursystem umgebaut werden können. Das gilt auch für die neue Nord-Süd-Stadtbahn. Entscheidungen über die Ausweitung des Niederflurnetzes sind jeweils rechtzeitig vor der Bestellung neuer Stadtbahnfahrzeuge herbeizuführen.

Sachstand:

Zu 1.:

Der Verkehrsausschuss hat im Jahr 2007 einen Baubeschluss zur Optimierung der Haltestelle Ebertplatz beschlossen. Die Maßnahme wird noch vor der Fertigstellung der Nord-Süd-Stadtbahn umgesetzt. Dieser Punkt kann als erledigt betrachtet werden.

Zu 2.:

Die Prüfung hat keinen Handlungsbedarf ergeben. Der Punkt ist erledigt.

Zu 3.:

Die Überprüfung der Fahrgastzahlen hat gezeigt, dass der Linientausch nicht sinnvoll ist. Der Punkt ist erledigt.

Zu 4.:

Der Verkehrsausschuss hat im Jahr 2007 einen Baubeschluss zur Umrüstung der Linie 5 in Neuhrenfeld und Ossendorf Hochbahnsteige beschlossen. Die Maßnahmen werden in den nächsten Jahren umgesetzt. Der Punkt kann als erledigt betrachtet werden.

Zu 5.:

Der Punkt wird im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans SPNV weiterverfolgt. Der Punkt ist aus der Sicht der Verwaltung erledigt.

Zu 6.:

Der Punkt ist erledigt.

Zu 7.:

Da die Finanzierbarkeit der Maßnahme erst nach 2015 im Rahmen der Fortschreibung des IGVP des Landes NRW geklärt werden kann, ist eine kurz- bis mittelfristige Verwirklichung der Verbindung nicht zu erwarten. Eine Nutzen-Kosten-Analyse macht

daher nur dann Sinn, wenn die Maßnahme in absehbarer Zeit realisiert werden kann. Die Verwaltung wird die Maßnahme im Rahmen der Fortschreibung des IGVP erneut in die Diskussion bringen. Aus Sicht der Verwaltung kann der Punkt als erledigt betrachtet werden.

Zu 8.:

Der Beschluss wird bei den neueren Baumaßnahmen (z.B. Nord-Süd-Stadtbahn) berücksichtigt. Der Punkt ist erledigt.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 22.05.2003
Vorlagennummer: 0449/003

Betreff: Erhalt und Entwicklung von Flora/Botanischer Garten

Beschluss:

Der Rat beschließt in Hinsicht auf Flora / Botanischer Garten folgende Zielsetzungen:

- Der Botanische Garten / Flora soll dauerhaft erhalten bleiben.
- Die Umweltbildungseinrichtung „Grüne Schule Flora“ zu erhalten.
- Das aus Kostengründen nicht mehr sanierungsfähige Pflanzenschauhaus (Tropenhaus) soll durch ein neues Haus ersetzt werden.
- Die Betriebsstrukturen und Kosten sollen optimiert werden.
- Außendarstellung und Vermarktung sollen im Zusammenhang mit dem Zoologischen Garten konzeptionell optimaler entwickelt werden.
- Die notwendigen Aufwendungen für Investition und Umstrukturierung sollen aus dem Erlös von geeigneten Grundstücksveräußerungen refinanziert werden.
- Diese Zielsetzungen müssen in Übereinstimmung mit dem vom Ausschuss für Umweltschutz und Grün in Auftrag gegebenen „Zukunftskonzept Flora und Botanischer Garten“ geprüft und umgesetzt werden.

Ausgehend von diesen Zielsetzungen wird die Verwaltung beauftragt, folgende Lösungsmöglichkeiten zu prüfen und dem Rat geeignete Maßnahmen zur Zielerreichung vorzuschlagen. Im Einzelnen soll geprüft werden,

1. welche Grundstücke im Umfeld von Flora und Zoo für eine erlösträchtige Veräußerung an private Investoren / Nutzer in Frage kommen und welche Nutzungen unter städtebaulich verträglichen und planungsrechtlichen Aspekten sowie unter Vermeidung von Nachteilen für die Entwicklungspotenziale von Flora / Zoo darstellbar wären.

Hierfür sollen die Grundstücke entlang der Amsterdamer Straße und im Bereich Riehler Straße / Innere Kanalstraße / Alter Stammheimer Weg geprüft werden. Die Prüfung soll ausschließlich für die Grundstücke erfolgen, die nicht zum öffentlich zugänglichen Teil der Flora und des Botanischen Gartens gehören.

2. welche wirtschaftlichen und organisatorischen Vorteile erzielbar wären, wenn eine Fusion der bislang selbständigen Einrichtungen Flora / Botanischer Garten und Zoologischer Garten durchgeführt würde. Dabei sollen in Kooperation mit der Zoologischen Garten AG die Optimierungspotentiale, Aufgabenstellungen, die geeignete Betriebsorganisation und Rechtsform einer gemeinsamen Gesellschaft im Einzelnen

untersucht und dargestellt werden.

Dabei ist das „Zukunftskonzept Flora und Botanischer Garten“ zu berücksichtigen und mögliche Nachteile darzustellen.

3. welche Möglichkeiten für ein gemeinsames Außendarstellungs- und Gesamtvermarktungskonzept für Flora / Botanischer Garten und Zoologischer Garten bestehen, mit dem Ziel, Attraktivität und Besucherzahlen zu steigern.

Dies soll unter der Maßgabe geschehen, dass der Besuch der Flora und des Botanischen Gartens eintrittsfrei bleibt.

4. inwieweit die beiden Umweltbildungseinrichtungen „Grüne Schule Flora“ und „Zoo-schule“ dahingehend optimierungsfähig sind, ob z. B. eine Zusammenfassung in einer Einrichtung unter gemeinsamer Trägerschaft konzeptionell, organisatorisch und wirtschaftlich sinnvoll wäre.

Prüfergebnisse und umsetzungsfähige Vorschläge sollen den zuständigen Ausschüssen und dem Rat bis zum Oktober 2003 vorgelegt werden.

Sachstand:

Kein neuer Sachstand.

alter Sachstand:

Der Freundeskreis Botanischer Garten Köln e.V. hat eine umfangreiche Imagebro-schüre über das geplante Schaugewächshaus erstellt und bemüht sich weiterhin um die Akquise von Sponsorengeldern. Nach Abschluss der Akquise soll die Architekten-leistung (bis zur Ausschreibung) durch den Freundeskreis beauftragt und finanziert werden.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 29.07.2003
Vorlagennummer: 0920/003 und 1005/003

Betreff: Reduzierung der Energieverbrauchsmenge bei von der Stadt genutzten Gebäuden infolge einer Geschäftsprozessoptimierung bei der Gebäudewirtschaft

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bei den derzeit stattfindenden organisatorischen Betrachtungen und der Neudefinition der Schnittstellen den Gesichtspunkt der Kostenoptimierung in den Vordergrund zu stellen. Der Geschäftsprozess ist insbesondere durch die Einführung eines Objektmanagements zu optimieren.

Dabei ist dem Thema Energiemanagement mit dem Ziel der nachhaltigen Senkung des Energieverbrauchs Rechnung zu tragen.

Die Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft ist in § 1 Absatz 2 so zu ergänzen, dass der Betriebszweck der Gebäudewirtschaft um die Zielsetzung der Minimierung des Energie- und sonstigen Ressourcenverbrauchs bei den von ihr verwalteten Gebäuden erweitert wird.

2. Die Gebäudewirtschaft wird beauftragt, ein Energiesparkonzept zu erarbeiten und dem Ausschuss bis Ende diesen Jahres zu weiteren Entscheidung vorzulegen.

Ziel dieses Energiesparkonzeptes soll es sein, in den nächsten drei Jahren jährlich mindestens 5 % der Energiemenge in den von der Stadt selbst genutzten Gebäudeobjekten einzusparen, um damit im Ergebnis die Energieebenkosten wie auch die Umweltbelastung zu senken.

Diese Zielvereinbarung ist im Wirtschaftsplan 2003 zu berücksichtigen und in den folgenden Geschäftsjahren fortzuschreiben. Die Entlastung für den städtischen Haushaltsplan 2003/2004 ist entsprechend darzustellen. Das Energiesparkonzept soll im Übrigen interkommunale Vergleichsdaten im Energiebereich wie auch die Verfahrens-/Vorgehensweise anderer Kommunen aufzeigen.

3. Die Gebäudewirtschaft wird beauftragt, sich bei diesem Kosten- und Energiesparprogramm moderner Methoden des Controllings von Ressourcenverbrauch zu bedienen und eine Transparenz der Nebenkostenentwicklung zu gewährleisten. Auf Basis der laut Werksausschuss-Beschluss vom 21.02.2000 zu ermittelnden Energie- und Wasserverbrauchskennwerte werden jährlich zumindest drei bis fünf Objekte mit den nutzungsspezifisch höchsten Verbrauchskennwerten einer Grob- und darauf aufbauenden Feinanalyse der Einsparpotenziale unterzogen. Daraus ableitbare Sanierungsmaßnahmen werden in einem Investitionskonzept dargestellt. Das Investitionskonzept soll eine Kosten-/ Nutzenbetrachtung und die Amortisationszeit ebenso beinhalten wie eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung von Contracting-Modellen im Einzelfall. Die sukzessive Abarbeitung der Einzelmaßnahmen erfolgt

nach Beschlussfassung durch die politischen Gremien und unter Berücksichtigung der kommunalen Haushaltslage.

4. Im Rahmen des Energiesparkonzeptes ist auch objektbezogen darzustellen, welche energiesparenden Techniken bei Sanierungs- und Neubaumaßnahmen von städtischen Gebäuden der letzten 5 Jahre mit welchem Energieeinsparerfolg zur Ausführung gekommen sind und wo auch bei diesen Maßnahmen ggf. weiteres Optimierungspotential liegt.
5. Parallel dazu sind von der Gebäudewirtschaft geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine Verhaltensänderung bei den Mietern bzw. Nutzern mit dem Ziel der Energieeinsparung zu erreichen. Dazu gehören Schulungen und Bonusprogramme für Hausmeister und Dienststellen, Energiesparwochen (E-Fit), Ausweitung des KLASSE-Projekts und eine gezielte Ansprache der Mitarbeiter im Rahmen des betrieblichen Vorschlagswesens. Außerdem soll die Einrichtung von objekt- bzw. dienststellenverantwortlichen Energiebeauftragten geprüft werden.
6. Spätestens nach Ablauf eines Jahres wie auch jeweils für die Folgejahre hat die Gebäudewirtschaft dem Werks-, dem Haupt- sowie dem Umweltausschuss einen Erfahrungsbericht vorzulegen. Dieser Erfahrungsbericht wird jährlich mit einer „Lenkungsgruppe“ abgestimmt, der Vertreter der Gebäudewirtschaft, der Mieter, der Ratsfraktionen und als Berater Repräsentanten der engagierten Fachöffentlichkeit (z.B. Energie-Forum Köln/Agenda) angehören. Die Aufgabe der Lenkungsgruppe besteht in der Begleitung aller Maßnahmen, dem Erfahrungsaustausch und der zielgerichteten und zeitnahen Lösungsfindung bei auftretenden Hemmnissen. Für eine Auftaktveranstaltung soll sich die „Lenkungsgruppe“ erstmals im Herbst 2003 treffen.

Sachstand:

Am 24.06.2004 wurde der o. g. Ratsbeschluss mit der Vorlage des Konzeptes „Aktives Energiemanagement der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln“ inhaltlich umgesetzt. Der Rat der Stadt Köln hat den darin vorgesehenen Maßnahmen, die eine Umsetzung der o. g. Punkte 3. – 6. beschreiben, zugestimmt.

Im Rahmen der Bearbeitung sind alle erforderlichen Schritte durch die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln eingeleitet worden, um die vorgesehenen Ziele zu erreichen:

- **Energiebericht 2007:**

Der diesjährige Energiebericht 2007, Teil 1: Energieverbrauchsstatistik, wurde im Oktober dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und dem Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün vorgestellt.

Teil 2 als „Sachstand der Umsetzung des Energiemanagementkonzeptes 2007“ befindet sich in Vorbereitung und soll im 1. Quartal 2008 ebenfalls den Ausschüssen vorgestellt werden.

- **ingenieurmäßige Energieeinspargutachten**

Programm 2005:

2 Schulen, 1 Verwaltungsgebäude:

Es wurde das Umsetzungskonzept für die Gebäude durch den Rat beschlossen. Mit der Kämmerei wurde ein Verfahren zur Finanzierung dieser Energiesparmaßnahmen gefunden, das zukünftig eine zeitlich straffere Umsetzung der Analysen ermöglicht.

Programm 2006:

4 Schulen:

Vorbereitung des Umsetzungskonzeptes mit Ratsvorlage in Anlehnung an das neue Finanzierungsverfahren.

Programm 2007:

3 Schulen, 1 Kita, 1 Verwaltungsgebäude:

Vergabe und Beauftragung nach Wettbewerb an das Ingenieurbüro wat aus Karlsruhe. Die Durchführung der Analysen hat mit Einsetzen der Heizperiode im Oktober begonnen. Die Ergebnisvorlage ist vorgesehen nach drei Monaten der Bearbeitung, frühestens Ende Januar 2008.

- **Energiedienst**

Objektbegehungen Heizung:

a) mit eigenem Personal als Daueraufgabe:

Begangen wurden im Berichtszeitraum insgesamt 48 Gebäude (23 Schulen, 14 Kindertagesstätten, 7 Verwaltungsgebäude, 4 Grünobjekte)

b) mit externer Firma:

Durchführung der Zweitbegehung von 68 Gebäuden der Vertragsleistung aus dem Programm 2006/2007. Wegen zeitlicher Verzögerung und Ende der Heizperiode 2006/2007 wurde die beauftragte Zweitbegehung erst nach Inbetriebnahme der Heizungsanlage ab der aktuellen Heizperiode zwischen Oktober und Dezember 2007 vorgenommen.

Energiedienst Elektro:

Im Berichtszeitraum wurden vom Energiedienst im Rahmen einer generellen Überprüfung aller Sport- und Turnhallen nach ausführlichen Bestandsaufnahmen für fünf Sporthallen Konzepte und Kurzanalysen für Einsparmaßnahmen im Beleuch-

tungsbereich angefertigt. Im Rahmen der Prioritätenliste werden diese Konzepte an die operativ tätigen und für die Unterhaltung zuständigen Objektcenter zur Umsetzung weitergegeben.

Zur weiteren Analyse in Objekten mit schlechten Stromverbrauchskennwerten werden „Stromsparchecks“ nach dem „Leitfaden Elektrische Energie im Hochbau“ des Hessischen Umweltministeriums durchgeführt. Im Berichtszeitraum konnte der hohe Stromverbrauchskennwert in zwei ausgesuchten Kindertagesstätten auf diese Weise analysiert und erklärt werden.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 29.07.2003
Vorlagennummer: 0902/003, 1025/003

Betreff: Sanierung Finkenber

Beschluss:

Die Landesregierung wird eindringlich gebeten, für die Maßnahme der Sanierung Finkenber-Nahbereichszentrum, Städtebauförderungsmittel möglichst kurzfristig zur Verfügung zu stellen.

Für den Fall der Gewährung von Kassenmitteln für diese Maßnahme, wird die Verwaltung beauftragt, die Umsetzung der Maßnahme zu ermöglichen.

Sachstand:

Für den Umbau des Nahbereichszentrums wurde auf Grundlage einer nicht mehr aktuellen Planung ein Zuwendungsbescheid erteilt. Im Juni 2006 hat der Stadtentwicklungsausschuss beschlossen, den Standort Finkenber als Einkaufsbereich aufrecht zu erhalten und zu stärken. Maßgeblich dafür ist die Zusage einer neuen Eigentümerin, umfangreiche Investitionen in Um- und Neubau von Gewerbeflächen vorzunehmen und so zu einer strukturellen und nachhaltigen Verbesserung des Nahbereichszentrums maßgeblich beizutragen. Derzeit wird mit der Eigentümerin eine Gesamtplanung erarbeitet, um die Umgestaltungsmaßnahmen im öffentlich gewidmeten Bereich mit den privaten Maßnahmen funktional und optisch vernünftig zusammenzuführen.

Nachdem nunmehr die grundsätzliche Neustrukturierung der neuen und alten Gewerbeflächen des Investors abgeschlossen ist, konnten zwischen Stadt Köln und der Eigentümerin aktuell folgende Meilensteine für die Außenflächengestaltung vereinbart werden.

Politische Beratung des Vorentwurfs	Januar bis März 2008
Bürgerbeteiligung und Ausarbeitung Entwurf	April 2008
Beschlussfassung Entwurf	Mai bis Juni 2008
Ausführungsplanung	unmittelbar nach Beschluss
Prüfverfahren des Vergabeamtes und des städtischen Rechnungsprüfungsamtes	nur für öffentl. gewidmete Fläche
Ausschreibung	Ende 2008
Ausführung	Frühjahr 2009

Wegen der in 2006 vorangegangenen intensiven politischen Diskussion über die möglichen Entwicklungspotenziale des Nahbereichszentrums so wie einer zusätzlichen Flächenentwicklung mit Einzelhandel in unmittelbarer Nachbarschaft (Nahversorgung Gremberghoven) soll der Vorentwurf für die Neugestaltung des Nahbereichszentrums (einschließlich der privat entwickelten Flächen) vor der Bürgerbeteiligung in der Bezirksvertretung so wie den betroffenen Fachausschüssen beraten werden.

Mit ausdrücklicher Zustimmung der Eigentümerin ist beabsichtigt, zeitgleich mit der Einbringung des Vorentwurfs in die politische Beratung einen städtebaulichen Vertrag

entsprechend § 11 Baugesetzbuch abzuschließen.

Neben der beabsichtigten umfassenden Veränderung der Gewerbeflächen so wie der optischen wie funktionalen Neugestaltung des Wohnumfeldes führt die Eigentümerin aktuell umfangreiche Sanierungs- und Instandsetzungsarbeiten in den Erschließungsbereichen und einzelnen freien Wohneinheiten des Wohnhochhauses Konrad-Adenauer-Straße 72 durch. So wird der durch die langjährige Zwangsverwaltung entstandene Investitionsstau aufgearbeitet und die nicht gebundenen Wohnungen bieten nach umfangreicher Instandsetzung ein attraktives Angebot auf dem Kölner Wohnungsmarkt.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 20.11.2003
Vorlagenummer: 1479/003

Betreff: Neue Finanzierungsmodelle zur Sanierung von Schulen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Sanierung von Schulgebäuden zukünftig auch nach folgendem Modell der Private Public Partnership (PPP) zu realisieren und Fachausschüssen und Rat kurzfristig einen Umsetzungsvorschlag vorzulegen.

Ein Investor erwirbt ein langfristiges Nutzungsrecht an Schulgebäuden unter Beachtung der rechtlichen Vorgaben des Landes (Schulrecht, Steuer- und Vergaberecht, Beibehaltung der Eigentümerschaft durch die Stadt, keine Veräußerung an Private).

Der Investor übernimmt im Gegenzug für einen längerfristigen Zeitraum als Dienstleister für Sanierung, Bauunterhaltung und Betrieb bis hin zur Reinigung. Der Investor wird verpflichtet, den mit Vertragsabschluss definierten Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstandard fortlaufend aufrecht zu erhalten. Dies umfasst auch erforderliche Standards im Zusammenhang z. B. mit der Ganztagsbetreuung in Schulen. Die Stadt zahlt für die Nutzung (mietähnlich) an den Investor/Betreiber.

Dabei ist die Wirtschaftlichkeit im Einzelfall nachzuweisen. Erklärtes Ziel ist es, dadurch rd. 100 Mio. EUR privates Kapital und privates Know-How zu mobilisieren und stadtweit bis zu 40 Schulen von einer derartigen Lösung profitieren zu lassen.

Für dieses Volumen sollen verschiedene und geeignete Lospakete unterschiedlicher Größe ausgeschrieben werden, so dass auch mittelständische Anbieter eine reale Wettbewerbschance haben.

Wegen der Komplexität des Verfahrens soll ein externes und auf diesem Gebiet erfahrenes Beratungsunternehmen eingeschaltet werden, das die Verwaltung bis zu einem definierten Zeitpunkt des Verfahrens begleitet.

Insbesondere hinsichtlich der spezifischen Anforderungen an Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstandards, der notwendigen Flexibilität bei schulisch bedingten Veränderungen der Nutzung während der Vertragslaufzeit und nicht zuletzt zur Gewährleistung außerschulischen Nutzungen sind der Schulträger bzw. die Schule als zukünftiger „Mieter“ sowie die Fachausschüsse, so der Werksausschuss Gebäudewirtschaft, der Ausschuss Schule und Weiterbildung sowie der Finanzausschuss angemessen zu beteiligen.

Es ist sicherzustellen, dass die Schulverwaltung während der Vertragslaufzeit die fachspezifischen Interessen der Nutzer gegenüber der Gebäudewirtschaft, dem Investor sowie weiteren Beteiligten wahrnehmen kann.

Sachstand:

In Verfolgung des Ratsbeschlusses hat die Verwaltung zur Umsetzung von Schulsanierungen im Wege von PPP-Projekten die Möglichkeiten eines „Expressloses“ und eines „Handwerkerloses“ eingeleitet und weiter fortgeführt.

Gemäß Ratsbeschluss vom 12.02.2004 wurde die Verwaltung im Rahmen der Umsetzungsschritte zur Sanierung von Schulgebäuden mittels PPP beauftragt, mehrere Ausschreibungspakete – u.a. ein sog. Expresspaket sowie ein sog. Handwerkerpaket – zu bilden und dem Rat zur Beratung und Beschlussfassung vorzuschlagen. Nach Abschluss der Sanierungsarbeiten an den Schulen des Expresspaketes im vergangenen Jahr und damit Übergang in die Betriebsphase, wird zu den weiteren ÖPP-Projekten folgender aktueller Sachstand mitgeteilt:

- **Handwerkerpaket**

Der Rat hat in seiner Sitzung am 29.08.2006 der Carl Schumacher GmbH, Wolfenbüttel, den Zuschlag zur Sanierung und den Betrieb von zwei Schulstandorten erteilt. Seit dem 01.10.2006 werden die Schulen durch den privaten Partner unterhalten und betrieben. Die vertraglich vereinbarten Sanierungsarbeiten stehen an einem Schulstandort kurz vor dem Abschluss bzw. müssen bis zum 28.03.2008 beendet sein.

- **Weiteres ÖPP-Paket**

In seiner Sitzung am 14.11.2006 hat der Rat in Ausführung seines Beschlusses vom 20.11.2003 die Verwaltung zur weiteren Umsetzung von Schulsanierungen im Wege von ÖPP-Projekten mit der Umsetzung eines nach dem sog. „Expresspaket“ und dem sog. „Handwerkerpaket“ dritten Ausschreibungspaketes mit einem Investitionsvolumen von über 25 Mio. € und der Einleitung der erforderlichen Verfahrensschritte beauftragt.

Die vor Durchführung des Vergabeverfahrens erforderlichen Maßnahmen, wie Erfassung des bautechnischen Zustands der Schulobjekte bzw. die Erstellung/Überarbeitung eines notwendigen Raumprogramms wurden von der Verwaltung eingeleitet.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 24.06.2004
Vorlagennummer: 0800/004

Betreff: Strategisches Flächenmanagement

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für ein strategisches Flächenmanagement, nachhaltige Bodenwirtschaft und Flächenbevorratung zu entwickeln und nach Beratung und Beschlussfassung durch Fachausschüsse und Rat zügig umzusetzen.

Das Konzept soll folgende Maßgaben und Elemente berücksichtigen:

- Kontinuierliche Fortentwicklung aufeinander abgestimmter Planungskonzepte für Industrie-Gewerbeflächenbereitstellung, tertiäre Nutzungen und Wohnnutzungen.
- Darstellung möglicher Chancen eines „regionalen Flächenmanagements“ (z.B. Kooperation bei Gewerbeflächen, Siedlungs- und Freiraumnutzungen).
- Integrierte Darstellung der Flächeninformationssysteme.
- Einrichten einer ressortübergreifenden, kooperativen Projektsteuerung „Flächenmanagement und Bodenbewirtschaftung“, insbesondere bei größeren Vorhaben einschließlich frühzeitiger Einbeziehung der Fachausschüsse und zeitnaher Berichterstattung.
- Aufbau eines revolvierenden Grundstücksfonds zwecks Entwicklung einer dynamischen, strategischen Bodenreserve.

Sachstand:

Das Wohnungsbauprogramm 2015 ist unter Einbeziehung des Wohnungsbauforums erstellt und den Ratsgremien sowie Bezirksvertretungen zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt worden. Es enthält wichtige Leitlinien zur Flächenpolitik der Stadt Köln und stellt die Flächenpotenziale für den Wohnungsbau sowie den Zeitraum der geplanten Bereitstellung dieser Flächen dar. Mit einer Beschlussfassung durch den Rat wird im Januar 2008 gerechnet.

Um die zeitgerechte Umsetzung der Bereitstellung von Flächen für Gewerbe und Wohnungsbau zu unterstützen, hat am 07.11.2007 erstmals der Lenkungskreis „Flächen“ unter Beteiligung der Dezernate VI (Federführung), III und V getagt. Mitglieder im Lenkungskreis sind die Dezernenten und Amtsleiter. Der Lenkungskreis wird zukünftig dreimal im Jahr tagen und sich vorrangig mit Flächen befassen, bei denen ein besonders hoher Umsetzungsbedarf gesehen wird. Konflikte mit der Zeit-/ Maßnahmenplanung sollen im Lenkungskreis angesprochen und gelöst werden.

Darüber hinaus hat die Verwaltung ein externes Beratungsunternehmen damit beauftragt, einen qualitativen und quantitativen Abgleich der vorhandenen und der von den Unternehmen benötigten Gewerbeflächen durchzuführen. Das Untersuchungsdesign

sieht u.a. eine Begehung aller Gewerbegebiete und eine Betriebsbefragung vor. Die Ergebnisse der Untersuchung werden in das von der Verwaltung auszuarbeitende „Standortkonzept Wirtschaft“ und - darauf aufbauend - in die Fortschreibung des „Gewerbeflächen-Bereitstellungskonzeptes“ einfließen.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 28.04.2005
Vorlagennummer: 0629/005

Betreff: Initiativen für das Stadtbild 2010 ff. Schandfleckenseitigung und Verschönerungsmaßnahmen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- in Verhandlungen mit öffentlichen und privaten Stellen alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die in der Anlage beschriebenen Schandfleckenseitigungen und Verschönerungsmaßnahmen möglichst zeitnah umzusetzen,
- geeignete Wege zu finden, wie weitere Vorschläge für entsprechende Schandfleckenseitigungen und Verschönerungsmaßnahmen durch die Bezirksvertretungen, Vereine und Verbände sowie Bürgerinnen und Bürger eingebracht werden können, und dem Stadtentwicklungsausschuss ein entsprechendes Verfahren und eingereichte Vorschläge zur Beschlussfassung vorzulegen.
- Die Verwaltung wird beauftragt, Wege und Maßnahmen aufzuzeigen, um Gestaltung und Präsentation des öffentlichen Raumes in Köln weiter zu verbessern. Basis für diese Untersuchung sind die bereits verabschiedeten Konzepte zur Optimierung des öffentlichen Raums, die auf den Weg gebracht wurden und auch in Teilen umgesetzt sind z. B. das Konzept zur gestalterischen Verbesserung der Kölner Plätze „Auf die Plätze“. Ziel ist es, eine übergreifende Handlungsmaxime für die Stadtgestaltung zu entwickeln, die nicht nur die betroffenen öffentlichen Räume aufzeigt, die einer Erneuerung/Neugestaltung bedürfen – und zwar unter Einbeziehung der näheren Umgebung sowie der gewachsenen Strukturen -, sondern die auch ein Ranking vornimmt, aus dem ersichtlich wird, mit welcher Priorität bzw. zu welchem Zeitpunkt die Umsetzung der jeweiligen Maßnahme aus den gegebenen Haushaltsmitteln vorgenommen werden kann.
- In die Überlegungen zur Erstellung der Handlungsmaxime für die Stadtgestaltung sind nicht allein stadtgestalterische und stadtstrukturelle, sondern auch verkehrslenkende und bauliche Maßnahmen ebenso wie Sauberkeitsaspekte einzubeziehen.
- Es sind Verhandlungen mit den öffentlichen oder privaten Stellen aufzunehmen, die von den Verbesserungsmaßnahmen berührt werden (z. B. Deutsche Bahn, AWB, Landesbetrieb Straßenbau NRW, RheinEnergie AG, Kölner Außenwerbung u. a.) mit dem Ziel, zu ergründen, welchen Beitrag sie zur Stadtgestaltung leisten können. Ziel ist es, das gemeinschaftliche Verantwortungsbewusstsein für den öffentlichen Raum zu wecken, bis hin zum Sponsoring oder der Übernahme von Patenschaften durch engagierte Mitbürger/innen zwecks Verschönerung unserer Stadt.
- Die Handlungsmaxime für die Stadtgestaltung ist für alle Stadtbezirke auszuarbeiten.

- Neben dieser Handlungsmaxime für die Stadtgestaltung sollen künftig „kleine“ Schadensbehebungen als Sofortmaßnahmen im öffentlichen Raum eine zügige Bearbeitung finden. Gemeint sind z. B. nahtlose und optisch angepasste Instandsetzung nach Aufbrüchen des Straßenlandes durch Telekommunikationsunternehmen, sofortige Neupflanzung von Bäumen nach Fällung bei gleichzeitiger Entfernung von Baumstümpfen, also insgesamt Maßnahmen, die mit vergleichbar geringem Aufwand zur Wiederherstellung der Stadtgestaltung führen.

Sachstand:

Wie die Verwaltung schon im letzten Sachstandsbericht ausgeführt hat, wird der o. g. Beschluss des Rates in den gegebenen Handlungsfeldern sukzessive verfolgt und umgesetzt. Plakativ sind hier nochmals zu nennen:

- Beseitigung von Wildplakatierungen durch die Errichtung von legalen Gewerbeschildern und Gewerbesammelhinweistafeln.
- Umsetzung oder Abbau von Werbeanlagen im Rahmen des Konzeptes zur gestalterischen Verbesserung von Plätzen unter Einbeziehung deren Umgebung.
- Eingriffe in das Mengengerüst neuer Werbeanlagen jeglicher Art.

Bei Neu- und Umbaumaßnahmen – z. B. der hier genannten Ost-West-U-Bahn – werden im Rahmen der verwaltungsinternen Abstimmungen bzw. anschließenden Beschlussfassung, die stadtgestalterischen Aspekte aus Sicht des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau ausreichend berücksichtigt. Eine Umsetzung dieser Vorhaben kann nur anhand von Einzelbeschlüssen nach gesicherter Finanzierung erfolgen.

Die Verwaltung hat im Jahre 2001 in einer Beschlussvorlage für den Stadtentwicklungsausschuss dargelegt, mit welchen Maßnahmen die Gestaltung und Präsentation des öffentlichen Raumes in Köln verbessert werden kann. Das damals vorgelegte Konzept „Auf die Plätze“ beinhaltete auch ein „Ranking“ der Plätze, so dass ein Vorschlag vorliegt, in welcher Priorität die Innenstadtplätze umgestaltet oder erneuert werden sollten. Wegen fehlender Finanzierungsmöglichkeiten konnte das Konzept „Auf die Plätze“ bisher nur fragmentarisch umgesetzt werden.

Am 01.01.2007 hat im Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen die Stadtraummanagerin ihre Tätigkeit aufgenommen. Am 08.03.2007 hat der Stadtentwicklungsausschuss einen Aufgabenkatalog beschlossen. Die darin enthaltenen Aufgaben des Stadtraummanagements werden zurzeit bearbeitet. Ein Zwischenbericht ist in der ersten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses im Jahr 2008 erfolgt.

Im o.g. Beschluss wurde im ersten Absatz auf eine Anlage hingewiesen, in der insgesamt 55 Schandfleckenseitigungen und Verschönerungsmaßnahmen aufgelistet sind. Im Halbjahresbericht für das 1. Halbjahr 2007 konnte schon zu vielen Punkten ein Sachstandsbericht erfolgen. Im jetzt vorliegenden Halbjahresbericht erfolgt bis auf zwei Ausnahmen ein Sachstandsbericht zu allen 55 Punkten, wobei bei den Punkten, zu denen auch schon im letzten Halbjahresbericht berichtet wurde, eine Aktualisierung der jeweiligen Sachstände vorgenommen worden ist.

01. Aachener Straße

Ost-West U-Bahn Kulturboulevard

Im Rahmen von Neu- und Umbaumaßnahmen werden im Rahmen der verwaltungsin-
ternen Abstimmungen bzw. anschließenden Beschlussfassung, die stadtgestalteri-
schen Aspekte aus Sicht der Verwaltung ausreichend berücksichtigt. Eine Umsetzung
dieser Vorhaben kann nur anhand von Einzelbeschlüssen nach gesicherter Finanzie-
rung erfolgen. Das Vorhaben einer Ost-West-Stadtbahn ist als langfristiges Ziel zu se-
hen. In einem ersten Schritt soll eine Verkehrsuntersuchung erfolgen. Der Rat hat hier-
zu in seinem Beschluss vom 14.02.2006 Vorgaben gegeben und mit Beschluss vom
13.12.2007 Mittel bereitgestellt.

02. Am Malzbüchel/An der Malzmühle

Gestaltung

Für diesen Straßenabschnitt ist gegenwärtig keine Neugestaltung vorgesehen.

03. Bonner Straße

Chlodwigplatz bis Bonner Wall

Gestaltung

Im Rahmen der Oberflächenwiederherstellung nach den Bauarbeiten für die Nord-Süd
Stadtbahn wurde eine Planung erstellt und den politischen Gremien vorgestellt, der
Ausbau soll 2008/2009 erfolgen.

04. Dom-Nordseite

Gestaltung

In 2008 soll die Fortschreibung des Altstadtkonzeptes erfolgen, in dem auch die Dom-
Nordseite berücksichtigt wird.

05. Eigelsteinviertel

Gestaltung

Zur künftigen Nutzung der Bahnbögen im Bereich unter der erweiterten Trasse der
Deutschen Bahn AG im Sanierungsgebiet Eigelstein hat nach Auskunft des Investors
die Bahnbögen Köln GmbH mit dem Eisenbahnbundesamt einen Vertrag abgeschlos-
sen, der eine Nutzungsdauer von 30 Jahren beinhaltet.

Im Herbst vergangenen Jahres wurden durch die Bahnbögen GmbH erstmals konzep-
tionelle Überlegungen zu einer Revitalisierung der Bahnbögen vorgestellt. Aufgrund
weiterer Gespräche der Verwaltung mit dem Investor wird das Erfordernis gesehen, für
den Bereich der Bahnbögen ein Bauleitplanungsrecht zu schaffen, um eine ordnungs-
gemäße Genehmigungsgrundlage für die beabsichtigten Vorhaben zu erhalten.

Dem Stadtentwicklungsausschuss (STEA) wurde in seiner Sitzung am 22.11.2007 ein
entsprechender Aufstellungsbeschluss vorgelegt (1. Durchgang). Die ebenfalls mit der
Thematik befasste Bezirksvertretung Innenstadt hat in ihrer Sitzung am 11.12.2007 die
Angelegenheit an den Sanierungsbeirat Eigelstein verwiesen (Sitzung am 17.01.2008).

Eine Beschlussfassung des STEA (2. Durchgang) kann daher frühestens in der Sit-
zung am 14.02.2008 erfolgen.

06. Ehrenstr./Friesenwall/Apostelnstr.

Gestaltung

Für diesen gesamten Bereich ist gegenwärtig keine Neuplanung vorgesehen. Lediglich
für den Kreuzungsbereich Ehrenstraße/Alte Wallgasse/Pfeilstraße/Benesisstraße wird
zurzeit untersucht, wie dieser Bereich gestalterisch aufzuwerten ist. Dabei wird ver-
sucht, in der Mitte der Kreuzung eine autofreie Fläche herzustellen, um die Aufent-
halt-qualität zu verbessern. Die Randbereiche der Kreuzung sollen neu gestaltet werden.

07.. Gürzenichstraße

Gestaltung

Im Rahmen der Rückbaumaßnahmen der Nord-Süd-Stadtbahn soll auch die Gürzenichstraße zwischen Kleiner Sandkaul und Heumarkt umgestaltet werden. In diesem Zusammenhang sollen auch die dort noch liegenden Schienen der KVB entfernt werden.

Für den Straßenzug Schildergasse - Gürzenichstraße hat die Verwaltung im Jahr 2001 eine Mehrfachbeauftragung unter Beteiligung von sechs Planerbüros durchgeführt. Mit dem ersten Preis wurde der Entwurf des Kölner Büros Stefan Schmitz aus Köln ausgezeichnet. Wegen fehlender Finanzierungsmittel seitens der Stadt und fehlender Bereitschaft der Anlieger wurde das Konzept bis heute nicht realisiert. Sowohl die Investoren des Hotel Intercontinental (ehemaliges Stadthaus) noch die Investoren des Weltstadthauses von Renzo Piano haben sich nach der Fertigstellung ihrer Häuser bereit erklärt, die Schildergasse bzw. die Gürzenichstraße in dem Straßenabschnitt, der wegen der Bauarbeiten hätte wieder neu hergerichtet werden müssen, nach dem Entwurf des ersten Preisträgers umzugestalten. Beide Investoren waren nur bereit, den vorherigen Zustand wieder herzustellen.

Da die städtischen Finanzmittel fehlen, um in absehbarer Zeit das Ergebnis der Mehrfachbeauftragung zu realisieren, und auch die Anlieger nicht bereit sind, sich finanziell zu engagieren, wird die Umsetzung des Konzeptes von der Verwaltung nicht mehr weiterbetrieben.

Die Umgestaltung des Straßenstückes zwischen Kleiner Sandkaul und Heumarkt wird daher nicht nach dem Gestaltungskonzept des Architekten Stefan Schmitz erfolgen (siehe auch Punkt 14).

08. Johannisstraße / Eisenbahnunterführung

Gestaltung

Nach Abschluss aller Bauarbeiten im Zusammenhang mit dem Bau der Nord-Süd Stadtbahn soll die Beseitigung von Bauschäden, eine Sanierung der Beleuchtung und eine freundlichere Gestaltung der Bahnunterführungen erfolgen. Die Schaltung der Leuchten im Tunnel Trankgasse unter der Domtreppe konnte bisher noch nicht erfolgen.

09. Leuchtenkonzept

weg mit Hängeleuchten

Im vom Stadtentwicklungsausschuss im Jahre 2000 beschlossenen Leuchtenkonzept für die Innenstadt sind Überspannleuchten, sogenannte "Hängeleuchten", als eine Möglichkeit der Straßenbeleuchtung enthalten. Diese sollen nach Ansicht der Verwaltung und der RheinEnergie AG auch zukünftig im Leuchtenkonzept verbleiben.

In Alleen haben sich diese Überspannleuchten bestens bewährt. Sie werden so installiert, dass der Leuchtkörper über der Mitte der Straße angebracht wird. Dadurch wird die Straße gleichmäßig beleuchtet und die Lichtquelle nicht von Bäumen verdeckt. Des Weiteren ist durch die mittig angebrachten Leuchtkörper eine eindeutige Straßenführung markiert, was stadtgestalterisch zu begrüßen ist.

Häufig wurden Überspannleuchten auch dann eingesetzt, wenn eine entsprechende Infrastruktur für deren Befestigung bereits vorhanden ist. So werden Oberleitungsmasten der KVB mitgenutzt, um die Überspannleuchten auch an diese Masten anzubinden und Befestigungen an Privathäusern zu vermeiden.

Bei Neuinstallationen von Straßenbeleuchtungen werden die Überspannleuchten nicht eingesetzt. Sie verbleiben lediglich dort, wo sie sich seit Jahrzehnten bewährt haben.

10. Maybachstraße / Eisenbahnunterführung Gestaltung

Für diesen Straßenabschnitt ist gegenwärtig keine Neugestaltung vorgesehen.

11. Nord-Süd-Fahrt Tieferlegung

Die Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt wurde in den letzten Jahren mehrfach in den politischen Gremien des Rates diskutiert. Derzeit gibt es keinen aktuellen Sachstand.

12. Opernquartier Gestaltung

Glockengasse, Krebsgasse, Brüdergasse,...

Die Straßen sind im Wettbewerbsgebiet für den Realisierungswettbewerb Kölner Bühnen enthalten. Die EU-Veröffentlichung hat Ende Dezember 2007 stattgefunden, mit der Vorstellung der Ergebnisse ist im Sommer 2008 zu rechnen.

13. Quartier Hohe Straße/Tunisstraße Gestaltung

Für dieses Quartier sind verkehrliche Umgestaltungsmaßnahmen geplant. In mehreren Informationsveranstaltungen mit den Anliegern und der Bezirksvertreter wurden die möglichen Veränderungen und deren Konsequenzen diskutiert. Als Ergebnis wurde durch die Bezirksvertretung Innenstadt beschlossen, dass die heute als Parkplatz genutzte Fläche an der Herzogstraße/Ecke Brückenstraße, die direkt gegenüber dem kürzlich eingeweihtem Museum Kolumba liegt, vom Autoverkehr freigestellt wird und als Platzfläche zu gestalten ist. Für die Gestaltung dieses Platzes, der zukünftig den

Namen L.-Fritz-Gruber-Platz tragen wird, hat die Verwaltung im Herbst 2007 eine Mehrfachbeauftragung unter Beteiligung von fünf jungen Architekturbüros durchgeführt. Mit dem ersten Rang wurde das Büro scape ausgezeichnet, das nun die Pläne weiterbearbeiten soll, damit im Jahre 2009 die Platzfläche umgestaltet werden kann.

14. Schildergasse Umsetzung vorhandenes Konzept

Für den Straßenzug Schildergasse - Gürzenichstraße hat die Verwaltung im Jahr 2001 eine Mehrfachbeauftragung unter Beteiligung von sechs Planerbüros durchgeführt. Mit dem ersten Preis wurde der Entwurf des Kölner Büros Stefan Schmitz aus Köln ausgezeichnet. Wegen fehlender Finanzierungsmittel seitens der Stadt und fehlender Bereitschaft der Anlieger wurde das Konzept bis heute nicht realisiert. Sowohl die Investoren des Hotel Intercontinental (ehemaliges Stadthaus) noch die Investoren des Weltstadthauses von Renzo Piano haben sich nach der Fertigstellung ihrer Häuser bereit erklärt, die Schildergasse bzw. die Gürzenichstraße in dem Straßenabschnitt, der wegen der Bauarbeiten hätte wieder neu hergerichtet werden müssen, nach dem Entwurf des ersten Preisträgers umzugestalten. Beide Investoren waren nur bereit, den vorherigen Zustand wieder herzustellen.

Da die städtischen Finanzmittel fehlen, um in absehbarer Zeit das Ergebnis der Mehrfachbeauftragung zu realisieren, und auch die Anlieger nicht bereit sind, sich finanziell zu engagieren, wird die Umsetzung des Konzeptes von der Verwaltung nicht mehr weiterbetrieben.

15. Severinstraße Gestaltung

Im Rahmen der Oberflächenwiederherstellung nach den Bauarbeiten für die Nord-Süd Stadtbahn wurde eine Planung erstellt und den politischen Gremien und den Bürgern

vorgestellt, der Ausbau soll ab Mitte 2009 erfolgen.

16. Trankgasse Eisenbahnunterführung Gestaltung

Nach Abschluss aller Bauarbeiten im Zusammenhang mit dem Bau der Nord-Süd Stadtbahn soll die Beseitigung von Bauschäden, eine Sanierung der Beleuchtung und eine freundlichere Gestaltung der Bahnunterführungen erfolgen.

17. Unter Krahnensäulen/Türmer Straße Treppenanlage Gestaltung

Für diesen Straßenabschnitt ist gegenwärtig keine Neugestaltung vorgesehen.

18. Via Culturalis Gestaltung

Das Projekt "Via Culturalis", das eine Kulturachse im Herzen der historischen Stadt darstellt, ist ein außerordentlich ambitioniertes Vorhaben, das die Zeitebenen und –

spuren von zwei Jahrtausenden Stadt- und Kulturgeschichte in der materiellen Gegenwart der heutigen Stadt anschaulich und "begreifbar" machen möchte.

Die Einbindung der Plätze an der "Via Culturalis" in ein gesamtstädtisches Platzkonzept wurde bereits im Beitrag der Stadt Köln für den NRW-Landeswettbewerb 2002 unter dem Titel "Auf die Plätze" vorgesehen. Das Rückgrat dieser Kulturachse ist die Straßenverbindung zwischen dem Dom und der Kirche St. Maria im Kapitol. An dieser Achse liegen - wie an einer Perlenkette aufgereiht - elf Plätze, die in den letzten beiden Jahrzehnten fast alle bereits ihrer Umgebung und Bedeutung entsprechend anspruchsvoll umgestaltet wurden. Nun kommt es darauf an, die im wahrsten Sinne des Wortes unter den Straßen und Plätzen "im Boden liegende Geschichte des Ortes" sichtbar und erlebbar zu machen.

Dazu sollen in einem interdisziplinären Workshop am konkreten Beispiel des Roncaliplatzes oder eines anderen Platzes Vorschläge erarbeitet werden, wie die 2.000-jährige Geschichte dieses innerstädtischen Ortes architektonisch-gestalterisch, technisch-machbar und kommunikativ-medial dargestellt werden kann. Diese Vorschläge sollen Möglichkeiten - auch für andere Plätze an der "Via Culturalis" - aufzeigen, wie man mit modernen Kommunikationsmitteln einer breiten Bevölkerungsschicht die Geschichte und Entwicklung einer Stadt vermitteln kann.

Es ist vorgesehen, diesen Workshop, der vom Land NRW finanziell unterstützt wird, dann durchzuführen, wenn der Wettbewerb für die "Archäologische Zone" und das "Jüdische Museum Köln" abgeschlossen ist.

19. Barbarossaplatz U-Bahn Gestaltung

Der Barbarossaplatz ist heute nur dem Namen nach ein Platz, er dient in erster Linie der Verkehrsabwicklung im Individualverkehr bzw. im ÖPNV. Mit Inbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn wird die heute hier abbiegende Stadtbahnlinie 16 einen anderen Linienweg bekommen. Die ÖPNV-Linien werden den Platz dann rechtwinklig kreuzen. Durch die Tieflage einer Linie würden sich Freiheitsgrade für eine städtebaulich hochwertige Platzgestaltung ergeben. Dies wurde vor Jahren bereits hinsichtlich der Machbarkeit untersucht. Eine mögliche Trasse wäre von der Luxemburger Straße kommend in Verlängerung der Pfälzer Straße mit Anbindung an den Stadtbahntunnel in der Neuen Weyerstraße. Diese Überlegungen können auf Grund der hohen Investitionskosten und ggf. in Konkurrenz stehender Projekte nur sehr langfristiger Natur sein.

20. Breslauer Platz

städtebauliche Neuordnung

Das Büro Büder + Menzel wurde auf Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses beauftragt, eine Machbarkeitsstudie für die städtebauliche Entwicklung des Breslauer Platzes zu entwickeln. Diese wurde der Verwaltung im März 2007 vorgelegt. Die Verwaltung hat daraufhin eine Konzeption entwickelt, der folgende Entscheidungen zugrunde liegen:

- Erhalt des Kommerz-Hotels und Möglichkeit der Erweiterung,
- Erhalt der vorhandenen Tiefgarage und Erweiterung der Anlage nach Süden und Osten,
- Erhalt des Bus-Terminals,
- Verzicht auf ein Musical an diesem Standort,
- städtebauliche Einfügung in die Stadtstruktur,
- Einfügung in die bauliche Höhe der Umgebung,
- Fassung des Straßenraumes durch Gebäude,
- Beibehaltung der vorhandenen Topographie.

Das städtebauliche Konzept sieht eine bauliche Fassung der Goldgasse und der Rheinuferstraße vor. Die Straße Am Alten Ufer wird bis vor die Bahnanlage nach Süden fortgeführt. Östlich dieser neuen Straße ist ein Baublock für Büros geplant, der die Straßen begleitende Bebauung entlang des Konrad-Adenauer-Ufers bildet. Möglich sind bei dieser Konzeption etwa 40.000 m² Bruttogeschossfläche.

Auf dem westlichen Teil des Breslauer Platzes wird der neue Bus-Terminal über der erweiterten Tiefgarage vorgesehen, der nach Hamburger Vorbild von einer dem Standort entsprechend hochwertigen Gestaltung geprägt sein soll. Die vorhandene Topographie mit dem Gefälle von etwa 5 m vom Bahnhofsausgang bis zur Rheinuferstraße wird beibehalten, die Gebäude werden also vom gewachsenen Gelände erschlossen. Vom Bereich des neu gestalteten Bus-Terminals führt eine Rampe zur Hohenzollernbrücke und stellt so eine attraktive Verbindung für Fußgänger und Radfahrer nach Deutz her.

Der Stadtentwicklungsausschuss hat die Beschlussvorlage im Juni 2007 beschlossen, so dass nun auf der Grundlage dieser Grobkonzeption die städtebauliche Entwicklung weiterbetrieben werden kann.

21. Brunnen

Wiederinbetriebnahme

Für den Betrieb der städtischen Brunnen stehen lediglich begrenzte Mittel zur Verfügung, die gegenwärtig nur ausreichen, den Betrieb von 12 Brunnen und Fontänen sicherzustellen.

Weiterhin ist es gelungen, Sponsoren für den Betrieb von zusätzlich 31 Brunnen zu gewinnen. Die Sponsorensuche wird fortgesetzt; es sind weitere Sponsorenprojekte geplant.

Ohne dieses bürgerschaftliche Engagement oder die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel ist eine Ausweitung des Brunnenbetriebes nicht zu realisieren. Zum 31.12.2007 ergibt sich kein neuer Sachstand.

22. Deutzer Werft / Severinsbrücke bis Messe Gestaltung

Für diesen Bereich wurde im Jahre 2007 der Wettbewerb „Rheinboulevard“ durchgeführt.

23. Dionysoshof

Umsetzung vorhandenes Konzept

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten hat die Verwaltung mit Beschluss vom 13.03.2007 beauftragt, Kontakt zur Arbeitsgemeinschaft Baptisterium (Arge Bap) aufzunehmen und diese beim Projekt "Neugestaltung der Umgebung des Baptisteriums" zu unterstützen. Die Überlegungen sollen in Abstimmung mit dem bereits durchgeführten Wettbewerb vorgenommen werden.

Die Verwaltung hat Kontakte zur Arge Bap aufgenommen. Temporäre Maßnahmen während des evangelischen Kirchentages im Juni 2007 wurden besprochen und durchgeführt. Gespräche zur "Neugestaltung der Umgebung des Baptisteriums" sind für das Frühjahr 2008 geplant.

24. Ebertplatz

Quartiersgarage

Im Herbst 2002 hat die Verwaltung untersucht, ob eine Quartiersgarage verbunden mit der Neugestaltung des Ebertplatzes realistisch und finanzierbar ist. Zur Bedarfsprüfung wurde eine Bürgerbefragung durchgeführt, deren Ergebnisse in zwei Berichten festgehalten worden ist. Basierend auf dem Ergebnis der Bürgerbefragung wurde eine grobe Planung (Machbarkeitsstudie) einer eingeschossigen Tiefgarage für 186 Pkw erstellt. Diese Stellplatzanzahl könnte im Rahmen der für Quartiersgaragen geltenden Bedingungen bezuschusst und vermarktet werden. Der Wettbewerb und die damit verbundene Baumaßnahme zur Umgestaltung der Oberflächen ist mangels Finanzierung bisher noch nicht durchgeführt worden.

Um das Projekt Tiefgarage umsetzen zu können, wird der Verwaltung zunächst eine Wirtschaftlichkeitsberechnung durch den potentiellen Investor vorlegt. Es sind zurzeit Haushaltsmittel i. H. v. 1.000.000 € für dieses Projekt reserviert. Zuschussfähig sind jedoch nur die Kosten, die für den Bau der quartiersbezogenen Stellplätze verwendet werden. Eine Kostenbeteiligung der Stadt über den o. g. Zuschuss hinaus ist ausgeschlossen. Dennoch bedarf es eines städtebaulichen und architektonischen Wettbewerbs, der für den Bau der Tiefgarage sowie der Oberflächengestaltung auszuloben und zu finanzieren ist.

Eine Bebauung des Ebertplatzes wird seitens der Verwaltung aus städtebaulichen und denkmalpflegerischen Gründen abgelehnt.

25. Eifelplatz

Gestaltung

Die technischen Anpassungen sind im Zuge der Stadtbahnbaumaßnahme Linie 12 erfolgt.

26. Heumarkt Südseite KVB und

Ost-West U-Bahn früheres Abtauchen

28. Neumarkt Verkehr

Ost-West U-Bahn - Nordseite ohne

Im Rahmen von Neu- und Umbaumaßnahmen werden für beide Punkte im Rahmen der verwaltungsinternen Abstimmungen bzw. anschließenden Beschlussfassung, die stadtgestalterischen Aspekte aus Sicht der Verwaltung ausreichend berücksichtigt.

Eine Umsetzung dieser Vorhaben kann nur anhand von Einzelbeschlüssen nach gesicherter Finanzierung erfolgen. Die Überlegungen zur Führung der Stadtbahn sollen im Rahmen der geplanten Untersuchungen zur Ost-West Stadtbahn mit geprüft werden.

27. Josef-Haubrich-Hof

Gestaltung

Im Rahmen der Renovierung des VHS-Gebäudes sollen die Arkaden im Erdgeschoss mit einer gläsernen Fassade geschlossen werden. Eine Nutzung und damit Beleuchtung dieses neugeschaffenen Raumes zu Abend- und Nachtstunden wird zu einer Belebung des Platzes beitragen. Eine Neukonzeption der Freianlagen des Josef-Haubrich-Hofes ist zur Zeit nicht in Planung.

29. Waidmarkt

Gestaltung

Im Rahmen der Oberflächenwiederherstellung nach den Bauarbeiten für die Nord-Süd Stadtbahn wurde eine Planung erstellt und den Fachausschüssen vorgestellt, der Ausbau soll in Abhängigkeit mit der Neubebauung des Geländes des alten Polizeipräsidiums erfolgen, siehe auch Punkt 31.

30. Aachener Straße/Schmalbeinstraße

Blockschließung

Der Bebauungsplan Nr.65450/04 sieht für den Bereich Aachener Straße, Schmalbeinstraße und Aachener Glacis eine Neuordnung der Bebauung vor. Die Neuordnung besteht aus der Blockrandschließung mit einer viergeschossigen Wohnbebauung mit einer begrünten Tiefgarage im Innenbereich. Die neue Bebauung an der Schmalbeinstraße/Aachener Glacis wird im Herbst 2007 fertig gestellt. Für die Umsetzung der bisherigen Baumaßnahme wurde eine Befreiung der überbaubaren Fläche und der Geschossigkeit erteilt. Zu welchem Zeitpunkt der Investor die ergänzende Bebauung umsetzt, ist der Verwaltung nicht bekannt.

31. Altes Polizeipräsidium

Neubebauung

Die Waidmarkt GmbH & Co. KG aus Mannheim hat 2006 in zwei Bearbeitungsphasen ein Plangutachten für das Gelände des ehemaligen Polizeipräsidiums durchgeführt. Das in der Kölner Innenstadt an exponierter Lage von den Straßenzügen Nord-Süd-Fahrt (Tel-Aviv-Straße), Blaubach und Waidmarkt/Severinstraße umrahmte und ca. 13.800 m² große Grundstück soll einer städtebaulichen Neuordnung zugeführt werden. Zukünftig soll hier eine Mischnutzung aus Hotel, Gewerbe, Einzelhandel und Wohnen angesiedelt werden. Das Preisgericht hat sich am 12.12.2006 aufgrund einstimmigen Votums für Bieling & Bieling Architekten, Kassel, als 1. Preisträger entschieden. Das Wettbewerbsergebnis verlangte aber eine Überarbeitung, vor allem hinsichtlich der Dichte im Innenraum. Außerdem sollte die Höhenentwicklung am Blaubach überprüft werden.

Die Überarbeitung der Bebauungskonzeption im vorgenannten Sinne erfolgte in den ersten Monaten des Jahres 2007, so dass im Anschluss von der Verwaltung die Beschlussvorlage über die Aufstellung eines Bebauungsplanes mit dem Arbeitstitel: "Altes Polizeipräsidium" in Köln-Altstadt/Süd (Ds-Nr. 0333/007) dem Stadtentwicklungsausschuss am 26.04.2007 erstmals zur Beratung vorgelegt werden konnte. Nach der Verweisung und Beratung der Beschlussvorlage in die Bezirksvertretung Innenstadt am 24.05.2007 und im Wirtschaftsausschuss am 11.06.2007 fasste der Stadtentwicklungsausschuss in seiner Sitzung am 19.06.2007 einstimmig folgenden abschließenden Beschluss:

"Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch

(BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB einen Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Tel-Aviv-Straße, Blaubach, Waidmarkt und Nordseite des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums (Turnhalle) in Köln-Altstadt/Süd —Arbeitstitel: "Altes Polizeipräsidium" in Köln-Altstadt/Süd— aufzustellen mit dem Ziel, insbesondere ein Kerngebiet, das Maß der baulichen Nutzung und die örtlichen Verkehrsflächen festzusetzen.

Dabei sind folgende Maßgaben zu beachten:

1. Im Bereich des Planungsgebietes ist das Höhenkonzept mit einer maximalen Traufhöhe von 22,50 m einzuhalten mit Ausnahme des Hochhauses im Bestand.
2. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung soll nach Modell 2 (Versammlung) erfolgen.
3. Der benötigten Erweiterung der angrenzenden Schule gegenüber anderweitiger Bebauung soll die erste Priorität eingeräumt werden, da diese Chance sich in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr ergeben wird.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen,

- ob lediglich die Anlieferung des geplanten Einzelhandels vom Waidmarkt aus erfolgen kann, so dass die übrige Erschließung über die Tel-Aviv-Straße und dem Blaubach erfolgt,
- ob anstelle des "MK-Gebietes" ein "MI-Gebiet" festgesetzt werden kann,
- ob das fünfgeschossige Gebäude im südlichen Planbereich, das für die Erweiterung des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums vorgesehen ist, um ein Geschoss reduziert werden kann, da die im ersten Obergeschoss für den Ganztagsbetrieb vorgesehene Mensa kostengünstiger ebenerdig auf dem bestehenden Schulgrundstück zu realisieren ist."

Die Verwaltung führt das Bebauungsplanverfahren auf der Grundlage des vorgenannten Beschlusses vom 19.06.2007 durch und wird die entsprechenden Überarbeitungserfordernisse an den Projektentwickler Fay weiterleiten. Das Ergebnis zu den Prüfaufträgen hat die Verwaltung dem Stadtentwicklungsausschuss in seiner Sitzung am 06.09.2007 mitgeteilt. Über das Ergebnis der Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB, die am 27.11.2007 durchgeführt wurde, wird die Bezirksvertretung Innenstadt am 24.01.2008, der Wirtschaftsausschuss am 28.01.2008 und der Stadtentwicklungsausschuss am 14.02.2008 beschließen. Die Beteiligung der Dienststellen und der

Träger öffentlicher Belange hat Mitte Dezember 2007 begonnen und wird Ende Januar 2008 abgeschlossen sein. Bis dahin muss geklärt sein, welches Schulerweiterungsgelände benötigt wird; das nördlich des Gymnasiums oder das im Süden des Gymnasiums an der kleinen Spitzengasse.

32. Am Kümpchenshof

Blockschließung

Seit den ersten Planungen für den Mediapark wurde immer angestrebt, das neue Stadtviertel über eine attraktive Straßen- und Wegebeziehung an die Neustadt und die Altstadt anzubinden. Diese Verbindung sollte über die Straße Am Kümpchenshof erfolgen. Daher wurde im Jahr 1992 ein Bebauungsplan aufgestellt, der u. a. eine verbreiterte Straßenverbindung zwischen der Maybachstraße und dem Hansaring festsetzt. Zur Realisierung dieser Verbreiterung musste ein Wohn- und Geschäftshaus an der Ecke Maybachstraße/Am Kümpchenshof niedergelegt werden. Die Lücke auf der

Nordostseite der Straße Am Kämpchenshof sollte dann für eine Neubebauung zur Verfügung stehen.

Es hat in den vergangenen Jahren mehrere Vorschläge für die Bebauung dieser straßenbegleitenden Bebauung gegeben, die jedoch aus den unterschiedlichsten Gründen nicht realisiert wurden. Das letzte Projekt wurde am 12.03.2007 im Gestaltungsbeirat vorgestellt.

Das Grundstück ist wegen seiner Schaltheit nur sehr schwierig wirtschaftlich zu bebauen. Daher hatte der Architekt gestaffelte Auskragungen vorgesehen, die bis auf insgesamt 1,50 m in den Straßenraum hineinragten. Aufgrund der unterschiedlichen Gebäudehöhen und problematischen Anschlüsse an die Ringbebauung im Osten und die Maybachstraße im Westen sollte das Gebäude mit einer stählernen Scheibe zur Nachbarbebauung bewusst abgegrenzt werden.

Der Gestaltungsbeirat hatte dazu vermerkt, dass die Kölner Ringe, die im Zuge der Planung der Neustadt als Prachtboulevard angelegt wurden, für Köln eine herausragende städtebauliche Bedeutung haben. Dieser Bedeutung wird die Architektur des Gebäudes im Eckbereich zu den Ringen nicht gerecht. Sie schottet sich mit einem stählernen Keil gegenüber der Ringbebauung ab und ist dagegen auf die den Ringen untergeordnete Straße Am Kämpchenshof ausgerichtet. Auch wenn der Bebauungsplan eine Auskragung des Gebäudes in den Straßenraum Am Kämpchenshof von 1,40 m zulässt, wird die Staffelung in ihrer Gesamtwirkung eher von den Teilnehmern negativ bewertet.

Der Gestaltungsbeirat hat schließlich empfohlen, die Eckausbildung und Fassade des Neubaus sollten auch im Dachbereich auf die Ringe ausgerichtet werden, ohne einen trennenden Keil zur Nachbarbebauung auszubilden. Es sollte auch im Sinne der Ausnutzbarkeit des Gebäudes geprüft werden, ob auf die Staffelung zugunsten einer entsprechenden großen Auskragung im ersten oder zweiten Obergeschoss verzichtet werden kann. Eine Staffelung zu den Ringen wird nicht befürwortet; hier sollte eine klare Eckausbildung erzielt werden.

Da der Investor diese Stellungnahme des Gestaltungsbeirates als Ablehnung seines

Bauprojektes aufgefasst hat, hat die Verwaltung im April 2007 den Investor angeschrieben und an ihn appelliert, das Bauprojekt kurzfristig zu realisieren, damit die durch die Baulücke entstandene Wunde im Stadtkörper so bald wie möglich geschlossen wird und ein städtebaulicher Misstand behoben werden kann. Zwischenzeitlich hat der Architekt des Investors die Pläne im Sinne des Gestaltungsbeirates überarbeitet und wird bald den Bauantrag für die Schließung der Baulücke einreichen.

33. Ankerstraße/Ulrichgasse Erweiterung Grünfläche

Die Grundstücke Ankergasse 6 - 10 in Köln-Altstadt/Süd befinden sich in einheitlichem Privateigentum. Die Bebauung besteht aus dreigeschossigen Vorderhäusern mit ausgebautem Dachgeschoss und hofseitigen erdgeschossigen Aufbauten. Der Hofbereich wird als Werkstatt mit Nebenräumen genutzt. Ansonsten befinden sich in dem Objekt Wohnungen. Ankaufsverhandlungen gehen zurück in die 1950er Jahre. Sie scheiterten stets an überhöhten Forderungen der Grundstückseigentümer.

34. Aral-Parkhaus Augustinergasse Fassadengestaltung

Das Projekt der Fassadenrenovierung des Parkhauses Augustinergasse/Cäcilienstraße wurde am 30.01.2006 dem Gestaltungsbeirat vorgestellt. Das Ergebnis war, dass bei der Renovierung der Fassade die horizontale Gliederung erhalten bleiben soll und eine Aufstockung mit zwei Staffelgeschossen nicht befürwortet wurde. Die Aufstockung widerspricht dem vom Rat beschlossenen Höhenkonzept für die linksrheinische Innenstadt. Die überarbeitete Planung wurde am 16.02.2006 erneut dem Beirat vorgestellt. Die neue Fassadenplanung ist nicht genehmigungspflichtig, sofern die Fassadenelemente innerhalb der bestehenden Fassade bzw. innerhalb der Grundstücksgrenze liegen. Der Gestaltungsbeirat lehnte die Auskragungen der Fassade ab.

Mit Schreiben vom 20.11.2006 wurde dem Investor mitgeteilt, dass die Planung einen von der Verwaltung nicht gewünschten Gestattungsvertrag voraussetzt. Durch die geplanten Fassadenelemente würde die Grundstücksgrenze überschritten und der Luftraum des städtischen Grundstück in Anspruch genommen. In einem abschließenden Gespräch sind folgende Genehmigungsvoraussetzungen formuliert worden:

1. Wegfall der drei großen senkrechten über die Gesamthöhe des Gebäudes vortretenden "Lüftungskästen" an der Cäcilienstraße.
2. Ausbildung der Fassadenflächen mit farblosem Klarglas, ggf. mit Ätzung, wobei die horizontalen Lüftungslamellen leicht abgesetzt sein können. Hierzu sollten Muster vorgelegt werden.
3. Für die vortretenden Fassadenteile ist ein Gestattungsvertrag abzuschließen, da diese städtische Liegenschaften in Anspruch nehmen.

Sofern die Pläne in der vorgenannten Form geändert werden, können diese zeitnah im laufenden Baugenehmigungsverfahren ausgetauscht werden. Die Realisierung ist inzwischen abgeschlossen.

35. Bayenstr./Seyengasse/Rosenstr. Blockschließung

Für die Baulücke in der Rosenstraße/Ecke Bayenstraße wurde ein Bauantrag eingereicht. Demzufolge soll die Höhe der Nachbarbebauung übernommen werden, um ein einheitliches Straßenbild zu erhalten. Mit den Bauarbeiten soll im Verlauf des Jahres 2008 begonnen werden.

36. Beleuchtungskonzept

Umsetzung des vorhandenen Konzeptes

Das Beleuchtungskonzept wurde im Jahre 2000 vom Stadtentwicklungsausschuss beschlossen. Sinn und Zweck dieses Beleuchtungskonzeptes ist es, das kunsthistorisch einmalige Erscheinungsbild der Kölner Innenstadt hervorzuheben. Durch Illuminierung der Stadtbild prägenden Bauwerke und Objekte wie zum Beispiel die römischen Relikte, die romanischen Kirchen, der Dom als unverwechselbarer und zentraler Blickpunkt oder das wunderbare Altstadtpanorama werden kunst- und kulturgeschichtlich bedeutsame Stadträume sozusagen ins rechte Licht gerückt.

Ziel des Beleuchtungskonzeptes ist es auch, objektbezogene Kriterien für die Art der Beleuchtung zu entwickeln. Ob und wie ein Objekt beleuchtet wird, ist abhängig von seiner Bedeutung für die Gesamtstadt. Dem Betrachter der hervorgehobenen Objekte dienen diese sowohl zur räumlichen und geistigen Orientierung als auch zur Identifikation mit dem Ort. Auf die durch die Beleuchtung hervorgehobenen Objekte aufmerk-

sam gemacht, kann der Betrachter bei Kenntnis des Stadtgrundrisses leichter einen jeweiligen Aufenthaltsort bestimmen.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Ensembles, Gebäude oder Objekte "ins rechte Licht zu rücken". Die fünf wichtigsten sind:

- die direkte Frontal-Anstrahlung,
- die indirekte Anstrahlung,
- die Betonung durch Verzicht,
- die Beleuchtung aus dem Gebäude heraus sowie
- die Nutzung unterschiedlicher Lichtfarben.

Vertreter der "Stiftung Lebendige Stadt" haben bei einem Besuch in Köln im Jahr 2003 der Stadt das Angebot gemacht, von Herrn Michael Batz aus Hamburg einen Masterplan für die Beleuchtung des Kölner Stadtpanoramas zwischen der Deutzer Brücke und der Zoobrücke erstellen zu lassen. Herr Batz hat daraufhin eine Grundsatzstudie erarbeitet, die das Fundament für die weiteren Überlegungen zur Beleuchtung des Kölner Rheinpanoramas darstellt.

Die unterschiedlichen Beleuchtungsmöglichkeiten mussten darauf abgestimmt werden, welche unterschiedlichen Bauten und stadträumlichen Elemente angestrahlt werden sollen. Dazu musste eine Typisierung der Beleuchtungsmöglichkeiten erfolgen. Um die Wirkung dieser Typisierungen auf ihren Effekt hin zu überprüfen, wurden Probeanstrahlungen für verschiedene städtebauliche Situationen durchgeführt.

Im September 2003 wurden die historischen Fassaden der Kölner Messehallen an der Rheinseite probeweise beleuchtet. Ebenso wurden der Messeturm, ein Reiterstandbild der Hohenzollernbrücke und einige Altstadt Häuser probeweise angestrahlt. An dieser Probeanstrahlung des Kölner Rheinpanoramas haben nicht nur die politischen Entscheidungsträger teilgenommen, sondern es sind auch Institutionen wie die Industrie- und Handelskammer zu Köln, City-Marketing Köln, die Koelnmesse, die Interessengemeinschaft Altstadt und der Kölner Verkehrsverein eingeladen worden. Es sollte mit dieser Aktion der Blick dafür geschärft werden, dass Licht als gestalterisches Element den städtebaulichen Auftritt einer Stadt eindrucksvoll in Szene setzen kann.

Wie die Veranstaltung der Probeanstrahlung gezeigt hat, findet ein attraktives und qualitätsvolles Stadtbild eine äußerst breite Zustimmung in der interessierten Bevölkerung. Die Realisierung des Beleuchtungskonzeptes ist also auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die sich durch eine solche Aktion stark mit ihrer Stadt identifizieren können.

Dies war auch der Hintergrund für die Gründung eines gemeinnützigen Vereins "Leuchtendes Rheinpanorama Köln e. V." im April 2004. Gründungsmitglieder sind die Stadt Köln, die Stiftung Lebendige Stadt, die Stadtsparkasse Köln, die RheinEnergie AG, Kölnkongress, die Deutsche Lufthansa, City-Marketing Köln, die IG Altstadt, der Kaufhof und Karstadt die Koelnmesse und die Köln-Düsseldorfer Rheinschiffahrt AG.

Ziel des Vereins ist entsprechend der Vereinssatzung, das Projekt "Künstlerische Lichtgestaltung des Rheinufer innerhalb der Stadt Köln auf beiden Rheinseiten" zu realisieren. Dazu macht der Verein das Projekt durch künstlerische und kulturelle

Events bekannt und fördert insbesondere die Umsetzung der künstlerischen und kulturellen Aspekte. Darüber hinaus wirbt er weitere Spenden- und Sponsorengelder für das Projekt.

Mit finanzieller Hilfe des Vereins werden so seit 2004 die vier Reiterstandbilder an der Hohenzollernbrücke angestrahlt, ein weiteres Kürassierdenkmal am Deutzer Ufer, der Rheinpegel in der Altstadt sowie Baumanstrahlungen in der Altstadt und am Deutzer Rheinufer.

Seit zwei Jahren werden mit den Eigentümern der Alstadthäuser am Rheinufer Gespräche geführt, um diese für eine Anstrahlung ihrer Gebäude zu gewinnen. Für jedes Haus wurde eine individuelle Anstrahlung ausgearbeitet, die sich jedoch in ein Gesamtkonzept für das Altstadtpanorama einfügen muss. Der Verein "Leuchtendes Rheinpanorama e. V." übernimmt die Materialkosten für Strahler und Leitungen, die Beratung erfolgt durch die RheinEnergie AG kostenlos, die Eigentümer der Häuser müssen die Installation und die späteren laufenden Kosten übernehmen. Die Betriebskosten halten sich in einem erträglichen Rahmen, da mit sehr geringen Wattagen für die Beleuchtung gearbeitet wird und pro Haus lediglich fünf bis zehn Strahler erforderlich sind. Ein großer Teil der Alstadthäuser wird inzwischen nach dem neuen Konzept angestrahlt.

37. Bunkeranlage Deutz Helenwallstraße Abriss, Erweiterung Grünfläche

Der Sachstandsbericht zu diesem Punkt wird erst im Halbjahresbericht für das 1. Halbjahr 2008 erfolgen

38. Deutzer Hafen

Neubebauung

In 2006 wurde der zuvor brach liegende und unansehnliche Vorhafenbereich zwischen Severinsbrücke und Hafeneinfahrt als öffentliche Grünfläche ausgebaut und neu gestaltet. Die neue Grünfläche mit Aufenthalts- und Spielflächen wurde von der Bevölkerung zwischenzeitlich gut angenommen.

Zurzeit erarbeitet die Verwaltung eine Standortuntersuchung zum Deutzer Hafen, um die zukünftigen Anforderungen und Entwicklungsmöglichkeiten einschließlich der öffentlich diskutierten Umnutzungsvorstellungen zu klären. Die Ergebnisse werden mit einer diesbezüglichen Beschlussvorlage Anfang 2008 dem Rat zugeleitet.

39. Ehrenstraße/Alte Wallgasse

Blockschließung

Die Bebauung des Grundstückes mit einem Wohn- und Geschäftshaus wurde vom Kölner Architekten Walter von Lom geplant. Wegen der markanten Stelle wurde die Planung auch im Gestaltungsbeirat behandelt. Das Gebäude wurde inzwischen errichtet und ist bezogen worden. Im Erdgeschoss und im ersten Obergeschoss ist eine gewerbliche Nutzung vorhanden. Darüber befinden sich Wohnungen.

40. Fernmeldehochhaus Sternengasse Abriss/Sanierung

Für den Bereich, in dem sich das Fernmeldehochhaus befindet, besteht der Bebauungsplan Nr. 67447/17 aus dem Jahre 1984. Er setzt das Fernmeldehochhaus als 13-geschossiges Gebäude in den vorhandenen Ausmaßen fest.

Ein Abriss dieses Gebäudes kann aus Sicht der Verwaltung nicht gefordert werden, da das Gebäude den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entspricht. Außerdem genießt das Gebäude Bestandschutz.

41. Haus Kutz

Neubebauung

Die Stadt hat im Jahr 2000 das damals leer stehende Gebäude des ehemaligen Kaufhauses Kutz an der Ecke Obenmarspforten, Martinstraße, Steinstraße erworben. Der Ankauf erfolgte vor dem Hintergrund, auch zukünftig Raumbedarf der Verwaltung in unmittelbarer Rathausnähe abdecken zu können, andererseits an dieser herausgehobenen Stelle ein zusätzliches Angebot für die Öffentlichkeit zu schaffen.

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten hat in seiner Sitzung am 02.10.2001 die Verwaltung beauftragt, vor Auslobung eines Architektenwettbewerbes zur Bebauung des Grundstückes ein Konzept über die Art der kulturellen Nutzung und

der Nutzung selbst zu erarbeiten und den Ausschuss frühzeitig in die Beratungsfolge einzubeziehen.

In einer Mitteilung hat die Verwaltung dem Stadtentwicklungsausschuss (16.07.2002), dem Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten (09.07.2002) und dem Hauptausschuss (08.07.2002) ein Nutzungskonzept für das Gelände des ehemaligen Kaufhauses Kutz vorgestellt. Ein städtebaulicher Wettbewerb aufgrund dieses Nutzungsvorschlages wurde jedoch noch nicht vorbereitet.

Ende des Jahres 2003 wurde entschieden, dass das Haus Kutz abgebrochen werden soll, um hier einen Teil der erforderlichen Baustelleneinrichtung für den Bau der Nord-Süd-Stadtbahn unterzubringen. Das Gebäude wurde daraufhin niedergelegt und die Baustelleneinrichtung dort realisiert.

Der Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsbauten hat in seiner Sitzung am 13.03.2007 über die zukünftige Nutzung des Grundstückes "Haus Kutz" beraten. Demnach stehen hier die Erweiterung der Ausstellungsflächen des Wallraf-Richartz-Museums/Foundation Corboud sowie eine neue Standortmöglichkeit für die Kunst- und Museumsbibliothek bzw. Rheinisches Bildarchiv zur Disposition. Ein Beschluss zu diesen Nutzungen wurde nicht gefasst, da der Beschluss vom 02.10.2001 (s. o.) noch Gültigkeit habe.

Die Baustelleneinrichtung wird noch bis zum Ende des Jahres 2010 auf dem Gelände des Hauses Kutz verbleiben. Erst dann kann mittels eines städtebaulichen und architektonischen Wettbewerbs über die Neubebauung des Areals entschieden werden.

42. Rückseite Haus Neuerburg

Blockschließung

Die Bezirksvertretung Innenstadt hat Ende des Jahres 2006 die Verwaltung beauftragt, die Fläche zwischen Obenmarspforten, Marspfortengasse und In der Höhle gestalterisch aufzuwerten. Das Gelände wird als Parkplatz genutzt und macht einen städtebaulich und stadtgestalterisch unbefriedigenden Eindruck.

Nach Ansicht der Verwaltung ist eine gestalterische Verbesserung der Platzsituation nicht zielführend, da ein Bebauungsplan für dieses Gelände aus dem Jahre 1995 besteht, der hier einen zwingend viergeschossige Bebauung festsetzt mit einer Grundflächenzahl (GRZ) von 1,0. Das bedeutet, dass das Gelände kurzfristig bebaut werden könnte.

Das Gelände, das aus zwei Grundstücken besteht, die im Eigentum einer Einzelperson und einer Erbengemeinschaft sind, ist somit nicht in städtischen Eigentum. Die Verwal-

tung hat die Eigentümer Anfang des Jahres 2007 angeschrieben und auf die stadte-
stalterisch unbefriedigende Situation und die Möglichkeit einer Bebauung hingewiesen.
Daraufhin hat ein Architekturbüro aus Berlin zur Verwaltung Kontakt aufgenommen,
das im Auftrag der Eigentümerin des Grundstückes entlang der Marspfortengasse für
dieses Grundstück eine Hotelplanung für ein Drei-Sterne-Design-Hotel mit ca. 100
Zimmern vorgelegt hat. Die Hotelplanung entspricht nicht in allen Punkten den Fest-
setzungen des Bebauungsplanes, eine Befreiung von den zwingenden Festsetzungen

ist daher nicht möglich und städtebaulich auch nicht gewünscht. Gegebenenfalls muss
der Bebauungsplan geändert werden, um das Projekt genehmigen zu können, wobei
die festgesetzte Viergeschossigkeit beibehalten werden soll.

Den Architekten wurde seitens der Verwaltung empfohlen, eine Planung vorzulegen,
die konform geht mit den Festsetzungen des Bebauungsplanes. Außerdem sollte ver-
sucht werden, mit Zustimmung der Nachbarn das zweite Grundstück mit in die Pla-
nung einzubeziehen und das zweite Grundstück dazuzuerwerben, damit dadurch eine
Gesamtlösung für diese städtebauliche Situation erreicht werden kann. Die planenden
Architekten werden aufgrund der Anregungen der Verwaltung die Planung überarbei-
ten.

43. Helenenwallstraße

Erweiterung Grünfläche

Die Grundstücke Helenenwallstraße 40 - 42 in Köln-Deutz an der Severinsbrücke be-
finden sich in unterschiedlichem Privateigentum. Das Objekt Helenenwallstraße 40 ist
in Wohnungs- und Teileigentum mit sechs Wohneinheiten aufgeteilt. Das Objekt Hele-
nenwallstraße 42 beinhaltet zwei Wohnungen. Ankaufsverhandlungen gehen zurück
bis in das Jahr 1957. Sie scheiterten stets an überhöhten Forderungen der Eigentü-
mer. Die letzten Ankaufsverhandlungen datieren aus dem Jahr 1997. Sie blieben ohne
Erfolg.

44. Hochhaus am Heumarkt

Abriss wegen Sichtbeziehung zum Dom

Für den Bereich, in dem sich das 13-stöckige Hochhaus der Handwerkskammer befin-
det, besteht der Bebauungsplan Nr. 67448/06 aus dem Jahre 1971. Er setzt sämtliche
Geschosszahlen der Handwerkskammer als zwingend fest, auch das Hochhaus.

Ein Abriss dieses Gebäudes kann aus Sicht der Verwaltung nicht gefordert werden, da
das Gebäude den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entspricht. Außerdem genießt
das Gebäude Bestandschutz.

Gegenwärtig wird seitens der Eigentümer des Gebäudes eine Umgestaltung des
Hochhauses in Erwägung gezogen. Dabei wird die vorhandene, stark horizontal ge-
gliederte Fassade renoviert. Es sollen verschiedene Varianten für die Fassade entwi-
ckelt werden, die dann zu gegebener Zeit dem Stadtentwicklungsausschuss und dem
Gestaltungsbeirat vorgestellt werden.

45. Im Weichserhof

Blockschließung

In der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt am 20.06.2006 wurde der Beschluss
gefasst, für das durch die Straßen Im Weichserhof, Holzmarkt und Mechtildisstraße
begrenzte Areal einen Ideenwettbewerb zu initiieren, der zwei Varianten (Variante A =
nur städtische Grundstücke, Variante B = Einbeziehung auch nicht städtischer
Grundstücke) berücksichtigen soll (Ds-Nr. 0133/106).

Der Beschluss wurde seitens der Verwaltung noch nicht durchgeführt, da mit unterschiedlichen Investoren verhandelt wurde, um das Gelände möglicherweise aus einer Hand entwickeln und bebauen zu können. Diese Verhandlungen sollten nicht gestört werden. Nachdem aber klargestellt wurde, dass der beteiligte private Eigentümer eine gemeinsame Konzeption zusammen mit der Stadt nicht anstrebt, hat der Stadtentwicklungsausschuss in seiner Sitzung am 08.03.2007 auf Antrag der CDU-Fraktion vom 02.02.2007 (Ds-Nr. A/0060/007) und dem gemeinsamen Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2007 (Ds-Nr. A/0094/007) einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

"Die Verwaltung wird beauftragt,

1. umgehend das bereits begonnene Bebauungsplanverfahren "Im Weichserhof" in Köln-Altstadt/Süd wieder aufzunehmen;
2. auf der Grundlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 67444/04 –Arbeitstitel "Im Weichserhof"– mit der Zielsetzung:
 - gemischte Nutzung Wohnen/Arbeiten,
 - VI-geschossige Blockrandschließung mit Eckbetonung an der Brücke (vergleichbar Höhe des Hotelneubaus nördlich der Brücke),
 - Aufnahme der Fluchtlinien der Bestandsbebauung Weichserhof,
 - Prüfung: Anordnung eines Spielplatzes im Lärm geschützten Innenbereich,
 - einen Investoren-/Architektenwettbewerb auszuloben.

Die von einer noch zu besetzenden Jury ausgewählten Sieger sollen unverzüglich mit der Umsetzung beauftragt werden. Der Liegenschaftsausschuss ist entsprechend zu unterrichten."

Die Verwaltung hat daher unverzüglich das seit 2003 ruhende Bebauungsplan-Aufstellungsverfahren wieder aufgenommen. Zwischenzeitlich wurde ein städtebauliches Planungskonzept ausgearbeitet und die frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt und die Überarbeitung der erforderlichen Umweltgutachten eingeleitet. Da das Verfahren auf das sog. beschleunigte Verfahren nach § 13a BauGB umgestellt wurde, hat die Verwaltung dem Stadtentwicklungsausschuss die Beschlussvorlage zur öffentlichen Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfes am 11.12.2007 zur Beratung vorgelegt. Der Ausschuss hat die Offenlage einstimmig beschlossen, die nun vom 09.01.2008 an für die Dauer eines Monats durchgeführt wird. Parallel dazu wird die Beteiligung der Träger Öffentlicher Belange und der Fachdienststellen durchgeführt.

46. Löwengasse/Severinstr./Brücke Neubebauung

Für diesen Bereich sind gegenwärtig seitens der Verwaltung keine Planungen vorgesehen.

47. Luxemburger Straße/Stolze Straße Blockschließung

Für den Block Luxemburger Straße, Stolze Straße und Gabelsberger Straße in Köln-

Neustadt/Süd besteht der Durchführungsplan Nr. 66437/04 aus dem Jahre 1961. Der Plan wurde aufgestellt, um eine neue Trasse für die KVB parallel zur Luxemburger Straße zu ermöglichen. Diese neue Trasse soll von der Luxemburger Straße in Höhe

des Eifelwalls nach Osten verschwenkt, in die Stolzestraße geleitet werden und dann in geradem Verlauf Richtung Norden den DB-Bahndamm durchstechen und bis zum Barbarossaplatz führen. Dadurch wäre ein eigener Gleiskörper für die KVB-Linien 18 und 19 in diesem Bereich möglich und die Bahnen müssten sich in diesem Teilstück der Luxemburger Straße nicht den Straßenraum mit dem Individualverkehr teilen.

Wegen fehlender Finanzierung wurde diese Trasse bisher nicht realisiert. An der Planung wird aber nach wie vor festgehalten. Eine Schließung des Baublockes Luxemburger Straße - Stolzestraße - Gabelsberger Straße ist daher nicht möglich.

48. Parkhaus Unter Goldschmied Gestaltung

Das Gebäude an der Straße Unter Goldschmied zwischen Budengasse und Am Hof in Köln-Altstadt/Nord, in dem sich auch das Parkhaus befindet, hat Anfang des Jahres 2007 seinen Besitzer gewechselt. Da die Mietverträge der dort ansässigen Firmen noch eine Laufzeit bis zum Jahre 2010 haben, werden das Gebäude und das Parkhaus vor dem Jahr 2010 nicht umgestaltet.

49. Richard-Wagner-Straße Baulücke Blockschließung

Die Grundstücke Richard-Wagner-Straße 6, 8 und 10 sind im Baulückenkataster erfasst.

Das ehemals städtische Grundstück Richard-Wagner-Straße 6 wurde seinerzeit nicht an den Nachbareigentümer der beiden anderen Baulückengrundstücke veräußert, sondern wegen finanzieller Vorteile an einen Dritten. Trotz Baugenehmigung kam der Erwerber der vertraglichen Bauverpflichtung nicht nach, so dass die Verwaltung einem Verkauf an einen weiteren Kaufinteressenten zustimmte. Vor kurzem wurde das Grundstück Nr. 6 vom Eigentümer der beiden benachbarten Baulücken erworben, so dass nun eine große, sinnvolle Blockschließung möglich ist.

Die drei Baulückengrundstücke werden derzeit zum Kauf angeboten. Zurzeit liegen der Verwaltung mehrere Planungen verschiedener Antragsteller vor. Erneut wurde in der Ämterbesprechung am 28.09.2007 ein Bebauungsentwurf erörtert. Ergebnis: Den Kaufinteressenten werden zwar weiterhin bereitwillig die bau- und planungsrechtlichen Möglichkeiten für diese große Baulücke dargestellt, eine Planungssicherheit wird jedoch nur über einen Bescheid im Verfahren einer Bauvoranfrage erreicht.

Nach aktuellem Informationsstand der Projektgruppe Baulückenschließung beabsichtigt der heutige Eigentümer der Grundstücke Richard-Wagner-Str. 6,8 und 10 diese an den Meistbietenden zu veräußern.

Die Verwaltung wird die Baulückenschließung im Genehmigungsverfahren im Rahmen ihrer Möglichkeit unterstützen.

50. Rückseite Opernhaus / Krebsgasse Blockschließung

Der Sachstandsbericht zu diesem Punkt wird erst im Halbjahresbericht für das 1. Halbjahr 2008 erfolgen.

51. Subbelrather Straße Einzelhaus Blockschließung

Das Grundstück befindet sich innerhalb des inneren Grüngürtels und ist im Flächennutzungsplan als Grünfläche dargestellt. Für diesen Bereich besteht der Bebauungsplan Nr. 65460/04 aus dem Jahre 1969, der für das Grundstück "Verkehrsfläche,

Stadtautobahn" festsetzt. Im Zusammenhang mit der in den 1960er Jahren geplanten Stadtautobahn wurde das Objekt vor Jahren von der Stadt erworben und als sogenanntes Planungshaus verwaltet. Das Objekt befand sich zuletzt infolge dringend notwendiger Sanierungsmaßnahmen in mäßigem Zustand.

Nachdem die Planungen für die Stadtautobahn in den 1980er Jahren aufgegeben wurden, stand das Gebäude der vormals geplanten Stadtautobahn nicht mehr im Wege und wurde daher im Jahre 1998 an einen privaten Erwerber verkauft.

52. Turiner Straße/Dagobertstraße NO Blockschließung

Für dieses Grundstück mit der markanten Werbung eines Limonadenherstellers wurden in den letzten Jahren mehrere Projekte von dem Grundstückseigentümer bzw. dessen Architekten entwickelt. Die Projekte wurden im Gestaltungsbeirat von dem Kölner Architekten Prof. Kulka mehrfach vorgestellt und diskutiert. Generell wurde eine Bebauung dieses Grundstückes begrüßt, wobei Wert darauf gelegt werden sollte, die Erdgeschosszone mit publikumswirksamen Nutzungen zu beleben.

Wie der Eigentümer der Verwaltung kürzlich mitteilte, hat sich der vorgesehene Mieter plötzlich für ein anderes Objekt entschieden, so dass der Eigentümer zum wiederholten Male umplanen lassen muss. Gegenwärtig wird mit bedeutenden Hotelbetreibern verhandelt, um hier eine architektonisch reizvolle Lösung für diesen Hotelstandort entwickeln zu lassen.

53. Turiner Straße/Dagobertstraße SW Blockschließung

Dieses städtische Grundstück wird zurzeit als Parkplatz genutzt. Es besteht für dieses Gebiet ein Durchführungsplan aus dem Jahre 1958, der die Festsetzungen Straßenflucht- und Baulinien, Entwässerungsanlagen, Verkehrs- und Freiflächen, öffentliche Grünflächen, Vorgärten und private Freiflächen enthält. Außerdem besteht ein Bebauungsplan aus dem Jahre 1966, der die Festsetzungen Kerngebiet, Versorgungsfläche (Umspannwerk), Zahl der Vollgeschosse, Baugrenzen, Begrenzung der öffentlichen Verkehrsfläche und Baulinien zum Inhalt hat.

Die beiden o. g. Pläne sollen aufgehoben werden, da das Parkplatzgrundstück mit einem viergeschossigen Parkhaus bebaut werden soll, auf das ein Wohnvollgeschoss

und ein weiteres Wohnstaffelgeschoss gesetzt werden soll. Auf der Grundlage der bestehenden Pläne kann das Projekt nicht realisiert werden. Aus städtebaulicher und stadtgestalterischer Sicht ist jedoch die Schließung der Baulücke erwünscht. Nach der Aufhebung der Pläne, die im Herbst 2007 den Fachausschüssen des Rates zur Entscheidung vorgelegt wurden, kann das Projekt nach § 34 Baugesetzbuch genehmigt werden. Die Baumaßnahme könnte Anfang des Jahres 2008 begonnen werden.

54. UFA-Palast-Rückseite Friesenwall Neubebauung

Für diesen Bereich sind gegenwärtig seitens der Verwaltung keine Planungen vorgesehen.

55. Weyerstraße/Neue Weyerstraße Neubebauung

Für diesen Bereich sind gegenwärtig seitens der Verwaltung keine Planungen vorgesehen.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 15.12.2005
Vorlagenummer: 1661/005

Betreff: Generationenübergreifendes Wohnen in Köln

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für generationsübergreifende Wohnformen in Köln in Zusammenarbeit mit geeigneten Trägern zu erstellen. Ziel dieses Konzeptes ist es, durch Unterstützung zukunftsweisender Wohnformen in geeigneter Weise auf die Entwicklung der Altersstruktur sowie der sozialen Situation in unserer Stadt zu reagieren.
2. Im Rahmen dieses Konzeptes soll zunächst mindestens ein Standort pro Stadtbezirk benannt werden, der sich jeweils für die Erstellung von generationsübergreifenden Wohnanlagen in Köln eignet. Langfristiges Ziel ist die Versorgung sämtlicher Stadtteile.
3. Die Verwaltung soll Kontakt zu den entsprechenden Akteuren wie Wohlfahrtsverbänden, Wohnungsbauunternehmen bzw. –gesellschaften, Vereinen und Institutionen aufnehmen, um durch diese die konkrete Planung und Realisierung der generationsübergreifenden Wohnanlagen umzusetzen. Dabei sind bisherige Erfahrungen in Köln, im Land NRW und in der Bundesrepublik zu ähnlichen alternativen Wohnprojekten zu berücksichtigen.
4. Das Konzept hat auch Finanzierungsmöglichkeiten darzustellen. Dabei ist zu bedenken, dass solche Wohnanlagen nicht homogen, sondern den Bedürfnissen der Bewohner entsprechend gestaltet werden. So ist ein Finanzierungsmix von öffentlich geförderten und frei finanzierten Wohnbereichen in Kombination mit Eigentumsbildung denkbar. Vor diesem Hintergrund ist mit dem Land NRW Kontakt aufzunehmen, um zu prüfen, ob eine dortige Förderung als Modellprojekte bzw. zukunftsweisende Bauvorhaben in Frage kommt.

Sachstand:

Das am 06.11.2006 beschlossene Förderkonzept Mehrgenerationenwohnen ist in der Umsetzung. Fünf Standorte in Höhenberg, Poll, Nippes, Niehl und Ehrenfeld sind derzeit in der Entwicklung. Die Bewilligungsbescheide zur Übernahme der Moderationskosten für die Bewohnergruppenbildung wurden im November/Dezember 2007 erteilt. Die Bildung der Bewohnergruppen soll nun innerhalb der nächsten sechs Monate erfolgen.

Die Forderung, mindestens in jedem Stadtbezirk einen Standort zu benennen, kann weiterhin nicht erfüllt werden, da die zur Verfügung stehenden Fördermittel nicht zur Unterstützung von neun Projekten ausreichen. Es sollen zunächst die Erfahrungen mit den vorgenannten Pilotmaßnahmen gemacht werden.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 15.12.2005
Vorlagennummer: 1813/005, 1882/005

Betreff: Wohnungsbauprogramm für Köln

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage des fortgeschriebenen Wohnungsgesamtplanes 2003 dem Rat kurzfristig ein Konzept für ein Wohnungsbauprogramm vorzulegen, welches folgende Ziele verfolgt:

- Erhöhung des Flächenangebots für den Bau von attraktiven und nachfragegerechten Wohnungen und Häusern. Vor dem Hintergrund der prognostizierten demografischen Entwicklung sollten jährlich im Saldo mindestens 4000 Wohneinheiten (WE) geschaffen werden.
- Sozialraumverträgliche Erhöhung des Flächenangebots für den Bau von preiswertem Wohnraum zur Deckung des Wohnungsbedarfs von einkommensschwächeren Bevölkerungsgruppen. Ziel ist es, in diesem Segment im Saldo 1000 WE jährlich zu schaffen.
- Verminderung des Wegzugs junger Familien und junger Paare ins Umland durch Erhöhung des Angebotes an preiswerten Grundstücken bzw. Wohnraum.
- Sicherung hoher Qualitäten beim Städtebau und im Bereich der Architektur in allen Segmenten.

Hierfür kommen u. a. folgende Instrumentarien in Frage:

1. Beseitigung von administrativen und ggf. finanziellen Hemmnissen, die die zügige Bereitstellung von Wohnbauflächen behindern (z. B. Finanzierung von Altlasten-Gutachten), ggf. durch Überprüfung der verwaltungsinternen Zuständigkeiten und Schnittstellen.
2. Verstärkte Baureifmachung und Erschließung von städtischen Flächen.
3. Bereitstellung von einem Viertel der für Wohnungsbau vorgesehenen Flächen für den öffentlich geförderten Wohnungsbau beim Verkauf städtischer Grundstücke; dieser soll in all seinen Facetten berücksichtigt werden.
4. Verstärkte Akquisition und Pflege von Investoren und Entwicklung einer Kultur der „kurzen Wege“.
5. Kooperationen mit der Wohnungswirtschaft (z. B. Ankauf von Belegungsbindungen, mittelbare Belegung, Bindungsverlängerung etc.).
6. Förderung des Umbaus von Büroraum im Wohnraum, insbesondere in Innen-

stadtnähe.

7. Evaluation des bisherigen Sonderstandortprogramms „Preiswerte Einfamilienhäuser“ in Hinsicht auf Nachfrage, Preisgefüge, städtebaulicher und architektonischer Qualität; Entwicklung der Kriterien für ein Standortförderprogramm „Wohnen in der Stadt“ mit dem Ziel der Schaffung von Einfamilienhausstandorten sowie Standorten für Geschosswohnungsbau in urbanen Lagen.
8. Verstärkte Vergabe von städtischen Grundstücken in Erbpacht.
9. Aufbau eines integrierten Flächenmanagements für Wohn-, Gewerbe- und Büronutzungen und halbjährliche Darstellung des Flächenverbrauchs, des Planungsstatus inkl. Bauleitplanung und der Flächenbevorratung im Liegenschafts- und Stadtentwicklungsausschuss.
10. Beim Verkauf von städtischen Grundstücken für den Bau öffentlich geförderter Wohnungen im ersten Förderweg soll ein 20% Abschlag auf den Verkehrswert (bezieht sich auf die zu errichtende Wohnfläche) angeboten werden.
11. Im Zuge der Neuplanung ist öffentlich geförderter Wohnraum vorzugsweise in den frei finanzierten Wohnungsbau zu integrieren. Bei der Förderung von „Mischobjekten“ soll sich die Festlegung der Bindung nicht auf die Wohneinheit, sondern auf einen prozentualen Anteil des Objektes beziehen. Hierdurch erhöht sich die Flexibilität der Belegung.

Darüber hinaus wird die Verwaltung aufgefordert in einem weiteren Schritt in Verhandlungen mit Trägern, Investoren und Wohnungsgesellschaften zu treten, um stadtweit Formen des experimentellen Wohnens, d. h. Bauprojekte mit besonderen architektonischen, ökologischen und sozialen Qualitäten, wie z. B. gemeinschaftsorientiertes Wohnen im Alter auf Grundlage der Förderrichtlinien des Landes NW, zu etablieren.

Sachstand:

Das Wohnungsbauprogramm 2015 ist z. Zt. in der politischen Beratung. Nach Beteiligung der Bezirksvertretungen und der Ausschüsse Bauen und Wohnen, Verkehr, Soziales und Senioren liegt es im Januar 2008 dem Stadtentwicklungsausschuss als zuständigem Fachausschuss im zweiten Durchgang zur abschließenden Beratung vor. Beschlussorgan ist der Rat der Stadt Köln.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 14.02.2006
Vorlagennummer: 0200/006, 0233/006, 0244/006

Betreff: Planung Ost-West-Stadtbahn

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Planungsvorgaben für den Bau einer Ost-West-Stadtbahn zwischen Heumarkt und Universitätsstraße zu erarbeiten. Dabei sind die verkehrlichen Randbedingungen (u.a. Verkehrswert, Trassenalternativen z.B. bezüglich der Anbindung der Universität) und möglichen Kosten gutachterlich zu klären. Die entsprechenden Mittel sind bereitzustellen.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem IGVPBewertungsverfahren soll die Verwaltung folgende Varianten getrennt voneinander untersuchen:

- a) von westlich Deutzer Brücke bis westlich Neumarkt
- b) von westlich Deutzer Brücke bis westlich Rudolfplatz
- c) von westlich Deutzer Brücke bis westlich Universitätsstraße

Bei der gutachterlichen Klärung sind in der Kosten-/Nutzenrechnung die Beeinträchtigungen durch die Baumaßnahme Ost-West Stadtbahn für den Verkehr, die Anlieger, die Geschäftstreibenden und das innerstädtische Leben während der Bauzeit zu betrachten, umfänglich darzustellen und gegen den Verkehrswert abzuwägen.

Vor einer Realisierung der Ost-West-U-Bahn sind Maßnahmen im Stadtbahnbau mit hoher Erschließungswirkung umzusetzen:

- die 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn
- die Verlängerung der Linie 7 bis Ranzeler Straße
- der Rat betrachtet die Verlängerung der Linie 3 bis Görlinger Zentrum weiterhin als laufende Maßnahme, die bereits im Bedarfsplan 1998 als indisponibel ausgewiesen wurde.
- Zusätzlich ist die Planung für die „Verlängerung der Linie 5 bis Coloneum“ mit hoher Priorität voranzutreiben.

Sachstand:

In einem ersten Schritt sollen gutachterliche Untersuchungen zum Verkehrswert der vom Rat beschlossenen Varianten erfolgen. Der Rat hat hierfür im Dezember 2007 Mittel bereitgestellt. Im Rahmen der Beratungen in den Fachausschüssen wurden die Variantenvorschläge noch ergänzt bzw. konkretisiert. Nach Mittelbereitstellung kann nunmehr ein Gutachten beauftragt werden.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 18.05.2006
Vorlagennummer: 0694/006, 0772/006

Betreff: Bürgerinformation und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Entwicklung des Geländes im Umfeld Bahnhof Köln Messe/Deutz

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ergebnisse der Werkstattreihe für die städtebauliche Entwicklung im Umfeld des Bahnhofes Köln-Messe/Deutz, nach Beratung im Stadtentwicklungsausschuss in einer öffentlichen Veranstaltung den Kölner Bürgerinnen und Bürgern zu präsentieren.

Sachstand:

Das Ergebnis der Werkstattreihe wurde dokumentiert und allen Beteiligten zugesandt.

Der Stadtentwicklungsausschuss hat in seiner Sitzung am 08.03.2007 beschlossen, dass für den zu ändernden Bebauungsplan folgende Rahmenbedingungen einzuhalten sind:

Nordseite der Bahnanlage:

- Es sind Baufelder mit einer für Köln-Deutz prägenden Bauhöhe von einheitlich bis zu acht Geschossen zu planen,
- es ist ein attraktiver Messeplatz vor einem großzügigen Messeeingang mit einem "Umlenkgebäude" vorzusehen, das die Besucher vom neuen Bahnhofsausgang zum Messeeingang lenkt,
- als realistische und stadtverträgliche Ausnutzung ist eine Bruttogeschoßfläche von 120 000 m² bis 135 000 m² anzustreben,
- im westlichen Quartier sind Messekongressnutzung und Veranstaltungsnutzung (Musical) anzuordnen; ansonsten sind Büros, Hotel, Dienstleistungen und Sondernutzungen vorzusehen,
- für jede Bauaufgabe ist ein architektonisches Qualifizierungsverfahren durch den Investor durchzuführen.

Südseite der Bahnanlage:

- Die bahndammbegleitende Bebauung soll eine Höhe von sieben Geschossen erhalten,
- eine Eckbetonung am Bahnhof Deutz als Platzwand des Ottoplatzes mit bis zu 14 Geschossen ist möglich,
- es soll eine Büro- oder gewerbliche Nutzung vorgesehen werden,
- als stadtverträgliche Ausnutzung soll eine Bruttogeschoßfläche von 15 000 m² bis 20 000 m² erzielt werden,
- für die Bebauung ist ein architektonisches Qualifizierungsverfahren durch den Investor durchzuführen.

Aufgrund dieses Beschlusses wird die Verwaltung im ersten Quartal 2008 eine neue städtebauliche Konzeption für die Änderung des Bebauungsplanes erarbeiten und im Rahmen des Beteiligungsverfahrens öffentlich vorstellen.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 19.06.2007
Vorlagennummer: A/0276/007, A/0293/007, A/0295/007

Betreff: Musicalstandort; Ersatzspielorte während der Bühnen-Generalsanierung

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - 1.1. die weitere Planung und liegenschaftliche Angebotspolitik darauf auszurichten, dass ein dauerhafter Musical-Standort auf dem städtischen Grundstücksareal „MesseCity“ integriert wird.
 - 1.2. mögliche Ersatzspielorte für das Schauspiel und für die Oper zügig zu prüfen, die während der geplanten Generalsanierung des Bühnen-Gebäudeensembles am Offenbachplatz zur Verfügung stehen sollen.
2. Die Ermittlung und Prüfung dieser Ersatzspielorte soll unter folgenden Maßgaben erfolgen:
 - 2.1. Es sind vorrangig städtische Grundstücke bzw. Liegenschaften städtischer Beteiligungen zu betrachten, darunter z.B. auch das Staatenhaus (Oper), die Halle Kalk (Schauspiel) und die Nutzung des Schauspielgebäudes (Oper) bei zeitgleicher Sanierung des Opernhauses.
 - 2.2. Der Breslauer Platz steht als Ersatzspielort für die Bühnen nicht zur Verfügung. Vielmehr ist für dieses Grundstück auf Basis der Verwaltungsvorlage „Städtebauliche Entwicklung des Breslauer Platzes“ (Ds-Nr. 0483/007) zügig die Planung und Bebauung voranzutreiben. Der seit 1996 dort stattfindende Musical-Betrieb im Provisorium „Musical Dome“ ist mit Auslaufen des dafür geltenden Nutzungsvertrags in 2009 zu beenden.
 - 2.3. Für die einzelnen Standortvorschläge sind jeweils der finanzielle Aufwand (Erschließung, Herrichtung, Aufbauten, bauliche Provisorien etc.), die jährlichen Betriebskosten und der zeitliche Rahmen für die Nutzung darzustellen.
 - 2.4. Es sind für alle Standortvorschläge die Vor- und Nachteile, insbesondere die Verkehrsanbindung unter besonderer Berücksichtigung des ÖPNV in einer Matrix darzulegen.
3. Die Prüfungsergebnisse sind noch in diesem Jahr dem Betriebsausschuss Bühnen, dem Liegenschaftsausschuss, Stadtentwicklungsausschuss, dem Finanzausschuss und dem Rat in Form einer Beschlussempfehlung darzustellen.

Sachstand:

Seit Beginn des Jahres 2008 arbeitet eine dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe unter Leitung der Dezernate Wirtschaft u. Liegenschaften und Stadtentwicklung, Planen u.

Bauen an der Weiterentwicklung und Realisierung des Projektes MesseCityDeutz. Ziel ist es hier, schnellstmöglich die auf Grund der aktuellen Rechtslage notwendig gewordene europaweite Ausschreibung der Liegenschaft vorzubereiten und durchzuführen. Dabei wird entsprechend des Beschlusses des Stadtentwicklungsausschusses vom 08.03.2007 ein Musical-Standort Berücksichtigung finden.

Die Gebäudewirtschaft hat zwischenzeitlich eine erste Einschätzung hinsichtlich der Kosten für die Bereitstellung des Grundstücks Eifelwall ermittelt. Auf Grundlage dieser Einschätzung kann nun der Theaterplaner die Kosten für die Aufstellung der Spielhäuser ermitteln.

Für das Staatenhaus wird zurzeit ein statisches Gutachten erstellt. Auf dieser Grundlage können dann die Kosten ermittelt werden.

Hinsichtlich des Standortes auf der Uni-Wiese müssen zunächst die planungsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen. Erst dann ist es sinnvoll, diesen Standort unter Kostengesichtspunkten näher zu betrachten. Die planerischen Voraussetzungen sollen auf Dezernatsebene geklärt werden.

Es ist beabsichtigt, zur Sitzung des Betriebsausschusses Bühnen am 19. Februar 2008 eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzulegen, um dann zu einer schnellen Entscheidung in dieser Frage zu kommen.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 29.08.2006
Vorlagennummer: 1211/006, 1294/006

Betreff: Entwicklungskonzept für das „Gerling-Gebiet“

Beschluss:

Durch den Verkauf des Gerlingkonzerns an die Talanx-Gruppe und der damit verbundenen Entscheidung, den bisherigen Standort im Friesenviertel aufzugeben, gibt es für die Stadt eine einmalige Gelegenheit für das Gebiet zwischen Friesenstraße, Christophstraße, Kaiser-Wilhelm-Ring und Steinfeldergasse, eine neue zukunftsfähige Nutzungs- und Städtebaustruktur zu entwickeln.

Die Verwaltung wird folglich aufgefordert, dem Rat bzw. den Ausschüssen Stadtentwicklung und Wirtschaft ein Nutzungskonzept für die Weiterentwicklung des Viertels vorzulegen. Dieses Konzept soll Möglichkeiten aufzeigen, einen hochwertigen Nutzungsmix zwischen Wohnen, Arbeiten und Einkaufen herzustellen, verbunden mit der Zielsetzung, die bestehende vorherrschende Monostruktur aufzubrechen, eine Belebung des Viertels während des ganzen Tages zu erreichen, Einzelhandel zu ermöglichen, den Dienstleistungsstandort zu stabilisieren und ein attraktives innerstädtisches Wohnviertel zu schaffen unter Beachtung der bestehenden Denkmalsvorschriften.

1. Das zu untersuchende Gebiet für ein Nutzungskonzept wird begrenzt durch den Stadtgarten im Westen, die Venloer Straße, Friesenplatz, Magnusstraße, die Zeughausstraße im Süden, der Straße Kattenburg im Osten; Gladbacher Straße, Christophstraße, Ertstraße, Kaiser-Wilhelm-Ring und Gereonstraße im Norden.
2. Die stadtentwicklungsplanerischen und stadtsoziologischen Überlegungen zielen auf ein integriertes Handlungskonzept ab und sind in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 10. August 2006 zur Aktualisierung des Entwicklungskonzeptes Innenstadt und den sich daraus ergebenden Zielen und Handlungsempfehlungen zu sehen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit externen Stadtplanungsbüros, die Erfahrungen in der Revitalisierung größerer Quartiere haben, verschiedene integrierte Szenarien zu entwickeln und diese den Ausschüssen Stadtentwicklung und Wirtschaft vorzulegen.

Sachstand:

Mit seinem Beschluss vom 29.08.2006 hat der Rat die Verwaltung im Zusammenhang mit der Aufgabe der bisherigen Gerling-Hauptverwaltung beauftragt, ein Nutzungskonzept für die Weiterentwicklung des vom Rat abgegrenzten nordwestlichen Cityrandbereichs zu erstellen. Dabei sollen „die stadtentwicklungsplanerischen und stadtsoziologischen Überlegungen auf ein integriertes Handlungskonzept abzielen und sind in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 10.08.2006 zur Aktualisierung des Entwicklungskonzeptes Innenstadt und den sich daraus ergebenden Zielen und Handlungsempfehlungen zu sehen.“ Darüber hin-

aus wurde die Verwaltung beauftragt, in Zusammenarbeit mit externen Stadtplanungsbüros, die Erfahrungen in der Revitalisierung größerer Quartiere haben, verschiedene integrierte Szenarien zu entwickeln und diese dem Stadtentwicklungsausschuss und Wirtschaftsausschuss vorzulegen.

Das vom Rat beschlossene Untersuchungsgebiet befindet sich in nordwestlicher Randlage zur Kölner City. Der Immobilienbesitz des bisherigen Gerling-Konzerns konzentriert sich wesentlich in diesem Untersuchungsgebiet. Der Standort der Gerling-Hauptverwaltung im engeren Sinne umfasst die Baublöcke zwischen Christophstraße, Gereonskloster, Im Klapperhof, Hildeboldplatz und Von-Werth-Straße (rd. 37.000 qm Grundstücksfläche). Die hier aufstehenden Gebäude mit zusammen rd. 75.000 qm Bruttogeschossfläche (Schätzwert) stehen zu erheblichen Teilen unter Denkmalschutz.

Als Einstieg in die Bearbeitung des vom Rat beauftragten Entwicklungs- und Nutzungskonzeptes hat das Dezernat VI einen internen eintägigen Workshop am 15.12.2006 in der Gerling-Hauptverwaltung mit den dezernatzugehörigen Dienststellen sowie dem Stadtkonservator und dem Amt für Wirtschaftsförderung sowie Vertretern des zukünftigen Projektentwicklers Frankonia durchgeführt. Letztere sind kurzfristig für die GAG Immobilien AG eingetreten, die sich wenige Tage vor der Veranstaltung von der Projektentwicklung zurückgezogen hatte.

Der Workshop hat sich unter der Moderation des Stadtplaners Prof. Kunibert Wachten mit den bestehenden baulichen Anlagen und den Rahmenbedingungen für eine zukünftig gemischte Neunutzung auseinandergesetzt und (nach einer Begehung des Komplexes) erste alternative Nutzungsmöglichkeiten entwickelt.

Über die Durchführung des Workshops wurden die BV 1, der Stadtentwicklungsausschuss und der Wirtschaftsausschuss vorab mit einer Verwaltungsmitteilung im November 2006 informiert.

In diesem Zusammenhang hat der Stadtentwicklungsausschuss am 23.11.2006 die Abgrenzung des vom Rat am 29.08.2006 beschlossenen Untersuchungsgebietes klar gestellt. Dieses nunmehr 36,8 ha große Gebiet grenzt sich danach beiderseits der Ringe wie folgt ab: Venloer Straße, Spichernstraße, Erftstraße, Kaiser-Wilhelm-Ring, Christophstraße, Gereonstraße, Kattenbug, Komödienstraße, Magnusstraße.

Erste Ergebnisse des Workshops vom 15.12.2006 wurden mit einer Mitteilung im Januar 2007 dem Stadtentwicklungsausschuss, dem Wirtschaftsausschuss und der BV 1 vorgestellt. Die Ergebnisdokumentation des Moderators Prof. K. Wachten wurden den gleichen Gremien im März 2007 mit einer weiteren Mitteilung vorgelegt.

Ein zweiter, von der Frankonia Eurobau AG, Nettetal, als neuer Eigentümerin des Gerling-Areals, veranstalteter Workshop am 09.03.2007 bildete die Grundlage für ein zweistufiges Gutachterverfahren. Dieses wurde am 27.04.2007 mit Beteiligung von zwölf eingeladenen Planungsbüros zur Klärung der zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten ausgelobt. Dies betrifft konkret die Klärung der Spielräume für neue Akzentsetzungen, von Veränderungsoptionen für mehr Nutzungsvielfalt und der Möglichkeiten zur Nachverdichtung.

Die erste anonyme Phase dieses Gutachterverfahrens wurde mit der Jury-Sitzung am 22.06.2007 abgeschlossen. Danach bearbeiteten drei ausgewählte Planungsbüros

(Steidle Architekten/München, Thomas Pink/Düsseldorf und Kister/Scheithauer/Gross/Köln) die Aufgabenstellung bis September 2007 weiter. In der abschließenden Jury-Sitzung zur Entscheidung des Gutachterverfahrens am 19.10.2007 wurde der Entwurf des Kölner Planungsbüros Kister/Scheithauer/Gross mit dem 1. Preis ausgezeichnet. Auf der Grundlage dieses städtebaulichen Siegerentwurfs soll nunmehr ein Bebauungsplan für das Gerling-Areal aufgestellt werden, der eine Nachverdichtung des Areals um ca. 20.000 qm Bruttogeschossfläche ermöglicht. Der Stadtentwicklungsausschuss wurde am 25.10.2007 informiert, der Gestaltungsbeirat am 26.11.2007 beteiligt.

Die weitere verwaltungsseitige Bearbeitung der beauftragten Strukturuntersuchung nordwestlicher City-Randbereich ist eingeflossen in die Bearbeitung der Evaluierung des Entwicklungskonzepts Innenstadt als Aktualisierung der Planungsgrundlagen für den städtebaulichen Masterplan Innenstadt, die als Mitteilung am 25.10.2007 dem Stadtentwicklungsausschuss und am 15.11.2007 der BV 1 vorgelegt wurde.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 29.08.2006
Vorlagennummer: 1191/006, 1204/006, 1295/006

Betreff: Handlungskonzept zum demografischen Wandel in Köln

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, Grundlagen für ein Handlungskonzept zu den Auswirkungen des demografischen Wandels in Köln zu erarbeiten.

Ergebnis dieser Grundlagenenerhebung soll, basierend auf dem Arbeitspapier des Deutschen Städtetages, eine Handlungsempfehlung für zukünftige Strategien und Konzepte unter Berücksichtigung der einzelnen Stadtteilstrukturen sowie unter Beachtung stadtentwicklungspolitischer, bildungspolitischer, wirtschaftspolitischer und familienpolitischer Gesichtspunkte sein.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zeitgleich darzulegen, in welchen Stadtteilen signifikant vom Kölner Durchschnitt abweichende Entwicklungen zu erwarten sind und wie diese aus der Sicht der Verwaltung bewertet werden.
3. Die Verwaltung wird gebeten darzustellen, mit welchen Instrumenten sie ggf. auf stark abweichende Entwicklungen reagieren könnte, bzw. welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um überhaupt reagieren zu können.
4. Die Verwaltung wird gebeten, bereits erprobte Handlungskonzepte aus anderen Städten (z.B. Bielefeld) vorzustellen, zu bewerten und im Hinblick auf ihre Übertragbarkeit auf die Köln Situation zu überprüfen.
5. Die Verwaltung wird gebeten darzustellen, in welcher Form über die üblichen Fortschreibung der Bevölkerungsprognose hinaus ein Beobachtungssystem (Frühwarnsystem) entwickelt werden kann, dass entwicklungsbedeutsame Trends und Veränderungen kontinuierlich beobachtet und dem Rat und seinen Fachausschüssen verbesserte Entscheidungsgrundlagen bereitstellt.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, in welcher Form ein Lenkungsorgan eingerichtet werden könnte.

Sachstand:

Für die Erarbeitung des Handlungskonzepts wurde ein Antrag auf Landesförderung gestellt, der zu Ende des Berichtszeitraums bewilligt wurde. Die neue kleinräumige Bevölkerungsprognose als Grundlage für die Arbeit in den Themenfeldern wurde vorbereitet.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 14.12.2006
Vorlagennummer: 1871/006, 1931/006

Betreff: Entwicklung einer Kölner Richtlinie zur "Sozialgerechten Bodennutzung"

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. ein Hearing unter Beteiligung der Bau- und Immobilienwirtschaft und weiteren Institutionen wie der Industrie- und Handelskammer sowie des Haus- und Grundbesitzervereins für die erste Jahreshälfte 2007 vorzubereiten mit dem Ziel, über Chancen und Funktionsweise einer Kölner Richtlinie für eine Kostenbeteiligung in der Bauleitplanung (Sozialgerechte Bodennutzung) im Vergleich zu bisherigen Verfahren (B-Pläne, VEP, Städtebauliche Verträge etc.) zu diskutieren.
2. einen intensiven Informationsaustausch mit den Städten München, Hamburg, Nürnberg und Freiburg aufzubauen und die dort vorliegenden Informationen und Erfahrungen auch im Hinblick auf die frühzeitige Einbindung der Bau- und Immobilienwirtschaft zu nutzen. Darüber hinaus ist die Standortwettbewerbssituation der Stadt Köln in der Rhein-Ruhr-Main-Region (Essen, Düsseldorf, Bonn, Frankfurt) dahingehend zu untersuchen, inwieweit sich eine entsprechende Kölner Richtlinie auf die Wettbewerbsfähigkeit des Investitionsstandortes Köln auswirken würde. Erste Ergebnisse sollen bereits in das Hearing einfließen.
3. auf der Grundlage der Ergebnisse des Hearings und des Informationsaustausches eine dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe mit dem Ziel einzurichten, eine Kölner Richtlinie für eine Kostenbeteiligung in der Bauleitplanung zügig zu erarbeiten und den Gremien des Rates zur Bewertung und Beschlussfassung vorzulegen.

Sachstand:

Das Hearing (Expertengespräch) hat am 21.09.2007 stattgefunden; die Dokumentation der Veranstaltung ist abgeschlossen. In Kürze erfolgt eine Beschlussvorlage zur weiteren Vorgehensweise.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 06.02.2007
Vorlagennummer: A/0036/007, A0048/007

Betreff: Einzelhandelserlass unterstützen – Stichtagsregelung für eingeleitete Projekte einführen

Beschluss:

I. Beschluss gemäß Ziffer 1 des Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. Der vorliegende Beschlusstext soll in Ziffer 1 wie folgt ersetzt werden:
Anlässlich der aktuellen Debatte um den „Einzelhandelserlass“ erklärt der Rat der Stadt Köln, dass er gesetzliche Regelungen zur Stärkung der Einzelhandelsentwicklung und des urbanen Charakters in der Innenstadt, den Stadtteilzentren und Ortsmittelpunkten grundsätzlich befürwortet.
Wesentlich für die Stärkung der Zentren ist, dass „zentrenrelevante Einzelhandels-sortimente“ in Innenstädten und Stadtteilzentren verkauft werden und die Verkaufsfläche für solche Sortimente in großflächigen Einzelhandelsbetrieben an nicht integrierten Standorten deutlich beschränkt wird. Solche Regelungen dienen der Entwicklung des Einzelhandels in der Innenstadt und den Stadtteilzentren.

II. Beschluss gemäß Ziffer 2 des FDP-Antrages:

2. Der Rat der Stadt Köln fordert jedoch den Landtag und die Landesregierung auf, in den Erlass eine Stichtagsregelung für bereits eingeleitete Projekte wie z.B. die Ikea-Ansiedelung in Köln-Ossendorf zuzulassen, die vor der Kabinettsentscheidung auf Grundlage der bestehenden Ratssitzung vom 06.02.2007 Einzelhandelserlasses beantragt wurden. Kommunen und Investoren benötigen für ihre Entscheidungen, die sie nur auf geltende und nicht auf möglicherweise zukünftige Gesetze und Verordnungen aushandeln können, Vertrauensschutz. Diesem Vertrauensschutz ist mit einer entsprechenden Stichtagsregelung im Erlass Rechnung zu tragen.

Sachstand:

Kein neuer Sachstand zum 31.12.2007

alter Sachstand:

Herr Oberbürgermeister Schramma hat den Landtag NRW und hier die Landtagspräsidentin und die Vorsitzende bzw. die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen über den Ratsbeschluss mit Schreiben vom 07.03.2007 informiert bzw. zur Kenntnis gegeben. Die Landtagspräsidentin hat den Eingang des Schreibens bestätigt und mitgeteilt, dass sie allen Abgeordneten des Landtags dieses Schreiben zu Kenntnis gegeben hat. Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Herr Helmut Stahl, hat ebenfalls den Eingang des Schreibens bestätigt und mitgeteilt, dass er dafür Sorge tragen werde, dass der Ratsbeschluss Eingang in die Beratungen finden wird.

Das „Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Landesentwicklung (Landesentwick-

lungsprogramm – LEPro) wurde am 13. Juni 2007 vom Landtag NRW beschlossen. Es wurde im Gesetz zur Landesentwicklung nach § 24 ein „§ 24 a Großflächiger Einzelhandel“ eingefügt. Das Gesetz enthält keine Stichtagsregelung. Nach § 24 a, Absatz 6 besteht jedoch die Möglichkeit, dass in Regionalen Einzelhandelskonzepten Abweichungen u. a. die Begrenzung des Umfanges zentren- und nahversorgungsrelevanten Randsortimente auf maximal 10% der Verkaufsfläche, jedoch nicht mehr als 2.500 m² betreffend, vereinbart werden.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 19.06.2007
Vorlagennummer: A/0252/007

Betreff: Resolution an die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen für ein Gesetz zur Stärkung der Einzelhandels- und Dienstleistungszentren

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bittet das Land Nordrhein-Westfalen, ein Gesetz zur Stärkung der Einzelhandels- und Dienstleistungszentren mit dem Ziel zu erlassen, dass in Nordrhein-Westfalen so genannte „Business Improvement Districts“ (BIDs) ausgewiesen werden können.

Sachstand:

Unabhängig von dem vorgenannten Beschluss wurde eine entsprechende Gesetzesinitiative der Landesregierung bereits einige Monate vorher gestartet. Im Gesetzestext wird der Begriff „Immobilien- und Standortgemeinschaften“ (ISG) verwendet, auf eine Übernahme des anglo-amerikanischen Begriffs „Business Improvement District“ (BID) wurde verzichtet. Am 15.05.2007 war der Entwurf des *Gesetzes über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW)* vom Kabinett gebilligt und den Mitgliedern des Städtetags NRW im Rahmen der Beteiligung der Verbände vom MBV NRW mit der Bitte um Kenntnis- und Stellungnahme bis zum 30.05.2007 zugeleitet worden. Die Verwaltung hatte daraufhin eine umfangreiche inhaltliche Stellungnahme erstellt und dem Städtetag NRW am 27.05.2007 zur Aufnahme in eine Gesamtstellungnahme des Städtetags NRW zugeleitet.

Tenor der Stellungnahme war, dass der vorgelegte Gesetzesentwurf grundsätzlich ein sinnvolles Instrument zur Aktivierung und Stärkung privaten Engagements für die Revitalisierung innerstädtischer Geschäftsbereiche darstellt. Vor allem in Gebieten, in denen ein hoher Organisationsgrad der örtlichen Grundeigentümer und Gewerbetreibenden gegeben ist, kann es der finanziellen und organisatorischen Absicherung erforderlicher Maßnahmenprogramme dienen und zur Verstetigung privater und öffentlicher Aktivitäten zur Zentrenaufwertung beitragen. In benachteiligten Stadtteilen hingegen, die aufgrund vielfältiger Entwicklungshemmnisse auch einen geringeren Organisationsgrad und geringere Finanzkraft der privaten Akteure aufweisen, ist zur Unterstützung des Revitalisierungsprozesses, insbesondere in der Initialisierungsphase einer örtlichen ISG, externe Hilfe im Sinne eines City-Managements weiter zwingend erforderlich. Hier sollte das Land auch nach in Kraft treten des ISGG NRW weiterhin die Möglichkeit einer Anschubfinanzierung durch Städtebauförderungsmittel bieten.

Am 19.06.2007 wurde die vorläufige Endfassung des Gesetzesentwurfs, die gegenüber dem ursprünglichen Entwurf keine nennenswerten Änderungen enthielt, abermals vom Kabinett gebilligt. Am 22.08.2007 wurde der Gesetzesentwurf ins Parlament eingebracht und vom Landtag NRW in erster Lesung zur weiteren Beratung in die Ausschüsse für Bauen und Verkehr und für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform verwiesen.

Das Gesetz hat zum Ziel, die bislang in NRW ausschließlich auf freiwilliger Basis mit Unterstützung und Förderung des Landes modellhaft gebildeten Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISG) als Organisationsform der Eigentümerbeteiligung an Maßnahmen zur Zentrenrevitalisierung zu etablieren und ihnen einen verbindlichen Rechtsrahmen zu geben. Entsprechende Organisationsformen der wohnungswirtschaftlichen Akteure, die sich im anglo-amerikanischen Raum gegenwärtig unter dem Begriff „Housing Improvement Districts“ (HID) etablieren, sind im Gesetzentwurf im Gegensatz zu früheren Überlegungen nicht angesprochen. Auf ihren Einbezug wurde nach Auskunft des Ministeriums für Bauen und Verkehr NRW bei der Erarbeitung des Gesetzestextes bewusst verzichtet, da die Praktikabilität dieses Beteiligungs- und Finanzierungsansatzes für Wohngebiete erst in Modellprojekten erprobt werden soll. Die Stadt Köln hat sich am 19.09.2007 beim Ministerium Bauen und Verkehr (MBV) NRW um eine Mitwirkung an einem Modellprojekt beworben. Nach ersten Abstimmungsgesprächen mit dem MBV NRW wird voraussichtlich im Kölner Stadtteil Humboldt-Gremberg, Bereich Taunusstraße, ein entsprechendes „Pilotgebiet zur Qualitätsverbesserung in Wohnquartieren durch Immobilien Standortgemeinschaften“ ausgewiesen.

Es wird mit der Fortsetzung der Beratungen im federführenden Bauausschuss am 28.02.2008 gerechnet, so dass eine Verabschiedung des Gesetzes frühestens in der Plenarsitzung am 12.03.2008 bzw. 13.03.2008 erfolgen könnte.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 19.06.2007
Vorlagennummer: A/0107/007, A/0144/007

Betreff: Erweiterte kommunale Umweltverträglichkeitsprüfung mit umfassendem Gesamtverkehrskonzept für den Kölner Norden

Beschluss:

Um das Belastungsszenario im Kölner Norden zu ermitteln, wird die Verwaltung aufgefordert, für den Bereich, der begrenzt wird - im Norden durch die Autobahn A 1, im Osten durch den Rhein, im Süden bis zum Gürtel und im Westen durch die Autobahn A 57 - eine integrierte Raumanalyse zu erarbeiten. Nach dem bereits in den durchgeführten Raumanalysen für Flittard/Stammheim und Porz sowie Meschenich/Immenhof/Rondorf bewährten Verfahren sollen insbesondere untersucht werden:

- Biotoptypenzuordnung, Biotopvernetzung und Artenschutz
- Klima
- Grundwasser/Versickerung
- Bodengüte
- Luftqualität
- Lärm
- Gefahrenschutz
- Magnetfeldbelastung

Die Ergebnisse der Analyse sollen zu entsprechend aufgegliederten Planungsempfehlungen zusammengeführt werden.

Sachstand:

Es hat in dieser Sache bislang kein Scopingtermin stattgefunden. Die Verwaltung ist vordringlich mit der Vorbereitung der Umsetzung der Planungsempfehlungen der "Interkommunalen Integrierten Raumanalyse (IIRA)" beschäftigt.

Einen Scopingtermin für die erweiterte kommunale Umweltverträglichkeitsprüfung mit umfassendem Gesamtverkehrskonzept für den Kölner Norden plant die Verwaltung für das erste Quartal 2008.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 30.08.2007
Vorlagennummer: A/0343/007, A/0370/007, A/0392/007

Betreff: Modifizierte Melodieliste des Glockenspiels vom Ratsturm

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1.
den Restaurierungsbedarf des Glockenspiels am Ratsturm zu ermitteln, zu beziffern und darzustellen,
2.
ein Konzept zu erarbeiten, wie eine abwechslungsreiche ansprechende Bespielung des Glockenspiels erreicht werden kann. Dabei sind die geäußerten Anregungen zum Repertoire (Lieder mit Bezug auf Köln und Erkennungsmelodien der Partnerstädte) sowie die Überlegungen zu einer Bespielung durch Glockenspieler in die Konzepterarbeitung mit einzubeziehen.

Die Ergebnisse der Prüfung sind dem Kulturausschuss zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.

Sachstand:

zu Beschlusspunkt 1:

Wie bereits in der Ratssitzung am 30.08.2007 anlässlich der Behandlung der Anträge mündlich von der Verwaltung vorgetragen, wird das Glockenspiel am Ratsturm regelmäßig im Halbjahresturnus gewartet. Dabei als notwendig festgestellte Reparaturen werden umgehend ausgeführt. Aufgrund der regelmäßigen Wartungen ist die Anlage voll funktionsfähig und es besteht derzeit kein darüber hinausgehender Restaurierungsbedarf.

Unabhängig davon hat die Verwaltung einen möglichen Modernisierungsbedarf untersucht. Dieser könnte zum einen in Maßnahmen zur Verbesserung der manuellen Bespielbarkeit – leichtere und bessere Bespielbarkeit im Pedal- und Manualbereich – und zum anderen in einer Erneuerung des Computers mit dann Vorteilen bei der Flexibilität und Aufnahme neuer Melodien liegen. Die Verwaltung hat zu den vorstehenden Maßnahmen ein Angebot einer Fachfirma eingeholt. Über die Umsetzung ist im Zusammenhang mit dem gemäß Beschlusspunkt 2 zu erstellenden Konzeptes zur künftigen Bespielung des Glockenspiels zu entscheiden.

zu Beschlusspunkt 2:

Das Konzept für die Bespielung des Glockenspiels wird z.Zt. durch die Verwaltung erstellt. Die gemäß Beschluss zu berücksichtigenden Kriterien finden dabei Eingang.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 30.08.2007
Vorlagennummer: A/0355/007

Betreff: Energetisches Bauen in Köln: Vorrang für Energiesparhäuser

Beschluss:

1.
Die Verwaltung wird aufgefordert, bei der Veräußerung bzw. Verpachtung städtischer Grundstücke zum Zweck der Wohn- oder Gewerbebauung vertraglich zu vereinbaren, dass Neubauten dem Standard des so genannten KfW-Energiesparhaus 40 (KfW = Kreditanstalt für Wiederaufbau) entsprechen. Sollte dies aus nachweislichen und nachvollziehbaren Gründen nicht möglich sein, so ist als Mindeststandard KfW-Energiesparhaus 60 zu vereinbaren.
- 2
Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln wird beauftragt, für ihre Neubauobjekte analog zu Ziffer 1 zu verfahren und dies bei ihren Ausschreibungen vorzugeben. Die für alle Neubau- und Sanierungsplanungen der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln einzuhaltenen beschlossenen Energie-Leitlinien sind an diese Anforderungen anzupassen.
- 3
Die Verwaltung wird aufgefordert, nach einem Jahr einen Erfahrungsbericht vorzulegen.

Sachstand:

- Ergänzend zum o.a. Ratsbeschluss hat der Rat in seiner Sitzung am 13.12.2008 – TOP 9.19 – folgendes beschlossen:
1.
Die Veräußerung von städtischen Grundstücken zum Zweck der Wohnbebauung erfolgt mit der Auflage, dass die Ein- und Mehrfamilienhäuser dem Standard eines KfW-Energiesparhauses 40 (analog der Definition der KfW – Förderbank) entsprechen. Sollte sich im Einzelfall herausstellen, dass das Grundstück mit dieser Maßgabe nicht verwertbar ist, erfolgt eine Reduzierung des Standards auf den Standard eines KfW – Energiesparhauses 60. Der Rat wird vor einem entsprechenden Angebot rechtzeitig informiert.
 2.
Für alle Nicht – Wohngebäude gilt vorläufig das Anforderungsprofil aus den geltenden städtischen Energierichtlinien: „Die Anforderungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) an den Primärenergiebedarf Q`P sind um 20 % und an den mittleren, auf die wärmeübertragenden Hüllflächen bezogenen Transmissionswärmeverluste HA` um 30 % zu unterschreiten.“ Bei nachweislich technischen Umsetzungsschwierigkeiten können vorbehaltlich der Ausschuss- und Ratsentscheidung begründete Ausnahmen zugelassen werden.

3.

Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln überprüft, in welchem Umfang die dort bisher geltenden Energie-Leitlinien angepasst werden müssen.

Sachstand zu 1.

Die Verwaltung verfährt bei den relevanten Veräußerungen und Verpachtungen entsprechend der Beschlussfassung.

Sachstand zu 2.

Die Verwaltung verfährt bei den relevanten Veräußerungen und Verpachtungen entsprechend der Beschlussfassung.

Sachstand zu 3.

Die am 01.10.2007 in Kraft getretene Novelle der Energieeinsparverordnung EnEV 2007 bringt ein völlig neues Berechnungsverfahren zur Ermittlung der Energiebedarfe von Gebäuden mit sich. Ebenfalls neu ist die aufwändige rechnerische Ermittlung der bei Neubauten jetzt nachzuweisenden Soll-Energiebedarfswerten. Die Energie-Leitlinien der Stadt Köln enthalten bislang Forderungen, die die ehemaligen EnEV-Sollwerte um 20 bzw. 30 % unterschreiten sollen. Zurzeit ist aufgrund bisher noch nicht vorliegender Erfahrungswerte in der Anwendung der neuen EnEV nicht erkennbar, in welchem Rahmen sich Veränderungen der Anforderung der Energie-Leitlinien wirtschaftlich darstellen lassen. Darüber hinaus strebt die Bundesregierung bereits zum 01.01.2009 eine erneute Novelle der EnEV an, die dann eine nochmalige Verschärfung der gesetzlichen Anforderungen um 30 % enthalten sollen. Ein erster Referentenentwurf hierzu wird für Mai 2008 erwartet. Angesichts dieser Entwicklung ist aus heutiger Sicht eine Anpassung der Energie-Leitlinien im Vorfeld einer neuen Verordnung wenig sinnvoll. Die Gebäudewirtschaft beobachtet die gesetzgeberische Entwicklung in diesem Punkt genau und wird erst nach einer definitiven Entscheidung des Gesetzgebers weitere Schlüsse hinsichtlich der Energie-Leitlinien treffen.

Beschlüsse des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen

Gremium: Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
Sitzungsdatum: 07.05.2007
Vorlagenummer: A/0163/007

Betreff: Kölner Statistische Nachrichten: Das Sicherheitsgefühl der Kölner Bevölkerung

Beschluss:
Die Verwaltung wird beauftragt, die Umfrage zum Sicherheitsgefühl der Kölner aus dem Jahre 2004 vollständig auszuwerten und zu veröffentlichen.
Sachstand:
Die spezifische Fragestellung der erforderlichen Arbeiten erfordert nicht nur eine externe Vergabe der Berichterstattung, sondern auch des gesamten Auswertungskonzeptes. Die gezielte Markterkundung geeigneter und fachkundiger Bieter für eine vergaberechtskonforme Auftragsvergabe eines Werkvertrages (Freihändige Vergabe) hat sich – u.a. wegen Absagen potentieller Kandidaten – verzögert und dauert derzeit noch an.

Beschlüsse des Ausschusses Bauen und Wohnen

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 20.01.2000
Vorlagenummer: 0104/000

Betreff: Planung und Bau der Ortsumgehung Köln-Ostheim

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine westliche Ortsumgehung Ostheim zu planen und den Ausbau vorzubereiten. Dabei ist es notwendig, die Frankfurter Straße, den Vingster Ring sowie den Alten Deutzer Postweg einschließlich aller Abbiegebeziehungen zu einer leistungsfähigen Verkehrsachse zu entwickeln.

Sachstand:

Die Ortsumgehung Ostheim ist in der Prioritätenliste für Straßenbaumaßnahmen (IVC), die vom Stadtvorstand beschlossen wird, in der II. Priorität enthalten. Das bedeutet, dass die Maßnahme frühestens 2011 weiterverfolgt wird.

alter Sachstand:

Der Ausbau des Alten Deutzer Postweges wurde auf einen unbekannten Zeitpunkt verschoben.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 30.03.2000
Vorlagenummer: 0433/000

Betreff: Erweiterung der P+R-Anlage Porz-Wahn

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH sicherzustellen, dass die im ÖPNV-Ausbauplan unter Nummer 30 angemeldete Maßnahme „Erweiterung der P+R-Anlage Porz-Wahn“ alsbald realisiert wird.

Sollten die der Anmeldung zugrunde liegenden Planungen wegen fehlender Grundstücke nicht realisiert werden können, wird die Verwaltung beauftragt, umgehend das mögliche Alternativkonzept eines „vollautomatischen Parkhauses“ vorzulegen.

Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand

alter Sachstand:

Nach dem Beschluss des Rates vom 19.12.2002 über zukünftige Prioritäten bei GVFG-Projekten ist die Erweiterung der P+R-Anlage Porz-Wahn nachrangig in Kategorie „F, Neue Maßnahmen mit Priorität III“ eingestuft. Auf Grund der hohen Nachfrage wird die Priorität an diesem Standort zwischenzeitlich anderes beurteilt. Das Projekt soll vorrangig realisiert werden.

Die Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg hat die baureifen Planungen abgeschlossen. Seit Ende 2007 liegt der Ratsbeschluss für den Bau der Maßnahme vor. Ein Vertrag über die Unterhaltung der P+R-Anlage ist in Abstimmung. Mittel für die Unterhaltung sind im Haushaltsplan 2008 vorgesehen. Die Maßnahme soll in den Jahren 2008/2009 umgesetzt werden.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 11.05.2000
Vorlagenummer: 0734/000

Betreff: Erstellung eines Staukatasters hier: Ausbaustand

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, ein aktuelles Staukataster zu erarbeiten, an welche zehn Stellen im städtischen Verkehrsnetz die größten Verkehrsbehinderungen auftreten und wie der jeweilige Sachstand entsprechender Gegenmaßnahmen, die zur Beseitigung dieser Staus ergriffen werden müssten, ist.

Sachstand:

Der Aufbau des Netzes der strategischen Detektoren im Hauptverkehrsstraßennetz ist abgeschlossen, die Detektoren sind justiert und liefern Rohdaten, die zurzeit mit Hilfe anderer Zählmethode evaluiert werden.

Für den Abgleich mit den Streckenbelastungen des Simulationsmodells wird zurzeit ein Statistikmodul entwickelt, mit dessen Hilfe aus den Rohdaten der Detektoren gebräuchliche DTV-Werte (durchschnittlicher täglicher Verkehr) erzeugt werden. Es ist geplant, zeitnah die aktuellen Belastungen oberhalb eines Schwellwertes sowie die Belastungsveränderungen im Straßennetz darzustellen und quartalsweise mitzuteilen.

Die Belastungsveränderungen fließen dann als mögliches Korrekturglied in die unterschiedlichen Instrumente der Verkehrsplanung/-steuerung ein.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 24.08.2000
Vorlagenummer: 1277/000

Betreff: Ausbau Dürener Straße

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die notwendigen Voraussetzungen für eine kurzfristige Optimierung der Kreuzung Dürener Straße/ Militärringstraße zu schaffen. Hierzu ist auch eine von der Verwaltung beabsichtigte, durchzuführende Verkehrserhebung im Bereich Marsdorf/Dürener Straße bis zum Militärring auszuweiten. Die Ergebnisse sind in die Ausbauplanung mit einzubeziehen.

Eine kreuzungsfreie Lösung ist mittelfristig vorzusehen. Die Lösungsansätze sind mit Finanzierungsvorschlägen den zuständigen Gremien bis Ende 2000 vorzulegen.

Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

alter Sachstand:

Der Rechtsabbieger stadtauswärts auf der Dürener Straße wird bis über die HGK-Gleise verlängert. Die Ausführungsplanung wird zur Zeit überarbeitet. Danach wird die Verwaltungsvereinbarung ratifiziert und die Maßnahme ausgeschrieben. Somit kann die Maßnahme voraussichtlich in 2008 umgesetzt werden.

alter Sachstand:

Der Landesbetrieb prüft zur Zeit das von ihm geforderte Zusatzgutachten zur Verlängerung der Rechtsabbiegespur auf der Dürener Straße Fahrtrichtung Westen bis hinter die HGK Gleise. Nach positiver Rückmeldung muss die HGK die Änderung des Bahnübergangs in die bestehende Plangenehmigung einpflegen. Weiterhin muss die Verwaltungsvereinbarung angepasst werden.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 24.08.2000
Vorlagennummer: 1278/000

Betreff: Kreuzungsbereiche Militärringstraße – Luxemburger Straße

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK) und der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) die Voraussetzungen zu schaffen, dass kurzfristig durch die Änderung der Sicherheitstechnik der Bahnübergänge Militärringstraße – Luxemburger Straße und Militärringstraße – Dürener Straße eine Reduzierung der Sperrzeiten für den Individualverkehr erreicht wird.

Dabei ist auch eine Umwandlung der Bahnübergänge von der EBO- in eine BOSTrab-Anlage zu berücksichtigen.

2. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, die planerischen, rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass diese hochbelasteten Verkehrsknoten mittelfristig für eine niveaufreie Führung der Hauptverkehrsströme ausgebaut werden. Sollten die planerischen Kapazitäten der Verwaltung nicht ausreichen, so ist die Planung umgehend an ein externes Büro zu vergeben.

Sachstand:

Der aktuelle Sachstand wurde bereits in einer Mitteilung zur Sitzung am 27.11.2007, TOP 7.2 dem Ausschuss mitgeteilt.

alter Sachstand:

Die kurzfristige Lösung - zusätzliche Spuren für den Militärring zur Leistungsanhebung - steht wegen der Höhe der investiven Kosten und des Nachteils der Zweckbindung, wenn dies als Zuschussmaßnahme abgerechnet wird, nicht mehr zur Diskussion.

Da der Landesbetrieb Straßen NRW in Zukunft beabsichtigt, die Luxemburger Straße ab dem v.g. Knoten bis nach Hürth 4-spurig auszubauen, sollen diese beiden Maßnahmen miteinander bauzeitlich verbunden werden. Aus diesem Grunde soll die niveaufreie Lösung - Tieferlegung der Militärringstraße - direkt in Angriff genommen werden, um die Leistung des Knotens zu erhöhen.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 24.08.2000
Vorlagenummer: 1299/00

Betreff: Thematische Gestaltung der Haltestellen im Zuge der Nord-Süd-Stadtbahn

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dass den mit der Erarbeitung eines Ausbaukonzeptes für die Haltestellen der geplanten Nord-Süd-Stadtbahn zu beauftragenden bzw. beauftragten Architekten ein thematischer Rahmen für ihre Planung im Sinne einer Zeitreise durch die Kölner Geschichte vorgegeben wird.

Dementsprechend sollen die Haltestellen in Architektur und künstlerischer Gestaltung die folgenden Themen aufgreifen:

Rathaus Köln der Kelten, Germanen und Ubier,

Heumarkt Köln und die Römer,

Severinstraße Köln im Mittelalter,

Kartäuserhof Köln, die Hansestadt,

Chlodwigplatz Köln zur Franzosenzeit,

Bonner Wall Köln und die Preußen.

Bei weiteren Haltestellen auf der Bonner Straße sollen Themen über das 20. Jahrhundert und die Gegenwart in die Zukunft führen.

Außerdem soll die Haltestelle Breslauer Platz dem Thema Eisenbahn und Industrialisierung gewidmet werden.

Sachstand:

Ein erneuter Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion (Ds-Nr.1636/002), der die Thematik abdeckt, wurde als Teil des sogenannten „Erweiterten Planungsbeschlusses für die Nord-Süd Stadtbahn“ (Ds-Nr. 0964/002) am 14.11.2002 vom Rat beschlossen.

Die Verwaltung hat die mit der Planung beauftragten Architekten über die Beschlusslage informiert.

Die künstlerische Ausgestaltung der U-Bahnhaltestellen ist aus Sicht der Verwaltung ein wünschenswertes Ziel und hat in Köln bereits Tradition (z.B. Haltestellen auf der Venloer Straße).

Zwischenzeitlich hat die Stadt Köln gegenüber der KVB die Bereitschaft zur Übernah-

me der benötigten Mittel in Höhe von 1,75 Mio. Euro für die künstlerische Gestaltung der Haltestellen erklärt. Diese Mittel sind nicht zuwendungsfähig und müssen daher von der Stadt zur Gänze selbst übernommen werden.

Die Durchführung eines künstlerischen Wettbewerbs wurde zwischen Stadt und KVB abgestimmt. Es handelt sich um einen zweistufigen Wettbewerb für den 40 Künstlerinnen und Künstler ausgewählt wurden. Ab Mitte 2008 beginnt die zweite Phase des Wettbewerbs mit maximal 10 Teilnehmern. Das Wettbewerbsergebnis soll im 2. Quartal 2009 vorliegen. Die Ausführung soll rechtzeitig zur Inbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn erfolgen.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 05.12.2000
Vorlagenummer: 1979/000

Betreff: Erhöhung der Einstellplatzkapazität der P+R-Anlage Thielenbruch

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einstellplatzkapazität der P+R-Anlage Thielenbruch bedarfsgerecht zu erhöhen (derzeit 126 Stellplätze).

Sachstand

Es liegt kein neuer Sachstand vor.

alter Sachstand:

Nach dem Beschluss des Rates vom 19.12.2002 über zukünftige Prioritäten bei GVFG-Projekten ist die Erweiterung der P+R-Anlage Thielenbruch nachrangig in Kategorie „F, Neue Maßnahmen mit Priorität III“ eingestuft. Daher kann derzeit –auch unter Berücksichtigung der noch zu erfolgenden Einstufung des Projektes durch die BR Köln – keine Aussage zu Realisierungsterminen erfolgen.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 27.03.2001
Vorlagennummer: 0463/001, 0530/001

Betreff: 8-spuriger Ausbau der Zoobrücke

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Zoobrücke zwischen den Anschlussstellen Deutz und Rheinuferstraße in beiden Richtungen jeweils vierspurige Verkehrsführung auf ihre Realisierbarkeit hin zu prüfen und - soweit wie möglich - umzusetzen. Das Ziel soll durch Umwandlung der Radwege in eine zusätzliche Spur und Zusammenlegung von Fuß- und Radweg bzw. deren Bündelung für beide Richtungen auf der Nord- oder Südseite der Brücke erreicht werden.

Dabei sind folgende Punkte zu prüfen:

- Inwiefern kann die jeweils zusätzlich gewonnene vierte Spur ausschließlich für die Abfahrten, stadtauswärts für die Abfahrt Deutz / Messe / KölnArena bzw. stadteinwärts für die Abfahrt Rheinuferstraße, genutzt werden?
- Kann die Abfahrt von der Zoobrücke zum Rheinufer zweispurig ausgebaut werden für den Fall, dass die Station der Rheinseilbahn im Zuge der Errichtung des Cologne-Science-Center verlegt wird?
- Können die Ampelschaltungen für die jeweiligen Abfahrten optimiert werden, um den Verkehrsabfluss, sowohl stadtein- als auch stadtauswärts zu verbessern?
- Welche Auswirkungen haben die Baumaßnahmen auf den Verkehrsfluss, sowohl stadtein- als auch stadtauswärts?

Für die gesamte Baumaßnahme ist eine detaillierte Kostenermittlung vorzunehmen und dem Ausschuss vorzulegen.

Sachstand:

Zur Zeit wird geprüft, ob und wenn ja in welchem Umfang Sanierungsmaßnahmen an den Rampenbauwerken erforderlich sind.

alter Sachstand:

Zur kurzfristigen Verbesserung der derzeit häufiger auftretenden Stausituation auf dem rechten Fahrstreifen auf der Zoobrücke in Fahrtrichtung Irh soll der Abfluss zur Rheinuferstraße optimiert werden. Die Planung für die Einrichtung einer 2. Fahrspur auf der Abfahrtrampe zur Rheinuferstraße ist abgeschlossen. Nach Sicherstellung der Finanzierung kann die Maßnahme realisiert werden.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 28.06.2001
Vorlagennummer: 1215/001

Betreff: Bahnübergang Luxemburger Straße/Militärringstraße

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, als Vorabmaßnahme die Leistungsfähigkeit des Knotenpunktes Luxemburger Straße/Militärringstraße durch eine Optimierung der vorhandenen Lichtsignalanlage (LSA) unter Berücksichtigung der Neuordnung der Verkehrsflächen zu erhöhen. Voraussetzung ist die Sicherstellung der Finanzierung.
2. Darüber hinaus sind die Planungen für eine geeignete planfreie Lösung einzuleiten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den anderen Kreuzungsbeteiligten (HKG, Landesstraßenbauverwaltung, SRS bzw. KVB) zu verhandeln, mit dem Ziel, die Finanzierung der Gesamtmaßnahme sicherzustellen.
4. Fußgänger- und Fahrradverkehr sollen in die Optimierungsversuche miteinbezogen werden.

Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

alter Sachstand:

Um in Zukunft den gesamten Verkehr an dieser Stelle effektiver abwickeln zu können, wurden eine Vielzahl von Lösungsvarianten untersucht. Die Variante, die sich in den Augen der Fachverwaltung als Beste herauskristallisiert hat, wird der Politik in naher Zukunft vorgestellt.

Da hierfür Investitionen in Millionenhöhe getätigt werden müssen, muss für diesen kompletten Umbau zudem die Finanzierung sichergestellt werden.

Durch die Vielzahl von Abstimmungen mit allen Beteiligten, z. B. den Landesbetrieben Straßen NRW und der Häfen und Güterverkehr Köln AG und dem benötigten Planrecht wird diese Maßnahme als mittelfristig in ihrer Umsetzung betrachtet. Weiterhin streben die Landesbetriebe Straßen NRW an, die Luxemburger Straße von diesem Knoten aus vierspurig in Richtung Hürth auszubauen. Daher wird angestrebt, diese beiden Maßnahmen miteinander zu verknüpfen.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 21.02.2002
Vorlagenummer: 0187/002

Betreff: Anpassung von U-Bahnhaltestellen an Niederflur

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, an den U-Bahnhaltestellen im Zuge der Ringe, der Neusser Straße und des rechtsrheinischen Niederflurnetzes die Übergänge von den unteren Enden der Rolltreppen zu den Bahnsteigen mit Rampen auszustatten. Die projektbezogenen Finanzierungs- und Zuschussmöglichkeiten sind darzustellen.

Sachstand:

Im Zuge der Vorbereitung der Aufzugsnachrüstung an der Haltestelle Bf Deutz/Messe wird überprüft, ob es möglich ist zusätzliche Rampen am unteren Ende der Rolltreppen einzubauen.

alter Sachstand:

Zur Zeit werden trotz der städtischen Haushaltssituation und reduzierter GVFG-Landeszuschüsse vorrangige Maßnahmen zur Herstellung des niveaugleichen Einstiegs und der Barrierefreiheit in Stadtbahnhaltestellen (z. B. Aufzugsnachrüstung in der Haltestelle Dom/Hbf, geplante Bahnsteiganhebungen Poststraße und Appellhofplatz) umgesetzt. Daher wurde der Einbau von Rampen vorerst zurückgestellt.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
 Sitzungsdatum: 21.02.2002
 Vorlagennummer: 0122/002

Betreff: Optimierung von Kreuzungsbereichen bzw. Einmündungen durch Kreisverkehre

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, in welchen Kreuzungsbereichen bzw. Einmündungen erneuerungsbedürftige oder geplante Lichtsignalanlagen durch andere Knotenpunktformen (z. B. Kreisverkehre) ersetzt werden können.

Grundlage dieser Prüfung soll das Programm „Verkehrstechnik Köln“ (Überprüfung der Knotenpunktbetriebsformen, Tabelle 25) sein.

Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

alter Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

Der aktuelle Sachstand zu obigem Beschluss ist in der als Anlage beigefügten Prioritätenliste zu entnehmen.

Prioritätenliste für die Untersuchung alternativer Betriebsformen an signalgeregelten Knotenpunkten:

lfd Nr	Nr Tab 25	LSA	Alter	Fußgänger LSA	Straße 1	Straße 2	Straße 3	Bemerkung	Priorität	Ausführung	Sachstand
1	11	12259	33	nein	Theodor-Heuss-Ring Süd	Clever Str.		abgeschlossen	Pilot	2004	abgeschlossen
2		12258	30	nein	Theodor-Heuss-Ring Nord	Clever Str.		abgeschlossen	Pilot	2004	abgeschlossen
0		10310	8	ja	Severinstr.	Brücke		abgeschlossen	Pilot	2005	LSA bleibt erhalten, Blindeneinrichtung erforderlich
3	27	12381	29	nein	Fleischmenger-gasse	Bayardsgasse		abgeschlossen	Pilot	2005	abgeschlossen
4	73	12397	15	ja	Alteburger Str.	Maternuskirchplatz	Eburonenstr.	abgeschlossen	Pilot	2004	abgeschlossen
5		40122	31	nein	Subbelrather Str.	Rochusstr.		abgeschlossen	1	2005	abgeschlossen
6	64	40010	37	ja	Buschweg 41	Nüssenberger Busch	Mengenich	abgeschaltet, Abbau nach Verkehrsversuch	1	2004	abgeschlossen
7	5	16456	35	nein	Brüsseler Str.	Antwerpener Str.		abgeschlossen	1	2005	abgeschlossen
8	3	30146	35	nein	Bachemer Str.	Mommensenstr.		Ausführungsplanung	1	2006	Ausführungsplanung
9	29	40021	34	ja	Rochusstr.	Sportanlage		abgeschlossen	1	2004	abgeschlossen
10	34	40023	34	ja	Frohnhoferstr.	Emilstr.	Wilhelm-Schreiber-Str.	abgeschlossen	1	2004	abgeschlossen
11	35	40025	34	ja	Erlenweg	Am Langen Stein	Kirche und Schule	abgeschlossen	1	2004	abgeschlossen
49	59	30158	22	ja	Gleuler Str.	Decksteiner Weiher		LSA demontiert; baul. Umgestaltung in Vorbereitung	1	2005	LSA demontiert; baul. Umgestaltung in Vorbereitung
80		30135	24	ja	Dürener Str.	Hillerstr.		defekt, Umgestaltungsbeschluß fehlt, Erneuerung nicht finanziert	1	2005	defekt, Umgestaltungsbeschluß fehlt, Erneuerung nicht finanziert
12	12	12248	33	nein	Eigelstein	Maximinenstr.	Marzellenstr.	Umgestaltung mit Sanierung Eigelsteinviertel, Städtebauförd.	2A	2006	Umgestaltung mit Sanierung Eigelsteinviertel,

13	15	12257	33	nein	Clever Str.	Wörthstr.	Oberfinanzdirektion	Umgestaltung mit T 30-Zone Neustadt Nord	2A	2006	Städtebauförd.
15	19	12271	32	ja	An den Dominikanern	Hauptpost		Ausführungsplanung	2A	2006	Umgestaltung mit T 30-Zone Neustadt Nord
19	69	12392	15	nein	Alteburger Str.	Teutoburger Str.	Darmstädter Str.	Ausführungsplanung	2A	2006	Bauvorbereitung
21	6	20111	34	nein	Ringstr. - K28	Schillingsrotter Str.		LSA bleibt, aus Platzgründen kein Kreisel möglich	2A	2006	Ausführungsplanung
22		30185	32	nein	Gottesweg	Petersbergerstr.		Ausführungsplanung	2A	2006	LSA bleibt, aus Platzgründen kein Kreisel möglich
23	22	20115	31	nein	Sürther Str. - K28	Moselstr.		LSA bleibt, ungünstige Sichtverhältnisse	2A	2006	Bauvorbereitung
26	25	20119	31	ja	Sürther Str. - K28	Am Tannenhof	Schule	LSA bleibt; aufgrund hoher Kfz- und Fußgängerfrequenz	2A	2006	LSA bleibt, ungünstige Sichtverhältnisse
30	24	40137	28	nein	Helmholtzstr.	Gumprechtstr.	Nonniweg	Ausführungsplanung	2A	2006	LSA bleibt; aufgrund hoher Kfz- und Fußgängerfrequenz
31	45	40145	28	nein	Vogelsanger Str.	Vitalisstr.		LSA bleibt, Überstauungsgefahr des Nachbarknotens	2A	2006	Ausführungsplanung
38	9	50101	26	nein	Jesuitengasse	Mönchgasse		Umgestaltung mit T 30-Zone Weidenpesch West I (Mönchgasse)	2A	2006	LSA bleibt, Überstauungsgefahr des Nachbarknotens
39		50102	26	nein	Kapuziner Str.	Jesuitengasse		Umgestaltung mit T 30 Zone Weidenpesch West I (Mönchgasse)	2A	2006	Umgestaltung mit T 30-Zone Weidenpesch West I (Mönchgasse)
45	50	20114	23	nein	Ringstr. - K28	Sürther Str. - K28	Siegstr.	abgeschlossen	2A	2005	Bauvorbereitung
50		20073	27	ja	Goltsteinstr.	Cäsarstr.		Ausführungsplanung	2A	2006	abgeschlossen
81		20031	10	nein	Engeldorfer Str.	Trenkebergstr.	Klosterstr.	Umgestaltung mit T 30-Zone	2A	2006	Einzelvorlage 66 LSA
16	18	12454	32	nein	Spichernstr.	Gilbachstr.	Goebenstr.	VE FGÜ und versetzte Einengungen	2B	2006	abgeschlossen
17	17	20132	32	nein	Sürther Str.	Siegfriedstr.		VE FGÜ, markierte Mitteltrennung zur Einengung, versetzte Einmündungen	2B	2006	VE FGÜ und versetzte Einengungen
18	52	25112	23	nein	Ringstr. - K28	Siegfriedstr.	Rottenbergstr.	VE Minikreisel mit FGÜ	2B	2006	VE FGÜ, markierte Mitteltrennung zur Einengung, versetzte Einmündungen
20	4	12276	35	nein	Niehler Str.	Neusser Wall		VE FGÜ und Einengungen durch Mitteltrennung	2B	2006	VE Minikreisel mit FGÜ
27	46	40105	31	nein	Nußbaumerstr.	Ottostr.	Schule	VE FGÜ und seitliche Einengungen	2B	2006	VE FGÜ und Einengungen durch Mitteltrennung
28	28	30113	29	nein	Klosterstr.	Wüllnerstr.		VE Minikreisel mit FGÜ	2B	2006	VE FGÜ und seitliche Einengungen
29	26	40134	29	ja	Venloer Str. - B59	Alpener Platz	Gumprechtstr.	VE FGÜ und Einengungen durch Mitteltrennung	2B	2006	VE Minikreisel mit FGÜ
32	33	12356	27	ja	Volksgartenstr.	Martin Lutherplatz		VE FGÜ und seitliche Einengungen	2B	2006	VE FGÜ und Einengungen durch Mitteltrennung
33	32	12359	27	nein	Am Weidenbach	Am Pataleonsberg	Friedrichstr.	VE FGÜ und Einengungen durch Mitteltrennung	2B	2006	VE FGÜ und seitliche Einengungen
34	48	50015	27	ja	Niehler Damm	Lachsgasse		VE FGÜ und seitliche Einengungen	2B	2006	VE FGÜ und Einengungen durch Mitteltrennung
35	1	50021	27	ja	Longericher Hauptstr.	Auf der Bude	Schule	VE FGÜ mit Einengung durch Markierung	2B	2006	VE FGÜ und seitliche Einengungen
90		20077	27	ja	Markusstraße	Schultze-Delitzsch-Str.	Schule	Provisorium für defekte LSA	2B	2006	VE FGÜ mit Einengung durch Markierung
36	37	12277	26	nein	Hülchrather Str.	Weißenburgstr.		Bearbeitung der Vorentwürfe	3	2006	VE FGÜ mit Mittelinsel und seitlicher Einengung
37	40	50025	26	ja	Escher Str.	Schule-Dreikönigen Gym.		FGÜ	3	2006	Bearbeitung der Vorentwürfe
40	42	20100	25	nein	Hauptstr.	Frankenstr.	Kirche	Bearbeitung der Vorentwürfe	3	2006	Bearbeitung der Vorentwürfe
41	8	50103	24	nein	Merheimer Str.	Theklastr.	Friedhof - Nord	Bearbeitung der Vorentwürfe	3	2006	Bearbeitung der Vorentwürfe
42	47	60019	24	ja	Willi-Suth-Allee	Mercatorstr.	Auffahrt	Bearbeitung der Vorentwürfe	3	2006	Bearbeitung der Vorentwürfe
43	36	60044	24	nein	Mengenicher Str.	Longericher Str.	Johannesstr.	Bearbeitung der Vorentwürfe	3	2006	Bearbeitung der Vorentwürfe
44	51	20113	23	nein	Ringstr. - K28	Rotdornstr.		Bearbeitung der Vorentwürfe	3	2006	Bearbeitung der Vorentwürfe
46	53	30120	23	ja	Vogelsanger Weg	Blumenallee	Eifelallee	Bearbeitung der Vorentwürfe	3	2006	Bearbeitung der Vorentwürfe
47		10287	22	nein	Eigelstein	Weidengasse	Unter Krannbäumen	Bearbeitung der Vorentwürfe	3	2006	Bearbeitung der Vorentwürfe
48	56	30145	22	nein	Bachemer Str.	Lindenburger Allee		Bearbeitung der Vorentwürfe	3	2006	Bearbeitung der Vorentwürfe
51	31	60046	22	ja	Escher Str.	Kappellenweg		Bearbeitung der Vorentwürfe	3	2006	Bearbeitung der Vorentwürfe
52	63	12393	19	nein	Poststr.	Großer Griechenmarkt		Bearbeitung der Vorentwürfe	3	2006	Bearbeitung der Vorentwürfe
53	62	30114	19	nein	Friedrich-Schmidt-Str.	Kitschburger Str.		Bearbeitung der Vorentwürfe	3	2006	Bearbeitung der Vorentwürfe
54	65	30164	19	ja	Weyertal	Krankenhaus		Bearbeitung der Vorentwürfe	3	2006	Bearbeitung der Vorentwürfe

55	61	70077	19	nein	Bergerstr.	Josefstr.		Bearbeitung der Vorentwürfe	3	2006	Vorentwürfe
56	67	30115	16	ja	Junkersdorfer Str.	Carl-Diem-Weg	Sporthochschule	WM 2006,	ohne	2005	Bearbeitung der Vorentwürfe
57	71	12395	15	nein	Rolandstr.	Merowingerstr.	Martin Luther Platz	Bearbeitung der Vorentwürfe	3	2006	abgeschlossen
58	70	12396	15	nein	Rolandstr.	Zugweg		Bearbeitung der Vorentwürfe	3	2006	Bearbeitung der Vorentwürfe
59	44	91140	15	nein	Mühlheimer Freiheit	Alte Düsseldorfer Str.	Dünwaldener Str.	Bearbeitung der Vorentwürfe	3	2006	Bearbeitung der Vorentwürfe
60		70011	32	ja	Hermann-Löns-Str.	Magazinstr.		FGU	3	2006	abgeschlossen
61		70038	24	nein	Friedensstr.	Akazienweg		Bearbeitung der Vorentwürfe	3	2006	Bearbeitung der Vorentwürfe
62		20075	10	ja	Gottesweg	Ferdinand-Schmitz-Str.		Bearbeitung der Vorentwürfe	3	2006	Bearbeitung der Vorentwürfe
63		20076	10	ja	Kalscheurer Weg	Vochemer Str.	Schule	Bearbeitung der Vorentwürfe	3	2006	Bearbeitung der Vorentwürfe
24	21	20117	31	nein	Sürther Str. - K28	Michaelshovener Str.	Martinsweg	VE, Kreisverkehr	3	2006	VE, Kreisverkehr
25	20	20118	31	nein	Sürther Str. - K28	Eygelschovener Str.	Schule - Zentrum	VE, Kreisverkehr	3	2006	VE, Kreisverkehr
99		90197	14	nein	Carl-Duisberg-Str.	Otto-Bayer-Str.		VE FGÜ mit Mittelinsel und seitlicher Einengung	3	2006	probeweise abgeschaltet, Einzelvorlage 663
76		58112	35	nein	Kempener Str.	Simon-Meister-Str.	Schule		4		
82		12243	35	nein	Neusser Str.	Weißenburgstr.			4		
75		50023	34	nein	Escher Str.	Am Bilderstöckchen			4		
96		12251	35	nein	Breslauer Platz	Johannisstr.			4		Kreisel als Provisorium infolge Bautätigkeit
65		748	33	nein	Friedensstr.	Frankfurter Str.			4		
89		25102	32	nein	Hauptstr.	Sürther Str. - K28	Weißer Str.		4		
67		30119	30	nein	Junkersdorfer Kirchweg	Kölner Weg	Statthalterhofweg	WM 2006	ohne		beschlossen
86		50126	30	nein	Neusser Str.	Schillstr.	Blücherstr.		4		
87		95924	30	ja	Diepeschrather Straße	Anemonenweg			4		
95		70037	27	nein	Friedensstr.	Mühlenweg	Kindergarten		4		
71		40103	30	nein	Herkulesstr.	Liebigstr.	Nußbaumerstr.		4		
70		12402	24	nein	Krefelder Str.	Krefelder Wall			4		
78		52239	24	nein	Boltensternstr.	Pionierstr.			4		
79		52238	24	nein	Boltensternstr.	Hittorfstr.			4		
77		12241	22	ja	Konrad-Adenauer-Ufer	Mevissenstr.		abgeschlossen	4	2004	abgeschlossen
74		16457	20	nein	Roonstr. - B55	Lindenstr.	Mozartstr.	Kreisel nicht leistungsfähig	4		
91		48837	35	ja	Illtistr.	Takuplatz	Tondernstr.		5		
98		16463	35	nein	Bismarckstr.	Kamekestr.			5		
92		30101	31	nein	Stolberger Str.	Eupener Str.			5		
97		12363	24	nein	Heumarkt	Pipinstr.	Malzmühle		5		
93		624	19	nein	Chorbuschstr.	Am Baggerfeld	Aueiler Str.		5		
85		10399	17	ja	Annostr.	Dreikönigenstr.	Schule		5		
68		30163	16	nein	Kerpener Str.	Rurstr.	Sülzburgstr.		5		
69		91123	16	ja	Deutz-Mülheimer Str.	KHD			5		VE FGÜ mit Mittelinsel und seitlicher Einengung
83		35109	15	nein	Brauweilerweg	Vogelsanger Weg		WM 2006, Kreisel	ohne		
14		90925	14	ja	Dellbrücker Hauptstr. 24	Friedhof	Schule	Fö VSR Ost 3.BA	5		
94		57816	12	nein	Neusser Str.	Jesuitengasse			5		
84		70092	11	nein	Hauptstr.	Rosenhügel	An der Groov	BV 7(500 Ampeln)10V Stoye neu	5		
72		38818	10	nein	Stadtwaldgürtel	F.-Schmidt-Str.		Bürgeranregung	5		
73		38810	10	nein	Lindenthalgürtel	Kerpener Str.	Birresborner Str.	v.Birresborner kommend	5		
64		70001	8	nein	Theodor-Heuss-Str.	Humboldt Str.		neues Gerät	5		
66		99966	8	nein	Schlagbaums- weg	Colonia-Allee	Ostmerheimer Str.	Fö VSR Ost 3.BA	5		
88		30001	6	nein	Hauptstr. -K5	Leonhardsgasse -K6	Blaugasse	WiG Anregung v 18.01.2005	5		
100		60029	39	nein	Neusser Landstraße	Oranienhofstr		BV 6	5		
101		40024	26	ja	Sandweg	Feltenstr.	Am Rosengarten	Clauß	5		
102		70062	27	nein	Hauptstr.	In der Adelenhütte		BV 7, Herr Steinmetz	ohne		probeweise Abschaltung angeordnet 23.05.2006, 663
103		70083	26	nein	Nachtigallenstr.	Finkenweg	Biesel		5		
104		91143	20	nein	Keupstraße	Schanzenstraße		Richter	5		
105		60025	37	nein	Volkhovener Weg	Stallagsweg		BV6	5		
106		20060	29	nein	Zollstockgürtel	Bernkasteler Str.			5		663 probeweise abgeschaltet
107		20064	26	nein	Raderberggürtel	Deutsche Welle			6		663 Teildemontage Wendefahrt nach Unfall

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 04.07.2002
Vorlagennummer: 0551/002 und 1087/002

Betreff: Rolltreppen an U-Bahn-Ausgängen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Im Vorgriff auf eine Umrüstung von bestehenden Ein-Richtungs-Rolltreppen auf einen Zwei-Richtungs-Betrieb in Absprache mit der KVB eine Nutzungsbeobachtung durchzuführen.
2. Nach Auswertung der Daten dem Ausschuss Bau und Verkehr darzustellen, an welchen U-Bahn-Stationen die geforderten Sicherheitsanforderungen erfüllt werden können, ob die jeweilige Fahrtreppenkonstruktion hierfür ausgelegt ist und inwiefern eine Umstellung auf den Zwei-Richtungs-Betrieb auch im Hinblick auf die entstehenden Umstellungskosten von rd. 240.000 € pro Fahrtreppe objektspezifisch sinnvoll erscheint.
3. Bei dem Einbau von neuen Rolltreppen im Stadtgebiet die Möglichkeit der Einrichtung eines Zwei-Richtungs-Betriebes grundsätzlich zu prüfen und dem Ausschuss Bau und Verkehr zur Beschlussfassung vorzulegen.

Sachstand:

Zu 1.:

Eine Nutzungsbeobachtung wird jeweils bei den zur Sanierung anstehenden Fahrtreppen durchgeführt.

Zu 2.:

In der zweiten Jahreshälfte 2007 hat die KVB nachfolgende Fahrtreppen als Zwei-Richtungs-Fahrtreppen erneuert:

6 Fahrtreppen in der Haltestelle Neumarkt,
2 Fahrtreppen in der Haltestelle Vingst,
2 Fahrtreppen in der Haltestelle Hansaring und
1 Fahrtreppe in der Haltestelle Neusser Straße Gürtel.

Abhängig von den Betriebserfahrungen und den Hauptlastrichtungen wird festgelegt, ob die erneuerten Fahrtreppen für beide Richtungen frei geschaltet werden oder im Regelfall nur aufwärtsführen. Im Einzelfall kann eine versuchsweise Freigabe für den Zweirichtungsverkehr auch revidiert werden. Weitere Sanierungsmaßnahmen für 2008 sind noch in Vorbereitung.

Zu 3.:

Neue Fahrtreppen sind derzeit nur beim Bau der Nord-Süd Stadtbahn geplant. Bei der

Planung wird ein möglicher Zweirichtungsbetrieb an allen Ausgängen, die nur über eine Fahrtreppe verfügen, grundsätzlich geprüft. Erst im Rahmen der Ausführungsplanung für die Fahrtreppen ist eine abschließende Entscheidung erforderlich.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 04.07.2002
Vorlagenummer: 0977/002

Betreff: Verkehrsführung Venloer / Vogelsanger Straße

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Realisierungsmöglichkeit einer alternativen Verkehrsführung des LKW-Durchgangsverkehrs für die Venloer Straße über die Vogelsanger Strasse oder andere Alternativen aufzuzeigen. Dabei ist vor allem ein Zeit- / Maßnahmenplan zur beschlossenen Absenkung der Vogelsanger Straße unter der DB vorzulegen.

Auf die Beschlussfassung des Stadtentwicklungsausschusses nach Vorberatung im Ausschuss Tiefbau und Verkehr am 03.12.1992 und der BV 4 am 23.11.1992 zur Absenkung der Vogelsanger Strasse im Bereich der DB Unterführung wird Bezug genommen.

Sachstand:

Die Verwaltung sieht den Beschluss als erledigt an.

alter Sachstand:

Die Planung zur Tieferlegung der Vogelsanger Straße im Bereich der DB- Unterführung wird von der Verwaltung wegen veränderten Prioritäten und einer nicht absehbaren Realisierungsmöglichkeit zur Zeit nicht weiter verfolgt.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 12.09.2002
Vorlagennummer: 1095/002

Betreff: Einbau von Messschleifen auf der Fahrbahn Gürtel

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert:

1.

Zu prüfen, ob durch geeignete Maßnahmen, wie z.B. den Einbau von Messschleifen auf der Fahrbahn, die schaltungstechnisch in die vorhandenen Lichtsignalanlagen zu integrieren sind, die Verkehrssituation an der Ecke Gürtel / Kreuzung Dürener Straße optimiert werden kann. Die anfallenden Kosten für die in Frage kommenden Maßnahmen sind zu benennen.

2.

Zu prüfen, ob auch an anderen Punkten des Gürtels Messschleifen Kreuzungsproblematiken von querenden Hauptverkehrsstraßen lösen könnten.

3.

Sofern sich zu 2. Konkrete Anhaltspunkte ergeben, diese unter Nennung der dafür anfallenden Kosten in einer Prioritätenvorschlagsliste zu erfassen. Die vorgenannte Liste ist dem Ausschuss Bau und Verkehr zur Entscheidung vorzulegen.

Sachstand:

Dem Verkehrsausschuss wird im 1. Quartal 2008 eine entsprechende Beschlussvorlage vorgelegt.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 08.05.2003
Vorlagennummer: 0451/003, 0566/003

Betreff: Abschalten von 500 Ampeln

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Bau- und Verkehrsausschuss bzw. den zuständigen Bezirksvertretungen das Abschalten und den späteren Abbau von Lichtsignalanlagen vorzuschlagen, die zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit nicht notwendig sind. Ziel ist innerhalb eines Jahres etwa 500 Ampeln abzuschalten.

Dabei sind Hinweise aus der Bevölkerung zu berücksichtigen. Ampeln, die zur Schulwegsicherung erforderlich sind, sind weiter zu betreiben.

Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

alter Sachstand:

Die Maßnahme wird seit dem Frühjahr 2004 betrieben. Dabei wurden bis zum heutigen Tage insgesamt 377 Signalgeber demontiert und 83 Signalgeber abgedeckt.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 08.05.2003
Vorlagenummer: 0453/003

Betreff: Blindenleitsystem in Köln

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenhang mit dem Blindenverein langfristig ein Blindenleitsystem in Köln zu entwickeln. Exemplarisch und vordringlich soll dies bereits jetzt bei der Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes geschehen.

Darüber hinaus soll ein Konzept zur Erarbeitung eines Blindenleitsystems inkl. einer Prioritätenliste, einer Kostenschätzung sowie einem Zeit- / Maßnahmenplan erarbeitet werden. Dieses Konzept ist dem Bau- und Verkehrsausschuss vorzustellen. Ziel ist, die Einzelbestandteile dieses Konzeptes bei den mittel- und langfristig durchgeführten Neugestaltungen und Sanierungen von Straßen und Plätzen zur Minimierung evtl. entstehender Mehrkosten bereits in der Planungsphase frühzeitig zu berücksichtigen.

Der Ausschuss Bau und Verkehr ist maßnahmenbezogen über den Stand der Angelegenheit zu unterrichten.

Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

alter Sachstand:

Mittlerweile wurde ein Planungsstandard für Querungsstellen (z. B. Fußgängerüberwege, Querungen mit Mittelinseln und an Kreisverkehren) festgelegt, der bei allen Neubaumaßnahmen umgesetzt werden soll. Hierbei handelt es sich um taktile Leitelemente (Noppen- und Rillensteine), die blinde und sehbehinderte Menschen im unmittelbaren Umfeld der Querungsstellen zu den Überwegen führen.

Des Weiteren finden regelmäßig Anhörungstermine mit den Behindertenverbänden statt, in denen die Maßnahmen vorgestellt werden.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 24.07.2003
Vorlagenummer: 0901/003

**Betreff: Fahrrad- und fußgängerfreundliche Gestaltung der Haltestelle
Heumarkt**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Bereich der Haltestelle Heumarkt Fahrradabstellanlagen in ausreichender Kapazität zu errichten und die Wege zwischen den Fahrradabstellanlagen sowie zwischen der Nord- und Südseite des Heumarkts und den Seitenbahnsteigen der Haltestelle fußgängerfreundlich zu optimieren.

Dabei ist zu untersuchen, ob die östliche Fußgängerunterführung entfallen kann. Die entsprechenden Pläne sind dem Bau- und Verkehrsausschuss sowie der Bezirksvertretung Innenstadt vorzulegen.

Die Maßnahmen sind aus Stellplatzablösemitteln sowie durch Einsparungen aus der Stilllegung der Fußgängerunterführung zu finanzieren.

Sachstand:

Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.

Der Beschluss wird seitens der Verwaltung als erledigt betrachtet.

Gremium: Bau- und Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 24.07.2003
Vorlagennummer: 0721/003, 1002/003

Betreff: Stilllegung der Fahrtreppen am Ebertplatz

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert:

1. mit den Verantwortlichen der KVB in Verhandlungen darüber einzutreten, die Wartung und Unterhaltung der unter Ziffer 2 zur Disposition stehenden Fahrtreppen durch die KVB und gegen Kostenerstattung durch die Stadt zu übernehmen.
2. die Schließung der sechs Fahrtreppen nicht durchzuführen, sondern drei Fahrtreppen, nämlich sowohl die auf- als auch die abführende Fahrtreppe am Eigelstein sowie die aufführende Rolltreppe in der Neusser Straße funktionstüchtig zu erhalten. Eine entsprechende Hinweisbeschilderung ist vorzusehen.
3. zu prüfen, ob neben diesen drei Treppen eine Treppe von der Neusser Straße abwärts zum Rollen gebracht werden kann und darzustellen, welche Kosten dadurch entstehen würden.
4. einen ebenerdigen, geraden Überweg über die vorhandene Betonplatte vom Eigelstein zur Neusser Straße einzurichten. Dies umfasst die Wegeführung von der Neusser Straße über die bestehende Busspur durch die Grünanlage (Verlauf Trampelpfad) bis zum Eigelstein. Diese Lösung schafft aus Sicht der Antrag stellenden Fraktionen wieder eine gerade, behindertengerechte Fußgängerverbindung zwischen Eigelstein und Neusser Straße und wäre eine stadtgestalterisch gute und auf lange Sicht kostengünstige Lösung. Aus Sicht der Verwaltung mögliche Alternativen sind dem Ausschuss vorzustellen.
5. zur Finanzierung der genannten Maßnahmen die eingesparten Haushaltsmittel durch die Stilllegung der zwei auf der Ostseite des Heumarktes gelegenen Fahrtreppen sowie die Kosten, die die Verwaltung für die Stillstandswartung der Fahrtreppen am Ebertplatz und die dort baulich vorzusehenden Sicherheitsmaßnahmen (Absperrung, Umzäunung etc.) bisher veranschlagt hat, heranzuziehen.

Sachstand:

Zwischenzeitlich liegt ein Beschluss vor, der eine ebenerdige Querung vorsieht und gleichzeitig die Beibehaltung von zwei auf- und abwärtsführenden Fahrtreppen zum Eigelstein und zur Neusser Straße vorsieht.

Die Umsetzung der Maßnahme ist in Vorbereitung. Die Realisierung ist nach Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2008 vorgesehen.

Gremium: Ausschuss Bauen und Wohnen/
Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft
Sitzungsdatum: 29.10.2007
Vorlagennummer: AN/1249/2007

**Betreff: Qualitätsverbesserung in Wohnquartieren durch Immobilien
Standort Gemeinschaften**

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit dem Land zu führen mit dem Ziel, in Köln ein Pilotgebiet zur Qualitätsverbesserung in Wohnquartieren durch Immobilien Standort Gemeinschaften umzusetzen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, welche Gebiete als Pilotgebiete geeignet sind, hierbei ist insbesondere das Gebiet rund um die Taunusstraße in Humboldt/Gremberg zu untersuchen. Die geeigneten Pilotgebiete sind den beteiligten Ausschüssen unter Angabe der notwendigen Voraussetzung darzustellen.

Sachstand:

Bereits mit Schreiben vom 19.09.2007 hat die Verwaltung beim Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MBV) ein Teilgebiet um die Taunusstraße in Humboldt-Gremberg als ein Modellprojekt für HID („Housing Improvement District“) vorgeschlagen. Hintergrund ist ein Modellvorhaben des Landes, bei dem es u.a. darum geht, die Chancen und Risiken, die mit wohnbezogenen Immobilien- und Standortgemeinschaften verbunden sind, an zwei Projekten zu überprüfen. Das Land möchte in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten von HID unter den Bedingungen eines wachsenden sowie eines schrumpfenden Wohnungsmarktes untersuchen. In diesem Zusammenhang hat das MBV die Stadt Köln gebeten, sich als Beispiel für eine wachsende Stadt an dem Projekt zu beteiligen; als Beispiel für einen schrumpfenden Wohnungsmarkt wurde die Dortmunder Nordstadt ausgewählt. Am 14.12.2007 wurden anlässlich eines Termins beim MBV die Modellprojekte vorgestellt.

Unklarheiten bestehen derzeit im Hinblick auf den Aufwand, der für die Stadt Köln mit der Betreuung des Modellprojektes verbunden ist. Die Verwaltung musste bei der Anmeldung des Projektes davon ausgehen, dass die Projektarbeit im Wesentlichen von dem vom Land beauftragten Beratungsunternehmen geleistet wird. Diese Einschätzung hat sich nicht bestätigt. Aufgrund der Auftragslage ist davon auszugehen, dass durch städtische Mitarbeiter insbesondere die Konzeption des Projektes, Ansprache der Eigentümer und Bewohner, Berichte für die Ausschüsse und Bezirksvertretung, Durchführung von Veranstaltung und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten ist. Die Verwaltung wird die Ressourcenfrage umgehend mit dem Ziel klären, dass das Projekt fortgeführt werden kann.

Beschlüsse des Finanzausschusses

Gremium: Finanzausschuss
Sitzungsdatum: 29.01.2007
Vorlagenummer: 1933/06

Betreff: Unterhaltungsmittel für Parkpaletten

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Finanzmittel für die bauliche Unterhaltung, die Reinigung und den Winterdienst der zu erweiternden Parkpalette Weiden-West sowie für die neue Parkpalette in Köln-Porz-Wahn im Hpl.-Entwurf 2007 vorzusehen. Hierbei handelt es sich für das Jahr 2007 um ca. 25.000 € (Weiden-West rd. 5.000€, Porz-Wahn rd. 20.000 €)

Sachstand:

Für die P&R-Anlage Köln-Weiden-West wurden für 2007 und 2008 Unterhaltungsmittel bereitgestellt bzw. beantragt.

Die P&R-Palette Köln-Porz-Wahn befindet sich noch in der Planung, daher sind für 2007 keine Unterhaltungsmittel erforderlich. Für 2008 wurden Unterhaltungsmittel beantragt.

Beschlüsse des Hauptausschusses

Gremium: Hauptausschuss
Sitzungsdatum: 21.01.2001
Vorlagenummer: 0115/001

Betreff: Errichtung eines Gebäudes zur Unterbringung verschiedener Jugendeinrichtungen in Köln-Porz –Finkenberg im Rahmen eines Investorenmodells

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Hinblick auf das vom Rat beschlossene und durch Landesmittel geförderte Sanierungsvorhaben Köln-Porz-Finkenberg schnellstmöglich auf dem städtischen Grundstück in Köln-Porz-Finkenberg, Stresemannstraße (Gemeinde Eil, Flur 16, Nr. 847), ein Gebäude zur Unterbringung von verschiedenen Jugendeinrichtungen zu planen. Mit den vorgesehenen Einrichtungen ist ein Raumplan zu entwickeln. Alternativ sind die Kosten eines Investorenmodells, einer städtischen Planung bzw. der Beauftragung eines Trägers darzustellen und eine Entscheidungsgrundlage zu erarbeiten.

Sachstand:

Kein neuer Sachstand im zweiten Halbjahr 2007.

alter Sachstand:

Nachdem der ursprünglich geplante Neubau eines Jugendzentrums Finkenberg in Folge der Haushaltslage nicht realisiert werden konnte, wurden die der Stadt für Gemeinwesenarbeit zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten der Erdgeschosszone Theodor-Heuss-Straße 12–18 und Konrad-Adenauer-Straße 43–45 zum Jahreswechsel 2005 hergerichtet.

Im Zusammenhang mit dem Trägerwechsel im Februar 2005 wurde gemeinsam mit dem neuen Träger „Haus der offenen Tür Porz e.V.“ die Jugendarbeit in Finkenberg maßgeblich umgestellt. Da die neu bezogenen Räume im Erdgeschoss der Häuser Konrad-Adenauer-Straße 43 und Theodor-Heuss-Straße 14–18 nicht für alle Angebote ausreichen, findet hier unter Zusetzung einer weiteren Streetworkerstelle ein intensives Betreuungsangebot für Kinder und jüngere Jugendliche statt. In Zusammenschluss mit der OT Ohmstraße ergänzt sich das Angebot für ältere Jugendliche in den Räumen Ohmstraße. Um Erfolg und Wirkungsweise dieses Konzeptes zu überprüfen, wurde seitens der Fachverwaltung ein externes Fachinstitut mit einer Projekt begleitenden Evaluation beauftragt.

Das Evaluationsprojekt zur Vernetzung der Angebotsbereiche der Arche Nova und der OT Ohmstraße stellt eine Wanderbewegung der Kinder und Jugendlichen zwischen den vom gleichen Träger betriebenen Einrichtungen zwar fest, sieht hier aber auch noch ein Entwicklungspotential. Die vor Ort tätigen Fachkräfte unterstützen diese Wanderbewegung durch entsprechende Hol- und Bringdienste. Die räumliche Situation der Arche Nova lässt zwar eine breite Angebotspalette für die Kinder und Jugendlichen zu, ist aber grundsätzlich verbesserungswürdig. Für größere Veranstaltungen auch in multifunktionaler Nutzung wäre eine „Eventhalle“ eine Bereicherung für Finkenberg. Grundsätzlich wird festgestellt, dass sich die Angebote in der offenen Kinder- und Ju-

gendarbeit in den letzten eineinhalb Jahren deutlich verbessert haben. Diese Aussage wird auch durch die Polizei gestützt, die insbesondere in der angebotsorientierten Arbeit Erfolge in der Kinder- und Jugendarbeit sieht.

Gremium: Hauptausschuss
Sitzungsdatum: 04.11.2002
Vorlagenummer: 1552/002

**Betreff: Freiraum Köln-Brück/-Neubrück/-Rath/Heumar
 Planung und Errichtung einer öffentlichen Golfanlage**

Beschluss:

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung:

1. Zusammen mit der Kölner Sportstätten GmbH die Voraussetzungen zur Errichtung einer öffentlichen 18-Loch-Volks-Golfanlage mit einer 6-Loch-Übungsanlage einschließlich Vereins- und Nebengebäude im Freiraum Köln-Brück/-Neubrück/-Rath/Heumar zu prüfen und dem Rat bis zum 31. März 2003 einen Bericht oder eine Beschlussempfehlung vorzulegen,
2. mit den Eigentümern und Betreibern der im Süden liegenden Kiesgrube Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, die Wasserfläche zu Freizeit- und Erholungszwecken nutzbar zu machen.
3. Neben der Nutzung städtischer Flächen werden weder für die Errichtung noch für den laufenden Betrieb der Anlage öffentliche (städtische) Haushaltsmittel eingesetzt.

Sachstand:

Ein gefordertes Freiraumkonzept liegt vor und wird zurzeit mit den Arbeiten zur "Integrierten Raumanalyse" harmonisiert.

Ursprünglich sollte die integrierte Raumanalyse Ende des Jahres 2004 fertig gestellt sein. Eine geänderte Prioritätensetzung zugunsten anderer Projekte, Flächennutzungsplan-Änderungen und integrierter Raumanalysen machte eine nochmalige Verschiebung notwendig, so dass ein Konzept erst zum jetzigen Zeitpunkt erarbeitet wird. Eine beratungsfähige Vorlage, mit der über die Realisierung eines Golfplatzes entschieden werden kann, wird derzeit erarbeitet.

Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses

Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum: 26.09.2006
Vorlagenummer: 1465/006

Betreff: Öffentlicher Skaterpark

Beschluss:

Grundsätzlich befürwortet der Jugendhilfeausschuss einen öffentlichen Skaterpark als alternatives Angebot für die Skaterszene zum Roncalliplatz.

Die Verwaltung wird daher beauftragt, mögliche Standorte und Planungsvorentwürfe einschließlich Kosten für Errichtung und Unterhaltung einer solchen Anlage zu prüfen und dem Ausschuss darzustellen. In diesem Zusammenhang soll auch dargestellt werden, ob eine solche Anlage durch die Verwaltung oder einen Träger dauerhaft betreut werden muss und welche Träger dafür in Frage kämen.

Insbesondere ist zu prüfen, welche möglichen Standorte auch eine ausreichende Akzeptanz bei den Nutzern finden. Dies ist insbesondere durch eine adäquate Kinder- und Jugendpartizipation, sowie eine Beteiligung der betroffenen Skaterszene zu eruieren. Der Prozess der Kinder- und Jugendbeteiligung ist dem Jugendhilfeausschuss darzustellen.

Die Prüfergebnisse einschließlich haushaltsmäßige Auswirkungen und Deckungsvorschläge sind Anfang November – vor Beginn der Haushaltsplanberatungen 2007 – vorzulegen.

Sachstand:

Die Verwaltung hat alle Grundlagen zur Anlage eines Skaterparks geprüft und den Beschlussvorschlag den Gremien zum Beschluss vorgelegt. Der Stadtentwicklungsausschuss hat die Vorlage der Verwaltung in seiner Sitzung am 25.10.2007 abgelehnt.

Beschlüsse des Ausschusses Kunst und Kultur

Gremium: Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 13.03.2007
Vorlagenummer: A/0069/007

Betreff: Baptisterium unterhalb des Kölner Doms

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Kontakt zur Arbeitsgemeinschaft Baptisterium (ARGE Bap) aufzunehmen und diese bei dem Projekt "Neugestaltung der Umgebung des Baptisteriums" zu unterstützen. Dabei sagt der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten ideelle Unterstützung zu. Finanzielle Zusagen können nicht gemacht werden. Die Überlegungen sind in Abstimmung mit dem bereits durchgeführten Wettbewerb vorzunehmen.

Sachstand:

Die Verwaltung hat Kontakte zur Arbeitsgemeinschaft Baptisterium (ARGE Bap) aufgenommen. Temporäre Maßnahmen während des evangelischen Kirchentages wurden durchgeführt. Die nächsten Gespräche zur "Neugestaltung der Umgebung des Baptisteriums" sind im ersten Quartal 2008 terminiert.

Beschlüsse des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün

Gremium: Ausschuss Landschaftspflege und Grünflächen
Sitzungsdatum: 20.02.1997
Vorlagenummer: 2076/096

Betreff: Sicherung des Pferdeschutzhofes

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob durch die Aufstellung eines Bebauungsplanes sowie die Änderung des Landschaftsplanes und/oder des Flächennutzungsplanes für den Bereich des Pferdeschutzhofes am Ginsterpfadgelände der Bestand des Pferdeschutzhofes gesichert werden kann.
2. Im Falle einer positiven Bewertung wird die Verwaltung ferner beauftragt, die Aufstellung eines Bebauungsplanes sowie die Änderung des Landschaftsplanes und/oder des Flächennutzungsplanes in die Wege zu leiten.
3. Der aufzustellende Bebauungsplan trifft keinesfalls Festsetzungen, die eine Bebauung außerhalb der augenblicklich vom Pferdeschutzhof eingenommenen Flächen ermöglichen. Für die Flächen des Schutzhofes ermöglicht der Bebauungsplan keine Bebauung die über das augenblicklich realisierte Maß hinausgeht.

Sachstand:

Das Bebauungsplanverfahren zur Sicherung des Pferdeschutzhofes kann nicht zum Abschluss gebracht werden, da die Finanzierung des Grunderwerbs, der Kanalschließung und der naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen durch die Stadt nicht gesichert ist. Die Übernahme dieser Kosten ist Voraussetzung für den Abschluss des Bebauungsplanverfahrens. Da der Pferdeschutzhof diese Kosten nicht tragen kann, wird sich die Verwaltung um die Finanzierung der Maßnahme bemühen und das Bebauungsplanverfahren nach Sicherung der Finanzierung fortführen. Sollte dies nicht gelingen, kann die Existenz des Pferdeschutzhofes an dieser Stelle nicht gewährleistet werden.

Die bisher genannten Kosten werden derzeit noch einmal überprüft mit dem Ziel, eine deutliche Reduzierung zu erreichen.

Gremium: Ausschuss Landschaftspflege und Grünflächen
Sitzungsdatum: 08.06.1999
Vorlagenummer: 0769/099

Betreff: Naturschonende Herstellung der Verkehrssicherung im Bereich der Stillgelegten Kiesgruben Baadenberger Senke / Stöckheimer See (Zweckverbandsgebiet Stöckheimer Hof)

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welche naturschonenden – und zeitnah umzusetzenden Möglichkeiten bestehen, die Verkehrssicherheit im Bereich der stillgelegten Kiesgruben Baadenberger Senke und Stöckheimer See herzustellen.
2. Insbesondere ist zu prüfen, ob an Stelle eines langwierigen und kostenträchtigen wasserrechtlichen Planfeststellungsverfahrens, das zudem mit rechtlichen Unwägbarkeiten belastet ist, in der Gesamtschau der Ankauf der zur Entlastung der absturzgefährdeten Böschungen notwendigen Flächen an der Geländeoberkante der Kiesgruben nicht die effektivste und kostengünstigste Maßnahme darstellt.

Zu berücksichtigen sind in der Kostenberechnung Rekultivierungsverpflichtungen der Eigentümer bzw. Nutzer.

3. Des Weiteren ist zu prüfen, inwiefern massive Abzäunungen von absturzgefährdeten Böschungen zur Herstellung der Verkehrssicherheit ausreichen – insbesondere dann, wenn zusätzlich noch dornige Abpflanzungen erfolgen und Hinweisschilder auf den Gefahrenatbestand hinweisen. Die Fraktionen bitten in diesem Kontext um eine vergleichende Darstellung zur Situation an anderen Gewässern (z.B. Rhein bei Hochwasser, Rheinauhafen).

Darüber hinaus wird die Verwaltung um einen Sachstandsbericht zum gegenwärtigen Stand der Verkehrssicherungsmaßnahmen (Zustand der bestehenden Umzäunungen, Durchführung einer Standsicherheitsbegutachten, Stellungnahme der Bezirksregierung etc.) gebeten.

Sachstand:

Der Stöckheimer Weg wurde wegen nicht standsicheren Böschungen beidseitig entlang des Weges gesperrt.

Per Ordnungsverfügung wurde angeordnet, die Böschungen durch Anschüttung von Bodenmaterial standsicher herzurichten, Entwässerungsdrainagen an der Oberkante der neuen Böschung einzurichten und Ausgleichsmaßnahmen, u.a. eine dornige Hecke beidseitig entlang des Weges, durchzuführen. Ferner sind die Baustelleneinrichtungen zurückzubauen.

Die Anschüttungsmaßnahmen wurden abgeschlossen und mit dem Rückbau der Baustelleneinrichtungen wurde begonnen. Die anderen genannten Maßnahmen wurden bislang nicht durchgeführt, obgleich der Ordnungspflichtige zur Umsetzung mehrmals aufgefordert wurde. Zur Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen wurde

Zwangsgeld angedroht. Dieser ordnungsbehördliche Bescheid befindet sich nach wie vor im Widerspruchsverfahren.

Die beiden Seen sind wegen ihrer Naturschutzwürdigkeit gemeinsam mit der großen Laache einstweilig sichergestellt worden. Dies wurde im Rahmen einer ordnungsbehördlichen Verordnung vom 22. Dezember 2006 im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln mit Datum 08.01.2007 veröffentlicht. Auf dieser Grundlage hat die Verwaltung das Verfahren eingeleitet.

Der zwischen Baadenberger Senke und Stöckheimer See seit Jahren gesperrte Weg soll im Jahre 2008 wieder geöffnet werden. Die Geschäftsführung des Zweckverbandes Stöckheimer Hof hat bei verschiedenen Ortsterminen mit den beteiligten Behörden der Stadt Köln erreichen können, dass der Weg vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik wieder hergerichtet werden wird. Die Geschäftsführung geht nun davon aus, dass der Weg im Sommer 2008 wieder von den Erholungssuchenden genutzt werden kann.

Gremium: Ausschuss Umweltschutz und Grün
Sitzungsdatum: 31.05.2001
Vorlagenummer: 0866/001

Betreff: Instandsetzung und Sanierung der Friedhofsgebäude

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Zeitmaßnahmenplan zu erarbeiten, in dem dargestellt wird, wie innerhalb der nächsten 3 Jahre bei den Friedhofsgebäuden die notwendigen Instandsetzungs- und Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden können.

Der Zeitmaßnahmenplan ist nach Arbeiterunterkünften einschließlich Sanitäranlagen, Trauerhallen und sonstigen Aufbauten zu unterteilen.

Gleichzeitig wird die Verwaltung gebeten die Auswirkungen auf den Mietzins, den das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen an die Gebäudewirtschaft entrichtet sowie die Auswirkungen auf die Friedhofsgebühren darzustellen.

Sachstand:

Der Sachstand ist im Wesentlichen unverändert. Der erhoffte Abschluss der Sanierungsarbeiten an der Trauerhalle in Köln-Niehl zum Ende September 2007 hat sich durch Insolvenzen ausführender Firmen weiter verzögert. Es wird nun mit einem Ende der Maßnahmen im Februar 2008 gerechnet.

Zum Neubau der Unterkünfte und Garagen auf dem Westfriedhof hat das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen am 12.05.2005 den notwendigen Beschluss beim Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün eingeholt. Eine Beauftragung an die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln erfolgte am 14.06.2005. Nach der zwischenzeitlich vorgelegten Kostenberechnung ergeben sich Gesamtkosten in Höhe von 1.527.142 Euro. Aufgrund der enormen Kosten wird das Projekt mit den beteiligten Planern noch einmal auf Einsparpotentiale hin überprüft.

Neben der kontinuierlichen baulichen Umsetzung des Betriebskonzeptes wird die Nutzungsfähigkeit der vorhandenen Arbeiterunterkünfte im bisherigen Rahmen durch geeignete Bauunterhaltungsmaßnahmen sichergestellt. Dabei werden die in der erstellten Prioritätenliste aufgeführten Maßnahmen im Rahmen des für Friedhofs- und Grünbauten zur Verfügung stehenden Budgets von 250.000 € jährlich weiter abgearbeitet.

Die Sanierung der Toilettenanlage auf dem Südfriedhof ist für 2008 geplant.

Gremium: Ausschuss Umweltschutz und Grün
Sitzungsdatum: 20.02.2003
Vorlagenummer: 151/003

Betreff: Gesamtentwurf Bonner Verteilerkreis

Beschluss:

Das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Künstler Lutz Fritsch einen Gesamtentwurf für den Bonner Verteilerkreis zu erarbeiten und die gärtnerische Ausgestaltung mit den vorhandenen Haushaltsmitteln (Verwaltungsvereinbarung mit dem Landesbetrieb) innerhalb der nächsten 2 Jahre umzusetzen.

Sachstand:

Das Land NW (Regionale Kulturpolitik) hat den im Oktober 2007 gestellten Förderantrag in Höhe von 440.062,00 € im Dezember 2007 bewilligt.

Seit dem 26.11.2007 ist das Projekt offizielles Projekt der Regionale 2010 (A-Stempel).

Der Rat genehmigte am 13.12.2007 die Dringlichkeitsentscheidung einer außerplanmäßigen Ausgabe.

Am 20.12.2007 wurde zwischen der Stadt Köln und dem Künstler Lutz Fritsch der Vertrag zur Erstellung des Kunstwerkes abgeschlossen.

Das Projekt soll bis Ende 2008 realisiert werden.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 23.03.2006
Vorlagenummer: 0332/006

Betreff: Grablichtautomaten

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün beschließt:

Die Friedhofsverwaltung wird gebeten

- zumindest auf einem größeren Friedhof (z. B. Melaten) ein Pilotprojekt mit der Aufstellung von Grablichtautomaten durch einen privaten Anbieter mit recycelbaren Grablichtern durchzuführen
- dem Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün die Bedingungen zur Wiedereinführung der Getrenntsammlung von kompostierbaren Abfällen auf den städtischen Friedhöfen darzulegen.

Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

alter Sachstand:

Die im Rahmen eines Pilotprojekts aufgestellten Grablichtautomaten auf dem Südfriedhof und auf dem Westfriedhof wurden auch im letzten Halbjahr als zusätzliches Serviceangebot gut angenommen. Das Modellprojekt läuft in der zweiten Jahreshälfte 2008 aus. Zu gegebener Zeit wird dem Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün ein Erfahrungsbericht mit Vorschlägen zur weiteren Vorgehensweise vorgelegt.

Zur Wiedereinführung der Getrenntsammlung der kompostierbaren Abfälle hat der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün am 29.11.2007 einen umfassenden Erfahrungsbericht erhalten. Es ist beabsichtigt, das Projekt zwei weitere Jahre fortzusetzen.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 15.03.2007
Vorlagennummer: A/0121/007

Betreff: Vervollständigung des Inneren Grüngürtels sichern

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Schritte einzuleiten, um sicherzustellen, dass die beschlossene Vervollständigung des Inneren Grüngürtels (Grüntangente-Süd) realisiert werden kann. Dies gilt sowohl für das jetzige Großmarktgelände und die dort angrenzenden Bereiche als auch für das Gebiet östlich der Koblenzer Straße zwischen Bahndamm im Norden und Schönhauser Straße im Süden bis zum Rhein.

Insbesondere muss gewährleistet sein, dass künftige Bauvorhaben im Einklang mit der Gesamtkonzeption stehen. Dies ist durch geeignete Maßnahmen, wie die Änderung des Flächennutzungsplans und die Aufstellung entsprechender Bebauungspläne sowie ggf. der Durchführung von Umlegungsverfahren, zu erreichen.

Dem Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Grün ist zur nächsten Sitzung ein Sachstandsbericht vorzulegen. Darin ist auch aufzunehmen, welche konkreten Bauanfragen und/oder -anträge zur Umnutzung und/oder Bebauung von für den Grünzug vorgesehenen Flächen vorliegen. Ebenfalls sollen darin die Maßnahmen dargestellt werden, die von Seiten der Stadt zur Umsetzung des Grünzugs eingeleitet worden sind, beispielsweise Ankäufe von Grundstücken, mögliche Umlegungsverfahren oder konkrete Ankaufsverhandlungen und wann mit einer Realisierung der Vervollständigung des Inneren Grüngürtels zu rechnen ist.

Sachstand:

In Erledigung des Beschlusses hat die Verwaltung einen umfassenden Sachstandsbericht gefertigt. Dieser stellt sowohl die bisherigen Diskussions- und Beratungsergebnisse dar als auch die vorgesehene weitere Vorgehensweise. Unter Einbeziehung des Ratsbeschlusses vom 19.06.2007 zur Verlagerung des Großmarktes wird für das weitere Verfahren u.a. die Einleitung vorbereitender (Sanierungs-)Untersuchungen vorgeschlagen für den Stadtraum südlich des Eisenbahn rings um die Innenstadt zwischen Rheinufer, Schönhauser Straße, Marktstraße/Bischofsweg bzw. Grünzug-Süd, Am Vorgebirgstor und Höninger Weg. Die im weiteren Planungsverfahren näher zu untersuchenden Grünplanungskorridore zur Vervollständigung des Inneren Grüngürtels sind in einer Anlage zur Mitteilung dargestellt. Die Mitteilung wurde vom Stadtentwicklungsausschuss am 09.08.2007 zur Kenntnis genommen. Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün erörterte die Mitteilung in seinen Sitzungen am 16.08.2007 und 13.09.2007 und beauftragte anschließend am 13.09.2007 die Verwaltung mit dem Erlass einer Veränderungssperre für den Bereich östlich der Bonner Straße bis zum Rheinufer sowie mit Verhandlungen über die bereits positiv beschiedene Bauvoranfrage Koblenzer Straße 63 - 65. Die Einleitung der vorbereitenden Sanierungsuntersuchungen mittels einer diesbezüglichen Beschlussvorlage ist kurzfristig vorgesehen.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 25.10.2007
Vorlagenummer: AN/0919/2007

Betreff: Patenschaften / Unterstützung von Initiativen zur Aufwertung und Pflege von Grünanlagen, Alleen und Straßenbäumen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- alle bestehenden Patenschafts-, Sponsoring- und Spendenmodelle zur Aufwertung und Pflege von Grünanlagen, Alleen und Straßenbäumen, einschließlich der Aufstellung von Parkbänken, im Rahmen eines Gesamtkonzeptes zusammenzuführen und
- die Erweiterung und Optimierung der bisherigen Modelle und Anreize sowie die Möglichkeiten einer intensiveren, aktiven Betreuung der Paten, Sponsoren und Initiativen

zu prüfen. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Ausschuss vorzulegen.

Dazu gehört insbesondere die Gestaltung und Pflege von Grünanlagen, Baumscheiben, Verkehrskreiseln, Pflanzung und Betreuung von Bäumen an Straßen und in Grünanlagen (z.B. „Geburts- oder Hochzeitsbäume“), Aufstellung von Bänken und Papierkörben, einschließlich der Möglichkeit durch z.B. Hinweisschilder auf „Patenschaften“ aufmerksam zu machen.

Sachstand:

Das Organisationsamt ist Anfang Dezember 2007 gebeten worden, die Einrichtung einer entsprechenden Stelle zur Intensivierung von Sponsoring, Patenschaften und Öffentlichkeitsarbeit beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen zu prüfen. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

Beschlüsse des Stadtentwicklungsausschusses

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 11.01.1996
Vorlagenummer: 2178/095

**Betreff: Autobahnanschluss vom BAB-Zubringer Chorweiler an die A 57
in Richtung Norden**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss bittet die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit dem Landschaftsverband einen Autobahnanschluss vom BAB-Zubringer Chorweiler an die A 57 in Richtung Norden (Sinnersdorf - Dormagen - Neuss) zu planen und herzustellen.

Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

alter Sachstand:

Für die Neuplanung des Autobahnanschlusses wurde ein Antrag beim Bundesverkehrsministerium gestellt, der mittlerweile positiv beschieden wurde.

Allerdings fordert das Bundesverkehrsministerium eine Umplanung des vorgelegten Entwurfs.

Die Änderungen sollen in die vorhandene Planung eingearbeitet werden, um sie dann mit dem für die Planung zuständigen Landesbetrieb Straßen NRW abzustimmen. Es ist beabsichtigt, die Umplanung in die geplante Erweiterung der A 57 von vier auf sechs Fahrspuren einzubringen.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 04.06.1996
Vorlagenummer: 0777/096

Betreff: Rechtsrheinische Ringstrecke

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, eine Planung für die rrh. Ringstrecke zu erstellen, die über einen unterirdischen Schienenabzweig aus dem im Schildvortrieb erstellten Tunnel in Mülheim zur Frankfurter Straße führt und die rrh. Stadtteile bis Porz miteinander verbindet. Außerdem ist sie als "vordringlicher Bedarf" für den ÖV-Bedarfsplan unverzüglich beim Land Nordrhein-Westfalen anzumelden.

Sachstand:

Das Land NRW hat die rechtsrheinische Ringstrecke bei der Fortschreibung des Bedarfsplanes für Stadtbahnmaßnahmen nicht berücksichtigt. Da der nun gültige Bedarfsplan eine Laufzeit bis 2015 hat, kann frühestens bei der erneuten Fortschreibung von einer Berücksichtigung der Planung ausgegangen werden. Infolgedessen ruht die Planung der rechtsrheinischen Ringstrecke zumindest bis 2015.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 18.01.2000
Vorlagenummer: 0080/000

Betreff: Hochhauskonzept

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Hochhauskonzept für das gesamte Stadtgebiet mit Schwerpunkt des rechtsrheinischen Gebietes zu erstellen und dem Stadtentwicklungsausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Sachstand:

Die Verwaltung ist zur Erstellung des Hochhauskonzeptes schrittweise vorgegangen.

Nachdem der Stadtentwicklungsausschuss in seiner Sitzung am 08.03.2007 den Vorschlag der Verwaltung für die städtebauliche Entwicklung im Umfeld des Bahnhofes Köln Messe/Deutz und der Rat der Stadt am 15.05.2007 das Höhenkonzept für die linksrheinische Kölner Innenstadt beschlossen haben, sind einige wichtige Schritte erreicht und die Aufträge im Rahmen der Diskussion um Hochhausstandorte erledigt.

Die Verwaltung wird nun Vorschläge erarbeiten, die zeigen, ob Hochhausstandorte noch sinnvoll sind, und wo im Stadtgebiet unter welchen Voraussetzungen Hochhäuser noch realisierbar sind.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 06.06.2000
Vorlagenummer: 0863/000

Betreff: Ausbau Porzer Ringstraße

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss hebt seinen Beschluss zur Porzer Ringstraße, Ds-Nr. 1561/093, aus der Sitzung vom 11. November 1993 auf.

Der Beschluss lautet:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Aufhebung des Bahnübergangs an der Porzer Ringstraße gemäß dem Ergebnis der Umweltverträglichkeitsstudie entsprechend der Variante I (Unterführung am Ort der heutigen eben-erdigen Kreuzung) weiterzuverfolgen.

Weiter beauftragt der Ausschuss die Verwaltung, die Umsetzung der damals abgelehnten Variante 1 der Beschlussvorlage weiterzuverfolgen.

Sachstand:

Die Beschlussvorlage der Verwaltung befindet sich immer noch in der Beratung. Eine abschließende Entscheidung wird voraussichtlich in der Sitzung am 19.02.2008 getroffen.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 29.08.2000
Vorlagenummer: 1375/000

Betreff: Verkehrskonzeption für den Raum Porz

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Verwaltungen der Städte Niederkassel und Troisdorf Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, dass die im Landesstraßenbedarfsplan enthaltene und bereits in der Planfeststellung befindliche Umgehungsstraße Niederkassel (L 274 n) mit der Frankfurter Straße (B 8) in Höhe der Anschlussstelle Porz-Lind der BAB A 59 verbunden und schnellstens realisiert wird.

Die Verwaltung wird ferner beauftragt, die bestehenden Pläne für die Umgehungsstraße Zündorf im südlichen Bereich zwischen dem Loorweg und der Wahner Straße als ersten Schritt einer Gesamtplanung für den Bereich Porz-Zündorf wie vorgesehen zu realisieren, wobei die Ranzeler Straße und der Loorweg optimal miteinander zu verbinden sind.

Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, von der Wahner Straße unter Nutzung der Unterführung an der Poststraße eine Verbindung zur BAB A 59 zu planen und das nötige Planfeststellungsverfahren nach einer Flächennutzungsplan-Änderung (Linienbestimmung) durchzuführen. Bei der Realisierung soll sichergestellt werden, dass

- die Genehmigung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vorliegt, dass eine zusätzliche Anschlussstelle an der BAB A 59 zwischen der Anschlussstelle Wahn und dem Autobahnkreuz Porz gebaut werden kann,
- die BAB A 59 den zusätzlichen Verkehr aufnehmen kann. (Der hierfür erforderliche 6-spurige Ausbau der BAB A 59 oder ersatzweise die Nutzung des Standstreifens sind forciert zu betreiben.)
- die Landesregierung NRW die komplette Finanzierung der Umgehungsstraße vom Loorweg bis zur BAB A 59 einschließlich Anschlussstelle im Rahmen der gesetzlichen Regelungen (GVFG) übernimmt.

Bei den Planungen ist zu beachten, dass es sich um ein Gesamtverkehrskonzept handelt, das nur bei vollständiger Realisierung seine Verkehrswirkungen entfaltet und daher in vollem Umfang realisiert werden muss. Die einzelnen v. g. Teilmaßnahmen des Konzeptes bedingen sich daher gegenseitig.

Im Zuge der Planungen ist sicherzustellen, dass

- die Umgehungsstraße Niederkassel nicht auf der Liburer Straße (K 24) endet,
- die Umgehungsstraße Zündorf nicht auf der Wahner Straße oder Frankfurter Straße endet.

Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

<u>alter Sachstand:</u>

Die Umgehungsstraße Zündorf ist im IGVP des Landes Nordrhein Westfalen in der 2. Stufe berücksichtigt, d.h. eine Realisierung ist erst nach 2015 zu erwarten.

Vor diesem Hintergrund ist eine kurz- bis mittelfristige Planung nur noch als Gemein- destraße möglich. Hierzu erstellt die Verwaltung eine Machbarkeitsstudie.
--

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 30.10.2001
Vorlagennummer: 1714/001, 1936/001

Betreff: Realisierungswettbewerb Rheinauhafen

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt für die Neubauten im Planungsgebiet Rheinauhafen grundsätzlich Wettbewerbe/Gutachterverfahren durchzuführen. Ausnahmen sollen nur zugelassen werden, sofern Planungsbüros Planungsvarianten erarbeitet haben (z. B. für Krankenhäuser Büro Bothe/Richter/Teherani; Holzwerft, Büro Prof. Kister), die dem Ausschuss eine ausreichend differenzierte Entscheidungsgrundlage zur Verfügung stellen.

Ferner sollen für das "Siebengebirge" Varianten der Fassadengestaltung erarbeitet werden.

Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

alter Sachstand:

Das erste Gutachterverfahren für Art'otel (Baufeld nördlich der Severinsbrücke an der Holzwerft) wurde im Jahre 2003 durchgeführt. Für das Art'otel wurde auf Wunsch des Investors erneut ein Gutachterverfahren mit drei Architekturbüros (Kister Scheithauer Gross, Köln; Nalbach Design- und Planungs GmbH, Berlin; nps tchoban voss GbR, Hamburg) durchgeführt.

Für die denkmalwerte Halle 12, auf der Halbinsel zwischen dem mittlerem und dem nördlichen Krankenhaus auf der Rheinseite gelegen, wurde ein Gutachterverfahren mit drei Architekturbüros (Oxen und Römer, Hürth; Molestina Architekten, Köln; Bahl und Partner Architekten, Hagen) durchgeführt.

Für beide Bauvorhaben wurden von der Beurteilungskommission für den Rheinauhafen folgende Büros für die Weiterbearbeitung empfohlen: Für das Art'otel eine Arbeitsgemeinschaft der Büros nps tchoban voss GbR und Nalbach Design- und Planungs GmbH, für die Halle 12 das Büro Molestina Architekten.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 30.10.2001
Vorlagennummer: 1806/001

Betreff: Standards für die Planungskultur in Köln

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, einen Katalog von Standards für die Planungskultur in Köln zu erarbeiten und dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen. Bei der Erarbeitung soll auf Erfahrungen anderer Städte zurückgegriffen werden.

Hier soll für die Erstellung von Hochbaumaßnahmen privater und öffentlicher Bauherren je nach Kriterien wie städtebaulicher Bedeutung und Investitionsvolumen festgelegt werden, in welchen Fällen von den jeweiligen Investoren eine Mehrfachbeauftragung bzw. ein Wettbewerb für die städtebaulichen bzw. architektonischen Fragen einer Baumaßnahme erwartet werden. In begründeten Fällen soll der Stadtentwicklungsausschuss Ausnahmen von den grundsätzlichen Regelungen beschließen können.

Sachstand:

Die Verwaltung hat einen Entwurf für Standards für die Planungskultur erarbeitet. Zwischenzeitlich hat sich durch das Urteil des Oberlandesgerichts zur Ausschreibungspflicht öffentlicher Grundstücke die Situation grundlegend verändert: Eine freihändige Vergabe ist nur ohne Bedingungen möglich, d. h. auch ohne Auflage zur Erfüllung von Planungsstandards. Aus diesem Grunde werden derzeit neue Überlegungen angestellt, wie das erwünschte Ziel für Planungsstandards erreicht wird.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 14.02.2002
Vorlagenummer: 0109/002

Betreff: Standortuntersuchung für neue Rheinbrücke

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Untersuchung in Auftrag zu geben, an welcher Stelle im Kölner Stadtgebiet unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten eine zusätzliche Rheinbrücke für den Individual- und ggf. auch für den Öffentlichen Personennahverkehr sinnvoll erscheint. Darüber hinaus soll untersucht werden, welchen volkswirtschaftlichen Nutzen eine neue Rheinquerung hätte, wo langfristig Trassen für neue Rheinübergänge freizuhalten sind und welche – ggf. auch private – Finanzierungsmöglichkeiten zur Realisierung einer neuen Rheinbrücke denkbar sind.

Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

alter Sachstand:

Die Verwaltung hat für die zu vergebende Untersuchung ein erstes Arbeitsprofil erstellt und eine Aufwandsabschätzung durchgeführt. Als nächster Schritt ist eine weitere Konkretisierung auch unter Einbeziehung der KVB AG erforderlich. Der Ausschuss wird über die Ergebnisse sobald wie möglich informiert.

Der aktuelle Bearbeitungsstand ist dem Stadtentwicklungsausschuss am 20.03.2003 mitgeteilt worden.

Demnach soll eine verwaltungsinterne Bewertung der vier möglichen Standorte (nach verschiedener Kriterien ohne Verkehrswertanalysen) vorgenommen werden.

Die Bearbeitung wird in Abhängigkeit von den derzeitigen verkehrspolitischen Prioritäten weiterbetrieben.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 27.06.2002
Vorlagenummer: 0804/002

Betreff: Anschluss der Josef-Lammerting-Allee an den Neuen Militärring

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob es technisch und planungsrechtlich möglich ist, die zwischen der Widdersdorfer Straße und der Stolberger Straße bereits fertig gestellte Josef-Lammerting-Allee in der Nähe des Kreuzungspunktes Wendelinstraße/Neue Militärringstraße L 34 (vor Ort "Buckelbrücke" genannt) an die Neue Militärringstraße anzuschließen.

Sachstand:

Die gesamte Verkehrsuntersuchung wurde in der Bezirksvertretung Lindenthal und im Verkehrsausschuss vorgestellt und beraten. Auf der Grundlage der Untersuchung wird die Verwaltung den Anschluss der Stolberger Straße an die Militärringstraße weiter planen.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 10.10.2002
Vorlagenummer: 0931/002 und 1453/002

Betreff: Verlängerung der Nord-Süd-U-Bahn bis zum Gürtel / Kosten-Nutzen-Untersuchung zur Verlängerung der Nord-Süd-U-Bahn

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, eine Kosten-Nutzen-Untersuchung in Auftrag zu geben, wie eine Verlängerung des U-Bahn-Tunnels der Nord-Süd-Stadtbahn bis zum Gürtel die Wirtschaftlichkeit des Gesamtprojektes mit seinen drei Bauabschnitten beeinflussen würde.

Der Stadtentwicklungsausschuss stellt die Beratung des Punktes 3.1 solange zurück.

Sachstand:

In Anbetracht der derzeitigen Haushaltslage erscheint eine Fortführung der Nord-Süd Stadtbahn in einem Tunnel bis zum Gürtel in absehbarer Zeit nicht finanzierbar.

Die Kosten-Nutzen-Untersuchung wurde daher zurückgestellt.

Eine Beschlussvorlage, die Lage und Art der Stadtbahntrasse und die grundsätzliche Straßenraumaufteilung in der Bonner Straße regelt ist derzeit im Beratungsgang.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 26.11.2002
Vorlagennummer: 1721/002

Betreff: Wohnen am Rhein

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Ausschüssen (Stadtentwicklungsausschuss und Liegenschaftsausschuss) darzustellen, ggf. in einer gemeinsamen Sitzung, welche Flächen am Rhein und in dessen Nahbereich für Wohnbebauung zur Verfügung stehen. Des Weiteren ist den Ausschüssen darzulegen, welche Form der Bebauung aus städtebaulicher Sicht (Geschosswohnungsbau/Ein- und Zweifamilienhäuser/Reihenhausbebauung) am sinnvollsten ist.

Hierbei sind insbesondere die Vorgaben bestehender qualifizierter Planungen, des Flächennutzungsplanes, die Ergebnisse der "Integrierten Raumanalysen", das Altlastenkataster, landschaftsrechtliche Regelungen sowie Umweltaspekte (z. B. Retentionsräume, Hochwasserschutz) zu berücksichtigen.

Sachstand:

Der Stadtentwicklungsausschuss hat in seiner Sitzung am 25.08.2005 die Vorlage der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis genommen. Darin wurde die Verwaltung beauftragt, alle erforderlichen Verfahrensschritte im Sinne des Projektes und gemäß dem beigelegten Zeitplan einzuleiten sowie dem Ausschuss regelmäßig über den Verfahrensstand zu berichten und in alle notwendigen Entscheidungen einzubinden.

Zwischenzeitlich liegt eine technische Machbarkeitsstudie vor, die zur Grundlage eines Auslobungstextes für den städtebaulich-architektonischen Realisierungswettbewerb "Wohnen am Strom" dienen soll. Städtebaufördermittel zur Finanzierung des v. g. Wettbewerbes sind beim Land Nordrhein-Westfalen beantragt.

Zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 18.01.2007 wurden die Konzeption des weiteren Verfahrens sowie die betreffenden Grundstücke zur Abstimmung vorgelegt. Der Stadtentwicklungsausschuss wurde in seiner Sitzung am 19.06.2007 über den aktuellen Sachstand informiert; dabei wurden der Standort "Am Faulbach" aus der Projektliste gestrichen, der Standort "Krankenhaus Porz" in reduzierter Form und der Standort "Ulrich Haberland Haus" neu aufgenommen. Das Projekt wurde am 19.06.2007 in die A-Kategorie der Regionale 2010 aufgenommen.

Zeitplan "Wohnen am Strom"

Ausstellung der Wettbewerbsergebnisse	Februar/März 2008
Planungsrecht Vergabe	März 2008
Planungsrecht Abschluss	Ende 2008
EU-Ausschreibung und Grundstücksvergabe	Anfang 2009

Realisierung

2009/2010

Schlusspräsentation:

zur Regionale 2010

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 10.07.2003
Vorlagennummer: 0803/003, 0897/003, 0900/003

Betreff: Änderung der Stellplatzablösesatzung für Baulückenschließungen

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Satzung der Stadt Köln über die Festlegung des Geldbetrages je Stellplatz (Ablösesatzung) vom 09.11.2001 mit folgenden Zielsetzungen zu überarbeiten und bis zur Sitzung nach der Sommerpause 2003 den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen:

- I. Bei Baulückenschließungen, die in der Liste des Kölner Baulückenprogramms enthalten sind, wird für die Dauer von fünf Jahren auf die Erhebung von Stellplatzablösebeträgen in Höhe von 50% der nach o. g. Satzung zu zahlenden Beträge in der Gebietszone I verzichtet. Dabei ist eine sinnvolle Gebietserweiterung, insbesondere um Stadtteile, in denen nach wie vor Baulücken und Mindernutzungen aufgrund von Zerstörungen im 2. Weltkrieg in nicht unerheblicher Zahl bestehen, zu prüfen.
- II. Bei der Aufstockung von mindergenutzten Grundstücken aus der Liste des Kölner Baulückenprogramms wird für die Dauer von fünf Jahren auf die Erhebung von Stellplatzablösebeträgen in der Gebietszone I ganz verzichtet.
- III. Die Verwaltung wird vorab beauftragt, die Begriffe "mindergenutzte Grundstücke" und "Baulücken" genau zu definieren.
- IV. Ferner wird die Verwaltung angehalten, weiterhin Baugebote zu erlassen. Dem Ausschuss wird jährlich ein Bericht über den Sachstand der entsprechenden Verfahren vorgelegt.
- V. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Inkrafttreten der Neuregelung, alle betroffenen Grundstückseigentümer anzuschreiben und über die Neuregelung zu informieren, um für dieses Instrument zur Stadtbildverbesserung, Wohnraum-schaffung und Ankurbelung der Bauwirtschaft zu werben.

Sachstand:

Mit einer ausführlichen Mitteilung für die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 10.11.2005 wurde dieser Beschluss aus der Sicht der Verwaltung umfassend und abschließend erledigt. In der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 26.10.2006 wurde das Thema erneut aufgegriffen und beraten.

Am 08.01.2007 wurde mit dem Haus- und Grundbesitzerverein e.V. eine gemeinsame Anschreibeaktion in einem noch auszuwählenden Stadtteil vereinbart. Im März 2007 wurden 170 Baulückenakten aus dem Stadtbezirk 1 (Innenstadt) darauf überprüft, ob für die Eigentümer ggf. der Baulückenbonus nach der Stellplatzablösesatzung interessant sein könnte. Hieraus ergaben sich 87 Fälle mit insgesamt 180 Eigentümern, die daraufhin einzeln angeschrieben und auf die speziellen, zeitlich befristeten Vergünsti-

gungen nach der Satzung hingewiesen wurden. Dem städtischen Anschreiben wurde ein Begleitbrief des Kölner Haus- und Grundbesitzervereins beigelegt.

Auf die Anschreiben gingen bisher 24 Rückmeldungen ein. Bei den anschließenden Beratungen zeigten 8 Eigentümer konkrete positive Reaktionen, die zusätzliche Arbeiten der Verwaltung erfordern (z.B. Erstellung von speziellen Nutzungskonzepten oder Wirtschaftlichkeitsberechnungen) und Hoffnung auf weitere Aktivitäten der Eigentümer geben. Hierüber wurde eine Mitteilung für den Stadtentwicklungsausschuss erstellt. Der Stadtentwicklungsausschuss hat die Mitteilung in der Sitzung am 9.8.2007 zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss vom 26.10.2006 ist damit erledigt.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 18.09.2003
Vorlagennummer: 1124/003 und 1214/003

Betreff: Straßenbaumkonzept

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, fünf bis sechs markante Bereiche in der Innenstadt darzustellen, in deren Bereich eine Verbesserung des Stadtbildes durch Rückschnitt der vorhandenen Straßenbäume als dringend geboten angesehen wird, wie z. B. das historische Panorama der Altstadt von Deutz aus gesehen.
2. Vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage sind die durch die Maßnahme zu erwartenden Kosten detailliert darzulegen.
3. Das Ergebnis der Prüfung wird dem Ausschuss unter Beteiligung der Bezirksvertretung Innenstadt sowie der zuständigen Fachgremien, insbesondere des Ausschusses Umweltschutz und Grün zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.
4. Bei Neupflanzungen von Bäumen ist grundsätzlich ein Pflanz- und Pflegekonzept vorzulegen.

Sachstand:

Die einzelnen Entwürfe wurden den Gremien des Rates zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün hat folgenden Beschluss gefasst:

I. Rheingarten/Altstadtpanorama

Kein neuer Sachstand.

alter Sachstand:

Die Beschlussfassung zu diesem Punkt wird so lange zurückgestellt, bis die Umgestaltungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz abgeschlossen sind.

II. An St. Aposteln

Kein neuer Sachstand.

alter Sachstand:

Baumstandorte sollen im Rahmen einer Umgestaltung der Apostelnstraße im Zusammenhang mit dem städtebaulichen Masterplan geplant werden. Es wird mit einem Zeithorizont für die Realisierung von fünf Jahren gerechnet.

III. Burgmauer/Zeughausstraße

Auf die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen wird verzichtet, weil durch den geplanten Erweiterungsbau des Kölnischen Stadtmuseums schon zahlreiche Bäume gefällt werden.

Damit ist der Beschluss erledigt.

IV. Minoritenkirche

Der Beschluss ist umgesetzt und somit erledigt.

V. Rheinpromenade an der Messe

Kein neuer Sachstand.

alter Sachstand:

Dieser Bereich wird so lange zurückgestellt bis der Umzug des Senders RTL auf dem Messegelände erfolgt ist.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 24.02.2005
Vorlagennummer: 0183/005

Betreff: Wiederherstellung/Neugestaltung von Straßen und Plätzen nach Aufbrüchen aufgrund des U-Bahn-Baus

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, in welcher Form die im Zusammenhang mit dem Bau der Nord-Süd-U-Bahn betroffenen Straßen, Wege und Plätze - im Anschluss an die erforderlichen Arbeiten im Untergrund – wiederhergestellt werden können. Ziel ist es, nicht ausschließlich den alten Zustand wiederherzustellen, sondern die Schließung der Aufbrüche zu nutzen, um stadtgestalterische, verkehrstechnische Verbesserungen und Barrierefreiheit zu erreichen. Die derzeitigen und zukünftig geplanten Verkehrsbeziehungen sind dabei zu berücksichtigen. Die Prüfung und Entwicklung von Vorschlägen hat in enger Abstimmung mit der KVB und den Behindertenverbänden zu erfolgen. Dabei ist darauf zu achten, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht förderschädlich sind.
2. Die Verwaltung wird darüber hinaus gebeten, bei Arbeiten der Stadtentwässerungsbetriebe ein analoges Verfahren zu finden.
3. Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen der Wiederherstellung von Fuß- und Radwegen etc., hochwertige, der städtebaulichen Situation angemessene Materialien zu verwenden (z. B. Naturstein), um das Stadtbild auf Dauer insgesamt zu verbessern.

Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

alter Sachstand:

Im Jahr 2006 wurden die Planungsbeschlüsse für die Umgestaltung der Bereiche Breslauer Platz, Kurt- Hackenberg Platz, Waidmarkt/ Severinstraße, Chlodwigplatz und Bonner Straße zwischen Chlodwigplatz und Bonner Wall eingeholt. Der Stadtentwicklungsausschuss ist im Rahmen der Beschlussfassung beteiligt oder durch Mitteilungen informiert worden.

Die Verwaltung wird auf dieser Grundlage die Planung fortführen und nach Abstimmung mit der KVB AG und Sicherstellung der Finanzierung den zuständigen politischen Gremien erneut zur Beschlussfassung vorlegen.

Eine erste Abstimmung mit den Behindertenverbänden im Rahmen der Entwurfsplanung hat bereits stattgefunden. Die Belange der Barrierefreiheit werden im Rahmen des Möglichen berücksichtigt, ebenso die stadtgestalterische und verkehrstechnische Optimierung des Stadtraumes.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 16.06.2005
Vorlagennummer: 0912/005

Betreff: Sanierung Porz-Finkenberg

Beschluss:

Um das Quartier Porz-Finkenberg zu stärken, wird die Verwaltung aufgefordert, zusammen mit allen Akteuren im Quartier, aber insbesondere mit den privaten Eigentümern des Geschosswohnungsbaus Maßnahmen zu entwickeln, die zu einer stabilen Bewohnerstruktur führen und gleichzeitig auch ein optimiertes Gebäudemanagement ermöglichen.

Sachstand:

Die im integrierten Handlungskonzept dargelegten architektonischen und strukturellen Probleme des Geschosswohnungsbaus sollen aktuell über das Angebot von Investitionsanreizen an private Wohnungsgesellschaften/Eigentümer sukzessive abgebaut werden. Sollte es gelingen, den überwiegenden Teil der Liegenschaften so umzugestalten, wäre dies ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung der Bewohnerstruktur. Allen Eigentümern im Sanierungsgebiet wurde das Konzept „Investitionsanreize für Modernisierungsmaßnahmen“ sowohl in Einzelgesprächen als auch bei dem regelmäßig stattfindenden „Runden Tisch Finkenberg“ vorgestellt.

Die gewünschten Modernisierungsmaßnahmen an 42 Objekten im Gebiet, für die Förder- bzw. Einplanungsanträge gestellt wurden, werden z. Zt. intensiv mit den Eigentümern erörtert und zum Teil vorbereitet.

Für 6 Wohnhäuser (zwei Gebäude, sechs Hauseingänge) wurde nach der Förderzusage durch den Zuschussgeber in 2006 ein Bewilligungsbescheid zur Fassadenerneuerung und Verbesserung der Hauseingangsbereiche mit einer Zuschusshöhe von rund 380.000 EUR an den Eigentümer erteilt. Aufgrund eines bei der Ausschreibung festgestellten erheblichen Mehraufwandes bei der Fassadenmodernisierung und einer damit verbundenen Verteuerung der Maßnahme von ursprünglich rund 850.000 EUR auf nunmehr rund 1,5 Mio. EUR nimmt der Investor den Zuschuss nicht in Anspruch und verschiebt die Modernisierung seiner Wohnanlage leider auf einen späteren, noch nicht genannten Zeitpunkt.

Für den Eigentümer einer anderen großen Wohnanlage wurde im Juli 2007 ein Förderantrag für umfangreiche Veränderungsmaßnahmen gestellt. Die Eigentümergesellschaft beabsichtigt demnach, alle Fassaden der in der Liegenschaft befindlichen Objekte nach energetischen und gestalterischen Gesichtspunkten zu sanieren. Die dem Förderantrag zu Grunde gelegten Umbauten der Hauseingänge, die Neuschaffung von Mietergärten und weiteren grundlegenden Wohnumfeldmaßnahmen, wie die Schaffung eines großen Spielplatzes und eines neuen Fußwegesystems, sollen die eingangs beschriebenen strukturellen und architektonischen Defizite weitgehend aufarbeiten. Bei dem beschriebenen Gesamtinvestitionsvolumen von rund 6,9 Mio. EUR wurden förderfähige Kosten in Höhe von rund 5,6 Mio. EUR und ein damit verbundener Zuschuss in Höhe von rund 900.000 EUR ermittelt. Die Weitergabe der Mittel des über einem Zuwendungsbescheid grundsätzlich anerkannten Projektes an die Eigentümergesell-

schaft setzt die Umsetzung aller im Förderantrag beschriebenen Maßnahmen voraus. So kann eine verlässliche Prognose über den tatsächlichen Einsatz der Finanzmittel nach den bisher gemachten Erfahrungen erst nach erfolgter Maßnahmendurchführung abgegeben werden. Bei dem betreffenden Objekt läuft die öffentliche Bindung in 2008 aus.

Nach bisheriger Kenntnis und Erfahrung ist trotz größtmöglichem Bemühen und Einsatz der Verwaltung nicht davon auszugehen, dass weitere durchgreifende Fördermaßnahmen im Geschosswohnungsbau entwickelt und durchgeführt werden können. Trotz anerkannter dringender Notwendigkeit, an weiteren Immobilien durchgreifende bauliche Maßnahmen durchzuführen, konnten bisherige Bemühungen, verbindliche Konzepte mit Vereinbarungen abzusichern, nicht erfolgreich abgeschlossen werden. Dies liegt zum Teil auch an der Haltung neuer Eigentümer, die im Rahmen des Eigentumswechsels nur schwer oder gar nicht zu Kooperationsgesprächen oder gar zu verbindlichen Vereinbarungen zu bewegen waren.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 23.06.2006
Vorlagenummer: 0289/006

Betreff: Mögliche Überbauung der Pilgrimstraße

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, mit den Eigentümern der Grundstücke nördlich der Pilgrimstraße Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, die Frage zu klären, inwieweit sich diese eine Neubebauung des genannten Bereiches vorstellen können. Die Ausschüsse Liegenschaften und Stadtentwicklung sind über die Ergebnisse der Gespräche zeitnah zu informieren.

Sachstand:

Am 24.05.2007 hat auf Einladung der Verwaltung ein Gespräch mit den Eigentümern der betroffenen Grundstücke zwischen Hahnenstraße und Pilgrimstraße stattgefunden, um die mögliche zukünftige Entwicklung des Baublockes zwischen Habsburger Ring, Rudolfplatz und Pilgrimstraße zu erörtern.

Es bestand Einvernehmen darüber, dass der Baublock nicht mehr den städtebaulichen und stadtgestalterischen Ansprüchen entspricht, die an einen solchen zentralen Standort gestellt werden müssen. Es wurden Alternativen diskutiert, wie an dieser Stelle nach Niederlegung des vorhandenen Baublockes eine städtebauliche Entwicklung stattfinden kann.

Es wurde vereinbart, dass ein "letter of intend" formuliert und von allen Beteiligten unterschrieben wird. In diesem "letter of intend" soll zum Ausdruck gebracht werden, dass alle bereit sind, an einem gemeinsamen Projekt mitzuwirken; eine Gesellschaft zu gründen, die das Projekt entwickelt und einen städtebaulichen Wettbewerb auf eigene Kosten durchzuführen.

Mit dem Abschluss eines "letter of intend" haben sich bis auf eine Eigentümerin alle Beteiligten einverstanden erklärt. Die damit beauftragten Rechtsanwälte hoffen, bis Januar 2008 eine Einigung zu erzielen und den von allen unterschriebenen "letter of intend" zu präsentieren.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 23.03.2006
Vorlagenummer: 0336/006

Betreff: Unterstützung für den 1. Preis des Moscheebauwettbewerbes

Beschluss:

Das Votum des Preisgerichts zum Bau der Ditib-Moschee in Ehrenfeld, den Entwurf von Paul und Gottfried Böhm mit dem ersten Preis auszuzeichnen, wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Ditib wird als Bauherr gebeten, den Entwurf des ersten Preisträgers möglichst zeitnah zu realisieren. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die Ditib bei der Realisierung des Projektes nach Kräften zu unterstützen.

Sachstand:

Die öffentliche Auslegung des Entwurfs zur Änderung des Bebauungsplanes ist abgeschlossen. Der Satzungsbeschluss wird vorbereitet.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 13.06.2006
Vorlagenummer: 0878/006

Betreff: ICE-Terminal Bahnhof Köln Messe/Deutz

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, sofort mit der DB-Projektbau in Gespräche einzutreten, um den bestehenden Tunnel zwischen Auenweg und Leichlinger Straße zu verbreitern.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob eine Vorfinanzierung der Planungs- und Baukosten möglich ist.

Mögliche Städtebaufördermittel und/oder GVFG Mittel sind zu beantragen.

Sachstand:

Da ein umfassender Umbau des Bahnhofs Köln Messe/Deutz frühestens in ca. 20 Jahren finanziert werden kann, bildet diese Maßnahme eine wichtige Ergänzung zur Anbindung des Bahnhofs an das neue Messeareal. Die Kosten belaufen sich auf ca. 4,8 Mio. EUR inklusive Planungskosten ohne Erschließung des Bahnsteigs Deutz Tief.

Parallel zur Beantragung von Städtebaufördermitteln wurde für den Ausbauteil des Tunnels, der für die Einrichtung der Veloroute erforderlich ist, ein Antrag auf Zuschussung dieses Maßnahmenanteils aus Mitteln des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) gestellt.

Verhandlungen über einen möglichen Bau des Tunnels wurden bereits mit der DB AG aufgenommen. Die DB AG sieht nach wie vor keine Notwendigkeit des Tunnels für ihre Besucherströme.

Auf Grund eines Beschlusses des Verkehrsausschusses hat die Verwaltung ein externes Büro mit der Erstellung einer Machbarkeitsstudie beauftragt. Erste Ergebnisse liegen bereits vor und werden z. Zt. verwaltungsintern geprüft und abgestimmt.

Gremium: Stadtentwicklungsausschusses
Sitzungsdatum: 10.08.2006
Vorlagenummer: 1177/006

Betreff: Aktualisierung der Planungsgrundlagen für den Masterplan Innenstadt

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das am 19.12.1989 beschlossene Entwicklungskonzept Innenstadt kurzfristig zu überprüfen und zu aktualisieren. Dies soll insbesondere geschehen im Hinblick auf die Fragen:

- Ergeben sich durch eine Aktualisierung der Analyse signifikante Veränderungen, die zu einer Veränderung der im Entwicklungskonzept Innenstadt enthaltenen Ziele und Handlungsempfehlungen führen?
- Welche im Konzept enthaltenen Ziele und Handlungsempfehlungen wurden bereits abgearbeitet?
- Welche Ziele und Handlungsempfehlungen sind aus heutiger Sicht überholt und sollten nicht weiter verfolgt werden?
- Welche Ziele und Handlungsempfehlungen sind nach wie vor richtig und sollten weiterhin Leitlinien der Entwicklung in der Innenstadt bleiben?

Sachstand:

Dem Stadtentwicklungsausschuss wurde am 25.10.2007 und der BV 1 am 15.11.2007 das Ergebnis der Überprüfung des Entwicklungskonzepts Innenstadt aus 1989 als Mitteilung zur Aktualisierung der Planungsgrundlagen für den städtebaulichen Masterplan Innenstadt vorgelegt. In seiner Sitzung am 22.11.2007 hat der Stadtentwicklungsausschuss die Mitteilung zur Kenntnis genommen. Der Beschluss ist damit erledigt.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 08.03.2007
Vorlagenummer: 0955/005, A/0095/007

Betreff: Vorbereitung einer Entwicklungsgesellschaft

Beschluss:

Die Verwaltung möge dem Stadtentwicklungsausschuss darstellen, welche Organisationsform der Projektentwicklung innerhalb oder außerhalb der Verwaltung geeignet erscheint, um für den Bereich des Gebietes ICE-Terminal Messe/Deutz folgende Ziele zu sichern:

1. eine Qualitätssicherung über Gutachterverfahren/Wettbewerbe für die einzelnen Baufelder;
2. die Sicherstellung der Erschließung einschließlich der Herrichtung der öffentlichen Räume vorab;
3. eine für die Vermarktung optimale Abfolge der baulichen Entwicklung;
4. eine Bauverpflichtung innerhalb eines im vorhinein festgelegten Zeitraumes.

Sachstand:

Nach Wertung der neuen vergaberechtlichen Situation wird eine EU-weite Ausschreibung der Grundstücke erforderlich. Zur Vorbereitung dieser Ausschreibung, insbesondere unter Beachtung der städtebaulichen Erfordernisse, ist in Kooperation der Dezernate Wirtschaft und Liegenschaften und Stadtentwicklung, Planen und Bauen (III/VI) unter direkter Führung der Beigeordneten innerhalb der Verwaltung eine Arbeitsgruppe initiiert worden. Diese Arbeitsgruppe tagt im Wochenturnus. Zusätzlich gibt es monatlich ein Jour Fixe der beteiligten Ämter unter Leitung der Beigeordneten III/VI.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 08.03.2007
Vorlagenummer: A/0060/007, A/0094/007

**Betreff: Umgehende Wiederaufnahme des Bebauungsplanverfahrens
"Im Weichserhof in Köln-Altstadt/Süd"**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. umgehend das bereits begonnene Bebauungsplanverfahren "Im Weichserhof in Köln-Altstadt/Süd" wieder aufzunehmen;
2. auf der Grundlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 67444/04, Arbeitstitel "Im Weichserhof", mit der Zielsetzung:
 - gemischte Nutzung Wohnen/Arbeiten
 - VI-geschossige Blockrandschließung mit Eckbetonung an der Brücke (vergleichbar Höhe des Hotelneubaus nördlich der Brücke)
 - Aufnahme der Fluchtlinien der Bestandsbebauung Weichser Hof
 - Prüfung: Anordnung eines Spielplatzes im Lärm geschützten Innenbereich

einen Investoren-/Architektenwettbewerb auszuloben. Die von einer noch zu besetzenden Jury ausgewählten Sieger sollen unverzüglich mit der Umsetzung beauftragt werden. Der Liegenschaftsausschuss ist entsprechend zu unterrichten.

Sachstand:

Die Verwaltung hat unverzüglich das seit 2003 ruhende Bebauungsplan-Aufstellungsverfahren wieder aufgenommen. Nachdem mit den im Verfahren weiteren beteiligten Grundstückseigentümer Verhandlungen geführt wurden und sich erneut herausgestellt hat, dass keine Bereitschaft für eine gemeinsame Planung mit der Stadt besteht, wurde zwischenzeitlich die städtebauliche Planung dahingehend überarbeitet, dass eine zukünftige Umsetzung der Planung unabhängig durch die jeweiligen Grundstückseigentümer erfolgen kann und dennoch die Nutzungsanforderungen an gemischte Nutzung ermöglicht werden können.

Die notwendigen Überarbeitungen der aus dem Jahr 2003 bestehenden Umweltgutachten werden derzeit fertig gestellt, so dass dem Stadtentwicklungsausschuss im Dezember 2007 der Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes vorgelegt werden konnte. Die Offenlage wird Anfang Januar 2008 beginnen.

Die Auslobung eines Investoren-/Architektenwettbewerbs kann parallel vorbereitet werden, sollte jedoch erst nach Offenlage des Bebauungsplanes zur Planungssicherheit ausgeführt werden.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 19.06.2007
Vorlagenummer: A/0287/007

Betreff: Anmeldungen Projekt "Wohnen am Strom" im Rahmen der Regionale 2010"

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten,

1. die Aufnahme des Objektes "Ulrich Haberland Haus" in das Projekt "Wohnen am Strom" im Rahmen der Regionale 2010 zu prüfen. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, als Ersatz für das Ulrich-Haberland-Haus einen neuen Standort für ein Seniorenheim zu suchen. Im Rahmen dieser Suche ist das im Besitz der Stadt Köln befindliche Grundstück des ehemaligen Altenpflegeheims "Herz-Jesu-Stift" einzubeziehen. Auf den hierzu im Liegenschaftsausschuss in seiner Sitzung am 14.06.2007 gefassten Beschluss wird Bezug genommen;
2. das Gelände Am Faulbach in Köln-Mülheim aus der Vorschlagsliste der Objekte für das Projekt "Wohnen am Strom" im Rahmen der Regionale 2010 zu streichen;
3. das Baufeld 3 des Krankenhauses Porz in Köln-Porz in reduzierter Form in die Vorschlagsliste der Objekte für das Projekt "Wohnen am Strom" im Rahmen der Regionale 2010 aufzunehmen. Eine künftige Bebauung soll ihre südliche Grenze an der heute vorhandenen Bebauung finden.

Sachstand:

Die Beschlüsse zu 1., 2. und 3. sind so beachtet worden; der Wettbewerb ist mit diesen Grundstücken (bei Herausnahme des Grundstückes "Am Faulbach") am 01.12.2007 erfolgreich zum Abschluss gebracht worden.

Das Ersatzgrundstück für das Seniorenheim wird zurzeit aufbereitet.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 25.10.2007
Vorlagennummer: AN/0960/2007

Betreff: Qualitätsverbesserung in Wohnquartieren durch Immobilien Standort Gemeinschaften

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit dem Land zu führen mit dem Ziel, dass in Köln ein Pilotgebiet zur Qualitätsverbesserung in Wohnquartieren durch Immobilien Standort Gemeinschaften umzusetzen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, welche Gebiete als Pilotgebiete geeignet sind, hierbei ist insbesondere das Gebiet rund um die Taunusstraße in Humboldt/Gremberg zu untersuchen. Die geeigneten Pilotgebiete sind den beteiligten Ausschüssen unter Angabe der notwendigen Voraussetzung darzustellen.

Sachstand:

Bereits mit Schreiben vom 19.09.2007 hat die Verwaltung beim Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MBV) ein Teilgebiet um die Taunusstraße in Humboldt-Gremberg als ein Modellprojekt für HID („Housing Improvement District“) vorgeschlagen. Hintergrund ist ein Modellvorhaben des Landes, bei dem es u.a. darum geht, die Chancen und Risiken, die mit wohnbezogenen Immobilien- und Standortgemeinschaften verbunden sind, an zwei Projekten zu überprüfen. Das Land möchte in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten von HID unter den Bedingungen eines wachsenden sowie eines schrumpfenden Wohnungsmarktes untersuchen. In diesem Zusammenhang hat das MBV die Stadt Köln gebeten, sich als Beispiel für eine wachsende Stadt an dem Projekt zu beteiligen; als Beispiel für einen schrumpfenden Wohnungsmarkt wurde die Dortmunder Nordstadt ausgewählt. Am 14.12.2007 wurden anlässlich eines Termins beim MBV die Modellprojekte vorgestellt.

Unklarheiten bestehen derzeit im Hinblick auf den Aufwand, der für die Stadt Köln mit der Betreuung des Modellprojektes verbunden ist. Die Verwaltung musste bei der Anmeldung des Projektes davon ausgehen, dass die Projektarbeit im Wesentlichen von dem vom Land beauftragten Beratungsunternehmen geleistet wird. Diese Einschätzung hat sich nicht bestätigt. Aufgrund der Auftragslage ist davon auszugehen, dass durch städtische Mitarbeiter insbesondere die Konzeption des Projektes, Ansprache der Eigentümer und Bewohner, Berichte für die Ausschüsse und Bezirksvertretung, Durchführung von Veranstaltung und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten ist. Die Verwaltung wird die Ressourcenfrage umgehend mit dem Ziel klären, dass das Projekt fortgeführt werden kann.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 25.10.2007
Vorlagenummer: AN/1214/2007

Betreff: Prioritäre Umsetzung des Bebauungsplanverfahrens Grünzug West

Beschluss:
Die Verwaltung wird beauftragt, das Bebauungsplanverfahren „Grünzug West“ prioritär zu bearbeiten und umgehend zum Satzungsbeschluss zu bringen.
Sachstand:
Das Planungskonzept für den Grünzug West wird derzeit aktualisiert.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 25.10.2007
Vorlagennummer: AN/0871/2007

Betreff: Sicherung der Ziele des Höhenkonzeptes durch einfache Bebauungspläne

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, unverzüglich mit der Aufstellung einfacher Bebauungspläne im Geltungsbereich des Höhenkonzeptes zu beginnen mit dem Ziel, die Festsetzungen des Höhenkonzeptes in eine rechtsverbindliche Form zu bringen.

Sachstand:

Die Verwaltung überprüft zurzeit die im Bereich der linksrheinischen Innenstadt rechtskräftigen Bebauungspläne, Fluchtlinienpläne und Durchführungspläne. Es handelt sich um etwa 200 Planwerke, die daraufhin überprüft werden müssen, ob

- sie Festsetzungen bezüglich einer Höhenbeschränkung enthalten,
- diese Festsetzungen über dem vom Rat beschlossenen Höchstmaß liegen und
- sie länger als sieben Jahre rechtsverbindlich sind (wegen eventueller Entschädigungsansprüche).

Außerdem müssen die Bauflächen, für die es keinen rechtsverbindlichen Bebauungsplan gibt, überprüft werden, ob auf ihnen Gebäude zulässig wären, die bezüglich der Höhe nicht dem Höhenkonzept entsprechen. Für diese Flächen müssten ebenfalls einfache Bebauungspläne aufgestellt werden, um entsprechend dem Ratsbeschluss das erforderliche Planungsrecht herzustellen.

Anschließend wird eine Prioritätenliste für die Aufstellung dieser einfachen Bebauungspläne erstellt. Die Bebauungspläne im Umfeld der Romanischen Kirchen werden die 1. Priorität erhalten, da diese Gebiete ganz besonders zu schützen sind. Die Bebauungspläne im Umfeld sonstiger Baudenkmäler werden in der 2. Priorität behandelt, da diese Bereiche für die Stadtgestalt wichtig sind. Die 3. Priorität erhalten die Bebauungspläne in den Flächen, die gemäß Flächennutzungsplan als Kerngebiete dargestellt sind, weil hier ein starker Investitionsdruck zu erwarten ist. Die restlichen Flächen der Altstadt werden in der 4. Priorität geführt, die Neustadt erhält die 5. Priorität, da dies zumeist homogene Bauflächen sind, in denen schon nach § 34 Baugesetzbuch keine höheren Gebäude als die vorhandenen zulässig sind.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 25.10.2007
Vorlagenummer: AN/0941/2007

Betreff: Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Waldecker Straße in Köln-Buchforst

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Planung für den Rückbau der Waldecker Straße in Köln Buchforst zu erarbeiten und dem Stadtentwicklungsausschuss, dem Verkehrsausschuss und der Bezirksvertretung Mülheim zur Beschlussfassung vorzulegen. Ziel der Planung soll eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität und eine besser gestalterische Einbindung der Straße als Allee in das Straßenbild sein. Es sollen zusätzliche Überquerungsmöglichkeiten für Fußgänger geschaffen werden und die Radverkehrsführung in punkto Sicherheit deutlich verbessert werden. Bei der Planung sind die Platzansprüche des Wochenmarktes zu berücksichtigen. Die Finanzierung ist sicherzustellen.

Sachstand:

Es wird eine Entwurfsplanung erstellt, auf deren Grundlage Mitte des Jahres ein Einplanungsantrag beim Zuschussgeber gestellt wird. Die notwendigen Zählungen und Aufmessungen wurden bereits in Auftrag gegeben.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 25.10.2007
Vorlagenummer: AN/0948/2007

Betreff: Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 461/15-2 zur Harmonisierung mit den Zielen der Sanierung am Eigelstein

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan Nr. 67 461/15-2 mit dem Ziel zu ändern, die Festsetzungen dieses Bebauungsplanes mit den Zielen der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Eigelstein zu harmonisieren.

Sachstand:

Die geplanten Änderungen des Bebauungsplanes Nr.: 67461/15 stimmen mit den Sanierungszielen überein. Gemäß den vom Rat der Stadt Köln beschlossenen Sanierungszielen ist u.a. das Angebot an sozialen und kulturellen Einrichtungen zu verbessern. Eine kulturelle Nutzung, wie durch den Raketenclub, ist daher im Sanierungsgebiet eindeutig erwünscht und wird aus sanierungsrechtlicher Sicht befürwortet. Voraussetzung dafür ist natürlich, dass eine solche Nutzung anderen beschlossenen Sanierungszielen nicht widerspricht. Als weiteres Sanierungsziel sind hier der Schutz und die Weiterentwicklung von Wohnnutzungen zu beachten.

Gremium: Stadtentwicklungsausschuss
Sitzungsdatum: 22.11.2007
Vorlagenummer: AN/1296/2007

**Betreff: Marktplatz Porz – städtisches Grundstück Friedrich-Ebert-Platz
in Porz-Mitte**

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten einer Entkopplung der Sanierung und des Betriebs der Tiefgarage und der Bebauung der Westseite des Platzes zu untersuchen.
2. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie eine Sanierung der städtischen Tiefgarage in Eigenregie durchgeführt werden könnte und ob ein Teil der Sanierungskosten durch Erlöse aus der Veräußerung des Grundstücks an der Westseite des Platzes sowie die weitere Verpachtung der Tiefgarage gegenfinanziert werden könnte.
3. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob Teile der Tiefgarage entbehrlich sind. Wenn ja, wie sich dieser Umstand auf die Sanierungskosten auswirken würde.
4. Die Verwaltung wird gebeten darzustellen, in welchem Umfang in der Tiefgarage notwendige Stellplätze für benachbarte Bauten und für die Hertie AG nachgewiesen werden.
5. Die Verwaltung wird außerdem aufgefordert mit den an der Bebauung am Platz zuvor interessierten Investoren parallel zu klären, ob unter den genannten Bedingungen ein gesteigertes Interesse besteht. Dabei ist zu klären, welche Auswirkungen die jeweiligen Pläne auf die unter der Bebauung befindlichen Teile der Garage haben.
6. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, durch geeignete Ausschreibung nach weiteren potentiellen Investoren zu suchen.
7. Ein Beschluss über die Sanierung der Tiefgarage und den Verkauf des städtischen Grundstücks an der Westseite sollte dann für beide Vorhaben zeitgleich erfolgen.
8. Die Verwaltung wird aufgefordert, dem Stadtentwicklungsausschuss alternative Darstellungen für eine optimale Bebauung auf der Platzfläche vorzulegen.

Sachstand:

Seit einiger Zeit gibt es kontroverse Diskussionen in der BV Porz über die Gestaltung des Friedrich-Ebert-Platzes in Köln-Porz und einer Sanierung der darunter liegenden Tiefgarage.

Die Liegenschaftsverwaltung prüft in diesem Kontext einige der aufgeworfenen Fragen in eigener Zuständigkeit. Abschließende Ergebnisse liegen bisher noch nicht vor.

Die Fragen bezüglich der Sanierung, deren Machbarkeit und Kosten können nur durch

ein umfassendes Gutachten eines Bausachverständigen beantwortet werden. Das Gutachten soll insbesondere über die folgenden Teilaspekte Aufschluss geben:

1. Ermittlung des Schadensumfanges
2. Ist eine technische Trennung der Tiefgarage und einer neuen Bebauung der Platzoberfläche möglich oder wären beide Bauwerke so untrennbar miteinander verbunden, dass es ausschließlich Sinn macht eine Sanierung der Tiefgarage und die Errichtung eines neuen Bauwerkes durch einen einzigen Bauherren ausführen zu lassen?
3. Statische Voraussetzungen für eine Bebauung auf der Westseite des Platzes
4. Art und Umfang der Betonsanierung
5. Art und Umfang der Techniksanieung
6. Abdichtung der Platzoberfläche
7. Kosten der Sanierung nach Gewerken unterteilt

Erst nachdem die o.g. Fragen in einem ersten Schritt durch ein unabhängiges Gutachten geklärt sind und belastbare Kostenschätzungen durch einen Bausachverständigen vorliegen, kann das Verfahren im Hinblick auf einen Verkauf weiterbetrieben werden, wobei auch die neuere Rechtsprechung der EuGH und des OLG Düsseldorf über Vergaben bei Grundstückskaufverträgen zu berücksichtigen ist.

Bedingt durch das vergaberechtliche Verfahren für die Beauftragung eines Bausachverständigen wird mit der Vorlage des Gutachtens frühestens im Sommer 2008 gerechnet.

Unabhängig von der Technik ist zu berücksichtigen, dass der Friedrich-Ebert-Platz und die Westseite des Platzes von der Tiefgarage vollständig unterbaut sind. Sofern die Tiefgarage im Eigentum der Stadt Köln bleiben sollte, würde die Errichtung eines Gebäudes auf der Westseite des Platzes durch einen Dritten rechtliche Probleme mit sich bringen.

In diesem Fall wären insbesondere Dienstbarkeiten, Leitungsrechte (Versorgungs- und Entsorgungsleitungen durch die Tiefgarage), Unter- und Überbaurechte zu prüfen. Für Schadensfälle ist eine exakte Schnittstellenvereinbarung notwendig, um die Kausalität und den genauen Grund für den Schaden und vor allem die Schadensbeseitigung zu ermitteln.

Diese auch für die Zukunft nicht unproblematische Konstruktion zweier übereinander liegender Gebäude in unterschiedlichem Eigentum führt erfahrungsgemäß bei der Beseitigung von Schäden oder der Ausübung von vereinbarten Rechten und Pflichten zu Differenzen zwischen den Beteiligten. Die Verwaltung prüft derzeit dennoch, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Vertragskonstruktion mit zwei unterschiedlichen Eigentümern möglich wäre.

Die Verwaltung hat bereits für das Anfang 2007 durchgeführte Bewerbungsverfahren unter 3 Interessenten umfangreiche städtebauliche Vorgaben für die Neubebauung auf der Westseite des Friedrich-Ebert-Platzes sowie die Gestaltung des Platzes erarbeitet. Aus dem vorgenannten Gutachten, in dem auch die statischen Voraussetzungen für eine Bebauung oberhalb der Tiefgarage geprüft werden, ergeben sich möglicherweise abweichende Vorgaben für das geplante Gebäude. Daher beabsichtigt die Verwaltung, Alternativen für die Bebauung des Friedrich-Ebert-Platzes erst nach Vorliegen des Gutachtens zu erarbeiten.

Beschlüsse des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 01.06.2006
Vorlagenummer: 0760/006

Betreff: Einsatz von Holzhackschnitzeln zur Energieerzeugung

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit bei der Grünunterhaltung anfallende Holzhackschnitzel zur Energieerzeugung in städtischen Liegenschaften – z. B. in Schulen – verwendet werden können.

Hierbei sind nicht nur die wirtschaftlichen Aspekte, sondern auch die Umweltauswirkungen, wie z. B. Emission, zu berücksichtigen.

Außerdem wird die Verwaltung beauftragt darzustellen, wie die Andienpflicht der Materialien an die AVG wahrgenommen wird und zu vergleichen, welcher der beiden Beschlüsse, die das Biomassekraftwerk bzw. den Einsatz von Holzhackschnitzeln betreffen, die sinnvollere Lösung für Köln sei. Auch hier sind sowohl die wirtschaftlichen, als auch die Umweltaspekte zu berücksichtigen.

Der Ausschuss ist über das Prüfungsergebnis zeitnah zu unterrichten.

Sachstand:

Die Prüfung der Verwendbarkeit des bei der Grünunterhaltung anfallenden Landschaftspflegeholzes zur Energieerzeugung in Schulen hat zu zwei potenziell dafür in Frage kommenden Schulobjekten geführt. Das eine ist die Hauptschule Nürnberger Straße, in der bereits eine Holzhackschnitzelanlage in Betrieb ist. Zum 01.10.2008 läuft der mit einem Contractor bestehende Vertrag aus, der die Brennstoffbeschaffung einschließt, und der Betrieb geht in die Verantwortung der Gebäudewirtschaft über. Ab diesem Zeitpunkt wird die Brennstoffversorgung dieser Holzhackschnitzelanlage durch eine Belieferung aus dem Material des städtischen Grünflächenamtes grundsätzlich möglich. Das Grünflächenamt hat bereits signalisiert, den erforderlichen Brennstoffbedarf von jährlich ca. 1.300 Schüttraummeter decken zu können. Die erforderlichen Details zu Aufbereitung und Lieferung des Holzmaterials sind jedoch noch nicht abschließend geklärt. Mit diesem Objekt könnten dann entsprechende Erfahrungen, vor allem hinsichtlich der Eignung und Qualität der Hackschnitzel aus den Beständen des Grünflächenamtes, gesammelt werden.

Ein zweites in Frage kommendes Objekt, welches die Randbedingungen für eine Heizwärmeversorgung über Holzhackschnitzel hinsichtlich Kessel-Erneuerungsbedarf, vorhandener Brennstoff-Lagermöglichkeiten, beliefungslogistischer Voraussetzung u. ä. erfüllen würde, ist die GGS Steinberger Str. 40 in Nippes. Dort steht innerhalb der nächsten zwei Jahre ein Kesselaustausch an, wobei in die zu gegebener Zeit anlaufenden Planungen eine Holzhackschnitzelfeuerung mit einbezogen werden kann, um belastbaren Ergebnisse vor allem in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit zu erhalten.

Eine Andienung der bei der Grünunterhaltung anfallenden Holzschnitzel an die AVG ist seit 2007 eingestellt.

Die Beurteilung der ökonomischen und ökologischen Unterschiede von Verwertungswegen (Biomassekraftwerk oder Holzhackschnitzel) ist seitens des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen nicht möglich.

Eine Verwertung des bei der Grünunterhaltung anfallenden Holzes wird derzeit nach Wirtschaftlichkeitskriterien und der Marktsituation vorgenommen.

Beschlüsse des Verkehrsausschusses

Gremium: Ausschuss Tiefbau und Verkehr
Sitzungsdatum: 11.05.1995
Vorlagenummer: 0758/095

Betreff: Konzept für die Verwendung von vorgesehenen GVFG-Finanzmitteln für Lichtsignalanlagen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss Tiefbau und Verkehr spätestens bis zum Herbst ein neues Konzept für die Verwendung der vorgesehenen GVFG-Finanzmittel für die Lichtsignalanlagen vorzulegen. Dieses Konzept soll die Prioritäten neu ordnen. Erste Priorität haben danach alle Maßnahmen beim Bau und bei der Steuerung, die notwendig sind, um den Stadtbahnen und Omnibussen an Signalanlagen Vorrang zu verschaffen.

Dabei sollen auch fahrzeuggesteuerte Anlagen Berücksichtigung finden.

Dies bedingt eine Abstimmung mit dem geplanten rechnergesteuerten Betriebsleitsystem (RBL) der KVB. Durch Verknüpfung beider Systeme ist zu gewährleisten, dass der Vorrang der Fahrzeuge des ÖPNV auch an Schnittstellen mit Hauptverkehrsachsen gegeben ist.

Sachstand:

Linie 5:

Die Planungen sind abgeschlossen. Zwei Lichtsignalanlagen (LSA), die nicht vom Umbau der Haltestellen betroffen sind, gingen schon Ende 2006 in Betrieb. Die restlichen vier Lichtsignalanlagen sollen im Zuge des Umbaus der Haltestellen Ittisstraße und Hosterstraße angepasst werden.

Linie 7:

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Rechnergesteuertes Betriebsleitsystem (RBL):

Alle LSA der 1. Ausbaustufe RBL, die in der Straßenbaulast der Stadt Köln liegen, wurden bis Ende 2006 hinsichtlich der Busbeschleunigungen in Betrieb genommen.

Gremium: Ausschuss Tiefbau und Verkehr
Sitzungsdatum: 28.09.1995
Vorlagenummer: 1592/095

Betreff: Zukünftige Stadtbahntrasse Zollstockgürtel/Raderthalgürtel

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich die Planung für die Verlängerung der Gürtelbahn zwischen Klettenberg und Rheinufer vorzustellen.

Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

alter Sachstand:

Nach dem Beschluss des Rates vom 19.12.2002 über zukünftige Prioritäten ist die Stadtbahnverlängerung zwischen Klettenberggürtel und Rheinufer nachrangig in Kategorie „G, Weiterer Bedarf“ eingestuft worden.

Gremium: Ausschuss Tiefbau und Verkehr
Sitzungsdatum: 13.06.1996
Vorlagenummer: 0782/096

Betreff: Wettbewerb bei Lichtsignalanlagen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Neuerrichtung bzw. beim Austausch von Signalanlagen dafür Sorge zu tragen, dass ein offener Wettbewerb zwischen mehreren Anbietern möglich wird. Notwendig hierfür ist:

- sicherzustellen, dass die einzusetzenden Systeme wie Verkehrsrechner und Steuergeräte untereinander kompatibel sind.
- die vorhandenen Verkehrsrechner so umzurüsten, dass Steuergeräte anderer Anbieter angeschlossen werden können.

Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, über den Deutschen Städtetag eine Initiative zu ergreifen mit dem Ziel, bundeseinheitliche Standards für Steuergeräte und die Schnittstellen festzulegen.

Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

alter Sachstand:

Nachdem seit Mitte 2002 die erste Stufe der OCIT-Schnittstelle den Anschluss von Lichtsignalsteuergeräten an Verkehrsrechner fremder Hersteller ermöglicht, wird in Köln im Rahmen von Ausschreibungen für Lichtsignalanlagen ausnahmslos OCIT-Technik gefordert.

Konkret sind die neuen Steuergeräte im Zuge der Maßnahmen „Linie 1 Aachener Straße“ und „RBL“ OCIT-fähig geliefert und in Betrieb genommen worden.

Auch die noch ausstehenden Stellungnahmen folgen Zug um Zug.

Der Beschluss ist weitgehend abgearbeitet. Daher wird die Verwaltung erst wieder berichten, wenn sich der Sachstand verändert hat.

Gremium: Ausschuss Tiefbau und Verkehr
Sitzungsdatum: 12.02.1998
Vorlagennummer: 1765/097, 0252/098

Betreff: Verlängerung der Stadtbahnlinie 5 in das Gewerbegebiet Butzweiler Hof und Erschließung des Medienzentrums Butzweiler Hof

Beschluss:

Der Ausschuss Tiefbau und Verkehr beauftragt einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Verwaltung, für die Erschließung des Medienzentrums Butzweiler Hof von folgenden Grundlagen auszugehen bzw. die dafür notwendigen Maßnahmen zu veranlassen:

1. Die Linie 5 wird von der vorhandenen Endhaltestelle über die Hugo-Eckener Straße und Von-Hünefeld-Straße bis zum Medienzentrum verlängert. Diese Planung ist unverzüglich dem Land vorzulegen mit der Bitte, bei der zur Zeit laufenden Fortschreibung des ÖPNV-Bedarfsplanes den vordringlichen Bedarf anzuerkennen. Des weiteren ist eine spätere Verlängerung von der Von-Hünefeld-Straße in Longerich (S-Bahn und Linie 6) trassenmäßig vorzusehen.
2. Im Rahmen der Planung für die Verlängerung der Linie 5 ist der Knotenpunkt Butzweiler Straße/Rochusstraße/HGK kreuzungsfrei auszubilden. Der Planungsentwurf ist vordringlich zu erarbeiten und den zuständigen Gremien vorzulegen.
3. Für die ÖV- und IV-Erschließung des Medienzentrums soll die alte Escher Straße leistungsfähig an den Militärring angebunden werden. Mit dem Landschaftsverband als Straßenbaulastträger für den Militärring sind die notwendigen Verhandlungen zu führen, um eine schnelle Realisierung dieser Anbindung zu erreichen. Mit der KVB sind Verhandlungen mit dem Ziel zu führen, rechtzeitig mit dem Baufortschritt der Medienanlagen eine Shuttle-Bus-Verbindung von der Bahnstation Köln-Longerich bis zum Medienzentrum einzurichten.

Sachstand:

Zu 1:

Am 19.12.2002 hat der Rat über zukünftige Prioritäten von ÖPNV-Vorhaben entschieden. Die Stadtbahnverlängerung der Linie 5 zum Butzweiler Hof wurde dabei nachrangig in Kategorie G „Weiterer Bedarf“ eingestuft. Dies liegt u.a. darin begründet, dass ein ausreichender, die Kosten übersteigender Nutzen, der eine Stadtbahnanbindung rechtfertigen würde, unter den derzeitigen Randbedingungen nicht zu erwarten ist.

Eine weitergehenden Untersuchung – in der die Frage geklärt werden sollte, ob eine langfristige Weiterführung der Stadtbahn in Richtung Longerich bzw. Esch, Pesch und Auweiler einen höheren Nutzen bringt, wurde zwischenzeitlich abgeschlossen.

Bei der Trassensicherung wird eine Variante berücksichtigt, die sowohl eine Erschlie-

ßung des IKEA-Geländes als auch eine Weiterführung nach Esch, Pesch und Auweiler ermöglicht. In den Bebauungsplänen bzw. Erschließungsverträgen wird eine Trasse für die Stadtbahn berücksichtigt. In einem ersten Schritt soll die Erschließung mit Bussen erfolgen.

Da die Maßnahme nach derzeitigem Sachstand nicht durch das Land gefördert wird, beabsichtigt die KVB die Stadtbahnverlängerung mit Eigenmitteln und einem Anteil privater Finanzierung zu realisieren. Die Planung ist in Vorbereitung und Abstimmung.

Zu 2:

Die Kreuzung mit der HGK-Trasse soll nunmehr niveaugleich erfolgen, um eine Stadtbahnanbindung mit vertretbaren, weitgehend eigenfinanzierten Investitionen zu ermöglichen.

Zu 3.:

Die Ausführungsplanung für die Alte Escher Straße wurde im Dezember 2007 fertig gestellt. Die Ausbauarbeiten für den 5. Bauabschnitt – Alte Escher Straße im Zusammenhang mit der Erschließung des Gewerbegebietes haben zwischenzeitlich begonnen. Die Rodungsarbeiten entlang der Straßentrasse wurden durchgeführt, so dass im Anschluss die erforderlichen Erdarbeiten sowie die weiteren straßenbaulichen Arbeiten durchgeführt werden können. Der Ausbau der Alten Escher Straße wird nach derzeitigem Kenntnisstand voraussichtlich im Oktober 2008 abgeschlossen sein.

Gremium: Ausschuss Tiefbau und Verkehr
Sitzungsdatum: 01.06.1999
Vorlagenummer: 0747/099

Betreff: Einbeziehung der Linie 12 in das Konzept für die Verwendung von GVFG-Finanzmitteln für Lichtsignalanlagen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den nördlichen Streckenast der Linie 12 von der Haltestelle Niehl bis Merkenich in das Konzept für die Verwendung der GVFG-Finanzmittel für Lichtsignalanlagen aufzunehmen und die Planungen für eine solche Beschleunigungsmaßnahme der Stadtbahnlinie auszuarbeiten sowie die Kosten darzustellen.

Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand

alter Sachstand:

Wegen der hohen Kosten für die Erneuerung der Lichtsignalanlagen wurden auf diesem Streckenabschnitt in einem ersten Schritt nur die zwingend notwendigen Anpassungsmaßnahmen für den Betrieb mit Niederflurfahrzeugen durchgeführt.

In einem zweiten Schritt muss die Realisierung der eigentlichen Beschleunigungsmaßnahme erfolgen. Ein Termin kann hierfür derzeit noch nicht genannt werden.

Gremium: Ausschuss Tiefbau und Verkehr
Sitzungsdatum: 27.09.2001
Vorlagennummer: 1439/001, 1745/001

Betreff: Konzept für die zeitweise Sperrung der Ringe

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Planung für die zeitweise Sperrung der Ringe zu entwickeln. Die Prüfung soll den Bereich zwischen Barbarossaplatz und Christophstraße umfassen. Sichergestellt sein muss, dass die Radialquerungen der Ringe im Bereich bedeutender Ausfallstraßen möglich bleiben.

Gleichzeitig wird die Verwaltung gebeten, für die nächste Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses ein Konzept vorzulegen für eine versuchsweise Sperrung des Teilbereiches der Ringe zwischen Rudolfplatz und Friesenplatz für die Zeit von Freitag 21.00 Uhr bis Samstag 5.00 Uhr und Samstag von 21.00 Uhr bis Montag 5.00 Uhr.

Die Dauer des Versuchs soll ein Jahr betragen.

Die Erfahrungen aus der Teilspernung sollen bei der Entwicklung des Gesamtkonzeptes Berücksichtigung finden.

Ob und inwieweit eine Sperrung der Ringe ganz oder teilweise durchgeführt wird entscheidet der Rat erst nach Auswertung des Prüfergebnisses.

Sachstand:

Aufgrund des Beschlusses des Verkehrsausschusses vom 13.03.2007 über das Programm Umgestaltung der Kölner Ringe ist der o. a. Beschluss als erledigt zu betrachten.

alter Sachstand:

Zur Zeit wird der Beschluss des Verkehrsausschusses vom 13.03.2007 umgesetzt.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 03.05.2005
Vorlagenummer: 0661/005

Betreff: Realisierung des III. Bauabschnitts der Nord-Süd-Stadtbahn

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit den zuständigen Stellen beim Land und Bund mit dem Ziel aufzunehmen, die Finanzierung der III. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn zeitnah sicher zu stellen. Hierzu sind geeignete Vorschläge zu erarbeiten, die den vorgesehenen Fertigstellungstermin nicht gefährden und die finanzielle Belastung für die Stadt Köln nicht erhöhen. Dabei ist auch zu prüfen, wie die langfristig vorgesehene Gürtelbahn in dieses Konzept integriert werden kann.

Sachstand:

Da der Verkehrswert der Nord-Süd Stadtbahn maßgeblich von einer Realisierung aller drei Baustufen abhängt, ist nach derzeitigem Verhandlungsstand davon auszugehen, dass Bund und Land eine zeitnahe Umsetzung der 3. Baustufe unterstützen. In einem ersten Schritt ist eine Entscheidung der Stadt Köln zur Stadtbahntrasse erforderlich. Die Planungen zur Trassenführung und Straßenraumaufteilung in der Bonner Straße wurden von der Verwaltung in mehreren Varianten ausgearbeitet. Eine entsprechende Beschlussvorlage ist noch im Beratungsgang.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 30.08.2005
Vorlagenummer: 1290/005

Betreff: Investitionsprogramm Infrastruktur

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig ein Konzept für einen Investitionsplan „Unterhaltung der Straßen und Wege“ zu entwickeln und dem Verkehrsausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Dieses Konzept soll einen Zeit-/Maßnahmenplan enthalten, aus dem deutlich wird, wann in welchen Straßen zusätzliche Mittel zur Unterhaltung investiert werden sollen und nach welchen Kriterien die Priorisierung erfolgt.

Am Ende eines jeden Jahres ist dem Verkehrsausschuss ein Gesamtbericht über die erfolgten Straßenunterhaltungsmaßnahmen des jeweiligen Jahres vorzulegen.

Dem Verkehrsausschuss ist halbjährlich ein Zwischenbericht vorzulegen.

Sachstand:

Das Sonderprogramm Straßenunterhaltungsmaßnahmen (ehemals 30 Mio. Programm/12,5 Mio. Programm) ist abgeschlossen und somit erledigt. Auch der Beschluss über das Investitionsprogramm Infrastruktur wurde erfüllt, da seitens der Verwaltung jährliche Mitteilungen bzw. Stellungnahmen an den Verkehrsausschuss übermittelt werden und dies ein immer weiter fortlaufender Prozess ist. Somit ist auch dies erledigt und abgeschlossen.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 21.03.2006
Vorlagenummer: 0296/006

Betreff: Barrierefreiheit an Kreuzungen und Kreisverkehren

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung:

- Bei der weiteren Bearbeitung des Programms „Ersatz von Lichtsignalanlagen durch alternative Knotenpunktbetriebsformen“ sind bei jeder Maßnahme die Erfordernisse der Barrierefreiheit zu beachten.
- Die einzelnen Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit sind in den Verwaltungsvorlagen in einem gesonderten Prüfpunkt dazulegen.
- Die bisher fertig gestellten alternativen Knotenpunktbetriebsformen im Stadtgebiet sind hinsichtlich der Barrierefreiheit zu überprüfen und das Prüfergebnis dem Ausschuss darzustellen.
- Der Beschluss wird dem Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis gegeben.

Sachstand:

Die bisher fertig gestellten alternativen Knotenpunktbetriebsformen im Stadtgebiet werden aus personellen Gründen hinsichtlich der Barrierefreiheit nachrangig bearbeitet.

alter Sachstand:

Es wurden zwei Pilotprojekte in enger Zusammenarbeit mit den Behindertenverbänden gestartet. Zum einen behindertengerechte Lichtsignalanlagen unter Einbeziehung weitergehender akustischer Signale und zum anderen der Test von aufklebbaren taktilen Elementen im Straßenland.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 21.03.2006
Vorlagennummer: 1582/005

Betreff: Car-Sharing Plätze im öffentlichen Raum

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- dem Ausschuss beschlussreif vorzulegen, unter welchen Voraussetzungen das Bremer Modell auf Köln übertragbar ist und auf welcher Grundlage reine Car-Sharing Stationen im öffentlichen Raum herzustellen sind
- Verhandlungen mit potenziellen Betreibern von Car-Sharing Stationen im öffentlichen Raum aufzunehmen, mit Berücksichtigung der im Umweltzeichen „Blauer Engel“ festgelegten Kriterien
- dem Ausschuss, unter Einbeziehung des Stadtentwicklungsausschusses, geeignete Standorte zur Errichtung von Car-Sharing Stationen und/oder Mobilpunkten vorzuschlagen. Dies soll als Modellversuch vorerst im Stadtbezirk Innenstadt und einem weiteren städtischen Bezirk (z.B. Nippes oder Ehrenfeld) gestartet werden. Die potenziellen Car-Sharing Stationsbetreiber sollen in die Beratung einbezogen werden.

Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

alter Sachstand:

Die Verwaltung hat vor der beschlussreifen Vorlage zur Einführung von Car-Sharing Stellplätzen im öffentlichen Straßenraum ein Pilotprojekt gestartet, welches die Grundlagen für eine stimmige Beschlussvorlage liefert.

Der Firma Cambio Köln Stadtauto CarSharing GmbH sind fünf Stellplätze auf dem Parkplatz am Ottoplatz durch Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis zur Einrichtung einer Car-Sharing-Station überlassen worden.

Der Bereich Deutzer Bahnhof wurde bevorzugt ausgewählt, da er unmittelbar das öffentliche Verkehrsnetz mit Car-Sharing verbindet. Da für die Stellplätze in naher Zukunft eine andere Nutzung (Bebauung) vorgesehen ist, eignet sich dieser Standort für ein Pilotprojekt.

Die Verhandlungen wurden mit Cambio Köln Stadtauto CarSharing GmbH geführt, da dies das einzige Unternehmen in Köln ist, das mit dem Umweltzeichen „Blauer Engel“ ausgezeichnet wurde.

Das Pilotprojekt läuft seit März 2007. Schlüssige Ergebnisse hierzu werden vor Ablauf eines Jahres nicht vorliegen.

Bisher wurden daher keine weiteren Stellplätze in anderen Stadtgebieten im öffentlichen Straßenland abgestimmt, um zuvor die Erfahrungen in Deutz auswerten zu können.

Die Verwaltung und die Firma Cambio werden sich dann über weitere Standorte erforderlichenfalls in Zukunft noch abstimmen und das weitere Vorgehen dem Verkehrsausschuss vorstellen.

Der Firma Cambio wurden darüber hinaus in Köln-Porz auf dem alten Marktplatz private Flächen der Stadt Köln vermietet, die ebenfalls in unmittelbarer Nähe der KVB-Bus- und Bahnhaltestellen liegen.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 30.05.2006
Vorlagennummer: 0742/006, 0829/006

Betreff: Veränderung der Linienführungen der Buslinien 106 und 133

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der KVB AG die Linienführung der Buslinien 106, 132 und 133 im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Baufortschritten der Nord-Süd-Stadtbahn zu überprüfen. Bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplans soll ein Linienkonzept nach Fertigstellung der Nord-Süd-Stadtbahn als Zielvorstellung erarbeitet werden. Dabei soll die Verwaltung darlegen, ob es von der heutigen Linienführung ausgehend sinnvolle Zwischenlösungen bis zur Verwirklichung des Zielkonzeptes gibt. Dabei ist auch die direkte Anbindung an den Neumarkt zu prüfen.

Sachstand:

Die Verwaltung hat den Prüfauftrag bearbeitet und zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 11.09.2007 (TOP 7.3) eine umfassende Mitteilung zur Führung während der verschiedenen Bauphasen der Nord-Süd-Stadtbahn vorgelegt.

Der Vorgang ist damit erledigt.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 30.05.2006
Vorlagennummer: 0713/006, 0826/006

Betreff: Verlängerung der Stadtbahnlinie 3

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verlängerung der Stadtbahnlinie 3 als oberirdische Linie bis zum Görlinger Zentrum zu planen. Die Planung soll so erfolgen, dass die Gesamtkosten der Maßnahme **unter** 10 Mio. € bleiben. Dabei soll die Bahnlinie möglichst nah an das Görlinger Zentrum herangeführt werden.

Es sind insbesondere folgende Varianten zu untersuchen:

- Verlängerung der Trasse mit einer Endhaltestelle in Höhe der Tollerstraße
- Verlängerung der Trasse mit einer Endhaltestelle in Höhe des Schumacher-rings nördlich der Schule
- Verlängerung der Trasse bis zum Buschweg

In jedem Fall soll die Endhaltestelle mit dem Busverkehr angemessen verknüpft werden.

Sachstand:

Die Untersuchungen der Verwaltung laufen noch. Die Varianten müssen im Rahmen der Verwaltungsabstimmung unter anderem unter den Gesichtspunkten der Verkehrserschließung, Busanbindung, Umweltauswirkungen (u.a. wegen der erheblichen Eingriffe in bestehendes Grün sowie möglicher Lärmbelastungen) und nicht zuletzt der Kriminalprävention bewertet werden.

Eine erste Bewertung der Varianten liegt vor und wird noch innerhalb der Verwaltung abgestimmt. Die Varianten im Bereich Tollerstraße und Buschweg weisen eine unterdurchschnittliche Erschließung des Gebietes auf. Um eine möglichst gute Anbindung an das Görlinger Zentrum und eine qualitativ gute fußläufige Erschließung der Siedlung zu erreichen, werden mehrere Varianten genauer untersucht, die im Bereich des Schumacherringes liegen. Es zeichnet sich ab, dass hier mehrere Varianten denkbar wären, die jeweils individuelle Vor- aber ggf. auch Nachteile haben. Angedacht ist eine frühzeitige Bürgerbeteiligung, um eine höchstmögliche Akzeptanz der Stadtbahnanbindung zu erzielen.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 17.08.2006
Vorlagennummer: 1201/006

Betreff: Erschließungswirkung von Buslinien

Beschluss:

A:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung und die KVB, die Einrichtung oder Erweiterung von Buslinien unter Berücksichtigung folgender Faktoren zu überprüfen und zu priorisieren:

1. Erschließungswirkung
2. Auswirkung auf bestehende ÖPNV-Verbindungen
3. Einbeziehung bestehender ÖPNV-Verbindungen
4. Nachfragerrelevanz
5. Kosten
6. Möglichkeiten zur Einrichtung einer Testphase
7. Linienführungsalternativen

Das Prüfergebnis ist dem Verkehrsausschuss vorzulegen.

B:

Der Verkehrsausschuss bittet die Verwaltung und die KVB, eine Übersicht über die Erschließungsradien des vorhandenen ÖPNV auf Grundlage des gültigen Nahverkehrsplanes dem Ausschuss vorzulegen.

Sachstand:

Zu A:

Diese Faktoren werden sowohl bei der teilräumlichen Fortschreibung des Busnetzes als auch bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplans angewendet.

Der Vorgang kann aus Sicht der Verwaltung als erledigt betrachtet werden.

Zu B:

Der Beschlussteil wurde mit Vorlage des vorletzten Halbjahresberichts erledigt.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 17.08.2006
Vorlagennummer: 1034/006, 1232/006

Betreff: Pilotprojekt Bus- und Taxispur auf der Rheinuferstraße

Beschluss:

1. Von einer Änderung des Finanzierungsantrages auf Basis des Beschlusses des Verkehrsausschusses vom 02.05.2006 zum Pilotprojekt Bus- und Taxispur auf der Rheinuferstraße wird abgesehen.

Der Beschluss wird somit nicht aufrechterhalten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, darzustellen, wie eine ausreichende und attraktive ÖPNV-Anbindung des Rheinauhafens gewährleistet werden kann, da die Stadtbahnhaltestelle Severinsbrücke in absehbarer Zeit nicht realisiert werden kann.
3. Verwaltung und KVB werden beauftragt, dem Verkehrsausschuss einen Erfahrungsbericht zu den bereits beauftragten Busspuren in Köln vorzulegen.
4. Verwaltung und KVB werden beauftragt zu untersuchen, auf welchen Strecken in Köln die Einrichtung von weiteren Bus- und Taxispuren verkehrstechnisch sinnvoll und förderunschädlich möglich ist. Dies gilt insbesondere unter Beachtung einer Verringerung der Fahrzeiten und der möglichen Einrichtung von Schnellbuslinien.
5. Das Ergebnis ist dem Verkehrsausschuss vorzustellen.

Sachstand:

Zu Nr. 2:
Dieser Punkt ist erledigt.

Zu Nr. 3 bis 5:
Die Verwaltung wird im Rahmen der anstehenden Fortschreibung des Nahverkehrsplans Köln den Handlungsbedarf erneut überprüfen.

Der Punkt kann daher aus Sicht der Verwaltung als erledigt betrachtet werden.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 23.01.2007
Vorlagenummer: A/0004/007

**Betreff: Maßnahmen zur Attraktivierung der den Rhein querenden
KVB-Stadtbahnlinien im Rahmen der geplanten Brückensanierung**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Kölner Verkehrsbetrieben und dem Land NRW als Zuschussgeber die zumindest mittelfristige Realisierungsabsicht zum Neubau der Haltestelle Rheinauhafen auf der Severinsbrücke und zum Verkehr den Rhein querenden KVB-Stadtbahnlinien in Dreifachtraktion zu klären, mögliche Synergieeffekte zu den nun anstehenden Brückensanierungsarbeiten zu untersuchen und entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen.

Sachstand:

Im Zuge der vorbereitenden Arbeiten zur Brückensanierung werden die Synergieeffekte bezüglich Dreifachtraktion und Neubau einer Haltestelle untersucht und bewertet.

Die Frage der Landeszuwendungen erfordert nach ersten Gesprächen mit der BR Köln Aussagen zum Verkehrswert einer neuen Haltestelle und zur städtischen Prioritätseinstufung. Zu Ermittlung des Verkehrswertes soll ein Gutachten beauftragt werden.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 23.04.2007
Vorlagenummer: A/0144/007

Betreff: Erweiterte kommunale Umweltverträglichkeitsprüfung mit umfassendem Gesamtverkehrskonzept für den Kölner Norden

Beschluss:

Um das Belastungsszenario im Kölner Norden zu ermitteln, wird die Verwaltung aufgefordert, für den Bereich, der begrenzt wird - im Norden durch die Autobahn A 1, im Osten durch den Rhein, im Süden bis zum Gürtel und im Westen durch die Autobahn A 57 - eine integrierte Raumanalyse zu erarbeiten. Nach dem bereits in den durchgeführten Raumanalysen für Flittard/Stammheim und Porz sowie Meschenich/Immenhof/Rondorf bewährten Verfahren sollen insbesondere untersucht werden:

- Biotoptypenzuordnung, Biotopvernetzung und Artenschutz
- Klima
- Grundwasser/Versickerung
- Bodengüte
- Luftqualität
- Lärm
- Gefahrenschutz
- Magnetfeldbelastung

Die Ergebnisse der Analyse sollen zu entsprechend aufgegliederten Planungsempfehlungen zusammengeführt werden.

Sachstand:

Es hat in dieser Sache bislang kein Scopingtermin stattgefunden. Die Verwaltung ist vordringlich mit der Vorbereitung der Umsetzung der Planungsempfehlungen der "Interkommunalen Integrierten Raumanalyse (IIRA)" beschäftigt.

Einen Scopingtermin für die erweiterte kommunale Umweltverträglichkeitsprüfung mit umfassendem Gesamtverkehrskonzept für den Kölner Norden plant die Verwaltung für das erste Quartal 2008.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 23.04.2007
Vorlagenummer: A/0157/007

Betreff: Der bessere Ebertplatz: barrierefrei und stufenlos

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, vor der Einreichung eines Genehmigungsantrags zum Umbau der U-Bahn-Haltestelle Ebertplatz erneut zu prüfen, inwieweit auf eine Längsteilung der Bahnsteige ganz oder teilweise verzichtet werden kann. Im Einzelnen soll dabei auf folgende Fragen eingegangen werden:

1. Wie weit können die Gleise, auf denen Niederflurbahnen verkehren, angehoben werden, wenn die technischen und rechtlichen Grenzen bzgl. Fahrweg und Fahrzeugen ausgereizt werden (s. Anlage 1) und z.B. der derzeit vorhandene Fahrdrabt durch eine an der Tunneldecke angebrachte Stromschiene ersetzt wird?
2. Wie weit können die Gleise, auf denen Hochflurbahnen verkehren, abgesenkt werden, wenn die technischen und rechtlichen Grenzen bzgl. Fahrweg und Fahrzeugen ausgereizt werden und z.B. der derzeit vorhandene Schotteroberbau durch eine so genannte feste Fahrbahn mit geringstmöglicher Aufbauhöhe ersetzt wird?
3. Sofern sich Zwangspunkte aufgrund der Weichenverflechtungen vor bzw. hinter der Haltestelle ergeben, ist zu prüfen, inwieweit es durch eine Kombination der Anhebung der Niederflur-, Absenkung der Hochflurgleise und der Einrichtung eines Gefälles zumindest in einem Teilbereich (z.B. mittleres Drittel) des Bahnsteigs möglich ist, auf eine Längsteilung zu verzichten und so (zumindest in einem Teilbereich) eine sowohl barrierefreie als auch stufen- und rampenlose Gestaltung der Bahnsteige zu ermöglichen.
4. Sofern sich Zwangspunkte aufgrund der Verbreiterung der Bahnsteige ergeben, ist zu prüfen, inwieweit durch einen Verzicht auf die Bahnsteigverbreiterung und den völligen oder teilweisen Verzicht von Stufen und Rampen auf dem Bahnsteig ausreichend Kapazitäten bei hohem Fahrgastaufkommen vorhanden ist.
5. Die Vorschläge des VCD, die geplanten Aufzüge an die Südseite der Bahnsteige zu verlegen, sind auf ihre Machbarkeit hin zu prüfen.

Angeichts der Tatsache, dass die Haltestelle Ebertplatz einer der Hauptumsteigepunkte im Kölner Stadtbahnnetz ist und die nunmehr zu realisierende Umgestaltung für mindestens die nächsten 40 Jahre das Aussehen und die Funktionalität bestimmen wird, sollen die oben genannten Punkte zunächst unabhängig von den Fragen der Länge der erforderlichen Sperrpause, des Zeitpunkts des Umbaus und des finanziellen Rahmens geprüft werden. Die Prüfergebnisse sind dem Ausschuss möglichst zeitnah vorzustellen.

Sachstand:
<p>Der Verkehrsausschuss hat am 12.06.2007 beschlossen, dass die Gleise im Niederflurbereich um 10cm angehoben werden sollen. Die Hochflurgleise bleiben unverändert. Die einzubauenden Aufzüge sollen beide Bahnsteighöhen anbinden.</p> <p>Der Rat hat am 13.12.2007 den Bau der Haltestelle beschlossen. Ende 2008 lagen ebenfalls das Baurecht und der Bewilligungsbescheid über Fördermittel vor. Ziel ist es nunmehr die Haltestelle ab Mitte 2008 umzubauen.</p>

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 12.06.2007
Vorlagenummer: A/0216/007

Betreff: Flächendeckende Straßenbeschilderung

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, insbesondere in der Kölner Innenstadt dafür Sorge zu tragen, dass eine flächendeckende Straßenbeschilderung vorhanden ist.

Hierbei sind fehlende Straßenbenennungsschilder vorrangig dort zu installieren bzw. zu ersetzen, wo die Hauseigentümer/-innen hiermit einverstanden sind. In allen anderen Fällen sind die rechtlichen Möglichkeiten hinsichtlich der Anbringung von Straßenbenennungsschildern an Hausecken zu prüfen.

Sachstand:

Mit den Arbeiten wurde bereits begonnen. Die fehlenden Verkehrszeichen 437 StVO (Straßennamensschilder) werden sukzessive ersetzt.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 12.06.2007
Vorlagenummer: A/0239/007

Betreff: "Aktualisierung und Überprüfung der Ziele für das Gesamtverkehrskonzept Köln"

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das am 11. Juni 1992 beschlossene Gesamtverkehrskonzept zu überprüfen und zu aktualisieren. Dies soll insbesondere geschehen im Hinblick auf die Fragen:

1. Ergeben sich durch eine Aktualisierung der Analyse signifikante Veränderungen, die zu einer Veränderung der im Gesamtverkehrskonzept enthaltenen Ziele und Handlungsempfehlungen führen. Dabei sollte eine Veränderung des Modal-Split in Bezug auf umweltgerechte und stadtverträgliche Verkehrsarten erreicht werden?
2. Welche im Konzept enthaltenen Ziele und Handlungsempfehlungen wurden bereits abgearbeitet?
3. Welche Ziele und Handlungsempfehlungen sind aus heutiger Sicht überholt und sollten nicht weiter verfolgt werden?
4. Welche Ziele und Handlungsempfehlungen sind nach wie vor richtig und sollten stringent umgesetzt werden?
5. Ergeben sich im Sinne einer nachhaltigen ökologischen Verkehrspolitik unter Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes für alle Verkehrsteilnehmer neue Handlungsempfehlungen?

Sachstand:

Die Überprüfung des GVK befindet sich derzeit in der verwaltungsinternen Abstimmung. Die Verwaltung wird in einer der nächsten Sitzungen des Verkehrsausschusses berichten.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 12.06.2007
Vorlagennummer: A/0238/007

Betreff: Stärkung des Fahrradverkehrs in Köln

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt

1. sich aktiv an der gemeinsamen Aktion des ADFC und der AOK Rheinland vom 01. Juni bis 31. August 2007 „Mit dem Rad zur Arbeit“ zu beteiligen.
2. einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten mit dem Ziel, die städtischen Mitarbeiter/-innen generell zur stärkeren Nutzung des Fahrrades zu motivieren (z.B. kostenlose Fahrradreparaturen, Beratung bzgl. der besten Radwegeverbindungen von zu Hause zur Arbeit, Bereithaltung von Diensträdern etc.)
3. zu überprüfen wo bisher im Einsatz befindliche Dienstfahrzeuge durch Dienstfahrräder ersetzt werden können
4. den Ausschuss zeitnah über die Ergebnisse zu informieren.

Sachstand:

Zu 1:

Mehr als 5.100 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rheinland haben in der Zeit vom 1. Juni bis 31. August 2007 an der Aktion teilgenommen und den Weg zur Arbeit an mindestens 20 Tagen mit dem Fahrrad zurück gelegt. Es haben sich 68 Mitarbeiter der Verwaltung an der Aktion beteiligt. Die Aktion soll 2008 wieder durchgeführt und von der Verwaltung unterstützt werden.

Zu 2+3:

Für das Jahr 2008 sind wieder Aktionen vom Team des Fahrradbeauftragten geplant, die das Radfahren fördern sollen. Über diese Aktionen wird vorher informiert. Informationen über Aktuelles und Aktionen aus dem Bereich des Fahrradbeauftragten sind im Internet über den Link <http://www.stadt-koeln.de/verkehr/radverkehr/index.html> abrufbar.

alter Sachstand:

Zu 1.

Zwischen der AOK Rheinland und der Stadt Köln wurde am 02.05.2007 vereinbart, für die Aktion "Mit dem Rad zur Arbeit" zwei gemeinsame Informationsveranstaltungen am Stadthaus in Deutz durchführen.

Die 1. Veranstaltung fand statt am 04.06.2007 in der Zeit von 7:30 - 14:00 Uhr vor dem Haupteingang des Westgebäudes am Stadthaus. Bei dieser Veranstaltung wurden gezielt städtische Bedienstete und Besucher des Stadthauses auf die Aktion angesprochen. Zielgruppen waren Fußgänger und Radfahrer. An dieser Veranstaltung

nahm auch die mobile Fahrradwerkstatt der Radstation am Kölner Hauptbahnhof teil.

Die 2. Veranstaltung fand statt am 05.06.2007 in der Zeit von 7:30 - 14:00 Uhr am rückwärtigen Eingang des Westgebäudes am Stadthaus / Höhe Kölnarena. Bei dieser Veranstaltung wurden ebenfalls gezielt städtische Bedienstete und Besucher des Stadthauses auf die Aktion angesprochen. Als Zielgruppe wurden vorrangig Autofahrer angesprochen (z.B. ankommende Besucher aus dem Parkhaus).

Die AOK Rheinland stellte an beiden Veranstaltungstagen einen Info-Stand auf und verteilte Flyer sowie Anmeldekarten für die Aktion. Die Stadt Köln begleitete die Veranstaltungen vor Ort ebenfalls mit personellem Einsatz, u.a. war der städtische Fahrradbeauftragte über die gesamte Veranstaltungsdauer als Ansprechpartner vor Ort. Die Stadt verteilte ergänzend verschiedene Flyer zum Thema Radfahren in Köln. Die Verwaltung sieht den Punkt 1 des Beschlusses als erledigt an.

Zu 2.:

Zum Radfahren in Köln finden sich bereits heute eine Vielzahl von Informationen auf der Internetseite www.stadt-koeln.de unter den Menüpunkten "Verkehr" und "Sport + Freizeit".

Neben den städtischen Informationen (z.B. Freizeitrouten für den Radverkehr, Regeln zum Radfahren) finden sich dort auch weitergehende Links, z.B. zum Radroutenplaner NRW, über den kostenfrei Wegeverbindungen für den Radverkehr ermittelt werden können. Zu empfehlen ist auch der „Fahrradstadtplan Köln und Umgebung“, welcher vom ADFC Köln erstellt wurde und herausgegeben wird. Neben dem Kölner Stadtgebiet sind auch die City-Bereiche von Hürth, Frechen, Pulheim, Leverkusen und Bergisch Gladbach enthalten. Der Fahrradstadtplan ist im örtlichen Buchhandel zum Preis von 9,95 Euro erhältlich (ISBN 978-3-7616-2061-8).

Darüber hinaus wird im Rahmen des regionalen Verkehrsinformationssystems „mobil im Rheinland“ erstmalig auch der Radverkehr im intermodalen Routing Berücksichtigung finden. Konkret wird bei allen Wegen unter 10 km auch eine Radwegroute empfohlen.

Weitergehende individuelle Routenempfehlungen oder kostenlose Fahrradreparaturen können aufgrund fehlender personeller Kapazitäten seitens der Stadt Köln nicht erfolgen.

Zu 3.:

Beim Amt für Straßen und Verkehrstechnik stehen bereits seit Anfang der 1990er-Jahre Dienstfahrräder für die Beschäftigten zur Verfügung. Diese Dienstfahrräder werden von den Mitarbeitern regelmäßig für Außentermine genutzt. Derzeit prüft das Grünflächenamt, ob für die Nutzung von Dienstfahrrädern ein Bedarf besteht und somit solche Räder beschafft werden.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 23.10.2007
Vorlagenummer: AN/0906/2007

Betreff: Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Waldecker Straße in Köln-Buchforst

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Planung für den Rückbau der Waldecker Straße in Köln Buchforst zu erarbeiten und dem Stadtentwicklungsausschuss, dem Verkehrsausschuss und der Bezirksvertretung Mülheim zur Beschlussfassung vorzulegen. Ziel der Planung soll eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität und eine besser gestalterische Einbindung der Straße als Allee in das Straßenbild sein. Es sollen zusätzliche Überquerungsmöglichkeiten für Fußgänger geschaffen werden und die Radverkehrsführung in punkto Sicherheit deutlich verbessert werden. Bei der Planung sind die Platzansprüche des Wochenmarktes zu berücksichtigen. Die Finanzierung ist sicherzustellen.

Sachstand:

Es wird eine Entwurfsplanung erstellt, auf deren Grundlage Mitte des Jahres ein Einplanungsantrag beim Zuschussgeber gestellt wird. Die notwendigen Zählungen und Aufmessungen wurden bereits in Auftrag gegeben.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 27.11.2007
Vorlagennummer: AN/1294/2007

Betreff: Mehr Sicherheit in den Straßenbahnen der KVB durch Verzicht auf die Doppeltraktion

Beschluss:

Die KVB beschaffen zukünftig nur noch Straßenbahnzüge in durchgehend doppelter bzw. für den Fall der Einführung der Dreifachtraktion dreifacher Länge. Lediglich für den begründeten Bedarf des Betriebes einzelner Linien in Einzeltraktion (z.B. derzeit die Linie 13 an Sonntagen) darf von dieser Regel zukünftig abgewichen werden. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat der KVB werden angewiesen, eine entsprechende Beschlusslage der Gesellschaft herbeizuführen.

Sachstand:

Der Beschlusstext wurden in der Sitzung des Verkehrsausschuss am 27.11.2007 verändert und lautet nun wie folgt:

„Der Antrag, der da lautet:

Die KVB beschaffen zukünftig nur noch Straßenbahnzüge in durchgehend doppelter bzw. für den Fall der Einführung der Dreifachtraktion dreifacher Länge. Lediglich für den begründeten Bedarf des Betriebes einzelner Linien in Einzeltraktion (z.B. derzeit die Linie 13 an Sonntagen) darf von dieser Regel zukünftig abgewichen werden. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat der KVB werden angewiesen, eine entsprechende Beschlusslage der Gesellschaft herbeizuführen.

wird in die Nahverkehrsplan-Beratungen verwiesen.“

Dabei wird der Beschluss berücksichtigt.

Gremium: Verkehrsausschuss
Sitzungsdatum: 27.11.2007
Vorlagenummer: AN/1402/2007

Betreff: Aktualisierung und Umsetzung des "Verkehrskonzeptes Lövenich, Weiden, Junkersdorf"

Beschluss:
Die Verwaltung wird beauftragt, dem Verkehrsausschuss ist ein Sachstandsbericht zum Verkehrskonzept Lövenich vorzulegen. Daraus soll auch detailliert hervorgehen, welche Maßnahmen bereits realisiert wurden, welche sich in der Umsetzung befinden, welche Projekte noch nicht begonnen wurden oder zusätzlich geplant werden müssen. Für Maßnahmen, die noch nicht umgesetzt wurden, ist ein Zeit-Maßnahmen-Plan für eine zeitnahe Realisierung vorzulegen. Das Verkehrskonzept ist darüber hinaus mit dem Ziel der Vermeidung von Durchgangsverkehren in den Wohngebieten Lövenich, Weiden und Junkersdorf unter Berücksichtigung von bereits realisierten sowie in Planung befindlichen Bauvorhaben im Umfeld erneut zu überprüfen und fortzuschreiben. Die Ergebnisse sowie die daraus resultierenden Maßnahmen sind dem Ausschuss sowie der Bezirksvertretung Lindenthal zur Beschlussfassung vorzulegen. Des Weiteren ist den Gremien halbjährlich über den Umsetzungsstand zu berichten.
Sachstand:
Der Beschluss wird derzeit von der Verwaltung abgearbeitet.

Beschlüsse des Wirtschaftsausschusses

Gremium: Wirtschaftsausschuss
Sitzungsdatum: 14.07.2003
Vorlagenummer: 0817/003

Betreff: Brennstoffzellentechnologie-Cluster in Köln

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die in Köln und Kölner Region vorhandenen Ressourcen des zukunftssträchtigen Technologie-Clusters für Brennstoffzellenproduktion und –anwendungen zusammenzuführen.
2. Den Akteuren dieser Branche wird durch die Einrichtung eines geeigneten Kommunikationsforums eine produktive Vernetzung mit dem Ziel ermöglicht, Neugründungen und Unternehmensansiedlungen am Wirtschaftsstandort Köln zu fördern.
3. Die Verwaltung wirkt darauf hin, dass bei dieser Clusterbildung neben Unternehmen der Brennstoffzellenproduktion und –anwendung auch kleine und mittlere Unternehmen aus damit verbundenen Sektoren – z.B. Zulieferer, Hersteller, Dienstleister – sowie Forschungseinrichtungen, lehrende Institutionen und weitere regionale Partner, z.B. Verbände und Kammern – einbezogen werden.

Sachstand:

Die Verwaltung kooperiert mit dem am 08.01.2007 gegründeten Verein HyCologne e.V. Dieser folgt u.a. dem Beschluss des Wirtschaftsausschusses vom 14.07.2003, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die in Köln und der Kölner Region vorhandenen Potenziale zur Bildung eines zukunftssträchtigen Technologie-Clusters für Wasserstoff- und Brennstoffzellenanwendungen (H₂/BZ) zusammenzuführen, sowie der von Oberbürgermeister Fritz Schramma am 16.11.2006 gestarteten Initiative "HyCologne – Wasserstoff Region Rheinland".

Durch die nationalen und internationalen Aktivitäten des Vereins ist "HyCologne" als Kurzform für Hydrogen- (engl. = Wasserstoff) Cologne inzwischen zur Dachmarke der Wasserstoff-Kompetenzregion Köln geworden. In 2007 war HyCologne u.a. auf folgenden Messen vertreten: E-World of Energy, Essen; HannoverMesse, Hannover; "Hydrogen & Fuelcell Expo", Vancouver, Kanada; F-Cell, Stuttgart. Am 28.11.2007 fand unter der Beteiligung von HyCologne ein Parlamentarischer Abend zum Thema Wasserstoff in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Berlin statt.

Die Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) plant für das Jahr 2008 den Einsatz von Wasserstoff-Bussen im regulären ÖPNV-Betrieb in der Region Köln. Zu diesem Zweck testete die RVK im November 2007 einen Wasserstoff-Bus des Herstellers MAN und bot auch der Bevölkerung die Gelegenheit, sich einen Eindruck von dieser umweltfreundlichen Technologie zu verschaffen.

Aufgrund der Treibstoffversorgung aus dem Chemiepark Knapsack werden die Busse zunächst vornehmlich in den Stadtgebieten von Hürth und Brühl eingesetzt und an ei-

ner Tankstelle in der Nähe der Luxemburger Straße betankt. Der weitere Einsatz auf Kölner Stadtgebiet, wie zu Demonstrationszwecken am 30.10.2007, ist vorgesehen.

Die Verwaltung initiierte in 2007 Gespräche zwischen HyCologne und der Flughafen Köln/Bonn GmbH über Pilotprojekte mit Wasserstoff-/Brennstoffzellensystemen im Flughafenbetrieb. Einsatzmöglichkeiten werden derzeit geprüft.

Gremium: Wirtschaftsausschuss
Sitzungsdatum: 07.06.2004
Vorlagenummer: 0696/004

Betreff: Einrichtung eines Unternehmensregisters für Köln

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für Köln ein Unternehmensregister zu erstellen, mit dem Ziel, die Daten über die Beschäftigungsentwicklung und deren strukturellen Veränderung in Köln deutlich zeitnäher als bisher zu erfassen und diese entsprechend zu veröffentlichen, um künftig – parallel zu den Arbeitslosenzahlen – auch die aktuelle Situation der in Köln Beschäftigten und der Kräfte Nachfrage beurteilen zu können, um auf diesem Wege rechtzeitig lenkende Maßnahmen und Initiativen entwickeln zu können.
2. Aus Kostengründen soll dabei die Möglichkeit einer Mitnutzung der Daten der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg und/oder des im Aufbau befindlichen europäischen Unternehmensregisters geprüft werden. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt festzustellen, ob – neben der Mitnutzung der Daten der Bundesagentur für Arbeit – weitere Möglichkeiten zur Kosteneinsparung bei der Finanzierung der o. g. Maßnahmen zur Verfügung stehen.
3. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, zu prüfen, ob – als Vorstufe zur Einrichtung eines Unternehmensregisters – ein Unternehmenspanel für Köln erstellt werden soll, analog dem Medien- und IT – Panel. Die hierbei festgestellten Grunddaten könnten später in das Unternehmensregister übernommen werden.
4. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, ob und ggfs. wie mit Hilfe von geographischen Darstellungs- und Analysefunktionen Firmendaten je nach Bedarf auf der räumlichen Basis von Stadtteilen, Gewerbe- bzw. Industriegebieten oder anderen Teilräumen flexibel dargestellt werden können.

Sachstand:

Die dritte Zeitscheibe des Unternehmensregisters (Stand 2006), die vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW geliefert wurde, war Mitte Mai 2007 in das Data-Warehouse der städtischen Statistik eingestellt worden.

Die Vorlage eines ersten Sachstandsberichts zum Kölner Unternehmensregister, der bereits für die Sitzung des Wirtschaftsausschusses nach der Sommerpause 2007 angekündigt worden war, hat sich u.a. wegen der sehr aufwändigen Prüfung des Unternehmensregisters zur Bewertung der Datenqualität (z. B. Betriebszahl, Branchenzuordnung) sowie des Datenabgleichs des Unternehmensregisters mit den Ergebnissen der Ortsbegehungen im Rahmen des Einzelhandelskonzeptes im Stadtbezirk Mülheim (Erhebung der Betriebe) verzögert.

Ein Sachstandsbericht mit ersten Auswertungen aus dem Kölner Unternehmensregister ist fertig gestellt und wird dem Wirtschaftsausschuss in der Sitzung am 22.01.2008 vorgelegt.

Gremium: Wirtschaftsausschuss
Sitzungsdatum: 09.05.2005
Vorlagenummer: 0588/005

Betreff: Entwicklung eines Einzelhandelskonzeptes

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Ergänzung zum bestehenden Nahversorgungskonzept, gemeinsam mit den Interessenvertretungen des Einzelhandels (EHDV, IG Köln VorOrt, IHK, etc.) ein Einzelhandelskonzept zu entwickeln, um die Attraktivität Kölns als Einkaufsstadt zu erhöhen und die Nahversorgung für die Bewohner/innen der Stadtteile zu fördern.

Ziel hierbei ist es, die bestehenden Betriebe und die lokale Selbständigkeit zu stärken und Geschäftsaufgaben und die damit verbundenen Existenz- und Arbeitsplatzvernichtungen sowie Leerstände und Verwahrlosung in der Innenstadt und den Stadtteilen zu vermeiden. Die Themen Demographische Entwicklung, Flächenentwicklung, Parkplatzproblematik, Baustellenmanagement und Ladenöffnungszeiten sind in dem Konzept ebenfalls zu berücksichtigen.

Die Ergebnisse sind im Wirtschaftsausschuss und im Stadtentwicklungsausschuss vorzustellen.

Sachstand:

Um eine genaue Projektplanung zur Erarbeitung des Kölner Einzelhandelskonzeptes vornehmen zu können, wurde der Stadtbezirk Mülheim als Pre-Test-Gebiet für das Stadtgebiet getestet. Im Bezirk Mülheim wurden alle 15 Geschäftszentren und weitere 15 Streulagen bzw. nicht-integrierte großflächige Einzelhandelsstandorte untersucht. Da das neue Kölner Einzelhandelskonzept auch die Fortschreibung der Zentrenkonzeption beinhaltet, sind alle Angebote in den Zentren erhoben worden, neben den Betrieben des Einzelhandels auch Dienstleistungs- und Gastronomieangebote und die vorhandene Infrastruktur, insoweit sie Zentren prägend ist.

Die ca. 2.300 Datensätze wurden in der EDV erfasst, ausgewertet und auch kartographisch dargestellt. Außerdem wurde in vier Geschäftszentren (Bezirkszentrum Mülheim, Mittelbereichszentrum Dellbrücker Hauptstraße, Nahbereichszentren Flittard und Buchforst) eine Befragung der Einzelhändler durchgeführt. Der umfassenden Betrachtung der Angebotsseite wird die Darstellung der Nachfrageseite in Bezug auf Einwohner, Kaufkraft und Kaufkraftströme gegenübergestellt. Die spezifischen Auswertungen des Mikrozensus laufen.

Die Ergebnisse des Pre-Tests wurden der Projektgruppe „Einzelhandelskonzept“ vorgestellt und erörtert. In der Projektgruppe bei Dezernat VI sind die Interessenvertretungen des Kölner Einzelhandels vertreten: Industrie- und Handelskammer zu Köln, Einzelhandels- und Dienstleistungsverband Köln, Handwerkskammer zu Köln, DGB, IG-KÖLN VorOrt und City-Marketing Köln. Für die Erhebung der übrigen Stadtbezirke sind auf Grund der knappen personellen Ressourcen Vergaben geplant. Insbesondere die komplexe Einzelhandelsstruktur in der Kölner Innenstadt macht eine Bearbeitung

durch ein Fachbüro erforderlich.

Die vollständige Auswertung der Erhebungen im Pre-Test-Gebiet Stadtbezirk Mülheim und die darauf aufbauende Formulierung von Handlungsempfehlungen für den Einzelhandel und die Zentrenlandschaft im Stadtbezirk Mülheim steht kurz vor dem Abschluss; danach werden die Ergebnisse der Projektgruppe Einzelhandelskonzept vorgestellt – voraussichtlich März/April 2008.

Auf Basis der Ergebnisse aus dem Pre-Test-Gebiet Stadtbezirk Mülheim erfolgten je eine Ausschreibung zur externen Vergabe der Bearbeitung der Kölner Innenstadt und City sowie der übrigen sieben Kölner Stadtbezirke. Der Wirtschaftsausschuss hatte in seiner Sitzung am 11.06.2007 dem jeweiligen Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Durchführung der beiden Wettbewerbe zugestimmt. Die auf die Ausschreibung eingegangenen Angebote sind ausgewertet; im Falle des Innenstadtgutachtens wurden zusätzlich Auswahlgespräche geführt. Im Januar 2008 wird die Auswahl mit eingehender Begründung dem Rechnungsprüfungsamt und dem Vergabeamt zur Bewilligung vorgelegt. Voraussichtlich können im Februar 2008 die Verträge abgeschlossen werden.

Aus dem Bereich des Dezernates VII

Beschlüsse des Rates

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 23.03.1995
Vorlagennummer: 0088/095

Betreff: Neuordnung der Kölner Museen

Beschluss:

1. Der Standort Domchor soll im Rahmen einer Beauftragung der Architekten Bußmann und Haberer mit der Vorentwurfsplanung untersucht werden. Die Verwaltung wird beauftragt, für das Wallraf-Richartz-Museum den Standort zwischen Rathaus und Gürzenich möglichst mit eigenen Ressourcen zu untersuchen. Dabei soll auch für diesen Standort eine vorentwurfsähnliche Ideenskizze ggf. mit Alternativen erstellt werden.

Im Rahmen dieser Aufträge an die Verwaltung soll untersucht werden:
 - Verfügbarkeit der Grundstücke einschließlich entgegenstehende Rechte Dritter
 - Planungsrechtliche Möglichkeiten zur zügigen Entwurfsrealisierung (dabei sollen die Realisierung über Vorhaben und Erschließungsplan oder über § 34 BauGB in Verbindung mit einer Abstandsflächensatzung nach BauGB nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden),
 - detailliertes Raumprogramm,
 - verkehrliche Auswirkungen und ihre möglichen Lösungen,
 - anfallende archäologische Arbeiten mit Zeit- und Kostenschätzungen,
 - Zeitachse für die Errichtung mit der Darstellung der jeweiligen Bauabschnitte,
 - Beschreibung der Entlüftungssituation,
 - Kosten und Folgekosten einschließlich Personal.
Präzise museumskonzeptionelle Bewertung der beiden Standorte:
 - Synergieeffekte (auch anderer Kultureinrichtungen, wie z.B. Gürzenich, Museum Ludwig, Volkshochschule, möglicher Kammermusiksaal),
 - Integrationsmöglichkeiten von Museumsdienst, Kunst- und Museumsbibliothek und Rheinischem Bildarchiv,
 - Auswirkungen auf das Besuchsaufkommen und Touristik,
 - sinnvolle Sammlungszusammenhänge.
2. Die so beschlossenen Aufträge sollen parallel bearbeitet werden und spätestens bis zur nächsten Kulturausschusssitzung (09.05.1995) abgeschlossen sein.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Neubau des Rautenstrauch-Joest-Museums im räumlichen Zusammenhang mit dem Schnütgen-Museum, der Kunsthalle, dem Kunstverein und der Volkshochschule vorzubereiten und den Architektenwettbewerb auszuloben.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, zeitgleich die Finanzierung beider Neubauvorhaben zu sichern.
5. Die Entscheidungsvorschläge zu den Punkten 1) bis 4) sollen schnellstmöglich erfolgen.“

Sachstand:

Zu 1. Neubau Wallraf-Richartz-Museum

DS-Nr. 0215/97

Das Museum ist am 19.01.2001 eröffnet worden.

Punkt 1 ist erledigt.

Zu 3. Neubau Rautenstrauch-Joest-Museum

DS-Nr. 0280/97

Der Rat hat am 03.07.2001 folgenden einstimmigen Beschluss gefasst:

"Der Rat nimmt das Ergebnis der Entwurfsplanung für den Neubau des Rautenstrauch-Joest-Museums zur Kenntnis.

Der Rat nimmt weiter zur Kenntnis, dass die Architekten Schneider und Sendelbach und die Firma Struktur als externer Kostenplaner aufgrund dieses Ergebnisses die Gesamtbaukosten (Bau- und Baunebenkosten, Kostengruppen 200, 300, 400, 500 und 700 nach DIN 276) mit 123,7 Mio. DM, Preisbasis 4/01, berechnet haben.

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Ausführung des Gebäudes auf der Grundlage des Entwurfs und der in Anlage 1 erläuterten Änderungen mit der Maßgabe, dass der im Beschluss vom 13.04.2000 festgelegte Kostenrahmen von 120 Mio. DM eingehalten wird und neben den Fördermitteln für Museumsbauten auch Städtebauförderungsmittel für dieses Projekt von etwa 10 Mio. DM zugesagt werden.

Der Rat nimmt außerdem zur Kenntnis, dass sich infolge der Verringerung der ursprünglich erwarteten Landeszuschüsse auch unter Einbeziehung der Städtebauförderungsmittel der seitens der Stadt aufzubringende Finanzierungsanteil um 9,6 Mio. DM auf 73,0 Mio. erhöht."

alter Sachstand:

Am 14.6.2005 ist der Grundstein für den Neubau des Rautenstrauch-Joest-Museums und die angeschlossenen Institute gelegt worden.

Aufgrund der europaweiten Ausschreibung eines Generalunternehmers für die Errichtung des Baus haben zwei Bietergemeinschaften ein Angebot abgegeben (Submission 5.12.2005). Beide Angebote liegen innerhalb des Kostendeckels von 61,3 Mio. €, sie werden zurzeit fachtechnisch geprüft.

Inzwischen sind neben den Museumsfördermitteln von 18,9 Mio. € auch die Städtebauförderungsmittel mit 5,1 Mio. € komplett bewilligt.

Sachstand im Juni 2006:

Als Ergebnis der Submission ist am 10.04.2006 die Bietergemeinschaft Wolff & Müller Bau GmbH mit der schlüsselfertigen und betriebsbereiten Herstellung des Neubaukomplexes am Neumarkt beauftragt worden.

Baubeginn war der 02.05.2006. Fertigstellung wird für Herbst 2008, die Eröffnung für

Frühsommer 2009 erwartet.

Sachstand im Juni 2007:

Am 11.6.2007 ist das Richtfest des Museumskomplexes am Neumarkt gefeiert worden. Die Bauarbeiten liegen im Zeitplan.

Sachstand im Dezember 2007:

Aufgrund von notwendigen Planungsänderungen verzögert sich der Fertigstellungstermin für den Neubau, er verschiebt sich um zwei Monate auf den 31.10.2008.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 12.06.2001
Vorlagennummer: 1101/001, 0964/00

Betreff: Sicherung des Spielstandortes Halle Kalk

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit der neuen Intendanz der Bühnen und Prof. Kaspar König ein neues Nutzungskonzept für die gesamte Halle Kalk zu entwickeln. Hierbei sind sowohl die Vereinbarungen mit der Stiftung Ludwig, mit bisherigen Investoren/ Sponsoren als auch das Angebot des Investors zu berücksichtigen, der bereit ist, die Halle Kalk zu erwerben und sie für eine Kulturnutzung herzurichten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das geprüfte Investorenangebot im Ausschuss für Kunst und Kultur sowie Stadtplanungsausschuss vorzustellen.
3. Die neue Intendanz wird beauftragt, die neue Spielplankonzeption unter Einbeziehung der Halle Kalk zu erarbeiten.

Sachstand:

alter Sachstand:

Zunächst war beabsichtigt, den Umbau der Halle Kalk als Spielstätte des Schauspiels im Sommer 2003 vorzunehmen.

Es besteht nach wie vor die Absicht, die jetzt von den Bühnen genutzte Halle Kalk in den vom Museum genutzten Teil am Ende der Halle umzusiedeln und mit der dafür notwendigen Infrastruktur auszustatten.

Die hierfür erforderlichen Abstimmungsgespräche und Verhandlungen laufen zur Zeit noch.

Sachstand im Juli 2004:

Eine Entscheidung über die weitere Nutzung der Halle Kalk kann frühestens Ende des Kalenderjahres 2004 erfolgen. Die weitere Nutzung hängt im Wesentlichen von der Entscheidung über die Generalsanierung/ Neubau der Bühnen am Offenbachplatz ab.

Im Fall einer Sanierung muss der Hallenkomplex in Kalk als Ausweichspielstätte für das Schauspiel optional zur Verfügung stehen.

Sachstand Dezember 2007:

Keine Änderung des Sachstandes.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 13.05.2004
Ds-Nr.: 0430/004, 0657/004

Betreff: Organisations- und Betriebsform der städtischen Museen

Beschluss:

Die Verwaltung wird mit Blick auf das zurückliegende Symposium zur Neuausrichtung der Museen beauftragt, dem Rat ein Konzept für eine optimale Kooperation aller städtischen Museen, insbesondere in Hinsicht auf gemeinsames Marketing, Außendarstellung und betriebliches Management, sowie Modelle für die Organisations- und Betriebsform der Museen – unter Berücksichtigung der jeweiligen Besonderheiten der einzelnen Museen – zur Entscheidung vorzuschlagen. Alle dafür organisatorisch und rechtlich möglichen Betriebsformen einschließlich der eigentumsrechtlichen Belange sollen mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen und ihren Auswirkungen auf den städtischen Haushalt synoptisch dargestellt werden.

Sachstand:

alter Sachstand:

Zur Organisations- und Betriebsform der Museen der Stadt Köln wurde den Ratsfraktionen und –gruppen mittlerweile eine vergleichende Übersicht (Synopsis) der organisatorisch und rechtlich möglichen Betriebsformen für die Museen vorgelegt.

Sachstand im Juni 2006:

Die Verwaltung hat dem Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 13.05.2004 folgend die Überlegungen zur Neuausrichtung aller Museen fortgesetzt und gleichzeitig die Realisierungsmöglichkeiten der Offerte einer Drittbeteiligung für das Wallraf-Richartz-Museum - Fondation Corboud im Falle der Verselbständigung des Museums bzw. seiner Betriebsführung mit dem derzeit bekannten Ergebnis geprüft (s. auch der aktuelle Sachstand zur wirtschaftlich selbständigen Betriebsführung des WRM). Auch sind die strategischen Überlegungen für ein Gesamtkonzept noch nicht abgeschlossen. Insofern konnte die Verwaltung den Ratsfraktionen dazu bisher auch nur eine synoptische Darstellung alternativer Rechtsformen für die städtischen Museen vorlegen, ohne eine abschließende Wertung vorzunehmen. In die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes sollen die Erfahrungen aus der Ausgründung einer Betriebsführungsgesellschaft für das Wallraf-Richartz-Museum - Fondation Corboud einfließen. Ebenso werden die Ergebnisse der jetzt eingeleiteten Organisationsuntersuchung aufgrund des Beschlusses des Ausschusses für Kunst und Kultur/Museums-neubauten vom 30.08.2005 zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Kölner Museen im Entscheidungsprozess Berücksichtigung finden.

Tendenziell beabsichtigt die Verwaltung ein Modell zu erarbeiten, das den Museen weit reichenden Handlungsspielraum zur verbesserten Erledigung ihrer Kerngeschäfte im operativen Bereich gewährt bei gleichzeitiger Stärkung der kulturpolitischen Steuerungsmöglichkeiten. Mit Blick darauf, dass die Personalressourcen vorrangig für die Ausgründung der Betriebsgesellschaft und für die Untersuchung verbesserter Arbeitsbedingungen eingesetzt werden müssen, die Untersuchungsergebnisse – wie darge-

stellt – aber auch wichtige Erkenntnisse für die Gesamtausrichtung haben, wird dem Rat und seinen Vorberatungsgremien frühestens 2006 ein abgestimmter Verwaltungsvorschlag unterbreitet werden können.

Sachstand im Dezember 2007:

Kein neuer Sachstand,
s. auch Sachstände „Wirtschaftlich selbständige Betriebsführung WRM-FC“ und „Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Museen“.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 28.04.05 und 24.05.05
Vorlagennummer: 0527/005, 0757/005

Betreff: Wirtschaftlich selbständige Betriebsführung des Wallraf-Richartz-Museum – Fondation Corboud

Beschluss:

(DS-Nr.: 0527/005)

Die Verwaltung wird beauftragt, die Selbständigkeit der Betriebsführung des WRM/FC durch Ausgründung einer Betriebsführungsgesellschaft in Form einer gGmbH als 100%iges Beteiligungsunternehmen der Stadt Köln vorzubereiten.

Hierzu legt die Verwaltung dem Rat der Stadt Köln bis zu seiner Sitzung am 24. Mai 2005 eine umfassende inhaltliche Zeit-Maßnahmen-Planung zur Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen vor (z. B. Abstimmungen mit dem Personalrat sowie Klärung der Personalüberleitungsfragen, Umstellung des Rechnungswesens, Erstellung der Bilanzen, Regelung der Vertragsinhalte, Zusammenarbeit mit und Schnittstellen zu den anderen Museen und dem Kulturdezernat etc.).

Ziel ist es, die Beschlussfassung des Rates über die pilotweise Gründung einer Betriebsführungsgesellschaft für das WRM/FC noch in diesem Jahr herbeizuführen.

Sachstand:

alter Sachstand:

Zur Betriebsform WRM-FC verweise ich auf die vom Rat in seiner Sitzung am 24.05.2005 beschlossene Vorlage (DS-Nr.: 0757/005). In dieser heißt es:

„Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Umwandlung der Betriebsführung des Wallraf-Richartz-Museum – Fondation Corboud zum 01.01.2006 durch Ausgründung einer Betriebsführungsgesellschaft in Form einer gGmbH zur Beschlussfassung im Rat vorzubereiten. Parallel sind hierzu die Möglichkeiten zur Beteiligung Dritter an einer solchen Betriebsführungsgesellschaft über eine Ausschreibung zu ergründen und in die Beschlussfassung einzubeziehen.“ Die Verwaltung arbeitet an der Umsetzung des Beschlusses. Die gewünschte Ausschreibung der Beteiligung wird dem Rat zur Sitzung am 15.09.2005 vorgelegt.

Sachstand im Juni 2006:

Die Ausschreibung der Beteiligung wurde dem Rat zur Sitzung am 20.09.2005 zum Beschluss vorgelegt und beschlossen. Auf die Ausschreibung ging ein Angebot ein. Die Verhandlungen mit dem Bieter zeigten jedoch keinen Erfolg. Der Bieter hat inzwischen sein Angebot zurückgezogen. Die Verwaltung bereitet den Betrieb des Museums nunmehr im Sinne des ursprünglichen Beschlusswortlautes auf die Umwandlung in eine 100 %ige Tochtergesellschaft (gGmbH) der Stadt vor. Die verwaltungsinternen Abstimmungen laufen zurzeit noch. Der Ausgründungsbeschluss wird dem Rat unverzüglich unterbreitet, sobald die Abstimmungen beendet sind.

Sachstand im Dezember 2006:

Nach derzeitigem Stand der geführten Abstimmungsgespräche über die mögliche Ausgestaltung einer Betriebsgesellschaft (gGmbH) zur Betriebsführung der Wallraf-Richartz-Museum - Fondation Corboud wird die Verwaltung dem Rat zur Sitzung im März 2007 einen Beschlussvorschlag zum weiteren Vorgehen in dieser Angelegenheit unterbreiten.

Sachstand im Juni 2007

Das von der Kulturverwaltung favorisierte Betriebsmodell befindet sich zurzeit noch in der internen Abstimmung. Der inzwischen langwierige Abstimmungsprozess ist dadurch begründet, dass die gemeindeverfassungsrechtliche Zulässigkeit sehr eingehend zu prüfen ist und auch detaillierte steuerrechtliche Fragen zu klären sind. Die Verwaltung geht davon aus, dass mit einem abschließenden Votum im Oktober zu rechnen ist.

Sachstand im Dezember 2007:

Es konnte noch keine einhellige Verwaltungsmeinung hergestellt werden. Die letzten Abstimmungsgespräche finden jedoch Anfang Januar 2008 statt.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 15.12.2005
Vorlagennummer: 1812/005

Betreff: Figuren am Rathausurm

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, hinsichtlich des entstandenen Schadens an den zerstörten Figuren eventuelle Ersatzansprüche zu realisieren.
2. Die Verwaltung gibt die Neuanfertigung der zerstörten Rathausfiguren in Auftrag.
3. Der Rat begrüßt es ausdrücklich, wenn Figurenstifterinnen und -stifter bereit sind, erneut oder erstmalig für die Erneuerung der Figuren zu spenden.
Die Verwaltung fördert dies durch entsprechenden Informationsaustausch und Kontaktpflege.
4. Die Kostendeckung für die Neuanfertigung erfolgt über Hst. 3650.940.1100.1 Denkmalpflege an stadteigenen Objekten

Haushaltsrest aus Vorjahren	532.158,07 €
Haushaltsansatz 2005	<u>49.000,00 €</u>
	581.158,07 €

Für die Restaurierung des Reiterdenkmals auf dem Heumarkt sind Ansätze im Vermögenshaushalt von mehr als 950.000,- € aus dem städtischen Vermögenshaushalt vorgesehen. Diese Mittel werden für den ausgewiesenen Zweck gesperrt und nun für die Neubeschaffung der Rathausfiguren vorgesehen. Sollte eine Erstattung der Kosten zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, ist die Vergabe der dann wieder freien Haushaltsmittel neu zu beschließen.

Bei diesen Mitteln handelt es sich um

Hst. 3650.940.5000.9 Restaurierung Reiterstandbild Heumarkt	
- Haushaltsrest aus Vorjahren	650.464,48 €
- Haushaltsansatz 2005	<u>359.000,00 €</u>
	1.009.464,48 €
- zweckbestimmte Zuwendung F.C. Heimann Gesellschaft	<u>41.925,93 €</u>
Haushaltsmittel insges.	<u>967.538,50 €</u>

Somit stehen für die Neubeschaffung der Rathausfiguren 581.158,07 € zuzüglich 967.538,50 € insgesamt. 1.548.696,57 € zur Verfügung.

Sachstand:

Sachstand im Juni 2006:

Am 12.01.2006 fand bei VII ein Abstimmungsgespräch unter Teilnahme von 01 (Amt des Oberbürgermeisters), 20 (Kämmerei), 26 (Gebäudewirtschaft) und 480 (Konservator) zur Erörterung der weiteren Vorgehensweise statt.

Themen waren u. a.:

- Die Prüfung von Regressansprüchen gegen die mit der Tränkung der Figuren beauftragte Firma
- Die Neuanfertigung der Figuren und das hierfür in Frage kommende Material
- Art und Umfang einer Einbindung der Stifter in das Projekt

Hierzu liegt folgender aktueller Sachstand vor:

- Bezüglich möglicher Regressansprüche gegen die mit der Tränkung der Ratsturmfiguren beauftragte Firma bestätigt das Rechtsamt, dass Gewährleistungsansprüche in jedem Fall verjährt sind. Weitere Regressansprüche der Stadt bestehen nicht.
- In Abstimmung mit einem Fachgremium wurde für das Neuschlagen der Ratsturmfiguren der sog. „Savonnières“ als geeignetes Natursteinmaterial festgelegt.
Von der Gebäudewirtschaft wird zurzeit in Abstimmung mit dem Konservator ein diesbezügliches Kosten- und Zeitkonzept vorbereitet.
- Von zahlreichen Stiftern liegen dem Konservator inzwischen Rückäußerungen vor. Es besteht allgemein ein großes Interesse an einer Mitwirkung am Projekt „Ratsturmfiguren“. Dies äußert sich zum einen in der Bereitschaft zur Rücknahme der gestifteten Figur inkl. Kostenübernahme des Transportes und/oder Übernahme der Restaurierungskosten. Hierzu wird in Abstimmung mit dem Rechtsamt zu gegebener Zeit ein individueller „Rückübertragungsvertrag“ mit dem jeweiligen Stifter geschlossen.
Einige Stifter sind auch bereit, das Neuschlagen ihrer Ratsturmfigur teilweise oder sogar vollständig zu finanzieren.

Auch von den Bildhauern liegen Rückäußerungen nahezu vollständig vor.

Die Mehrzahl der Künstler ist bereit, eine Natursteinkopie der von ihnen gefertigten Ratsturmfigur zu erstellen.

Sechs der 57 Bildhauer sind verstorben und drei u. a. aus Altersgründen nicht mehr in der Lage, eine neue Figur zu schlagen. Von drei Künstlern erfolgte bislang keine Rückmeldung; vier konnten nicht mehr ermittelt werden.

Für fünf der verstorbenen Bildhauer (Elisabeth Baumeister-Bühler, Hans Karl Burgeff, Marlene Dammin, Theo Heiermann, Jochem Pechau) konnten in Abstimmung mit den Erben und Rechtsnachfolgern bereits Künstler ermittelt werden, die in der Lage sind, die Aufgabe im Sinne des jeweiligen Verstorbenen zu lösen.

Sachstand im Dezember 2006:

Entsprechend dem Ratsbeschluss vom 14.11.2006 ist die Ausschreibung zur Beschaffung des Natursteinmaterials für die Wiederherstellung der Ratsturmfiguren erfolgt.

Die Verwaltung hält nach wie vor engen Kontakt zu den Stiftern, die teilweise bereits

wieder ihre Bereitschaft zu einer finanziellen Beteiligung in Aussicht gestellt haben. Eine erste konkrete Spende in Höhe von 5.000,-- € für die Neuanfertigung der Skulptur „Ludolf Camphausen“ wurde am 04.12.2006 durch den Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie Köln übergeben.

Rückübertragungsverträge für die Figuren, deren Rückgabe seitens der Stifter gewünscht ist, sind in Vorbereitung.

Die Verwaltung prüft zur Zeit auch, in welcher Form Stifter außerhalb des ursprünglichen Sponsorenkreises im Rahmen des Projektes berücksichtigt werden können.

Einige Bildhauer aus dem Kreis der Ratsturm-Künstler haben angeboten, die Neuanfertigung weiterer Skulpturen zu übernehmen.

Sachstand im Juni 2007:

Nachdem im Rahmen der öffentlichen Ausschreibung ein für die Materialbeschaffung geeigneter Lieferant ermittelt worden war, konnte das für die neuen Ratsturmfiguren vorgesehene Material „Savonnières“ gebrochen werden.

Nach der erforderlichen Lagerungs- und Trocknungszeit werden die Steinblöcke voraussichtlich ab dem Jahresende 2007 bearbeitungsfähig sein.

Ab Oktober 2007 werden durch die Gebäudewirtschaft die ersten Bildhauerverträge verschickt, damit mit den Arbeiten zügig begonnen werden kann.

Mit der Erneuerung der Skulpturen werden vorrangig die ehemaligen Bildhauer beauftragt.

Für bereits verstorbene oder nicht mehr arbeitsfähige Bildhauer wurden in Abstimmung mit den jeweiligen Künstlern, Rechtsnachfolgern oder Erben Nachfolge-Bildhauer gefunden.

Wenn nicht anders gewünscht, erfolgt diese Auftragsvergabe innerhalb des „alten“ Bildhauerkreises.

Für die Neuanfertigung von Skulpturen liegen erste konkrete Spenden in Höhe von 6.000,-- € vor (5.000,-- € für die Figur Nr. 69: „Ludolf Camphausen“; 1000,-- € für die Figur Nr. 40: „Hermann Graf von Neuenahr“). Eine weitere Spende in Höhe von 5.000,-- € (ebenfalls für die Figur Nr. 69) ist angekündigt.

Sachstand im Dezember 2007:

Nach der erforderlichen Lagerungs- und Trocknungszeit des Steinmaterials wurden die Bildhauerverträge durch die Gebäudewirtschaft vorbereitet und ab November 2007 verschickt.

Mit der Erneuerung der Skulpturen werden vorrangig die ehemaligen Bildhauer beauftragt.

Für bereits verstorbene oder nicht mehr arbeitsfähige Bildhauer wurden in Abstimmung mit den jeweiligen Künstlern, Rechtsnachfolgern oder Erben Nachfolge-Bildhauer gefunden.

Wenn nicht anders gewünscht, erfolgt diese Auftragsvergabe innerhalb des „alten“ Bildhauerkreises.

Rückübertragungsverträge für die Figuren, deren Rückgabe seitens der Stifter ge-

wünscht ist, sind in Vorbereitung.

Die Verwaltung prüft zurzeit auch, in welcher Form Stifter außerhalb des ursprünglichen Sponsorenkreises im Rahmen des Projektes berücksichtigt werden können.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 14.02.2006
Vorlagennummer: 0208/006, 0249/006

Betreff: Einrichtung einer Stelle zum Stellenplan 2007 zur Forschung, Ermittlung und Dokumentation von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut in den Kulturgut bewahrenden Einrichtungen der Stadt Köln

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob in Kooperation mit Hochschulen und/oder Stiftungen eine Stelle zur Forschung, Ermittlung und Dokumentation von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut in Köln eingerichtet werden kann.

Sachstand:

Sachstand im Juni 2006:

Die Einrichtung einer Stelle ist nur bei gesicherter Finanzierung möglich. Gespräche zur möglichen Drittmittelfinanzierung einer Stelle wurden mit der Kulturstiftung NRW und der Kulturstiftung der Länder leider ohne positives Ergebnis abgeschlossen. Die Verwaltung bemüht sich weiter um die Finanzierung und wird zu gegebener Zeit berichten.

Sachstand im Juni 2007:

Die Finanzierung einer Stelle ‚Provenienzforschung‘ konnte zum Haushalt 2007 gesichert werden. Die Einrichtung einer entsprechenden Stelle wurde zum Stellenplan 2008 bzw. der unterjährigen Einrichtung in 2007 beantragt. Ein abschließendes Votum des Organisationsamtes liegt bisher noch nicht vor.

Sachstand im Dezember 2007:

Die Stelle ‚Provenienzforschung‘ wurde zwischenzeitlich bewilligt und ist seit dem 01.10.2007 mit Frau Dr. Roswitha Neu-Kock besetzt.
Die Angelegenheit ist somit für den Halbjahresbericht erledigt.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 04.04.2006
Ds-Nr.: 0451/006, 0502/006, 0507/006, 0530/006

Betreff: Zwangsarbeiter/innen Besuchsprogramm

Beschluss:

Im Herbst dieses Jahres kommt zum 25. Mal eine Besuchergruppe von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern nach Köln und wird damit wiederum ein viel beachtetes Zeichen gelebter Erinnerungskultur setzen.

Der Arbeitskreis Messelager und der EL-DE-Haus-Verein halten aber allein aus diesem Anlass eine besondere Veranstaltung für unangemessen und werden über diesen Tag hinaus weiterhin Besuchsprogramme fortsetzen.

Der Rat der Stadt Köln begrüßt diese kontinuierliche Arbeit und beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob ihre ehrenamtliche Öffentlichkeitsarbeit mit folgendem Projekt unterstützt werden kann:

Ein „fotografisches Lesebuch“ - Portraits ehemaliger Zwangsarbeiter/innen, die im Rahmen des Besuchsprogramms der Stadt Köln eingeladen waren.

Der Grundgedanke besteht darin, den Geschichten, Namen, Erzählungen und Nummern der ehemaligen Zwangsarbeiter/innen ein „Gesicht“ zu geben und ihre Anwesenheit während des Besuchs in Köln zu dokumentieren. Dies soll zum einen eine Würdigung der ehemaligen Zwangsarbeiter/innen darstellen und zum anderen auf die bundesweit einmalige und große Bedeutung des Besuchsprogramms der Stadt Köln hinweisen.

Beim letzten Besuchsprogramm hat eine renommierte Fotografin (Sabine Würich) bereits die Gäste fotografiert; zusammen mit den Fotos der Gäste der beiden Besuchsprogramme im Mai und September 2006 könnte dieser Doku-Bild-Band anlässlich des 25. Besuches (oder kurz danach) einer Gruppe ehemaliger Zwangsarbeiter/innen erscheinen.

Das Besuchsprogramm für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und die Erstellung eines fotografischen Lesebuches mit Portraits ehemaliger Zwangsarbeiter/innen als Geste des guten Miteinanders wird unterstützt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Realisierungsmöglichkeiten eines fotografischen Lesebuches zu prüfen. Im Rahmen dieser Prüfung sind auch die entstehenden Kosten und deren evtl. Deckung darzulegen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob die Erstellung des Lesebuches im Rahmen einer Projektarbeit von einer Kölner Schule / Fachhochschule durchgeführt werden kann.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten für die Umsetzung dieses Vorhabens und die Finanzierungsmöglichkeiten kurzfristig zu prüfen und dem Rat vorzulegen.

Außerdem soll die Verwaltung prüfen, eine englischsprachige Fassung des Kurzführers durch das EL-DE-Haus - basierend auf der deutschsprachigen Publikation „Köln im Nationalsozialismus“ - zu erstellen.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob in nächster Zeit die Ausstellung „Bilder einer fremden Stadt. Zwangsarbeit 1939 bis 1945“ wieder aufleben und sie den Kölner

Bürgerinnen und Bürgern, wenn möglich im Rathaus, erneut präsentiert werden könnten.

Sachstand:

Sachstand im Juni 2007:

Die geschätzten Kosten für ein fotografisches Lesebuch mit Portraits ehemaliger Zwangsarbeiter/innen, die von einer professionellen Künstlerin angefertigt werden, belaufen sich auf ca. 10.000 €. Entsprechende Aufnahmen sind bereits bei den Besuchsprogrammen für ehemalige Zwangsarbeiter/innen seit September 2005 gemacht worden. Die Verwaltung beabsichtigt, im Spätherbst 2008 die Publikation zu veröffentlichen. Dank der Aufstockung der Mittel im Haushalt 2007 ist eine Finanzierung durch Haushaltsmittel beim NS-Dokumentationszentrum möglich geworden.

Die Erstellung eines solchen Projekts im Rahmen einer Projektarbeit einer Kölner Schule / Fachhochschule ist zwar als pädagogische Arbeit prinzipiell sinnvoll, jedoch sind die geschätzten Kosten annähernd gleich hoch, wenn das Projekt ebenfalls als Buch verwirklicht werden soll, da die Fotokünstlerin nur ein geringes Honorar erwartet.

Die Kosten für die englischsprachige Fassung des Kurzführers „Köln im Nationalsozialismus“, die angesichts der stark gestiegenen Anzahl von internationalen Besuchern und Gästen des NS-Dokumentationszentrums sehr zu begrüßen ist, belaufen sich für Übersetzung und Druck auf mindestens 25.000 €. Die Verwaltung beabsichtigt, im Spätherbst 2008 bzw. Frühjahr 2009 die Publikation zu veröffentlichen. Dank der Aufstockung der Mittel im Haushalt 2007 ist eine Finanzierung durch Haushaltsmittel beim NS-Dokumentationszentrum möglich geworden.

Die im Jahr 2003 im EL-DE-Haus gezeigte Sonderausstellung „Bilder einer fremden Stadt. Zwangsarbeit 1939 bis 1945“ kann in der damaligen Form nicht mehr gezeigt werden, da zentrale Elemente der Ausstellung speziell für diese und für die Räumlichkeiten im EL-DE-Haus angefertigt und nach Abschluss der Ausstellung anderen Zwecken zugeführt wurden. Eine veränderte Neufassung dieser Teile der Ausstellung wäre notwendig, weil sie die erhalten gebliebenen Texttafeln der Ausstellung ergänzen müssten. Die Kosten belaufen sich auf ca. 10.000 €, die bislang noch nicht finanziert sind.

Sachstand im Dezember 2007:

Das fotografische Lesebuch erscheint im Sommer 2008.

Die englischsprachige Fassung des Kurzführers „Köln im Nationalsozialismus“ erscheint voraussichtlich im Herbst 2009.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 29.02.2000
18.05.2006
Vorlagennummer: 0396/000, 0505/006

Betreff: Haus und Museum der jüdischen Kultur in Köln

Beschluss:

Beschluss vom 29.02.2000:

Der Rat der Stadt Köln unterstützt den für Köln geplanten Bau eines Hauses und Museums der jüdischen Kultur in Nordrhein-Westfalen. Er begrüßt die entsprechende Initiative aus der Kölner Bürgerschaft, unterstützt von den Synagogengemeinden unseres Landes.

Der Rat der Stadt Köln fordert die Verwaltung auf, die entsprechende Gesellschaft zur Förderung eines Hauses und Museums der jüdischen Kultur in Nordrhein-Westfalen e. V. bei ihren Bemühungen zur Realisierung dieses Vorhabens mit allen ihr zur Verfügung stehenden immateriellen Mitteln und Hilfestellungen zu unterstützen.

Beschluss vom 18.05.2006:

Aufgrund der Ergebnisse des Expertenhearings zur Standortuntersuchung am 26. Januar 2001 ist der Rat der Auffassung, dass, wenn in Köln ein Haus und Museum der jüdischen Kultur errichtet werden soll, der Rathausvorplatz der einzig mögliche Standort ist. Ob eine Realisierung auf dem Rathausvorplatz, für die ein gesonderter Beschluss notwendig ist, erfolgt, hängt von der Umsetzung folgender Maßgaben ab:

1. Wegen der besonderen Bedeutung des Vorhabens und der Standortfrage soll eine breite öffentliche Debatte stattfinden.
2. Der Platz wird nicht verkauft, sondern es erfolgt eine Überlassung des Grundstücks im Zuge eines Erbbaurechts.
3. Der Förderverein wird gemeinsam mit der Stadt Köln ein geeignetes Qualifizierungsverfahren (z. B. Workshop, Mehrfachbeauftragung, Wettbewerb) mit renommierten Teilnehmern durchführen. Er verpflichtet sich, den 1. Preisträger mit der Durchführung des Bauvorhabens zu beauftragen.
4. Der Auslobungstext mit Raumprogramm, Bauhöhen und Baulinien ist unter Berücksichtigung angemessener Platzsituationen vor dem historischen Rathaus und dem WRM unter Einbeziehung des Grundstücks Haus Kutz dem Stadtentwicklungsausschuss und dem Kulturausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.
5. Die auf der Basis des Wettbewerbsergebnisses ermittelten Kosten für die Investition und die Betriebskosten werden vollständig vom Förderverein übernommen. Die Finanzierung der notwendigen Investitionen und des Betriebes muss transparent und vertrauenswürdig abgesichert dargestellt werden.
6. Es wird angestrebt, im Zusammenhang mit diesem Projekt die „archäologische Zone“ zu realisieren. Für die notwendigen Investitionen werden im Zusammenhang mit der Regionalen 2010 Förderanträge beim Land gestellt.

Sachstand:

Sachstand im Dezember 2006:

Gemäß dem Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 22.06.2006 wurde die Verwaltung beauftragt, unverzüglich mit der Gesellschaft zur Förderung eines Hauses und

Museums der jüdischen Kultur e.V. Gespräche zu führen, mit dem Ziel einen mit der Archäologischen Zone abgestimmten Wettbewerb zu initiieren. Hierzu wurde das Büro Reicher+ Haase Architekten mit der Durchführung eines Wettbewerbes beauftragt. Die Erarbeitung der Grundlagen des Wettbewerbes erfolgt derzeit parallel durch die Nutzer. Das Flächenprogramm des oberirdischen Baukörpers befindet sich in der internen Abstimmung der Gesellschaft zur Förderung des Hauses und Museums der jüdischen Kultur e.V. Ebenso wird der Auslobungstext bezüglich des oberirdischen Baukörpers erstellt. Die Auslobung des Wettbewerbes ist für das II. Quartal 2007 geplant.

Sachstand im Juni 2007:

Der Auslobungstext des Architektenwettbewerbs ist fertig gestellt, der Ratsbeschluss wird wg. Verzögerungen bei der Archäologischen Zone für die zweite Jahreshälfte 2007 erwartet.

Sachstand im Dezember 2007:

Der Stadtentwicklungsausschuss hat am 22.11.2007 die Auslobung des Architektenwettbewerbs Archäologische Zone/Haus der jüdischen Kultur beschlossen. Geplant sind die Preisrichtervorbesprechung und das Kolloquium in der 11. Woche und die Preisgerichtssitzungen in der 23. Woche 2008.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 22.06.2006
Ds-Nr.: 0887/006, 1000/006

**Betreff: Archäologische Zone
Überplanmäßige Ausgabe**

Beschluss:

I.

Der Rat nimmt das anliegende Projektdossier zur Archäologischen Zone zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Planung der Archäologischen Zone bis zur Entwurfsreife mit der Maßgabe, einen europaweiten Realisierungswettbewerb auszuloben.

Weiterhin beschließt der Rat eine überplanmäßige Ausgabe bei Haushaltsstelle 3112.940.0000.6 – Archäologische Zone Innenstadt in Höhe von 128.492 €. Damit stehen die für die weitere Planung benötigten Mittel in Höhe von 325.056 € im Haushaltsjahr 2006 zur Verfügung. Die Deckung der Mehrausgabe erfolgt durch Weniger- ausgabe bei Haushaltsstelle 3113.940.1730.6 – H Neubau RJM. Hier werden zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung des Neubaus RJM im Rahmen der Hpl.- Aufstellung im Investitionsprogramm, Haushaltsjahr 2007, die Mittel erneut bereitgestellt.

Die ab 2007 darüber hinaus bis zum Baubeginn benötigten Planungsmittel von 808.580 € sind im Investitionsprogramm 2007 bis 2010 zu veranschlagen.

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. das Projekt „Archäologische Zone“ mit dem Ziel weiterzuentwickeln, die Qualifizierung als A Projekt im Rahmen der Regionale 2010 zu erreichen.
2. unverzüglich mit der Gesellschaft zur Förderung eines Hauses und Museums der jüdischen Kultur e. V. Gespräche zu führen mit dem Ziel, aufeinander abgestimmte Wettbewerbe zu initiieren.

II.

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

1. Die Stadt Köln finanziert den gemeinsamen Wettbewerb für die archäologische Zone und dem Haus und Museum der jüdischen Kultur vor. Die notwendigen Haushaltsmittel sind zusätzlich bereitzustellen.
2. Bei der Realisierung des Hauses der jüdischen Kultur beteiligt sich der Förderverein mit 50 % der Wettbewerbskosten.

Die Wettbewerbsteilnehmer werden aufgefordert eine integrierte Lösung zu planen, die es aber ermöglicht, in einem ersten Bauabschnitt die archäologische Zone unabhängig von dem Bau des Hauses der jüdischen Kultur zu realisieren, ohne die integrierte Lösung zu verbauen.

Sachstand:

Sachstand im Juni 2006:

Die Beauftragung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zur Projektleitung und Projektsteuerung für die Archäologische Zone wurde um die Begleitung des Wettbewerbs, gem. Ratsbeschluss vom 22.06.2006, erweitert. Die Auslobung eines europaweiten Realisierungswettbewerbs wurde mit den zuständigen Fachämtern, Gebäudewirtschaft, Stadtplanungsamt und Kulturdezernat konkretisiert.

Das Dezernat für Kunst und Kultur hat Gespräche mit der Gesellschaft zur Förderung eines Hauses und Museum der jüdischen Kultur e.V. aufgenommen mit dem Ziel, einen aufeinander abgestimmten Wettbewerb zu ermöglichen.

Sachstand im Dezember 2006:

Die Verwaltung erarbeitet zurzeit den Auslobungstext für den gemeinsamen Architektenwettbewerb Archäologische Zone und Haus und Museum der jüdischen Kultur. Die Auslobung soll im Mai 2007 veröffentlicht werden, mit dem Wettbewerbsergebnis ist im Dezember 2007 zu rechnen.

Sachstand im Juni 2007:

Zur wissenschaftlichen Begleitung des Regionale 2010-Projekts „Archäologische Zone Köln“ beruft die Stadt Köln, Dezernat für Kunst und Kultur, im Einvernehmen mit der Regionale 2010 Agentur und dem Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MBV NRW) einen wissenschaftlichen Beirat. Er wird für die Zeit bis zur Fertigstellung der Archäologischen Zone, voraussichtlich 2011, berufen. Der Beirat berät als wissenschaftliches Gutachter-Gremium die Stadt Köln, die Regionale 2010 Agentur und das MBV NRW bei Konzeption und Realisierung der Archäologischen Zone. Er gibt Empfehlungen gegenüber dem Dezernenten für Kunst und Kultur der Stadt Köln und dem Dezernenten für Stadtentwicklung, Planen und Bauen der Stadt Köln ab. Die erste Sitzung des Beirats hat im 24.04.2007 stattgefunden, die nächste Sitzung ist noch nicht terminiert.

Der stadtintern abgestimmte Auslobungstext für den europaweiten Realisierungswettbewerb befindet sich zurzeit im Abstimmungsverfahren mit dem Bauministerium, der Regionale 2010 Agentur und dem wissenschaftlichen Beirat. Die bisher für den Wettbewerb vereinbarte Terminsetzung muss angepasst werden. Nach Fertigstellung des Auslobungstextes wird eine erneute Vorlage für die Ratssitzung am 18.09.2007 angestrebt. Durch die eingetretene Änderung des Beratungsablaufs ist mit einer Terminverzögerung von ca. 3 – 4 Monaten zu rechnen, sodass die Vergabe im zweiten Quartal 2008 erfolgen wird.

Der vorzeitige Maßnahmenbeginn ist durch das zuständige Ministerium des Landes zwischenzeitlich genehmigt worden. Mit den Sondierungsgrabungen kann nun begonnen werden.

Sachstand im Dezember 2007:

Der Stadtentwicklungsausschuss hat die Auslobung des Architektenwettbewerbs Archäologische Zone/Haus der jüdischen Kultur am 22.11.2007 beschlossen. Geplant sind die Preisrichtervorbesprechung und das Kolloquium in der 11. Woche und die Preisgerichtssitzungen in der 23. Woche 2008.

Die Kostenschätzung für die Archäologische Zone beläuft sich nunmehr auf 14,4 Mio. €, auch bedingt durch die vorgesehenen Schutzbauten.

Die Prospektions- und Sondierungsarbeiten auf dem Rathausplatz laufen.
Die Archäologische Zone ist auch im Arbeitsbereich „Kulturelles Erbe“ gelistet. Bei entsprechendem Projektverlauf kann erwartet werden, dass das Projekt im Jahr 2008 in die Kategorie A aufsteigt.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 25.03.2004
22.06.2006
Vorlagennummer: 0358/004, 0428/004, 088/006, 1005/006

Betreff: Zukunft der Kölner Bühnen unter Einbeziehung kultur-, stadtentwicklungs- und finanzpolitischer Aspekte

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln hat für die zukünftige Entwicklung Kölns die Kultur zu einem der fünf Handlungsfelder im „**Leitbild Köln 2020**“ bestimmt. Entsprechend heißt es dort:

„Neue Strategien für die bessere Positionierung des Kulturstandortes sind angesichts finanzieller Engpässe und Standortkonkurrenzen gefragt. Köln setzt auf die bewusste Fokussierung des Kulturangebotes und die innovativen Impulse der freien Szene ... Kunst und Kultur sind unverzichtbare Bestandteile der gesellschaftlichen Grundversorgung und bieten Lebensqualität für alle Menschen in Köln. Köln investiert in die kulturelle Bildung und etabliert diese in allen Bereichen mit gesellschaftlicher Relevanz im Sinne eines lebenslangen Lernens. Die Kulturwirtschaft wird als gleichberechtigter Teil der Gesamtwirtschaft gefördert. Köln stellt Kreativen Lebens-, Arbeits- und Veranstaltungsorte bereit. Das vielseitige Angebot von Kunst und Kultur richtet sich an den Bedürfnissen aller aus. Köln garantiert allen den Zugang zu kulturellen Angeboten. Das vielseitige Kulturangebot ist Ausdruck der unterschiedlichen ethnischen und historischen Prägungen.“

1. Vor dem Hintergrund dieser perspektivischen **kulturpolitischen Zielsetzung** sucht die Stadt Köln nach angemessenen Lösungen für die Opern- und Schauspielbühne, deren Gebäude – wie das Gutachten „Bühnen Köln / Oper – Schauspiel Generalsanierung“ (November 2003) von Gerling+Arendt Planungsgesellschaft darlegt – dringend sanierungsbedürftig sind.

Diese Lösungen können in einer Bestandssanierung oder in einem Neubau am jetzigen oder einem alternativen Standort bestehen. Neben der näheren Bestimmung des zukünftigen Bedarfs für die Bühnen spielen dabei auch stadtentwicklungs- und finanzpolitische Anforderungen und Rahmenbedingungen eine gleichrangig entscheidende Rolle. Auf Basis des vorliegenden Gutachtens sollen diese Aspekte im Einzelnen untersucht werden, um die weiteren Verfahrensschritte und Entscheidungen abwägen und treffen zu können.

Der Rat beauftragt daher die Verwaltung, die verschiedenen Lösungsvarianten für die Generalsanierung bzw. einen Neubau der Bühnen zu prüfen. Dabei sollen u. a. folgende Fragen und Aspekte geprüft werden:

- Welche Bedarfe sieht die Verwaltung in Bezug auf das künftig erforderliche Volumen von Oper und Schauspiel.
- Inwiefern sind die Bühnen der Stadt Köln ganz oder teilweise sowohl aufgrund denkmalpflegerischer Aspekte wie auch aus betriebswirtschaftlichen und organisatorischen Gesichtspunkten an den jetzigen Standort Offenbach-

platz gebunden. Dabei ist auch die historische Bedeutung des Standortes zu berücksichtigen.

- Welche Standortalternativen bieten sich für die Bühnen der Stadt Köln im innerstädtischen Bereich an.
- Welche Vorteile ergeben sich bei einem Neubau der Bühnen am vorhandenen oder an einem alternativen Standort aus Sicht der Bühnen und aus gesamtstädtischer Interessenslage.

2. Generalsanierung bzw. Neubau der Bühnen am derzeitigen Standort berührt elementar die zukünftige städtebauliche Situation in einem Kernbereich der Innenstadt. Daher müssen folgende **stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen** in die weitere Planung miteinbezogen werden:

- Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt und
- die bestehende Chance auf eine strukturelle Neuordnung des Bereiches um den Offenbachplatz.

Daher wird die Verwaltung beauftragt, im Zusammenhang mit Generalsanierung bzw. Neubau der Bühnen die Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt und die strukturelle Neuordnung des Bereiches um den Offenbachplatz zu prüfen und dem Rat realistische Gestaltungs- und Umsetzungsszenarien vorzuschlagen. Insbesondere sind folgende Fragen zu klären:

- Unter welchen Voraussetzungen wäre ein (Teil-) Abriss des Gebäudekomplexes als Grundlage für eine stadtgestalterische Neuordnung des Bereiches um den Offenbachplatz möglich.
- Welche – insbesondere städtebaulichen und finanzwirtschaftlichen - Vorteile können für die Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt und die stadtgestalterische Neuordnung dieses Bereiches erzielt werden.
- Wie könnte die Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt im zeitlichen Zusammenhang mit einer potentiellen Generalsanierung der Bühnen am Standort Offenbachplatz realisiert werden.

3. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, vor dem Hintergrund der prekären städtischen Finanzsituation die finanzpolitischen Realisierungsmöglichkeiten näher zu untersuchen:

- Ausgehend vom Kostenvergleich Bestandssanierung – Vollversion (vgl. Seite 58 der Kurzfassung) sind bislang weitere auftretende Kosten nicht berücksichtigt. Welche Maßnahmen mit welchen Kosten sind zusätzlich zu berücksichtigen.
- Welche mittel- bis langfristigen Einsparungen - die den städtischen Haushalt nachhaltig entlasten werden - können die Bühnen für den Fall der Generalsanierung bzw. des Neubaus z.B. durch Synergieeffekte erwirtschaften und wann amortisieren sich die dafür erforderlichen Investitionen.

- Wie würde sich eine Finanzierung der Generalsanierung bzw. Neubau im gesamten neunjährigen Zeitraum des Haushaltssicherungskonzeptes im städtischen Haushalt darstellen lassen.
 - Inwieweit könnte die Generalsanierung oder ein Neubau der Bühnen durch „Public Private Partnership“ – Modelle (PPP) oder anderweitigen für den städtischen Haushalt wirtschaftlich vertretbaren Finanzierungsmodellen realisiert werden.
 - Welche Landeszuschüsse sind für eine Generalsanierung bzw. den Neubau der Bühnen, für die Neugestaltung des Bereichs Offenbachplatz und Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt verlässlich zu erwarten.
4. Die Verwaltung soll darlegen, wie und über welchen Zeitraum der Spielbetrieb von Schauspiel und Oper bei Generalsanierung bzw. Neubau am derzeitigen Standort aufrechterhalten werden kann, welche Möglichkeiten zur Auslagerung an andere Spielstätten bestehen und welche zusätzlichen Kosten damit verbunden wären.
5. Prüfergebnisse und umsetzungsfähige Vorschläge sollen den zuständigen Ausschüssen und dem Rat bis zum Jahresende 2004 vorgelegt werden.

Sachstand:

alter Sachstand:

Mit Antrag des Rates vom 25.03.04 wurde die Verwaltung beauftragt, die Zukunft der Bühnen unter Einbeziehung kultur-, stadtentwicklungs- und finanzpolitischer Aspekte zu untersuchen. Die kultur- und stadtentwicklungspolitischen Fragestellungen des Rates wurden von den Dezernaten VI und VII beantwortet. Nicht abschließend beantwortet wurden die finanzpolitischen Fragestellungen.

Der Bericht und die Beschlussvorlage wurden dem Stadtvorstand in seiner Sitzung am 15.02.05 zur Entscheidung vorgelegt und im Ergebnis als Diskussionsgrundlage den Ratsmitgliedern, der Presse und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Die stadtentwicklungspolitischen Fragestellungen des Rates sind mit dem o. g. Bericht beantwortet, so dass insofern kein weiterer Handlungsbedarf besteht. Die von der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln initiierte Podiumsdiskussion am 13.03.05 hat jedoch deutlich gemacht, dass neben der Sanierung oder einem Neubau der Bühnen auch andere Modelle in die Untersuchung einbezogen werden sollten. Diese "alternativen Nutzungsmodelle", die die Gebäude am Offenbachplatz als reine Spielstätte und den Neubau eines Produktionszentrums an einem dezentralen Standort vorsehen, werden zurzeit von der Kulturverwaltung geprüft. Außerdem wird untersucht, welche Nutzungen möglich sind, wenn das Schauspielhaus abgerissen und an dessen Stelle ein Gebäude mit anderen innerstädtischen Nutzungen erstellt wird.

Die Verwaltung wird daher eine neue Beschlussvorlage erarbeiten, in die die alternativen Nutzungsmodelle mit einbezogen werden.

Sachstand im Juni 2006:

Die Verwaltung hat dem Ausschuss für Kunst und Kultur in seiner Sitzung am

13.06.2006 die alternativen Nutzungsmodelle vorgestellt.

Die Verwaltung hat sich für das Nutzungsmodell „Vollversion mit Option und Neubau des Schauspielhauses am Offenbachplatz“ ausgesprochen. Als mögliche Alternative käme ein Neubau der Oper an einem anderen Standort in Frage.

Der Rat hat in seiner Sitzung vom 22.06.2006 folgenden Beschluss gefasst:

Zukunft der Bühnen unter Einbeziehung kultur-, stadtentwicklungs- und finanzpolitischer Gesichtspunkte

DS-Nr.: 0888/006 und 1005/006

„Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis (Anlagen) und beauftragt die eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Bühnen der Stadt Köln mit der Planung der Alternative 5 (Vollversion mit Optionen und Neubau Schauspielhaus) mit der Maßgabe, einen Wettbewerb zur Realisierung auszuloben.

Der Rat beauftragt die Verwaltung einen Vorschlag auszuarbeiten, welches Wettbewerbsverfahren zur Anwendung kommen soll.

Der Vorschlag der Verwaltung zur Art des Wettbewerbsverfahrens ist dem Stadtentwicklungsausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Auslobungstext ist den Ausschüssen für Kunst und Kultur, dem Stadtentwicklungsausschuss zur Beratung und Beschlussfassung und der Bezirksvertretung Innenstadt zur Mitberatung vorzulegen.

Für die favorisierte Alternative 5 wird derzeit von reinen Herstellungskosten von 197,507 Mio. € ausgegangen. Um die Finanzierungsmöglichkeiten näher analysieren und bewerten zu können, wird die Verwaltung beauftragt, mögliche Finanzierungsmodelle, wie z. B. die rein kommunale Finanzierung über den Eigenbetrieb, Investorenmodelle bzw. Mischformen aus privater und öffentlicher Finanzierung, für die Investition – unter Berücksichtigung aller anfallenden Kosten und extrapolierter Kostensteigerungen – zu ermitteln und in Hinsicht auf ihre haushaltsmäßigen Auswirkungen vergleichend darzustellen. Dabei sind auch Chancen möglicher Zuschüsse von Dritten, so z. B. auch aus EU-Strukturfonds zu ermitteln.

Die jährlichen Betriebskosten-Einsparungen infolge der grundlegenden Modernisierung der betrieblichen Abläufe im neuen Haus sowie die Möglichkeiten von Erlössteigerungen sind näher zu ermitteln und ihre Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung der Zuschüsse für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung darzustellen.

Die Höhe der erforderlichen Mittel belaufen sich für die Projektsteuerung, die Projektleitung, die Auslobung des Architekturwettbewerbs und die Preisgelder auf ca. 1.500 T€. Die entsprechenden Mittel werden im Wirtschaftsplan der Bühnen veranschlagt und durch Kreditaufnahme finanziert. Die gesamten Planungskosten bis zum Baubeschluss werden ca. 26% der Baukosten betragen.

Die entsprechende Kreditaufnahme wird als Zwischenfinanzierung in die Baufinanzierung eingerechnet und führt erstmalig ab September 2012 zur Notwendigkeit einer Zuschusserhöhung für die Bühnen der Stadt Köln.“

Sachstand im Dezember 2006:

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung vom 14.11.2006 beschlossen, einen gemeinsamen Unterausschuss von Stadtentwicklungs- und Kulturausschuss einzurichten, dem neun Ratsmitglieder angehören sollen.

Die Fraktionen haben ihre Vertreter für den Unterausschuss benannt: Dr. Lemper, Klipper, Müller (CDU); Dr. Bögner, Dr. Bürgermeister, Miskelkamp (SPD); Spizig, Moritz (B90/Grüne); Sterck (FDP).

Die Verwaltung wird einen Terminvorschlag zur konstituierenden Sitzung für Anfang 2007 unterbreiten.

Sachstand im Juni 2007:

Der Unterausschuss hat sich am 8.3.2007 konstituiert. Ansonsten keine Änderung des Sachstandes.

Sachstand Dezember 2007:

In der Sitzung des Unterausschusses Opernquartier am 19.06.2007 wurden die Planungsgrundlagen und bisherigen Untersuchungen erläutert. Die Ratsentscheidung vom 22.06.2006 (trotz der genannten erwarteten Kostensteigerungen) mit dem Auftrag, entsprechend der Aufgabenstellung die Auslobungsunterlagen vorzubereiten und den Ausschüssen für Kunst und Kultur sowie dem Stadtentwicklungsausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen, wurde bestätigt.

Unmittelbar nach der Sitzung des Unterausschusses Opernquartier am 30.10.2007 fand eine gemeinsame Sondersitzung des Betriebsausschusses Bühnen, des Stadtentwicklungsausschusses und der Bezirksvertretung 1 – Innenstadt statt, in der die Beschlussfassung der vorgelegten Unterlagen mit Änderungsanträgen in einigen Punkten erfolgte.

Die Beschlussfassung zum Realisierungswettbewerb mit einem Kostendeckel von 230,922 Mio. Euro und zu den Inhalten der Auslobungsunterlagen fand in der Ratssitzung am 08.11.2007 statt.

Die Teilnehmer- und Preisrichteranfragen wurden vor Bekanntmachung des EU-weiten Wettbewerbsverfahrens durchgeführt.

Am 20.12.2007 erfolgte der Versand der EU-Bekanntmachung. Damit begann der Wettbewerb. Das Ende des Wettbewerbs ist mit der Preisgerichtssitzung am 26. und 27.06.2008 geplant.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 28.09.2006
Vorlagennummer: 1389/006

Betreff: Kölner Denkmal für die Opfer der NS-Militärjustiz

Beschluss:

Für die Deserteure, „Wehrkraftzersetzer“ und Kriegsdienstverweigerer der Nazi-Herrschaft wird ein Denkmal errichtet.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat bis Anfang 2007 einen Vorschlag über die Einrichtung eines solchen Denkmals zu unterbreiten. Dabei soll folgendes geprüft und berücksichtigt werden:

- Der Standort sollte sich in die bisherigen Gedenkstätten für die Opfer der Nazi-herrschaft eingliedern. Dies wäre z.B. im Klingelpützpark denkbar, aber auch andere Orte wären möglich,
- wenn sie sich in eine Art historischen Rundgang mit einplanen lassen.
- Die Form des Denkmals sollte abgewogen und mit betroffenen Organisationen und Personen besprochen werden. Eine einfache Gedenktafel oder eher eine anspruchsvollere Form wie z.B. eine Skulptur wären möglich.
- Das Denkmal soll auch mit Spenden und Mitteln der Kölnerinnen und Kölner finanziert und Sponsorengelder mobilisiert werden.

Sachstand:

Sachstand im Dezember 2006

Vom 10. August bis zum 21. Oktober 2007 wird im NS-Dokumentationszentrum die Wanderausstellung „Opfer der NS-Militärjustiz“ gezeigt, die von der „Stiftung für die ermordeten Juden Europas“ in Berlin erarbeitet wurde. Die Ausstellung gedenkt der Hingerichteten und erinnert an das Leiden und Sterben Tausender in Strafkompanien, Lagern und Zuchthäusern. Sie informiert über ihren Lebenshintergrund, aber auch über das System der Militärjustiz und seine Richter, die die Desertion und andere Tatbestände häufig Urteile mit einem extremen Strafmaß fällten.

Zur Vorbereitung dieser Ausstellung wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich auch mit der Frage eines Kölner Denkmals für Deserteure beschäftigen wird.

Sachstand im Juni 2007:

Die Arbeitsgruppe, die sich zur Aufarbeitung der Geschichte der Kölner Opfer der NS-Militärjustiz gegründet hat, ist im Berichtszeitraum drei Mal im NS-Dokumentationszentrum zusammengetroffen. Es wurden mögliche Standorte und Formen der Umsetzung diskutiert und Ortsbesichtigungen unternommen. Außerdem haben vier Mitglieder der Arbeitsgruppe im Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg nach Kölnern recherchiert. Im Begleitprogramm der Sonderausstellung „Opfer der NS-Militärjustiz“, die von der „Stiftung für die ermordeten Juden Europas“ erarbeitet wurde und die vom 10. August bis zum 21. Oktober 2007 im NS-Dokumentationszentrum gezeigt werden wird, wird die Arbeitsgruppe am 11. Oktober die Ergebnisse ihrer Recherchen und am 17. Oktober die bis dahin vorliegenden Vorschläge für die Gestaltung eines Denkmals vorstellen.

Sachstand im Dezember 2007:

Am 11. und am 17. Oktober 2007 informierten das NS-Dokumentationszentrum und

die „Projektgruppe Opfer der NS-Militärjustiz in Köln“ auf öffentlichen Veranstaltungen über die bisherigen Ergebnisse der Recherchen, gaben einen Überblick über Denkmale für Opfer der NS-Militärjustiz in der Bundesrepublik und berichteten über die besichtigten Stätten, die als Standorte für ein Denkmal in Köln in Frage kommen. Diese Ergebnisse werden am 11. Januar 2008 dem Kunstbeirat vorgetragen. Danach erfolgt eine verbindliche Festlegung des Standortes, womit die Voraussetzungen für eine dann vorgesehene konkrete Ansprache von Künstlerinnen und Künstlern geschaffen ist.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 27.03.2007
Vorlagennummer: A/0142/007

Betreff: Einrichtung einer Findungskommission für die Intendanz Kölner Oper

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Findungskommission zur Regelung der Nachfolge von Herrn Opernintendant Dr. Dammann einzurichten. Sie hat den Auftrag, dem Betriebsausschuss zügig einen Vorschlag zur Neubesetzung der Opernintendanz zu unterbreiten.

Der Findungskommission sollen unter Leitung des ersten Betriebsleiters der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Bühnen der Stadt Köln“ der Generaldirektor und der Kulturdezernent angehören. Außerdem besteht die Möglichkeit, bis zu vier bundesweit bzw. international anerkannte Experten hinzu zu ziehen. Ggf. wird ein externer Personalberater zur Unterstützung beauftragt. Das Nähere zur Besetzung der Kommission und zum Verfahren regelt kurzfristig der Betriebsausschuss der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Bühnen der Stadt Köln“.

Vor der konkreten Bewerberansprache und –auswahl werden die genauen vertraglichen – einschließlich der finanziellen – Rahmenbedingungen eines zukünftigen Engagements in Köln durch den Betriebsausschuss festgelegt.

Sachstand:

Sachstand im Juni 2007:

Die Mitglieder der Findungskommission sind

Herr Prof. Klaus Zehelein

Herr Prof. Jürgen Flimm

Sir Peter Jonas

Markus Stenz

Peter F. Raddatz

Die konstituierende Sitzung der Findungskommission hat am 26. Juni 2007 in Salzburg stattgefunden. Zum Sprecher der Findungskommission wurde Prof. Klaus Zehelein gewählt.

Sachstand im Dezember 2007:

Am 2. Januar 2008 hat der neue Opernintendant Uwe Eric Laufenberg seinen Vertrag unterschrieben. Damit ist diese Angelegenheit für den Halbjahresbericht erledigt.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 15.05.2007
Vorlagenummer: A/0149/007

Betreff: Einrichtung einer Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus beim NS-Dokumentationszentrum einzurichten. Die Verwaltung soll unter Berücksichtigung folgender Maßgaben ein Umsetzungskonzept erstellen und dem Rat zur abschließenden Beschlussfassung zuleiten:

1. Schwerpunkt der o. a. Stelle soll die Präventionsarbeit gegenüber Kindern und Jugendlichen und in diesem Rahmen insbesondere die Unterstützung von Schulen, Jugendeinrichtungen und die Bereitstellung von Bildungs- und Informationsangeboten sein.
2. Weitere Aufgabe der o. a. Stelle soll die Unterstützung und der Aufbau eines Netzwerkes von Einrichtungen und Initiativen sein, das sich mit Aufklärungsaktivitäten gegen Rechtsextremismus und mit der Förderung eines demokratischen Bewusstseins beschäftigt.
3. Die o. a. Stelle für Informations- und Bildungsarbeit soll beim NS-Dokumentationszentrum angesiedelt sein und mit einer Personalstelle EG 13 / A 13 ausgestattet werden.
4. Die Verwaltung soll Vorschläge unterbreiten, welche Organisationsstrukturen und Kommunikationsformen zur Begleitung der Arbeit der Infostelle und zur besseren Vernetzung der lokalen Aktivitäten durch Schulen, Jugendeinrichtungen, freier Träger und Initiativen aufgebaut werden sollen.

Sachstand:

Sachstand im Juni 2007:

Die Organisationsverfügung zur Einrichtung der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus ist Ende Juli schlussgezeichnet worden. Die interne Stellenausschreibung sowie das Verfahren zu einer ggf. externen Stellenbesetzung sind auf den Weg gebracht worden. Die Verwaltung wird, sobald die Stelle besetzt sein wird, kurzfristig Vorschläge zum Aufbau des lokalen Netzwerkes und zu den Organisationsstrukturen und Kommunikationsformen zur Begleitung der Arbeit der Infostelle machen.

Sachstand im Dezember 2007:

Die Stelle ist nach Abschluss der internen und externen Stellenausschreibung zum 1.1.2008 besetzt worden. Die Verwaltung wird im ersten Halbjahr 2008 dem Rat ein Konzept für die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus unterbreiten.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 13.12.2007
Ds-Nr.: AN/1709/2007

Betreff: Verselbständigung der Kölner Museen

Beschluss:

Auf dem Weg zu dem vom Rat in seiner Sitzung am 13.05.2004 beschlossenen Ziel, ihm ein Konzept für eine optimale Kooperation aller städtischen Museen sowie Modelle für die Organisations- und Betriebsform der Museen zur Entscheidung vorzulegen, wird die Verwaltung beauftragt:

1. Nach Maßgabe der Ergebnisse der organisatorischen Betrachtung des Organisationsamtes zur „Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Museen der Stadt Köln“ (Stand August 2007) sind die Arbeitsbedingungen der Kölner Museen so zu optimieren, dass eine effektive operative Betriebsführung der Museen ermöglicht wird.

Der Optimierungsprozess ist durch das Organisationsamt konstruktiv zu begleiten und zu moderieren. Für die Umsetzung ist der kommunalrechtliche Rahmen voll auszuschöpfen.

Beispielhaft werden genannt:

- Zwingend erforderliche Neugestaltung der Kommunikationsprozesse zwischen den Kulturinstituten, dem Referat für übergreifende Museumsangelegenheiten und der Querschnittsverwaltung
- Gewährung weitgehender Bewirtschaftungserleichterungen und maximaler Abbau finanzwirtschaftlicher Hemmnisse im Rahmen des Neuen kommunalen Finanzmanagements
- Erhöhung der Vorlage- und Vergabegrenzen entsprechend der Höchstgrenzen des Runderlasses des Innenministers NRW
- Neupositionierung des Referates für übergreifende Museumsangelegenheiten und Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit

2. Nach Ablauf eines Jahres nach Umsetzung dieses Beschlusses wird dem Ausschuss Kunst und Kultur ein Erfahrungsbericht vorgelegt. Er soll auch Stellungnahmen der Museumsdirektoren beinhalten, um ggf. Umsetzungsdefizite und weitere Bedarfe diskutieren zu können.

Sachstand:

Sachstand im Dezember 2007:

Die verwaltungsinternen Abstimmungsgespräche wurden bereits aufgenommen. Hierin einbezogen sind nicht nur die geforderten Arbeitserleichterungen für die Museen, sondern auch die Bestrebungen, ein konsensfähiges Organisations- bzw. Betriebsmodell

für die Museen zu finden. Die politischen Gremien werden regelmäßig und zeitnah in die Entscheidungsfindung einbezogen bzw. unterrichtet.

s. auch Sachstand „Wirtschaftlich selbständige Betriebsführung WRM-FC“

Gremium: Ausschusses für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 05.02.1998
Vorlagenummer: 0108/098

Betreff: Studie zur Neuausrichtung der Kölner Museen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Anlage unter den Ziffern 1-8 zusammengefassten Empfehlungen der Studie zur Neuausrichtung der Museen zu bearbeiten und bis zur Sommerpause in einen Zeit-/Maßnahmenplan überzuführen, sowie die haushaltsmäßigen Auswirkungen darzustellen und dies in einer Gesamtvorlage dem Kulturausschuss zuzuleiten.

Grundlage für die Überprüfung ist der Haushaltsansatz 1998, vorbehaltlich der Beschlussfassung des Rates. Über eine Anpassung des Budgets nach Inbetriebnahme des Wallraf-Richartz-Museums und des Rautenstrauch-Joest-Museums an den neuen Standorten wird nach Vorlage der Folgekosten der Verwaltung gesondert entschieden.

1. Die Studie empfiehlt, zur Einnahmesteigerung die Eintrittspreise der Schausammlungen im Römisch-Germanischen Museum, Museum für Angewandte Kunst, Museum für Ostasiatische Kunst und Kölnisches Stadtmuseum in Kombination mit Leistungssteigerungen auf 8,00 DM zu erhöhen.

Die Verwaltung prüft, ob und in welcher Höhe sowie mit welchen begleitenden Maßnahmen eine Preiserhöhung umgesetzt werden kann.

2. Die Studie empfiehlt, zur Attraktivitätssteigerung und Angebotserweiterung der Kölner Museen eine einheitliche Abendöffnung (langer Freitagabend) in allen Museen bis 22.00 Uhr unter Berücksichtigung von Zusatzangeboten (z.B. Führungen, Musikeinspielungen, Themenabende usw.) einzuführen.

Die Verwaltung prüft, inwieweit der Freitag der geeignete Tag für einen langen Museumsabend darstellt und inwieweit zumindest eine Kostendeckung der dadurch entstehenden Mehrkosten erreicht werden kann.

3. Die Studie empfiehlt, den Museumsdienst zur weiteren Stärkung der Besucherorientierung auf die einzelnen Museen zu dezentralisieren.

Die Verwaltung prüft die konkrete Umsetzung der Maßnahme und nimmt insbesondere eine Wertung vor, ob die angestrebte Besucherorientierung damit erreicht werden kann. Alternativ wird sie darlegen, ob und wie dieses Ziel in der bisherigen zentralen Struktur bei eventuell räumlicher Anbindung der Museumspädagogen an die Häuser besser und ebenfalls ressourcensparend erreicht werden kann.

4. Die Studie empfiehlt die Integration der Kunst- und Museumsbibliothek als

Kernbibliothek in die Museen sowie Kostensenkungsmaßnahmen im Bereich des Rheinischen Bildarchivs mit folgenden Einzelmaßnahmen:

- a) Integration der Kunst- und Museumsbibliothek in das Museum für Angewandte Kunst, das Museum Ludwig und das Wallraf-Richartz-Museum, Personalanpassung
- b) Eingliederung des Rheinischen Bildarchivs in den Museums-Service-Pool; Flächenreduktion; Verlegung in preiswerte Lage; Intensivierung Vermarktung (Prüfung der Urheberrechte);
- c) Eingliederung der Fotografen des Rheinischen Bildarchivs in den Museums-Service-Pool als Profit Center
- d) Eingliederung der Buchbinderei in den Museums-Service-Pool als Profit Center
- e) Wegfall der übergreifenden Leitung infolge neuer Struktur ohne eigenständige organisatorische Einheit nach abgeschlossener Umstrukturierung.

Die Verwaltung prüft die Realisierung der Maßnahmen auch unter den konkreten räumlichen Bedingungen, die mit einer Veränderung in der empfohlenen Weise einhergehen, wobei zu prüfen ist, ob nicht die Bedeutung der Kunst- und Museumsbibliothek nicht nur für die Kölner Museen, die Kölner Universität und die Kölner Bürger, sondern darüber hinaus für die Region und Nordrhein-Westfalen eine Zerschlagung der Bibliothek verbietet und im Gegenteil eine stärkere Förderung durch das Land und die Deutsche Forschungsgemeinschaft verlangen. Es wird geprüft, wie bei der Beibehaltung der Aufgabe und der ihr entsprechenden zentralen Struktur eine ressourcensparende Aufgabenerledigung herbeigeführt werden kann.

5. Die Studie empfiehlt, im Sachkostenbereich durch nachstehende Maßnahmen weitere Einsparungen zu realisieren:
 - a) Optimierung des Energiemanagements
 - b) Neuverhandlung von Wartungsverträgen
 - c) Ersatz des Kassenpersonals im Rautenstrauch-Joest-Museum durch Spendenbox
 - d) Einsparung der Bewachung im Museum für Angewandte Kunst durch Verzicht auf feste Öffnungszeiten in der Museumsbibliothek

Die Verwaltung prüft die konkrete Umsetzung der Maßnahme.

6. Die Studie empfiehlt, um den Museen mittelfristig mehr Handlungsspielraum einzuräumen, sie jeweils in GmbHs oder – falls dies nicht möglich sein sollte – in Eigenbetriebe umzuwandeln. Dabei wird der GmbH-Lösung in der Studie der Vorzug eingeräumt, wie die Möglichkeit, Freiheitskreise zu schaffen und Einschränkungen z.B. durch die Kameralistik abzubauen, in dieser Rechtsform am ehesten gesehen wird. Aber auch die Eigenbetriebslösung wird als ernstzunehmende Alternative genannt.
7. Die Verwaltung prüft die Umwandlung der Museen in eine neue Betriebsform sowie die Umsetzung wesentlicher organisatorischer Optimierungen im Rahmen dieser neuen Betriebsform. Dabei werden die Vor- und Nachteile einer Um-

wandlung der Museen in ein Leistungszentrum, einen Eigenbetrieb gemäß § 107, Absatz 2, Ziffer 2 GO NW und privatrechtlicher Betriebsformen, z.B. GmbH, bei bleibender städtischer Mehrheitsbeteiligung synoptisch und im Detail gegenübergestellt.

Die mögliche Anteilseignerschaft von privaten Dritten, die nur im Rahmen einer privatrechtlichen Betriebsform möglich wäre, ist so darzustellen, dass Förderer im Wege der Anteilseignerschaft ihre materielle und ideelle Unterstützung leisten können und zugleich dauerhaft mit dem Museum verbunden bleiben.

Unabhängig von der zu wählenden Betriebsform sollen die Kölner Museen eine einheitliche Wirtschaftseinheit unter einheitlicher Leitung bilden. Die vom Gutachter vorgegebene Überführung der einzelnen Häuser in jeweils eigene GmbHs oder Eigenbetriebe wird abgelehnt. Der Leitung des Museumsbetriebs obliegt die administrative und wirtschaftliche Kompetenz einschließlich des Marketings für alle Museen. Zwecks Erzielung der nötigen Kosten- und Erlöstransparenz werden die einzelnen Museen betriebswirtschaftlich als einzelne Geschäftsbereiche abgebildet und geführt. Kameral erfolgt dies in einzelnen Haushaltsunterabschnitten und kaufmännisch in Form von abgestimmten Einzelbudgets und Einzelwirtschaftsplänen.

Folgende organisatorisch-wirtschaftliche Optimierung ist zu berücksichtigen:

- a) Die für den Museumsbetrieb vorzuhaltenden Dienstleistungen sind in einen Service-Geschäftsbereich (vgl. Überlegungen von McKinsey zum Infrastrukturturpool) zu konzentrieren.
 - b) Die in der McKinsey-Studie aufgeführten Hinweise für eine Ausgliederung von notwendigen Museumsdienstleistungen, z.B. Bewachung, zwecks Erzielung möglicher Rationalisierungseffekte und Kostenvorteile sind durch eine Make-or-buy-Analyse zu überprüfen.
 - c) In einer neuen Betriebsform nimmt die Marketingkompetenz einen zentralen Stellenwert ein. Es wird ein kurz- oder mittelfristig orientierter Zeit-/Maßnahmenplan für ein Marketing-Konzept der Kölner Museen erarbeitet. Dabei wird die Schaffung eines einheitlichen Logos bzw. einer einheitlichen „Corporate Identity“ für die Kölner Museen unter Einbeziehung der Fördervereine berücksichtigt.
8. Das Museum für Ostasiatische Kunst stehe in Nordrhein –Westfalen einzigartig dar und auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland neben einen bis zwei weiteren Museen. Auf diesem Grunde ist zu prüfen, ob nicht das Land Nordrhein-Westfalen und/oder der Bund dieses Museum regelmäßig unterstützen und fördern zu könnten, bis hin zu einer Übernahme durch das Land oder den Bund, wobei der Stifterwille zu prüfen ist.
 9. Die im Anhang der Studie auf die einzelnen Häuser bezogenen Maßnahmen sind im wesentlichen Teil der unter Ziffer 1-7 ausgewiesenen Gesamtmaßnahmen. Soweit einzelne in der Studie empfohlene Maßnahmen wegen ihrer im Gesamtkontext eher geringeren Bedeutung nicht explizit genannt sein sollten, werden diese dennoch in die weiteren Überlegungen und Handlungsweisen der Museen einbezogen.

Sachstand:

alter Sachstand:

- Zu Nr. 1., 2., 3., 4., 5. (Handwerkerpool) und 7.:

Die Angelegenheit ist für den Halbjahresbericht erledigt.

- Zu Nr. 6. – Frage der Betriebsform der Museen:

Die Prüfung der Alternativen hinsichtlich der Frage der Betriebsform der Museen wurde zunächst dahingehend weitergeführt, dass in einem Gespräch von Kulturdezernat und Museumsreferat mit Vertretern der Staatskanzlei unter Beteiligung der Bezirksregierung Köln, den Kultusministerium und des Innenministeriums nochmals ausgelotet wurde, unter welchen Bedingungen die Überführung von kommunalen Museen in rechtlich selbständige Stiftungen ohne Stiftungskapital möglich ist. Dabei wurden auch verschiedene Mischmodelle diskutiert.

Auf Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde am 20.10.2003 ein Symposium zur Neuausrichtung der Museen durchgeführt mit bedeutenden Persönlichkeiten aus der nationalen Museumsszene (u. a. mit Prof. Dr. Christoph Stölzl).

Zur Organisations- und Betriebsform der Museen der Stadt Köln wurde den Ratsfraktionen und –gruppen mittlerweile eine vergleichende Übersicht (Synopsis) der organisatorisch und rechtlich möglichen Betriebsformen für die Museen vorgelegt.

Sachstand im Juni 2006:

Die Verwaltung hat dem Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 13.05.2004 folgend die Überlegungen zur Neuausrichtung aller Museen fortgesetzt und gleichzeitig die Realisierungsmöglichkeiten der Offerte einer Drittbeteiligung für das Wallraf-Richartz-Museum - Fondation Corboud im Falle der Verselbständigung des Museums bzw. seiner Betriebsführung mit dem derzeit bekannten Ergebnis geprüft (s. auch der aktuelle Sachstand zur wirtschaftlich selbständigen Betriebsführung des WRM). Auch sind die strategischen Überlegungen für ein Gesamtkonzept noch nicht abgeschlossen. Insofern konnte die Verwaltung den Ratsfraktionen dazu bisher auch nur eine synoptische Darstellung alternativer Rechtsformen für die städtischen Museen vorlegen, ohne eine abschließende Wertung vorzunehmen. In die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes sollen die Erfahrungen aus der Ausgründung einer Betriebsführungsgesellschaft für das Wallraf-Richartz-Museum - Fondation Corboud einfließen. Ebenso werden die Ergebnisse der jetzt eingeleiteten Organisationsuntersuchung aufgrund des Beschlusses des Ausschusses für Kunst und Kultur/Museumsneubauten vom 30.08.2005 zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Kölner Museen im Entscheidungsprozess Berücksichtigung finden.

Tendenziell beabsichtigt die Verwaltung ein Modell zu erarbeiten, das den Museen weit reichenden Handlungsspielraum zur verbesserten Erledigung ihrer Kerngeschäfte im operativen Bereich gewährt bei gleichzeitiger Stärkung der kulturpolitischen Steuerungsmöglichkeiten. Mit Blick darauf, dass die Personalressourcen vorrangig für die Ausgründung der Betriebsgesellschaft und für die Untersuchung verbesserter Arbeitsbedingungen eingesetzt werden müssen, die Untersuchungsergebnisse – wie darge-

stellt – aber auch wichtige Erkenntnisse für die Gesamtausrichtung haben, wird dem Rat und seinen Vorberatungsgremien frühestens im nächsten Jahr ein abgestimmter Verwaltungsvorschlag unterbreitet werden können.

Sachstand im Dezember 2007

kein neuer Sachstand,

s. auch Sachstand „Wirtschaftlich selbständige Betriebsführung WRM-FC“

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 16.05.2000
Vorlagenummer: 0658/000

Betreff: Konzeption für die Kunsthalle

Beschluss:

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung einstimmig, ein Konzept für die Kunsthalle und für alle Einrichtungen im neuen Rautenstrauch-Joest-Museum zu erarbeiten und dem Ausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

Des Weiteren wird die Verwaltung aufgefordert, die Direktorenstelle des Rautenstrauch-Joest-Museums schnellstmöglich unter Einbeziehung des Kulturausschusses zu besetzen.

Sachstand:

Sachstand:

Die Ausstellungskonzeptionen für Rautenstrauch-Joest-Museum und Museum Schnütgen werden parallel zum Planungsprozess des Kulturzentrums am Neumarkt erarbeitet. Das gilt auch für die Konzeption der Kunsthalle. Die Direktorenstelle des Rautenstrauch-Joest-Museum ist besetzt.

Ansonsten kein neuer Sachstand.

Alter Sachstand:

Der Stand der Ausstellungsplanungen für Rautenstrauch-Joest-Museum und Museum Schnütgen ist dem Kulturausschuss und dem Unterausschuss Museumsneubauten in einer gemeinsamen Sitzung am 15.11.2005 vorgestellt worden.

Die Verwaltung führt zur Zeit Gespräche mit renommierten Kunsthallenleitern und sonstigen Fachleuten zum Profil der Josef-Haubrich-Kunsthalle für das 21. Jahrhundert. Die Ergebnisse sollen bis Mitte 2006 vorliegen und werden dann dem Kulturausschuss zur Entscheidung vorgelegt.

Sachstand im Juni 2006:

Die Gespräche zum künftigen Profil einer Kunsthalle für das 21. Jahrhundert werden weitergeführt mit dem Ziel, die Ergebnisse in den von der Verwaltung zu erarbeitenden Kulturentwicklungsplan einfließen zu lassen.

Sachstand im Dezember 2006:

Auf Anregung des Kulturdezernats war die „Kunsthalle Köln“ ein Thema des Kulturpolitischen Symposiums des Kölner Kulturrats im Oktober 2006. Die Expertengespräche werden von der Verwaltung unter Einbeziehung des Ergebnisses des Symposiums weitergeführt mit dem Ziel, das zeitgemäße Profil einer Kunsthalle einschließlich der notwendigen Investitionen und Ressourcen im 1. Halbjahr 2007 vorzustellen.

Sachstand im Juni 2007:

Die Verwaltung hat dem Kulturausschuss in seiner März-Sitzung mitgeteilt, dass sie die Einrichtung einer Arbeitsgruppe beabsichtige, die auf der Grundlage der vielfältigen Gespräche und Veranstaltungen ein Gutachten zum Profil einer künftigen Kunsthalle

Köln erstellt. Der Kulturausschuss hat die Verwaltung gebeten, zunächst den Ratsbeschluss, der noch eine Kunsthallennutzung im Kulturzentrum am Neumarkt vorsieht, zu ändern und hier alternative Nutzungen vorzuschlagen. Erst danach soll die Verwaltung auf das Thema einer Arbeitsgruppe Kunsthalle Köln zurückkommen.

Sachstand im Dezember 2007:

Die Bezirksregierung Köln hat mit Schreiben vom 18.12.2007 einer Nutzungsänderung der bisher als Kunsthalle vorgesehenen Fläche zugestimmt. Die Verwaltung wird eine Änderung des bestehenden Ratsbeschlusses anstreben.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 11.06.2002
Ds-Nr.: 0813/002, 0887/002

Betreff: Einführung einer durch Informationsverarbeitungssysteme (IV) unterstützten Inventarisierung in den städtischen Museen

Beschluss:

Bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschließt der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten, mit der IV-unterstützten Inventarisierung im Kölnischen Stadtmuseum als Einstiegsstufe nach gesicherter Gesamtfinanzierung zu starten.

Gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnen CDU- und FDP-Fraktion die Änderungen zu Punkt 6. ab.

Vor dem Hintergrund der Voten zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion beauftragt der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Verwaltung, auf der Basis des in der Dezembersitzung vorgestellten Konzepts der Inventarisierung und der Bestandsprüfung in den Kölner Museen

1. Weitere Alternativen zur Reduzierung der genannten Personalkosten zu entwickeln. So sollten z.B. verstärkt museumseigene Kräfte, studentische Aushilfen und bei Interesse ggf. auch ehemalige Mitarbeiter/innen zur Inventarisierung eingesetzt werden. Darüber hinaus ist auch zu prüfen, inwiefern die Ergebnisse der Aufgabenkritik aus allen Bereichen der Stadtverwaltung ggf. weitere Personalkapazitäten freigesetzt haben, die für derartige Aufgaben (zumindest zeitweise) herangezogen werden könnten.
2. Das kostenintensive Verfahren der durch Informationsverarbeitungssysteme (IV) unterstützten Inventarisierung in abgestuften Varianten anzubieten. So wäre z.B. denkbar, eine Art Erstinventur auf digitale Fotoaufnahmen inkl. Beschreibung der wesentlichen exponatspezifischen Angaben zu beschränken und diese Angaben in späteren Verfahrensschritten zu detaillieren.
3. Erfahrungswerte aus anderen Städten mit vergleichbaren Museumsbeständen bei der Einführung einer IV-unterstützten Inventarisierung zu ermitteln und ebenfalls in die Lösungsfindung einfließen zu lassen.
4. Eine nach Museen differenzierte Personal- und Finanzbetrachtung vorzulegen und die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass eine IV-unterstützte Inventarisierung beispielhaft im Kölnischen Stadtmuseum als Einstiegsstufe nach gesicherter Gesamtfinanzierung gestartet werden kann.
5. Dem Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten im Herbst 2002 über die Ergebnisse zu berichten.

Sachstand:

alter Sachstand:

Am 07.06.2005 endete die Frist des Teilnahmewettbewerbs für die zu beschaffende

Software. Insgesamt wurden neun Angebote eingereicht. Zurzeit werden die Angebote nach fachlichen Gesichtspunkten ausgewertet und die Kandidaten für die beschränkte Ausschreibung festgelegt.

Die Beschaffung der Hardware für das Pilotprojekt im Kölnischen Stadtmuseum erfolgt in der nächsten Zeit aus Rahmenlieferverträgen. Aufgrund des stetigen Preisverfalls, bzw. fortschreitender Innovation wurde hiermit so lange wie möglich gewartet, damit ein möglichst gutes Preis/Leistungsverhältnis erzielt wird. Die Verkabelung der betreffenden Arbeitsplätze im Dienstgebäude Zeughausstr. sowie in den Depots Merlostraße und Weyerhof steht unmittelbar vor der Fertigstellung, so dass ein Anschluss an das Stadt Köln-Netz in allernächster Zeit erfolgen kann.

Zurzeit sind in der Projektgruppe vier Personen im Umfang von 3,5 vollen Stellen eingesetzt. Damit das Projekt mit zwei Erfassungsteams starten kann, ist eine weitere Personalzuweisung (aus dem Pool) erforderlich.

Sachstand Juni 2006:

Im Vergabeverfahren hinsichtlich der Museumsdokumentationssoftware haben die drei noch im Verfahren verbliebenen Softwareanbieter den sehr umfangreichen Anforderungskatalog (Lastenheft) beantwortet und Preisangebote eingereicht. Die Prüfung der formalen Voraussetzungen ergab zunächst keine weiteren Ausschlussgründe. Jedoch zeigte die fachliche Auswertung, dass zwei der drei Angebote in dem Lastenheft geforderte k.o. - Kriterien nicht erfüllen; diese Anbieter werden nunmehr aus dem weiteren Verfahren ausgeschlossen und hierüber schriftlich informiert. Ob sie gegen diese Entscheidung Rechtsmittel einlegen werden, bleibt abzuwarten. Gleichzeitig ist jedoch auch festzustellen, dass das einzige noch verbleibende Angebot im Vergleich mit den nun auszuschließenden konkurrierenden Angeboten, selbst bei Erfüllung der k.o.- Kriterien, das wirtschaftlichste Angebot darstellt. Nach Ablauf der vorgenannten Einspruchsfrist soll die Vergabe erfolgen.

Die Personalsituation ist unverändert. Für einen Start des Projektes mit der geplanten Erfassungsgeschwindigkeit der Museumsobjekte ist eine Zuweisung weiteren Personals erforderlich.

Sachstand im Dezember 2006:

Der Beschaffungsvorgang der Software entwickelte sich aufgrund der besonders komplizierten Vergabevorschriften und des langwierigen Vergabeverfahrens nur schrittweise. Nach durchgeführtem europaweitem Teilnahmewettbewerb und sich anschließendem Ausschreibungsverfahren konnte die Angelegenheit in der Zwischenzeit in Zusammenarbeit mit dem Amt für Informationsverarbeitung, dem Vergabeamt und dem Rechnungsprüfungsamt soweit abgeschlossen werden, dass der Beschaffungsauftrag an die Fa. Zetcom (Produkt: MuseumPlus) im Oktober 2006 erteilt werden konnte. Seit dem erfolgen die abschließende Anpassung der zu beschaffenden Software an die IT-Systemumgebung der Stadtverwaltung Köln und die Erfordernisse der Aufgabenstellung („Customizing“) sowie die örtlichen Vorarbeiten zur Inbetriebnahme und zum dauerhaften Einsatz des Systems. Ein erster Systemintegrationstest verlief problemlos. Zurzeit laufen die Installationsarbeiten des Systems im Rechenzentrum und auf den Workstations der Beschäftigten. Die Schulung der ersten Hälfte der Beschäftigten ist bereits erfolgt; die restlichen Schulungen sind für Ende Januar vorgesehen. Somit kann mit den Erfassungsarbeiten der Museumsbestände in Kürze begonnen werden.

Da weder im Kölnischen Stadtmuseum noch im Museumsreferat kurzfristig personelle Kapazitäten für die Systemadministration des Datenbanksystems und für die örtliche Benutzerbetreuung vorhanden sind, werden aus diesem Umstand voraussehbar in nächster Zeit noch erhebliche Probleme erwachsen. Wie bereits früher dargestellt, sollen für die Bestandserfassung Teams eingesetzt werden, die je nach Situation und zu erfassenden Objekten zeitweise oder dauernd von fachkundigem Museumspersonal (Restauratoren/-innen, wissenschaftliche Mitarbeitern/-innen) unterstützt werden müssen. Geht man von einer durchschnittlichen Bearbeitungszeit von nur acht Minuten für ein Objekt aus, so ergibt sich bei einer Gesamtzahl von rd. 300.000 Objekten beim Kölnischen Stadtmuseum ein Zeitbedarf von 40.000 Stunden. Die Bestandserfassung soll mit zwei Teams zu je zwei Mitarbeitern/-innen starten, also mit insgesamt vier Mitarbeiter/-innen. Legt man die durchschnittliche Jahresarbeitszeit von 1561 Stunden zugrunde, so wären die beiden Teams nach rd. 12½ Jahren mit der Bestandserfassung im Kölnischen Stadtmuseum fertig, wenn sich die Annahme über den Zeitbedarf als zutreffend erweist. Die derzeitige Personalausstattung umfasst aber nur zwei Mitarbeiter, davon einer nur mit einer halben Stelle. Somit kann dieses Rumpf-Team nur mit der halben Kapazität eines Teams arbeiten.

Damit das Projekt im Kölnischen Stadtmuseum überhaupt in der geplanten Breite von zwei Teams begonnen werden kann, wurde die Zuweisung weiterer Beschäftigter für diese Mehrwertaufgabe beim Personalamt beantragt, jedoch ist der Mitarbeiterpool dort derzeit erschöpft. Es gibt eine Reihe von geeigneten, entsprechend vergüteten Beschäftigten außerhalb dieses Personalpools, die sich für einen Einsatz in dem Projekt interessieren. Für diese ist jedoch das Vorhandensein von Planstellen Voraussetzung. Die beim Hauptamt unter Beteiligung der Kämmerei beantragte Einrichtung befristeter Planstellen für zusätzliches Personal (im Umfang von 2,5 Stellen) wird von dort befürwortet, jedoch wird über deren Finanzierbarkeit voraussichtlich erst zum Inkrafttreten des Stellenplans 2007 entschieden.

Sachstand im Juni 2007:

Hardware, Software

Der Beschaffungsvorgang der Software entwickelte sich aufgrund der besonders komplizierten Vergabevorschriften und des langwierigen Vergabeverfahrens nur schrittweise. Nach durchgeführtem europaweitem Teilnahmewettbewerb und sich anschließendem Ausschreibungsverfahren konnte die Angelegenheit in der Zwischenzeit in Zusammenarbeit mit dem Amt für Informationsverarbeitung, dem Vergabeamt und dem Rechnungsprüfungsamt soweit abgeschlossen werden, dass der Beschaffungsauftrag an die Fa. Zetcom (Produkt: MuseumPlus) im Oktober 2006 erteilt werden konnte. Seit dem erfolgen die abschließende Anpassung der zu beschaffenden Software an die IT-Systemumgebung der Stadtverwaltung Köln und die Erfordernisse der Aufgabenstellung („Customizing“) sowie die örtlichen Vorarbeiten zur Inbetriebnahme und zum dauerhaften Einsatz des Systems. Ein erster Systemintegrationstest verlief problemlos. Zurzeit läuft die Vorbereitung der Installationsarbeiten des Systems im Rechenzentrum in Form weiterer Tests in der jeweiligen Systemumgebung (Client/Server sowie T-Desk). In der nächsten Zeit soll die Software auf die Workstations der Beschäftigten aufgespielt werden. Die Schulung der der Beschäftigten ist bereits erfolgt. Somit kann mit den Erfassungsarbeiten der Museumsbestände in Kürze begonnen werden; ebenso können die Arbeitsabläufe der MuseumsmitarbeiterInnen auf das neue System um-

gestellt werden. Im Kölnischen Stadtmuseum wurde eine inzwischen vakant gewordene Stelle für die Inventarisierungssachbearbeitung wieder besetzt; dort werden auch die lokale Systemadministration des Datenbanksystems und die örtliche Benutzerbetreuung angebunden. Die Einweisung des Mitarbeiters in MuseumPlus ist inzwischen ebenfalls erfolgt; weitere Schulungsmaßnahmen werden folgen.

Personal

Geht man von einer durchschnittlichen Bearbeitungszeit bei der Bestandserfassung von nur acht Minuten für ein Objekt aus, so ergibt sich bei einer Gesamtzahl von rd. 300.000 Objekten beim Kölnischen Stadtmuseum ein Zeitbedarf von rd. 12½ Jahren beim Einsatz von zwei Teams. Die derzeitige Personalausstattung umfasst aber nur zwei Mitarbeiter, davon einer nur mit einer halben Stelle. Um überhaupt mit zwei Teams beginnen zu können, wurde für den Stellenplan 2007 die zusätzliche Einrichtung befristeter Planstellen für weiteres Personal (im Umfang von 2,5 Stellen) beantragt; dieser Antrag wurde jedoch mangels einer gesicherten Finanzierung inzwischen wieder zurück gezogen, so dass derzeit erst mit der Kapazität eines halben Teams gearbeitet werden kann. Wie bereits früher dargestellt, sollen für die Bestandserfassung Teams, bestehend aus zwei Personen, eingesetzt werden. Das Museumsgut darf bei der Aktion nicht leiden, deswegen ist die zusätzliche fachliche Beteiligung von entsprechendem Fachpersonal (Restauratoren) unerlässlich. Bei der geringen Personalausstattung des KSM in diesem Bereich kann eine ständige Betreuung der Erfassungsteams durch Stammpersonal jedoch nicht gewährleistet werden.

Eine alternative Möglichkeit besteht darin, die erforderliche fachliche Kenntnis direkt dem Erfassungsteam zuzuordnen, indem in jedem Team ein Berufsanfänger aus dem Berufsbild Restaurator/Konservator eingesetzt wird. Damit könnte die Inanspruchnahme des vorhandenen festen Personals auf kritische Museumsobjekte beschränkt werden. Die Arbeitsagentur Köln teilte nach einer internen Recherche mit, dass zurzeit eine Reihe geeigneter Kandidaten/-innen in den Berufen Restaurator/-in, bzw. Konservator/-in vorhanden ist, die mit einer Vorlaufzeit von ca. drei Monaten regulär vermittelbar sind.

An die Stelle der entfallenen Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten über ABM tritt in Kürze das Programm „Neue Arbeit für Köln“, Modell der ARGE Köln, das eine Co-Finanzierung für die Zielgruppe der Menschen mit erhöhten Arbeitsmarktrisiken¹ in der Größenordnung von durchschnittlich 37,5% des AN-Bruttolohnes im Verlauf von zwei Jahren vorsieht². Voraussetzung ist neben den personenbezogenen Kriterien für die Anerkennung u. a., dass die Anleitung und Fachaufsicht in den Museen gewährleistet werden kann, weiterhin ist zur Vermeidung arbeitsrechtlicher Konsequenzen an die Zwischenschaltung eines Beschäftigungsträgers (z. B. Konsortium Köln) gedacht.

In diesem Zusammenhang ist die ARGE z. Zt. mit der Klärung befasst, in welcher Größenordnung geeignete Kandidaten/-innen, in den genannten Berufen, auf die die genannten Förderkriterien zutreffen, vorhanden sind. Die Personalverwaltung wurde gebeten, auf der Basis einer durch die Kulturverwaltung vorgelegten Berechnung der entstehenden Aufwendungen eine Realisierungsmöglichkeit unter Einbeziehung der

¹ Langzeitarbeitslose, gering Qualifizierte, Ältere

² Monate 1-6: 50%; Monate 7-12: 40%; Monate 13-24: 30% vom AN-Brutto

Förderungsmöglichkeiten durch die Arbeitsverwaltung zu prüfen.

Es ist davon auszugehen, dass in den Dezernaten und Ämtern der Stadtverwaltung Köln eine Reihe von Beschäftigten auf sog. Q-Stellen geführt wird. Für diese Beschäftigten ist aufgrund von Aufgabenabbau und Umstrukturierungen die bisherige Aufgabe entfallen und es wurde noch kein anderweitiger Einsatz gefunden; teilweise handelt es sich aber auch um Krankheitsfälle. In den meisten Fällen leisten diese Beschäftigten in ihren bisherigen Dienststellen Sonderaufgaben, bzw. stehen bei Bedarf als Vertretungspersonal zur Verfügung.

Die Personalverwaltung wurde weiter gebeten zu prüfen, ob diese ungenutzten Personalressourcen³ dem Projekt Bestandserfassung in den Museen, zugeführt werden können. Wenn dies gelingt, kann der Personalkostenaufwand für dieses Projekt im Bereich der Verwaltungskräfte erheblich reduziert werden.

Sachstand im Dezember 2007:

Nach einer notwendigen Anpassung der Software an die städtischen Sicherheitsstandards laufen derzeit noch weitere Sicherheitstests. Diese verliefen tendenziell positiv, so dass mit einer Inbetriebnahme bis Februar 2008 gerechnet wird.

Zum Stellenplan 2008 wurden 2 Stellen aus dem Budget des Kulturdezernates zur Personalverstärkung bei der Bestandserfassung im Kölnischen Stadtmuseum beantragt.

³ einschließlich ihrer Personalkosten

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 22.07.2003
Vorlagenummer: 0882/003

Betreff: Erhalt des elektronischen Studios des WDR für Köln sowie Verlagerung der Fotobibliothek

Beschluss:

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung einstimmig, in Zusammenarbeit mit dem Westdeutschen Rundfunk zu prüfen, ob das Elektronische Studio in Köln verbleiben und insbesondere, ob es im Museum für Angewandte Kunst untergebracht werden kann. In diesem Zusammenhang ist auch die Möglichkeit der Verlagerung der Fotobibliothek ins Museum Ludwig zu überprüfen. Die erforderlichen Kosten einer solchen Maßnahme sind darzustellen. Das Prüfungsergebnis ist dem Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten zur weiteren Entscheidung vorzulegen.

Sachstand:

Sachstand im Juni 2007:

Die Kulturverwaltung hat gemeinsam mit dem WDR am 18.05.2007 in einem Ortstermin geprüft, ob das Elektronische Studio im Objekt MediaPark 5 untergebracht werden kann. Geplant ist, den aktiven Produktionsteil gemeinsam mit dem Musikfabrik Landesensemble NRW e. V. gemeinsam im Gebäude MediaPark 7 unterzubringen, um durch den engen räumlichen Zusammenhang eine Nutzung zu ermöglichen.

Darüber hinaus werden Überlegungen angestellt, die Aktivitäten und die internationale Reputation der Musikfabrik in einem größeren Rahmen nutzbar zu machen. Hierfür soll mit Unterstützung weiterer Partner im MediaPark ein Zentrum für Neue Musik und Musiktheater gegründet werden, so dass auch für Kulturschaffende experimenteller und neuer komponierter Musik ein Kompetenzzentrum mit Aufführungs- und Produktionsstätten zur Verfügung steht.

Sachstand per 31.12.2007

Nach einer erneuten Prüfung der Räumlichkeiten in den Gebäuden MediaPark 5 und 7 wurde die ursprünglich geplante Aufteilung des Studios in einen aktiv-produktiven Teil, der zusammen mit der Musikfabrik in ihrem geplanten neuen Domizil im Gebäude MediaPark 7 untergebracht werden sollte, und einen passiv-musealen Teil verworfen. Stattdessen ist geplant, das Studio in seiner Gesamtheit im Gebäude Media Park 5 unterzubringen, wobei im Hinblick auf mögliche Kooperationen mit der Musikfabrik die räumliche Trennung durch eine Verkabelung technisch überbrückt werden soll.

Gremium: Beschluss des Ausschusses für Kunst und Kultur/ Museumsneubauten als Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Bühnen
Sitzungsdatum: 22.07.2003
Vorlagenummer: 0981/003

Betreff: Neuausrichtung der Bühnen ab der Spielzeit 2004/2005

Beschluss:

Unter Berücksichtigung des Diskussionsergebnisses und der vorgeschlagenen Änderungen beauftragt der Ausschuss bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen bei den Bühnen der Stadt Köln ein Konzept zur strukturellen und konzeptionellen Neuausrichtung der Bühnen zu erarbeiten, das mindestens die nachfolgend genannten Zielsetzungen enthält. Dieses Konzept ist dem Werksausschuss zur weiteren Entscheidung vorzulegen:

- Veränderung und Optimierung der Kostenstrukturen der Bühnen der Stadt Köln in der Form, dass die Finanzierbarkeit und damit der Fortbestand der Bühnen unter Beibehaltung des Qualitätsanspruches auch in Zukunft gesichert werden kann.
- Gegenüberstellung und Wertung unterschiedlicher Betriebsmodelle (Repertoire, Stagione-Betrieb bzw. Kombinationsmodelle) und Betriebsformen (Eigenbetrieb, GmbH, AÖR, Stiftung, Betreibergesellschaft mit Aufsplittung in Bühnenbetrieb, Ensemble, Orchester, Technik etc.).
- Eine stärkere Publikumsorientierung, ein weiter verbessertes Marketing sowie die Prüfung von Synergieeffekten durch Intensivierung der (über-)regionalen Zusammenarbeit.
- Hierbei soll u.a. auch eine verstärkte Kooperation mit der Kunst- und Kulturlandschaft in Köln, so z. B. auch mit den freien Theatern geprüft werden.
- Entwicklung von inhaltlichen Kriterien für die Zusammenstellung der jeweiligen Spielpläne auch unter einer grundsätzlichen Definition der Rolle und der Bedeutung des Sprech- und Musiktheaters im Köln des 21. Jahrhunderts. Hierbei soll auch dargestellt werden, welche inhaltlichen Mittel erforderlich sind, um die Bühnen der Stadt Köln wieder zu einer herausragenden künstlerischen Adresse werden zu lassen.
- Entwicklung von verschiedenen Szenarien zur Errichtung einer Tanzkompanie als potentielle Sparte auch in dem Bewusstsein, dass deren Realisierung vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltssituation nicht kurzfristig erfolgen kann.
- Entwicklung von Modellen, wie die Einhaltung dieser Kriterien und die Erreichung der Ziele zu überprüfen sind ("Kulturelles Benchmarking").
- Begleitung der Erstellung dieses Konzeptes zur Neuausrichtung der Bühnen der Stadt Köln von einem Symposium, dessen Ergebnisse in diesem Konzept berücksichtigt werden sollen.
- Die Arbeitnehmervertretung der Bühnen ist in die Konzeptentwicklung mit einzu beziehen.

Der Ausschuss erwartet bis Ende des Jahres einen ersten Zwischenbericht.

Sachstand:

Über die Inhalte des Abschlussberichtes des Organisationsamtes zur Frage nach einer Gegenüberstellung und Wertung alternativer Rechtsformen für die Bühnen der Stadt Köln wurde der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten in seiner Sondersitzung am 06.02.2006 im Wege einer Mitteilung der Verwaltung unterrichtet.

Der Ausschuss hat diese Mitteilung zur Kenntnis genommen.

Als Ergebnis eines Rechtsformenvergleichs ist festzustellen, dass die von den Bühnen vorgetragenen Problemlagen sich auch in der bestehenden Betriebsform der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung durch die Optimierung vorhandener verwaltungsin-
terner Strukturen bzw. durch Änderungen der Regelungsinhalte in der Eigenbetriebs-
satzung lösen bzw. abmildern lassen.

Anzunehmen ist, dass sich eine Effizienzsteigerung bei den städtischen Bühnen erzie-
len ließe, wenn im Zuge einer Rechtsformänderung weitestgehende Handlungsauto-
nomie eingeräumt würde. Dies setzt allerdings voraus, dass die in vergleichbaren Initi-
ativen der Ausgliederung öffentlich-rechtlicher Einrichtungen wirksamen restriktiven
Beschlussfassungen des Rates der Stadt Köln (z. B. Gültigkeit der städtischen Verga-
berichtlinien/Prüfrechte des Rechnungsprüfungsamtes) und die seitens der Personal-
vertretung üblicherweise geforderten, die Personalhoheit beschränkenden Regelungen
in den Personalüberleitungstarifverträgen im Falle der Umwandlung der Bühnen der
Stadt Köln in eine neue Trägerschaftsform nicht oder nicht in vollem Umfang zur An-
wendung kämen. Unter dieser Voraussetzung würde insb. die Rechtsform der (ge-
meinnützigen) Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) mit der Möglichkeit der
unmittelbaren wirtschaftlichen Beteiligung dritter Kapitalgeber der Betriebsführung zu-
sätzliche Entscheidungskompetenzen ermöglichen und ggf. neue finanzielle Ressourcen
erschließen. Über Aufsichtsgremien ließen sich in dieser Rechtsform des privaten
Rechts eine öffentliche Steuerung und Kontrolle erweiterter Verantwortungsspielräume
sicherstellen.

Sonstige Untersuchungsaspekte, insbesondere zur fachlich-inhaltlichen Ausrichtung
der städtischen Bühnen, waren Gegenstand einer Folien-Präsentation „Zukunft der
Bühnen“ des Geschäftsführenden Intendanten und einer anschließenden Diskussion
im Rahmen o. g. Sondersitzung. Einzelheiten hierzu sind der Niederschrift zur Sonder-
sitzung zu entnehmen. Auch diese Ausführungen hat der Ausschuss für Kunst und
Kultur/Museumsneubauten ohne weitergehenden Untersuchungsauftrag zur Kenntnis
genommen. Aus Sicht der Verwaltung erübrigt sich damit eine weitere Berichterstat-
tung.

RM Sörries spricht sich dafür aus, den Bericht zur Neuausrichtung der Bühnen ab der
Spielzeit 2004/2005 (S. 48) nicht aus dem Halbjahresbericht herauszunehmen, da die
Untersuchungsaspekte zur fachlich-inhaltlichen Ausrichtung der Bühnen noch nicht
abgeschlossen sei.

Dies findet die Zustimmung des Ausschusses.

Sachstand Dezember 2007:

Keine Änderung des Sachstandes.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 30.09.2003
Vorlagenummer: 1129/003

Betreff: Forum Culturalis - künftige Nutzung für das Haus Kutz

Beschluss:

Bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beauftragt der Ausschuss die Verwaltung, zu prüfen, inwieweit das ehemalige Kaufhaus Kutz und der anschließende Gebäudekomplex ganz oder überwiegend, ggf. mit einem privaten Investor, einer kulturellen Nutzung als Forum Culturalis zugeführt werden kann.

Sachstand:

Die städtische Liegenschaft des ehemaligen Hauses Kutz ist mit Vertrag vom 2.2.2004 an die KVB AG überlassen worden. Nach Niederlegung des Gebäudes hat die KVB AG dort Baustelleneinrichtungsflächen für die Nord-Süd-Stadtbahn erstellt. Die Flächen werden voraussichtlich bis 2010 benötigt. Ein städtebaulicher Wettbewerb zur künftigen Nutzung der ehemaligen Kutz-Fläche („Forum Culturalis“) ist deshalb derzeit nicht beabsichtigt.

Hinweis:

Kein neuer Sachstand im Juni 2006.

Sachstand im Dezember 2006:

Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 18.5.2006 prüft die Verwaltung im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Architektenwettbewerbs Archäologische Zone/Haus der jüdischen Kultur auch die Einbeziehung der ehemaligen Kutz-Fläche in das Plangebiet. Ein Ergebnis ist mit der Fertigstellung des Auslobungstextes im Mai 2007 zu erwarten.

Sachstand im Juni 2007:

Ein Beschluss zur Auslobung des Architektenwettbewerbs Archäologische Zone/Haus der jüdischen Kultur ist erst für September 2007 zu erwarten. Ansonsten kein neuer Sachstand.

Sachstand im Dezember 2007:

Der Stadtentwicklungsausschuss hat die Auslobung des Architektenwettbewerbs Archäologische Zone/Haus der jüdischen Kultur am 22.11.2007 beschlossen. Die Fläche des ehemaligen Kaufhauses Kutz findet hier keine Berücksichtigung.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 04.05.2004
Vorlagennummer: 0500/004

Betreff: Kultur in der „Regio“

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Bericht über die bisherigen Erfahrungen und die Möglichkeiten zukünftiger Kooperationen im Bereich der Kultur in der „Regio“ zu erstellen. In diesem Bericht soll insbesondere eingegangen werden auf:

- die Angebote der Spielstätten,
- die Ausstellungen der Kölner und der regionalen Museen und Galerien,
- weitere Kooperationsfelder,
- bestehende/ mögliche Probleme und Lösungsmöglichkeiten.

Die Verwaltung soll die Möglichkeit einer Umlandfinanzierung prüfen und aufzeigen.

Sachstand:

(Mitteilung zur Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur/Museumsneubauten am 21.06.2005)

Im vorliegenden Antrag wird von der Kultur in der Regio gesprochen, der Begriff „Regio“ ist hier nicht näher definiert. Der nachfolgende Bericht bezieht sich deshalb auf den Arbeitsbereich der Rheinschiene. Die Arbeit der sogenannten Rheinschiene, zwischen Bonn und Duisburg, im Bereich Kultur gestaltet sich seit knapp 10 Jahren durch zwei Gremien: die „Rheinland AG“ und den „Brauweiler Kreis“. Sie wurde als Landesprogramm initiiert und finanziell gefördert.

Die Rheinland AG wurde als ein über das jeweilige Stadtgebiet hinausgehendes Kooperationsprojekt der Städte Bonn, Köln, Düsseldorf und Duisburg gegründet. Die Rheinland AG will einen Beitrag zur Profilierung des Landes liefern, die Rheinschiene dabei als kulturelles Filetstück qualifizieren. Die Projekte müssen dabei Identität und Unverwechselbarkeit der Rheinschiene aufzeigen. Sie sollen Impulse für neue Schwerpunkte und Profile der Kulturarbeit geben, durch Kooperationen sollen Qualitätsstandards angehoben werden. Die Kulturdezernenten der Städte Bonn, Köln, Düsseldorf und Duisburg, die sich seit 1999 regelmäßig treffen, sowie des Landschaftsverbandes Rheinland, der jedoch Ende 2001 seine regelmäßige Mitarbeit aufgekündigte, bedienen sich dabei Ihrer Kulturämter und Kulturinstitute. Regelmäßiges Mitglied der Arbeitstreffen war bis dato auch der Abteilungsleiter Kultur des MSWKS. Aus diesem Verbund heraus wurde auch der sogenannte „Brauweiler Kreis“ gegründet. Der Brauweiler Kreis umfasst die Gebietskörperschaften des südlichen Rheinlands einschließlich des Umlands von Köln und Bonn, aber ohne Duisburg und Düsseldorf. Teilnehmer des Brauweiler Kreises sind, neben den Beigeordneten der Gemeinden des Umlandes, die Amtsleiter der Gebietskörperschaften. Zu ihren Aufgaben gehören die Umsetzung der in der Rheinland AG vereinbarten Projekte sowie die Initiierung eigener Projekte. Hauptthemenfelder sind dabei die Kinder- und Jugendkultur sowie der Dialog der Kulturen.

Projekte:

- "Spielarten"
Abspiel von ausgewählten Produktionen des Kinder- und Jugendtheaters (seit 1994)
 - "Dance in Education"
Tanzworkshops der Kompanie mind the gap in Schulen (seit 1998)
 - "NRW-Autorentreffen"
Lesungen in den Städten Bonn, Köln und Düsseldorf ausgewählter Autoren und Autorinnen aus dem Land (1998, 2000 und 2002)
- „Global Art – Rheinland 2000“
Ausstellungen (zeitgenössisch und kulturhistorisch) in den Rheinschienenstädten und dem Umland
 - "Tanzstraße"
Präsentation der besten freien Tanzproduktionen der freien Tanzszene der Region (seit 2000)
- „Theater der Welt“
Festival in allen vier Städten (2002)
- „Jüdische Kulturtage“
in 14 Gemeinden der Region, mehr als 200 Veranstaltungen (2002, für 2007 geplant)
- Umfrage und Symposium zur Kulturregion Rheinschiene im Bürgerurteil in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Kulturforschung Bonn
 - "Alle Achtung"
Spartenübergreifende Workshops mit Kindern und Jugendlichen gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit (2001 bis 2003) sowie die modifizierte Fortsetzung:
 - "Orientierung"
Workshops mit Künstlerinnen und Künstlern mit Migrationshintergrund (2004 und 2005)
 - "Stadt-Klang-Fluss"
Kinder- und Jugendmusikfestival (2003 und 2004, modifizierte Fortsetzung wird überlegt)
 - "JazzArt"
Durch eine internationale Jury ausgewählte Konzepte der aktuellen Musik unterschiedlicher Formate. Die Gewinner bekamen die Produktion und die Präsentation ermöglicht. (2002 bis 2004)
 - „Der Neue Orient“
Festival zeitgenössischer orientalischer Kunstäußerungen: Kunst aller Sparten aus den islamisch geprägten Staaten des Mittelmeerraumes und dem Iran (für Herbst 2005 geplant)

Schwerpunktthemen der Rheinland-AG-Treffen (1. Quartal 2004):

- Museen: Sammlungs austausch der Häuser mit zeitgenössischer Kunst
- Museen: Themenbezogene Ausstellungen mit Leihgaben aus NRW
- Bühnen: Abo-Verbund
- Bühnen: Inszenierungsaustausch
- Tanz: Kooperationsidee: Klassisches Ballett D/DU, Zeitgenössischer Tanz K/BN
- Tanz: Inszenierungsaustausch
- Kulturämter: Organisatorische Kooperation der Kulturinstitute

Die zukünftige regionale Zusammenarbeit wird sich unter anderem auch an der Positionierung der neuen Landesregierung in diesem Bereich und an den organisatorischen Änderungen, die diese mit sich bringt, orientieren.

Herr Professor Quander wird die Arbeit in der Rheinland AG fortsetzen. Er sieht in der regionalen Zusammenarbeit wirkungsvolle Möglichkeiten, die kulturelle Vielfalt des Rheinlands pointiert darzustellen und die Chance der Städte, ihre Verschiedenartigkeit herauszustellen. Von einer reinen Addition der Aktivitäten will er absehen, da diese die Wahrnehmung nicht schärfen würde. Die Möglichkeiten einer Umlandfinanzierung wird er mit seinen Kollegen thematisieren.

Sachstand 31.12.2005:

Kein neuer Sachstand, da die Position des Kulturdezernenten in Düsseldorf noch nicht wiederbesetzt ist.

Sachstand im Dezember 2006:

Erste Gespräche der Kulturdezernenten von Bonn, Düsseldorf, Duisburg und Köln mit dem Kulturstaatssekretär haben stattgefunden. Ein zentrales Thema ist die Rheinschienen-Zusammenarbeit beim Tanz.

Sachstand im Juni 2007:

Die Kooperationsgespräche werden fortgesetzt.

Sachstand im Dezember 2007:

Die Kooperationsidee mit Düsseldorf/Duisburg im Zusammenhang mit einer „Ballett- und Tanztheatercompagnie Rheinschiene“ hat sich zerschlagen, an einer Kooperation mit Bonn auf dem Gebiet des zeitgenössischen Tanzes wird noch gearbeitet (vgl. auch Sachstand „Gemeinsames Tanzensemble mit Bonn“). Ansonsten kein neuer Sachstand.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 08.03.2005
Vorlagennummer: 0248/005

Betreff: Barrierefreiheit in Museen

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit die Kunstvermittlung in den Kölner Museen für alle Menschen weitestgehend ermöglicht werden kann.
Der ungehinderte Zugang zur Kunst bezieht sich sowohl auf die Gebäude als auch auf die Vermittlung der Kunst. Barrierefreiheit im öffentlichen Raum gehört zum Selbstverständnis der Stadt Köln, das sie sich mit dem Leitbild 2020 gegeben hat.

Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, inwieweit gewährleistet werden kann, dass Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen (Sehbehinderungen, Hörbehinderungen, Mobilitätseinschränkungen etc.)

- in die Planung des KAN und die Neukonzeption des MAK und
- in die Entwicklung der Konzepte für Sammlungen und Sonderausstellungen und für spezielle Angebote des Museumsdienstes einbezogen werden können.

Sachstand:

Sachstand im Juni 2006:

In Hinblick auf die Planung des KAN und des MAK zur Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen wird auf die Stellungnahme der Gebäudewirtschaft im Ausschuss Kunst und Kultur am 08.03.2005 verwiesen. Darin heißt es: „Die Gebäudewirtschaft legt bei ihrer Planungs- und Bautätigkeit seit dem Jahr 2003 die neue als Normentwurf vorliegende DIN 18030 – Barrierefreies Bauen Planungsgrundlagen – zum behindertengerechten Bauen und Planen öffentlich zugänglicher Gebäude zugrunde. Die darin fixierten Normen, insbesondere zur Ausstattung der Gebäude mit Aufzügen und Behinderten-WC's, werden bei allen Neubaumaßnahmen konsequent angewandt. Dies gilt selbstverständlich auch für das Projekt KAN.“

Hinsichtlich der Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen bei der Entwicklung von Konzepten wird derzeit vom Museumsdienst ein spezielles Sonderheft mit Angeboten für Menschen mit Behinderungen vorbereitet. Dieses wird voraussichtlich im Juli erscheinen.

Sachstand im Dezember 2006:

- kein neuer Sachstand im Hinblick auf Planung KAN und Umbau MAK -

Das Sonderheft des Museumsdienstes mit Angeboten für Menschen mit Behinderungen wurde Ende September 2005 veröffentlicht und liegt in den Museen aus.

Sachstand im Juni 2007:

In seiner Sitzung am 13.03.2007 hat der Ausschuss Kunst und Kultur/ Museumsneubauten die Verwaltung beauftragt, bis zur Sommerpause einen Bericht über die allgemeine Barrierefreiheit in den städtischen und stadteigenen Kultureinrichtungen vorzulegen. Der Bericht soll Informationen enthalten über Zugänglichkeit und spezielle Angebote für Menschen mit körperlichen Behinderungen (wie z.B. für hörbehinderte und gehörlose sowie für sehbehinderte und blinde Menschen) wie auch für Menschen mit psychischen Behinderungen. Außerdem sollen Schwachstellen und Barrieren dargestellt werden sowie die Möglichkeiten zur Überwindung dieser Barrieren. Die Verwaltung wird gebeten, positive Entwicklungen in diesem Prozess darzustellen und den Einrichtungen freier Träger zur Verfügung zu stellen. Dieser Beschluss ist der StadtAG Behindertenpolitik und dem Sozialausschuss zur Kenntnis zu geben, der Bericht soll in diesen Gremien ebenfalls behandelt werden

In der Augustsitzung wird die Verwaltung den Bericht über die allgemeine Barrierefreiheit in den städtischen Museen und Instituten im Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten vorlegen.

Darüber hinaus wird derzeit der Internetauftritt der Wissenschaftlichen Museen im Hinblick auf einen barrierefreien Zugang überarbeitet. Die Inbetriebnahme des überarbeiteten Internetauftrittes ist nach der Sommerpause vorgesehen.

Weiterhin beabsichtigt das Museum Ludwig, für hörgeschädigte Menschen eine Induktionsanlage für Führungen etc. im Museum zu installieren. Entsprechende Mittel wurden zum Haushalt 2008 beantragt.

Sachstand im Dezember 2007:

Die Verwaltung hat zur Sitzung am 14.08.2007 dem Ausschuss Kunst und Kultur einen umfangreichen Bericht zur Barrierefreiheit in den städtischen Kultureinrichtungen vorgelegt. Bestandteil des Berichtes waren auch die städtischen Museen.

Der Internetauftritt der städtischen Museen ist mittlerweile barrierefrei zugänglich und steht im Netz zur Verfügung.

Für das Museum Ludwig konnten mittlerweile zwei Induktions- bzw. Funkanlagen für Führungen mit je 25 Plätzen beschafft werden, die bereits im Einsatz sind. In diesem Zusammenhang wurde auch das Kino Museum Ludwig mit Plätzen für Hörgeschädigte ausgestattet. Für die Sonderausstellung Mondrian wurde auch ein Sponsor gewonnen, der eine weitere Funkanlage befristet für die Laufzeit zur Verfügung stellt.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 08.03.2005
Vorlagennummer: ohne

Betreff: Gemeinsame Sitzung des Kunst- und Gestaltungsbeirates

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten beschließt einstimmig eine gemeinsame Sitzung des Kunst- und Gestaltungsbeirates zur Thematik „Gestaltung des öffentlichen Raumes im Umfeld des in Bau befindlichen Erzbischöflichen Diözesanmuseums Kolumba“.

Sachstand:

Der Rat wird voraussichtlich am 05.07.2005 eine neue Geschäftsordnung für den Kunstbeirat verabschieden. Nach der Sommerpause soll dann der Kunstbeirat für die Ratsperiode 2004-2009 installiert werden. Erst danach kann die beschlossene gemeinsame Sitzung von Kunst- und Gestaltungsbeirat stattfinden.

Sachstand im Dezember 2005:

Der Rat hat die neue Geschäftsordnung des Kunstbeirates am 5.7.2005 beschlossen, der Beirat hat sich am 20.10.2005 konstituiert. Eine gemeinsame Sitzung von Kunst- und Gestaltungsbeirat zur Umfeldgestaltung des Diözesanmuseums steht auf dem Arbeitsplan, den sich der Beirat gegeben hat. Sie wird stattfinden, sobald die entsprechenden Vorschläge der Verwaltung vorliegen.

Sachstand im Dezember 2006:

Das Stadtplanungsamt hat zwei Abendveranstaltungen mit den Anliegern und Mitgliedern der Bezirksvertretung Innenstadt durchgeführt. Die Anlieger und vor allen Dingen die Politiker sind damit einverstanden, dass der Platz gegenüber vom Museum Kolumba von Autos freigestellt wird, so dass er gestaltet werden kann.

In den Diskussionen mit den Anliegern und den Bezirksvertretern wurde deutlich, dass für das gesamte Quartier östlich der Tunisstraße/westlich Hohe Straße eine neue Verkehrskonzeption erarbeitet werden muss, die auch die Parkplatzproblematik des Quartiers mit einbezieht. Dazu hat die Verwaltung mehrere Vorschläge vorgelegt, die schrittweise realisiert werden könnten.

Für das direkte Umfeld des Museums Kolumba gibt es bereits einen Beschluss der BV 1, wonach die Bürgersteige um das Museum herum auf 3 m verbreitert und mit Grauwacke Naturstein gepflastert werden sollen. Dies ist ein Wunsch des Architekten Peter Zumthor und des Generalvikariats. Der Ausbau soll vor der Eröffnung des Museums fertig gestellt sein.

Für den Platz gegenüber dem Museum will das Stadtplanungsamt von einem externen Planungsbüro einen Entwurf erarbeiten lassen. Kunst- und Gestaltungsbeirat werden sich in einer gemeinsamen Sitzung mit den konkreten Planungsentwürfen befassen.

Sachstand im Juni 2007:

Die Verwaltung beabsichtigt, für die Platzgestaltung des Fritz L. Gruber Platzes eine Mehrfachbeauftragung durchzuführen. Das heißt, es sollen 5 - 7 (junge) Planerbüros beauftragt werden, eine Gestaltung für den Platz zu entwickeln. Die Finanzierung des

Verfahrens ist gesichert, wenn innerhalb des Jahres 2007 das Verfahren zum Abschluss gebracht werden kann. Die Verwaltung ist bemüht, die Mehrfachbeauftragung kurzfristig durchzuführen. Wenn dieses gestalterische Qualifizierungsverfahren abgeschlossen ist, kann das Ergebnis dem Kunst- und Gestaltungsbeirat in einer gemeinsamen Sitzung vorgestellt werden.

Sachstand im Dezember 2007:

Die Gestaltung des öffentlichen Raumes im Umfeld des Museums Kolumba ist größtenteils durch mehrere Einzelmaßnahmen, z.B. Bürgersteiggestaltung, abgeschlossen (Beschluss BV 1). Die Straßengestaltung und -führung im Quartier ist hingegen noch offen, der Kunstbeirat ist hier nicht tangiert.

Für die Gestaltung des Fritz-L.-Gruber-Platzes führt das Stadtplanungsamt zurzeit einen Wettbewerb mit mehreren (jungen) Planerbüros durch. Am 3.12.2007 fand hierzu die Jurysitzung statt, anschließend beauftragt der Stadtentwicklungsausschuss ein Büro mit der Gestaltung. Der Gestaltungsbeirat erhält diesen Beschluss zur Kenntnis. Da keine Kunst im öffentlichen Raum geplant ist, wird der Kunstbeirat hier nicht einbezogen.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 17.05.2005
Vorlagenummer: 0650/005

Betreff: Jährlicher Kulturbericht für Köln

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen jährlichen Kulturbericht für Köln zu erstellen. Ziel dieses Berichtes ist es, die wesentlichen Entwicklungen im Bereich der Kultur in Köln soweit möglich auch messbar darzustellen und medial zu begleiten. Er dient in einem fortlaufenden Prozess der Evaluierung der kulturpolitischen Aktivitäten und bildet zukünftig eine wichtige Diskussions- und Entscheidungsgrundlage für den Rat der Stadt Köln.

Der Kulturbericht soll, beginnend mit der freien Szene in 2005, im jährlichen Wechsel

- die städtischen Kulturinstitutionen und
- die sog. Freie Szene zum Inhalt haben.

Sachstand:

Sachstand im Juni 2006:

Die Verwaltung bereitet den Kulturbericht für das Jahr 2005 vor. Der Bericht soll im Frühjahr 2006 dem Kulturausschuss und dem Rat vorgelegt werden.

Sachstand im Dezember 2006:

Infolge einer außergewöhnlichen Arbeitsbelastung im Kulturstadtamt konnte der Bericht erst zur Sitzung am 28.11.2006 umgedruckt werden.

Sachstand im Dezember 2007:

Die Verwaltung erarbeitet zurzeit den Kulturentwicklungsplan. Die Verabschiedung durch den Kulturausschuss ist für den 10.6.2008 vorgesehen. Danach wird der jährliche Kulturbericht der Fortschreibung des Kulturentwicklungsplans dienen.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 30.08.2005
Vorlagenummer: 1026/005

Betreff: Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Kölner Museen

Beschluss:

Bei den öffentlichen Äußerungen um die Wahl eines neuen Kulturdezernenten hat Herr Prof. Quander mehrfach die Stärkung der Eigenverantwortung der Kölner Kulturbetriebe, namentlich der Kölner Museen, angemahnt. Der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten greift diese Äußerungen und die Ergebnisse einer Diskussionsrunde mit den Museumsdirektoren auf und beauftragt die Verwaltung zu prüfen, durch welche Maßnahmen administrativer und/oder organisatorischer Art innerhalb der Stadt Köln die Arbeitsbedingungen für die Museen verbessert werden können und dem Rat einen entsprechenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten.

In diese Prüfung und die nachfolgende Empfehlung sollen u. a. die Themenkomplexe:

- zentrale/ dezentrale Zuständigkeiten
- Mittelbewirtschaftung/ Eigenverantwortung
- Vergaberegeln/ Vertragskompetenz
- Vereinfachung von Verwaltungsvorschriften

einfließen.

Sachstand:

alter Sachstand:

Seitens der Museumsdirektionen bzw. Verwaltungsleitung der einzelnen Museen und Institute wurden konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Museen erarbeitet und dem Museumsreferat als projektverantwortliche Dienststelle eingereicht. Durch das Museumsreferat fand zunächst eine erste Prüfung der Vorschläge statt. Dabei wurden folgende Arbeits- bzw. Prüfschwerpunkte festgelegt: Bauwesen, Finanzen, Personal, Organisation, Rechts- und Versicherungsangelegenheiten, Vergabewesen, Museumsarbeit im engeren Sinne sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Im nächsten Schritt wird nun gemeinsam mit dem Organisationsamt das weitere Verfahren abgestimmt. Hierzu findet noch in diesem Jahr ein erstes Erörterungsgespräch statt.

Sachstand im Juni 2006:

Das Erörterungsgespräch hat stattgefunden. In Abstimmung zwischen Kulturdezernat und dem Organisationsamt wurde bei 10/Organisationsamt eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die das Projekt „Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Kölner Museen“ federführend betreut. Die Arbeitsgruppe hat im März 2006 die Arbeit aufgenommen. Im weiteren Verfahren wurden seitens der Arbeitsgruppe mit den Direktoren/innen und den Verwaltungsleitern/innen der Museen und Institute Gespräche über die eingereichten Vorschläge geführt. Die Gespräche werden derzeit durch das Orga-

nisationsamt ausgewertet. Über die Ergebnisse der Gespräche wird das Organisationsamt in Kürze das Kulturdezernat/Museumsreferat mit dem Ziel informieren, das weitere Vorgehen abzustimmen und Handlungsfelder festzulegen.

Sachstand im Dezember 2006:

Die Gespräche von Kulturdezernat/Museumsreferat und Organisationsamt haben stattgefunden und die zu bearbeitenden Handlungsfelder festgelegt. Derzeit wird federführend durch das Organisationsamt mit den beteiligten Dienststellen (z. B. Vergabeamt) Gespräche über konkrete Verbesserungen der Arbeitsbedingungen geführt. Anfang 2007 wird 10 – Organisationsamt seinen Bericht vorlegen.

Sachstand im Juni 2007:

Der Abschlussbericht des Organisationsamtes liegt mittlerweile intern vor, der Bericht ist jedoch hinsichtlich ‚Baubetreuung der Museen‘ noch zwischen VI und VII abzustimmen. Hierzu findet am 24.07.2007 ein entsprechendes Gespräch statt. Eine frühere Terminierung war aufgrund Urlaub und anderweitiger terminlicher Verpflichtungen der Beteiligten nicht möglich. Nach erfolgreicher Abstimmung wird der Bericht dem Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten zur Kenntnis gegeben.

Sachstand im Dezember 2007:

Nachdem der Rat in der Sitzung am 13.12.2007 die Verwaltung beauftragt hat, die Ergebnisse des Berichtes im vollen Umfang umzusetzen und dabei die Vorlage- und Vergabegrenzen entsprechend der rechtlichen Höchstgrenzen zu erhöhen, finden die noch erforderlichen Abstimmungen in der Verwaltung zur Umsetzung dieses Ratsbeschlusses statt.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 15.11.2005
Vorlagennummer: 1623/005

Betreff: Neuvergabe der Konzeptionsförderung für freie und private Theater

Beschluss:

Die Verwaltung erläutert zur Verbesserung der Information der Kulturausschuss- und Ratsmitglieder über die Entscheidungen des Theaterbeirates künftig zeitnah den Vertretern der Fraktionen, die im Kulturausschuss stimmberechtigt sind, die Ergebnisse der Beratung. Damit soll gewährleistet sein, dass sich die politischen Vertreter nicht allein auf die schriftliche Begründung Ihrer Beschlussvorlage stützen müssen, wenn sie die Beschlüsse des Beirates würdigen müssen.

Einen solchen Informationstermin soll es nicht nur in den Fällen, in denen der Rat die Zuschüsse zu beschließen hat, sondern auch informationshalber bei den Beschlüssen zu den Projektmitteln geben.

Die Verwaltung beobachtet die Entwicklung der freien und privaten Theater kontinuierlich und teilt jährlich in einem Bericht den Stand der Realisierung der Konzepte der geförderten Theater und -gruppen dem Ausschuss mit.

Dieser Bericht soll mit dem Theaterbeirat zuvor abgestimmt werden. Die Einzelergebnisse sind mit den Geförderten zu erörtern.

Sachstand:

Sachstand im Juni 2006:

Im Anschluss an die Neuvergabe der Konzeptionsförderung hat die Verwaltung mit sämtlichen nicht berücksichtigten Antragstellern ein persönliches Gespräch geführt und die Gründe für die Entscheidung dargelegt.

Dem Beschluss, einen jährlichen Bericht über den Realisierungsstand der Konzepte der institutionell geförderten Theater zu verfassen und dem Ausschuss vorzulegen, kann im Jahr 2006 noch nicht nachgekommen werden. Die Neuvergabe der Konzeptionsförderung erfolgt erst zum 01.09.2006. Aufgrund der mit 14 abgestimmten Bewilligungsaufgaben müssen die Verwendungsnachweise durch die Theater erst zum 30.06. des Folgejahres vorliegen (bisher Sachstandsbericht, statischer Fragebogen, Bilanz oder Gewinn- und Verlustrechnung). Eine entsprechende Erweiterung der beizubringenden Daten muss zunächst verwaltungsintern abgestimmt und kann von den konzeptionsgeförderten Theatern auch erst für die Zukunft verlangt werden. Aufgrund dieser Voraussetzungen kann ein erster Bericht erst nach dem 30.06.2007 für die im Zeitraum 01.09.-31.12.2006 geförderten Theater vorgelegt werden.

Am 10.02.2006 und 10.03.2006 hat der Theaterbeirat die für das Jahr 2006 insgesamt eingereichten 70 Projektförderanträge beraten. Davon konnten jedoch aufgrund der zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 207.500 € lediglich 27 zur Förderung vorgeschlagen werden. Das Votum wurde am 22.03.2006 den kulturpolitischen Sprechern der Fraktionen bzw. deren Vertretern vorgestellt und detailliert erläutert, bevor es den Theatern schriftlich mitgeteilt wurde. Auf Wunsch wurde auch hier allen nicht berücksichtigten Theatern ein Gespräch über die Gründe, warum eine Förderung nicht erfol-

gen konnte, angeboten.

Sachstand im Dezember 2006:

Die erbetene ergänzende Erläuterung des Theaterbeiratsvotums bei der Vergabe der Projektmittel 2006 hat bereits am 22. März d. Jahres stattgefunden. Für das Jahr 2007 ist damit nach der Votumsabgabe des Theaterbeirats im Zeitraum März/April zu rechnen.

Bezüglich der Berichtspflicht bei den institutionell geförderten Theatern wird derzeit ein Verfahren zur Erhebung und Aufbereitung der für den Bericht erforderlichen Daten entwickelt. Die Verwaltung wird den Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten in der nächsten Sitzung über das Verfahren informieren.

Sachstand im Juni 2007:

Die Erläuterung des Theaterbeiratsvotums bei der Vergabe der Projektmittel 2007 hat am 27. März d. Jahres stattgefunden.

Der Bericht über die institutionell geförderten Theater wird dem Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten erstmals im Herbst 2007 vorgelegt (s. Mitteilung in der Sitzung am 23.01.2007).

Sachstand im Dezember 2007:

Der Bericht über die institutionell geförderten Theater wurde dem Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten erstmals in der Sitzung am 27.11.2007 für das Rumpfsjahr 01.09.2006-31.12.2006 vorgelegt. Basis für den Bericht war neben der Auswertung von wirtschaftlichen Daten das Votum des Beirats. Das Ergebnis wurde den betroffenen Theatern wunschgemäß vor Einbringung des Berichts in den Ausschuss in einem persönlichen Gespräch mitgeteilt. Am 14. November 2007 fand zur Erläuterung der Hintergründe des Beiratsvotums zusätzlich ein Termin mit den kulturpolitischen Sprechern bzw. deren Vertretern statt.

Die Beratung wurde in die Januar-Sitzung des Ausschusses verlagert.

Die Information der kulturpolitischen Sprecher bezüglich der Vergabe der Projektförderung 2008 wird nach Abgabe des Beiratsvotums voraussichtlich Ende Februar/Anfang März 2008 erfolgen.

Die Berichte über die konzeptionsgeförderten Theater werden zukünftig turnusmäßig im Herbst des auf das Bewilligungsjahr folgenden Jahres dem Ausschuss vorgelegt. Die Information der kulturpolitischen Sprecher bezüglich der Vergabe der Projektmittel erfolgt ebenfalls regelmäßig nach Abgabe des Beiratsvotums im Frühjahr des Bewilligungsjahres.

Der Beschluss ist damit umgesetzt und für den Halbjahresbericht erledigt.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 13.06.2006
Vorlagennummer: 0928/006

Betreff: Kulturentwicklungsplan

Beschluss:

1. Die Verwaltung erstellt in enger Zusammenarbeit mit den Akteuren des Kölner Kulturlebens eine fortschreibungsfähige Bestandsaufnahme der Freien und Institutionellen Kulturszene in Köln.

Der Kulturausschuss wird vorab über den Kreis der Einzubeziehenden informiert.
Die Verwaltung wird gebeten, das Zwischenergebnis dem Kulturausschuss zur Beratung vorzulegen.
2. Im nächsten Schritt formuliert die Verwaltung auf Grundlage der Ergebnisse und der Beratung Förderschwerpunkte in Form eines Kulturentwicklungsplans für die Jahre bis 2014, der dem Kulturausschuss im 1. Quartal 2007 vorgelegt wird.
3. Der Kulturentwicklungsplan und das Ergebnis der Beratungen werden anschließend gemeinsam mit den Beteiligten und der Politik diskutiert. Nach diesem Dialog wird eine entsprechende Beschlussvorlage in eine der letzten Kulturausschusssitzungen vor der Sommerpause 2007 vorgelegt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die finanziellen Auswirkungen der beabsichtigten Maßnahmen zu prüfen und mitzuteilen, wie deren Deckung erfolgen soll.

Sachstand:

Sachstand im Juni 2006:

Die Verwaltung hat die Arbeiten aufgenommen.

Sachstand im Dezember 2006:

Eine erste Liste der an der Erarbeitung des Kulturentwicklungsplans Beteiligten ist dem Kulturausschuss am 15.8.2006 zur Kenntnis gegeben worden. Die erbetene Bestandsaufnahme befindet sich in der verwaltungsmäßigen Endabstimmung. Sie wird dem Kulturausschuss am 23.1.2007 zur Beratung vorgelegt.

Sachstand im Juni 2007:

Die Abstimmungen innerhalb der Freien Szene verzögern die abschließende Fertigstellung der Bestandsaufnahme. Auf den Beitrag der Freien Szene soll aber nicht verzichtet werden, der bis zum 15.7.2007 geliefert werden soll. Die Bestandsaufnahme wird im Anschluss dem Kulturausschuss zur Kenntnis gegeben.

Sachstand im Dezember 2007:

In der Sitzung am 15.1.2008 wird die Verwaltung dem Kulturausschuss einen zweiteiligen Bericht vorlegen. Teil I enthält die Bestandsaufnahme der freien und institutionellen Kulturszene Kölns gegliedert nach den Entwicklungsfeldern des künftigen Kulturentwicklungsplans, eine tabellarische Übersicht ist im Anhang zu finden. Darüber hinaus wird der Bericht in Teil II ein erstes Fazit der Bestandsaufnahme und erste Entwicklungsnotwendigkeiten mit zeitlicher Prioritätensetzung für jedes Entwicklungsfeld aufzeigen. Auf dieser Grundlage soll der Kulturentwicklungsplan in Zusammenarbeit mit der freien und institutionellen Kulturszene in einem offenen Diskurs entwickelt werden. Ziel ist die Verabschiedung im Kulturausschuss am 10.6.2008.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 12.09.2006
Vorlagennummer: 1303/006

Betreff: Gemeinsames Tanzensemble mit Bonn

Beschluss:

Der Kulturausschuss beauftragt die Verwaltung kurzfristig mit der Stadt Bonn, gegebenenfalls auch mit der Stadt Düsseldorf, über die Gründung einer gemeinsamen Tanzcompany zu verhandeln. In diesem Zusammenhang ist auch eine Beteiligung bzw. Unterstützung des Landes zu prüfen.

Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt darzustellen, welche Rechtsform sich für die angestrebte Kooperation am besten eignet. Hierbei ist sicherzustellen, dass eine Drittmittelfinanzierung wie im Beispiel Köln im Rahmen einer Kooperation fortgeführt werden kann.

Der Kulturausschuss ist laufend über den Sachstand der Gespräche zu informieren.

Sachstand:

Sachstand im Dezember 2006:

Anfang 2007 findet ein Gespräch mit der Landesregierung statt.

Sachstand im Juni 2007:

Zurzeit laufen noch Verhandlungen zwischen den Städten Köln, Bonn, Düsseldorf/Duisburg über die Bildung einer Ballett- und Tanztheatercompagnie Rheinschiene (Arbeitstitel). Das letzte Gespräch fand am 23.05.07 in Köln statt.

Zum bisher vorliegenden Konzept gibt es noch Klärungsbedarf, z. B. zu den Themen Disposition, Orchesterdienste, Infrastruktur, ggf. erforderliche Kapazitätserweiterungen, Werkstattleistungen sowie Finanzierung (Schlüssel zur Kostenverteilung).

Die im Konzept enthaltenen Planungen werden von den Disponenten der beteiligten Häuser auf ihre Machbarkeit überprüft.

Sobald ein Ergebnis vorliegt, wird dies dem Ausschuss Kunst und Kultur / Museumsneubauten vorgelegt.

Sachstand im Dezember 2007

Das Disponententreffen am 04.09.2007 ergab, dass die Installation einer „Ballett- und Tanztheatercompagnie Rheinschiene“ nach dem vorliegenden Modell für alle vier Häuser eine große Umstellung mit weitreichenden Konsequenzen bedeuten würde. Eine Umsetzung des Modells ohne gravierende Abstriche für die anderen Sparten sei nicht vorstellbar. Oper und Schauspiel müssten sich sowohl in ihrer Planung als auch in ihrem Angebot der Ballettcompagnie unterordnen. Eine Verwirklichung des Modells innerhalb der gegenwärtigen Strukturen erschien aus Sicht der Disponenten nicht möglich.

Die Stadt Düsseldorf erklärte daraufhin am 18.09.97, an der „Ballett- und Tanztheater-

compagnie Rheinschiene“ nicht länger festhalten zu wollen.

Mit der Stadt Bonn laufen noch Gespräche hinsichtlich einer Kooperation.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 23.01.2007
Vorlagenummer: A/1939/006

Betreff: Kulturamt entwickelt sich zum Kulturbüro

Beschluss:

Das Kulturamt soll zu einem **Kulturbüro** entwickelt werden mit dem Ziel, als Moderator und als Service- und Dienstleister in Abstimmung mit dem zu entwickelnden Kulturentwicklungsplan für alle Akteure der Kölner Kultur sowie mögliche Sponsoren zur Verfügung zu stehen. Dabei ist insbesondere die Vernetzung der freien Szene untereinander und mit den städtischen Institutionen zu optimieren. Der Kulturdezernent wird gebeten, im Rahmen des bestehenden Stellenplanes für eine ausreichende Personalausstattung im Kulturbüro zu sorgen und hier auch den Schwerpunkt zu setzen.

Die Verwaltung wird um Vorlage eines entsprechenden Konzeptes bis zur Sommerpause gebeten.

Sachstand:

Sachstand im Juni 2007:

In der Kulturausschusssitzung am 05.06.2007 ist die Mitteilung der Verwaltung in die Sitzung am 14.08.2007 vertagt worden, um den Bericht mit dem neuen Leiter des Amtes zu diskutieren.

Sachstand im Dezember 2007:

In der Sitzung am 14.08.2007 ist die überarbeitete und ergänzte Mitteilung der Verwaltung diskutiert und zur Kenntnis genommen worden. Die Angelegenheit ist für den Halbjahresbericht erledigt.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 13.03.2007
Vorlagenummer: A/0051/007

Betreff: Barrierefreiheit in städtischen Kultureinrichtungen

Beschluss:

In Ergänzung des Grundsatzbeschlusses des Sozialausschusses vom 11.04.2002 und seines Beschlusses am 13.01.2005 zur Barrierefreiheit in Köln wird die Verwaltung gebeten, bis zur Sommerpause einen Bericht über die allgemeine Barrierefreiheit in den städtischen und stadt eigenen Kultureinrichtungen vorzulegen.

Der Bericht soll Informationen enthalten über Zugänglichkeit und spezielle Angebote für Menschen mit körperlichen Behinderungen (wie z.B. für hörbehinderte und gehörlose sowie für sehbehinderte und blinde Menschen) wie auch für Menschen mit psychischen Behinderungen. Außerdem sollen Schwachstellen und Barrieren dargestellt werden sowie die Möglichkeiten zur Überwindung dieser Barrieren.

Die Verwaltung wird gebeten, positive Entwicklungen in diesem Prozess darzustellen und den Einrichtungen freier Träger zur Verfügung zu stellen.

Dieser Beschluss ist der StadtAG Behindertenpolitik und dem Sozialausschuss zur Kenntnis zu geben, der Bericht soll in diesen Gremien ebenfalls behandelt werden.

Sachstand:

Sachstand im Juni 2007:

Die Recherche in den städtischen Kultureinrichtungen läuft. Das Ergebnis soll dem Ausschuss in der Sitzung am 14.08.2007 mitgeteilt werden.

Sachstand im Dezember 2007:

Dem Kulturausschuss wurde zur Sitzung am 14.08.2007 ein umfangreicher Bericht vorgelegt. Vorher hatte ihn bereits der Sozialausschuss in der Sitzung am 09.08.2007, später die StadtAG Behindertenpolitik in der Sitzung am 23.08.2007 zustimmend zur Kenntnis genommen.

Das Kulturdezernat hat inzwischen weitere Kontakte zu einzelnen Veranstaltern der freien Kulturszene aufgenommen mit dem Ziel, sie für das Thema zu sensibilisieren (Literaturhaus Köln, litCologne, Kulturkirche Nippes, Hochschule für Musik Köln, Dom-Forum, Cinedom, Off-Broadway, Theaterkonferenz).

Die Angelegenheit ist für den Halbjahresbericht erledigt.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 13.03.2007
Vorlagennummer: A/0059/007

Betreff: Erstellung von Förderkonzepten

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zügig mit der Erstellung von Förderkonzepten und daran orientierten Kostenkalkulationen für die Bereiche Musik (Alte, Neue und Populärmusik), bildende Kunst, Tanz, Medien- und Filmkunst sowie Literatur zu beginnen und diese dem Kulturausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

Das Musikförderkonzept ist in der letzten Sitzung vor der Sommerpause dem Kulturausschuss zur Entscheidung vorzulegen. Die anderen Konzepte sollten baldmöglichst folgen. Für die Sitzung vor der Sommerpause soll die Verwaltung hierzu einen Zeit-/Maßnahmenplan vorlegen, aus dem ersichtlich ist, wann mit der Vorlage der einzelnen Konzepte in 2007 zu rechnen ist.

Sachstand:

Sachstand im Juni 2007:

Unter Hinweis auf die nicht besetzte Stelle im Musikreferat und die kommissarische Leitung des Referats Bildende Kunst, Film, Literatur, Fotografie und Neue Medien ist der Kulturausschuss in seiner Sitzung am 23.04.2007 darüber informiert worden, dass das Musikförderkonzept erst in der 1. Jahreshälfte 2008 vorgelegt werden kann. Gleiches gilt für die Förderkonzepte Popkultur und Tanz. Die Vorlage der Konzepte für bildende Kunst, Literatur und Medien- sowie Filmkunst hängt vom Zeitpunkt der Stellenbesetzung ab, wobei noch in diesem Jahr als wichtiger Bestandteil des Förderkonzepts für bildende Kunst das 2001 beschlossene Atelierförderkonzept aktualisiert werden soll.

Sachstand im Dezember 2007:

Nach Vorberatung durch den Kulturausschuss in seiner Sitzung am 14.08.2007 hat der Rat am 30.08.2007 die Fortschreibung des „Konzept zur Förderung von Künstlerateliers in Köln“ beschlossen.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 05.06.2007
Vorlagennummer: A/0185/007

Betreff: Aufbereitung und Präsentation von Nachlässen aus den Bereichen Architektur- und Urbanistik

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Studie zur sach- und fachgerechten Aufarbeitung der Nachlässe aus den Bereichen Architektur und Urbanistik zu erstellen bzw. in Auftrag zu geben. Im Rahmen dieser Studie soll gleichzeitig ein Konzept entwickelt werden, wie die Nachlässe einer breiten Öffentlichkeit anschaulich nahe gebracht werden können.

Diese Projektarbeit ist beim Historischen Archiv anzusiedeln und zunächst auf maximal 1 Jahr zu befristen.

Nach Ablauf dieses Jahres soll auf der Basis des erstellten Konzeptes über die Aufarbeitung und Präsentation der Nachlässe durch den Ausschuss Kunst und Kultur über die weitere Fortführung des Projektes, insbesondere zu den sich daraus ergebenden zeitlichen und finanziellen Rahmenbedingungen entschieden werden.

Sachstand:

Zur Sitzung des Ausschusses für Kunst und Kultur/Museumsneubauten am 14. August wurde ein ausführlicher Zwischenbericht zum Stand der Nachlässe aus Architektur und Urbanistik vorgelegt.

Für den eingestellten Betrag von 40.000,- € wurde ab 1. September 2007 ein Werkvertrag mit einem Kunsthistoriker geschlossen, der im Rahmen einer Projektstudie den bislang unzureichend erschlossenen Plan- und Nachlassbestand 1673 (Karl Band (1900-1995) im Umfang von ca. 32 lfd. m Plangut in Rollen/Mappen und ca. 20 lfd. m Akten bearbeitet. Eine letzte große Abgabe des Architekturbüros hat das Archiv Ende Dezember übernommen, was den Umfang des Bestandes erheblich vergrößert hat. Die Erschließung hat den Zweck, den durchschnittlichen Zeitaufwand für die Erschließung von Akten- und Planschriftgut der Architekturnachlässe zu ermitteln, damit der Personalaufwand genauer bestimmt werden kann. Im Rahmen der Studie soll gleichzeitig ein Konzept entwickelt werden, wie die Architekturnachlässe zukünftig seiner breiteren Öffentlichkeit anschaulich nahe gebracht werden können. Bis Dezember 2007 wurden 5 lfd. m Plangut im Umfang von 4.365 Plänen erschlossen. Für die Zeit ab Januar 2008 stehen geschätzte weitere 24.000 Pläne zur Bearbeitung an. Daraus ergibt sich eine reine Bearbeitungszeit nur für die Pläne von weiteren 24 Monaten, so dass das Projekt nach Ablauf eines Jahres aller Voraussicht nach nicht abgeschlossen sein wird. Die weitere Bereitstellung von Haushaltsmitteln wurde zum Haushaltsplan 2008 angemeldet.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 05.06.2007
Vorlagenummer: A/0255/007

Betreff: Unterstützung wegen Liquiditätsengpässen

Beschluss:

Die Verwaltung wird zur Stützung der freien Szene in Köln beauftragt, bei folgenden Theatern das mögliche Vorliegen eines einmaligen Liquiditätsengpasses zu prüfen und bei Bedarf dem Kulturausschuss kurzfristig einen Vorschlag zu unterbreiten, wie in der Situation Abhilfe geschaffen werden kann:

- Kinder- und Jugendtheater „monteure“
- Theater am Sachsenring
- Horizont Theater (Kinder- und Jugendtheater).

Sachstand:

Sachstand im Juni 2007:

Die Kulturverwaltung wird den Ausschuss in seiner Sitzung am 14.08.2007 über das Ergebnis der Prüfungen informieren und einen Entscheidungsvorschlag vorlegen.

Sachstand im Dezember 2007:

Der Ausschuss hat sich in seinen Sitzungen am 14.08.2007 und 23.10.2007 abschließend mit den Liquiditätsengpässen der o. a. Theater befasst und einmalige finanzielle Unterstützungen beschlossen. Die Angelegenheit ist für den Halbjahresbericht erledigt.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 27.11.2007
Vorlagenummer: ohne

Betreff: Nachnutzung des Gebäudes des Rautenstrauch-Joest Museums am Ubierring

Beschluss:

1. In eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Kunst und Kultur/ Museumsneubauten sollte der Liegenschaftsdezernent eingeladen werden, um aus seiner Fachkenntnis und seiner Beurteilung dieses Komplexes definitive Auskünfte zu geben.
2. Unter Einschluss der Darlegungen, die hier präsentiert worden sind, soll eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werden, deren Struktur her von der Verwaltung vorgegeben werden soll.

Sachstand:

Der Liegenschaftsdezernent wird dem Kulturausschuss in der Sitzung am 19.2.2008 den Sachstand berichten.

Gremium: Ausschuss Kunst und Kultur/ Museumsneubauten als Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Bühnen
Sitzungsdatum: 27.11.2007
Ds-Nr.: ohne

Betreff: Mögliche Interimslösungen für das Opern- und Schauspielhaus während der Sanierungs- und Neubauphase

Beschluss:

Folgende Standorte sollen als Interimslösung für das Opern- und Schauspielhaus während der Sanierungs- und Neubauphase untersucht werden:

- Staatenhaus
- Eifelwall
- Uni-Wiese (sofern planungsrechtlich möglich)

Sachstand:

Die Gebäudewirtschaft hat zwischenzeitlich eine erste Einschätzung hinsichtlich der Kosten für die Bereitstellung des Grundstücks Eifelwall ermittelt. Auf Grundlage dieser Einschätzung kann nun der Theaterplaner die Kosten für die Aufstellung der Spielhäuser ermitteln.

Für das Staatenhaus wird zurzeit ein statisches Gutachten erstellt. Auf dieser Grundlage können dann die Kosten ermittelt werden.

Hinsichtlich des Standortes auf der Uni-Wiese müssen zunächst die planungsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen. Erst dann ist es sinnvoll, diesen Standort unter Kostengesichtspunkten näher zu betrachten. Die planerischen Voraussetzungen sollen auf Dezernatsebene geklärt werden.

Es ist beabsichtigt, zur Sitzung des Betriebsausschusses am 19. Februar 2008 eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzulegen, um dann zu einer schnellen Entscheidung in dieser Frage zu kommen.

Gremium: Ausschusses Umweltschutz und Grün
Sitzungsdatum: 20.02.2003
Vorlagenummer: 0151/003

Betreff: Gesamtentwurf Bonner Verteilerkreis

Beschluss:

Das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Künstler Lutz Fritsch einen Gesamtentwurf für den Bonner Verteilerkreis zu erarbeiten und die gärtnerische Ausgestaltung mit den vorhandenen Haushaltsmitteln (Verwaltungsvereinbarung mit dem Landesbetrieb) innerhalb der nächsten 2 Jahre umzusetzen.

Sachstand:

Alter Sachstand:

Die Verwaltung führt zur Zeit Gespräche mit der Stadt Bonn mit dem Ziel der gemeinsamen Sponsorenfindung für die in Köln und Bonn zu errichtenden Stelen von Lutz Fritsch, der Abstimmung hinsichtlich der Grüngestaltung beider Verteilerkreise und der zeitlichen Synchronisation für das Aufstellen der Stelen.

Außerdem werden zurzeit Finanzierungsfragen (ausschließlich Drittmittel!) geklärt.

Mit Hilfe der Regionale-Agentur wird ein Sponsoring-Konzept erarbeitet, die Eignung des Vorhabens als Projekt der Regionale 2010 wird parallel geprüft mit dem Ziel einer Teilfinanzierung aus Städtebauförderungsmitteln.

Sachstand im Dezember 2005:

Die bisherigen Gespräche zur Sponsorenfindung haben nicht zum Erfolg geführt. Verwaltung und Regionale-Agentur versuchen es weiter.

Sachstand Dezember 2006:

Die Regionale-2010-Agentur unterstützt das Projekt weiterhin. Die technischen Voraussetzungen und Sponsoringanfragen zur finanziellen Absicherung konkretisieren sich wie folgt: Mit dem TÜV Rheinland wird zurzeit über die Erarbeitung der Statik für das Projekt verhandelt. Im Januar 2007 gibt es einen Termin mit einer interessierten durch Herrn Oberbürgermeister Schramma vermittelten Firma, die für die Lackierung der Stahlstelen gewonnen werden soll. Es stehen außerdem im Frühjahr Gespräche mit der Kunst-Stiftung NRW an. Das Projekt soll nach Möglichkeit bis August 2007, wenn die A 555 75 Jahre alt wird, realisiert sein.

Sachstand im Juni 2007:

Die technischen Vorbereitungen zur Aufstellung der Skulpturen werden zurzeit eingehend geprüft. Darüber hinaus werden weiterhin Gespräche mit potenziellen Sponsoren geführt. Die Verwaltung wird in Kürze eine Vorlage einbringen und das Projekt und den Sachstand darlegen.

Sachstand im Dezember 2007:

Alle erforderlichen Gutachten für den Bau der beiden Skulpturen (je eine 50 m hohe Stahlstele auf den Verteilerkreisen der B555, eine in Köln und eine in Bonn) sind bei-

gebracht. Ein Runder Tisch zur Realisierung des Projekts unter Beteiligung der Städte Köln und Bonn, der Staatskanzlei NRW (Kultur) ist eingerichtet. Fördermittel sind bei der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen/Kultur durch die Stadt Köln für die Städte Köln und Bonn beantragt. Ratsbeschlüsse sind in Köln und Bonn erfolgt, der Vertrag zwischen Lutz Fritsch und der Stadt Köln zur Fixierung der Finanzierung/des Restsponsorbetrags und Durchführung des Projekts ist unterzeichnet. Die Sponsorenakquise läuft.

Januar 2008: Baubeginn; voraussichtlich Ende 2008: Fertigstellung mit festlicher Eröffnung.

Inhaltsverzeichnis

AUS DEM BEREICH DES DEZERNATES OB	2
BESCHLÜSSE DES WIRTSCHAFTSAUSSCHUSSES	3
<i>Handlungsoptionen zur Sicherung und Weiterentwicklung des Medienstandortes Köln</i>	<i>4</i>
AUS DEM BEREICH DES DEZERNATES I.....	6
BESCHLÜSSE DES RATES.....	7
<i>Kooperation im KDN Dachverband kommunaler IT-Dienstleister und ihre monetären</i>	
<i>Auswirkungen</i>	<i>8</i>
<i>Mehr Ausbildungsplätze bei der Stadt und ihren Beteiligungsgesellschaften</i>	<i>10</i>
<i>Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Sperrstunde bzw. Reinigungsstunde durch</i>	
<i>Gastronomen</i>	<i>12</i>
<i>Optimierter Bürgerservice in den Stadtbezirken / Auslagerung aller Unterhaltsvorschusskassen</i>	
<i>aus den bürgernahen Bezirkssozialämtern nach Porz zum 01.09.2005</i>	<i>13</i>
<i>100 Ausbildungsplätze bei der Stadt Köln und Einführung einer Ausbildungsquote</i>	<i>14</i>
<i>Bleiberechte für geduldete Menschen in Köln</i>	<i>17</i>
<i>Wiedereinführung von Bezirksbeigeordneten.....</i>	<i>20</i>
<i>Resolution gegen die Auflösung des Versorgungsamtes Köln</i>	<i>21</i>
<i>Initiative "Chancengleichheit"</i>	<i>22</i>
<i>Haus des Jugendrechts – aus dem Stuttgarter wird ein Kölner Modell.....</i>	<i>25</i>
<i>Problematik von „Flatrate-Partys“ sowie der Ausgabe von Alkohol zu Dumpingpreisen an</i>	
<i>Jugendliche</i>	<i>28</i>
BESCHLÜSSE DES AUSSCHUSSES ALLGEMEINE VERWALTUNG UND RECHTSFRAGEN.....	31
<i>Einführung der elektronischen Signatur bei der Stadt Köln.....</i>	<i>32</i>
<i>Bereitstellung und Nutzung von Daten des Liegenschaftskatasters über Internet-Anwendungen</i>	
<i>auf stadt-koeln.de</i>	<i>34</i>
<i>Rahmen für die Straßenkunst.....</i>	<i>35</i>
BESCHLÜSSE DES FINANZAUSSCHUSSES	37
<i>Zusätzliches Budget i. H. v. 500.000,- € für eine verstärkte Mitarbeiterqualifizierung</i>	<i>38</i>
BESCHLÜSSE DES HAUPTAUSSCHUSSES.....	40
<i>Umsetzung des Gender Mainstreaming – Ansatzes in der Kölner Stadtverwaltung.....</i>	<i>41</i>
BESCHLÜSSE DES AUSSCHUSSES KUNST UND KULTUR	44
<i>Einrichtung von Integrationsjobs in Kultureinrichtungen der Stadt Köln.....</i>	<i>45</i>
<i>Umzug der Dienststellen aus dem Gebäude Richartzstr. 2-4</i>	<i>47</i>
BESCHLÜSSE DES SPORTAUSSCHUSSES.....	48
<i>Betreuung von Mehrfachsporthallen durch Hallenwarte</i>	<i>49</i>
BESCHLÜSSE DES WIRTSCHAFTSAUSSCHUSSES	50
<i>Konsensrunde zur Regelung von Sonderöffnungszeiten</i>	<i>51</i>

AUS DEM BEREICH DES DEZERNATES II.....	54
BESCHLÜSSE DES RATES.....	55
<i>Geschäftsanteile an der Flughafen Köln/Bonn GmbH.....</i>	56
<i>Neubau Freizeitbad „Am Pistorhof“</i>	58
<i>Kommunaler Bürgerhaushalt in Köln.....</i>	60
<i>Eis- und Schwimmstadion Lentstraße</i>	64
<i>Klage gegen die Änderung des GFG 2006</i>	68
<i>EU-Stellungnahme zu „Neue Messehallen“</i>	69
<i>Wiederherstellung des Daches der Flora in den Vorkriegszustand</i>	70
<i>Durchführung einer Haushaltsstrukturanalyse</i>	71
<i>Zweckverband Sparkasse KölnBonn - Weisung an die städtischen Vertreter in der</i>	
<i>Zweckverbandsversammlung</i>	74
<i>Prüfauftrag zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Zweitwohnungssteuer in der</i>	
<i>Stadt Köln</i>	76
<i>Sozialtarife für Strom und Gasbezug.....</i>	77
AUS DEM BEREICH DES DEZERNATES III.....	78
BESCHLÜSSE DES RATES.....	79
<i>Frische-Logistikzentrum Köln</i>	80
<i>Öffentliche Spielbank für Köln</i>	82
<i>Kongresszentrum für Köln</i>	83
<i>Initiative „Chancengleichheit“ – „Fairer Betrieb“</i>	84
<i>Neuausrichtung der Kongresswirtschaft – Konkrete Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit der</i>	
<i>Stadt Bonn</i>	86
BESCHLÜSSE DES LIEGENSCHAFTSAUSSCHUSSES	87
<i>Kleingärten östlich der Vitalisstr in Köln-Vogelsang</i>	88
BESCHLÜSSE DES WIRTSCHAFTSAUSSCHUSSES	89
<i>Ausschreibung der Organisation der Kölner Wochenmärkte</i>	90
<i>Neue Marketingstrategien für Köln</i>	92
<i>Anpassung der Öffnungszeiten von Wochenmärkten</i>	94
<i>Kulturwirtschaft Köln</i>	95
<i>Verlagerungsabsichten von nkt cables.....</i>	97
<i>Initiative für den Finanzplatz Köln.....</i>	98
AUS DEM BEREICH DES DEZERNATES IV	100
BESCHLÜSSE DES RATES.....	101
<i>Ausweitung des Projektes „Rucksack“ auf weitere Grundschulen</i>	102
<i>Bekämpfung der Jugendkriminalität in Köln</i>	103
<i>Prüfauftrag zur Einrichtung eines Ausbildungsbüros Schule-Beruf.....</i>	105
<i>„Haus des Jugendrechts – aus dem Stuttgarter wird ein Kölner Modell“</i>	107

<i>Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)</i>	110
<i>Mehr Plätze im gemeinsamen Unterricht</i>	112
<i>Auswirkungen des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz)</i>	113
<i>"2007 - Europäisches Jahr der Chancengleichheit" -</i>	115
<i>Handlungskonzept gegen die Folgen von Kinderarmut</i>	115
<i>Rücknahme von beschlossenen Kürzungen bei den Schulbibliotheken</i>	116
<i>Weiterentwicklung des Bäderkonzeptes / Planungen der KölnBäder GmbH</i>	117
<i>Gemeinsames Zusammenkommen von Schülerinnen und Schülern aus den Partnerstädten</i>	
<i>Tel Aviv und Bethlehem in Köln</i>	119
<i>Hochbegabtenförderung für die gymnasiale Sekundarstufe in Köln</i>	120
<i>Auswirkungen des Kinderbildungsgesetzes auf die Elternbeiträge zu Tageseinrichtungen</i>	
<i>für Kinder</i>	121
BESCHLÜSSE DES BETRIEBSAUSSCHUSSES GEBÄUDEWIRTSCHAFT.....	122
<i>Bildungslandschaft Höhenberg/Vingst</i>	123
BESCHLÜSSE DES HAUPTAUSSCHUSSES.....	124
<i>Unterstützung der Stadt Köln für die Bewerbung um die Gay Games 2010</i>	125
BESCHLÜSSE DES JUGENDHILFEAUSSCHUSSES.....	126
<i>Programm für benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene ohne berufliche Perspektiven</i>	127
<i>Neue Förderstrukturen und Steuerungsmodelle im Jugendbereich</i>	130
<i>Förderung der Mädchenarbeit in Jugendeinrichtungen</i>	131
<i>Förderung der Sprachkompetenz ausländischer Kinder in Kindertagesstätten</i>	133
<i>Schaffung von neuen Jugendhilfeeinrichtungen und altersübergreifenden Begegnungsstätten</i> ..	134
<i>Umwandlung der Städtischen Kinderheime in eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung</i>	135
<i>Planungsgrundlagen für den Ausbau von Nachmittagsbetreuungs- und Ganztagsschulplätzen</i>	
<i>in Köln schaffen</i>	136
<i>Modellprojekt „Patenschaften für arbeitslose Jugendliche“</i>	138
<i>Errichtung eines Spielplatzes in Köln-Bilderstöckchen, Reutlinger Straße/Uracher Straße</i>	140
<i>Bestandsaufnahme von Jugendeinrichtungen</i>	141
<i>Förder- und Betreuungsangebote für 10 – bis 14jährige Schulkinder</i>	142
<i>Resolution</i>	143
<i>Kindergartenöffnungszeiten</i>	145
<i>Weiterentwicklung des Förder- und Betreuungssystems für Kinder und Jugendliche</i>	146
<i>Vorstellung der Ergebnisse der Aufgabenanalyse des Jugendamtes</i>	148
<i>Modellprojekt Eltern-Kind-Zentren in Köln</i>	149
<i>Prüfung über die Einrichtung eines Notfallkindergartens / Qualität Kindertageseinrichtungen</i>	151
<i>Stärkung der Prävention im Jugendhilfebereich</i>	153
<i>Regelmäßige ärztliche Untersuchung für alle Kinder sicherstellen</i>	154
<i>Kinder- und Jugendforen</i>	157
<i>Jugendeinrichtungen und -angebote</i>	158
<i>Rauchverbot auf Spielplätzen</i>	160

<i>Aufarbeitung der Auswirkungen des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)</i>	<i>161</i>
<i>Einrichtung einer Stelle zur Koordinierung von Gewaltprävention sowie zusätzlicher Einsatz von Streetworkern.....</i>	<i>162</i>
<i>„Koordinierungsstelle Jugendkriminalität“ im Jugendamt.....</i>	<i>163</i>
<i>Bildungslandschaft Höhenberg / Vingst.....</i>	<i>164</i>
<i>Attraktivierung sowie Einrichtung von Spiel- und Freizeitflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum.....</i>	<i>165</i>
BESCHLÜSSE DES AUSSCHUSSES SCHULE UND WEITERBILDUNG.....	166
<i>Förderung hochbegabter und leistungsstarker Schülerinnen und Schülern</i>	<i>167</i>
<i>10-Punkte-Programm zur Hochbegabtenförderung für Köln im Grundschulbereich.....</i>	<i>168</i>
<i>Erhalt des Thurner Hofs in Köln-Dellbrück als VHS-Standort</i>	<i>175</i>
<i>Zahlungsmodus Unterrichtsgebühren an der Rheinischen Musikschule</i>	<i>176</i>
<i>Kölner Hochbegabten-Förderung im Grundschulbereich.....</i>	<i>177</i>
<i>Förder- und Betreuungsangebote für 10- bis 14-jährige Schulkinder</i>	<i>178</i>
<i>Selbstständige Schule</i>	<i>179</i>
<i>Daten und Fakten zur Modellregion Köln</i>	<i>180</i>
<i>Gremien zur Steuerung des Modellvorhabens</i>	<i>180</i>
<i>Regionales Bildungsbüro</i>	<i>181</i>
<i>Qualifizierung der Akteure für die Anforderungen des Projektes</i>	<i>185</i>
<i>Neue Organisations- und Rechtsform der städtischen Weiterbildung und Gründung einer Weiterbildungsgesellschaft.....</i>	<i>195</i>
<i>Carl-Stamitz-Musikschule in Köln-Porz</i>	<i>196</i>
<i>Sponsoringkonzept für den Verein Neue Kölner Medien</i>	<i>197</i>
<i>Schulgrundstück Palmstraße/Alte Wallgasse.....</i>	<i>202</i>
<i>Infoportal zu verfügbaren Plätzen in der Offenen Ganztagschule.....</i>	<i>205</i>
<i>Fortschreibung des Maßnahmenprogramms zur Integration</i>	<i>206</i>
<i>Konzept für den Ganztag an weiterführenden Schulen(Sekundarstufe I)</i>	<i>207</i>
<i>Stadt Köln beteiligt sich am Landeswettbewerb für die besten kommunalen Konzepte zur kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen.....</i>	<i>209</i>
<i>Expertenhearing zur Bildungsberichterstattung.....</i>	<i>210</i>
<i>Grundreinigung an Schulen.....</i>	<i>211</i>
<i>Hochbegabtenförderung an Kölner Schulen</i>	<i>212</i>
<i>Einführung von Schul-SMS gegen Schulabstinenz.....</i>	<i>213</i>
<i>Bildungslandschaft Höhenberg / Vingst.....</i>	<i>214</i>
<i>Aktionsprogramm "Unsere Schule soll schöner werden - Wir packen´s an!".....</i>	<i>215</i>
BESCHLÜSSE DES SPORTAUSSCHUSSES.....	216
<i>Erhalt der Turnhalle Berliner Straße.....</i>	<i>217</i>
<i>Einrichtung von beleuchteten Sport- und Freizeitstrecken.....</i>	<i>218</i>
<i>Gesamtkonzept Schülerbetreuung und Sportförderung.....</i>	<i>219</i>
<i>Optimierung der Schwimmzeiten.....</i>	<i>221</i>

AUS DEM BEREICH DES DEZERNATES V	223
BESCHLÜSSE DES RATES.....	224
<i>Internationale Städte-Koalition gegen Rassismus.....</i>	<i>225</i>
<i>Prüfung über die Einrichtung eines Biomassekraftwerkes</i>	<i>226</i>
<i>Stärkung der Mitwirkung von Lesben, Schwulen und Transgender auf kommunaler Ebene</i>	<i>228</i>
<i>Wiedereinführung des Köln-Passes</i>	<i>231</i>
<i>Erstellung einer Studie zur Bestandsaufnahme über die Situation von Menschen ohne Papiere in Köln</i>	<i>236</i>
<i>Wiedereinführung des Köln-Passes</i>	<i>237</i>
<i>Resolution zum Änderungsbedarf im Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II)</i>	<i>239</i>
BESCHLÜSSE DES AUSSCHUSSES ALLGEMEINE VERWALTUNG UND RECHTSFRAGEN.....	241
<i>Fortschreibung des Maßnahmenprogramms zur Integration</i>	<i>242</i>
<i>„Interkulturelles Maßnahmenprogramm“</i>	<i>242</i>
BESCHLÜSSE DES AUSSCHUSSES FÜR SOZIALES UND SENIOREN.....	245
<i>Barrierefreies Köln</i>	<i>246</i>
<i>Entwicklung Bürgerhäuser / Bürgerzentren.....</i>	<i>248</i>
<i>Sanierung und Umbau von Sozialhäusern (Obdachloseneinrichtungen).....</i>	<i>249</i>
<i>Beschäftigungsoffensive für Köln</i>	<i>251</i>
<i>Antirassismus-Training</i>	<i>255</i>
<i>Zuschüsse für Kölner Bürgerhäuser.....</i>	<i>256</i>
<i>Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Gemeinwesenarbeit.....</i>	<i>257</i>
<i>neu: Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur Kölner Behindertenarbeit.....</i>	<i>258</i>
<i>Weiterentwicklung der ARGE Köln.....</i>	<i>260</i>
BESCHLÜSSE DES AUSSCHUSSES UMWELT, GESUNDHEIT UND GRÜN	261
<i>Fortschreibung des Umweltschutz-Programms 1984.....</i>	<i>262</i>
<i>Umsetzung der Agenda 21 von Rio de Janeiro auf Kölner Ebene.....</i>	<i>264</i>
<i>Konzept zur Auflösung der städt. Desinfektionsstelle und der staatlich anerkannten Lehranstalt für Desinfektoren / Desinfektorinnen</i>	<i>266</i>
<i>Nachhaltige Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Kindern und Jugendlichen</i>	<i>270</i>
<i>Naturschutzgebiet Mutzbach</i>	<i>272</i>
<i>Verbund gemeinnütziger Möbellager.....</i>	<i>273</i>
<i>Nutzung von Fahrzeugen mit alternativen Antriebsformen bei der Stadt Köln</i>	<i>274</i>
<i>Aufbau eines Altstandortkatasters</i>	<i>275</i>
<i>Prüfung des Kostensenkungspotenzials bei der Biomüllsammlung und –verwertung.....</i>	<i>280</i>
<i>CO₂ – Bilanz für Köln.....</i>	<i>282</i>
<i>Modernisierung der Restmüllverbrennungsanlage.....</i>	<i>283</i>

<i>Einrichtung von zwei rechtsrheinischen Kontakt- und Beratungsstellen für Alkohol- und Medikamentenabhängige</i>	<i>286</i>
<i>Zuwendungscontrolling.....</i>	<i>287</i>
<i>Städtische Altdeponien an AVG übertragen.....</i>	<i>289</i>
AUS DEM BEREICH DES DEZERNATES VI	290
BESCHLÜSSE DES RATES.....	291
<i>Fortschreibung der Konzeption für das Schienennetz des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Köln</i>	<i>292</i>
<i>Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt.....</i>	<i>296</i>
<i>Satzungsbeschluss über das Sanierungsgebiet Finkenbergr in Köln-Porz.....</i>	<i>297</i>
<i>Regionale 2010.....</i>	<i>300</i>
<i>Umstellung des Stadtbahnsystems Köln/Bonn auf Niederflur.....</i>	<i>301</i>
<i>Erhalt und Entwicklung von Flora/Botanischer Garten.....</i>	<i>304</i>
<i>Reduzierung der Energieverbrauchsmenge bei von der Stadt genutzten Gebäuden infolge einer Geschäftsprozessoptimierung bei der Gebäudewirtschaft.....</i>	<i>306</i>
<i>Sanierung Finkenbergr</i>	<i>310</i>
<i>Neue Finanzierungsmodelle zur Sanierung von Schulen</i>	<i>312</i>
<i>Strategisches Flächenmanagement</i>	<i>314</i>
<i>Initiativen für das Stadtbild 2010 ff. Schandfleckenbeseitigung und Verschönerungsmaßnahmen</i>	<i>316</i>
<i>Generationenübergreifendes Wohnen in Köln</i>	<i>335</i>
<i>Wohnungsbauprogramm für Köln.....</i>	<i>336</i>
<i>Planung Ost-West-Stadtbahn</i>	<i>338</i>
<i>Bürgerinformation und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Entwicklung des Geländes im Umfeld Bahnhof Köln Messe/Deutz.....</i>	<i>339</i>
<i>Musicalstandort; Ersatzspielorte während der Bühnen-Generalsanierung</i>	<i>340</i>
<i>Entwicklungskonzept für das „Gerling-Gebiet“</i>	<i>342</i>
<i>Handlungskonzept zum demografischen Wandel in Köln</i>	<i>345</i>
<i>Entwicklung einer Kölner Richtlinie zur "Sozialgerechten Bodennutzung".....</i>	<i>346</i>
<i>Einzelhandelserlass unterstützen – Stichtagsregelung für eingeleitete Projekte einführen.....</i>	<i>347</i>
<i>Resolution an die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen für ein Gesetz zur Stärkung der Einzelhandels- und Dienstleistungszentren</i>	<i>349</i>
<i>Erweiterte kommunale Umweltverträglichkeitsprüfung mit umfassendem Gesamtverkehrskonzept für den Kölner Norden</i>	<i>351</i>
<i>Modifizierte Melodieliste des Glockenspiels vom Ratsturm</i>	<i>352</i>
<i>Energetisches Bauen in Köln: Vorrang für Energiesparhäuser.....</i>	<i>353</i>
BESCHLÜSSE DES AUSSCHUSSES ALLGEMEINE VERWALTUNG UND RECHTSFRAGEN.....	355
<i>Kölner Statistische Nachrichten: Das Sicherheitsgefühl der Kölner Bevölkerung.....</i>	<i>356</i>
BESCHLÜSSE DES AUSSCHUSSES BAUEN UND WOHNEN	357

<i>Planung und Bau der Ortsumgebung Köln-Ostheim</i>	<i>358</i>
<i>Erweiterung der P+R-Anlage Porz-Wahn.....</i>	<i>359</i>
<i>Erstellung eines Staukatasters hier: Ausbaustand</i>	<i>360</i>
<i>Ausbau Dürener Straße.....</i>	<i>361</i>
<i>Kreuzungsbereiche Militärringstraße – Luxemburger Straße.....</i>	<i>362</i>
<i>Thematische Gestaltung der Haltestellen im Zuge der Nord-Süd-Stadtbahn</i>	<i>363</i>
<i>Erhöhung der Einstellplatzkapazität der P+R-Anlage Thielenbruch</i>	<i>365</i>
<i>8-spuriger Ausbau der Zoobrücke</i>	<i>366</i>
<i>Bahnübergang Luxemburger Straße/Militärringstraße</i>	<i>367</i>
<i>Anpassung von U-Bahnhaltestellen an Niederflur.....</i>	<i>368</i>
<i>Optimierung von Kreuzungsbereichen bzw. Einmündungen durch Kreisverkehre</i>	<i>369</i>
<i>Rolltreppen an U-Bahn-Ausgängen.....</i>	<i>372</i>
<i>Verkehrsführung Venloer / Vogelsanger Straße.....</i>	<i>374</i>
<i>Einbau von Messschleifen auf der Fahrbahn Gürtel</i>	<i>375</i>
<i>Abschalten von 500 Ampeln</i>	<i>376</i>
<i>Blindenleitsystem in Köln.....</i>	<i>377</i>
<i>Fahrrad- und fußgängerfreundliche Gestaltung der Haltestelle Heumarkt.....</i>	<i>378</i>
<i>Stilllegung der Fahrtreppen am Ebertplatz</i>	<i>379</i>
<i>Qualitätsverbesserung in Wohnquartieren durch Immobilien Standort Gemeinschaften.....</i>	<i>380</i>
BESCHLÜSSE DES FINANZAUSSCHUSSES	381
<i>Unterhaltungsmittel für Parkpaletten</i>	<i>382</i>
BESCHLÜSSE DES HAUPTAUSSCHUSSES.....	383
<i>Errichtung eines Gebäudes zur Unterbringung verschiedener Jugendeinrichtungen in Köln-Porz – Finkenberg im Rahmen eines Investorenmodells</i>	<i>384</i>
<i>Freiraum Köln-Brück/-Neubrück/-Rath/Heumar Planung und Errichtung einer öffentlichen Golfanlage.....</i>	<i>386</i>
BESCHLÜSSE DES JUGENDHILFEAUSSCHUSSES.....	387
<i>Öffentlicher Skaterpark</i>	<i>388</i>
BESCHLÜSSE DES AUSSCHUSSES KUNST UND KULTUR	389
<i>Baptisterium unterhalb des Kölner Doms</i>	<i>390</i>
BESCHLÜSSE DES AUSSCHUSSES UMWELT, GESUNDHEIT UND GRÜN	391
<i>Sicherung des Pferdeschutzhofes</i>	<i>392</i>
<i>Naturschonende Herstellung der Verkehrssicherung im Bereich der Stillgelegten Kiesgruben Baadenberger Senke / Stöckheimer See (Zweckverbandsgebiet Stöckheimer Hof).....</i>	<i>393</i>
<i>Instandsetzung und Sanierung der Friedhofsgebäude</i>	<i>395</i>
<i>Gesamtentwurf Bonner Verteilerkreis.....</i>	<i>396</i>
<i>Grablichtautomaten.....</i>	<i>397</i>
<i>Vervollständigung des Inneren Grüngürtels sichern.....</i>	<i>398</i>
<i>Patenschaften / Unterstützung von Initiativen zur Aufwertung und Pflege von Grünanlagen, Alleen und Straßenbäumen</i>	<i>399</i>

BESCHLÜSSE DES STADTENTWICKLUNGSAUSSCHUSSES.....	400
<i>Autobahnanschluss vom BAB-Zubringer Chorweiler an die A 57 in Richtung Norden</i>	401
<i>Rechtsrheinische Ringstrecke</i>	402
<i>Hochhauskonzept</i>	403
<i>Ausbau Porzer Ringstraße</i>	404
<i>Verkehrskonzeption für den Raum Porz.....</i>	405
<i>Realisierungswettbewerb Rheinauhafen</i>	407
<i>Standards für die Planungskultur in Köln</i>	408
<i>Standortuntersuchung für neue Rheinbrücke</i>	409
<i>Anschluss der Josef-Lammerting-Allee an den Neuen Militärring.....</i>	410
<i>Verlängerung der Nord-Süd-U-Bahn bis zum Gürtel / Kosten-Nutzen-Untersuchung</i>	411
<i>Wohnen am Rhein</i>	412
<i>Änderung der Stellplatzablösesatzung für Baulückenschließungen</i>	414
<i>Straßenbaumkonzept</i>	416
<i>Wiederherstellung/Neugestaltung von Straßen und Plätzen nach Aufbrüchen aufgrund des</i>	
<i>U-Bahn-Baus</i>	418
<i>Sanierung Porz-Finkenbergr.....</i>	419
<i>Mögliche Überbauung der Pilgrimstraße</i>	421
<i>Unterstützung für den 1. Preis des Moscheebauwettbewerbes</i>	422
<i>ICE-Terminal Bahnhof Köln Messe/Deutz</i>	423
<i>Aktualisierung der Planungsgrundlagen für den Masterplan Innenstadt.....</i>	424
<i>Vorbereitung einer Entwicklungsgesellschaft.....</i>	425
<i>Umgehende Wiederaufnahme des Bebauungsplanverfahrens "Im Weichserhof in Köln-</i>	
<i>Altstadt/Süd"</i>	426
<i>Anmeldungen Projekt "Wohnen am Strom" im Rahmen der Regionale 2010"</i>	427
<i>Qualitätsverbesserung in Wohnquartieren durch Immobilien Standort Gemeinschaften.....</i>	428
<i>Prioritäre Umsetzung des Bebauungsplanverfahrens Grünzug West.....</i>	429
<i>Sicherung der Ziele des Höhenkonzeptes durch einfache Bebauungspläne.....</i>	430
<i>Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Waldecker Straße in Köln-Buchforst.....</i>	431
<i>Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 461/15-2 zur Harmonisierung mit den Zielen der</i>	
<i>Sanierung am Eigelstein</i>	432
<i>Marktplatz Porz – städtisches Grundstück Friedrich-Ebert-Platz in Porz-Mitte</i>	433
BESCHLÜSSE DES AUSSCHUSSES UMWELT, GESUNDHEIT UND GRÜN	435
<i>Einsatz von Holzhackschnitzeln zur Energieerzeugung.....</i>	436
BESCHLÜSSE DES VERKEHRSAUSSCHUSSES.....	438
<i>Konzept für die Verwendung von vorgesehenen GVFG-Finanzmitteln für Lichtsignalanlagen</i>	439
<i>Zukünftige Stadtbahntrasse Zollstockgürtel/Raderthalgürtel.....</i>	440
<i>Wettbewerb bei Lichtsignalanlagen</i>	441
<i>Verlängerung der Stadtbahnlinie 5 in das Gewerbegebiet Butzweiler Hof und Erschließung des</i>	
<i>Medienzentrums Butzweiler Hof</i>	442

<i>Einbeziehung der Linie 12 in das Konzept für die Verwendung von GVFG-Finanzmitteln für Lichtsignalanlagen</i>	<i>444</i>
<i>Konzept für die zeitweise Sperrung der Ringe</i>	<i>445</i>
<i>Realisierung des III. Bauabschnitts der Nord-Süd-Stadtbahn</i>	<i>446</i>
<i>Investitionsprogramm Infrastruktur</i>	<i>447</i>
<i>Barrierefreiheit an Kreuzungen und Kreisverkehren</i>	<i>448</i>
<i>Car-Sharing Plätze im öffentlichen Raum</i>	<i>449</i>
<i>Veränderung der Linienführungen der Buslinien 106 und 133</i>	<i>451</i>
<i>Verlängerung der Stadtbahnlinie 3</i>	<i>452</i>
<i>Erschließungswirkung von Buslinien</i>	<i>453</i>
<i>Pilotprojekt Bus- und Taxispur auf der Rheinuferstraße</i>	<i>454</i>
<i>Maßnahmen zur Attraktivierung der den Rhein querenden KVB-Stadtbahnlinien im Rahmen der geplanten Brückensanierung</i>	<i>455</i>
<i>Erweiterte kommunale Umweltverträglichkeitsprüfung mit umfassendem Gesamtverkehrskonzept für den Kölner Norden</i>	<i>456</i>
<i>Der bessere Ebertplatz: barrierefrei und stufenlos</i>	<i>457</i>
<i>Flächendeckende Straßenbeschilderung</i>	<i>459</i>
<i>"Aktualisierung und Überprüfung der Ziele für das Gesamtverkehrskonzept Köln"</i>	<i>460</i>
<i>Stärkung des Fahrradverkehrs in Köln</i>	<i>461</i>
<i>Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Waldecker Straße in Köln-Buchforst</i>	<i>463</i>
<i>Mehr Sicherheit in den Straßenbahnen der KVB durch Verzicht auf die Doppeltraktion</i>	<i>464</i>
<i>Aktualisierung und Umsetzung des "Verkehrskonzeptes Lövenich, Weiden, Junkersdorf</i>	<i>465</i>
BESCHLÜSSE DES WIRTSCHAFTSAUSSCHUSSES	466
<i>Brennstoffzellentechnologie-Cluster in Köln</i>	<i>467</i>
<i>Einrichtung eines Unternehmensregisters für Köln</i>	<i>469</i>
<i>Entwicklung eines Einzelhandelskonzeptes</i>	<i>470</i>
AUS DEM BEREICH DES DEZERNATES VII	472
BESCHLÜSSE DES RATES	473
<i>Neuordnung der Kölner Museen</i>	<i>474</i>
<i>Sicherung des Spielstandortes Halle Kalk</i>	<i>477</i>
<i>Organisations- und Betriebsform der städtischen Museen</i>	<i>478</i>
<i>Wirtschaftlich selbständige Betriebsführung des Wallraf-Richartz-Museum – Fondation Corboud</i>	<i>480</i>
<i>Figuren am Rathausurm</i>	<i>482</i>
<i>Einrichtung einer Stelle zum Stellenplan 2007 zur Forschung, Ermittlung und Dokumentation von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut in den Kulturgut bewahrenden Einrichtungen der Stadt Köln</i>	<i>486</i>
<i>Zwangsarbeiter/innen Besuchsprogramm</i>	<i>487</i>
<i>Haus und Museum der jüdischen Kultur in Köln</i>	<i>489</i>
<i>Archäologische Zone</i>	<i>491</i>

<i>Überplanmäßige Ausgabe</i>	491
<i>Zukunft der Kölner Bühnen unter Einbeziehung kultur-, stadtentwicklungs- und finanzpolitischer Aspekte</i>	494
<i>Kölner Denkmal für die Opfer der NS-Militärjustiz</i>	499
<i>Einrichtung einer Findungskommission für die Intendanz Kölner Oper</i>	501
<i>Einrichtung einer Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus</i>	502
<i>Verselbständigung der Kölner Museen</i>	503
<i>Studie zur Neuausrichtung der Kölner Museen</i>	505
<i>Konzeption für die Kunsthalle</i>	510
<i>Einführung einer durch Informationsverarbeitungssysteme (IV) unterstützten Inventarisierung in den städtischen Museen</i>	512
<i>Erhalt des elektronischen Studios des WDR für Köln sowie Verlagerung der Fotobibliothek</i>	517
<i>Neuausrichtung der Bühnen ab der Spielzeit 2004/2005</i>	518
<i>Forum Culturalis - künftige Nutzung für das Haus Kutz</i>	520
<i>Kultur in der „Regio“</i>	521
<i>Barrierefreiheit in Museen</i>	524
<i>Gemeinsame Sitzung des Kunst- und Gestaltungsbeirates</i>	526
<i>Jährlicher Kulturbericht für Köln</i>	528
<i>Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Kölner Museen</i>	529
<i>Neuvergabe der Konzeptionsförderung für freie und private Theater</i>	531
<i>Kulturentwicklungsplan</i>	533
<i>Gemeinsames Tanzensemble mit Bonn</i>	535
<i>Kulturamt entwickelt sich zum Kulturbüro</i>	537
<i>Barrierefreiheit in städtischen Kultureinrichtungen</i>	538
<i>Erstellung von Förderkonzepten</i>	539
<i>Aufbereitung und Präsentation von Nachlässen aus den Bereichen Architektur- und Urbanistik</i>	540
<i>Unterstützung wegen Liquiditätsengpässen</i>	541
<i>Nachnutzung des Gebäudes des Rautenstrauch-Joest Museums am Ubierring</i>	542
<i>Mögliche Interimslösungen für das Opern- und Schauspielhaus während der Sanierungs- und Neubauphase</i>	543
<i>Gesamtentwurf Bonner Verteilerkreis</i>	544